



Datenreport 2002

In Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA



Bundeszentrale für politische Bildung

Schriftenreihe Band 376

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2002

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale für politische Bildung

Bonn 2002

Copyright dieser Ausgabe
Bundeszentrale für politische Bildung
Redaktion: Gernot Dallinger
Produktion: Heinz Synal

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Medienhaus Froitzheim AG, Bonn, Berlin
Technische Bearbeitung der Grafiken: Werbeagentur Rechl, Wanfried-Aue
Umschlaggestaltung: Michael Rechl; Umschlagfoto: Paavo Blåfield, Kassel
Druck und Bindung: Druckerei Parzeller, Fulda

ISBN 3-89331-454-7 · ISSN 0435-7604

Bestell-Nr. des Statistischen Bundesamtes: 0131105-02900

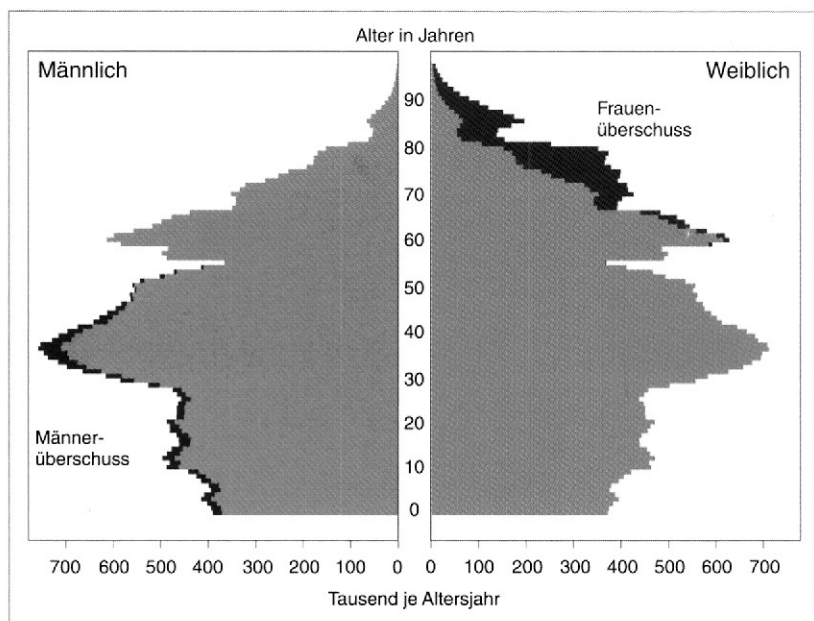
Korrektur zum Datenreport 2002

In der vorliegenden Ausgabe des „Datenreport 2002“ wurde irrtümlich auf der Seite 35 eine falsche Bevölkerungspyramide abgedruckt.

Die korrekte Darstellung finden Sie nachfolgend.

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2000



Statistisches Bundesamt, September 2002

Inhalt

Vorwort	15
---------	----

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

0	DESTATIS – Informationsdienstleister für Deutschland	19
0.1	Das Statistische Bundesamt heute	19
0.2	Die 50er-Jahre: Grundlagen für die Zukunft	21
0.3	Die 60er- und 70er-Jahre: Zeit des systematischen Aufbaus	22
0.4	Die 80er-Jahre: Zukunftsangst und Datenschutz	23
0.5	Die 90er-Jahre: Das wiedervereinigte Deutschland in der Europäischen Union	23
0.6	Ansprechpartner	24
1	Bevölkerung	27
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	27
1.2	Bevölkerungsentwicklung	28
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	32
1.4	Altersaufbau	34
1.5	Geburten und Sterbefälle	37
1.6	Familien und Haushalte	38
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	43
1.8	Ausländische Bevölkerung	45
1.9	Wanderungen	50
2	Bildung	55
2.1	Einführung	55
2.2	Kindergärten	57
2.3	Allgemein bildende und berufliche Schulen	57
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	64
2.5	Hochschulen	68
2.6	Weiterbildung	75

2.7	Bildungsniveau der Bevölkerung	77
2.8	Bildung und individuelle Merkmale	77
2.9	Bildungsausgaben	80
2.10	Ausbildungsförderung (BAföG)	80
2.11	Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)	82
3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	85
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	85
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	87
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	88
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	91
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	92
3.6	Stellung im Beruf	93
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	96
3.8	Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik	100
3.9	Arbeitslosenquoten im Vergleich	101
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	103
3.11	Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen	110
4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	111
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	111
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	111
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	112
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	116
4.5	Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben	118
4.6	Ausstattung der Haushalte	127
5	Wohnen	133
5.1	Altersstruktur des Wohnungsbestandes	133
5.2	Größe der Wohnungen	134
5.3	Ausstattung der Wohnungen	136
5.4	Mieten	138
5.5	Wohnsituation der Haushalte	139
5.6	Wohnungsbautätigkeit	144
6	Freizeit und Kultur	149
6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft	149
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	150
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	151
6.4	Unterhaltung und Kultur	151
6.5	Sport und Musizieren	156

7	Gesellschaftliche Mitwirkung	158
7.1	Einführung	158
7.2	Teilnahme am politischen Leben	158
7.3	Engagement in Berufsverbänden	166
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	170
8	Gesundheit	175
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	175
8.2	Medizinische Versorgung	183
8.3	Schwangerschaftsabbrüche	186
8.4	Schwerbehinderte	187
8.5	Ausgaben für die Gesundheit	189
9	Soziale Sicherung	193
9.1	Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung	193
9.2	Das Sozialbudget	193
9.3	Die Bestandteile des Sozialbudgets	193
9.4	Gesetzliche Rentenversicherung	196
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	198
9.6	Soziale Pflegeversicherung	198
9.7	Arbeitsförderung	201
9.8	Kindergeld/Familienleistungsausgleich	203
9.9	Erziehungsgeld und Elternzeit	204
9.10	Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber	206
9.11	Jugendhilfe	210
10	Rechtspflege	214
10.1	Einführung	214
10.2	Gerichte	214
10.3	Straffälligkeit	217
11	Öffentliche Haushalte	223
11.1	Vorbemerkung	223
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	224
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	227
11.4	Länderfinanzausgleich	231
11.5	Schulden der öffentlichen Haushalte	233
11.6	Personal der öffentlichen Haushalte	235
12	Gesamtwirtschaft im Überblick	240
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	240
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	241

12.3	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	243
12.4	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	244
12.5	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	247
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	249
12.7	Außenwirtschaft	252
13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	261
13a	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – insgesamt	261
13a.1	Bedeutung der Agrarwirtschaft	261
13a.2	Bodennutzung	262
13a.3	Landwirtschaftliche Betriebe	263
13a.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft	265
13a.5	Pflanzliche Produktion	268
13a.6	Tierische Produktion	270
13a.7	Selbstversorgungsgrad	273
13a.8	Forstwirtschaft	275
13a.9	Fischerei	276
13b	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau	277
13b.1	Bedeutung des ökologischen Landbaus	277
13b.2	Betriebe mit ökologischem Landbau	280
13b.3	Flächennutzung im ökologischen Landbau	280
13b.4	Viehbestände im ökologischen Landbau	283
13b.5	Rechtsform und Beschäftigte im ökologischen Landbau	285
13b.6	Fazit	287
14	Produzierendes Gewerbe	288
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	288
14.2	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	288
14.3	Baugewerbe	295
14.4	Energie- und Wasserversorgung	298
14.5	Handwerk	300
15	Dienstleistungsbereich	303
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	303
15.2	Handel	303
15.3	Tourismus, Gastgewerbe	309
15.4	Banken	320
15.5	Versicherungen	324
15.6	Freie Berufe	327

16	Preise und Verdienste	328
16.1	Einführung	328
16.2	Preisindizes	328
16.3	Preisindex für die Lebenshaltung	329
16.4	Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland	334
16.5	Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung	335
16.6	Verdienste	336
17	Verkehr	349
17.1	Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt	349
17.2	Verkehrsinfrastruktur	350
17.3	Fahrzeugbestände	354
17.4	Verkehrsleistungen	359
17.5	Verkehrsunfälle	365
18	Energie und Rohstoffe	368
18.1	Energieverbrauch im Wandel	368
18.2	Messung des Energieverbrauchs	369
18.3	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	371
18.4	Rohstoffgewinnung	371
18.5	Energieträger	373
18.6	Energieverbraucher	377
18.7	Energiepreise	377
19	Umwelt	380
19.1	Umweltökonomische Trends	380
19.2	Umweltbelastungen	384
19.3	Umweltzustand	391
19.4	Umweltschutz	396
20	Deutschland und die Europäische Union	404
20.1	Einführung	404
20.2	Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union	405
20.3	Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	406
20.4	Die Finanzierung der Europäischen Union	408
20.5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	410
20.6	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union	414
20.7	Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union	417
20.8	Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union	420

Teil II:
 Objektive Lebensbedingungen
 und subjektives Wohlbefinden
 im vereinten Deutschland

Die Autoren	424
<i>A Einleitung</i>	425
1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung	425
<i>B Subjektives Wohlbefinden</i>	431
2 Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens	431
2.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben	431
2.2 Glücksempfinden	435
2.3 Besorgnissymptome	438
2.4 Anomiesymptome	439
2.5 Fazit	441
3 Zufriedenheit in Lebensbereichen	442
3.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen	442
3.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen	446
3.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen im vereinigten Deutschland	449
4 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen	453
4.1 Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche	453
4.2 Ansprüche an die eigenen Lebensbedingungen	457
4.3 Zukunftserwartungen	459
4.4 Zusammenfassung	463
10	

C	<i>Lebensbedingungen und ihre Bewertung</i>	464
5	Lebensstandard	464
5.1	Vorstellungen über einen angemessenen Lebensstandard	464
5.2	Der realisierte Lebensstandard	467
5.3	Niedriger Lebensstandard und mehrfache Unterversorgung	468
5.4	Zufriedenheit mit dem Lebensstandard	472
5.5	Zusammenfassung	472
6	Gesundheit	474
6.1	Einschätzung des Gesundheitszustandes und Gesundheitszufriedenheit	474
6.2	Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen	477
6.3	Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte	478
6.4	Krankenversicherungsschutz und Kassenwahlfreiheit	480
6.5	Fazit	482
7	Bildung und berufliche Weiterbildung	483
7.1	Berufliche Weiterbildung und Erwerbsstatus	484
7.2	Motive für oder gegen berufliche Weiterbildung	485
7.3	Struktur der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung	488
7.4	Struktur der Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	489
7.5	Subjektiver Nutzen der beruflichen Weiterbildung	491
7.6	Fazit	493
8	Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	494
8.1	Lage auf dem Arbeitsmarkt	494
8.2	Verstärkte Erwerbsbeteiligung von Müttern in Westdeutschland	498
8.3	Erwerbsaufnahme wird häufig als schwierig eingeschätzt	499
8.4	Erwerbstätigkeit von Frauen für viele Haushalte finanziell notwendig	501
8.5	Ausblick	501
9	Wohnverhältnisse und Wohnkosten	503
9.1	Wohnsituation	504
9.2	Wohnungsmieten	506
9.3	Mietbelastung und Wohngeldbezug	506
9.4	Wohnzufriedenheit	511

10	Umwelt	513
10.1	Wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen	514
10.2	Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt	516
10.3	Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen	519
11	Familie	524
11.1	Lebens- und Familienformen	524
11.2	Heiratsalter und Ehedauer	527
11.3	Einstellungen zu Familie, Heirat und Kinderwünschen	530
12	Einstellungen zur Rolle der Frau	533
12.1	Die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Zeitvergleich	533
12.2	Traditionelle Arbeitsteilung	536
12.3	Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau	537
12.4	Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder	539
12.5	Zusammenfassung	540
13	Die Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland	541
13.1	Bildung und Erwerbstätigkeit	541
13.2	Lebens- und Wohnformen	543
13.3	Freizeitaktivitäten	545
13.4	Subjektives Wohlbefinden und Sorgen	547
13.5	Zusammenfassung	549
14	Lebenssituation von Älteren	551
14.1	Soziodemographische und -ökonomische Merkmale	551
14.2	Wichtigkeit von Lebensbereichen	552
14.3	Soziale Integration	554
14.4	Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen	557
15	Einstellungen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern	560
15.1	Einstellungen zum Zuzug verschiedener Zuwanderergruppen nach Deutschland	560

15.2	Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern	562
15.3	Kontakte zu Ausländern	567

D Sozialstruktur 570

16	Soziale Schichtung und soziale Lagen	570
16.1	Soziale Lagen in Deutschland	570
16.2	Subjektive Schichtzugehörigkeit	576
17	Einkommensverteilung und Armut	580
17.1	Daten und Methoden	580
17.2	Einkommensentwicklung	581
17.3	Ungleichheit und Angleichung	582
17.4	Einkommensschichtung und relative Armut	585
17.5	Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	588
17.6	Dynamik von Einkommen und Armut	592

E Gesellschaftspolitik 597

18	Politische Integration und politisches Engagement	597
18.1	Politisches Interesse und politische Partizipation	598
18.2	Bindung an Interessengruppen und politische Parteien	601
18.3	Interessenvertretung durch wichtige Mitglieder- organisationen	604
19	Demokratie und Sozialstaat	607
19.1	Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	607
19.2	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	608
19.3	Einstellung zum Sozialismus	609
19.4	Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	609
19.5	Rolle des Staates in der Sozialpolitik	611
19.6	Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen	613
19.7	Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse	614

<i>F</i>	<i>Deutschland und Europa</i>	616
20	Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa	616
20.1	Materielle Lebensbedingungen	616
20.2	Wohlbefinden	620
20.3	Zusammenfassung	623
21	Sozialer Zusammenhalt in europäischen Gesellschaften	624
21.1	Soziale Konflikte	624
21.2	Ungleichheit der Lebenszufriedenheit	626
21.3	Vertrauen und Partizipation	626
21.4	Öffentliche Sicherheit und Kriminalität	629
21.5	Zusammenfassung	631
	Stichwortverzeichnis	632

Vorwort

»In gut der Hälfte der Familien mit Kindern lebt in Deutschland nur ein Kind und nur in jeder achten drei oder mehr.« »Nachdem 1998 zwei von fünf Haushalten einen Computer ihr Eigen nannten, verfügte im Jahr 2000 bereits fast jeder zweite deutsche Haushalt über einen PC.« »Rund jeder dritte Erwerbstätige nimmt an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil.« »Die Lebenszufriedenheit und Zukunftsoptimismus der Menschen in Deutschland hat sich im Zeitraum von 1999 bis 2001 verringert.«

Diese wenigen Sätze sagen bereits viel über das Leben in Deutschland aus. Im neuen Datenreport finden Sie eine Fülle solcher und weiterer Fakten. Reine »Zahlenkolonnen« sind aber tabu, alles wird textlich erläutert. Hintergründe und Zusammenhänge werden beleuchtet. Mit dem Datenreport erhalten Sie ein aktuelles »Lese-Buch« mit umfassenden Informationen zu Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts.

Das Außergewöhnliche am Datenreport, der jetzt in seiner neunten Ausgabe erscheint, ist die Mischung aus amtlichen Zahlen und Sozialforschung: Die neutral, objektiv und unabhängig erhobenen Ergebnisse der amtlichen Statistik einerseits und die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft andererseits spiegeln objektives Sein und subjektives Erleben gleichermaßen. Dies und die umfassende Palette wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen machen den Datenreport zu einer in Deutschland wohl einmaligen Form der Sozialberichterstattung.

Der Strukturwandel in den neuen Bundesländern und die Prozesse des »Zusammenwachsens« im vereinten Deutschland stehen – mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung – nicht mehr so stark im Vordergrund wie in den vergangenen Ausgaben des Datenreports. Die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern werden jedoch weiterhin in den einzelnen Kapiteln dokumentiert. Einen Schwerpunkt bildet die Rolle Deutschlands in Europa, insbesondere im Kontext der Europäischen Union. Neben dem Kapitel »Deutschland und die Europäische Union« finden Sie deshalb in den Texten zahlreiche Vergleiche mit anderen europäischen Ländern.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Thomas Krüger

Der Präsident
des Statistischen Bundesamtes
Johann Hahlen

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Die Texte stammen von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes. Sabine Allafi, Renate Koenig und Annette Pfeiffer führten die redaktionelle Bearbeitung durch.

Erläuterungen zur Umstellung von Teil I auf den Euro

Seit dem 1. Januar 2002 verwendet das Statistische Bundesamt in seinen Veröffentlichungen grundsätzlich die Währungseinheit Euro. Sofern kein gesonderter Hinweis erfolgt, wurde bei der Umstellung von der DM auf den Euro folgendermaßen verfahren:

- Die in DM für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelten Werte wurden einheitlich mit dem konstanten Faktor $1 \text{ EUR} = 1,95583 \text{ DM}$ umgerechnet.
- Rundungsdifferenzen wurden bei der Summenbildung nicht ausgeglichen. Daher kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.
- Die Zuwachsraten und Anteile vor dem 1. Januar 2002 wurden aus DM-Werten errechnet und können rundungsbedingt von den in Euro dargestellten Werten geringfügig abweichen.
- Glatte DM-Größenklassenangaben vor dem 1. Januar 2002 wurden in ungerundete Euro-Größenklassenangaben umgerechnet. Ab dem 1. Januar 2002 werden jedoch wieder glatte Euro-Größenklassen dargestellt, sodass von diesem Zeitpunkt an Vergleiche wieder einfacher werden.

Zeichenerklärung (Teil I)

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Angaben fallen später an
- × Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

0 DESTATIS – Informationsdienstleister für Deutschland

»Kurz gesagt, Statistiker helfen bei der Gestaltung von Entscheidungen im Bereich der Wirtschaft, sie stellen Navigationshilfen für das Staatsschiff bereit, sie unterstützen soziale Institutionen, die für die Wohlfahrt der Bevölkerung tätig sind, und sie verhelfen Studierenden und der Öffentlichkeit zu einer stärker an den Realitäten orientierten Vorstellung über das komplexe ökonomische und soziale Umfeld, in dem sie leben« (Handbook of Statistical Organization, Vereinte Nationen, 1954). Fast fünf Jahrzehnte nach Erscheinen des »Handbook« ist diese Aussage gültiger denn je. In Deutschland – wie fast überall in der Welt – sind Daten der amtlichen Statistik, darauf aufbauende Prognosen sowie deren Analyse Grundlage praktisch aller wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen. Die amtliche Statistik stellt mit rund 250 Bundesstatistiken über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge einen wesentlichen Teil der informationellen Infrastruktur unseres Landes bereit. Politische und gesetzgeberische Entscheidungen brauchen fundierte Datenbasen. Steuergelder und Sozialbeiträge können nur wirksam und zielgerichtet eingesetzt werden, wenn die tatsächlichen Verhältnisse bekannt sind. An statistischen Daten lassen sich Erfolg oder Misserfolg politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Maßnahmen ablesen bzw. bewerten.

0.1 Das Statistische Bundesamt heute

Das Statistische Bundesamt und die 16 statistischen Ämter der Länder arbeiten auf der Grundlage des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke«¹. Hierin sind die grundlegenden Prinzipien für die Arbeit der Bundesstatistik sowie Stellung und Aufgaben des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Beirats festgelegt. Darüber hinaus enthält das Gesetz allgemeine Regelungen über die Anordnung und Durchführung von Statistiken, die Auskunftspflicht und die statistische Geheimhaltung. Neben Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung greifen Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, Finanzmärkte, Medien und viele Bürgerinnen und Bürger auf unsere Statistiken zurück. Für sie alle ist die Bezeichnung »amtlich« ein Gütesiegel für die Daten. Es bedeutet: Die Informationen sind nach den strengen Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erstellt und damit wirklich zuverlässig.

¹ Bundesstatistikgesetz – BStatG vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34).

Dass man Statistiken weitestgehend »gebündelt« von den statistischen Ämtern erstellen lässt – und nicht etwa von den Ministerien, welche die Erhebungen gerade brauchen – ist in vielen Ländern der Welt üblich und hat große Vorteile: Amtliche Statistiken werden von vielen Menschen und Institutionen genutzt, zentrale »Anlaufstellen« schaffen hier Transparenz. Und jeder hat die gleichen Möglichkeiten amtliche Daten zu erhalten, was für eine Demokratie von grundlegender Bedeutung ist. Ein weiterer, nicht weniger wichtiger Vorteil ist inhaltlicher Art. Nur durch Bündelung kann ein Nebeneinander von verschiedensten Stellen, nach unterschiedlichen Verfahren, sich möglicherweise überschneidender oder unvollständig bleibender Statistiken vermieden werden. So verfügt die Bundesrepublik Deutschland heute über ein abgestimmtes Statistisches System. Als Beispiel seien hier die Wirtschaftsstatistiken genannt. Sie sind alle so konzipiert, dass sie – sich ergänzend – die Berechnungsgrundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die wiederum das Wirtschaftsgeschehen unseres Landes insgesamt beschreiben, bilden.

Von dem Prinzip der Konzentration amtlicher Statistiken bei den statistischen Ämtern von Bund und Ländern gibt es allerdings einige wenige Ausnahmen. So ist die Bundesanstalt für Arbeit z. B. für die Erhebung der Arbeitslosenzahlen zuständig.

Die amtliche Statistik versteht sich heute als Informationsdienstleister und ist – wie andere staatliche Einrichtungen auch – immer ein »Kind ihrer Zeit«. Sie beobachtet nicht nur den gesellschaftlichen Wandel, sondern wird von ihm geprägt und beeinflusst ihn durch ihre Arbeit zugleich wieder. So kann der Output der amtlichen Statistik – die statistische Information – Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen sein, die neue Entwicklungen anstoßen.

Das Statistische Bundesamt legt als einer der größten Informationsdienstleister Deutschlands großen Wert auf eine konsequente Nutzung neuer Informationstechnologien für die Erstellung und Verbreitung von Statistiken: So hat sich z. B. das Online-Meldeverfahren »w3stat« zur Intrahandelsstatistik zu einem »Renner« entwickelt. Anfang 2002 nutzen schon 10 000 Unternehmen das Internet für ihre Meldungen an das Statistische Bundesamt, wo sie elektronisch ausgewertet werden. Neben einem ständig weiter ausgebauten kostenlosen Datenangebot im Internet beziehen bereits rund 15 000 Kunden statistische Fachveröffentlichungen über den elektronischen Statistik-Shop. Und für die Leser des Datenreports besonders anschaulich: Vom letzten Datenreport gab es allein im Jahr 2001 mehr als 53 000 kostenlose downloads aus dem Internet.

Das Statistische Bundesamt sieht es als seine Hauptaufgabe auf dem Informationsmarkt an, schnell und gut die konkreten Bedürfnisse sehr unterschiedlicher Kundengruppen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang hat es in den letzten Jahren – zum Teil gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft – die Kooperation mit der Wissenschaft erheblich ausgebaut, z. B. durch Bereitstellung faktisch anonymisierter Mikrodaten für die Forschung. In einem soeben neu eingerichteten »Forschungsdatenzentrum« sollen Mikrodaten zu den gesellschaft-

lichen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Verhältnissen in Deutschland für die Wissenschaft unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung nutzbar gemacht werden.

Im jährlichen F&E-Plan des Amtes findet der Interessierte viele statistische Themen für Diplom- und Doktorarbeiten. Darüber hinaus wird jährlich der Gerhard-Fürst-Preis (benannt nach dem ersten Leiter des Statistischen Bundesamtes) für die besten Diplom- und Doktorarbeiten mit Bezug zur amtlichen Statistik ausgelobt.

Der umfassende Wandel des Statistischen Bundesamtes in den letzten Jahren – weg vom Behördencharakter hin zu einem fachkompetenten, innovativen Informationsdienstleister – dokumentiert nach außen das im Oktober 2001 vorgestellte neue Corporate Design und die neue Wort-Bild-Marke »DESTATIS-wissen.nutzen«.

Im »Datenreport« stehen Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Dennoch erscheinen einige Informationen über die Entwicklung der amtlichen Statistik in den letzten 50 Jahren nötig, sollte man doch diejenigen gut kennen, deren Daten man vertraut.

0.2 Die 50er-Jahre: Grundlagen für die Zukunft

Anfang der 50er-Jahre konnte die amtliche Statistik – wie in vielen anderen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft geschehen – an das fachliche und technische Know-how aus Vorkriegszeiten anknüpfen. Damals hatte es schon umfassende Statistiken gegeben über Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Bautätigkeit, Handel, Finanzen, Steuern, Preise, Löhne, Außenhandel oder Wirtschaftsrechnungen. Sie konnten fast durchweg wieder ins Programm der Bundesstatistik aufgenommen werden. Andererseits hatte sich der Informationsbedarf geändert. Die soziale Marktwirtschaft und die offene, demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland machten neue Statistiken notwendig. Darüber hinaus gab es noch kurzfristige kriegsbedingte Anforderungen. Es fehlte in Deutschland an vielem, insbesondere an Wohnungen. So bedurfte es umfassender Statistiken, um den Bedarf an Wohnraum abschätzen und Fortschritte prüfen zu können.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der amtlichen Statistik waren die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen:

- In jedem Bundesland entstand – entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland – ein statistisches Amt; heute sind es 16 statistische Landesämter. Während das Statistische Bundesamt in erster Linie für die methodische und technische Vorbereitung der Statistiken sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse zuständig ist, werden die Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten überwiegend von den Landesämtern

geleistet. Sie übermitteln ihre Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt, das sie zum Gesamtergebnis für Deutschland zusammenfasst. Einige wenige Statistiken – wie z. B. die Außenhandelsstatistik – werden zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

- Für jede Statistik ist grundsätzlich eine gesetzliche Ermächtigung notwendig, denn statistische Befragungen greifen – zumal bei Auskunftspflicht – in die Rechtssphäre des Einzelnen ein.
- In anderen Staaten – etwa in Frankreich – gehören zur Arbeit der statistischen Ämter auch Wirtschaftsanalysen und -prognosen, Konjunkturforschung und die Entwicklung ökonometrischer Modelle. Nicht so in Deutschland: Das Statistische Bundesamt ist vor allem für die Erhebung und Verbreitung statistischer Daten sowie deren Interpretation zuständig. Wirtschaftsanalysen und -prognosen werden im Wesentlichen von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten durchgeführt.

0.3 Die 60er- und 70er-Jahre: Zeit des systematischen Aufbaus

Diese Jahrzehnte standen im Zeichen der Weiterentwicklung des statistischen Erhebungsprogramms. Ziel war der Auf- und Ausbau eines Systems von Statistiken, das die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Landes umfassend beschreibt. Anforderungen an die Ergebnisse der Statistiken sind u. a. die Möglichkeit, Daten – auch aus verschiedenen Statistiken – zur Weiterverarbeitung zu verwenden (bspw. Indexberechnungen, Erstellung von Modellrechnungen oder Berechnung von Durchschnittszahlen), die Vergleichbarkeit von Statistiken im Zeitverlauf sowie die Aktualität der Daten und deren Zuverlässigkeit.

- Für die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein Paradebeispiel. Die VGR – Ende der 60er-Jahre für die Zwecke einer wirtschaftspolitischen »Globalsteuerung« zügig ausgebaut – sind ein geschlossenes System, das umfassend über das wirtschaftliche Geschehen informiert.
- Zeitreihen, die Ergebnisse aus vielen Jahren umfassen, lassen Aussagen über Entwicklungen zu und stellen die Grundlagen für Prognosen dar. Dabei müssen oft mehrere Parameter betrachtet werden, um einen Sachverhalt bewerten zu können. Ein Beispiel: Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung – das ist die Summe der produzierten Waren und Dienstleistungen, abzüglich der Vorleistungen – betrug 2000 30,4 Prozent. Die Zahl allein sagt nicht sehr viel aus. Wenn man aber weiß, dass 1960 der gleiche Anteil noch 53,2 Prozent betrug und darüber hinaus der Anteil des Dienstleistungsbereiches im gleichen Zeitraum von 13,6 Prozent auf 68,5 Prozent an der Bruttowertschöpfung gestiegen ist, dann kennzeichnen allein diese

vier statistischen Daten die Entwicklung Deutschlands von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

- Der Mikrozensus, die jährliche Ein-Prozent-Bevölkerungsstichprobe, dokumentiert mit seinem Fragenprogramm seit über 40 Jahren praktisch die gesamten Lebensumstände und damit den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland: Daten zur Bevölkerung, zu Haushalten und Familien, zum Arbeitsmarkt, zur ausländischen Bevölkerung, zu Bildung und Ausbildung, zum überwiegenden Lebensunterhalt und vieles mehr.

0.4 Die 80er-Jahre: Zukunftsangst und Datenschutz

In den 80er-Jahren stand die amtliche Statistik in der Kritik der Öffentlichkeit. In der Folge öffnete sich die Statistik, wurde transparenter und warb um breite Akzeptanz in der Gesellschaft. Die für 1983 geplante Volkszählung war in Westdeutschland auf ein gesellschaftliches Klima getroffen, das unter dem Eindruck der rasanten Fortschritte in der Elektronischen Datenverarbeitung von Sorge vor dem »gläsernen Menschen« und vor dem »allwissenden Staat« geprägt war. Zukunftsängste fanden ihr Objekt nicht nur in der Raketennachrüstung, sondern auch in der geplanten Volkszählung. Es kam zu massiven Boykottaufrufen und einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht entwickelte in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung«, wonach jeder Bürger grundsätzlich über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten bestimmen kann. Zugleich bestätigte das Gericht die Bedeutung der amtlichen Statistik als eine »für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage«.

Die dann 1987 durchgeführte Volkszählung verlief erfolgreich. Nur ca. ein Prozent der Bevölkerung wurde nicht angetroffen oder beteiligte sich nicht an der Zählung.

0.5 Die 90er-Jahre: Das wiedervereinigte Deutschland in der Europäischen Union

Die amtliche Statistik wurde in den 90er-Jahren durch die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion geprägt.

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde die der Objektivität, Neutralität und der demokratischen Öffentlichkeit verpflichtete amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland auf die neuen Länder erstreckt, in denen alsbald statistische Landesämter entstanden. In der ehemaligen DDR hatte es zwar auch eine Statistik gegeben, die aber neben der Aufgabe, die Realitäten abzu-

bilden, Kontrollfunktionen in der Staatswirtschaft besaß, die – unter der Diktatur der kommunistischen Staatspartei SED – propagandistisch missbraucht wurde und deren Ergebnisse von den Machthabern vielfach unter Verschluss gehalten wurden.

Je mehr die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirtschaftlich, sozial und politisch zusammenwachsen, desto wichtiger sind europäische Statistiken. Damit die Vergleichbarkeit von Daten gegeben ist, entstand so etwas wie eine »gemeinsame statistische Sprache«: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verwenden im Bereich der Statistik inzwischen zum großen Teil bereits die gleichen Begriffe, Klassifikationen, technischen Standards, Methoden und Veröffentlichungsgrundsätze. Koordiniert wird das so genannte Europäische Statistische System, das letztlich eine Zusammenfassung der 15 nationalen statistischen Systeme ist, von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg. Eurostat selbst erhebt keine Daten, das ist Aufgabe der Statistikämter der Mitgliedstaaten. Für die Statistikämter der EU-Mitgliedstaaten ist es in den letzten Jahren – angesichts der begrenzten nationalen Ressourcen – immer schwieriger geworden, den mit jedem Integrationsschritt und den meisten Gemeinschaftspolitiken verbundenen Ruf nach neuen Daten und nach immer neuen europaweit gleichen Erhebungen zu erfüllen. Mit einem mehrjährigen Aktionsplan für das Statistische Europäische System versucht die EU derzeit mit dem US-amerikanischen statistischen System – was Datenangebot und Aktualität angeht – gleichzuziehen.

0.6 Ansprechpartner

Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75-24 05
- Telefax: 06 11/75-33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Ansprechpartner/-innen zu einzelnen Fachgebieten des **Teil I** finden Sie in der nachfolgenden Übersicht. Bei den aufgeführten Personen handelt es sich jedoch nicht immer um die Autoren, sondern häufig auch um Infostellen für einzelne Fachgebiete. Falls Sie zu einem Thema keinen Ansprechpartner/-in finden, können Sie direkt Kontakt mit der Redaktion (Telefon: 06 11/75-27 33 und -23 82, E-Mail: datenreport@destatis.de) oder unserem Informationsservice aufnehmen.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Statistischen Bundesamt

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 0 1888-6 44-	E-Mail
Bevölkerung			
Bevölkerungsfortschreibung, Ausländer-, Wanderungsstatistik und Gebietsstand	Hermann Voit	2116	hermann.voit@destatis.de
Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und -scheidungen, Bevölkerungsvorausberechnungen	Hans-Peter Bosse	2358	hans-peter.bosse@destatis.de
Haushalte und Familien	Marianne Teupen	8708	marianne.teupen@destatis.de
Bildung und Kultur	Udo Kleinegees	2857	udo.kleinegees@destatis.de
Erwerbstätig-/Arbeitslosigkeit			
Erwerbstätigkeit	Ursula Israel-Königsfeld	8698	ursula.israel-koenigsfeld@destatis.de
Arbeitslosigkeit	Margrit Thiele	2673	margrit.thiele@destatis.de
Einnahmen und Ausgaben und Ausstattung der privaten Haushalte¹			
Einnahmen (aus dem Mikrozensus)	Marianne Teupen	8708	marianne.teupen@destatis.de
Einnahmen (aus den VGR)	Norbert Schwarz	2218	norbert.schwarz@destatis.de
Ausgaben (aus der EVS)	Thomas Krebs	8842	thomas.krebs@destatis.de
Ausgaben (aus den VGR)	Michael Burghardt	2606	michael.burghardt@destatis.de
Bautätigkeit und Wohnen			
Wohnen	Horst Winter	2230	horst.winter@destatis.de
Bautätigkeit	Kerstin Kortmann	4740	kerstin.kortmann@destatis.de
Wahlen	Karl Weichs	2945	karl.weichs@destatis.de
Gesundheit	Infodienst für Gesundheitsdaten	8951	gesundheitsstatistiken@destatis.de
Sozialleistungen	Heiko Pfaff	8106	sozialleistungen@destatis.de
Rechtspflege	Hans-Albert Conrad	4114	rechtspflegestatistik@destatis.de
Öffentliche Haushalte			
Finanzen	Klaus-Dieter Kleinjung	4173	klaus-dieter.kleinjung@destatis.de
Steuern	Klaus-Jürgen Hammer	2380	klaus-juergen.hammer@destatis.de
Personal	Reinhard Windgätter	4111	reinhard.windgaetter@destatis.de
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	VGR-Info-Team	2626	vgr-bib-auskunft@destatis.de

Fortsetzung der Tabelle auf nächster Seite

¹ Abkürzungen: EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichproben. VGR = volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Noch Ansprechpartnerinnen . . .

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 01888-644-	E-Mail
Außenhandel	Infodienst Außenhandel	2481	siegfried.koepper@destatis.de
Landwirtschaft	Dr. Alfred Kretzschmar	8612	agrar@destatis.de
Produzierendes Gewerbe			
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
Monatsbericht (z.B. Betriebe, Beschäftigte, Umsätze)	Ulrich Prautsch	2807	ulrich.prautsch@destatis.de
Index (Produktion, Auftragseingang, Umsatz)	Dr. Christine Bald-Herbel	2192	christine.bald@destatis.de
Strukturdaten (z.B. Unternehmensgröße, Investitionen)	Gerd Walter	2075	gerd.walter@destatis.de
Baugewerbe	Melitta Schulz	2829	melitta.schulz@destatis.de
Energie- und Wasserversorgung	Dieter Dingeldey	2305	dieter.dingeldey@destatis.de
Handwerk	Michael Ziebach	2811	michael.ziebach@destatis.de
Handel			
Groß- und Einzelhandel	Michael Wollgramm	2423	gruppe-va@destatis.de
Tourismus und Gastgewerbe	Gerlinde Schiefer	3228	gerlinde.schiefer@destatis.de
Banken und Versicherungen	Wilfried Brust	2570	wilfried.brust@destatis.de
Preise			
Preise (allgemeine Info; Preisbereiche, die hier nicht gesondert aufgeführt sind)	Andreas Martin	2629	andreas.martin@destatis.de
Einzelhandels- und Verbraucherpreise	Info-Service-Preise	2621	verbraucherpreisindex@destatis.de
Ein- und Ausführpreise, Großhandelsverkaufspreise	Marion Knauer	2302	gruppeVIA@destatis.de
Baupreise, Kaufwerte für Bauland	Sigrid Löchel	2844	baupreisstatistik@destatis.de
Löhne und Gehälter, Arbeitskosten			
Löhne und Gehälter	Alfred Höpfl	2198	alfred.hoepfl@destatis.de
Arbeitskosten	Marlies Walter	2689	marlies.walter@destatis.de
Verkehr	Raimund Götz	2424	verkehr@destatis.de
Energieverbrauch	Jörg Kaiser	2307	joerg.kaiser@destatis.de
Umwelt			
Material- und Energieflüsse	Angela Heinze	3768	angela.heinze@destatis.de
Maßnahmen des Umweltschutzes	Ursula Lauber	2737	ursula.lauber@destatis.de
Auslandsdaten	Info-Service-Ausland	8473	auslandsinfo@destatis.de

1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Tab. 1: Bevölkerung am 31. 12. 1999 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	12 897	15,7	6 278	14,9
15–40	28 471	34,7	13 845	32,9
40–65	27 445	33,4	13 674	32,5
65 und älter	13 351	16,2	8 276	19,7
Insgesamt	82 163	100	42 073	100
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>				
Unter 15	11 007	16,1	5 358	15,3
15–40	23 618	34,6	11 545	33,0
40–65	22 532	33,0	11 215	32,1
65 und älter	11 058	16,2	6 815	19,5
Insgesamt	68 215	100	34 933	100
<i>Neue Länder²</i>				
Unter 15	1 890	13,6	920	12,9
15–40	4 853	34,8	2 301	32,2
40–65	4 912	35,2	2 458	34,4
65 und älter	2 293	16,4	1 460	20,5
Insgesamt	13 948	100	7 139	100

¹ Einschl. der Angaben für Berlin.

² Ohne Angaben für Berlin-Ost.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf

die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch. Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d.h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Bevölkerungsdaten der Fortschreibung werden ergänzt durch die Ergebnisse der üblicherweise jährlich durchgeführten Mikrozensus, die eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfassen, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglichen. Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Zwar gab es andere Erhebungsverfahren, doch können mit deren Ergebnissen ebenso wie für das frühere Bundesgebiet Entwicklungen und Strukturen aufgezeigt werden.

1.2 Bevölkerungsentwicklung

Ende 2000 hatte Deutschland 82,3 Mill. Einwohner und damit etwa 22,5 Mill. mehr als kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1939 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1939 und 1974 von 43,0 Mill. auf 62,1 Mill. Danach bewegte sie sich bis 1988 wieder unter der 62-Millionen-Grenze.

Die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte (trotz der Kriegsverluste) zunächst im Wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR zurückzuführen. Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 fanden etwa 2,6 Mill. Personen aus Ostdeutschland als Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

Seit Mitte der 60er-Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Zwischen 1961 und 2000 sind insgesamt 25 Mill. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland zugezogen, und 18,7 Mill. haben es wieder verlassen. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem

Zeitraum von knapp 690 000 auf knapp 7,3 Mill. Die Zunahme ist zum größten Teil auf Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen.

Ferner fanden zwischen 1962 und 2000 etwa 3,6 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl registriert. In den Jahren 1991 bis 1997 bewegte sich die Zahl zwischen knapp 231 000 (1992) und 134 000 (1997). In den Folgejahren war sie weiter rückläufig. Im Jahr 2000 kamen erstmals seit der Wende weniger als 100 000 Aussiedler nach Deutschland. Insgesamt gesehen sind im Zeitraum von 1950 bis 2000 etwa 4,1 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1939
in Tausend

Jahr ¹	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1939	59 753	43 008	16 745
1950	68 724	50 336	18 388
1960	72 973	55 785	17 188
1970	78 069	61 001	17 068
1980	78 397	61 658	16 740
1990	79 753	63 726	16 028
1995	81 817	66 342	15 476
1996	82 012	66 583	15 429
1997	82 057	66 688	15 369
1998	82 037	66 747	15 290
1999	82 163	66 946	15 217
2000	82 260	67 140	15 120

1 1939 Ergebnisse der Volkszählung; sonst jeweils am 31. 12.

Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen worden. Von ihnen kamen 1,4 Mill. aus Polen und 2,0 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion; weitere 429 000 stammten aus Rumänien.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach.

Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl – auch bedingt durch Geburtendefizite in den 70er-

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

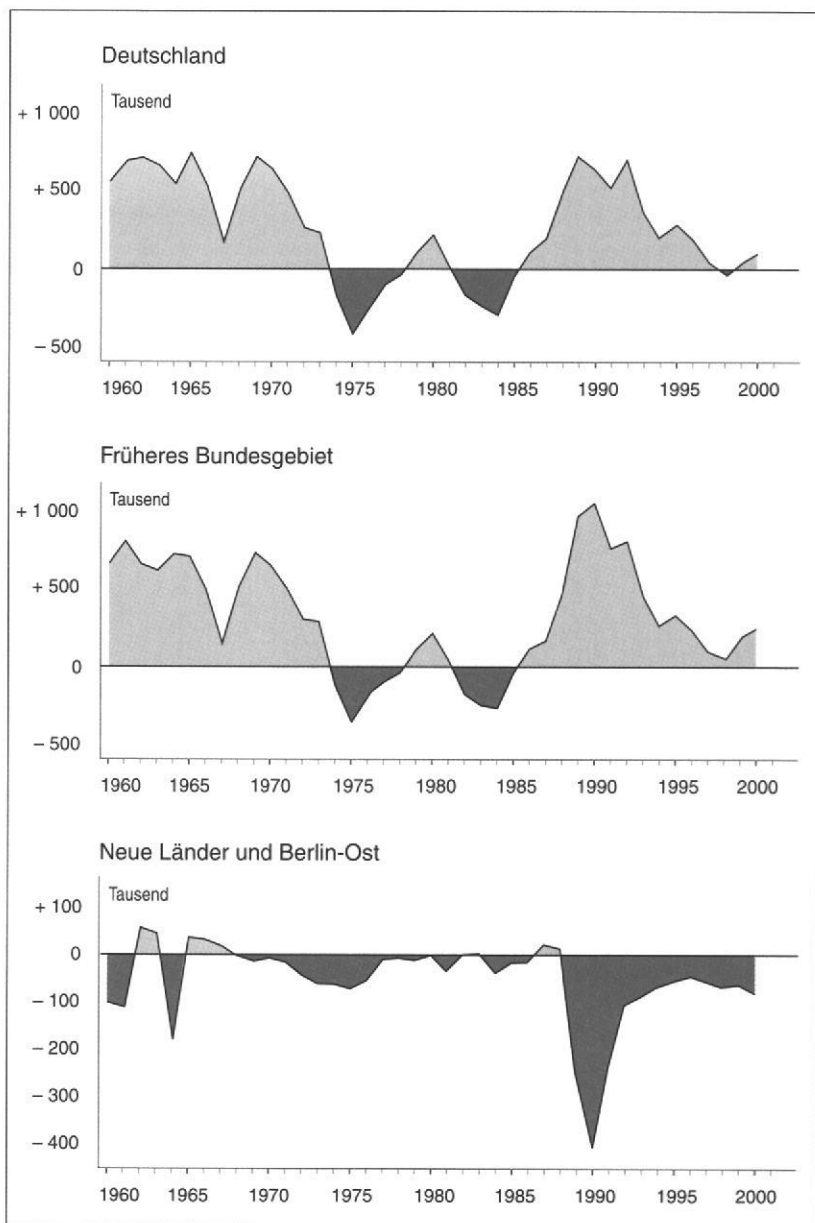
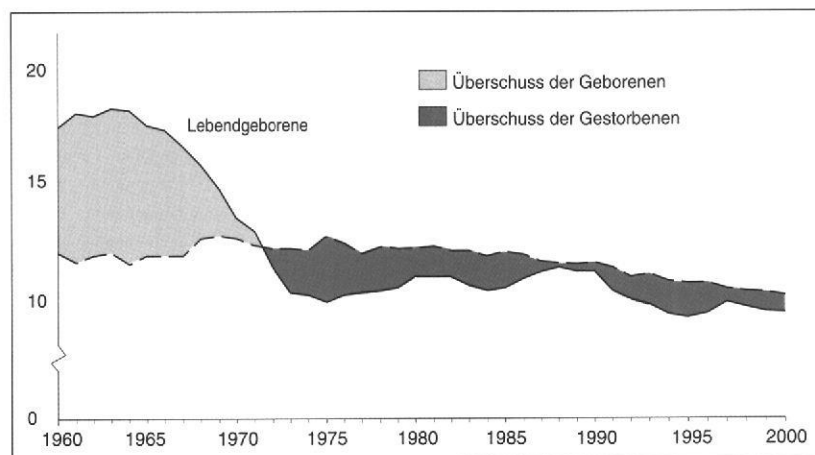


Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960
je 1 000 Einwohner



Jahren – unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang und Ende 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,0 Mill. Einwohner. Bis Ende 2000 verringerte sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost um weitere 909 000 Personen auf 15,1 Mill. In letzter Zeit ist aber der Bevölkerungsrückgang wesentlich geringer als in den ersten Jahren nach der Wende.

Tab. 3: Aussiedler und Aussiedlerinnen nach Herkunftsgebieten
1950 bis 2000

Zeitraum bzw. Jahr ¹	Ins- gesamt	Polen	Sowjet- union ²	Tschecho- slowakei ²	Rumä- nien	Jugo- slawien ²	Sonstige Gebiete
1950–1959	439 714	292 181	13 580	20 361	3 454	59 006	51 132
1960–1969	221 516	110 618	8 571	55 733	16 294	21 108	9 192
1970–1979	355 381	202 711	56 592	12 278	71 415	6 205	6 180
1980–1989	984 087	632 800	176 565	12 727	151 157	3 282	7 556
1990–1994	1 291 114	199 614	911 407	3 326	171 900	1 912	2 955
1995	217 898	1 677	209 409	62	6 519	178	53
1996	177 751	1 175	172 181	14	4 284	77	20
1997	134 419	687	131 895	10	1 777	34	16
1998	103 080	488	101 550	16	1 005	14	7
1999	104 916	428	103 599	11	855	19	4
2000	95 615	484	94 558	16	547	–	10

¹ Früheres Bundesgebiet; ab 1. 11. 1990 Deutschland.

² Bzw. Nachfolgestaaten.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950/74 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 2000 bei 267. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 2000 von 171 auf 140 Einwohner je Quadratkilometer. Wegen der wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern betrug die Dichteziffer für Deutschland insgesamt 230 Einwohner je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3 793, Hamburg: 2 271, Bremen: 1 633 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (77), Brandenburg (88), Sachsen-Anhalt (128), Thüringen (150) und Niedersachsen (166 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

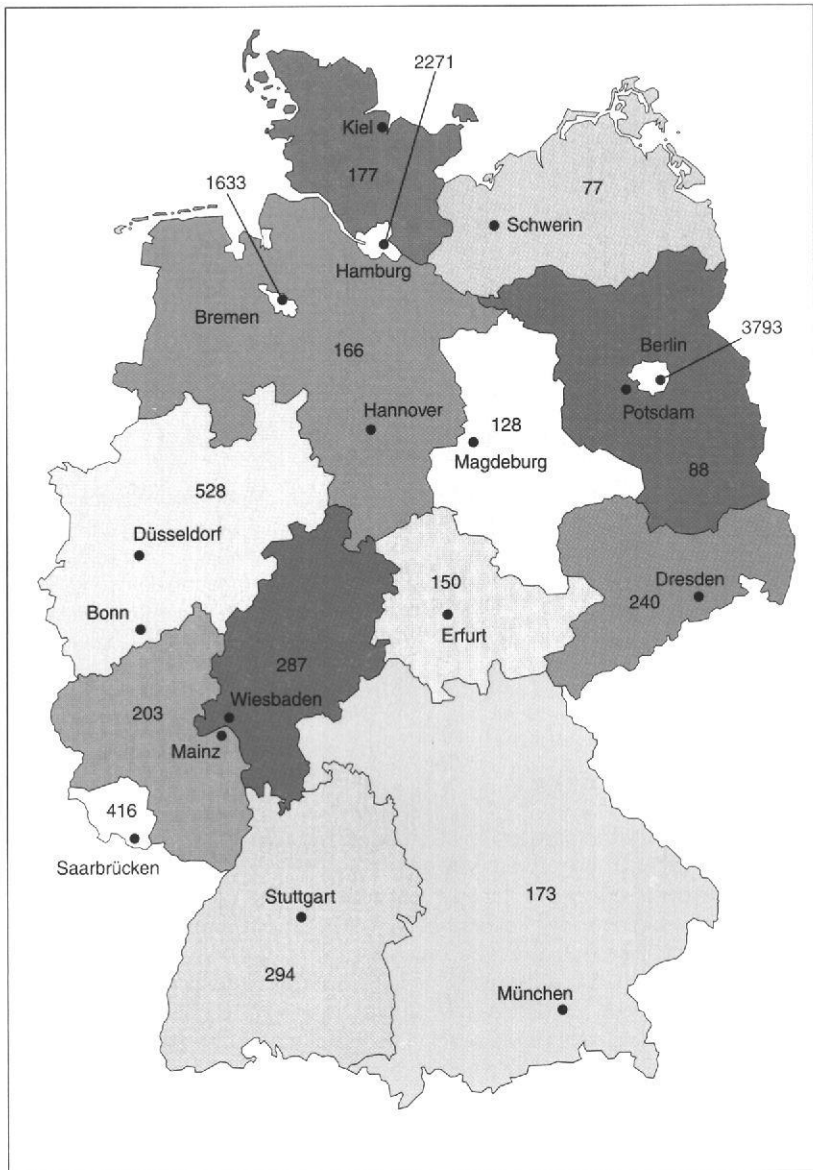
Mit rund 357 020 Quadratkilometern lag Deutschland 2000 im europäischen Vergleich in der Flächenausdehnung an siebter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (468), Belgien (336) sowie dem Vereinigten Königreich (245) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 3, Norwegen mit 14, Finnland mit 17 und auch die Russische Föderation mit 9 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Am 1. Januar 2000 gab es in Deutschland 13 854 politisch selbstständige Gemeinden, und zwar 8 513 im früheren Bundesgebiet sowie 5 341 in den neuen

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. 12. 2000

Bundesland	Regierungssitz	Fläche	Einwohner	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 524	294
Bayern	München	70,5	12 230	173
Berlin	Berlin	0,9	3 382	3 793
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 602	88
Bremen	Bremen	0,4	660	1 633
Hamburg	Hamburg	0,8	1 715	2 271
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 068	287
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 776	77
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 926	166
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	18 010	528
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	4 035	203
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 069	416
Sachsen	Dresden	18,4	4 426	240
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 615	128
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 790	177
Thüringen	Erfurt	16,2	2 431	150
Deutschland	Berlin	357,0	82 260	230

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten
am 31. 12. 2000
Einwohner je km²



Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 1999

Rang- folge	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin	3 387	München	3 846
2	Hamburg	1 705	Berlin	3 799
3	München	1 195	Herne	3 417
4	Köln	963	Oberhausen	2 886
5	Frankfurt a. M.	644	Essen	2 850
6	Essen	600	Stuttgart	2 809
7	Dortmund	590	Bochum	2 701
8	Stuttgart	582	Gelsenkirchen	2 690
9	Düsseldorf	569	Düsseldorf	2 622
10	Bremen	540	Nürnberg	2 611
11	Duisburg	520	Offenbach a. M.	2 601
12	Hannover	515	Frankfurt a. M.	2 592
13	Leipzig	490	Hannover	2 522
14	Nürnberg	487	Köln	2 376
15	Dresden	477	Hamburg	2 257

Bundesländern. Erhebliche Unterschiede bestehen in beiden Teilen Deutschlands hinsichtlich der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen. So lebten 1999 von der Bevölkerung der neuen Länder 17 % in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern gegenüber 5 % der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen im früheren Bundesgebiet 32 % und in den neuen Ländern 26 % der jeweiligen Bevölkerung.

1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem Teil, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide beschrieben

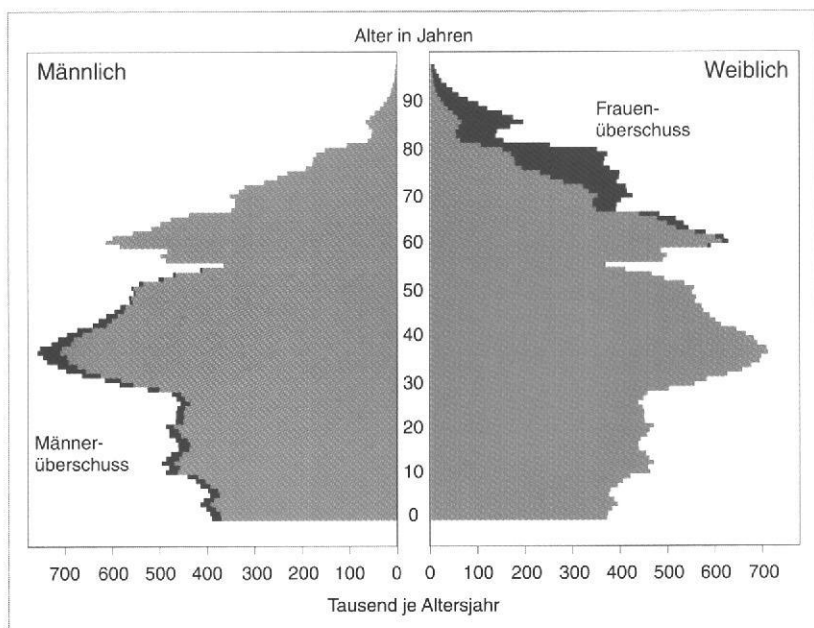
Korrektur zum Datenreport 2002

In der vorliegenden Ausgabe des „Datenreport 2002“ wurde irrtümlich auf der Seite 35 eine falsche Bevölkerungspyramide abgedruckt.

Die korrekte Darstellung finden Sie nachfolgend.

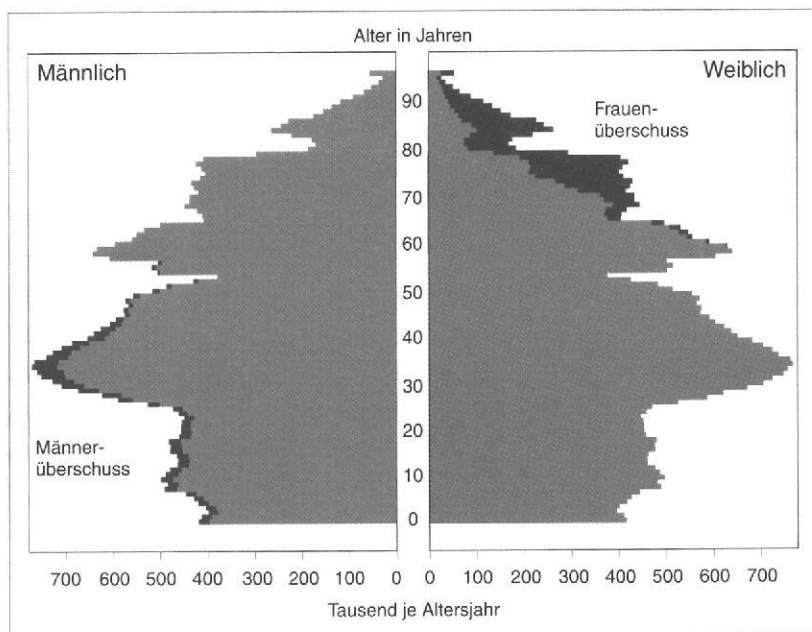
Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2000



Statistisches Bundesamt, September 2002

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1999



wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch deutlich die klassische Pyramidenform erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer »zerzausten Wartetanne«, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

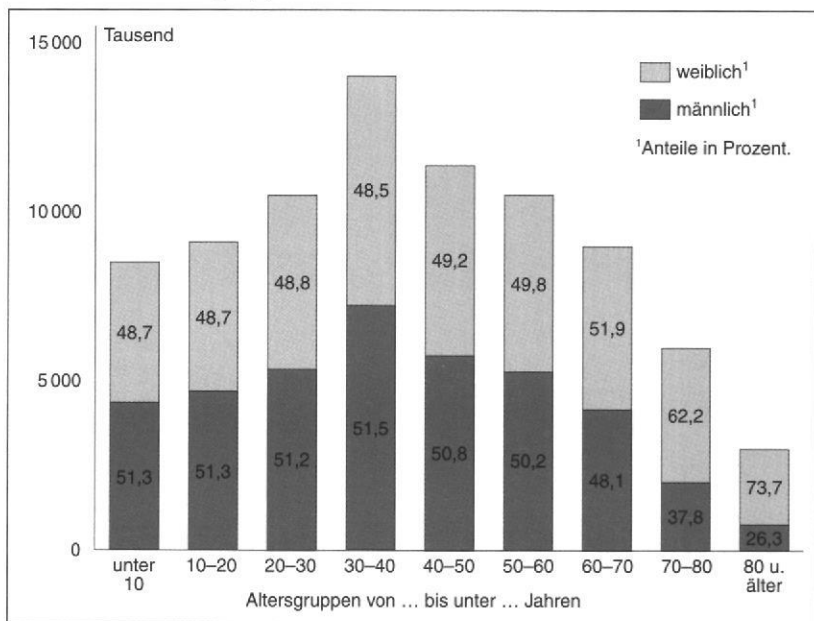
Tab. 6: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands seit 1955

Jahres- anfang	Bevöl- kerung	Davon im Alter von . . . bis . . . Jahren				Jugend- quotient ¹	Alten- quotient ²
		bis 19	20–59	60 und mehr zusammen	darunter 80 und mehr		
	1 000	%					
1955	70 945	30,2	54,2	15,6	1,2	55,6	28,8
1965	75 591	28,6	52,7	18,6	1,7	54,3	35,4
1975	78 882	29,1	50,4	20,5	2,2	57,7	40,6
1985	77 709	24,2	55,9	19,9	3,2	43,3	35,6
1995	81 539	21,5	57,4	21,0	4,0	37,3	35,8
2000	82 163	21,3	55,7	23,0	3,6	38,3	41,3

1 Altersgruppen der bis 19-Jährigen bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

2 Altersgruppen der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

Abb. 5: Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1999
nach Altersgruppen und Geschlecht



Die Unterschiede in der Altersstruktur werden bei der Betrachtung der jüngeren Generation besonders deutlich. Anfang 2000 betrug in Deutschland der Anteil der Nachwachsenden (unter 20-Jährige) 21,3 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) entfielen 55,7 %, der Seniorenanteil (60-Jährige und Ältere) betrug 23,0 %. Etwa 4 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) lag bei 38, während der Altenquotient (Zahl der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) 41 betrug. Fünfundvierzig Jahre zuvor, Anfang 1955, hatte das Verhältnis von Jugend- zu Altenquotient noch 56 : 29 betragen.

In Deutschland kommen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Wegen des erhöhten »Sterberisikos« der männlichen Bevölkerung baut sich dieses zahlenmäßige »Übergewicht« jedoch mit zunehmendem Lebensalter ab. Bis zum Alter unter 60 Jahren überwiegt der Männeranteil. In der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen geht die Geschlechterrelation in ein ungefähres Gleichgewicht und schließlich in einen Frauenüberschuss über. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind bereits 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen macht sich das höhere Sterberisiko der Männer immer stärker bemerkbar. So beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 62 % und

bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 74 %. Maßgebend hierfür sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen aber auch die starken Männerverluste im Zweiten Weltkrieg. Auf das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung wirken sich ferner Wanderungen aus, an denen Männer im Allgemeinen stärker beteiligt sind als Frauen.

1.5 Geburten und Sterbefälle

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Im Jahr 2000 wurden 72 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeborene gezählt. Weniger Sterbefälle als Geburten hatte es in Deutschland zuletzt im Jahr 1971 gegeben. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Sterbefallüberschüsse der deutschen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung verzeichnete demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte in Deutschland 1964 mit 1,36 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging dann bis 1975 auf 782 000 zurück, nahm anschließend bis 1980 auf 866 000 zu, fiel in den 80er-Jahren zunächst erneut und stieg dann wieder auf 906 000 im Jahr 1990 an. Nach einem erneuten Rückgang und zeitweisem Anstieg ist die Anzahl der Geburten seit 1998 wieder gefallen (vgl. Tab. 7).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl der Lebendgeborenen 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 % auf 111 000 angestiegen. Im früheren Bundesgebiet dagegen nahmen die Geburtenzahlen um 1,3 % ab. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatte es nach 1989/90 überaus starke Rückgänge gegeben: Der Tiefstand von 79 000 Lebendgeborenen im Jahr 1994 bedeutete eine Abnahme um 60 Prozent gegenüber 1989. Die politischen Umwälzungen mit den zunächst starken Abwanderungen und den tief greifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wirkten sich hier aus. Nach der Geburtenhäufigkeit von 1999 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost von je 1 000 Frauen im Durchschnitt etwa 1 150 Kinder geboren, 1990 waren es noch 1 500 gewesen. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Durchschnitt 1999 bei etwa 1 400 Kindern je 1 000 Frauen. Die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit in Deutschland deutlich unterschritten.

Außerhalb einer Ehe werden in Deutschland 23 % der Kinder geboren. In der Europäischen Union beträgt dieser Anteil etwa ein Viertel. In Schweden hat über die Hälfte der lebend geborenen Kinder Eltern, die nicht verheiratet sind; in Frankreich und im Vereinigten Königreich über ein Drittel.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland nimmt weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 74,4 und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 80,6 Jahre. Dies entspricht gegenüber dem Stand von Ende der 80er-Jahre einer Zunahme von etwa zwei Jahren bei beiden Geschlechtern.

Tab. 7: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1950 bis 2000
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
<i>Deutschland</i>						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
1995	765	9,4	885	10,8	- 119	- 1,5
1998	785	9,6	852	10,4	- 67	- 0,8
1999	771	9,4	846	10,3	- 76	- 0,9
2000	767	9,3	839	10,2	- 72	- 0,9
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
1995	681	10,3	706	10,7	- 25	- 0,4
1998	682	10,2	688	10,3	- 6	- 0,1
1999	664	9,9	685	10,3	- 21	- 0,3
2000	656	9,8	678	10,1	- 23	- 0,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
1995	84	5,4	178	11,5	- 94	- 6,1
1998	103	6,7	164	10,7	- 61	- 4,0
1999	107	7,0	161	10,6	- 55	- 3,6
2000	111	7,3	160	10,5	- 49	- 3,2

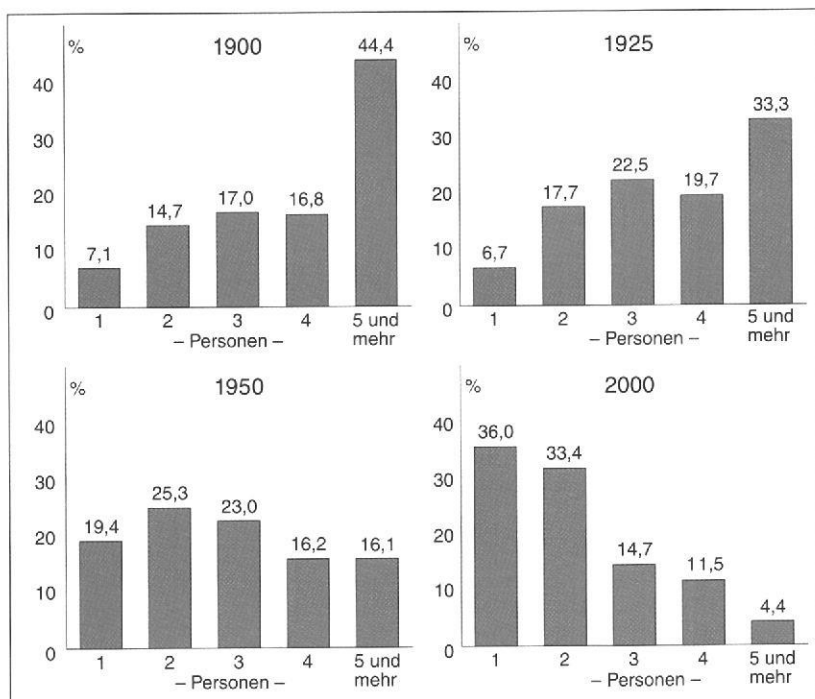
1.6 Familien und Haushalte

In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im Mai 2000 wurden in Deutschland mehr als 38,1 Mill. Haushalte, davon über 31,0 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet und 7,1 Mill. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 2000 lag der entsprechende Wert in Deutschland nur noch bei 4,4 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 33,4 % in 2000 zu, der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf 36 %. Somit lebten im Mai 2000 in Deutschland 13,7 Mill. Personen, das sind 16,7 % der Bevölkerung, allein. Das ist in etwa jede(r) sechste, sowohl im früheren Bundesgebiet (16,9 %) als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost (16,0 %). Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende in Deutschland auf 4,5 Personen, 2000 hingegen nur noch auf 2,2 Personen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt im Osten wie auch im Westen 2,2 Personen.

Als Ursache für die seit der Jahrhundertwende abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der Zahl der städtischen Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten mit 500 000 Einwohnern und mehr sind insbesondere

Abb. 6: Haushaltsgrößen
in Prozent der Haushalte



Tab. 8: Mehrpersonenhaushalte 2000 nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder im Haushalt¹

Haushalte mit ... Personen	Ins- gesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kind(ern) ²			
			zusam- men	1	2	3 und mehr
	1 000	% von Spalte »zusammen«				
Früheres Bundesgebiet						
2	10 269	9 142	1 127	100	X	X
3	4 376	217	4 159	90,0	10,0	X
4	3 593	30	3 563	3,3	94,0	2,7
5 und mehr	1 470	/	1 465	1,9	7,8	90,3
zusammen	19 708	9 393	10 315	48,5	37,7	13,8
Neue Länder und Berlin-Ost						
2	2 451	2 111	340	100	X	X
3	1 221	51	1 170	89,3	10,7	X
4	799	5	794	4,1	93,0	2,9
5 und mehr	195	/	194	1,9	11,1	87,0
zusammen	4 666	2 168	2 498	56,9	35,5	7,6
Deutschland						
2	12 720	11 253	1 467	100	X	X
3	5 598	268	5 330	89,7	10,3	X
4	4 391	34	4 357	3,4	93,8	2,8
5 und mehr	1 665	6	1 659	1,9	8,3	89,8
insgesamt	24 374	11 561	12 813	50,2	37,2	12,6

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung in Privathaushalten.

2 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

die Einpersonenhaushalte (47,3 % dieser Haushalte befinden sich dort) zahlreich vertreten. Im Jahr 2000 lebte jeder vierte Großstadtbewohner (25 %) allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder siebte (14 %) einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf Kinder – von großer Bedeutung. 2000 lebten in Deutschland in 52,5 % der Mehrpersonenhaushalte Kinder (ohne Altersbegrenzung). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag dieser Anteil mit 53,5 % geringfügig über dem im früheren Bundesgebiet (52,3 %). In gut der Hälfte (50,2 %) der knapp 13 Mill. Haushalte mit Kindern lebt in Deutschland nur ein Kind, über ein Drittel (37,2 %) dieser Haushalte hat zwei und 12,6 % haben drei und mehr Kinder.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Haushalte mit einem Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher (fast 57 % gegenüber 49 %). Der Anteil der Haushalte mit zwei Kindern ist mit 35,5 % bzw. 37,7 % nahezu iden-

tisch, während die Haushalte mit drei oder mehr Kindern im früheren Bundesgebiet häufiger anzutreffen waren als im Osten (13,8 % gegenüber 7,6 %).

2000 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 1 415 000 allein erziehende Mütter oder Väter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren (einschließlich Alleinerziehende, die Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind). Diese Situation war in 111 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 854 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 451 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 2000 rund 583 000 Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren ermittelt, was einen Anteil von 33,2 % an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren bedeutete, während dieser im früheren Bundesgebiet bei 18,8 % lag.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den allein erziehenden Vätern, deren Zahl sich im früheren Bundesgebiet von 87 000 im Jahr 1972 auf 247 000 im Jahr 2000 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 182 000 für ein Kind, 54 000 für zwei und 11 000 für drei und mehr Kinder unter 18 Jahren zu sorgen. Die Zahl der allein erziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 2000 im früheren Bundesgebiet von 614 000 auf 1 168 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (761 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 311 000 Mütter zwei und 96 000 drei oder mehr Kinder allein zu erziehen.

Tab. 9: Nichteheliche Lebensgemeinschaften 2000¹

Gebiet	Insgesamt	Ohne Kinder		Mit Kind(ern) ²	
	1 000	1 000	% ³	1 000	% ³
Deutschland	2 113	1 489	70,5	624	29,5
Früheres Bundesgebiet	1 593	1 221	76,6	372	23,4
Neue Länder und Berlin-Ost	520	268	51,5	252	48,5

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Ledige Kind(er) ohne Altersbegrenzung.

3 Anteil an Spalte »Insgesamt«.

Das Zusammenleben als nichteheliche Lebensgemeinschaft, ob als voreheliche Form, die meist von jungen Erwachsenen als »Ehe auf Probe« verstanden wird, oder als nacheheliche Form, die von nicht mehr ledigen Personen eingegangen wird, stößt heute weitgehend auf gesellschaftliche Akzeptanz. Im Jahr 2000 existierten nach Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland über 2,1 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften, fast 1,6 Mill. im früheren Bundesgebiet und 520 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In den vergangenen zwölf Jahren hat sich im früheren Bundesgebiet die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften fast verdoppelt. 1988 gab es dort schätzungsweise erst 820 000 solcher Partnerschaften.

Betrachtet man die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, dann fällt auf, dass im früheren Bundesgebiet 2000 in etwa jeder fünften nichtehelichen Lebensgemeinschaft ein oder mehrere Kinder lebten, dagegen war dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost in fast der Hälfte (48,5 %) aller nichtehelichen Partnerschaften der Fall.

2000 waren von den rund 9,9 Mill. Ehepaaren mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) in Deutschland in 85,6 % der Fälle beide Ehepartner Deutsche, bei fast 9,5 % der Ehepaare hatten beide Ehepartner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die übrigen knapp 5 % waren binationale Ehepaare mit nahezu gleich großen Anteilen von 2,4 % bzw. 2,5 % der Paare mit deutschem Ehemann und aus-

Tab. 10: Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende in Deutschland 2000 nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner/Alleinerziehenden sowie Zahl der Kinder¹

Staatsangehörigkeit der Ehepartner/ Alleinerziehenden	Ins- gesamt	Davon mit Kind(ern)			Kinder je Familie
		1	2	3 und mehr	
	1 000	% von »Insgesamt«			Anzahl
Beide Ehepartner Deutsche	8 438	46,0	41,2	12,8	1,70
Beide Ehepartner Ausländer	935	34,7	39,4	25,9	2,05
Ehemann Deutscher/Ehefrau Ausländerin	240	52,2	35,9	11,9	1,64
Ehemann Ausländer/Ehefrau Deutsche	242	47,6	39,1	13,3	1,70
Deutsche Alleinerziehende ²	2 763	69,2	24,5	6,3	1,39
Ausländische Alleinerziehende ²	205	59,6	26,3	14,1	1,63

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung am Familienwohnsitz. Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

2 Einschl. der Alleinerziehenden, die Lebenspartner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.

ländischer Ehefrau sowie ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau. Von den 2,9 Mill. Alleinerziehenden hatten gut 93 % die deutsche und knapp 7 % eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Deutliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Familien bestehen hinsichtlich der Zahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung), wobei die ausländischen Familien durchweg kinderreicher sind. So hatten 2000 mehr als ein Viertel (25,9 %) von 935 000 ausländischen Ehepaaren und mehr als jede bzw. jeder siebte der ausländischen Alleinerziehenden drei und mehr Kinder im Haushalt. Bei den 8,4 Mill. deutschen Ehepaaren mit Kindern bzw. 2,8 Mill. deutschen Alleinerziehenden lagen die Vergleichswerte bei knapp 13 bzw. gut 6 %. Dagegen betrug der Anteil der Ein-Kind-Familien bei den ausländischen Ehepaaren mit Kindern 35 %, während er bei den deutschen Ehepaaren mit Kindern fast die Hälfte, nämlich 46 %, ausmachte.

Betrachtet man die binationalen Ehepaare mit Kindern, d. h. jene Paare, bei denen ein Partner die deutsche und der andere eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, dann zeigt sich, dass die Familiengrößenstrukturen der binationalen Ehepaare und der deutschen Ehepaare sehr ähnlich sind. So hat ungefähr die Hälfte (52 %) der Paare mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau ein Kind im Haushalt zu versorgen, bei den Paaren mit ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau beträgt dieser Anteil 48 %.

Auch die durchschnittliche Kinderzahl je Familie variiert mit der Staatsangehörigkeit der Ehepartner. Im Durchschnitt lebten 2000 100 ausländische Ehepaare mit 205 Kindern und 100 ausländische Alleinerziehende mit 163 Kindern zusammen, in den Haushalten von 100 deutschen Ehepaaren waren es 170, von 100 Alleinerziehenden 139 Kinder (ohne Altersbegrenzung).

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

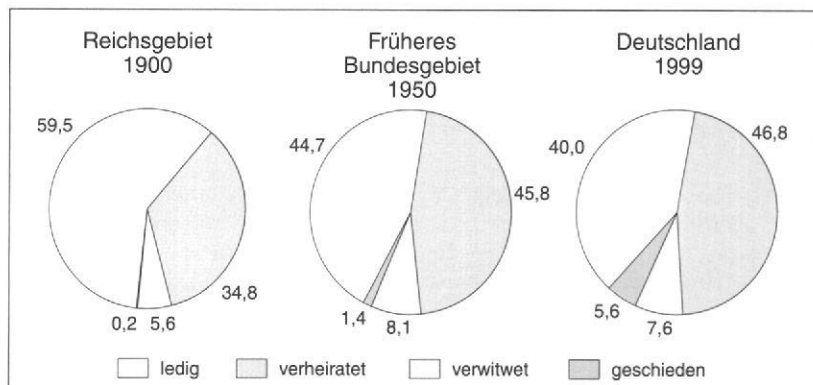
In Deutschland schlossen 2000 420 000 Paare die Ehe. Damit nahmen die Hochzeiten weiter ab. In den 90er-Jahren war es nur 1999 – mit dem besonderen Datum 9. September 1999 – zu einem Anstieg der standesamtlichen Trauungen gekommen. Eine unter 500 000 liegende Zahl von Eheschließungen hatte es bereits von Ende der 70er- bis Mitte der 80er-Jahre gegeben. Der nachfolgende Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen und nicht auf eine Änderung des Heiratsverhaltens. Mehr als 600 000 Heiraten waren zuletzt 1967 festgestellt worden.

Die Entwicklung zu Beginn der 90er-Jahre war durch die außerordentliche Abnahme der Eheschließungszahlen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bestimmt. 1991 hatten sich hier nur noch halb so viele Paare das Jawort gegeben wie 1990. Inzwischen sind die Eheschließungen wieder etwas angestiegen. Da es in den letzten Jahren auch in den alten Bundesländern mit der Ausnahme 1999 – einen Rückgang der Heiraten gab, waren in Deutschland insgesamt die Eheschließungszahlen weiter gesunken.

Unter den 431 000 vor einem deutschen Standesbeamten geschlossenen Ehen des Jahres 1999 waren bei 361 000 Mann und Frau Deutsche. 26 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann und 32 000 deutsche Männer gingen mit einer ausländischen Frau die Ehe ein. Bei 12 000 Eheschließungen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Heiraten zweier deutscher Partner nahmen 1999 zu, nachdem sie in den letzten Jahren bis 1998 ständig abnahmen.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Seit Mitte der 70er-Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger ständig gestiegen. 1999 waren ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 31 Jahre alt. Für die Frauen, die zum ersten Mal heirateten, ergab sich ein Durchschnitts-

Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung
in Prozent



alter von 28 Jahren und vier Monaten. Von allen Männern und Frauen, die 1999 die Ehe eingingen, waren etwa drei Viertel ledig und ein Viertel geschieden.

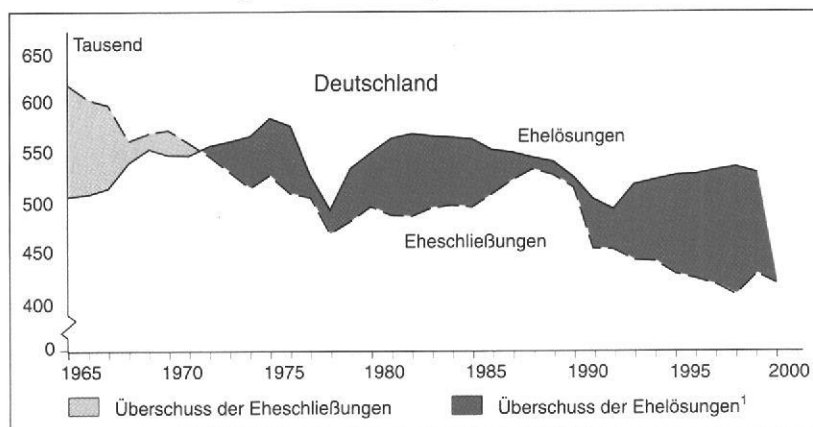
Ehen können entweder durch den Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings nahm der Anteil der Scheidungen erheblich zu. 2000 stieg ihre Zahl auf 194 000 an. Auf 10 000 bestehende Ehen kamen damit etwa 101 Ehescheidungen. Berücksichtigt man die Ehedauer der geschiedenen Ehen, so wäre bei einem Anhalten der derzeitigen Scheidungshäufigkeit damit zu rechnen, dass etwa 37 % der Ehen im Laufe der Zeit wieder geschieden werden.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft. Dies hatte, ähnlich

Tab. 11: Eheschließungen und Ehescheidungen in Deutschland 1950 bis 2000

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1960	689	9,5	73	1,0
1970	575	7,4	104	1,3
1980	497	6,3	141	1,8
1990	516	6,5	155	2,0
1995	431	5,3	169	2,1
1996	427	5,2	176	2,1
1997	423	5,2	188	2,3
1998	417	5,1	192	2,4
1999	431	5,2	191	2,3
2000	420	5,1	194	2,4

Abb. 8: Eheschließungen und Ehelösungen 1965 bis 2000



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

wie die Reform dieses Rechts 1977 in den alten Bundesländern, einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 weniger als ein Fünftel. Seit 1993 steigt hier die Zahl der Ehescheidungen aber deutlich.

Von der Scheidung sind nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren minderjährige Kinder betroffen. 94 850 der geschiedenen Ehepaare hatten Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten 148 000 minderjährige Kinder im Jahr 2000 die Scheidung ihrer Eltern. Bei 35 % der Kinder handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares.

Weitere Informationen zum Thema Ehe und Familie siehe Teil II, Kap. 11.

1.8 Ausländische Bevölkerung

1.8.1 Stand und Entwicklung

Ende 2000 lebten in Deutschland knapp 7,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Gegenüber Ende 1989 hat sich diese Zahl um rund 2,3 Mill. erhöht. Der Anteil an der Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 6,4 auf 8,9 %.

Für die Veränderung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger und ihrer Struktur ist zum weitaus größten Teil die Entwicklung dieses Bevölkerungsteils im früheren Bundesgebiet maßgebend. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis

Tab. 12: Ausländische Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2000
nach Altersgruppen¹

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 18	1 542,4	21,1	802,3	20,3	740,0	22,2
18–21	317,2	4,3	164,1	4,1	153,1	4,6
21–40	2 962,8	40,6	1 609,6	40,7	1 353,2	40,5
40–65	2 133,3	29,2	1 193,5	30,1	939,8	28,2
65 und älter	341,2	4,7	189,8	4,8	151,4	4,5
Insgesamt	7 296,8	100	3 959,3	100	3 337,5	100

1 Auswertung des Ausländerzentralregisters.

zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin-Ost gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill., 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes

Tab. 13: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
06. 06. 1961	686,2	1,2
27. 05. 1970	2 438,6	4,3
25. 05. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 09. 1990	5 241,8	8,2
<i>Deutschland</i>		
30. 09. 1990	5 408,3	6,8
31. 12. 1991	5 882,3	7,3
31. 12. 1992	6 495,8	8,0
31. 12. 1995	7 173,9	8,8
31. 12. 1996	7 314,0	8,9
31. 12. 1997	7 365,8	9,0
31. 12. 1998 ¹	7 308,5	8,9
31. 12. 1999 ¹	7 336,1	8,9

1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch den bis Mitte 1993 anhaltenden starken Zustrom von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,0 Mill. (10,4 % der Bevölkerung). Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,6 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf knapp 46 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 110 500. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Seit 1992 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern und Berlin-Ost – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht; Ende 1999 betrug sie 360 000 (2,4 % der Bevölkerung).

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Von den knapp 7,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2000 in Deutschland lebten, waren rund 55 % seit mindestens zehn Jahren – darunter 33 % bereits 20 Jahre oder länger – hier ansässig. Etwa 27 % lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, und 18 % hatten einen Aufenthalt von sechs bis unter zehn Jahren. Für 2000 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 14,9 Jahren, 1992 lag sie noch bei 12,0 Jahren. Der geringe Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer bedeutet, dass trotz der starken Wanderungsbewegungen in den letzten Jahren die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer erst kürzeren Verweildauer stärker abgenommen hat, als die Zahl derjenigen, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.

1.8.3 Geburtenentwicklung

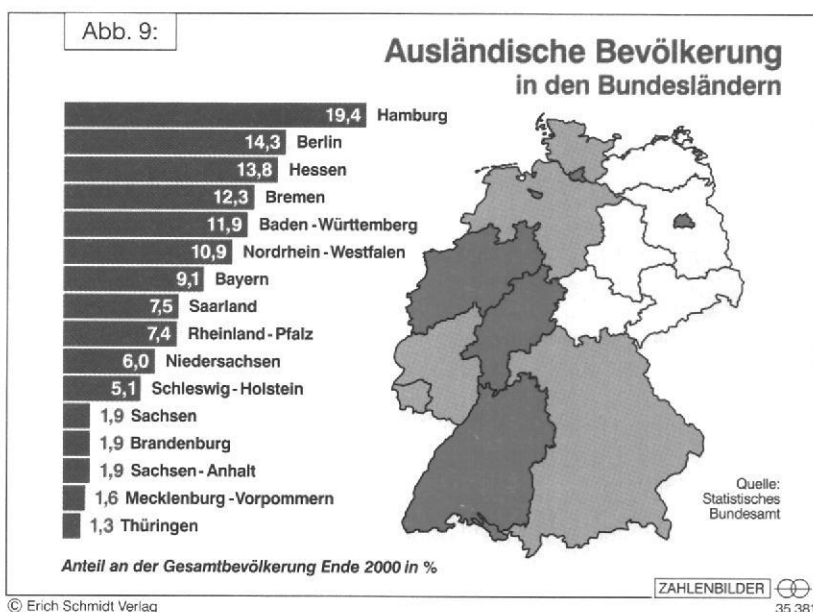
2000 wurden in Deutschland 50 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren, die weitaus meisten von ihnen in den alten Bundesländern, wo auch der größte Teil der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung heimisch ist. Weitere 41 000 Kinder ausländischer Eltern besaßen entsprechend

dem seit Jahresbeginn 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche Staatsangehörigkeit. 1999 waren – nach dem bis dahin geltenden Recht – 95 000 ausländische Kinder in Deutschland zur Welt gekommen. In den alten Bundesländern wurde 1974 mit 108 000 die bisher höchste Zahl ausländischer Kinder geboren. Bis Mitte der 80er-Jahre halbierte sich diese Zahl (mit einem zwischenzeitlichen Anstieg 1980 und 1981). Danach stieg sie (mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995) wieder, fällt aber seit 1998 erneut.

Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung, die sowohl Mitte der 70er- als auch Mitte der 80er-Jahre zeitweise zurückgegangen war. Auch hatten bis Ende 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 erhalten Kinder deutscher Mütter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit. Ab 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland zur Welt gekommene Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren sich rechtmäßig in Deutschland aufhält.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschafts-



strukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass 1999 die Stadtstaaten Hamburg (15,4 %) und Berlin (12,8 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (12,5 %), Hessen (12,1 %) und Nordrhein-Westfalen (11,4 %) am höchsten, am niedrigsten war er in den neuen Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 1,7 %.

1.8.5 Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen Ende der 80er-Jahre und Mitte 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – Jahr für Jahr an. Mit 438 200 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Durch die jeweils Mitte 1993 erfolgte Änderung von

Tab. 14: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1972¹

Jahr	Asyl-suchende	Asyl-berechtigte	Anerkennungs- quote ²
	Anzahl		
1972	5 289	2 844	39,8
1975	9 627	2 928	22,2
1980	107 818	12 783	12,0
1985	73 832	11 224	29,2
1990	193 063	6 518	4,4
1991	256 112	11 597	6,9
1992	438 191	9 189	4,3
1993	322 599	16 396	3,2
1994 ³	127 210	25 578	7,3
1995	127 937	18 100	9,0
1996	116 367	14 389	7,4
1997	104 353	8 443	4,9
1998	98 644	5 883	4,0
1999	95 113	4 114	3,0
2000	78 564	3 128	3,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

3 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

Artikel 16 und Einführung von Artikel 16a des Grundgesetzes sowie der hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf 322 600. Dieser Rückgang setzte sich in den folgenden Jahren fort. Im Jahr 2000 stellten 78 564 ausländische Staatsangehörige und damit 16 549 weniger als 1999 (95 113) einen Asylantrag in Deutschland.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterliegt immer wieder Schwankungen. So sank er im Zeitraum 1985/93 – das Jahr 1991 ausgenommen – von 29 auf rund 3 % und stieg dann auf 9 % (1995). Seitdem ist wieder ein Rückgang der Anerkennungsquote zu beobachten. Im Jahr 2000 lag die Anerkennungsquote bei 3 % der in diesem Jahr entschiedenen Anträge.

Weitere Informationen zum Thema Ausländer siehe Teil II, Kap. 15.

1.9 Wanderungen

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung und damit den Wanderungen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird unterschieden zwischen Wohnsitzwechseln innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung). Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik erfasst, seitdem handelt es sich um Binnenwanderungsfälle.

1.9.1 Binnenwanderung

Im Jahr 1999 haben 3,968 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands gewechselt. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sog. Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 1999 betrug die Mobilitätsziffer rund 48, d. h. fast jeder 20. Einwohner ist in jenem Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen. Betrachtet man die Entwicklung der räumlichen Mobilität der Bevölkerung seit 1970, so zeigt sich ein sehr unterschiedlicher Verlauf. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,662 Mill. auf 3,024 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein. Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 80er-Jahre war die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. 1991 lag sie dann erstmals seit 1980 wieder über der Drei-Millionen-Grenze. Seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.

Tab. 15: Wanderungen über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen
seit 1970

Jahr	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
<i>Deutschland</i>						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1992	3 506	43,7	2 530	31,5	1 084	13,5
1993	3 629	44,8	2 540	31,4	1 000	12,4
1994	3 912	48,1	2 686	33,0	1 049	12,9
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
1996	3 953	48,3	2 670	33,0	1 055	12,9
1997	4 015	49,0	2 730	33,3	1 063	13,0
1998	4 001	48,8	2 727	33,2	1 081	13,2
1999	3 968	48,4	2 863	34,8	1 104	13,5

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Tab. 16: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet
und den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1950

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Fortzüge nach den neuen Ländern und Berlin-Ost	Wanderungssaldo gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1993	172 386	119 100	+ 53 286
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1995	168 336	143 063	+ 25 273
1996	166 007	151 973	+ 14 034
1997	167 789	157 348	+ 10 441
1998	182 478	151 750	+ 30 728
1999	195 530	151 943	+ 43 587
2000	214 456	153 179	+ 61 277

Im Jahr 1999 wurden 1,104 Mill. Wanderungen über die Landesgrenzen registriert. Im Zeitraum von 1991 bis 1993 hatte sich diese Zahl von 1,127 Mill. auf 1 Mill. verringert.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war in den 90er-Jahren gegenläufig, d. h. sie war durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung gekennzeichnet, sodass die Wanderungsbilanz zwischen Ost und West inzwischen nahezu ausgeglichen war. Seit 1998 ist eine Umkehr des bisherigen Trends erkennbar. 2000 verlegten 214 000 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen in eines der alten Bundesländer und 153 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder und Berlin-Ost ein Abwanderungsüberschuss von rund 61 000 Personen.

1.9.2 Außenwanderung

Deutsche

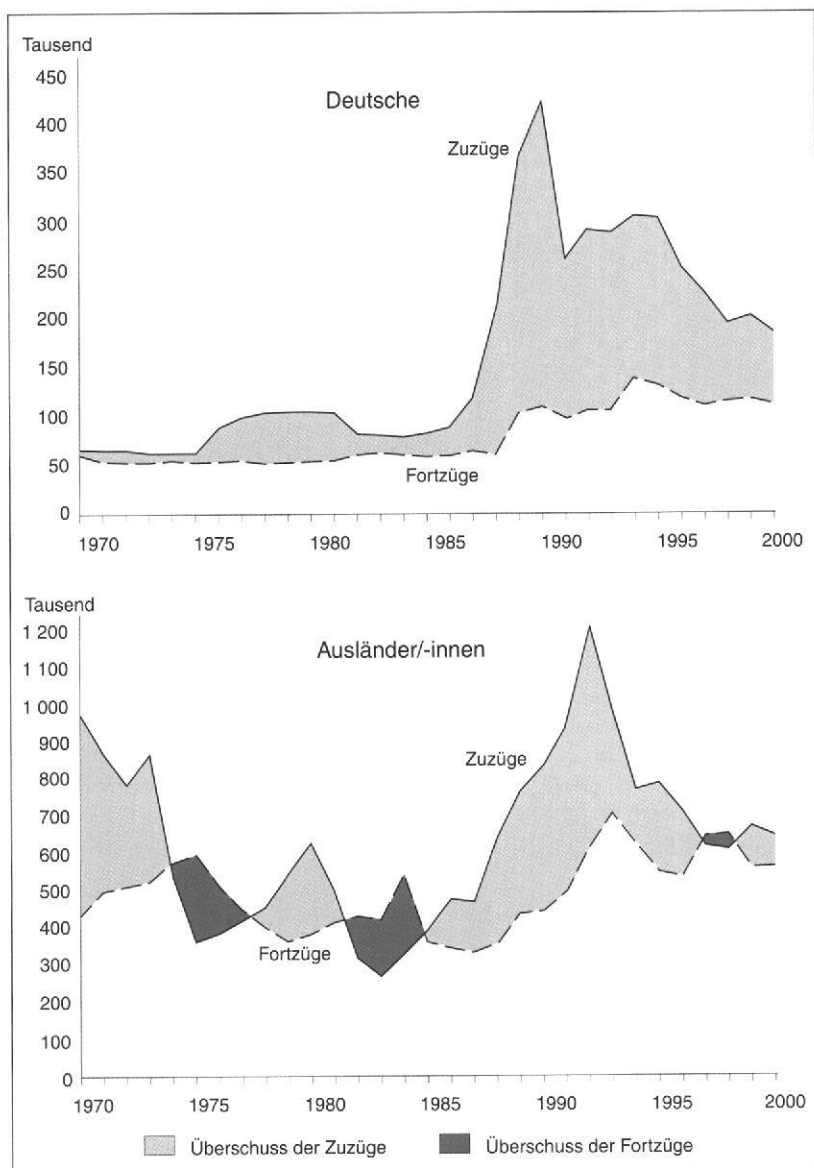
Aus den Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) und dem Ausland ergab sich für die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zum ausländischen Bevölkerungsteil – in den beiden letzten Jahrzehnten Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuss. Die Höhe dieses Überschusses wurde hauptsächlich vom Ausmaß der Zuwanderung, insbesondere von Spätaussiedlern aus osteuropäischen Ländern, bestimmt.

Ausländerinnen und Ausländer

Die in den beiden letzten Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) verzeichneten Außenwanderungssalden von ausländischen Staatsangehörigen resultieren aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen. Dabei ist hervorzuheben, dass der Saldo mehrfach das Vorzeichen wechselte, was phasenweise geschah. Anders als noch in den 60er-Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr eindeutig den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wider. Das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer wird seit Mitte der 70er-Jahre vielmehr von konjunkturunabhängigen Faktoren bestimmt. Zu nennen sind hier der Familiennachzug ausländischer Arbeitnehmer sowie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern. Der Zustrom von Asylsuchenden, der auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 anhielt, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ferner Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Abb. 10: Wanderungen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen über die Auslandsgrenzen Deutschlands seit 1970¹



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,211 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Danach war bis 1994 ein Rückgang zu beobachten, der wesentlich mit der Entwicklung der Einreise von Asylsuchenden zusammenhing. 1995 stieg die Zahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger erneut und ging dann wieder – mit Ausnahme 1999 – zurück. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern hatte sich seit 1987 Jahr für Jahr verstärkt. Von 1994 bis 1996 war dann jedoch ein Rückgang der Fortzugszahlen festzustellen, dieser Trend kehrte sich in den Jahren 1997 und 1998 wieder um, in den Jahren 1999 und 2000 fiel die Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wieder geringer aus.

2 Bildung

2.1 Einführung

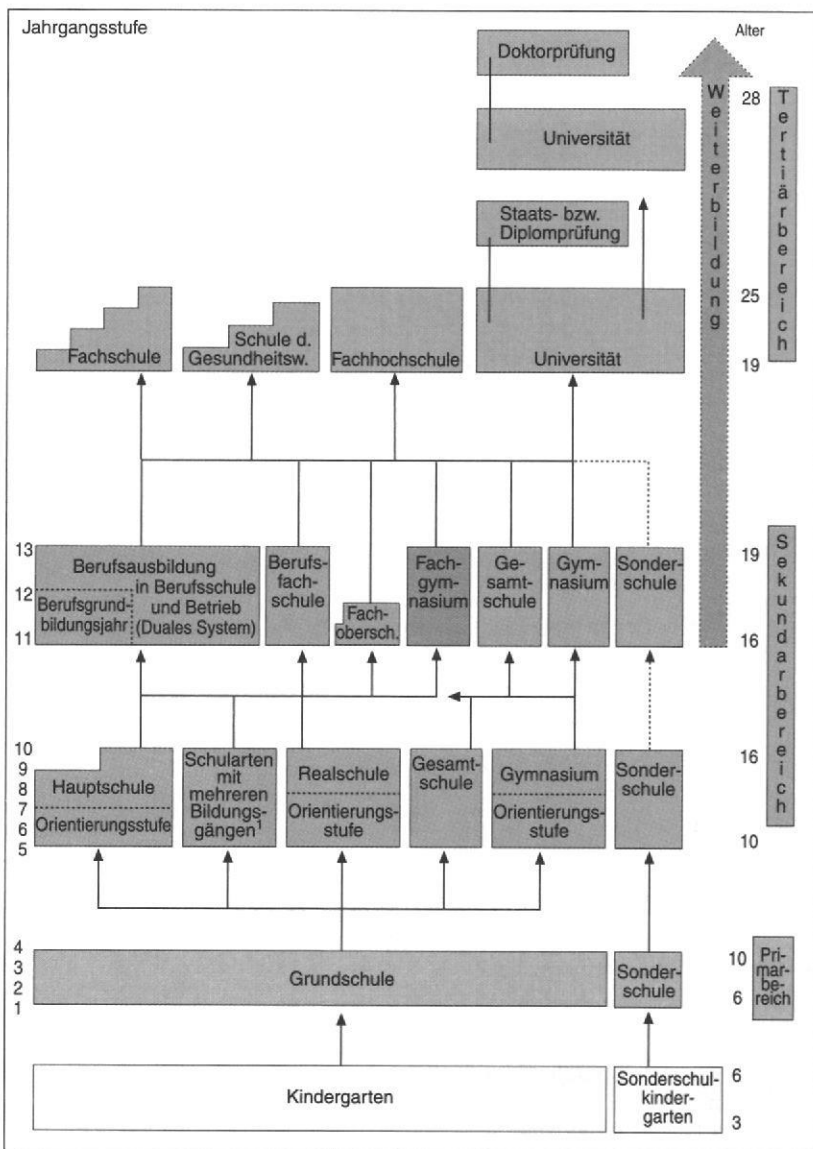
Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im neuen Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Im Zuge der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden Themen wie Verkürzung der Schulzeit der Abiturienten auf zwölf Jahre, die Einführung von Studiengebühren sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Studiendauer erörtert. Neben der Überfüllung der Hochschulen und dem vergleichsweise unterdurchschnittlichen Leistungsniveau der Schüler (PISA-Studie), bewegt zurzeit vor allem der nun auch im Westen Deutschlands deutlich sichtbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrer und Ausbilder, aber auch Politiker und Wissenschaftler. Deshalb ist es notwendig, zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. »Bildung« erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1989 sowie etwa 700 000 Neugeborenen pro Jahr seit Beginn der 90er-Jahre.

Ein drastischer Geburtenrückgang ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Während 1989 dort noch fast 200 000 Kinder zur Welt kamen, waren es 1994 nur noch 79 000. Immerhin gab es in den Jahren 1997 bis 1999 mit jeweils etwa 100 000 wieder deutlich mehr Neugeborene. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den letzten Jahren deutlich vergrößert worden. In Deutschland standen 1998 in den 35 077 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt fast 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit lag die Versorgungsquote der Drei- bis Sechsjährigen 1998 rechnerisch bei 105,2 %, womit theoretisch eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen erreicht ist. Neuere Daten liegen nicht vor, weil die Jugendhilfestatistik, aus der die Angaben zu Kindergärten stammen, nur alle vier Jahre durchgeführt wird.

Die 32 959 Einrichtungen im früheren Bundesgebiet konnten 1998 mit 2,15 Mill. Plätzen 233 000 Kindergartenplätze mehr bereitstellen als 1994. Dies bedeutet eine Steigerung der Versorgungsquote von 85,2 % auf 102,0 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigte sich 1998 eine ganz andere Situation. Die dortigen 2 118 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen boten 334 922 Kindergartenplätze an (218 000 weniger als 1994). Bezogen auf die Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren ergibt sich rechnerisch insgesamt eine Versorgungsquote von 132,4 %. Diese Quote resultiert in erster Linie aus dem drastischen Rückgang der Geburten in den neuen Ländern nach der »Wende«.

2.3 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Bei der Reform ihres Schulwesens orientierten sich die neuen Länder weitgehend an den Regelungen im früheren Bundesgebiet.

2.3.1 Schulbesuch

Die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) und die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. Im Jahre 2000 besuchten in Deutschland rund 64 700 Kinder diese Einrichtungen. Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sechsten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Die meisten Kinder werden in die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert, eingeschult. 2000 besuchten knapp 3,4 Mill. Schülerinnen und Schüler in

Deutschland eine Grundschule. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird mit zeitlicher Verzögerung durch die Geburtenentwicklung und durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst.

Seit Mitte der 80er-Jahre war die Zahl der Einschulungen beständig gestiegen. Ab dem Schuljahr 1997/98 ist sie, vor allem aufgrund der starken Geburtenrückgänge in den neuen Ländern zu Beginn der 90er-Jahre, jedoch rückläufig. Im Jahre 2000 wurden 811 900 ABC-Schützen eingeschult. Die gesunkenen Einschulungszahlen wirken sich zeitversetzt auch auf die einzelnen Bildungsbereiche aus. Ab dem Schuljahr 1998/99 ging erstmals wieder die Zahl der Schüler und Schülerinnen in allgemein bildenden Schulen zurück. Bis zum Jahr 2015 werden weitere Rückgänge erwartet.

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen¹ 1993 bis 2015
in Tausend

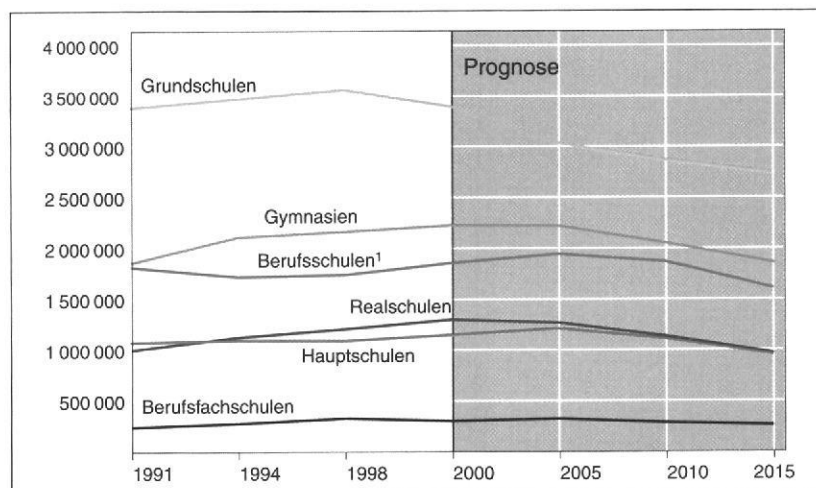
Schuljahr	Insgesamt ²	Allgemein bildende	Berufliche ¹
		Schulen	
1993 (Ist)	12 008	9 558	2 449
1994 (Ist)	12 188	9 760	2 428
1995 (Ist)	12 367	9 932	2 436
1996 (Ist)	12 550	10 071	2 480
1997 (Ist)	12 697	10 147	2 550
1998 (Ist)	12 709	10 108	2 601
1999 (Ist)	12 705	10 049	2 656
2000 (Ist)	12 643	9 961	2 682
2001	12 588	9 898	2 690
2002	12 493	9 792	2 701
2003	12 427	9 701	2 726
2004	12 351	9 586	2 765
2005	12 232	9 436	2 796
2006	12 079	9 260	2 819
2007	11 898	9 086	2 812
2008	11 701	8 936	2 765
2009	11 497	8 796	2 700
2010	11 299	8 667	2 632
2011	11 123	8 548	2 575
2012	10 967	8 422	2 545
2013	10 830	8 289	2 541
2014	10 700	8 167	2 532
2015	10 564	8 059	2 506

¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

² Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

Quelle: Bis 2000 Ist-Zahlen des Statistischen Bundesamtes, ab 2001 Prognosezahlen laut KMK, Dokumentation Nr. 152, Seite 22 sowie Tabellenteil Seite 6 bis 8.

Abb. 2: Schülerinnen und Schüler in ausgewählten Schularten 1991 bis 2015



1 Einschl. Berufssonderschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: Bis 1998 Ist-Zahlen des Statistischen Bundesamtes, übrige Jahre laut KMK-Dokumentation Nr. 141, Tabellenteil Seite 6 bis 10.

Die Schuljahre fünf und sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Zur Wahl stehen der Besuch einer schulartunabhängigen Orientierungsstufe, die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt, sowie verschiedene weiterführende Schularten.

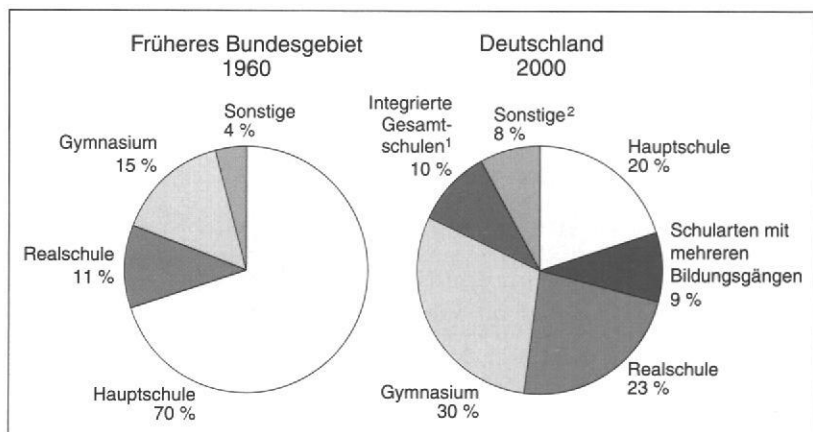
Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – schulartunabhängige Orientierungsstufe, Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule oder Freie Waldorfschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes. Im Jahre 2000 wurden in den Hauptschulen 1,1 Mill., in den Realschulen 1,3 Mill. und in den Gymnasien 2,3 Mill. Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten je 0,4 Mill. die schulartunabhängige Orientierungsstufe und die Schularten mit mehreren Bildungsgängen sowie 0,6 Mill. Schülerinnen und Schüler Integrierte Gesamtschulen (einschl. Freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind.

In der Wahl der weiterführenden Schule spiegelt sich der Trend zur höheren Bildung wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13-Jährigen (8. Klassenstufe) besonders

geeignet, weil einerseits in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei wird deutlich, dass sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen und Gymnasien verlagert hat. So wurden z. B. im Jahr 1960 im früheren Bundesgebiet noch 70 % der 13-Jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 2000 lag das Verhältnis bei 20 % zu 53 % für Gesamtdeutschland. Daneben besuchten im Jahr 2000 10 % der 13-Jährigen Integrierte Gesamtschulen.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch be-

Abb. 3: Schulbesuch der 13-Jährigen an ausgewählten Schularten
1960 und 2000
in Prozent



1 Einschl. Freier Waldorfschulen.

2 Schulartunabhängige Orientierungsstufe sowie Sonderschulen.

nachteiliger oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Im Jahr 2000 besuchten 420 400 Kinder Sonderschulen, also 4,2 % der insgesamt etwa 10,0 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Der überwiegende Teil (54,9 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2000 nutzten 46 300 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Die Zahl ausländischer Kinder an den allgemein bildenden Schulen entwickelte sich weitgehend parallel zu derjenigen der deutschen Kinder, 2000 lag sie bei

950 500. Im früheren Bundesgebiet war 1975 nur etwa jeder 26. Schüler an allgemein bildenden Schulen ausländischer Herkunft; im Jahr 2000 war es in Deutschland dagegen etwa jeder Zehnte.

Die Verteilung der Jugendlichen, die das allgemein bildende Schulsystem verlassen, auf die einzelnen Abschlussarten ist in den letzten fünf Jahren relativ stabil geblieben. Im Jahr 2000 beendeten in Deutschland 25,4 % der Absolventen ihre Vollzeitschulpflicht mit einem Hauptschulabschluss; der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss lag bei 9,2 %. Mit einem Realschulabschluss in der Tasche beendeten an allgemein bildenden Schulen 39,8 % der Jugendlichen ihre Schulzeit, 25,6 % hatten die Fachhochschulreife bzw. die allgemeine Hochschulreife erworben.

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten 1996 bis 2000

Schulart	1996	1997	1998	1999	2000
<i>Anzahl</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	82 420	75 708	69 285	67 421	64 704
Grundschulen	3 691 348	3 697 806	3 602 000	3 488 300	3 352 935
Orientierungsstufe ¹	378 937	394 836	409 780	412 181	404 195
Hauptschulen	1 121 534	1 110 615	1 097 978	1 095 517	1 103 878
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	376 954	384 000	385 844	408 576	428 609
Realschulen	1 202 952	1 225 101	1 247 635	1 250 860	1 263 382
Gymnasien	2 181 562	2 200 092	2 223 398	2 245 155	2 256 861
Integrierte Gesamtschulen	526 959	541 447	548 349	551 025	549 489
Freie Waldorfschulen	64 445	65 748	67 268	68 406	69 969
Sonderschulen	398 566	406 129	410 422	415 425	420 427
Abendschulen und Kollegs	45 082	45 457	46 105	45 907	46 332
Insgesamt	10 070 759	10 146 939	10 108 064	10 048 773	9 960 781
<i>Prozent</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6
Grundschulen	36,7	36,4	35,6	34,7	33,7
Orientierungsstufe ¹	3,8	3,9	4,1	4,1	4,1
Hauptschulen	11,1	10,9	10,9	10,9	11,1
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	3,7	3,8	3,8	4,1	4,3
Realschulen	11,9	12,1	12,3	12,4	12,7
Gymnasien	21,7	21,7	22,0	22,3	22,7
Integrierte Gesamtschulen	5,2	5,3	5,4	5,5	5,5
Freie Waldorfschulen	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
Sonderschulen	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2
Abendschulen und Kollegs	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

Tab. 3: Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen 1995 bis 2000

Schuljahr	Insgesamt	Allgemein bildende Schulen		Berufliche Schulen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1995	1 145 931	913 338	9,2	232 593	9,5
1996	1 173 832	941 240	9,3	232 592	9,4
1997	1 178 848	950 707	9,4	228 141	8,9
1998	1 156 751	936 693	9,3	220 058	8,5
1999	1 160 452	946 300	9,4	214 152	8,1
2000	1 155 318	950 490	9,5	204 828	7,6

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Dieses Ausbildungsniveau ist das Ergebnis eines veränderten Bildungsverhaltens in den 70er- und 80er-Jahren, wonach die verstärkte Wahl höherer Bildungsabschlüsse einen steigenden Trend zu Realschulen und Gymnasien bzw. entsprechenden Einrichtungen begründet hatte. 1970 hatte im früheren Bundesgebiet der Anteil derjenigen, die mit Realschulabschluss die allgemein bildende Schule verließen, noch bei 20,9 % und der Anteil derjenigen mit Fachhochschulreife oder allgemeiner Hochschulreife noch bei 11,5 % gelegen.

Die im Zuge der Bildungsreform in den 70er-Jahren geschaffene Möglichkeit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben, wird in hohem Maße genutzt. Etwa ein Drittel der Schulentlassenen aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss holt diesen an beruflichen Schulen nach.

Tab. 4: Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus allgemein bildenden Schulen nach Abschlussarten 1995 bis 2000

Abschluss-jahr	Ins-gesamt	Ohne	Mit	Mit Realschul-Abschluss	Mit Hoch-schul- oder Fachhoch-schulreife
		Hauptschulabschluss			
Anzahl					
1995	861 669	76 005	236 406	334 894	214 364
1996	892 396	78 747	241 930	349 399	222 320
1997	916 153	80 486	245 885	363 578	226 204
1998	924 358	82 968	245 362	370 541	225 487
1999	937 420	83 761	244 326	374 295	235 038
2000	937 977	86 601	238 509	373 013	239 854
Prozent					
1995	100,0	8,8	27,4	38,9	24,9
1996	100,0	8,8	27,1	39,2	24,9
1997	100,0	8,8	26,8	39,7	24,7
1998	100,0	9,0	26,5	40,1	24,4
1999	100,0	8,9	26,1	39,9	25,1
2000	100,0	9,2	25,4	39,8	25,6

Neben den 239 900 Abiturienten aus allgemein bildenden Schulen erreichten im Jahr 2000 noch 107 800 Jugendliche diesen Abschluss an beruflichen Schulen.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluss setzen ihre Ausbildung überwiegend im dualen System von Berufsschule und Betrieb fort (siehe hierzu Abschnitt 2.4). Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen. In Deutschland besuchten im Jahre 2000 insgesamt 1,9 Mill. Jugendliche diese Schulart.

Tab. 5: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen 1996 bis 2000

Schulart	1996	1997	1998	1999	2000
Berufsschulen ¹	1 730 590	1 759 045	1 791 140	1 831 449	1 910 926
Berufsaufbauschulen	2 851	2 551	2 158	1 864	640
Berufsfachschulen ²	330 020	366 648	383 231	391 943	415 310
Fachoberschulen	81 679	82 336	84 230	89 903	96 406
Fachgymnasien	90 179	91 999	93 092	94 775	98 088
Kollegschulen ³	81 403	83 890	88 635	91 428	415
Berufsob-/Technische					
Oberschulen	3 743	7 667	8 178	8 640	10 404
Fachschulen ⁴	159 119	155 761	150 254	146 448	149 648
Insgesamt	2 479 584	2 549 897	2 600 918	2 656 450	2 681 837

1 Berufsschulen im dualen System einschl. Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

2 Ab 1997 in Sachsen einschl. Schüler mit Gesundheitsdienstberufen.

3 Für 2000 nur noch auslaufende Bildungsgänge der ehemaligen Kollegschulen von Nordrhein-Westfalen; die übrigen Schüler/innen wurden den anderen Schularten zugeordnet.

4 Einschl. Fachakademien.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemein bildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei in der Regel um Vollzeitschulen, die in ein bis drei Jahren absolviert werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. Im Jahr 2000 wurden rund 415 300 Schülerinnen und Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. 49 % dieser Schülerinnen und Schüler befanden sich in einer Berufsausbildung. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Hochschulen eröffnen, besuchten im Jahre 2000 194 500 Jugendliche.

Die Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weiter gehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahre 2000 gab es 149 600 Fachschülerinnen und Fachschüler.

Aufgrund der steigenden Zahlen der Schulentlassenen ist sowohl bei den Berufsfachschulen als auch bei den Schulen, die den Hochschulzugang ermöglichen (Fachoberschulen und Fachgymnasien), ein kontinuierlicher Zuwachs zu beob-

achten. Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz werden die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen bis zum Jahr 2006 weiter steigen.

An den Schulen des Gesundheitswesens wurden noch im Jahr 2000 rund 113 000 Jugendliche zu (Kinder-)Krankenschwestern oder -pflegern oder für andere nicht-akademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

2.3.2 Lehrkräfte

1999 unterrichteten in Deutschland 613 300 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeit-lehrereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 108 900 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich im früheren Bundesgebiet gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage bis Ende der 80er-Jahre wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien.

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation konnte seit 1970 im früheren Bundesgebiet an allen Schularten verbessert werden. So verminderte sich z. B. die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Sonderschulen zwischen 1970 und 1990 von durchschnittlich 15,3 auf 6,3, an den Realschulen von 23,1 auf 16,2. Seit den 90er-Jahren ist allerdings wieder eine leichte Steigerung bei den allgemein bildenden Schulen zu beobachten.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der Berufsschulen der Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Der demographisch bedingte Druck auf den Lehrstellenmarkt hat seit Mitte der 80er-Jahre nachgelassen und sich seit Beginn der 90er-Jahre konsolidiert, weil geburtenschwächere Jahrgänge nach Abschluss der Schule vor dem Einstieg in das Berufsleben stehen. Ab Mitte der 90er-Jahre wurde es für junge Leute jedoch wieder schwerer, ihren Wunschberuf zu erlernen, weil die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Angebot übertraf. Für das Jahr 2000 ist erstmals wieder ein Angebotsüberhang zu verzeichnen. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede.

Der frühere Angebotsüberschuss hat sich seit 1992 kontinuierlich vermindert, weil in Teilen der Wirtschaft – auch als Folge des Beschäftigungsabbaus – eine sin-

Tab. 6: Lehrkräfte¹ und Schüler-Lehrerrelation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen 1995 bis 1999

Schulart	1995	1996	1997	1998	1999
<i>Lehrkräfte</i>					
Allgemein bildende Schulen	618 927	619 075	614 982	613 618	613 260
Vorklassen und Schulkindergärten	5 674	5 669	5 402	5 224	5 090
Grundschulen	174 010	174 057	171 318	168 298	165 875
Orientierungsstufe ²	22 836	22 254	22 986	23 955	24 265
Hauptschulen	75 880	75 291	73 967	73 692	73 141
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	24 492	24 251	24 351	24 488	26 621
Realschulen	66 271	67 313	67 629	68 119	68 367
Gymnasien	145 991	145 194	143 433	143 373	142 556
Integrierte Gesamtschulen	37 829	38 394	38 861	39 111	39 502
Freie Waldorfschulen	4 463	4 465	4 557	4 588	4 621
Sonderschulen	58 043	58 767	59 191	59 584	60 132
Abendschulen und Kollegs	3 438	3 420	3 287	3 186	3 090
Berufliche Schulen ³	104 715	106 276	106 500	107 667	108 935
Insgesamt³	723 642	725 351	721 482	721 285	722 195
<i>Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft</i>					
Allgemein bildende Schulen	16,0	16,3	16,5	16,5	16,4
Vorklassen und Schulkindergärten	14,8	14,5	14,0	13,3	13,2
Grundschulen	20,9	21,2	21,6	21,4	21,0
Orientierungsstufe ²	16,4	17,0	17,2	17,1	17,0
Hauptschulen	14,8	14,9	15,0	14,9	15,0
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	15,0	15,5	15,8	15,8	15,3
Realschulen	17,7	17,9	18,1	18,3	18,3
Gymnasien	14,8	15,0	15,4	15,5	15,7
Integrierte Gesamtschulen	13,4	13,7	14,0	14,0	14,0
Freie Waldorfschulen	14,1	14,4	14,4	14,7	14,8
Sonderschulen	6,7	6,8	6,9	6,9	6,9
Abendschulen und Kollegs	12,9	13,2	13,8	14,5	14,8
Berufliche Schulen ³	23,3	23,4	24,0	24,3	24,4
Insgesamt	17,1	17,3	17,6	17,6	17,6

1 Vollzeitlehrkräfte und in Vollzeitlehrkräfte umgerechnete Teilzeitlehrkräfte.

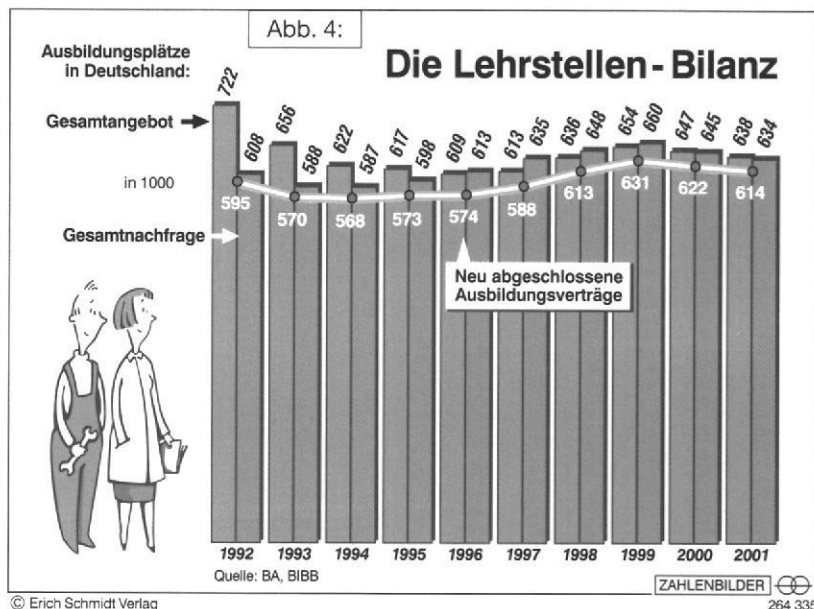
2 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

3 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK-Dokumentation Nr.151, Seite 28/29.

kende Ausbildungsbereitschaft bei steigender Nachfrage zu beobachten war. Im Jahr 2000 wurden rund 2 000 Ausbildungsplätze mehr angeboten als nachgefragt. Die Zahl der bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2000/01 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge belief sich auf rund 623 000. Zum gleichen Zeitpunkt standen 26 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen noch 24 000 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

In den letzten Jahren suchten nicht nur Haupt- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Von den 623 000 Jugendlichen, die 2000 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen 15,6 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 36,1 % verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, und 32,7 % konnten den Besuch einer Hauptschule (mit oder ohne Abschluss) als höchsten Bildungsgang nachweisen. 15,6 % hatten eine sonstige Vorbildung (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule).

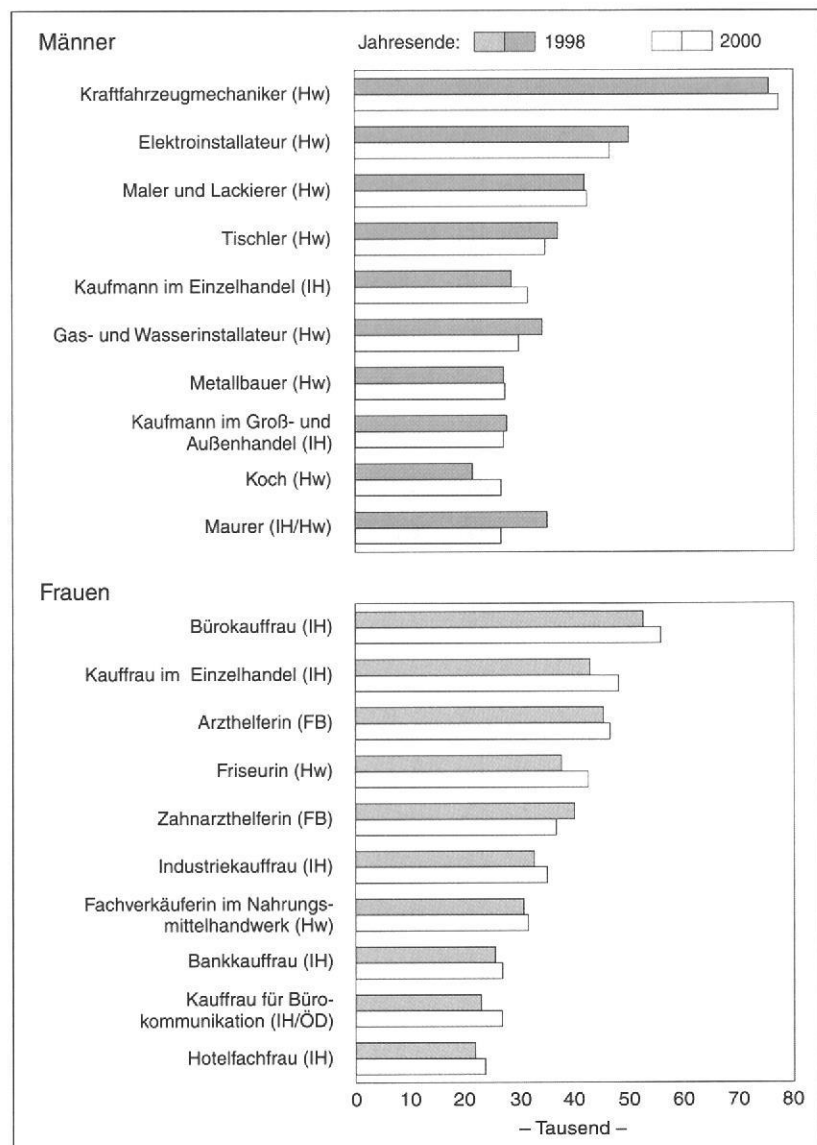


Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe lässt deutliche Schwerpunkte erkennen: Im Jahr 2000 konzentrierten sich 55 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 73 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 20 von insgesamt 355 anerkannten Ausbildungsberufen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Im Jahr 2000 befanden sich 1 702 000 Jugendliche in einer Berufsausbildung, davon waren 40,9 % weibliche Auszubildende. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden lag bei 5,7 %.

Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: jeder dreizehnte Auszubildende er-

Abb. 5: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen in Deutschland



IH = Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe); Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe; ÖD = Öffentlicher Dienst.

Tab. 7: Auszubildende 2000

Gebiet	Auszubildende insgesamt	Ausländer-anteil	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	1 702 017	5,7	622 967	36,6
Früheres Bundesgebiet ¹	1 297 202	7,2	482 913	37,2
Neue Länder (einschl. Berlin)	404 815	0,9	140 054	34,6

1 Ohne Berlin.

Tab. 8: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlussprüfungen 1993 bis 2000 in Tausend

Jahr	Auszubildende insgesamt	Ausbildungsplätze		Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
		Angebot	Nachfrage		
1993	1 629	656	588	571	527
1994	1 580	622	587	567	545
1995	1 579	617	598	579	503
1996	1 592	609	613	579	488
1997	1 622	613	635	598	483
1998	1 658	636	648	608	487
1999	1 698	654	660	636	491
2000	1 702	647	645	623	503

greift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Bürokauffrau (jede Zwölfte) und Kauffrau im Einzelhandel oder Arzthelferin (jede Vierzehnte).

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlussprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 2000 bei 85 %, d. h. von 588 600 Prüfungen wurden 502 600 bestanden.

2.5 Hochschulen

2.5.1 Studierende

Seit Mitte der 60er-Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich gestiegen und erreichten 1994 mit 1,87 Mill. ihren bisherigen Höchststand.

In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Einschreibungen stetig zurück, ehe sie im Jahr 2000 erstmals wieder leicht stieg. Insgesamt waren im Winter-

Tab. 9: Studierende an Hochschulen in Tausend

Wintersemester	Insgesamt	Davon an		
		Uni- versitäten ¹	Kunst- hochschulen	Fach- hochschulen ²
Früheres Bundesgebiet				
1960/61	247	239	7	–
1970/71	422	412	10	–
1980/81	1 036	818	18	200
1990/91	1 579	1 184	24	371
1991/92	1 640	1 227	24	389
Deutschland				
1992/93	1 834	1 385	29	420
1993/94	1 867	1 397	30	440
1994/95	1 872	1 394	30	449
1995/96	1 858	1 380	29	449
1996/97	1 838	1 369	29	440
1997/98	1 824	1 357	30	437
1998/99	1 801	1 335	30	436
1999/2000	1 774	1 301	30	443
2000/2001	1 799	1 311	30	458

1 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

Tab. 10: Studienanfänger an Hochschulen in Tausend

Studienjahr ¹	Insgesamt	Davon an		
		Uni- versitäten ²	Kunst- hochschulen	Fach- hochschulen ³
Früheres Bundesgebiet				
1960	54	52	2	–
1970	93	90	3	–
1980	193	135	3	55
1990	278	195	3	80
1991	271	185	3	83
1992	257	174	3	80
Deutschland				
1993	280	184	4	91
1994	268	178	4	86
1995	262	176	4	82
1996	267	183	4	81
1997	267	182	4	81
1998	272	183	4	86
1999	291	195	4	92
2000	315	212	4	99

1 Studienjahr = Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester.

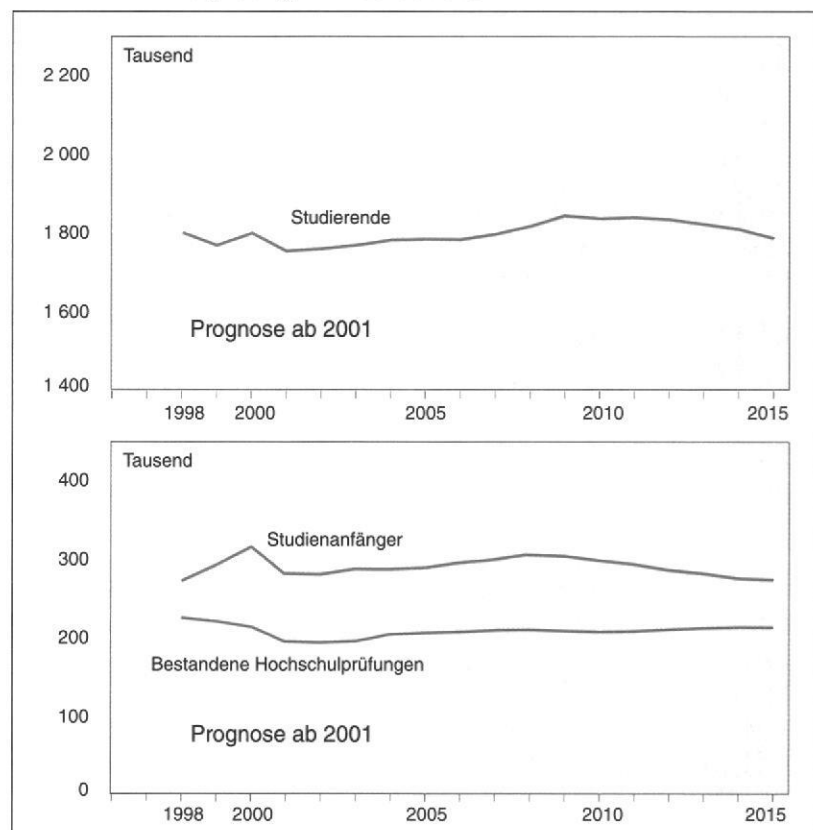
2 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

semester 2000/01 1,80 Mill. Studierende an einer Hochschule in Deutschland immatrikuliert. Damit schlägt sich der zur Mitte der 90er-Jahre einsetzende Anstieg der Zahl der Studienanfänger/-innen nun auch in der Gesamtzahl der Studierenden nieder.

Einer Prognose der Kultusministerkonferenz (Status-quo-Fortschreibung) vom Mai 2001 zufolge wird die Zahl der Studienberechtigten bis 2008 weiter steigen. Da aber gleichzeitig die Quote für den Übergang auf die Hochschulen in den letzten Jahren rückläufig war, wird die Zahl der Studienanfänger langfristig abnehmen.

Abb. 6: Studienanfänger, Studierende sowie bestandene Hochschulprüfungen¹ 1998 bis 2015



¹ Status-quo-Berechnung. Es wird geschätzt, dass 70 %, 75 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder. Dokumentation Nr. 154., Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015, Mai 2001.

Demnach wird sich die Studierendenzahl sehr uneinheitlich entwickeln und im Jahr 2015 rund 1,79 Mill. betragen.

Im Wintersemester 2000/01 waren 73 % aller Studierenden an Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogischen oder Theologischen Hochschulen eingeschrieben, 25 % studierten an Fach- und Verwaltungsfachhochschulen und 2 % an Kunsthochschulen.

Die Wahl eines Studienfachs wird nicht zuletzt durch die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. Folglich wirken sich die jeweiligen Beschäftigungschancen mit einer zeitlichen Verzögerung auch auf die Gesamtzahl der Studierenden aus. So sank beispielsweise angesichts anhaltender Lehrerarbeitslosigkeit die Zahl der Lehramtsstudenten und -studentinnen in den letzten vier Jahren von rund 221 000 auf knapp 188 000 (- 15 %). Auch in den Ingenieurwissenschaften hat die Anzahl der Immatrikulationen in den letzten Jahren abgenommen. Gemessen am bisherigen Höchststand im Jahr 1993 fiel der Wert seitdem um 25 %. Demgegenüber verzeichnen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften seit Mitte der 70er-Jahre – mit Ausnahme der Jahre 1998 und 1999 – einen ungebrochenen Zulauf. Die Anzahl der Studierenden in dieser Fächergruppe verdreifachte sich zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 2000/01, während sich die Studierendenzahl insgesamt verdoppelte.

Bei der Wahl des Studienfachs zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Fachinteressen von Frauen und Männern. Studentinnen bevorzugen

Tab. 11: Studierende nach ausgewählten Fächergruppen
in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
Früheres Bundesgebiet						
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 036	236	265	160	78	185
1990/91	1 579	303	449	262	98	335
1991/92	1 640	319	474	272	96	346
Deutschland						
1992/93	1 834	363	525	299	108	388
1993/94	1 867	379	550	299	105	384
1994/95	1 872	389	561	294	102	375
1995/96	1 858	400	565	286	99	357
1996/97	1 838	410	564	278	98	336
1997/98	1 824	416	566	274	96	319
1998/99	1 801	412	564	271	96	305
1999/2000	1 774	397	563	275	94	292
2000/2001	1 799	401	572	295	93	288

Tab. 12: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer
im Wintersemester 2000/2001 – deutsche Studierende –

Männer			Frauen		
Rang- folge	Studienfach	%	Rang- folge	Studienfach	%
1	Betriebswirtschaftslehre	8,8	1	Betriebswirtschaftslehre	7,0
2	Informatik	6,2	2	Germanistik/Deutsch	6,5
3	Rechtswissenschaft	5,8	3	Rechtswissenschaft	5,9
4	Maschinenbau/-wesen	5,2	4	Medizin (Allg.-Medizin)	5,2
5	Wirtschaftswissenschaften	5,0	5	Erziehungswissen- schaften (Pädagogik)	4,7
6	Elektrotechnik/Elektronik	4,5	6	Wirtschaftswissenschaften	3,4
7	Medizin (Allg.-Medizin)	3,8	7	Anglistik/Englisch	3,3
8	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	3,8	8	Biologie	3,1
9	Wirtschaftsingenieurwesen	3,0	9	Psychologie	3,1
10	Architektur	2,6	10	Sozialwesen	2,7

gen vor allem Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften, während sich ihre männlichen Kollegen stärker den technischen Disziplinen und den Naturwissenschaften zuwenden. Ähnlich stark ist bei beiden Geschlechtern das Interesse an den wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächern. Unverändert gehören auch

Tab. 13: Bestandene Prüfungen an Hochschulen
in Tausend

Prüfungs- jahr	Ins- gesamt	Davon			
		Diplom (Universität) und ent- sprechende Abschluss- prüfungen	Promo- tionen	Lehramts- prüfungen	Fach- hoch- schul- abschluss
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1970	51	26	11	14	–
1980	124	46	12	30	35
1990	166	82	18	10	56
1991	172	83	19	11	59
1992	178	86	20	11	61
<i>Deutschland</i>					
1993	202	101	21	16	63
1994	219	102	22	24	71
1995	230	106	22	27	75
1996	237	111	23	28	75
1997	237	109	24	28	76
1998	228	103	25	28	71
1999	222	99	25	28	70
2000	214	95	26	27	66

die Rechtswissenschaften sowie die Medizin zu den zehn von Frauen wie Männern am häufigsten gewählten Studienfächern.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen ist bis 1997 stark gewachsen. Danach nahm die Zahl der Absolventen stetig ab. Im Prüfungsjahr 2000 beendeten 214 000 Hochschulabsolventen erfolgreich ihr Studium, 10 % weniger als 1997. Von den Absolventen des Jahres 2000 erwarben 95 000 ein Universitäts- und 66 000 ein Fachhochschuldiplom. 27 000 Studierende absolvierten eine Lehramtsprüfung, und weitere 26 000 beendeten ihr Studium mit einer Promotion.

2.5.2 Personal

Ende 2000 waren an den Hochschulen in Deutschland insgesamt 489 000 Personen beschäftigt. Davon gehörten 219 000 (45 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 270 000 (55 %) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Vom wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren 157 000 hauptberuflich und 62 000 nebenberuflich tätig.

Zum hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen u. a. die Professoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Dozenten und Assistenten; zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören zum Beispiel Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren.

Tab. 14: Personal an Hochschulen
in Tausend

Jahr	Ins- gesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal	
		haupt- beruflich	neben- beruflich ¹	haupt- beruflich	neben- beruflich ²
Früheres Bundesgebiet					
1973	246	70	45	126	4
1980	319	85	42	164	28
1990	370	109	55	205	2
1991	383	113	58	209	3
Deutschland					
1992	493	143	84	262	4
1993	507	145	94	265	2
1994	511	148	99	263	2
1995	522	152	99	268	2
1996	519	154	97	266	2
1997	481	154	60	266	1
1998	484	156	61	265	2
1999	489	157	62	267	2
2000	489	157	62	265	5

1 1992 bis 1996 einschl. studentischer Hilfskräfte.

2 1973 bis 1980 einschl. studentischer Hilfskräfte.

2.5.3 Frauenanteile

Der hohe Bildungsstand der Bevölkerung ist für die Industrienation Deutschland eine wichtige Ressource. Daher hat die Beteiligung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung eine besondere Bedeutung. Die Frauenanteile in den verschiedenen Stadien einer akademischen Laufbahn sind in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen. Allerdings ist der Frauenanteil umso geringer, je höher die erreichte Stufe auf der »Karriereleiter« ist.

Im Jahr 2000 waren knapp die Hälfte der Erstsemester Frauen, und der Anteil der Studentinnen an den Studierenden lag bei 46 %. Der Frauenanteil bei den

Tab. 15: Frauenanteile in verschiedenen Stadien
der akademischen Laufbahn 1980 bis 2000
in Prozent

Jahr	Studien- anfänger ¹	Studie- rende ²	Absol- venten	Promo- tionen	Hoch- schul- personal insge- samt	Hauptbe- rufl. wiss. und künstl. Personal	Profes- soren	C4- Profes- soren
<i>Früheres Bundesgebiet</i>								
1980	40,2	36,7	34,1	19,6	–	12,5	5,3	2,5
1985	39,8	37,8	36,8	24,1	–	14,2	5,1	2,3
1990	39,4	38,3	36,5	27,8	–	17,7	5,5	2,6
1991	40,9	38,7	37,1	28,2	–	18,0	5,7	3,0
1992	43,3	39,7	38,6	28,9	48,8	21,6	6,5	3,8
<i>Deutschland</i>								
1993	44,4	40,2	38,9	30,6	48,6	21,6	6,9	4,0
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,6	42,5	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,5	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,5	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,7	25,6	10,5	7,1

1 Studienanfänger: Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester.

2 Studierende: Wintersemester.

Hochschulabsolventen betrug 2000 45 %, und immerhin jeder dritte Dokortitel wurde von einer Frau erworben.

Gut die Hälfte der Beschäftigten an deutschen Hochschulen waren Ende 2000 Frauen. Ihr Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug allerdings nur rund ein Viertel. In der Professorenschaft lag der Frauenanteil bei 11 %, in der höchsten Besoldungsstufe (C4) sogar nur bei 7 %. Im Vergleich zu 1980 haben sich jedoch diese Anteilswerte bei den verschiedenen Personalgruppen annähernd verdoppelt.

2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des »lebenslangen Lernens« erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an

Tab. 16: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen 2000¹
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Berufliche Weiterbildung insgesamt			
und zwar			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	2	1	3
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	3	3	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	6	6	6
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	11	10	12
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	10	10	11
Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung	29	28	31
Allgemeine Weiterbildung insgesamt			
und zwar			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	3	3	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und andere Rechtsfragen	2	2	4
Haushaltsführung	0	0	–
Kindererziehung/Hilfe für die Schule	1	1	1
Persönliche/familiäre Probleme	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	5	4
Praktische Kenntnisse	2	2	2
Wissen über Naturwissenschaften und Technik	1	1	1
Kenntnisse und Anregungen für aktive Freizeitgestaltung	2	2	1
Wissen auf Gebieten wie Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	1	2	1
Umweltschutz/Ökologie	1	1	1
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	1	1	2
Astrologie/Esoterische Fragen	0	0	0
Computer, EDV, Internet	7	7	6
Sonstige Themenbereiche	2	2	2
Politische Weiterbildung insgesamt			
und zwar			
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen	1	1	1
Multikulturelle Fragen, toleranter Umgang mit Ausländern	0	0	0
Teilnahmequote an allgemeiner und politischer Weiterbildung	26	27	24

1 Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.

Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen sowie das rege Interesse der Bevölkerung am Besuch von einzelnen Lehrveranstaltungen an Hochschulen (sog. Gaststudium) erkennen lassen.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64-jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Danach haben im Jahr 2000 in Deutschland gut vier von zehn Bundesbürgern in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilgenommen (43 %). Hochgerechnet sind dies 21,4 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1997 um 5 Prozentpunkte gefallen. Der Rückgang der Teilnahmequoten fiel im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern ähnlich aus. Die Beteiligung liegt inzwischen in beiden Gebieten bei 43 %.

An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 14,4 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag sowohl im früheren Bundesgebiet (28 %) als auch in den neuen Ländern (31 %) niedriger als 1997. Auffällig ist der Rückgang um 6 Prozentpunkte in den neuen Ländern, während im früheren Bundesgebiet die Quote nur um 1 Punkt gesunken ist. An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 2000 hochgerechnet rund 13,3 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 15,7 Mill. im Jahre 1997. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 27 % etwas höher als in den neuen Ländern (24 %). Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche Volumen lassen eine zunehmende Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (63 % der Hochschulabsolventen nahmen 2000 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 20 % besuchten 2000 entsprechende Veranstaltungen.

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten 1999 6,6 Mill. Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, knapp 2,5 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1999 von 30 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 94 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen.

An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 2000/01 38 837 Personen teil. Davon waren gut die Hälfte Frauen (50 %). Die beliebtesten Fachrichtungen der Gasthörer und Gasthörerinnen waren die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 2000/01 waren durchschnittlich 48,6 Jahre alt; 39 % waren 60 Jahre und älter.

2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (»Humankapital«) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den Einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden in der Regel aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im April 2000 durchgeführten Erhebung hatten von allen Befragten über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben, 38 % einen so genannten »höherwertigen« Bildungsabschluss (Realschulabschluss/Fachhochschul-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnten bereits 61 % einen solchen Abschluss nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu 21 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Im Jahre 2000 gaben 51 % derjenigen, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. 10 % hatten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

2.8 Bildung und individuelle Merkmale

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen hatten 31 % der Männer und 38 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 2000 von den 50- bis 54-Jährigen 22 % der männlichen, aber nur 14 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

An den Realschulen wurden im Jahr 2000 etwa gleich viele Mädchen (51 %) wie Jungen unterrichtet; an den Gymnasien waren Mädchen sogar etwas stärker (54 %) vertreten. In der beruflichen Ausbildung neigen Mädchen eher zu schulischen, junge Männer eher zu betrieblichen Ausbildungsgängen. 2000 stellten junge Frauen zum Beispiel an den Berufsfachschulen (62 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (81 %) die Mehrheit der Schüler. In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 2000 waren nur 41 % aller Auszubildenden Mädchen. An den deutschen Hochschulen lag der Anteil der Studentinnen im Wintersemester 2000/01 bei 46 %; bei den Studienanfängern machte der Frauenanteil 49 % aus.

Tab. 17: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im April 2000

Alter in Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹							
		zu- sammen	noch in schul- licher Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluss					ohne allge- meinen Schulab- schluss
				Volks- schul-/ Haupt- schul- abschluss	Abschluss der Polytech- nischen Ober- schule	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hoch- schulreife	ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1 000									
15–19	4 655	4 563	2 814	651	45	769	149	22	113
20–29	9 217	8 913	114	2 317	658	2 501	2 974	77	272
30–39	13 278	12 811	/	3 982	1 755	3 079	3 535	112	344
40–49	11 885	11 455	/	4 650	1 691	2 162	2 572	93	286
50–59	10 443	9 654	/	5 401	703	1 579	1 600	105	267
60 und älter	20 119	17 777	/	13 310	199	2 056	1 639	173	401
Insgesamt	69 596	65 173	2 934	30 311	5 050	12 146	12 468	581	1 683
Nachrichtlich:									
Früheres									
Bundesgebiet	56 379	52 354	2 303	26 074	462	11 038	10 406	520	1 551
Neue Länder und Berlin-Ost	13 218	12 818	631	4 237	4 588	1 108	2 062	61	132
in % ²									
15–19	X	100	61,7	14,3	1,0	16,9	3,3	0,5	2,5
20–29	X	100	1,3	26,0	7,4	28,1	33,4	0,9	3,1
30–39	X	100	/	31,1	13,7	24,0	27,6	0,9	2,7
40–49	X	100	/	40,6	14,8	18,9	22,5	0,8	2,5
50–59	X	100	/	55,9	7,3	16,4	16,6	1,1	2,8
60 und älter	X	100	/	74,9	1,1	11,6	9,2	1,0	2,3
Insgesamt	X	100	4,5	46,5	7,7	18,6	19,1	0,9	2,6
Nachrichtlich:									
Früheres									
Bundesgebiet	X	100	4,4	49,8	0,9	21,1	19,9	1,0	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost	X	100	4,9	33,1	35,8	8,6	16,1	0,5	1,0

¹ Beantwortung freiwillig für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr.

² Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

Großen Einfluss auf die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung hat die Staatsangehörigkeit. Der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die auf allgemein bildende Schulen gingen, betrug 9 %; besonders hoch war er mit 17 % an den Hauptschulen. Bei den Gymnasien betrug der Ausländeranteil dagegen nur 4 %. Die Verteilung auf die einzelnen Schularten zeigte auch für 2000 deutliche Unterschiede: Grundschulen 42 %, Hauptschulen (einschl. Schulart unabhängiger Orientierungsstufe) 23 %, Realschulen 8 % und Gymnasien 9 %. Ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme führen in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbildung

sind ausländische Jugendliche unterrepräsentiert. 2000 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 6 %. Etwas günstiger sieht es an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 2000/01 war jeder zehnte Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, dass die ausländischen Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studenten in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

Tab. 18: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im April 2000

Alter in Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss ¹							ohne beruf- lichen Bildungs- abschluss
		zu- sammen	mit beruflichem Bildungsabschluss						
			Lehr-/ Anlern- ausbil- dung ²	Fach- schulab- schluss ³	Fach- schulab- schluss in der ehem. DDR	Fach- hoch- schulab- schluss ⁴	Hoch- schulab- schluss ⁵	Ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1 000									
15–19	4 655	4 353	182	5	/	–	–	25	4 140
20–29	9 217	8 742	4 508	383	44	240	323	159	3 083
30–39	13 278	12 623	7 295	1 125	253	793	1 124	241	1 792
40–49	11 885	11 274	6 476	967	276	706	1 026	209	1 618
50–59	10 443	9 443	5 290	754	234	515	737	186	1 727
60 und älter	20 119	17 336	8 489	1 014	288	521	674	296	6 054
Insgesamt	69 596	63 771	32 239	4 247	1 101	2 774	3 880	1 116	18 413
Nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet	56 379	51 086	25 324	3 490	144	2 180	3 143	997	15 808
Neue Länder und Berlin-Ost	13 218	12 686	6 915	757	958	594	737	119	2 606
in %									
15–19	·	100,0	4,2	0,1	/	–	–	0,6	95,1
20–29	·	100,0	51,6	4,4	0,5	2,7	3,7	1,8	35,3
30–39	·	100,0	57,8	8,9	2,0	6,3	8,9	1,9	14,2
40–49	·	100,0	57,4	8,6	2,4	6,3	9,1	1,9	14,4
50–59	·	100,0	56,0	8,0	2,5	5,5	7,8	2,0	18,3
60 und älter	·	100,0	49,0	5,8	1,7	3,0	3,9	1,7	34,9
Insgesamt	·	100,0	50,6	6,7	1,7	4,3	6,1	1,8	28,9
Nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet	·	100,0	49,6	6,8	0,3	4,3	6,2	2,0	30,9
Neue Länder und Berlin-Ost	·	100,0	54,5	6,0	7,6	4,7	5,8	0,9	20,5

1 Beantwortung freiwillig für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr.

2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Berufsvorbereitungsjahres oder eines beruflichen Praktikums.

3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

4 Einschl. Ingenieurschulabschluss, ohne Verwaltungsfachhochschulabschluss.

5 Einschl. Promotion, ohne Fachhochschulabschluss.

2.9 Bildungsausgaben

Bildung ist eine Investition in die Kenntnisse und Fähigkeiten von Menschen. Wissen wird zum einen als Bürgerrecht und als Voraussetzung für die Verwirklichung der Chancengleichheit und die Demokratisierung der Gesellschaft verstanden, zum anderen wird Wissen ein immer wichtiger werdender Produktionsfaktor, der die Wachstumspotenziale einer hochtechnologisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb entscheidend mitprägt. Dem durch Bildung abgeworfenen Nutzen werden zunehmend, nicht zuletzt aufgrund der Ressourcenknappheit der öffentlichen Haushalte, die Kosten gegenübergestellt.

Das Bildungsbudget stellt die Bildungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland dar. Dabei wird Bildung von unterschiedlichen Sektoren der Volkswirtschaft finanziert. So gab 1998 (neuere detaillierte Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor) der Staat 90,4 Mrd. Euro für Bildung aus. Davon steuerten der Bund 12,8 Mrd. Euro, die Länder 60,6 Mrd. Euro sowie die Gemeinden und Gemeindezweckverbände 17,0 Mrd. Euro bei. Ferner beteiligten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 30,9 Mrd. Euro an der Finanzierung der Bildungsausgaben.

Der größte Teil des Bildungsbudgets wurde 1999 für öffentliche Vorschulen, Schulen und Hochschulen ausgegeben (66,2 Mrd. Euro). Für private Vorschulen, Schulen und Hochschulen wurden 10,9 Mrd. Euro aufgewendet, während auf die betriebliche Ausbildung im Rahmen des dualen Systems 17,3 Mrd. Euro und auf die betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften 9,5 Mrd. Euro entfielen. Ferner wurde für die Unterrichtsverwaltung und sonstigen Bildungseinrichtungen 8,6 Mrd. Euro ausgegeben, während für die Förderung von Bildungsteilnehmern 11,1 Mrd. Euro aufgewendet wurden.

2.10 Ausbildungsförderung (BAföG)

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unter-

Tab. 19: Bildungsbudget

Jahr	Bildungsbudget in Mrd. EUR	EUR je Einwohner	Anteil am Brutto- inlandsprodukt in %
1995	117,5	1 439	6,5
1996	120,8	1 476	6,6
1997	120,3	1 466	6,4
1998	121,3	1 479	6,3
1999	123,6	1 505	6,2

schiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen. Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 80er-Jahre mehrfach verändert worden.

Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fach-

Tab. 20: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte ¹ 1 000	Finanzaufwand Mill. EUR	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person ¹ EUR je Monat
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
1995	108	332	257
1996	106	334	262
1997	109	328	251
1998	116	341	244
1999	122	357	243
2000	127	368	241
<i>Studierende</i>			
1995	311	1 134	304
1996	274	1 059	322
1997	238	910	319
1998	227	862	316
1999	226	871	322
2000	232	907	326
<i>Insgesamt</i>			
1995	418	1 466	292
1996	380	1 393	305
1997	347	1 238	298
1998	343	1 203	292
1999	348	1 228	294
2000	359	1 275	296

1 Durchschnittlicher Monatsbestand.

oberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt sowie von Berufsfachschul- und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierten Abschluss (z. B. als staatlich geprüfter Techniker) vermitteln. Studierenden-BAföG

wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstätten anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen vollständig als Zuschuss gewährt.

559 000 Schüler/innen und Studierende erhielten im Jahr 2000 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, wurden im Durchschnitt je Monat nur 359 000 Personen unterstützt. Von den durchschnittlich 127 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten rund 67 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und 23 000 eine Fachschule; unter den durchschnittlich 232 000 geförderten Studierenden waren 147 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 78 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

1,3 Mrd. Euro wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 2000 ausgegeben, 368 Mill. Euro für die Schüler- und 907 Mill. Euro für die Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 241 Euro je Monat, ein geförderter Student 326 Euro. Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten gelten dort jedoch nach wie vor niedrigere Bedarfsätze. Ein geförderter Schüler in den neuen Ländern erhielt 2000 durchschnittlich 220 Euro (früheres Bundesgebiet: 256 Euro), ein geförderter Student 297 Euro (früheres Bundesgebiet: 335 Euro).

Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2000 um 33 % – davon bei den Studenten um 43 % – niedriger als 1993. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 30 %.

2.11 Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Ausbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Das AFBG – auch »Meister-BAföG« genannt – gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf aner-

kannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes, dem Recht der Länder oder sonstigen Regelungen über eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 36 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel 48 Monate. Die Leistungen für die Teilnehmer bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) als einmaliger Darlehensbetrag von bis zu 10 226 Euro (20 000 DM) und Zuschüssen für Lebensunterhalt und Kinderbetreuung sowie einem Unterhaltsdarlehensbetrag. Die von der Deutschen Ausgleichsbank gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Tab. 21: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahren	Geförderte Anzahl	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
		Mill. EUR		
Insgesamt				
1996	29 427	121	109	12
1997	49 346	171	148	23
1998	53 967	176	152	24
1999	53 767	177	152	25
2000	51 999	171	147	24
Vollzeitfälle				
1996	19 309	100	88	12
1997	31 212	143	120	23
1998	32 227	144	120	24
1999	31 269	145	120	25
2000	29 956	139	115	24
Teilzeitfälle				
1996	10 118	21	21	0
1997	18 134	28	28	0
1998	21 740	32	32	0
1999	22 498	32	32	0
2000	22 043	32	32	0

Im fünften Jahr nach Einführung des AFBG gab es 2000 52 000 Geförderte, das ist gegenüber dem vierten Förderungsjahr 1999 ein Rückgang um 3 %. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (78 % aller Geförderten); nur 22 % der Geförderten waren Frauen.

Der finanzielle Aufwand betrug 2000 171 Mill. Euro, davon wurden 147 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 24 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Der durch-

schnittliche Beitrag zum Lebensunterhalt betrug 624 Euro pro Person und Monat; rund 40 % wurden als Zuschuss und 60 % als Darlehen gewährt. Das Darlehen zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren ist in diesem Durchschnittsbetrag nicht enthalten.

Rund 30 000 (57 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 22 % Frauen und 78 % Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 22 000 Geförderte.

27 % der Teilnehmer bilden sich in Maßnahmen fort, die bis zu einem Jahr dauern. 40 % wollen ihre Fortbildung nach zwei Jahren und 24 % nach drei Jahren abschließen. Die übrigen 9 % besuchen Fortbildungsveranstaltungen mit einer Dauer von mindestens vier Jahren.

Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahre alt; mit 36 % hatten die 25- bis unter 30-Jährigen den größten Anteil, gefolgt von den 30 bis unter 35 Jahre alten Teilnehmern mit 26 % und den 20- bis unter 25-Jährigen mit 19 %.

Weitere Informationen zum Thema Bildung siehe Teil II, Kap. 7.

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Der Arbeitsmarkt ist seit rund dreißig Jahren durch ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet. Vor gut zehn Jahren hat sich die Schere zwischen denen, die Arbeit suchen, und der Zahl offener Stellen noch weiter geöffnet. Gerade in den neuen Ländern und Berlin-Ost traten nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zuvor nicht gekannte Probleme auf dem Arbeitsmarkt auf, die noch immer eine Herausforderung darstellen.

Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte Größe, sondern greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann. Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc. können nicht oder nur noch selten bezahlt werden.

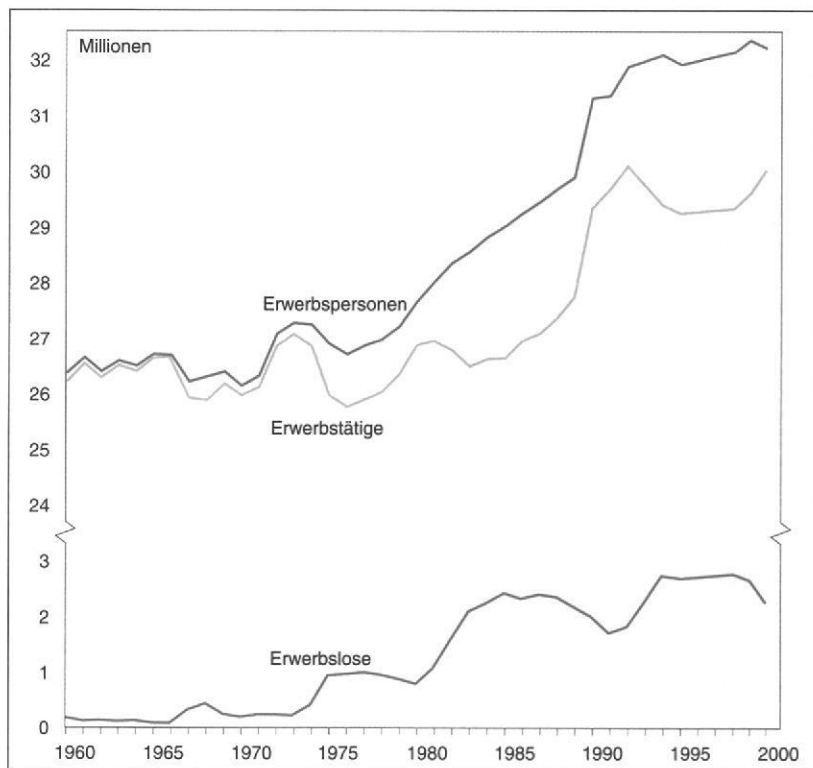
Für diejenigen, die Arbeit haben, ist Erwerbstätigkeit oft mehr als nur »Sicherung des Lebensunterhalts«. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein; sie dient auch der persönlichen Selbstentfaltung. Wer etwa am Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, gestaltet oft sein persönliches Umfeld aktiver als jene, denen es anders geht.

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2000

	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1 000	%	1 000	% ¹
<i>Deutschland</i>				
Insgesamt	36 604	100,0	3 722	9,2
Männer	20 680	56,5	1 997	8,8
Frauen	15 924	43,5	1 726	9,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Insgesamt	30 009	100,0	2 272	7,0
Männer	17 059	56,8	1 295	7,1
Frauen	12 950	43,2	977	7,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Insgesamt	6 595	100,0	1 451	18,0
Männer	3 621	54,9	702	16,2
Frauen	2 974	45,1	748	20,1

1 Anteile der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose).

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960¹ im früheren Bundesgebiet



¹ Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG-Arbeitskräftestichprobe.

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können, aber auch um beispielsweise Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle sowie nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wesentliche Voraussetzungen. Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Es sind dies die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der statistischen Ämter, wie der Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus. Diese müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten, denn vielfach wird nicht einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeits-

losen unterschieden. Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Erwerbslose.

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch »berufstätig«) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, die also »abhängig« beschäftigt sind, sowie alle Selbstständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung zur Kategorie der Erwerbstätigen keine Rolle. Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach diesen Abgrenzungen gab es – so die Ergebnisse des Mikrozensus – im Mai 2000 im früheren Bundesgebiet rund 32,3 Mill. Erwerbspersonen, darunter 30,0 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zu April 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 921 000 eine Zunahme der Erwerbstätigen um 325 000 Personen. Dieser stand ein Anstieg der Erwerbslosen um rund 596 000 gegenüber. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im Mai 2000 rund 8,0 Mill. Erwerbspersonen; von ihnen waren insgesamt 6,6 Mill. Menschen erwerbstätig und knapp 1,5 Mill. erwerbslos. Die Zahl der Erwerbstätigen lag damit im Mai 2000 in Ostdeutschland gegenüber der Mikrozensusaufnahme vom April 1991 um rund 1,2 Mill. niedriger, die Zahl der Erwerbslosen um 485 000 Personen höher.

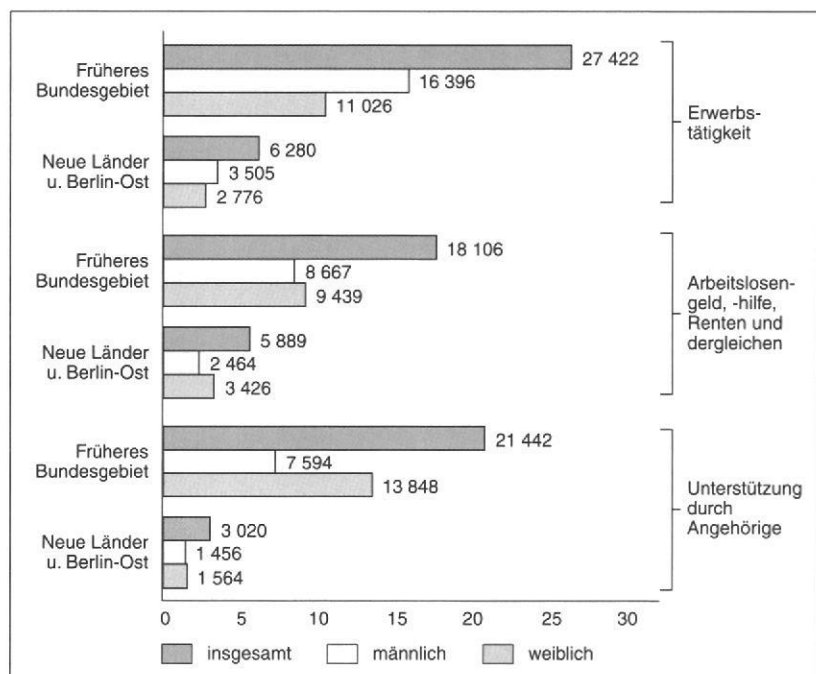
3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Bestritten im Mai 1991 noch 44,5 % der Menschen in Deutschland ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, so waren es im Mai 2000 insgesamt 41,0 %. Dies ist nicht nur eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit – von Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten im Mai 1991 noch 2,2 % der Bevölkerung, während dieser Anteil bis zum Jahr 2000 auf 3,4 % anstieg –, sondern auch der Verschiebung der Altersstruktur. Denn der Anteil der Bezieher von Renten und Pensionen ist in Deutschland von 18,7 % im Mai 1991 auf 22,1 % im Mai 2000 gestiegen. Hingegen sank der Anteil derjenigen, die ihren Unterhalt aus der Unterstützung durch Angehörige bezogen, von 31,4 % im Mai 1991 auf 29,8 % im Mai 2000. Auf sonstige Einkommensquellen wie eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Alten- teil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung oder beispielsweise Bafög konnten im Mai 1991 rund 3,2 % der Bevölkerung in Deutschland zurückgreifen, im Mai 2000 waren es 3,7 %.

Insgesamt war für 40,9 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern und für 41,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 2000 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Während im früheren Bundesgebiet 32,0 %

ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 19,9 %. Dagegen lebten hier 30,4 % überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe – in den alten Ländern waren es 24,8 %. Aus Arbeitslosengeld oder -hilfe bestritten 2,3 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ihren Lebensunterhalt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 8,4 %.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im Mai 2000¹
in Tausend



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Obwohl heute die Ausbildungszeiten länger sind und früher aus dem Erwerbsleben ausgeschieden werden kann, lag im Mai 2000 der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) im früheren Bundesgebiet mit 48,2 % etwas höher als 1950 (46,2 %).

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

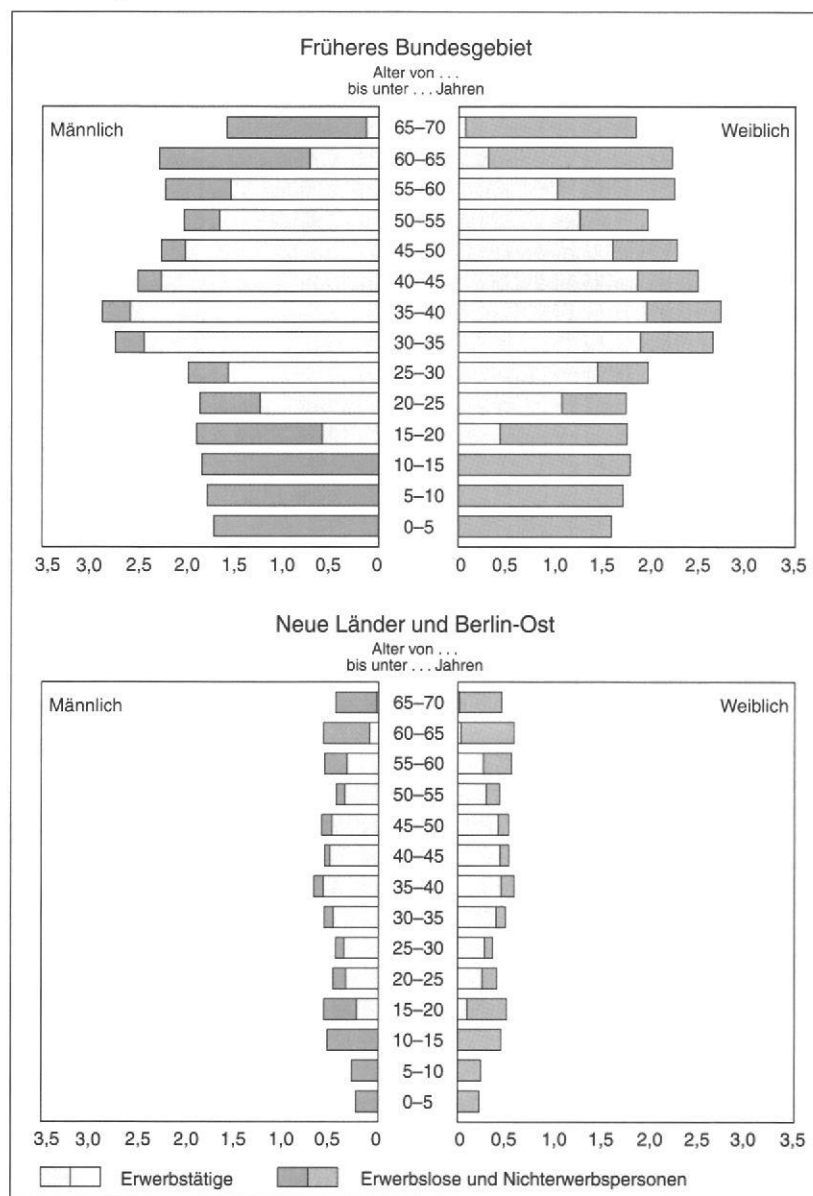
Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1985	60,3	35,9	42,5	47,6
1991	60,0	38,8	47,2	49,1
1995	58,0	39,2	48,4	48,3
1997	57,3	39,6	49,2	48,2
1998	57,3	39,7	49,4	48,1
1999	56,9	40,5	50,3	48,5
2000	56,2	40,6	50,3	48,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
1991	59,9	50,0	73,0	54,7
1995	57,1	48,4	68,9	52,6
1997	57,6	48,5	67,7	53,0
1998	58,2	48,6	67,1	53,3
1999	58,7	48,5	65,9	53,5
2000	58,2	47,9	64,4	53,0

Ausschlaggebend für diese Entwicklung in den vergangenen fünfzig Jahren war vor allem die höhere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Insbesondere bei verheirateten Frauen stieg die Erwerbsquote sehr stark an, nämlich von 25,0 % im Jahr 1950 auf 50,3 % im Mai 2000.

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	2000	1960	1991	2000	1991	2000
15–20	37,2	28,6	75,0	34,8	28,4	46,3	29,6
20–25	75,9	68,5	75,7	73,4	67,6	87,2	72,5
25–30	75,6	76,0	52,7	70,8	74,3	96,2	84,8
30–35	72,8	77,3	45,1	66,5	74,6	97,3	91,5
35–40	75,1	79,0	45,4	68,8	75,7	97,7	93,6
40–45	75,4	81,1	44,9	70,5	77,9	96,9	94,9
45–50	72,8	80,2	41,6	67,2	77,1	95,7	92,7
50–55	65,3	72,6	37,9	58,6	69,2	91,4	89,0
55–60	42,9	58,1	32,7	44,4	53,5	37,2	76,4
60–65	10,7	13,2	20,9	12,2	14,9	4,8	6,6
65–70	3,3	3,3	/	3,8	3,9	1,2	1,4

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2000



Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote im Mai 2000 bei 80,0 %, für die Frauen gleichen Alters bei 62,1 %.

Der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (64,4 % in den neuen Ländern; 50,3 % im früheren Bundesgebiet). Die Erwerbsbeteiligung der Männer im Osten (58,2 %) ist hingegen kaum höher als im Westen (56,2 %).

Bezieht man auch das Alter der Frauen ein, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-Jährigen im früheren Bundesgebiet. Sie stieg seit 1960 um mehr als 60 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49-Jährigen einen Wert von 92 %, selbst bei den 50- bis 54-Jährigen liegt sie noch bei 89 %.

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

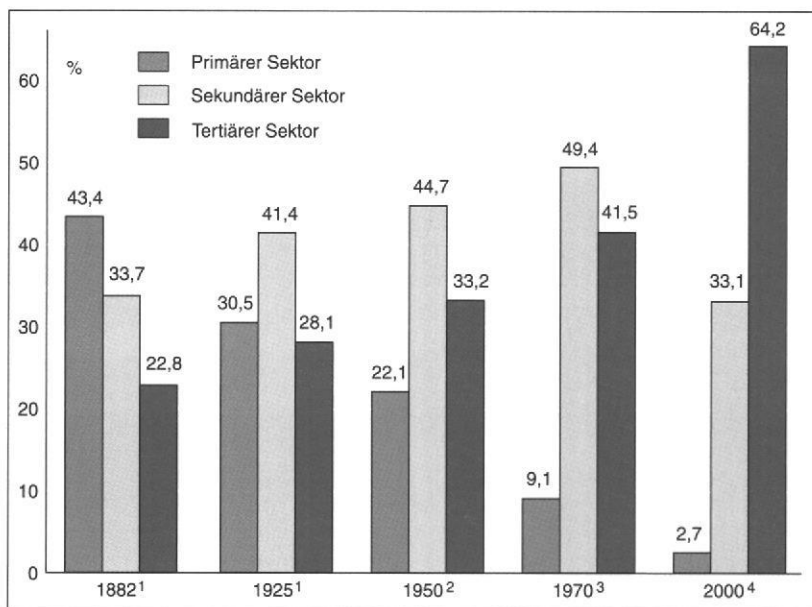
Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor 120 Jahren war dort mit über 8 Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen beschäftigt. Arbeitete 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor, galt dies im Jahr 2000 in Deutschland nur etwa für jeden 37., im früheren Bundesgebiet sogar nur noch für jeden 40. Erwerbstätigen. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2000 in Deutschland fast 1 Mill. Menschen in der Landwirt-

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	2000	1991	2000
Primärer Sektor	3 541	2 402	1 437	1 045	748	530	240
Sekundärer Sektor	12 807	13 005	12 174	12 065	10 046	3 285	2 056
Tertiärer Sektor	9 846	10 937	13 263	16 574	19 215	3 947	4 298
Insgesamt	26 194	26 344	26 874	29 684	30 009	7 761	6 595

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählung im Reichsgebiet – Erwerbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2000 in Deutschland.

schaft, und zwar 748 000 im früheren Bundesgebiet und 240 000 in den neuen Ländern.

Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich geht eine starke Zunahme im tertiären Sektor einher. Hier arbeiten heutzutage in Deutschland rund 64 % aller Erwerbstätigen, vor fast 120 Jahren war es nicht einmal ein Viertel. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 60er- und 70er-Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (fast 50 %), ist der Beschäftigtenanteil hier mittlerweile auf rund 33 % im Jahr 2000 gesunken. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 31,2 % noch etwas darunter.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen durch den allgemeinen technischen Fortschritt, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben viele Berufe bzw. Berufs-

bereiche verändert. In den Dienstleistungsberufen waren im Jahr 2000 in Deutschland 64 % aller Erwerbstätigen beschäftigt, von ihnen über die Hälfte (57 %) Frauen. Der zweite stark besetzte Berufsbereich waren Fertigungsberufe, in denen jeder vierte Erwerbstätige seinem Broterwerb nachging. Relativ unbedeutend in Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind die landwirtschaftlichen Berufsbereiche mit einem Anteil von knapp 3 %. Auch in den technischen Berufen waren im Mai 2000 nur rund 7 % der Erwerbstätigen beschäftigt.

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen im Mai 2000¹

Berufsbereich ²	Insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	1 038	36,9
Bergleute, Mineralgewinner	55	/
Fertigungsberufe	9 204	17,7
Technische Berufe	2 396	16,3
Dienstleistungsberufe	23 287	57,0
Sonstige Arbeitskräfte	623	38,4
Insgesamt	36 604	43,5

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3.6 Stellung im Beruf

Die traditionelle Einteilung nach der Stellung im Beruf (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider. Jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – bietet mittlerweile eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten. Die historisch gewachsene Einteilung bringt jedoch gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

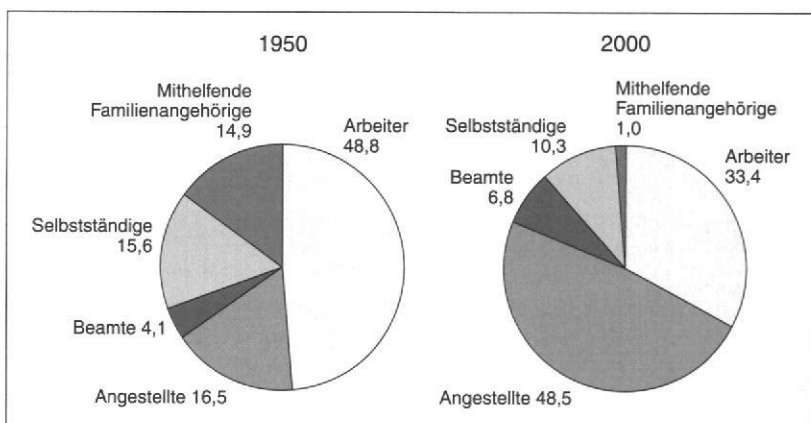
Im Mai 2000 standen 88,7 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 91,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließlich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten hatten mit 48,5 bzw. 46,6 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 33,4 bzw. 40,5 %. Selbstständige waren mit 10,3 % im früheren Bundesgebiet und mit 8,4 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 6,8 % in den alten und mit 4,2 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbezahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,0 bzw. 0,3 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten erheblich verändert: Während der Anteil Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger an den Erwerbstätigen von 1950 bis 2000 im früheren Bundesgebiet gravierend zurückging, hat sich der Anteil der Angestellten und Beamten fast verdreifacht. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur zu sehen. So hat beispielsweise der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zum Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen. Durch das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) nahm hingegen die Zahl der Angestellten beträchtlich zu.

Im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost weist der Anteil der Selbstständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Unter den erwerbstätigen Männern im früheren Bundesgebiet war 2000 der Anteil Selbstständiger (13,2 %) etwa doppelt so hoch wie unter den Frauen (6,5 %). Bei den Beamten betrugen die entsprechenden Anteile 8,1 bzw. 5,0 %. In den neuen Bundesländern waren im Mai 2000 10,7 % aller männlichen Erwerbstätigen selbstständig und 5,6 % aller weiblichen. Der Anteil der Beamten lag bei 5,3 %, der Beamtinnen 2,9 %. Weibliche Erwerbstätige übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 62,6 %; neue Länder und Berlin-Ost: 66,7 %). Von den erwerbstätigen Männern war jeweils der größere Teil (40,4 bzw. 53,7 %) als Arbeiter tätig.

Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss

Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet in Prozent



Tab. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht im Mai 2000¹

Stellung im Beruf	Männer in %	Frauen in %
<i>Deutschland</i>		
Arbeiter ²	42,8	24,1
Angestellte ³	36,5	63,4
Beamte	7,6	4,6
Selbstständige	12,7	6,4
Mithelfende Familienangehörige	0,4	1,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Arbeiter ²	40,4	24,0
Angestellte ³	37,9	62,6
Beamte	8,1	5,0
Selbstständige	13,2	6,5
Mithelfende Familienangehörige	0,4	1,9
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Arbeiter ²	53,7	24,4
Angestellte ³	30,2	66,7
Beamte	5,3	2,9
Selbstständige	10,7	5,6
Mithelfende Familienangehörige	0,1	0,4

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluss im Mai 2000¹

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Darunter mit	
		Berufliches Praktikum ² , Lehrausbildung ³	Fachschul-, ⁴ Fachhochschul-, Hochschul- abschluss/ Promotion ⁵
	1 000	%	
Selbstständige	3 643	38,6	43,6
Mithelfende Familienangehörige	323	47,2	10,0
Beamte	2 315	33,2	55,6
Angestellte ⁶	17 645	52,3	30,3
Arbeiter ⁷	12 678	60,3	4,7
Insgesamt	36 604	52,5	24,2

1 Ergebnisse des Mikrozensus. – 2 Einschl. Anlernausbildung. – 3 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufs-/Kollegs, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 4 Einschl. Abschluss der Fachschule in der ehemaligen DDR, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule. – 5 Auch Ingenieurschulabschluss; ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule. – 6 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen. – 7 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

unter den Selbstständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

3.7 Arbeitslose und offene Stellen

Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen ein schwer wiegendes persönliches Problem, sondern auch eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 60er-Jahre war nach dieser Abgrenzung im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen jedoch erheblich über der Zahl offener Stellen. Ab 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als 1 Mill. Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hat die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionengrenze wiederum erheblich überschritten.

Im Laufe der Jahre 1982 bis 1988 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Anfang 1985 wurden 2,6 Mill. Arbeitslose registriert. Im Jahresdurchschnitt 1988 gab es noch 2,2 Mill. Arbeitslose. Ende 1988/Anfang 1989 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage erneut vorübergehend. Im Mai 1989 sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze. Bis zum Dezember 1991 und nochmals im Februar 1992 blieb die Arbeitslosenzahl unter dem jeweiligen Vorjahresergebnis und erreichte mit knapp 1,7 Mill. im Jahresdurchschnitt 1991 den niedrigsten Durchschnittswert seit 1982. Mit der beginnenden Konjunkturschwäche 1992 ging dann wieder ein Anstieg auf jahresdurchschnittlich 1,8 Mill. Personen einher, der sich in den Jahren bis 1997 verstärkt fortsetzte. Im Jahresdurchschnitt 1997 überschritt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals die Drei-Millionen-Grenze. Die Arbeitslosenquote, d. h. die Zahl der Arbeitslosen an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen, betrug 11,0 %.

1998 trat auf dem Arbeitsmarkt im früheren Bundesgebiet eine leichte Besserung ein, die sich 1999 und 2000 fortsetzte. Maßgeblich hierfür war die im Jahresverlauf

Tab. 8: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten
im früheren Bundesgebiet 1950 bis 2000

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- quoten ¹ %
	1 000		
1950 ²	1 868,5	118,5	11,0
1954 ²	1 410,7	139,7	7,6
1958 ²	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1976	1 060,3	235,0	4,6
1980	888,9	308,3	3,8
1982	1 833,2	104,9	7,5
1984	2 265,6	87,9	9,1
1986	2 228,0	153,9	9,0
1988	2 241,6	188,6	8,7
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 689,4	331,4	6,3
1992	1 808,3	323,5	6,6
1993	2 270,3	243,3	8,2
1994	2 556,0	233,6	9,2
1995	2 564,9	266,5	9,3
1996	2 796,2	270,4	10,1
1997	3 020,9	281,5	11,0
1998	2 904,3	342,2	10,5
1999	2 755,5	386,2	9,9
2000	2 529,4	451,9	8,7

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

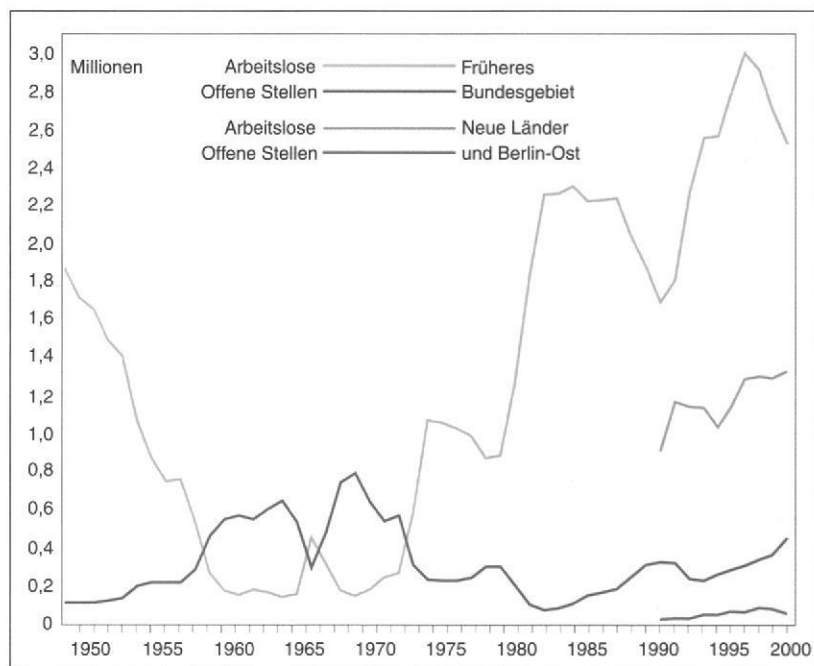
einsetzende konjunkturelle Belebung. So sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 1998 bis zum Jahre 2000 um 375 000 auf 2,53 Mill. im Jahresdurchschnitt. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2000 ermäßigte sich auf 8,7 %. Gleichzeitig hat sich das Stellenangebot in den Jahren 1999 und 2000 erhöht. Betriebe und Verwaltungen meldeten im Jahresverlauf 2000 3,12 Mill. zu besetzende Stellen, das sind knapp 16 % mehr als 1998. Der Stellenbestand wuchs sogar noch stärker. Im Jahresdurchschnitt 2000 waren 452 000 offene Stellen gemeldet, rund 110 000 oder 32,1 % mehr als 1998.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit in offener Form zutage; verdeckte Arbeitslosigkeit gab und gibt es in allen Planwirtschaften. Die hohe Arbeitslosigkeit rührte hauptsächlich von der Anpassung der Wirtschaftsstruktur her, wodurch zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt wurden. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchschnittlich rund

433 000 Menschen arbeitslos, was einer Quote von 4,9 % entspricht. Demgegenüber waren nur etwa 25 000 offene Stellen gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote bereits mehr als verdoppelt (10,3 %), sie stieg bis 1993 weiter auf 15,8 % an, nachdem sie 1992 bereits bei 14,8 % gelegen hatte. Im Jahresdurchschnitt 1994 betrug die Arbeitslosenquote 16,0 % (1,14 Mill. Arbeitslose). Ein Jahr später verringerte sich die Arbeitslosenzahl vorübergehend um jahresdurchschnittlich 95 100 oder 8,3 % auf 1,05 Mill. Ab 1996 verschlechterte sich der Arbeitsmarkt wieder spürbar. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl überschritt 1996 mit 1,17 Mill. das Niveau des Vorjahres um 121 800, 1997 mit 1,36 Mill. um 194 700, 1998 mit 1,37 Mill. aber nur noch um 11 400 oder 0,8 %.

Auch in den neuen Ländern wirkte sich 1998/99 eine leichte konjunkturelle Belebung auf den Arbeitsmarkt aus. 1999 lag die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt mit 1,34 Mill. um 31 200 unter dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote, auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug

Abb. 6: Arbeitslose und offene Stellen im früheren Bundesgebiet¹ und in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost
Jahresdurchschnittswerte



¹ Bis 1958 ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Tab. 9: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten 1991 bis 2000

Jahres- durch- schnitt	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote ¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000				%		
Deutschland							
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4 279,3	2 272,7	2 006,6	421,6	12,3	11,9	12,8
1999	4 099,2	2 159,8	1 939,4	456,4	11,7	11,3	12,2
2000	3 888,7	2 052,8	1 835,8	514,0	10,7	10,5	10,9
Früheres Bundesgebiet							
1991	1 689,4	897,7	791,7	331,4	6,3	5,8	7,0
1992	1 808,3	982,8	825,5	323,5	6,6	6,2	7,2
1993	2 270,3	1 277,1	993,3	243,3	8,2	8,0	8,4
1994	2 556,0	1 461,6	1 094,3	233,6	9,2	9,2	9,2
1995	2 564,9	1 463,7	1 101,2	266,5	9,3	9,3	9,2
1996	2 796,2	1 616,5	1 179,7	270,4	10,1	10,4	9,9
1997	3 020,9	1 740,7	1 280,2	281,5	11,0	11,2	10,7
1998	2 904,3	1 640,8	1 263,5	342,2	10,5	10,6	10,3
1999	2 755,5	1 535,5	1 220,0	386,2	9,9	9,9	9,8
2000	2 529,4	1 398,1	1 131,3	451,9	8,7	8,8	8,5
Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	912,8	382,9	530,0	31,4	10,3	8,5	12,3
1992	1 170,3	429,1	741,1	32,7	14,8	10,5	19,6
1993	1 148,8	414,5	734,3	36,2	15,8	11,0	21,0
1994	1 142,1	401,4	740,6	51,1	16,0	10,9	21,5
1995	1 047,0	386,9	660,1	54,8	14,9	10,7	19,3
1996	1 168,8	495,0	673,8	56,8	16,7	13,7	19,9
1997	1 363,6	601,7	761,9	55,6	19,5	16,6	22,5
1998	1 374,9	631,9	743,1	79,4	19,5	17,4	21,8
1999	1 343,7	624,3	719,4	70,2	19,0	17,1	20,9
2000	1 359,3	654,7	704,6	62,1	18,8	17,7	19,9

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

1999 19,0 %. Anders als im früheren Bundesgebiet nahm die Arbeitslosigkeit im Jahre 2000 aber wieder geringfügig zu und zwar um 15 600 auf 1,36 Mill. Ebenfalls im Gegensatz zum Westen verringerte sich 1999 die Zahl der gemeldeten offenen Stellen gegenüber 1998 um 67 000 oder knapp 6 % und erreichte einen Stand von 1,076 Mill. und im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 92 000 auf einen Stand von 983 600. Dies machte sich auch beim Stellenbestand bemerkbar. Im

Jahresdurchschnitt 1999 standen mit 70 200 offenen Stellen knapp 12 % weniger zur Verfügung als 1998. Im Jahr 2000 wurden 62 100 offene Stellen registriert, was einer Abnahme von gut 8 000 oder 11,6 % entspricht.

Sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen handelt es sich ausschließlich um Fälle, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Die »tatsächliche« Zahl der Personen ohne Arbeit ist sicherlich höher, da es Arbeitssuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sie werden als »Stille Reserve« bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die sich in beruflicher Vollzeitweiterbildung oder in Deutschsprachkursen befinden, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, so weit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 428 SGB III, bis 1997: § 105 c AFG). Ähnliches gilt aber auch für die Zahl der offenen Stellen. Hier wird ein großer Teil ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben – nur etwa 33 % des gesamten Stellenangebotes werden gemeldet – und taucht ebenfalls nie in der Statistik auf. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekannt gegebenen Zahlen haben andererseits den Vorteil, dass sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können und somit über Veränderungen rasch Auskunft geben.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Von Januar bis Dezember 2000 lag im früheren Bundesgebiet der Zugang an Arbeitslosen mit 4,65 Mill. Personen unter den Zugangszahlen des Vorjahres (– 185 400 Personen). Ebenso konnten im Jahr 2000 mit 4,88 Mill. auch weniger Personen (– 3,3 %) ihre Arbeitslosigkeit beenden als 1999. Die ermittelte Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode lag für Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2000 beendeten, bei durchschnittlich 34 Wochen gegenüber 33 Wochen im Vorjahr.

In den neuen Bundesländern meldeten sich im Verlauf des Jahres 2000 rund 2,29 Mill. Personen arbeitslos, 4,1 % weniger als im Jahr zuvor. Davon waren weit aus die meisten (1,25 Mill.) vorher beschäftigt oder in betrieblicher Ausbildung. Ihr Anteil an allen Zugängen betrug knapp 55 % (1999: 55,3 %). Der Zugang von Arbeitslosen, die sich nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, nahm um 1 000 auf 92 300 Personen zu. Im Laufe des Jahres 2000 beendeten im Osten 2,3 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 2,7 % weniger als 1999. Die Arbeitslosigkeitsperioden in den neuen Ländern dauerten im Jahr 2000 durchschnittlich 37 Wochen, nach 34 Wochen im Vorjahr.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oft zunächst auf Kurzarbeit über. Dies lässt sich im Zeitablauf eindrucksvoll belegen: Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letz-

ten 25 Jahre – neben 1993 – um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 300) sowie im Zeitraum 1981 bis 1984 festzustellen (Jahresdurchschnitt 1983: 675 100). 1993 war wieder ein deutlicher Anstieg zu beobachten. So lag die jahresdurchschnittliche Zahl 1993 im früheren Bundesgebiet bei 766 900, verringerte sich aber bis zum Jahr 2000 auf 61 600 Kurzarbeiter. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden die von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten erstmals ab Mitte 1990 erfasst. Innerhalb eines Jahres erhöhte sich ihre Zahl von ca. 656 000 im Juli 1990 auf rund 1,6 Mill. im Juli 1991. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2000 wurden noch 24 400 Menschen in Kurzarbeit gezählt.

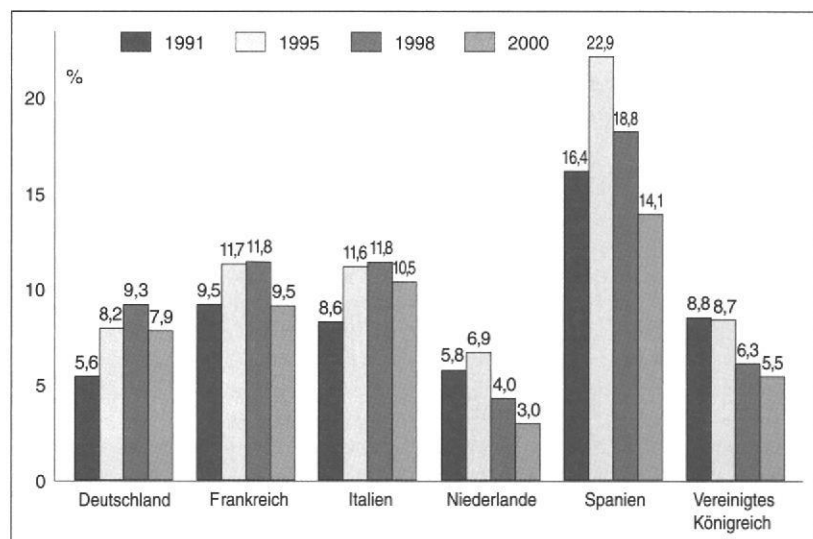
Im Hinblick auf die Entlastung des Arbeitsmarktes kommt den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit – insbesondere in Ostdeutschland – nach wie vor besondere Bedeutung zu. Neben dem Kurzarbeitergeld umfassen die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die berufliche Rehabilitation und spezielle Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Hinzu kommen seit April 1997 neue Fördermaßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Hierbei handelt es sich zumeist um Leistungen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wie etwa Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen und Strukturanpassungsmaßnahmen, mit denen reguläre Beschäftigungen speziell in den neuen Bundesländern gefördert werden (SAM OfW). Zusätzlich besteht seit Januar 1999 ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Es zielt darauf ab, Jugendliche durch spezielle Instrumente in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen. Trotz dieser Maßnahmen konnten in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahr 2000 weniger Personen eine Arbeitslosigkeit beenden bzw. vermeiden als im Vorjahr (2000: 220 600, 1999: 282 900). Im früheren Bundesgebiet waren es im gleichen Zeitraum 188 500 Personen (1999: 210 900).

3.9 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist heute ein weltweites Problem. Zwar lässt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht genau vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen statistischen Ämter und Organisationen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die Arbeitslosenstatistiken so weit zu vereinheitlichen, dass die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Die Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Union (EU) ist im Jahr 2000 insgesamt zurückgegangen. Es wurden in den fünfzehn Staaten insgesamt 14,2 Mill. Erwerbslose nach den Konzepten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gezählt. Die jahresdurchschnittliche Erwerbslosenquote lag bei 8,2 %. Die

Abb. 7: Jahresdurchschnittliche Erwerbslosenquoten¹
in ausgewählten europäischen Ländern



Quelle: Statistisches Bundesamt und Eurostat.

Tab. 10: Erwerbslosenquoten in der Europäischen Union
Jahresdurchschnitt in Prozent

Land	1991	1995	1997	1998	1999	2000
Belgien	6,6	9,9	9,4	9,5	8,8	7,0
Dänemark	8,4	7,2	5,6	5,2	5,2	4,7
Deutschland	5,6	8,2	9,9	9,3	8,6	7,9
Finnland	6,6	15,4	12,7	11,4	10,2	9,8
Frankreich	9,5	11,7	12,3	11,8	11,2	9,5
Griechenland	7,0	9,2	9,8	10,9	11,6	11,1
Irland	14,7	12,3	9,9	7,5	5,6	4,2
Italien	8,6	11,6	11,7	11,8	11,3	10,5
Luxemburg	1,7	2,9	2,7	2,7	2,4	2,4
Niederlande	5,8	6,9	5,2	4,0	3,4	3,0
Österreich	.	3,9	4,4	4,5	3,9	3,7
Portugal	4,2	7,3	6,8	5,2	4,5	4,1
Schweden	3,1	8,8	9,9	8,3	7,2	5,9
Spanien	16,4	22,9	20,8	18,8	15,9	14,1
Vereinigtes Königreich	8,8	8,7	7,0	6,3	6,1	5,5
Europäische Union	8,2	10,7	10,6	9,9	9,1	8,2

Quelle: Statistisches Bundesamt und Eurostat.

Tab. 11: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
Jahresdurchschnitte 1999 und 2000

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	1999	2000	1999	2000
Baden-Württemberg	324 589	281 403	7,3	6,0
Bayern	384 416	339 387	7,4	6,3
Berlin	268 078	264 749	17,7	17,6
Brandenburg	223 037	226 388	18,7	18,4
Bremen	43 884	41 128	15,8	14,2
Hamburg	84 047	74 655	11,7	10,0
Hessen	239 257	214 875	9,4	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	163 052	162 998	19,4	19,0
Niedersachsen	375 452	350 829	11,5	10,3
Nordrhein-Westfalen	830 662	777 617	11,2	10,1
Rheinland-Pfalz	149 361	138 336	9,1	8,1
Saarland	50 130	47 766	11,9	10,8
Sachsen	379 672	387 774	18,6	18,5
Sachsen-Anhalt	272 144	272 800	21,7	21,4
Schleswig-Holstein	122 040	114 334	10,6	9,5
Thüringen	189 387	193 610	16,5	16,5
Deutschland	4 099 209	3 888 652	11,7	10,7
Früheres Bundesgebiet	2 755 527	2 529 374	9,9	8,7
Neue Länder und Berlin-Ost	1 343 682	1 359 278	19,0	18,8

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Situation auf dem Arbeitsmarkt stellt sich nur in Frankreich, Finnland, Griechenland, Italien und Spanien noch erheblich ungünstiger dar als in der Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb Deutschlands gibt es – abgesehen von den Regionen in den neuen Bundesländern – einige strukturschwache Gebiete, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in einigen norddeutschen Gebieten, in Teilen von Niedersachsen und des Ruhrgebiets bzw. auch in Berlin erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Deutliche Abnahmen verzeichneten hingegen die südlichen Länder Baden-Württemberg und Bayern (jahresdurchschnittlich 2000/1999: – 13 % bzw. – 12 %), aber auch Hamburg und Hessen (– 11 % bzw. – 10 %).

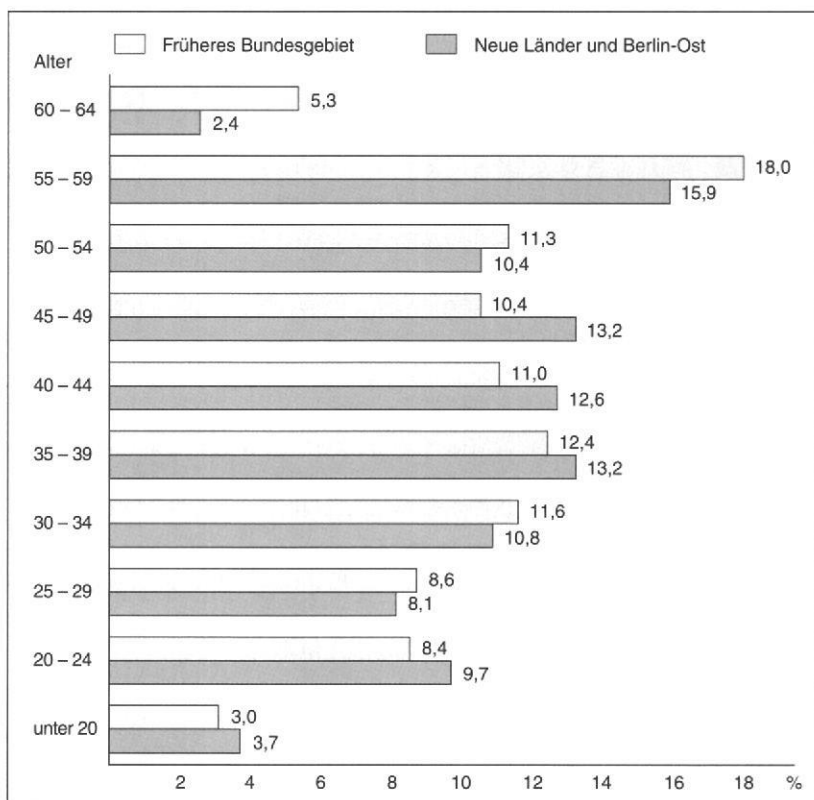
3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Zu den so genannten »Problemgruppen« auf dem Arbeitsmarkt zählen insbesondere Jüngere, Ältere, Frauen, Ausländer und Schwerbehinderte.

Grundsätzlich haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der längeren Betriebszugehörigkeit und dem damit verbundenen Kündigungsschutz ein vergleichsweise geringes Risiko, arbeitslos zu werden. Sind sie aber einmal arbeitslos, ist es für sie häufig sehr viel schwerer als für Jüngere, eine neue Beschäftigung zu finden. Ende September 2000 gab es in Deutschland 792 700 Ar-

Abb. 8: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 2000
in Prozent aller Arbeitslosen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

beitslose, die 55 Jahre oder älter waren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl aber um 14,2 % verringert. Der Anteil der 55-jährigen oder älteren Arbeitslosen betrug im selben Jahr bundesweit 21,5 %. Im früheren Bundesgebiet gab es im September 2000 knapp 554 000 Arbeitslose über 55 Jahre, das sind 13,0 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosigkeit älterer Menschen durch die Regelung des § 428 SGB III (ehemals § 105 c AFG) erheblich reduziert wird. Ältere Arbeitslose können danach auch dann Lohnersatzleistungen beziehen, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen und somit nicht als Arbeitslose gezählt werden. Allerdings wurde diese Regelung – zum Teil aus demographischen Gründen – im früheren Bundesgebiet seit 1998 seltener in Anspruch genommen als noch in den früheren Jahren; im Jahresdurchschnitt 2000 waren es 109 800 Personen (1999: 112 200 Personen). In den neuen Bundesländern war im selben Jahr bei der Inanspruchnahme des § 428 SGB III ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um 6 200 auf rund 82 300 im Jahresdurchschnitt.

Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Im Jahresdurchschnitt 2000 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 10,9 %, die der Männer bei 10,5 %. Im Westen unterschritt die Arbeitslosenquote der Frauen mit 8,5 % die der Männer (8,8 %) geringfügig. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist im Osten ausgeprägter. Im Jahresdurchschnitt 2000 betrug die Arbeitslosenquote bei den Männern 17,7 % (1999: 17,1 %), bei den Frauen aber 19,9 % (1999: 20,9 %). Dass die Arbeitslosenquote der Frauen in den neuen Bundesländern zuletzt gesunken ist, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass sich viele Frauen – in Anbetracht der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktlage – verstärkt vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für die ausländische Bevölkerung. Zwischen 1960 und 1970 waren Ausländerinnen und Ausländer – um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben – als »Gastarbeiter« angeworben worden. Heute gehören sie zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr jahresdurchschnittlich um 7,7 % auf 471 000 Personen gesunken, doch nach wie vor ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so groß wie für Deutsche. Die hohe Arbeitslosigkeit von Ausländern beruht zum Teil auf einer geringeren sprachlichen und beruflichen Qualifikation; dies verringert Einstellungschancen und vergrößert das Risiko den Arbeitsplatz zu verlieren.

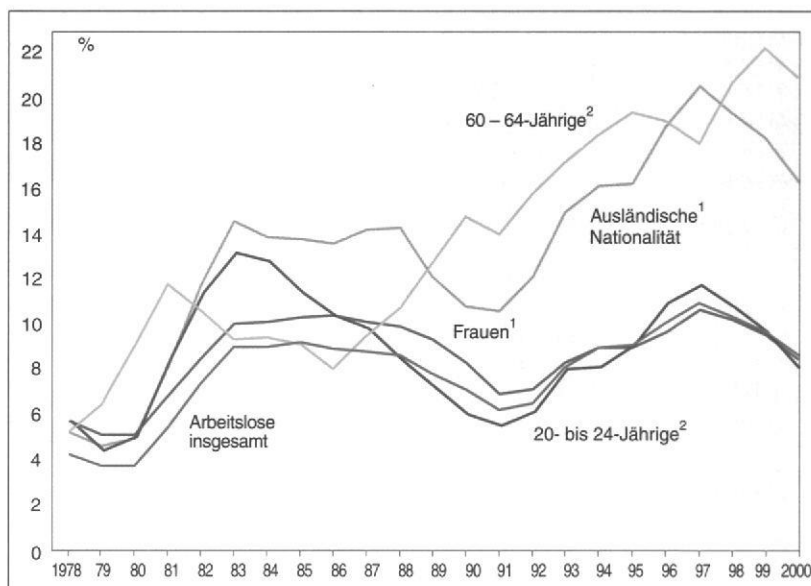
Im Jahresdurchschnitt 2000 waren im früheren Bundesgebiet 436 800 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet, sie stellten damit 17,3 % aller Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung betrug 16,4 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost spielt die Arbeitslosigkeit von Ausländern nach wie vor nur eine kleine Rolle. Hier waren 34 200 Ausländerinnen und Ausländer im Jahresdurchschnitt 2000 arbeitslos gemeldet, was lediglich einem Anteil von 2,5 % an allen Arbeitslosen entspricht.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet lag im September 2000 bei 29,2 % (September 1999: 27,8 %), in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 20,6 % (19,5 %). Schwerbehindert und deshalb beson-

ders schwer zu vermitteln waren in den alten Ländern im September 2000 ebenso wie im Jahr zuvor 5,9 % aller Arbeitslosen, in den neuen Ländern 2,9 % (2,8 %).

Der Arbeitsmarkt für Jüngere hat sich im Westen im Jahr 2000 weiterhin günstig entwickelt. So lagen die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt bei den unter 20-Jährigen mit 5,9 %, bei den 20- bis 24-Jährigen mit 8,5 % und bei den unter 25-Jährigen mit 7,7 % deutlich unter denen des Vorjahres (1999: 7,9 %; 9,6 %; 9,1 %). Die anhaltend günstige Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit beruht

Abb. 9: Arbeitslosenquoten so genannter Problemgruppen im früheren Bundesgebiet



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

größtenteils darauf, dass deutlich weniger Arbeitslosmeldungen nach betrieblicher oder außerbetrieblicher Ausbildung von den Arbeitsämtern registriert wurden. Von Einfluss war auch die positive Tendenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

Dagegen hat die Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach einem Rückgang in 1999 wieder deutlich zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 2000 gab es 155 000 jüngere Arbeitslose unter 25 Jahren, das sind 13 % mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote stieg entsprechend von 15,8 % im Jahr 1999 auf 16,6 %. Der Anstieg bei den 20- bis unter 25-Jährigen war fast doppelt so stark wie bei den unter 20-Jährigen (+ 15 % auf 121 600 bzw. + 8 % auf 34 100).

3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

Für die so genannten »Problemgruppen« verschärft sich die Situation insbesondere dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei höherer Qualifikation günstiger und das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist für qualifizierte Arbeitskräfte bedeutend geringer. Im September 2000 hatten in Deutschland 37,8 % der Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Im früheren Bundesgebiet war fast jeder zweite Arbeitslose ohne Berufsausbildung (46,3 %), während in den neuen Bundesländern rund ein Fünftel (22,4 %) aller Arbeitslosen keine Berufsausbildung hatte.

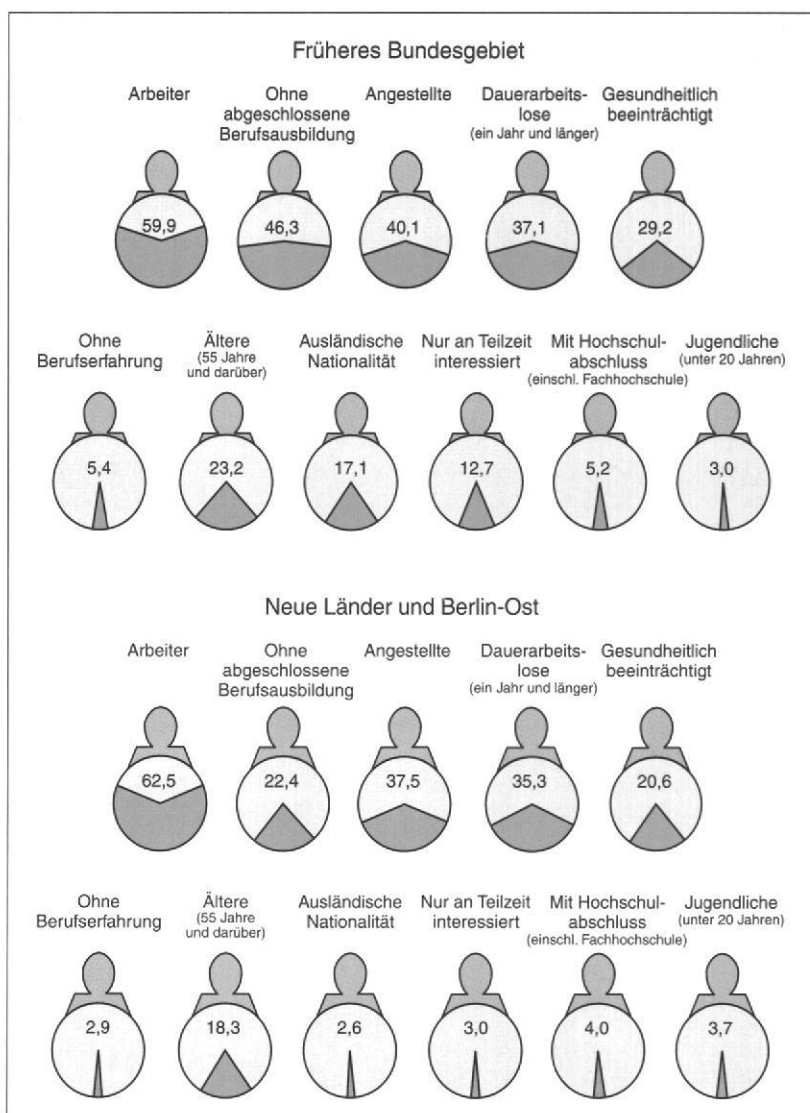
In den neuen Ländern und Berlin-Ost entsprechen die Anteile der verheirateten und alleinstehenden an den Arbeitslosen in etwa denen im früheren Bundesgebiet. Gleiches gilt für Arbeitslose im Alter von 25 bis unter 30 Jahren. Wesentlich niedriger liegen hier dagegen die Anteile der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer sowie derjenigen Arbeitslosen, die nur an Teilzeitarbeit interessiert sind.

Tab. 12: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung – September 2000

Berufsausbildung	Anzahl	Anteil in %
<i>Deutschland</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 394 602	37,8
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	2 290 188	62,2
– betriebliche Ausbildung	1 921 589	52,1
– Berufsfach-/Fachschule	192 344	5,2
– Fachhochschule	50 344	1,4
– Universität/Hochschule	125 911	3,4
Insgesamt	3 684 790	100,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 103 216	46,3
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 279 297	53,7
– betriebliche Ausbildung	1 032 701	43,3
– Berufsfach-/Fachschule	122 211	5,1
– Fachhochschule	36 562	1,5
– Universität/Hochschule	87 823	3,7
Zusammen	2 382 513	100,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	291 386	22,4
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 010 891	77,6
– betriebliche Ausbildung	888 888	68,3
– Berufsfach-/Fachschule	70 133	5,4
– Fachhochschule	13 782	1,1
– Universität/Hochschule	38 088	2,9
Zusammen	1 302 277	100,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Abb. 10: Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost
 Von je 100 Arbeitslosen im September 2000 waren¹:



1 Summe über 100 wegen Mehrfachnennungen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 2000 waren in Deutschland 1,34 Mill. Arbeitslose, also gut jeder Dritte, mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung. Die Zahl derer, die bereits mindestens zwei Jahre ohne Arbeitsplatz waren, belief sich

Tab. 13: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit 1971 bis 2000

Jahr jeweils September	Arbeitslose	Davon waren arbeitslos in %		
		unter 3 Monate	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
Früheres Bundesgebiet				
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1983	2 133 900	33,5	41,6	24,9
1985	2 150 897	32,5	36,6	31,0
1990	1 727 742	35,2	35,0	29,7
1991	1 609 500	38,3	33,4	28,3
1992	1 783 608	37,8	35,6	26,6
1993	2 287 972	34,5	39,5	26,0
1994	2 452 466	31,1	36,4	32,5
1995	2 488 434	32,3	34,4	33,3
1996	2 748 515	31,4	35,9	32,7
1997	2 932 907	29,1	34,8	36,1
1998	2 733 415	31,2	31,1	37,7
1999	2 622 324	30,2	33,0	36,7
2000	2 382 513	32,0	30,9	37,1
Neue Länder und Berlin-Ost				
1993	1 159 098	29,2	40,1	30,7
1994	1 040 853	27,0	38,3	34,7
1995	1 032 610	30,9	40,3	28,8
1996	1 099 934	29,2	43,8	27,0
1997	1 375 187	28,2	42,0	29,8
1998	1 231 913	29,5	36,1	34,4
1999	1 320 912	29,1	39,4	31,4
2000	1 302 277	28,6	36,2	35,3
Deutschland				
1993	3 447 070	32,7	39,7	27,6
1994	3 493 319	29,9	36,9	33,2
1995	3 521 044	31,9	36,1	31,9
1996	3 848 449	30,7	38,2	31,1
1997	4 308 094	28,8	37,1	34,1
1998	3 965 328	30,6	32,7	36,7
1999	3 943 236	29,8	35,2	35,0
2000	3 684 790	30,8	32,8	36,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

auf 697 700. Nur wenigen Arbeitslosen gelingt es, schon nach kurzer Zeit eine neue Stelle zu finden. Der Anteil der Arbeitslosen in Deutschland, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, sank in den Jahren 1992 bis 2000 von 35,1 % auf 30,8 %.

3.11 Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 67 % bzw. 60 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (53 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die im Jahr 2000 in Deutschland gemeldet waren, bezogen 43,6 % Arbeitslosengeld und 37,5 % Arbeitslosenhilfe. Weitere 0,6 % erhielten in diesem Zeitraum Eingliederungshilfe. Empfänger von Altersübergangsgeld spielen mittlerweile statistisch keine Rolle mehr (70 Personen). Damit betrug der Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 2000 insgesamt 81,6 %.

Insgesamt hatte im Jahr 2000 in den alten Bundesländern knapp jeder vierte (24,2 %) und in den neuen Ländern rund jeder fünfzehnte (6,5 %) beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe. Hinzuzurechnen ist die »Stille Reserve« im engeren Sinne, die sich in dem Bewusstsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt siehe Teil II, Kap. 8.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12), die Mikrozensus-erhebungen und die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, sodass eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht bei den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die im fünfjährigen Turnus – zuletzt 1998 – entsprechenden Angaben für alle privaten Haushalte in Deutschland liefert. Bei den Einnahmen aller Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern wurden den Allgemeinen Angaben der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) 2000 entnommen. Zum Teil wird bei den Ausstattungen der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern auch auf das Einführungsinterview zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zurückgegriffen, um Betrachtungen über mehrere Jahre durchführen zu können.

Die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem viel geäußerten Klagespruch, dass mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen

aus, berücksichtigt die Transferleistungen des Staates (z. B. Renten, Kindergeld) sowie die Einnahmen aus nichtöffentlichen Übertragungen (z. B. Werks- und Betriebsrenten) und zieht davon die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) ab und führt so zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den Privaten Konsum und der »übrigen Ausgaben« die Ersparnis der Haushalte.

Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit

- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Einnahmen aus Vermietung, Zinsen, Dividenden)
- + Einnahmen aus öffentlichen Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. Ä.)
- + Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (Werks-, Betriebsrenten) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + Sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Private Konsumausgaben
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

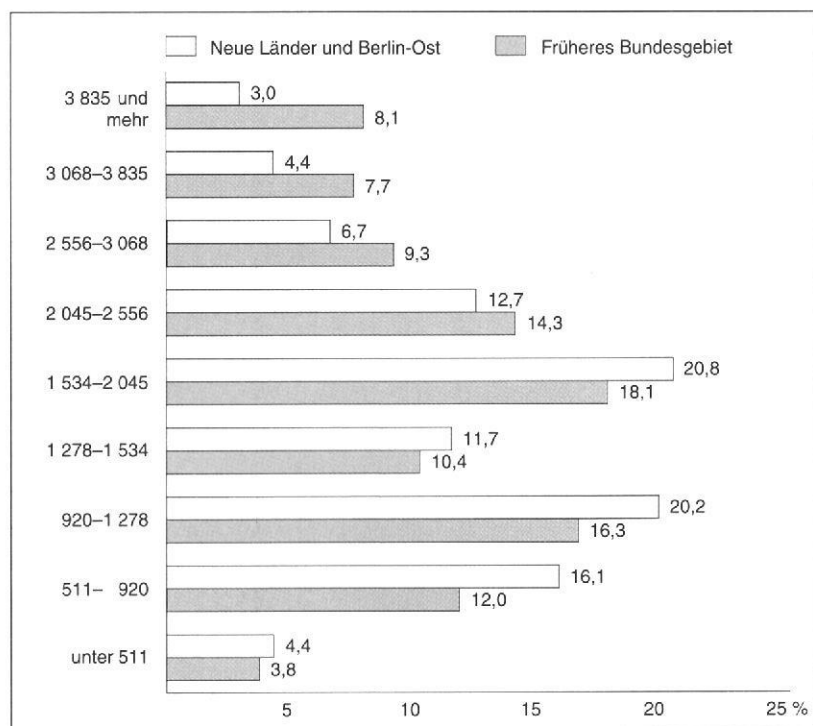
4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wie viel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen Nettoeinkommen im Monat je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößeklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe, als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensusergebnissen hatten im Mai 2000 in Deutschland knapp 27,7 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 920 und 1 534 Euro zur Verfügung. 32,5 % hatten netto monatlich 1 534 bis 2 556 Euro. In der Einkommensklasse von 2 556 bis 3 835 Euro befanden sich 15,9 % der Haushalte, und über 3 835 Euro hatten 7,1 %. Am anderen Ende der Skala mussten 16,7 % der Haushalte mit weniger als 920 Euro auskommen, wobei 4,4 % der Haushalte nach eigenen Angaben sogar weniger als 511 Euro hatten.

Abb. 1: Einkommensverteilung im Mai 2000¹
monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in EUR



1 Ergebnisse des Mikrozensus. Ohne Selbstständige in der Landwirtschaft und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

Wie aus Abb. 1 ersichtlich, ist die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern noch unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 57,5 % der Haushalte monatlich über 1 534 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst 47,5 %.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitrugen.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so verfügten die Haushalte der Beamten/Beamtinnen in Deutschland – gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 2000 zu 59,8 % über

ein monatliches Nettoeinkommen von 2 556 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 49,8 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 36,5 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 18,2 %. Dagegen verfügten nur 10,6 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 556 Euro und mehr.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden Durchschnittseinkommen privater Haushalte berechnet, indem die in den VGR ermittelten Einkommensgrößen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt werden. Im Jahr 2000 hatten die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 31 100 Euro. Gegenüber 1991 (25 700 Euro) flossen 21 % mehr Einkommen in die Haushaltskassen. Auf Grund des ungebrochenen Trends zu kleineren Haushalten erhöhte sich das Nettoeinkommen je Haushalts-

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung im Mai 2000¹
Haushalte in Prozent

Stellung im Beruf der Haushaltsbezugsperson	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen . . . EUR			
	unter 920	920– 1 534	1 534– 2 556	2 556 und mehr
<i>Deutschland</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	8,6	14,3	27,3	49,8
Beamte/Beamtinnen	2,7	8,5	29,0	59,8
Angestellte	7,3	23,1	33,1	36,5
Arbeiter/Arbeiterinnen	9,2	26,3	46,3	18,2
Nichterwerbspersonen	25,5	35,8	28,1	10,6
Insgesamt	16,7	27,7	32,5	23,1
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	8,0	13,3	26,0	52,8
Beamte/Beamtinnen	2,3	7,9	29,0	60,8
Angestellte	6,7	22,9	32,7	37,7
Arbeiter/Arbeiterinnen	8,4	26,0	46,4	19,2
Nichterwerbspersonen	25,4	34,4	27,9	12,3
Insgesamt	15,8	26,7	32,3	25,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	12,1	19,4	34,7	33,8
Beamte/Beamtinnen	6,8	14,6	29,6	49,0
Angestellte	10,1	24,1	35,8	30,1
Arbeiter/Arbeiterinnen	12,5	27,2	45,9	14,4
Nichterwerbspersonen	26,2	41,4	28,7	3,7
Insgesamt	20,5	32,0	33,4	14,1

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

Tab. 2: Netto-Jahreseinkommen im Jahr 2000 in Deutschland¹

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson	EUR je Haushalt	EUR je Haushaltsmitglied
Privathaushalte insgesamt	31 100	14 300
Haushalte von . . .		
Selbstständigen	88 500	32 800
Arbeitnehmern	33 000	13 200
Beamten	39 100	15 200
Angestellten	35 300	15 200
Arbeitern	28 900	10 600
Nichterwerbstätigen	20 600	11 700
darunter:		
Arbeitslosengeld/-hilfeempfängern	18 700	8 400
Rentnern	20 700	12 600
Pensionären	27 200	16 300
Sozialhilfeempfängern	13 300	5 700

1 Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

mitglied stärker (+ 27 %) . Pro Kopf standen im Jahr 2000 14 300 Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 11 300 Euro).

Real, d. h. nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2000 im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (– 1 %). Je Haushaltsmitglied hat sich aber das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2000 um gut 3 % erhöht.

Nach Haushaltsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 88 500 Euro im Jahr 2000 die höchsten Durchschnittseinkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbezieher handelt: von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Berufsgruppen. Bei Haushalten, deren Bezugsperson vor allem Einkommen aus einer unselbstständigen Tätigkeit bezieht, lagen im Jahr 2000 die Beamtenhaushalte mit 39 100 Euro vor den Angestelltenhaushalten (35 300 Euro) und den Arbeiterhaushalten (28 900 Euro). Nichterwerbstätigenhaushalte, in denen im Vergleich zu Erwerbstätigenhaushalten häufiger nur eine oder zwei Personen wohnen, hatten mit 20 600 Euro das geringste Haushaltseinkommen.

Die hier dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Konsumentenkredite sind abgezogen. Nicht eingeschlossen sind unterstellte Einkommen, etwa für die

Nutzung eigener Wohnungen oder die Verzinsung von Lebensversicherungsrückstellungen. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre sind ebenfalls nicht im Nettoeinkommen enthalten. Die tatsächlichen Einkommen können nach oben und unten erheblich von den dargestellten Durchschnittswerten abweichen.

4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

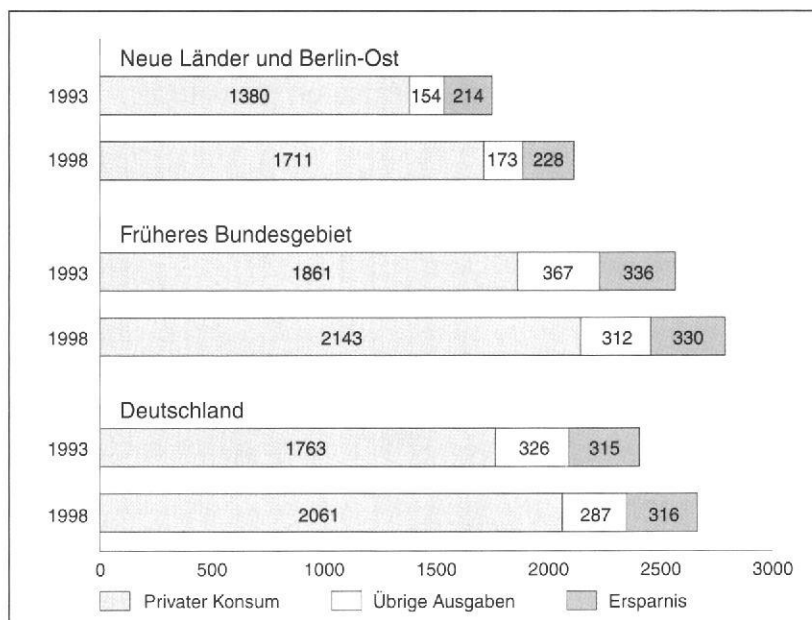
Einen detaillierten Einblick in die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ermöglichen die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS). Diese Statistik wird – wie einleitend dargelegt – im fünfjährigen Turnus erhoben und es gibt sie in dieser Form im früheren Bundesgebiet seit Anfang der 60er-Jahre. Die erste EVS wurde in den alten Bundesländern 1962/63 durchgeführt. Die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost nahmen erstmals 1993 an der EVS teil. Die letzte EVS fand 1998 im gesamten Bundesgebiet statt. Insgesamt wurden 1998 bundesweit mehr als 62 000 private Haushalte (früheres Bundesgebiet: 49 200 Haushalte; neue Länder und Berlin-Ost: 12 900 Haushalte) zu ihren Einkommens-, Vermögens- und Verbrauchsverhältnissen befragt. Die befragten Haushalte umfassten Haushalte aller sozialen Stellungen des Haupteinkommensbeziehers (Selbstständige, Landwirte, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner und Pensionäre) bis zu einer Nettoeinkommengrenze von 17 895 Euro je Monat. Nicht erfasst wurden in der EVS Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften und bis 1988 Haushalte von Ausländern. Die Erfassung der Haushalte erfolgte in den übrigen Jahren bis zu einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Euro: 1962/63 = 2 556, 1969 = 5 113, 1973 = 7 669, 1978 = 10 226, 1983 und 1988 = 12 782, 1993 = 17 895. Die aus den EVS gewonnenen Ergebnisse geben so ein verlässliches Bild über die in den Privathaushalten Deutschlands herrschende Einkommens- und Verbrauchssituation wieder.

Die wichtigste Bezugsgröße für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabenverhältnisse privater Haushalte sind die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Sie bilden sozusagen die Leistungsgröße, die den Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht. Abb. 2 veranschaulicht dies für die Jahre 1993 und 1998.

1998 betrug das ausgabenfähige Einkommen privater Haushalte in Deutschland im Durchschnitt 2 664 Euro je Monat. Die Haushalte im früheren Bundesgebiet verfügten über ein ausgabenfähiges Einkommen von 2 786 Euro. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stand den Haushalten im Mittel ein Betrag von 2 112 Euro monatlich zur Verfügung. Trotz der seit 1993 feststellbaren Verringerung der regionalen Unterschiede bei den ausgabenfähigen Einkommen waren diese damit auch 1998 noch erheblich.

Der größte Teil der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen wird für den privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen u. a. verwendet.

Abb. 2: Verwendung der monatlichen ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte¹ 1993 und 1998 in EUR



1 Ergebnisse der EVS.

1998 gaben die deutschen Haushalte für Konsumzwecke monatlich 2 061 Euro aus. Das waren mehr als drei Viertel (77 %) des verfügbaren Einkommens. Die Konsumausgaben ostdeutscher Haushalte waren mit 1 711 Euro zwar niedriger als im Westen (2 143 Euro), bedingt durch das geringere ausgabenfähige Einkommen lag der Prozentanteil der Konsumaufwendungen mit 81 % jedoch dort höher als im früheren Bundesgebiet (77 %).

Auffällig ist, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht nur der Betrag, sondern auch der Anteil der übrigen Ausgaben (Kfz-Steuer und -Versicherung usw.) wesentlich niedriger liegt als im früheren Bundesgebiet. Haushalte im Osten Deutschlands wendeten dafür 1998 im Durchschnitt 173 Euro bzw. 8 % ihres verfügbaren Einkommens auf, im Westen dagegen 312 Euro bzw. mehr als 11 %.

Aus dem nach Tätigkeit aller Ausgaben verbleibenden Betrag des ausgabenfähigen Einkommens ergibt sich die jeweilige Ersparnis privater Haushalte. 1998 konnten die Haushalte im Bundesdurchschnitt monatlich 316 Euro auf die »hohe Kante« legen. Dies war kaum mehr als 1993 (315 Euro). Die Sparquote war zwischen 1993 (13 %) und 1998 (12 %) sogar leicht rückläufig. Die Ersparnis ostdeutscher Haus-

halte lag 1998 mit 228 Euro noch um rund 100 Euro niedriger als die der west-deutschen Haushalte (330 Euro); die Sparquote betrug dort 11 %, verglichen mit 12 % im früheren Bundesgebiet.

4.5 Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben

Fast ein Viertel der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland entfielen 2001 nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf den Bereich Wohnen (Mieten, Schönheitsreparaturen, Wasser und Energie). Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren gingen von Jahr zu Jahr zurück und betrugen anteilig 2001 noch 16 %.

Wie die Ergebnisse der EVS 1993 und 1998 (vgl. Tab. 4 und 5) zeigen, sind im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer trotz des noch unterschiedlich hohen Konsumniveaus deutliche Annäherungen in der Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben zu beobachten. So wendeten sowohl die Haushalte im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 fast 52 % ihrer Konsumausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung und Wohnen auf. Der Anteil der Kosten für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, der 1993 im Osten noch deutlich geringer als im Westen war, hat sich 1998 fast angeglichen. Höher lag im Osten nach wie vor der Aus-

Tab. 3: Struktur der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland¹
in jeweiligen Preisen

	Deutschland	
	1991	2001
Private Konsumausgaben		
Insgesamt in Mill. EUR	820 690	1 152 810
davon in %:		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,3	16,0
Bekleidung, Schuhe	7,9	6,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	20,1	24,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstung für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	8,1	7,0
Gesundheitspflege	3,1	4,0
Verkehr	15,5	14,3
Nachrichtenübermittlung	1,8	2,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	9,9	9,6
Bildungswesen	0,6	0,7
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	5,8	5,0
Sonstige Waren und Dienstleistungen	9,0	10,0

¹ Vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tab. 4: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 1993 und 1998
EUR je Haushalt und Monat

	Haushalte insgesamt 1993			Haushalte insgesamt 1998		
	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Län-der und Berlin-Ost	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Län-der und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	1 763	1 861	1 380	2 061	2 143	1 711
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	298	304	278	289	293	271
Bekleidung und Schuhe	138	144	110	118	123	99
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	464	506	305	657	691	511
dar.: Wohnungsmieten u. Ä.	332	371	186	501	532	366
Energie	102	105	92	96	98	86
Innenausstattung, Haushalts-geräte und -gegenstände	124	126	111	145	147	141
Gesundheitspflege	57	63	25	75	82	43
Verkehr	265	276	226	278	289	237
Nachrichtenübermittlung	38	42	26	51	53	43
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	193	200	161	247	254	216
Bildungswesen	12	11	12	11	11	8
Beherbergungs- und Gast-stättendienstleistungen	109	118	73	101	108	72
Andere Waren und Dienstleistungen	66	70	53	89	93	70

1 Ergebnisse der EVS; Näheres siehe Abschnitt 4.4.

gabenanteil für Zwecke der Wohnungsinneausstattung, für Haushaltsgeräte und -gegenstände. Dagegen gaben die Haushalte im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt prozentual mehr für Gesundheitspflege sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen aus als in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Neben diesen regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch vom jeweiligen Haushaltstyp, der Anzahl der Haushaltsmitglieder, deren Alter und sozialer Stellung bestimmt.

Die Entwicklung der Verbrauchsmuster privater Haushalte im früheren Bundesgebiet seit Anfang der 60er-Jahre zeigen Tab. 6 und Abb. 3. Während sich im früheren Bundesgebiet der Prozentsatz, der für Grundbedürfnisse wie Essen und Trinken sowie Bekleidung ausgegeben wird, in den letzten vier Jahrzehnten unter dem Einfluss gestiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen (einschl. Energie und Wohnungsinstandhaltung), Gesundheitspflege, Verkehr, Nachrichtenübermittlung sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur, beträchtlich an. Am deutlichsten werden die Verschiebungen in den Konsummustern westdeutscher Haushalte, die im Zeitablauf stattgefunden haben, wenn man sich vergegenwärtigt, dass 1962/63 noch mehr als ein Drittel (36,7 %) bzw. mehr als jede dritte DM in den Erwerb von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren gesteckt wurde. 1998 dagegen waren es nur noch knapp

Tab. 5: Anteile der Konsumbereiche¹ 1993 und 1998
in Prozent

	Haushalte insgesamt 1993			Haushalte insgesamt 1998		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	16,9	16,3	20,1	14,0	13,7	15,8
Bekleidung und Schuhe	7,8	7,7	8,0	5,7	5,7	5,8
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	26,3	27,2	22,1	31,9	32,2	29,9
dar.: Wohnungsmieten u. Ä.	18,8	20,0	13,4	24,3	24,8	21,4
Energie	5,8	5,6	6,6	4,7	4,6	5,1
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	7,0	6,8	8,1	7,0	6,8	8,2
Gesundheitspflege	3,2	3,4	1,8	3,6	3,8	2,5
Verkehr	15,0	14,8	16,4	13,5	13,5	13,9
Nachrichtenübermittlung	2,2	2,3	1,9	2,5	2,5	2,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	10,9	10,8	11,7	12,0	11,8	12,6
Bildungswesen	0,7	0,6	0,9	0,5	0,5	0,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	6,2	6,3	5,3	4,9	5,0	4,2
Andere Waren und Dienstleistungen	3,7	3,7	3,8	4,3	4,3	4,1

1 Ergebnisse der EVS; Näheres siehe Abschnitt 4.4.

14 % bzw. jede siebte DM. Umgekehrt gab der westdeutsche Privathaushalt Anfang der 60er-Jahre lediglich jede sechste DM (15,8 % der Konsumausgaben) für Wohnzwecke (einschl. Energie und Instandhaltung) aus. Aufgrund der überproportional gestiegenen Mietpreise und der höheren Wohnraumsprüche war es 1998 annähernd jede dritte DM (32,2 %).

Auch in den absoluten Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Wie Abb. 3 zeigt, hatte sich der Gesamtbetrag der Privaten Konsumausgaben zwischen 1962/63 und 1998 fast versechsfacht (von 373 Euro auf 2 143 Euro). Unterdurchschnittlich waren in diesem Zeitraum insbesondere die Ausgaben für Nahrungsmittel und Bekleidung gewachsen. Während die Ausgaben für Nahrungsmittel sich lediglich verdoppelten, stiegen die Bekleidungs Ausgaben auf das 2,7fache. Im Gegensatz dazu verzweifachten sich die Kosten für den Bereich Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung von 59 Euro auf 691 Euro. Am höchsten waren jedoch die Zuwächse bei den Ausgaben für Nachrichtenübermittlung. Diese nahmen zwischen 1962/63 und 1998 auf das 26fache zu. Überdurchschnittlich hoch waren auch die Ausgabensteigerungen für Gesundheitspflege (auf das 18fache), Verkehr (auf das 11fache) sowie den – nicht in Abb. 3 dargestellten Bereich – Freizeit, Unterhaltung und Kultur (auf mehr als das 9fache).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in die Ausgaben sowohl die Preis- wie auch die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabenpostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durchaus überwiegen kann.

Tab. 6: Entwicklung der Konsumbereiche im früheren Bundesgebiet¹
Aufwendungen in Prozent

	1962/63	1969	1973	1978	1983	1988	1993	1998
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	36,7	29,7	23,4	20,5	19,1	17,3	16,3	13,7
Bekleidung und Schuhe	12,1	10,8	10,3	9,2	8,0	8,2	7,7	5,7
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	15,8	18,8	21,0	21,9	26,0	26,4	27,2	32,2
dar.: Wohnungsmieten u. Ä.	11,1	13,4	15,1	15,7	17,4	19,3	19,9	24,8
Energie	4,2	4,9	5,4	5,8	7,4	6,1	5,6	4,6
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	9,8	11,4	10,4	9,6	8,2	7,7	6,8	6,8
Gesundheitspflege	1,2	1,2	2,6	2,4	2,3	2,6	3,4	3,8
Verkehr	7,2	11,3	11,6	14,0	14,1	14,0	14,8	13,5
Nachrichtenübermittlung	0,6		1,5	2,0	2,1	2,1	2,3	2,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	7,3	6,4	8,1	8,6	10,1	10,9	10,8	11,8
Bildungswesen	0,5		0,5	0,4	0,6	0,6	0,6	0,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,7	5,7	6,8	7,5	6,1	6,8	6,3	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	4,0	4,6	3,7	3,8	3,4	3,5	3,7	4,3

¹ Ergebnisse der EVS (die Daten der Erhebungen vor 1998 wurden an die Systematik 1998 angepasst). Näheres siehe Abschnitt 4.4.

4.5.1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

Die beschriebene rückläufige Entwicklung der Ausgabenanteile für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im früheren Bundesgebiet hat auch für die neuen Länder und Berlin-Ost Gültigkeit. Mit einem Ausgabenanteil von 15,8 % gab der ostdeutsche Haushalt 1998 für Ernährung im Durchschnitt anteilmäßig zwar noch mehr aus als der westdeutsche Haushalt (13,7 %), allerdings hatte sich seit 1993 der Unterschied deutlich verringert. Einem Anteil der Nahrungsmittelausgaben am Privaten Konsum von 16,3 % im Westen stand damals ein Anteil von 20,1 % im Osten gegenüber.

Wie die Ergebnisse des Sondererhebungsteiles »Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren« der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zeigen, ist auch hinsichtlich der Struktur der gekauften Lebensmittel in beiden Teilen Deutschlands

eine Annäherung festzustellen. 1998 unterschieden sich die Ernährungsmuster zwischen west- und ostdeutschen Haushalten kaum noch. Dies macht Tab. 7 deutlich. Die Anteile der Käufe von Fisch, Gemüse, Kartoffeln, Zucker und Süßwaren sowie alkoholfreien Getränken an den gesamten Nahrungsmittelausgaben waren weitgehend identisch. Lediglich bei Fleisch, Fleischwaren und Obst lagen die Anteile in den neuen Ländern und Berlin-Ost etwas höher als im Westen. Umgekehrt verwendeten die westdeutschen Haushalte für Brot- und Getreiderzeugnisse sowie Molkereiprodukte anteilig geringfügig höhere Mittel. Während im Osten Deutschlands für den Kauf alkoholischer Getränke ein geringfügig höherer Anteil der Ernährungsausgaben eingesetzt wurde, war im Westen der Konsum von Tabakwaren höher.

Tab. 7: Aufwendungen privater Haushalte¹ für ausgewählte Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 Anteile in Prozent

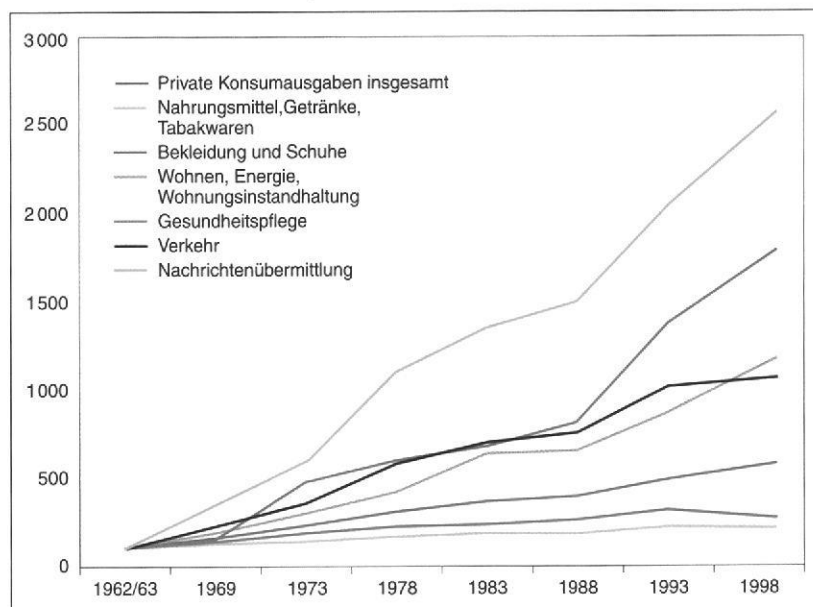
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100	100	100
Nahrungsmittel	74,2	74,1	74,2
Brot- und Getreiderzeugnisse	13,9	14,1	12,8
Fleisch, Fleischwaren	19,0	18,5	20,1
Fisch, Fischwaren	2,3	2,3	2,2
Molkereiprodukte und Eier	11,6	11,9	10,8
Speisefette und -öle	2,5	2,4	2,9
Obst	7,3	7,1	8,0
Gemüse, Kartoffeln	8,5	8,5	8,5
Zucker, Konfitüre, Schokolade, Süßwaren	6,0	6,0	6,1
Nahrungsmittel a. n. g.	3,1	3,2	2,8
Alkoholfreie Getränke	10,8	10,8	10,8
Alkoholische Getränke	9,5	9,3	10,3
Spirituosen	1,7	1,6	2,5
Weine	4,1	4,3	3,3
Bier	3,6	3,4	4,5
Tabakwaren	5,5	5,8	4,7

1 Ergebnisse der EVS; Näheres siehe Abschnitt 4.4.

4.5.2 Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung

In der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte nehmen die Aufwendungen für Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie – wie beschrieben – seit Ende der 70er-Jahre eine immer größere Bedeutung ein. Wie Tab. 6 zeigt, lösten die Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung 1978 die Ausgaben für Ernährung ab und rückten an die erste Stelle im Budget der Haushalte im früheren Bundesgebiet. Im Osten Deutschlands ist der vorstehend skizzierte Wandel erst in den 90er-Jahren festzustellen. Er vollzog sich dort allerdings innerhalb eines viel kürzeren Zeitraumes: Nachdem in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Ausgaben für das Wohnen 1993 bei 22,1 % gelegen hatten, waren sie 1998 – also in-

Abb. 3: Aufwendungen privater Haushalte¹ für ausgewählte Konsumbereiche im früheren Bundesgebiet Basisjahr 1962/63 = 100



1 Ergebnisse der EVS (die Daten der Erhebungen vor 1998 wurden an die Systematik 1998 angepasst). Näheres siehe Abschnitt 4.4.

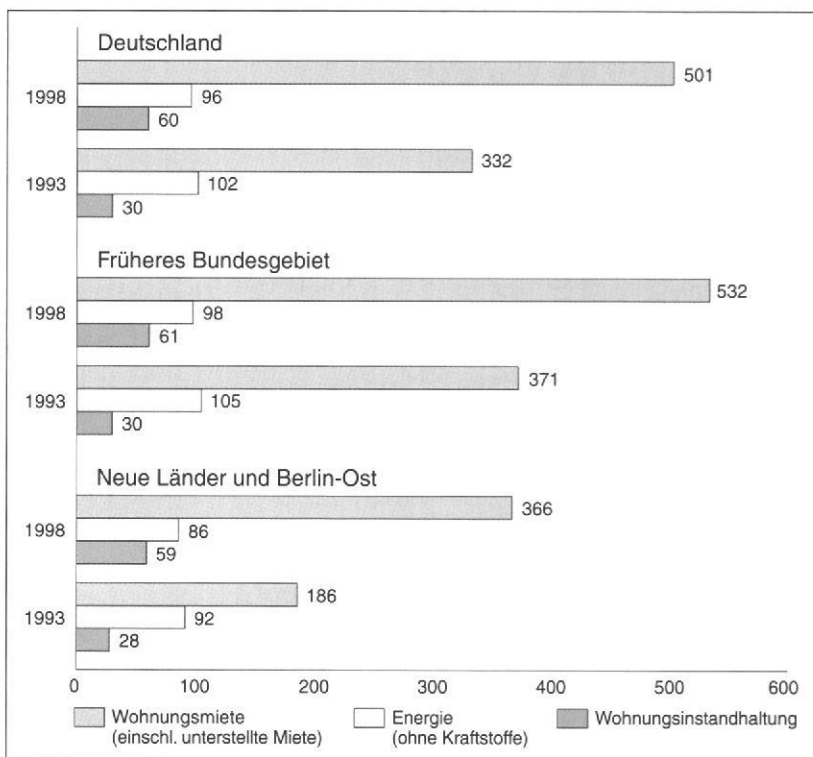
nerhalb von fünf Jahren – auf annähernd 30 % der gesamten Verbrauchsausgaben der Haushalte angestiegen.

Abb. 4 gibt Auskunft über die Höhe und Struktur der Ausgaben für das Wohnen. Erkennbar ist, dass sie von den Wohnungsmieten dominiert werden. Von den durchschnittlich 657 Euro, die ein Privathaushalt in Deutschland für den Ausgabenkomplex Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung ausgab, entfielen 1998 501 Euro bzw. mehr als drei Viertel auf die Wohnungsmiete (einschl. kalter Betriebskosten). Für die Beheizung und Warmwasserversorgung des Wohnraumes wurden von den Haushalten im Mittel 96 Euro (15 %) ausgegeben, für die Wohnungsinstandhaltung 60 Euro (9 %). Im Osten lag auch 1998 der Anteil der Ausgaben für die Wohnungsmiete mit knapp 72 % (366 Euro) unter dem Durchschnitt, dagegen waren die Anteile für die Energieversorgung mit 17 % und für Wohnungsinstandhaltung mit 12 % noch überdurchschnittlich, allerdings hatte sich im Vergleich zu 1993 die Struktur der Wohnungsausgaben der in Westdeutschland angenähert.

Hinter dem beschriebenen Anstieg der Wohngausgaben zwischen 1993 und 1998 stand vor allem die starke Erhöhung der Wohnungsmieten, die in dieser Zeitspanne

im Bundesdurchschnitt um 51 % zunahmen. Einem Anstieg von 43 % im früheren Bundesgebiet stand in den neuen Ländern und Berlin-Ost eine Zunahme der Kaltmieten um 97 %, d. h. fast eine Verdoppelung in nur fünf Jahren gegenüber. Die mehrfache Erhöhung der Grundmieten, starke Zuwächse bei den Nebenkosten (u. a. kommunale Gebühren), Neuvermietungszuschläge für Umziehende sowie die Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieter waren die Hauptgründe

Abb. 4: Ausgaben für Wohnen 1993 und 1998¹



¹ Ergebnisse der EVS. Näheres siehe Abschnitt 4.4.

dieser Entwicklung im Osten Deutschlands. Dennoch lagen die Wohnungsmieten in den neuen Ländern auch 1998 mit durchschnittlich 366 Euro noch deutlich niedriger als im Westen, wo im Mittel 532 Euro je Haushalt für die monatliche Miete aufzubringen waren. Geringere Wohnungsgrößen, der trotz teilweise erfolgter Wohnungsmodernisierungen noch niedrigere Wohnkomfort als im Westen und eine im Osten insgesamt geringere Wohnungseigentümerquote sind die Ursachen für diese Differenz.

Stark zugenommen haben im Ausgabenbereich Wohnen zudem die Instandhaltungskosten. Diese haben sich zwischen 1993 und 1998 in beiden Teilen Deutschlands verdoppelt und bis 1998 auf rund 60 Euro monatlich erhöht. Glücklicherweise blieben die Heizkosten von dieser Entwicklung ausgespart, ansonsten wäre die »Kostenexplosion« für den Bereich Wohnen noch höher ausgefallen. Die Ausgaben für Strom, Gas u. a. Brennstoffe (einschl. der Umlagen für Heizung und Warmwasser) waren zwischen 1993 und 1998 in West und Ost sogar leicht rückläufig. Ursachen dafür dürften vor allem sein: Wärmedämmungen, günstigere Heiztechniken und der Einsatz energiesparender Geräte. Hinzu kamen 1998 leicht gesunkene Energiepreise, die sich kostensenkend niederschlugen.

4.5.3 Güter und Dienstleistungen für Verkehr

Die Ausgaben für Verkehrsgüter und -dienstleistungen sind mittlerweile der dritt-wichtigste Ausgabenbereich privater Haushalte in Deutschland. 1998 betrug ihr Anteil an den Privaten Konsumausgaben 13,5 % (vgl. Tab. 5). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Anteil mit 13,9 % sogar leicht höher als im früheren Bundesgebiet (13,5 %). Aufwendungen von 278 Euro im Bundesdurchschnitt standen Beträge von 289 Euro im Westen und 237 Euro im Osten Deutschlands gegenüber. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Ausgaben für Kfz-Versicherung und -Steuern in diesen Beträgen nicht enthalten sind, da diese Ausgaben den sog. »Übrigen Ausgaben« zugeordnet werden und nicht den Privaten Konsumausgaben.

Den größten Einzelposten unter den Verkehrsausgaben bildete mit durchschnittlich 119 Euro die Anschaffung von Kraftwagen (West: 124 Euro; Ost: 104 Euro). Danach folgten die Käufe von Kraftstoffen und Schmiermitteln mit 63 Euro (West: 65 Euro; Ost: 54 Euro). Für Verkehrsdienstleistungen, wozu verschiedene Arten der Personenbeförderung (Schiene, Luft, Straße) und des Gütertransports gehören, gaben deutsche Haushalte 1998 im Schnitt 29 Euro aus (früheres Bundesgebiet: 30 Euro; neue Länder und Berlin-Ost: 25 Euro).

Wie Tab. 8 zeigt, steigen die Verkehrsausgaben in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße. Ein Einpersonenhaushalt in Deutschland gab 1998 monatlich im Durch-

Tab. 8: Ausgaben für Verkehr¹ nach Haushaltsgröße 1998
EUR je Haushalt und Monat

	1-Personen-Haushalte	2-Personen-Haushalte	3-Personen-Haushalte	4-Personen-Haushalte	Haushalte mit 5 und mehr Personen
Kauf von Pkw	42	147	165	185	181
Kraftstoffe, Schmiermittel	31	66	94	101	109
Personenbeförderung	27	29	30	29	34
Sonstige Ausgaben für Verkehr	36	70	95	106	112
Insgesamt	134	312	383	421	437

1 Ergebnisse der EVS; Näheres siehe Abschnitt 4.4.

schnitt 134 Euro, ein Zweipersonenhaushalt mehr als das Doppelte (312 Euro), der Dreipersonenhaushalt fast das Dreifache (383 Euro) und Haushalte mit vier (421 Euro) sowie fünf und mehr Personen (437 Euro) mehr als das Dreifache eines Einpersonenhaushalts aus. Während in Haushalten Alleinlebender weniger als ein Drittel der Verkehrsausgaben für den Kauf von Kraftwagen eingesetzt wurde, verwendeten Mehrpersonenhaushalte dafür zwischen 40 und 50 % ihrer Verkehrsausgaben. Dagegen nutzten Einpersonenhaushalte stärker die Angebote des öffentlichen Personenverkehrs. Rund ein Fünftel (27 Euro) ihrer Verkehrsausgaben brachten diese für die Personenbeförderung auf. Selbst Haushalte mit vier bzw. fünf und mehr Personen gaben dafür nur unwesentlich mehr Geld aus (29 Euro bzw. 34 Euro). Die entsprechenden Anteile lagen für diese Haushalte bei 7 % bzw. 8 % ihrer Verkehrsausgaben.

4.5.4 Güter und Dienstleistungen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur

Der Trend zur Freizeitgesellschaft spiegelt sich auch in der Entwicklung der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wider. Neben den Aufwendungen für Wohnen, Ernährung und Verkehr nimmt dieser Ausgabenbereich einen gewichtigen Platz im Budget deutscher Haushalte ein. Wie beschrieben, hat sich der wertmäßige Umfang der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur im früheren Bundesgebiet zwischen 1962/63 und 1998 mehr als verneunfacht. Westdeutsche Haushalte setzten 1998 254 Euro monatlich für Freizeitausgaben ein, das waren 11,8 % der gesamten Konsumausgaben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gaben die Haushalte 216 Euro monatlich für Güter und Dienstleistungen des Freizeit-, Unterhaltungs- und Kultursektors aus. Der Ausgabenanteil lag dort bei 12,6 % und damit leicht höher als im Westen (Deutschland insgesamt: 247 Euro bzw. 12,0 %).

Die Dynamik der Ausgabenentwicklung in diesem Bereich veranschaulicht der Umstand, dass zwischen 1993 und 1998 – also in nur fünf Jahren – die Freizeit-, Unterhaltungs- und Kulturausgaben im Durchschnitt aller deutschen Privathaushalte

Tab. 9: Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur¹ 1993 und 1998
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998
Freizeit und Kulturdienstleistungen	32	57	35	60	24	45
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	30	32	31	33	26	27
Pauschalreisen	28	63	30	63	21	64
Sonstige Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102	96	105	98	89	80

¹ Ergebnisse der EVS; Näheres siehe Abschnitt 4.4.

halte um 28 % zunehmen (früheres Bundesgebiet: 27 %; neue Länder und Berlin-Ost: 34 %).

Tab. 9 gibt einen zusammengefassten Überblick über die wichtigsten Freizeit Ausgaben. Zur Inanspruchnahme der Dienstleistungen für Freizeit und Kultur gehören u. a. Ausgaben für den Besuch von Theatern, Museen, Kinos, Sportveranstaltungen, Frei- und Hallenbädern, Fitness-Studios ebenso wie die Rundfunk- und Fernsehgebühren. Dafür verwendeten deutsche Haushalte 1998 monatlich durchschnittlich 57 Euro und damit rund drei Viertel mehr als noch fünf Jahre zuvor (1993: 32 Euro). Im früheren Bundesgebiet gaben die Haushalte dafür 60 Euro, in den neuen Ländern 45 Euro monatlich aus. Das waren in beiden Gebietsständen fast 3 % der Privaten Konsumausgaben.

Für Bücher sowie Zeitungen/Zeitschriften setzte der Durchschnittshaushalt 1998 32 Euro monatlich ein (West: 33 Euro; Ost: 27 Euro). Diese Ausgaben waren im Vergleich zu 1993 relativ stabil geblieben.

Die größte Dynamik war bei den Pauschalreisen festzustellen. Für Komplettangebote der Reiseveranstalter an Pauschalreisen wurde 1998 mit 63 Euro je Monat und Haushalt mehr als doppelt so viel ausgegeben wie 1993 (28 Euro). Dies traf sowohl für Haushalte im früheren Bundesgebiet (1998: 63 Euro, 1993: 30 Euro) als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu (1998: 64 Euro, 1993: 21 Euro).

4.6 Ausstattung der Haushalte

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit langlebiger Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, die die Haushaltsführung erleichtern, der Besitz von Kraftfahrzeugen sowie von Unterhaltungselektronik für Zwecke der Freizeitgestaltung. Auch die Anschaffung bzw. Ausstattung von und mit technischen Neuerungen, seien es Videokameras/Camcorder, CD-Player, Personalcomputer, Mobiltelefone oder Internetanschlüsse lassen Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. Aktuelle Daten über die Ausstattung der Haushalte mit derartigen Gebrauchsgütern stellen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen zur Verfügung. Die im Folgenden verwendeten Daten stammen aus den Allgemeinen Angaben der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2000, in denen mit Stichtag 1. Januar 2000 bei ca. 6 000 Haushalten eine Abfrage über deren Ausstattung mit verschiedenen langlebigen Gebrauchsgütern durchgeführt wurde. Einbezogen in die Befragung wurden dabei alle privaten Haushalte mit Ausnahme Selbstständiger und Landwirte.

Nach den Ergebnissen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen sind die »traditionellen« Haushaltsgeräte wie Kühlschrank und Waschmaschine in nahezu jedem Haushalt sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands vorhanden (siehe Tab. 10).

Geschirrspülmaschinen, Mikrowellen und Wäschetrockner fanden sich dagegen wesentlich seltener: nur zwischen 15 und 60 % der Haushalte in Deutschland waren mit derartigen Geräten ausgestattet. Obwohl die Haushalte im Osten in den vergangenen Jahren stark aufgeholt haben, gibt es bei einzelnen Haushaltsgeräten trotzdem noch deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost. Während etwa 52 % der westdeutschen Haushalte Anfang 2000 eine Geschirrspülmaschine nutzten, war es nur rund ein Drittel der ostdeutschen Haushalte. Wäschetrockner fanden sich zu 36 % in Haushalten des früheren Bundesgebietes, aber nur in 15 % der ostdeutschen Haushalte.

Tab. 10: Ausstattung privater Haushalte mit technischen Haushaltsgeräten¹
am 1. 1. 2000

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Kühlschrank (auch mit Gefrierfach)	99,2	99,1	99,7
Gefrierschrank, Gefriertruhe	71,3	72,1	67,7
Geschirrspülmaschine	48,3	52,0	32,5
Mikrowellengerät	56,1	58,0	48,2
Waschmaschine	94,1	93,7	95,8
Wäschetrockner	31,8	35,7	15,3
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Kühlschrank (auch mit Gefrierfach)	114,8	115,9	110,1
Gefrierschrank, Gefriertruhe	81,0	82,3	75,6
Geschirrspülmaschine	48,8	52,5	32,7
Mikrowellengerät	57,0	58,9	48,9
Waschmaschine	95,7	95,3	97,5
Wäschetrockner	32,1	36,0	15,4

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind in etwa gleich gut mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton ausgestattet. Fernsehgeräte sind in fast jedem Haushalt vorhanden. Vier von fünf Haushalten in Deutschland verfügen über Radiorecorder bzw. Stereoundfunkgeräte, zwei Drittel aller Haushalte über Videorecorder und deutlich mehr als die Hälfte über Hi-Fi-Anlagen und Kabelanschlüsse, wobei auch hier im Ausstattungsgrad zwischen früherem Bundesgebiet und neuen Ländern und Berlin-Ost keine gravierenden Unterschiede mehr feststellbar sind. Bei den Kabelanschlüssen liegt die Ausstattung der Haushalte mit 64,6 % im Osten sogar höher als im Westen mit 51,4 %.

Deutlich geringer ist die Verfügbarkeit von Videokameras/Camcordern in deutschen Haushalten. Anfang 2000 besaßen 18 % der Haushalte derartige Geräte (früheres Bundesgebiet: 18,2 %, neue Länder und Berlin-Ost: 16,9 %). Dies war noch nicht einmal jeder fünfte Haushalt.

Die größte Dynamik ist in den zurückliegenden Jahren bei der Entwicklung der Haushaltsausstattungen mit Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) festzustellen. Abb. 5 zeigt dies exemplarisch am Beispiel von Personalcomputern, Internet/Online-Diensten und Mobiltelefonen. Nachdem 1998 zwei von fünf deutschen Haushalten einen PC ihr Eigen nannten, war es am 1. Januar 2000

Tab. 11: Ausstattung privater Haushalte mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton¹ am 1. 1. 2000

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Fernsehgerät	95,9	95,5	97,5
Videorecorder	65,9	66,3	64,2
Videokamera/Camcorder	18,0	18,2	16,9
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	79,5	79,0	81,6
Hi-Fi-Anlage	62,9	64,8	54,7
Satellitenempfangsanlage	31,5	32,2	28,8
Kabelanschluss	54,0	51,4	64,6
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Fernsehgerät	143,2	143,3	142,9
Videorecorder	80,5	81,8	74,6
Videokamera/Camcorder	19,0	19,3	17,7
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	123,0	123,6	120,8
Hi-Fi-Anlage	79,7	82,6	67,6
Satellitenempfangsanlage	33,8	34,6	30,4
Kabelanschluss	56,4	54,1	66,4

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

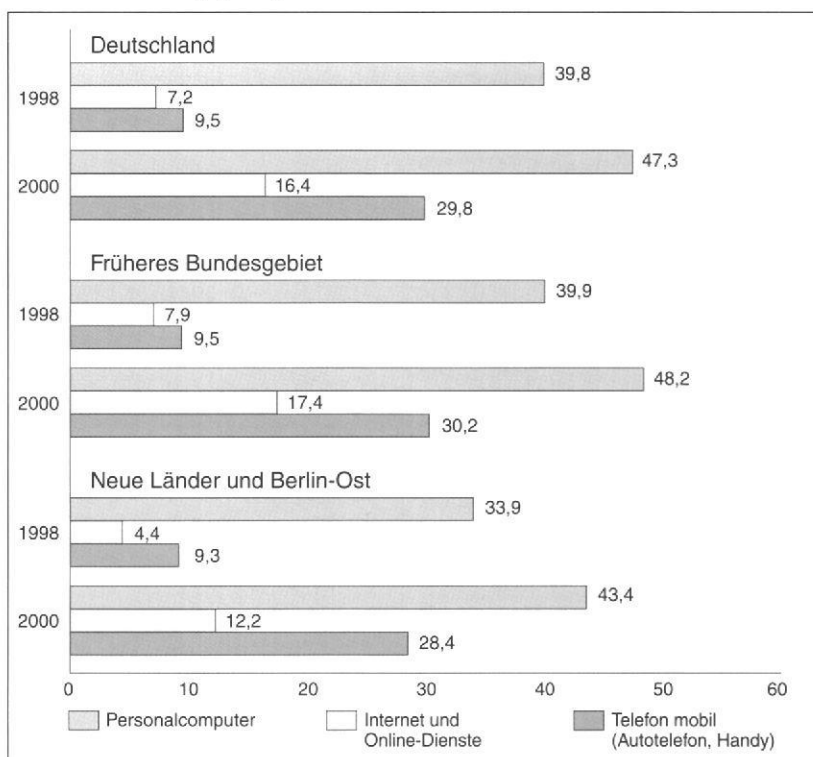
2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

bereits fast jeder zweite Haushalt. Zugang zum Internet hatten 2000 16,4 % aller Haushalte verglichen mit 7,2 % zwei Jahre zuvor. Am schnellsten verlief jedoch die Entwicklung bei Mobiltelefonen. 1998 verfügte nur jeder zehnte Haushalt in Deutschland über ein Handy, 2000 waren es bereits drei von zehn Haushalten. Auch bei diesen neuen Informations- und Kommunikationsmitteln näherten sich die Ausstattungsgrade im Osten der Bundesrepublik in starkem Maße jenen im Westen an.

Wie eine Analyse der Ausstattungen mit Informations- und Kommunikationstechnik nach Haushaltstypen zeigt, folgen längst nicht alle Haushalte im gleichen

Abb. 5: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Informations- und Kommunikationsgütern¹ am 1. 1. 1998 und 1. 1. 2000
Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte



1 Ergebnisse der EVS und der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen die entsprechenden Güter vorhanden sind.

Maße dem oben beschriebenen Gesamttrend einer rasch wachsenden Einbindung in die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft.

Unterdurchschnittlich ist insbesondere die Ausstattung von Einpersonenhaushalten mit den wichtigsten neuartigen Geräten der IKT. Zum 1. Januar 2000 hatte noch nicht einmal jeder dritte Einpersonenhaushalt einen PC, nur knapp jeder achte hatte Zugang zum Internet und noch nicht einmal jeder fünfte besaß ein Mobiltelefon.

Völlig anders gestaltet sich das Bild bei den Haushalten mit Kindern. Sowohl bei den Alleinerziehenden als auch – bzw. insbesondere – bei den Paaren mit Kindern ist die Ausstattung mit Geräten der IKT überdurchschnittlich hoch. Einen PC hatten Anfang 2000 72,3 % der Haushalte von Alleinerziehenden bzw. 74,3 % der Haus-

halte von Paaren mit Kindern. Zugang zum Internet besaßen zu diesem Zeitpunkt 18,3 % der Haushalte Alleinerziehender und sogar 24 % der Paarhaushalte mit Kindern. Über ein Mobiltelefon verfügte jeder dritte Haushalt von Alleinerziehenden, bei den Paaren mit Kindern zwei von fünf Haushalten.

Bei der überdurchschnittlichen Ausstattung dieser Haushaltstypen mit IKT-Gütern spielt sicherlich eine Rolle, dass gerade Kinder im Schulalter sowohl für Ausbildungs- als auch zu Unterhaltungszwecken derartige Technologien nutzen.

Tab. 12: Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnik¹ am 1. 1. 2000

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Telefon stationär (auch schnurlos)	96,4	96,7	95,4
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	29,8	30,2	28,4
Anrufbeantworter	41,4	42,5	36,8
Faxgeräte	14,9	16,3	9,2
Modem für Datenfernübertragung	14,0	14,9	10,6
ISDN-Anschluss	7,7	8,7	3,8
Personalcomputer ³	47,3	48,2	43,4
Internet	16,4	17,4	12,2
<i>Ausstattungsbestand⁴ je 100 Haushalte</i>			
Telefon stationär (auch schnurlos)	102,8	104,2	97,0
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	35,5	35,9	33,9
Anrufbeantworter	42,3	43,5	37,3
Faxgeräte	15,1	16,4	9,3
Modem für Datenfernübertragung	14,9	15,8	11,0
ISDN-Anschluss	8,0	9,0	3,8
Personalcomputer ³	60,8	63,0	51,3
Internet	17,9	19,0	13,0

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

3 Auch Laptops und Notebooks.

4 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Hinzu kommt ferner, dass Erwachsene in diesen Haushalten lebenszyklisch in aller Regel im Erwerbsleben stehen und dort mit innovativen Geräten der IKT arbeiten, deren Vorteile sie auch im häuslichen Umfeld nicht missen möchten.

Bei den eher traditionellen Informations- und Kommunikationsgeräten waren vor allem noch bei den Faxgeräten größere regionale Ausstattungsunterschiede festzustellen. Anfang 2000 lag der Ausstattungsgrad der Haushalte im früheren Bundesgebiet mit Telefaxgeräten annähernd doppelt so hoch wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dagegen hatten die Haushalte im Osten Deutschlands bei

den stationären Telefonen 2000 ebenso wie die Haushalte im Westen einen nahezu 100 %igen Ausstattungsgrad erreicht.

Auch der Motorisierungsgrad der Haushalte hat weiter zugenommen. Drei Viertel aller Haushalte in Deutschland (74,4 %) hatten Anfang 2000 einen oder mehrere Personenkraftwagen (früheres Bundesgebiet: 75,4 %, neue Länder und Berlin-Ost: 70,1 %).

Ähnlich hoch – was den Ausstattungsgrad anbelangt – war auch die Verfügbarkeit von Fahrrädern in deutschen Haushalten. Erwartungsgemäß herrscht allerdings bei den Fahrrädern ein sehr viel höheres Maß an Mehrfachausstattungen vor als bei den Personenkraftwagen. So kamen im Bundesdurchschnitt Anfang 2000 177 Fahrräder auf 100 Haushalte, im früheren Bundesgebiet waren es sogar 182 Fahrräder auf 100 Haushalte (neue Länder und Berlin-Ost: 157 je 100 Haushalte).

Tab. 13: Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen¹ am 1. 1. 2000

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Personenkraftwagen	74,4	75,4	70,1
dar.: fabrikneu gekauft	36,2	36,1	36,6
gebraucht gekauft	42,8	43,5	39,9
Kraftrad	10,1	10,9	6,7
Fahrrad	77,7	78,8	72,8
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Personenkraftwagen	95,3	96,4	90,6
dar.: fabrikneu gekauft	40,7	40,9	39,6
gebraucht gekauft	51,6	52,2	48,9
Kraftrad	11,7	12,7	7,7
Fahrrad	176,9	181,5	157,4

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

5 Wohnen

Angaben über das Wohnen und die Wohnungsversorgung werden in Deutschland in unregelmäßigen Zeitabständen erhoben. Eine in der thematischen Vielfalt vergleichsweise umfassende Datenquelle war die 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 (GWS '93), die erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse bereitstellte. Neueste Angaben über Wohnungen und insbesondere über die Wohnsituation der Haushalte liegen aus einer mit dem Mikrozensus des Jahres 1998 durchgeführten wohnungsstatistischen Zusatzerhebung vor. Deren Datenspektrum ist allerdings begrenzt – es fehlen z. B. Angaben zur Raumzahl und Ausstattung –, sodass im Folgenden auch auf Ergebnisse der GWS '93 zurückgegriffen wird.

Die Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost sind nach wie vor unterschiedlich. Deshalb werden die Ergebnisse für beide Teilgebiete getrennt nachgewiesen, um entsprechende Vergleiche zu ermöglichen.

Unterschiede zwischen West und Ost werden schon bei sehr allgemeinen Übersichten erkennbar, etwa einem Vergleich der durchschnittlichen Wohnfläche. Im Westen verfügte im April 1998 jede in die Erhebung einbezogene Person über 40,8 Quadratmeter, im Osten nur über 32,8 Quadratmeter. In Gebäuden mit Wohnraum hatten die Wohnungen eine durchschnittliche Fläche von 89,7 Quadratmetern im Westen und 73,5 Quadratmetern im Osten.

Tab. 1: Wohnsituation in Deutschland 1998

Gebiet	Durchschnittliche Wohnfläche je	
	Wohnung	Person
	m ²	
Deutschland	86,7	39,3
Früheres Bundesgebiet	89,7	40,8
Neue Länder und Berlin-Ost	73,5	32,8

5.1 Altersstruktur des Wohnungsbestandes

Die Altersstruktur des Wohnungsbestandes zeigt ein abwechslungsreiches Bild. 29,4 % der Wohnungen in Deutschland stammen aus der Zeit bis 1948, etwa die Hälfte entstanden zwischen 1949 und 1978, gut ein Fünftel wurde 1979 und später gebaut. Im Osten lag der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei 45,8 %, während es im Westen nur ein Viertel war.

Tab. 2: Wohnungen in Wohngebäuden 1998 nach dem Baujahr

Gebiet	Wohnungen insgesamt	Davon errichtet . . .					
		bis 1948		1949–1978		1979 und später	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	36 547,8	10 733,1	29,4	17 719,6	48,5	8 095,0	22,1
Früheres Bundesgebiet	29 257,4	7 394,1	25,3	15 702,4	53,7	6 160,8	21,1
Neue Länder u. Berlin-Ost	7 290,5	3 339,0	45,8	2 017,2	27,7	1 934,2	26,5

Die Zahlen für die neuen Länder und Berlin-Ost weisen auf eine deutlich schlechtere Wohnungsstruktur hin. Die Gebäude – und damit die Wohnungen – sind hier erheblich älter als im früheren Bundesgebiet. Es wird ein großer Nachholbedarf deutlich, der im Wesentlichen auf die geringere Neubautätigkeit in der ehemaligen DDR und die zunehmende Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes der Wohnungen zurückzuführen ist.

5.2 Größe der Wohnungen

Von den im April 1998 in Deutschland gezählten 33,8 Mill. bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden waren 20 Mill. von Hauptmietern sowie 13,8 Mill. von Eigentümern bewohnt. Eigentümerwohnungen waren mit durchschnittlich 113 Quadratmetern wesentlich größer als Mietwohnungen mit durchschnittlich rund 69 Quadratmetern. 73 % der Mietwohnungen hatten bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, während es bei den Eigentümerwohnungen 18,3 % waren. Dementsprechend standen in der Größenklasse ab 80 Quadratmetern Wohnfläche 28,0 % der Mietwohnungen 81,7 % der Eigentümerwohnungen gegenüber. Diese unterschiedliche Struktur ist sicher zum größten Teil durch die Einfamilienhäuser bestimmt, die meist über 100 Quadratmeter Wohnfläche haben und von ihren Eigentümern überwiegend selbst bewohnt werden.

Von der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen lagen 27,5 Mill. im früheren Bundesgebiet. 15,7 Mill. waren Mietwohnungen, 11,8 Mill. Eigentümerwohnungen. Die Eigentümerquote, die den Anteil der von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen gemessen an allen bewohnten Wohnungen ausdrückt, lag im früheren Bundesgebiet bei 43,1 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug die Wohnungszahl 6,3 Mill., die sich in 4,3 Mill. Mietwohnungen und 2 Mill. Eigentümerwohnungen aufteilte. Daraus ergibt sich eine Eigentümerquote von 31,2 %. Im früheren Bundesgebiet war mehr als die Hälfte der Wohnungen größer als 80 Quadratmeter, in den neuen Ländern nur etwa ein Drittel. So war in Wohngebäuden auch die durchschnittliche Fläche einer Wohnung im Westen mit 90,1 Quadratmetern um 16,7 Quadratmeter größer als im Osten.

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche 1998

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen										Durchschnittliche Fläche je Wohnung m ²
	insgesamt	davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²									
		unter 40		40–80		80–100		100 und mehr			
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%		
Deutschland	33 827,9	1 705,7	5,0	15 221,4	45,0	5 926,3	17,5	10 974,5	32,4	86,9	
Mietwohnungen	20 008,6	1 634,3	8,2	12 760,9	63,8	3 264,8	16,3	2 348,6	11,7	68,9	
Eigentümerwohnungen	13 819,3	71,5	0,5	2 460,5	17,8	2 661,5	19,3	8 625,9	62,4	113,0	
Früheres Bundesgebiet	27 496,6	1 276,3	4,6	11 382,8	41,4	5 095,6	18,5	9 741,9	35,4	90,1	
Mietwohnungen	15 651,9	1 216,5	7,8	9 432,7	60,3	2 868,8	18,3	2 134,0	13,6	71,1	
Eigentümerwohnungen	11 844,7	59,7	0,5	1 950,2	16,5	2 226,9	18,8	7 607,9	64,2	115,2	
Neue Länder und Berlin-Ost	6 331,3	429,5	6,8	3 838,6	60,6	830,6	13,1	1 232,6	19,5	73,4	
Mietwohnungen	4 356,7	417,7	9,6	3 328,3	76,4	396,0	9,1	214,6	4,9	61,2	
Eigentümerwohnungen	1 974,6	11,7	0,6	510,4	25,8	434,6	22,0	1 017,9	51,5	100,3	

Etwa 70 % aller bewohnten Wohnungen in Deutschland hatten 1993 vier und mehr Räume (hierzu liegen für 1998 keine Angaben vor). Allerdings zählen auch Küchen als Räume, sodass es sich hierbei faktisch um Wohnungen mit drei und mehr Zimmern handelt. Die durchschnittliche Größe aller Wohnungen lag bei 4,3 Räumen.

Die Zahl der Wohnungen mit vier und mehr Räumen entsprach sowohl im Westen als auch im Osten etwa der Gesamtverteilung. Die Anteile der Vier-Raum-Wohnungen und der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen waren in Ost und West aber vertauscht. Für den Osten wurden relativ mehr Vier-Raum-Wohnungen nachgewiesen, für den Westen relativ mehr Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Grund hierfür war im Westen die Eigentumspolitik, im Osten lag beim

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Raumzahl 1993

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen					Räume je Woh- nung
	Ins- gesamt	mit ... Räumen				
		1 + 2	3	4	5 und mehr	
		1 000	%			
Deutschland	32 252	7,9	22,4	32,4	37,3	4,3
Mietwohnungen	19 748	12,1	31,4	38,1	18,4	3,7
Eigentümerwohnungen	12 504	1,3	8,3	23,3	67,1	5,3
Früheres Bundesgebiet	26 131	7,9	21,4	31,0	39,7	4,4
Mietwohnungen	15 225	12,5	31,1	37,0	19,3	3,7
Eigentümerwohnungen	10 907	1,4	7,9	22,6	68,1	5,3
Neue Länder und Berlin-Ost	6 121	8,2	26,6	38,2	26,9	4,0
Mietwohnungen	4 523	10,8	32,1	41,8	15,2	3,6
Eigentümerwohnungen	1 598	0,9	10,8	28,1	60,2	4,9

Neubau von Wohnungen der Schwerpunkt auf den Vier-Raum-Wohnungen. Die durchschnittliche Raumzahl war im Westen mit 4,4 deshalb auch gegenüber 4,0 im Osten höher.

5.3 Ausstattung der Wohnungen

Die Qualität einer Wohnung wird hauptsächlich bestimmt durch ihre Ausstattung, besonders durch das Vorhandensein einer Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral-, Etagenheizung), Bad oder Dusche und WC innerhalb der Wohnung. In Deutschland verfügten 1993 mehr als drei Viertel aller Wohnungen über eine derartige – dem heutigen Neubaustandard entsprechende – Ausstattung. Beinahe jede fünfte Wohnung (18,5 %) besaß zwar Bad oder Dusche, nicht aber eine Sammelheizung. Hier musste mit Einzel- oder Mehrraumöfen oder auch Elektro-speicherheizung geheizt werden. Nur in etwa 5 % der Wohnungen fehlte entweder Bad/Dusche, WC oder beides.

Es gibt einige besondere Ausstattungskriterien, die eine Wohnung für einen mehr-köpfigen Haushalt interessant machen können. Dazu gehört beispielsweise eine »Wohnküche«. Nur ein Fünftel aller Wohnungen in Deutschland hatte eine Küche, die über 12 Quadratmeter groß war und damit als »Wohnküche« eingestuft werden kann. Anteilmäßig fanden sich hiervon im früheren Bundesgebiet etwas mehr als in den neuen Bundesländern.

Ein wichtiges Ausstattungsdetail ist die Heizung, wobei wieder der Vergleich zwischen West und Ost sehr deutliche Unterschiede aufzeigt. Im Westen wurden im April 1998 70,8 % der Wohnungen mit Zentralheizung beheizt, 12,0 % mit Ofenheizung, 8,3 % mit Etagenheizung, 8,8 % mit Fernheizung. Die neuen Bundesländer wiesen eine erheblich andere Verteilung auf. Führend war dort zwar auch

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach ihrer Ausstattung 1993

Ausstattung der Wohnungen	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	32 252	100	26 131	100	6 121	100
Ausstattung:						
mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung	24 668	76,5	21 356	81,7	3 312	54,1
mit Bad/Dusche, WC ohne Sammelheizung	5 960	18,5	4 138	15,8	1 821	29,8
mit Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	522	1,6	203	0,8	319	5,2
ohne Bad/Dusche, mit WC in der Wohnung	512	1,6	298	1,1	214	3,5
ohne Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	590	1,8	136	0,5	454	7,4
Küche bis 12 m ² groß	23 742	73,6	18 987	72,7	4 754	77,7
Küche über 12 m ² groß	6 892	21,4	5 775	22,1	1 117	18,3
Kochnische	1 618	5,0	1 369	5,2	249	4,1

Tab. 6: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 1998

Wohnungen/ Heizungsart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	33 827,9	100	27 496,6	100	6 331,3	100
Wohnungen mit ...						
Fernheizung	4 429,9	13,1	2 419,7	8,8	2 010,2	31,8
Block-/Zentralheizung	22 133,5	65,4	19 464,1	70,8	2 669,4	42,1
Etagenheizung	2 821,7	8,3	2 273,2	8,3	548,6	8,7
Einzel- oder Mehrraumöfen	4 392,0	13,0	3 297,6	12,0	1 094,4	17,3
Wohnungen ohne Angabe	50,8	0,2	42,1	0,2	8,7	0,1

die Zentralheizung mit einem Anteil von 42,1 %. Daneben war aber nahezu jede dritte Wohnung an ein Fernheizwerk angeschlossen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Wohnungen, die in den Plattenbauten der Trabantensiedlungen vieler Städte entstanden sind und generell fernbeheizt werden. Mit Einzel- oder Mehrraumöfen, die zu »DDR-Zeiten« noch vorherrschten, waren im Jahre 1998 nur noch 17,3 % der Wohnungen ausgestattet. 8,7 % hatten Etagenheizungen – ein etwa gleich hoher Anteil wie in den alten Bundesländern.

Bei den für die Beheizung von Wohnungen verwendeten Energiearten gab es in West und Ost unterschiedliche Schwerpunkte. In den alten Bundesländern dominierten Gas (44,7 %) und Öl (38,5 %). Die übrigen Energiearten spielten – abgesehen von der Fernwärme (8,8 %) – nur eine geringe Rolle. In den neuen Bundesländern war das nicht ganz so eindeutig. Zwar lag auch hier die Verwendung von

Tab. 7: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach überwiegend verwendeter Energieart 1998

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	33 827,9	100	27 496,6	100	6 331,3	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit ...						
Fernwärme	4 429,9	13,1	2 419,7	8,8	2 010,2	31,8
Gas	14 631,7	43,3	12 282,9	44,7	2 348,8	37,1
Elektrizität	1 562,0	4,6	1 437,2	5,2	124,9	2,0
Heizöl	11 491,0	34,0	10 581,8	38,5	909,2	14,4
Briketts, Braunkohle	1 064,7	3,1	204,1	0,7	860,6	13,6
Koks, Steinkohle	216,0	0,6	186,1	0,7	29,9	0,5
Holz oder Sonstiges	381,7	1,1	342,7	1,2	39,0	0,6
Wohnungen ohne Angabe	50,8	0,2	42,1	0,2	8,7	0,1

Gas (37,1 %) aufgrund der schon erwähnten DDR-spezifischen Gegebenheiten des Plattenbaus an erster Stelle, gefolgt von der Fernwärme (31,8 %). Mit 14,4 % bzw. 13,6 % erreichten aber auch das Heizöl und insbesondere die traditionellen Heizmittel »Briketts/Braunkohle« beachtliche Anteile.

5.4 Mieten

Bei der 1 %-Zusatzerhebung des Mikrozensus 1998 wurden auch die Mieten erfragt. Zur Miete werden neben der Grundmiete die kalten Betriebskosten gerechnet, also z. B. die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr. Nicht zur Miete rechnen hier die Umlagen für Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, Garage usw.

Über die Höhe der Mieten wird öffentlich viel diskutiert. Thema sind aber vor allem die Mieten für Wohnungen, die in den letzten Jahren neu bezogen wurden. In die in den vorliegenden Tabellen ausgewiesenen Mietbeträge gehen aber auch die Mieten für langjährig vermietete Wohnungen ein, die meist niedriger sind. Deshalb liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte möglicherweise unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Die Miethöhe wird außer vom Alter der Wohnung auch von der Ausstattung und der Größe beeinflusst.

Eine Mietwohnung in Deutschland kostete im April 1998 im Durchschnitt 378 Euro, der Preis je Quadratmeter Wohnfläche betrug 5,57 Euro. Im früheren Bundesgebiet lag das Mietenniveau über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland, in den neuen Ländern war es deutlich niedriger. Das hat mehrere Gründe: der Wohnungsbestand ist deutlich älter als im Westen, die Einkommensverhältnisse entsprachen noch nicht dem West-Standard und schließlich ist ein Großteil der Wohnungen Beschränkungen bei der Mietpreisbildung unterworfen. Die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Erhöhungsmöglichkeiten werden sich erst nach und nach auswirken. So lag auch der durchschnittlich zu zahlende Mietbetrag bei nur 292 Euro monatlich, das entsprach einer Quadratmetermiete von 4,82 Euro.

Einfluss auf die Miethöhe hat zunächst die Wohnungsgröße. Für eine Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland wurden zwar durchschnittlich nur 213 Euro monatlich bezahlt, die Quadratmetermiete war aber mit 6,82 Euro höher als bei größeren Wohnungen. Im früheren Bundesgebiet mussten hier sogar 7,54 Euro gezahlt werden, während es in den neuen Ländern mit 5,01 Euro zwei Drittel dieses Betrages waren.

Auch das Baujahr der Wohnungen wirkt sich auf die Miete aus. Generell lässt sich sagen, dass alte Wohnungen relativ billiger sind als neue. Die bis 1900 entstandenen Wohnungen kosteten im früheren Bundesgebiet 5,12 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Für Wohnungen, die 1994 und später errichtet wurden, mussten 6,76 Euro und damit rund 32,0 % mehr bezahlt werden. In den neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Hier lag die durchschnittliche Miete je

Tab. 8: Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden nach der Miete 1998 in EUR

Größe/Baujahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Durchschnittliche Miete je					
	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche
Insgesamt	378	5,57	403	5,77	292	4,82
Größe von ... bis unter ... m ²						
unter 40	213	6,82	233	7,54	161	5,01
40 – 60	286	5,67	304	6,06	250	4,87
60 – 80	374	5,53	391	5,74	320	4,79
80 – 100	478	5,52	488	5,63	411	4,73
100 – 120	569	5,44	576	5,50	512	4,86
120 und mehr	732	5,23	739	5,27	632	4,56
Baujahr						
bis 1900	351	4,85	383	5,12	276	4,12
1901 – 1918	374	5,13	400	5,35	304	4,49
1919 – 1948	345	5,13	367	5,32	278	4,50
1949 – 1978	367	5,59	386	5,72	277	4,84
1979 – 1986	389	5,74	468	6,27	270	4,71
1987 – 1990	392	5,80	503	6,65	260	4,49
1991 – 1993	511	6,78	522	6,87	403	5,86
1994 und später	496	6,75	511	6,76	460	6,70

Quadratmeter bei 4,12 Euro für die ganz alten Wohnungen, die Neubauten der letzten Altersklasse (1994 und später) kosteten mit 6,70 Euro rund 62,5 % mehr, was sicher mit den schon geschilderten Sonderfaktoren zu tun hat.

5.5 Wohnsituation der Haushalte

Die Zusatzerhebung des Mikrozensus im April 1998 wies hochgerechnet 34,6 Mill. Haushalte nach, von denen 33,8 Mill. als Mieter oder Eigentümer in den hier beschriebenen Wohnungen lebten; es waren 27,5 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,3 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Gut ein Drittel (34,1 %) der Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte waren Einpersonenhaushalte. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Einpersonenhaushalte etwa gleich hoch (34,8 %), in den neuen Ländern etwas geringer (31,0 %). Umgekehrt das Verhältnis bei Haushalten mit Kindern: im früheren Bundesgebiet 24,7 %, in den neuen Ländern 27,9 %. Ein Viertel der Haushalte hatte Kinder.

Im früheren Bundesgebiet war 1993 die Ausstattung der Wohnungen mit Sammelheizung, Bad oder Dusche und WC innerhalb der Wohnung wesentlich weiter

gediehen als in den neuen Ländern. Die Zahl der Wohnungen ohne diesen Standard lag bei gut 18 % gegenüber rund 46 % im Osten. Einpersonenhaushalte sind dabei sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost etwas schlechter ausgestattet als Mehrpersonenhaushalte und Haushalte mit Kindern. Besonders ungünstig gestellt waren Alleinstehende über 65 Jahre in den neuen Ländern. Nur knapp 44 % von ihnen verfügten über Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung.

Ein weiterer Faktor für die Wohnqualität ist die Wohnungsgröße. Alleinlebende Menschen im früheren Bundesgebiet verfügten 1998 durchschnittlich über 67,6 Quadratmeter Wohnfläche. 60,7 % von ihnen bewohnten zwischen 40 und 80 Quadratmeter, bei gut einem Viertel waren es sogar mehr als 80 Quadratmeter, etwa jeder zehnte Einpersonenhaushalt wohnte in einer Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche.

In den neuen Ländern gab es im Durchschnitt kleinere Wohnungen. Einpersonenhaushalte verfügten über durchschnittlich 55,0 Quadratmeter, Mehrpersonenhaushalte bewohnten zwischen 72,5 (2 Personen) und 109,2 Quadratmetern (5 und

Tab. 9: Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte in Wohnungen in Wohngebäuden nach Haushaltsgröße und Ausstattung 1993

Haushaltsgröße	Haus- halte ins- gesamt	Davon in Wohnungen				
		mit Bad oder Dusche			ohne Bad oder Dusche	
		WC und	WC ohne	ohne WC in der Wohnung	mit WC	ohne WC
		Sammelheizung			in der Wohnung	
		1 000	%			
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	9 888	72,0	19,7	1,9	3,0	3,4
dar. 65 Jahre und älter	4 220	68,5	21,6	1,8	3,9	4,3
2 Personen und mehr	22 345	78,5	18,0	1,5	1,0	1,1
Kindern	8 315	80,2	16,4	1,4	0,8	1,1
Insgesamt	32 233	76,5	18,5	1,6	1,6	1,8
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	8 184	78,0	17,6	1,2	2,2	1,0
dar. 65 Jahre und älter	3 402	75,4	19,9	1,0	2,7	1,0
2 Personen und mehr	17 929	83,4	15,0	0,6	0,7	0,3
Kindern	6 408	85,2	13,4	0,5	0,6	0,3
Zusammen	26 113	81,7	15,8	0,8	1,1	0,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	1 705	43,5	29,7	5,1	7,0	14,7
dar. 65 Jahre und älter	818	39,9	28,5	5,0	8,6	18,0
2 Personen und mehr	4 416	58,2	29,8	5,3	2,1	4,6
Kindern	1 907	63,5	26,5	4,6	1,6	3,8
Zusammen	6 120	54,1	29,8	5,2	3,5	7,4

mehr Personen). Gegenüber dem Westen zeigte sich eine insgesamt andere Verteilung auf die Größenklassen: diejenigen bis 80 Quadratmeter Wohnfläche waren im Osten (67,1 %) deutlich stärker besetzt als im Westen (45,6 %). Etwa ein Fünftel lebte in Wohnungen bis 40 Quadratmeter Fläche, im Westen waren es 11,9 %. Dies ging zulasten der Anteile bei den Wohnungen über 80 Quadratmeter. Im Osten hatte etwa jeder zehnte Alleinlebende eine Wohnung dieser Größe, im Westen etwa jeder Vierte. Bei den Mehrpersonenhaushalten und auch bei denen mit Kindern zeigte sich der mit der Wohnungspolitik der ehemaligen DDR gesetzte Trend zur Wohnungsgröße von 40 bis 80 Quadratmetern. Von den Haushalten mit Kindern lebten 48,9 % in Wohnungen dieser Größenordnung.

Bei der Zusatzerhebung des Mikrozensus 1998 wurden 17 Mill. Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben gezählt, davon 13,1 Mill. im früheren Bundesgebiet und 3,9 Mill. in den neuen Ländern. Auch im Bereich der Mietzahlungen gab es große Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Westen wurden durchschnittlich 403 Euro monatlich bezahlt, im Osten nur 292 Euro. Diese Differenz zeigte sich bei der Verteilung auf die Mietpreisklassen. Im früheren Bundes-

Tab. 10: Haushalte in Wohnungen nach der Wohnfläche 1998

Gebiet/ Haushaltsgröße	Haus- halte ins- gesamt	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²								Durch- schnittliche Fläche je Wohnung m ²
		unter 40		40–80		80–100		100 u. mehr		
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland										
Haushalte mit										
1 Person	11 518,4	1 522,4	13,2	7 155,5	62,1	1 404,7	12,2	1 435,7	12,5	65,5
2 Personen	11 423,3	100,2	0,9	5 161,4	45,2	2 354,5	20,6	3 807,1	33,3	89,4
3 Personen	5 192,8	16,6	0,3	1 702,6	32,8	1 108,5	21,3	2 365,1	45,5	100,6
4 Personen	4 166,6	7,3	0,2	894,1	21,5	816,7	19,6	2 448,6	58,8	112,3
5 und mehr Personen	1 516,5	2,6	0,2	210,5	13,9	260,3	17,2	1 043,0	68,8	125,1
Kindern	8 561,9	33,4	0,4	2 623,4	30,6	1 761,6	20,6	4 143,5	48,4	103,9
Insgesamt	33 817,5	1 649,2	4,9	15 124,1	44,7	5 944,6	17,6	11 099,6	32,8	87,4
Früheres Bundesgebiet										
Haushalte mit										
1 Person	9 561,0	1 134,4	11,9	5 807,2	60,7	1 290,1	13,5	1 329,3	13,9	67,6
2 Personen	9 249,4	75,3	0,8	3 653,4	39,5	2 043,5	22,1	3 477,2	37,6	93,4
3 Personen	4 036,0	12,3	0,3	1 089,8	27,0	909,6	22,5	2 024,3	50,2	105,1
4 Personen	3 343,4	6,2	0,2	586,0	17,5	650,0	19,4	2 101,1	62,8	116,3
5 und mehr Personen	1 314,1	2,4	0,2	165,7	12,6	218,1	16,6	927,9	70,6	127,6
Kindern	6 800,0	24,9	0,4	1 762,3	25,9	1 453,6	21,4	3 559,1	52,3	107,8
Zusammen	27 503,9	1 230,5	4,5	11 302,1	41,1	5 111,4	18,6	9 859,9	35,8	90,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Haushalte mit										
1 Person	1 957,4	388,0	19,8	1 348,3	68,9	114,5	5,8	106,5	5,4	55,0
2 Personen	2 173,8	24,9	1,1	1 508,1	69,4	310,9	14,3	329,9	15,2	72,5
3 Personen	1 156,8	4,4	0,4	612,8	53,0	198,8	17,2	340,8	29,5	85,0
4 Personen	823,3	1,1	0,1	308,0	37,4	166,7	20,2	347,4	42,2	96,0
5 und mehr Personen	202,4	0,2	0,1	44,8	22,1	42,3	20,9	115,1	56,9	109,2
Kindern	1 761,9	8,4	0,5	861,1	48,9	307,9	17,5	584,4	33,2	88,6
Zusammen	6 313,6	418,6	6,6	3 822,0	60,5	833,2	13,2	1 239,7	19,6	73,6

gebiet bezahlte etwa ein Drittel der Mieter bis 307 Euro monatlich für ihre Wohnung, die übrigen zwei Drittel mehr als 307 Euro. In den neuen Ländern war das Mietenniveau wesentlich niedriger, denn 61,4 % aller Mieter zahlten nur bis zu 307 Euro monatlich. Hier machten sich zum einen die Altersstruktur des Wohnungsbestandes, noch mehr aber die Mietpreisbindungsmaßnahmen bemerkbar.

Tab. 11: Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben
nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 1998

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben insgesamt		Davon mit einer monatlichen Miete von ... bis unter ... EUR								Miete je Wohnung
			unter 307		307-409		409-511		511 u. mehr		
			1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland											
Haushalte mit											
1 Person	7 229,7	3 920,6	54,2	1 893,6	26,2	828,6	11,5	587,0	8,1	314	
2 Personen	5 298,9	1 700,3	32,1	1 566,5	29,6	983,4	18,6	1 048,8	19,8	395	
3 Personen	2 314,8	536,1	23,2	635,8	27,5	498,7	21,5	644,2	27,8	439	
4 Personen	1 586,8	286,8	18,1	384,2	24,2	369,5	23,3	546,3	34,4	476	
5 und mehr Personen	554,4	74,6	13,5	117,6	21,2	118,0	21,3	244,3	44,1	518	
Kindern	4 134,9	866,8	21,0	1 079,2	26,1	908,6	22,0	1 280,2	31,0	456	
Insgesamt	16 984,7	6 518,3	38,4	4 597,7	27,1	2 798,2	16,5	3 070,4	18,1	378	
Früheres Bundesgebiet											
Haushalte mit											
1 Person	5 757,0	2 742,0	47,6	1 680,5	29,2	775,5	13,5	559,0	9,7	334	
2 Personen	3 955,4	933,0	23,6	1 175,3	29,7	870,3	22,0	976,9	24,7	426	
3 Personen	1 684,7	248,8	14,8	427,2	25,4	419,8	24,9	588,9	35,0	478	
4 Personen	1 205,6	143,8	11,9	268,3	22,3	300,2	24,9	493,2	40,9	508	
5 und mehr Personen	471,6	49,8	10,6	93,9	19,9	99,6	21,1	228,2	48,4	538	
Kindern	3 135,8	440,8	14,1	762,5	24,3	762,8	24,3	1 169,6	37,3	489	
Zusammen	13 074,2	4 117,5	31,5	3 645,1	27,9	2 465,5	18,9	2 846,2	21,8	403	
Neue Länder und Berlin-Ost											
Haushalte mit											
1 Person	1 472,7	1 178,5	80,0	213,1	14,5	53,1	3,6	27,9	1,9	237	
2 Personen	1 343,5	767,3	57,1	391,2	29,1	113,1	8,4	71,9	5,4	303	
3 Personen	630,2	287,5	45,6	208,6	33,1	78,9	12,5	55,3	8,8	336	
4 Personen	381,2	143,0	37,5	115,9	30,4	69,3	18,2	53,0	13,9	372	
5 und mehr Personen	82,8	24,8	30,0	23,7	28,6	18,3	22,1	16,1	19,4	401	
Kindern	999,1	426,0	42,6	316,7	31,7	145,8	14,6	110,6	11,1	350	
Zusammen	3 910,4	2 400,9	61,4	952,6	24,4	332,7	8,5	224,2	5,7	292	

Im früheren Bundesgebiet waren Einpersonenhaushalte häufiger in der niedrigen Mietklasse anzutreffen als der Durchschnitt aller Haushalte, sie verfügten auch über vergleichsweise kleinere Wohnungen. 47,6 % von ihnen mussten weniger als 307 Euro zahlen. Das zeigte sich auch in den Durchschnittsmieten, die hier 334 Euro monatlich betrugen. In den neuen Ländern fiel diese Haushaltsgruppe zu 80 % in die Mietklasse bis 307 Euro.

Von den Haushalten mit Kindern hatten im früheren Bundesgebiet lediglich 14,1 % monatlich weniger als 307 Euro für die Miete aufzubringen. Jeweils knapp ein Viertel von ihnen zahlte zwischen 307 und 409 bzw. zwischen 409 und 511 Euro. 37,3 % der Haushalte mit Kindern mussten über 511 Euro für die monatliche Miete aufwenden. In den neuen Bundesländern betrug für etwa drei Viertel der Haushalte mit Kindern die Miete weniger als 409 Euro, 42,6 % von ihnen mussten sogar we-

Tab. 12: Hauptmieterhaushalte mit Miet- und Einkommensangaben nach Haushaltsgröße und Mietbelastung 1998

Haushaltsgröße	Hauptmieter- haushalte mit Miet- u. Ein- kommensangaben insgesamt 1 000	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... %						
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40 und mehr
		%						
Deutschland								
Haushalte mit								
1 Person	6991,0	7,9	12,3	15,4	16,0	13,1	9,9	25,4
2 Personen	5 136,3	19,6	22,4	19,6	14,0	8,4	5,3	10,6
3 Personen	2 256,5	20,6	20,4	18,0	13,9	9,0	6,3	11,9
4 Personen	1 545,4	19,3	20,5	19,2	14,7	9,7	6,2	10,4
5 und mehr Personen	539,9	15,9	18,4	18,9	15,3	9,3	7,5	14,6
Kindern	4 033,1	14,6	17,8	18,1	15,2	10,5	7,7	16,1
Insgesamt	16 469,1	14,6	17,5	17,5	14,9	10,6	7,5	17,2
Früheres Bundesgebiet								
Haushalte mit								
1 Person	5 549,8	6,8	11,3	14,9	16,1	13,7	10,3	26,9
2 Personen	3 818,3	16,6	21,4	19,9	14,9	9,1	5,8	12,2
3 Personen	1 638,9	14,7	19,2	18,8	15,4	10,3	7,4	14,2
4 Personen	1 172,3	14,2	19,1	20,3	16,0	11,3	7,2	12,0
5 und mehr Personen	458,3	13,7	17,4	19,0	16,3	9,9	8,1	15,6
Kindern	3 054,0	10,5	16,3	18,5	16,2	11,6	8,6	18,2
Zusammen	12 637,6	11,7	16,3	17,6	15,6	11,5	8,2	19,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Haushalte mit								
1 Person	1 441,2	12,1	16,3	17,2	15,6	10,9	8,3	19,6
2 Personen	1 318,0	28,4	25,2	19,0	11,3	6,3	3,7	6,1
3 Personen	617,6	36,2	23,5	15,8	10,0	5,4	3,4	5,6
4 Personen	373,0	35,2	25,1	15,8	10,9	4,6	3,1	5,3
5 und mehr Personen	81,6	28,3	23,7	18,3	10,3	6,0	4,2	9,2
Kindern	979,2	27,3	22,2	16,9	12,4	7,0	4,8	9,4
Zusammen	3 831,5	24,2	21,5	17,5	12,7	7,7	5,3	11,1

niger als 307 Euro aufbringen. Dementsprechend lag die Durchschnittsmiete für Haushalte mit Kindern im Osten bei 350 Euro, im Westen bei 489 Euro.

Weniger als ein Fünftel ihres Einkommens hatten im früheren Bundesgebiet 28,0 % der Haushalte für die Wohnungsmiete zu entrichten, in den neuen Ländern waren es deutlich mehr (45,7 %). Während im früheren Bundesgebiet gut ein Viertel der Haushalte mindestens 35 % ihres Einkommens für die Miete ausgaben, traf dies in den neuen Ländern lediglich auf 16,4 % zu.

Für ein Drittel der Alleinlebenden im früheren Bundesgebiet betrug die Mietbelastung weniger als ein Viertel. Eine gleich hohe Mietbelastung wiesen in den neuen Ländern hingegen 45,6 % der Alleinlebenden auf. Im Übrigen waren Alleinlebende bei den unteren Mietbelastungsquoten im Osten wie im Westen vergleichsweise selten anzutreffen, dementsprechend häufiger bei den höheren. Zum Beispiel mussten im früheren Bundesgebiet 37,2 % der Alleinlebenden 35 % und mehr ihres Einkommens für Miete aufwenden, gut ein Viertel unter ihnen sogar 40 % und mehr. Auch in den neuen Ländern hatte gut ein Viertel der allein lebenden Hauptmieter mindestens 35 % ihres Einkommens für die Wohnungsmiete zu zahlen, etwa ein Fünftel unter ihnen mindestens 40 %.

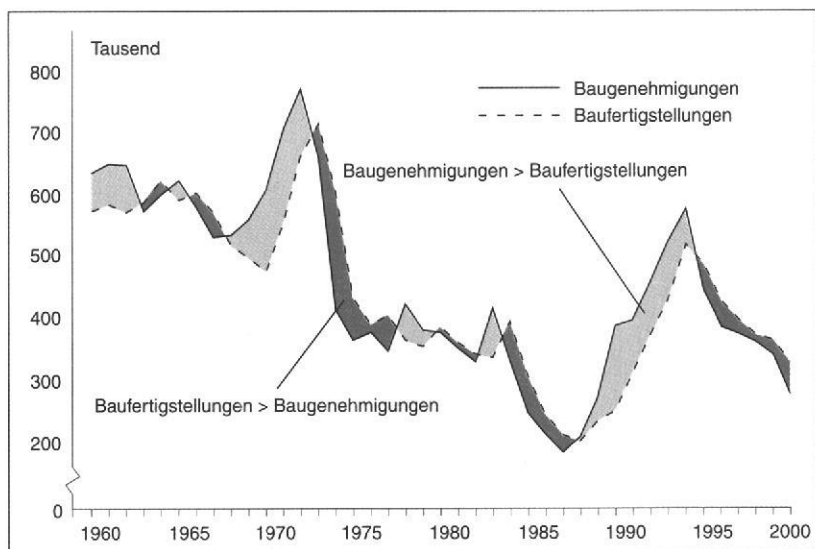
Bei den Mehrpersonenhaushalten bzw. den Haushalten mit Kindern fiel die monatliche Mietbelastung im Allgemeinen niedriger aus als bei den Alleinlebenden. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Hier wendeten zwei Drittel der Haushalte mit Kindern weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Miete auf. Entsprechend selten waren bei ihnen Mietbelastungen von 35 % und mehr anzutreffen (14,2 %). Ähnliches, wenn auch weniger stark ausgeprägt, galt für die Haushalte mit Kindern im früheren Bundesgebiet. Von ihnen gaben 45,3 % weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aus. Hohe Belastungsquoten von mindestens 35 % hatten gut ein Viertel der Haushalte mit Kindern.

Weitere Informationen zum Thema Wohnkosten und Wohnverhältnisse siehe Teil I, Kap. 4., Abschnitt 4.5.2 und Teil II, Kap. 9.

5.6 Wohnungsbautätigkeit

Die Zahl der genehmigten und fertig gestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 50er-Jahre bis etwa Mitte der 60er-Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertig gestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen bis auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Nach 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertig gestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Nachdem es 1988 mit nur 208 600 fertig gestellten Wohnungen einen Tiefpunkt im Wohnungsbau gab, konnte in den Folgejahren wieder eine Zunahme registriert werden. Die Zahl der Fertigstellungen betrug 1994 bereits wieder 505 200 Wohnungen. 1995 lag die Zahl der Fertigstellungen mit 498 500 nur geringfügig darunter. In den Folgejahren hat sich die Hochbautätigkeit weiter abgeschwächt. 1996 wurden 416 100 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1997 waren es 400 350 Wohnungen. Auch in den

Abb. 1: Genehmigte und fertig gestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet 1960 bis 2000



darauf folgenden Jahren war eine weitere Abschwächung festzustellen. Im Jahr 1998 wurden im früheren Bundesgebiet 372 200 Wohnungen fertig gestellt, 1999 waren es 369 800 Wohnungen und im Jahr 2000 nur noch 336 800 Wohnungen.

Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnungsbautätigkeit wesentlich geringer als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 50er-Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertig gestellt. Ende der 50er-Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 60er-Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertig gestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Ab Anfang der 70er-Jahre stieg die Zahl der fertig gestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 80er-Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr 1990. Zu Beginn der 90er-Jahre hat sich dieser Rückgang verstärkt fortgesetzt; er resultierte maßgeblich daraus, dass die bis dahin dominierenden Plattenbauten nicht mehr errichtet wurden. Die erhöhte Zahl jährlich genehmigter Wohnungen seit dem Jahr 1993 hatte auch zu höheren Fertigstellungszahlen geführt; 1994 wurden 67 700 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1995 waren es bereits 104 200 Wohnungen. Nach 143 400 fertig gestellten Wohnungen 1996 kam es im Jahr 1997 nochmals zu einer starken Zunahme. Mit 177 800 Wohnungen ist der Spitzenwert aller bisherigen Fertigstellungen erreicht worden. Dieser Spitzenwert konnte jedoch in den

Tab. 13: Gebaute Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Jahr	Gebaute Wohnungen	Jahr	Gebaute Wohnungen
1950	30 992	1991	16 670
1955	32 830	1992	11 477
1960	80 489	1993	23 598
1970	76 088	1994	67 704
1975	107 347	1995	104 214
1980	111 933	1996	143 366
1985	115 722	1997	177 829
1986	116 545	1998	128 447
1989	92 347	1999	102 865
1990	62 468	2000	86 284

Folgejahren nicht gehalten werden. Im Jahr 1998 sank die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 128 400, 1999 wurden 102 900 und im Jahr 2000 nur noch 86 300 Wohnungen fertig gestellt.

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden

Tab. 14: Fertig gestellte sowie im sozialen Wohnungsbau geförderte (bewilligte) Wohnungen

Jahr	Wohnungen		Jahr	Wohnungen	
	fertig gestellt	gefördert		fertig gestellt	gefördert
Früheres Bundesgebiet					
1950	371 900	319 400	1989	238 600	65 200
1960	574 400	326 700	1990	256 500	90 700
1970	478 100	165 100	1991	314 500	90 200
1980	388 900	97 200	1992	374 600	87 200
1981	365 500	92 900	1993	431 900	111 400
1982	347 000	98 900	1994	505 200	106 400
1983	340 800	104 100	1995	498 500	91 800
1984	398 400	80 400	1996	416 100	79 300
1985	312 100	69 000	1997	400 350	70 900
1986	251 900	52 100	1998	372 200	52 900
1987	217 300	40 700	1999	369 800	44 900
1988	208 600	38 900	2000	336 800	35 100
Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	16 700	3 800	1996	143 400	41 700
1992	11 500	21 300	1997	177 800	36 600
1993	23 600	39 000	1998	128 400	29 900
1994	67 700	55 600	1999	102 900	17 400
1995	104 200	51 500	2000	86 300	9 300

jedoch zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum so genannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Von den fertig gestellten Neubauwohnungen in Deutschland befanden sich 1997 rund 30 % in Einfamilienhäusern, 13 % in Zweifamilienhäusern, in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen waren es 57 %. Im Jahr 2000 waren von den fertig gestellten Neubauwohnungen in Deutschland ca. 48 % in Einfamilienhäusern, 15 % in Zweifamilienhäusern und in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen

Tab. 15: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten
in EUR

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
1960	197	14 214
1970	355	30 064
1980	833	82 216
1985	1 008	92 135
1990	1 049	97 708
1991	1 101	98 986
1992	1 164	103 076
1993	1 215	106 604
1994	1 249	110 388
1995	1 287	115 399
1996	1 305	125 062
1997	1 283	129 050
1998	1 265	134 214
1999	1 258	137 538
2000	1 254	141 270
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
1991	965	90 959
1992	1 075	98 270
1993	1 154	99 140
1994	1 216	103 128
1995	1 254	101 185
1996	1 225	99 906
1997	1 198	103 076
1998	1 163	108 496
1999	1 133	112 944
2000	1 123	114 887

1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. Ä.

waren es 37 %. Damit hat sich gegenüber 1997 eine Verschiebung weg von den Mehrfamilienhäusern und hin zu den Einfamilienhäusern ergeben. Ein- und Zweifamilienhäuser werden im Wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen gebaut.

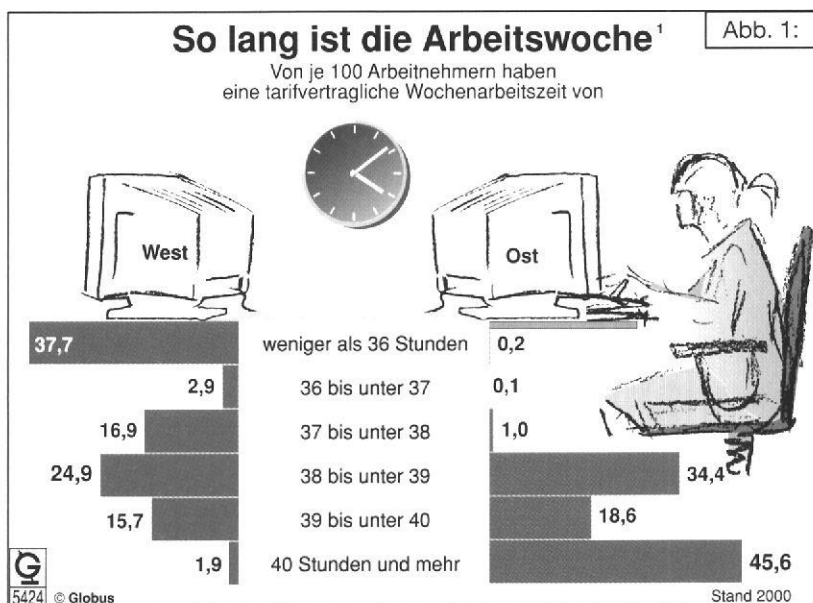
Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung. Um im Jahr 2000 einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mussten 1 254 Euro aufgewendet werden, 1997 hingegen waren es noch 1 283 Euro, 1970 waren es 355 Euro und 1960 197 Euro. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Bau- und Grundstückskosten siehe 16.4). Je Wohnung waren 1997 durchschnittlich 129 050 Euro aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 179 617 Euro für ein Einfamilienhaus bis 88 811 Euro für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt. Im Jahr 2000 haben sich die Kosten je Wohnung im früheren Bundesgebiet auf 141 270 Euro erhöht, wobei jedoch die Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche auf 1 254 Euro zurückgingen. In den neuen Bundesländern haben sich die Baukosten schon sehr stark dem Niveau des früheren Bundesgebiets angenähert. 1997 beliefen sie sich auf 1 198 Euro je Quadratmeter Wohnfläche bzw. 103 076 Euro je Wohnung. Für das Jahr 2000 lagen diese Werte bei 1 123 Euro bzw. 114 887 Euro.

6 Freizeit und Kultur

6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die Deutschen, eine Freizeitgesellschaft? Immer wieder ein viel diskutiertes Thema mit – je nach Intention – unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten. Ganz wertfrei ist die Freizeit einfach die »freie Zeit«, die man zur Verfügung hat. Aber schon die Frage, was alles zur Freizeit gehört, wird sehr unterschiedlich beantwortet, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit immer fließender werden. Und wie diese Zeit schließlich verbracht wird, ist wiederum mit vom jeweiligen Zeitgeist abhängig. Gab es in den letzten Jahren insbesondere in der jüngeren Generation ein Freizeitverhalten, das – man denke nur an Extremsportarten, immer ausgefalleneren Urlaubs- und Abenteuerreisen – stark auf Konsum und Aktivität ausgerichtet war, so scheint der Trend langsam eher wieder in Richtung Erholung durch Entspannung und Häuslichkeit zu gehen.

Wie auch immer: Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es kein stringentes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen wer-



¹ Wirtschaftsbereich der Tarifstatistik.

den kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch die bereits erwähnten inhaltlichen Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Hilfsweise können aber einige messbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage oder Ausgaben für Freizeitgüter.

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1975 durchschnittlich 40 Wochenstunden geleistet, waren es 2000 nur noch rund 36,7 Stunden. Dabei lagen die Arbeitszeiten in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Während in den neuen Ländern durchschnittlich 38,7 Stunden in der Woche gearbeitet wurde, betrug die Arbeitszeit in den elf alten Ländern durchschnittlich nur noch 36,7 Stunden. Im Jahr 2000 gab es rund 5,5 Mill. Erwerbstätige in Deutschland (14,9 %), die normalerweise 41 Stunden oder

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer in % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	1998	2000	1998	2000
3 bis unter 4	–	–	–	–
4 bis unter 5	1	1	1	1
5 bis unter 6	19	19	44	44
6 oder mehr	80	80	55	55

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

mehr wöchentlich an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Hierin unterscheiden sich die neuen Bundesländer (11,2 %) vom früheren Bundesgebiet (15,7 %). Auch war der Anteil der Erwerbstätigen, die weniger als 21 Stunden in der Woche arbeiteten, in den elf alten Ländern deutlich höher (15,5 %) als in den neuen Ländern (6,2 %).

Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht heute allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesturlaub von 24 Werktagen (4 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 80er-Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Der Anteil der tariflich bezahlten Arbeitnehmer mit sechs oder mehr Wochen Urlaubsanspruch nahm im früheren Bundesgebiet von 35 % im Jahr 1981 auf 62 % im Jahr 1985 und bis 1990 nochmals leicht auf 70 % zu. Im Jahr 2000 erhielten 80 % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den al-

ten Bundesländern mindestens sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1984 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt um etwa $16\frac{1}{2}$ auf 29 Tage und seither nur noch um einen $\frac{1}{2}$ Tag angehoben worden.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche tarifvertragliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 29 Arbeitstage im Jahr 2000 gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1991 erhielten erst 25 % und 2000 bereits 55 % der tariflich erfassten Arbeitnehmer sechs Wochen oder mehr Urlaub.

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

Entsprechend den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 belief sich der Anteil der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt auf 12 % (247 Euro).

Nähere Informationen über die Freizeitausgaben der privaten Haushalte siehe Teil I, Kap. 4, Abschnitt 4.5.4.

Auch die öffentlichen Haushalte wenden erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen den Jahren 1970 und 1998 von 1,1 Mrd. Euro (im früheren Bundesgebiet) auf 5,4 Mrd. Euro (in Deutschland). 1998 sind dies 0,6 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von den 5,4 Mrd. Euro für Sport und Erholung wurden 1,6 Mrd. Euro für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,2 Mrd. Euro für Badeanstalten, 1,5 Mrd. Euro für Sportstätten und 0,9 Mrd. Euro für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1998 rund 7,6 Mrd. Euro für den kulturellen Bereich aus. Mit 3,3 Mrd. Euro entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,2 Mrd. Euro wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,4 Mrd. Euro für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

6.4 Unterhaltung und Kultur

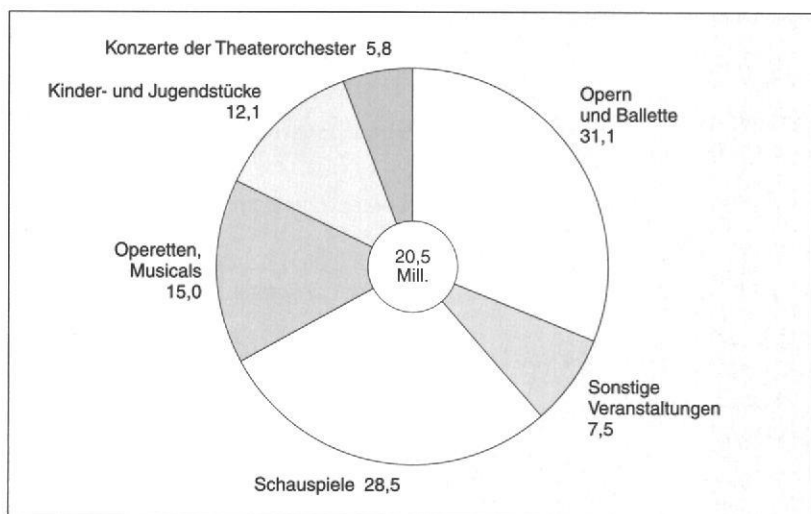
Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – meist auch zur Unterhaltung beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1998/99 gab es in 122 Gemeinden in Deutschland 152 Theaterunternehmen mit 727 Spielstätten und fast 271 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 10,5 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 64 000 Aufführungen verzeichneten 20,5 Mill. Besucherinnen und Besucher, also durchschnittlich rund 320 je Veranstaltung.

Mit 6,4 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette bei den Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,8 Mill., Operetten und

Abb. 2: Verteilung der Theaterbesucher an öffentlichen Theatern 1998/99 in Prozent nach Aufführungsarten



1 Einschl. Besuchen, die nicht nach Sparten gliederbar sind.

Musicals mit 3,1 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,5 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 1,2 Mill. Frauen und Männer.

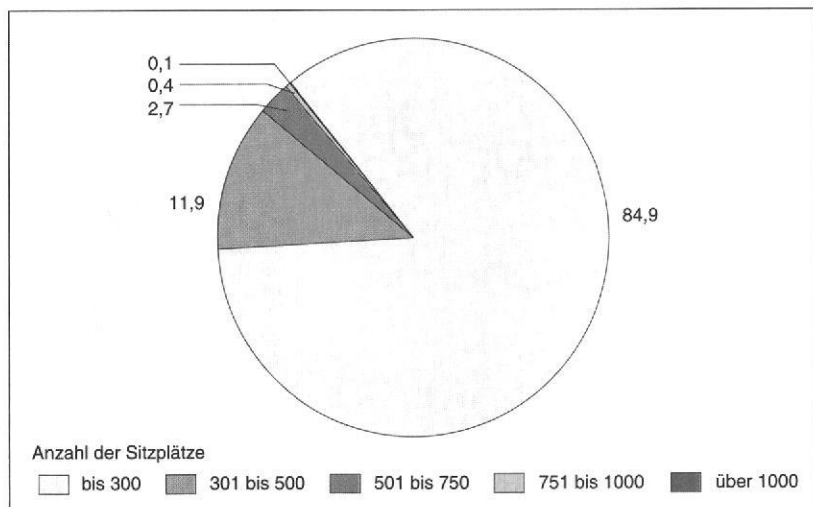
Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 noch 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1998/99 in Deutschland nur noch 14,3 %. In der Spielzeit 1998/99 lag der Zuschuss je Besucher im Durchschnitt bei rund 87 Euro.

Die fast 45 000 Veranstaltungen der 209 Privattheater (Spielstätten) in Deutschland hatten 1998/99 rund 11,1 Mill. Besucherinnen und Besucher.

6.4.2 Kino

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR waren 1957 rund 320 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt worden. In den darauf folgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 1999 wurden von den Kinos in Deutschland 149 Mill. Besucherinnen und Besucher registriert; das waren 1,8 Filmbesuche je Einwohner im Jahr. Die Zahl der ortsfesten Leinwände (Filmtheater) in Deutschland betrug 1999 insgesamt 4 438. Sie verfügten über durchschnittlich 188 Sitzplätze.

Abb. 3: Größenverhältnisse der ortsfesten Leinwände am 31. 12. 1999 in Prozent



6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4 570 Museen und ähnlichen Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten 1999 insgesamt rund 96 Mill. Besuche, darunter 1 025 Museen mit knapp 25 Mill. Besuchen in den neuen Ländern. Den größten Zuspruch fanden 1999 die Volks- und Heimatkundemuseen mit rund 18,5 Mill. Besuchen sowie die Kunstmuseen mit 16 Mill. Besuchen.

Tab. 2: Museumsarten und Zahl der Besuche 1999

Museen	Anzahl	Besuche in 1 000
Volks- und Heimatkundemuseen	2 111	18 499
Kunstmuseen	462	15 924
Schloss- und Burgmuseen	214	13 315
Naturkundliche Museen	235	6 478
Naturwissenschaftliche und technische Museen	520	13 433
Historische und archäologische Museen	286	13 483
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	649	9 136
Sonstige museale Einrichtungen	93	5 922
Insgesamt	4 570	96 190

6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte in Deutschland, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 2000 waren im Bundesgebiet 38,7 Mill. Hörfunk- und 35,1 Mill. Fernsehempfänger angemeldet.

In den Hörfunkprogrammen der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten nahmen 1999 Musiksendungen mit rund 60 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Information und Service strahlten die Landesrundfunkanstalten zu rund 25 % aus; 8 % der Zeit widmeten die Rundfunkanstalten den Kultur- und Bildungspro-

Abb. 4: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk 1999 (nach Programmgattungen)
in Prozent der Sendestunden

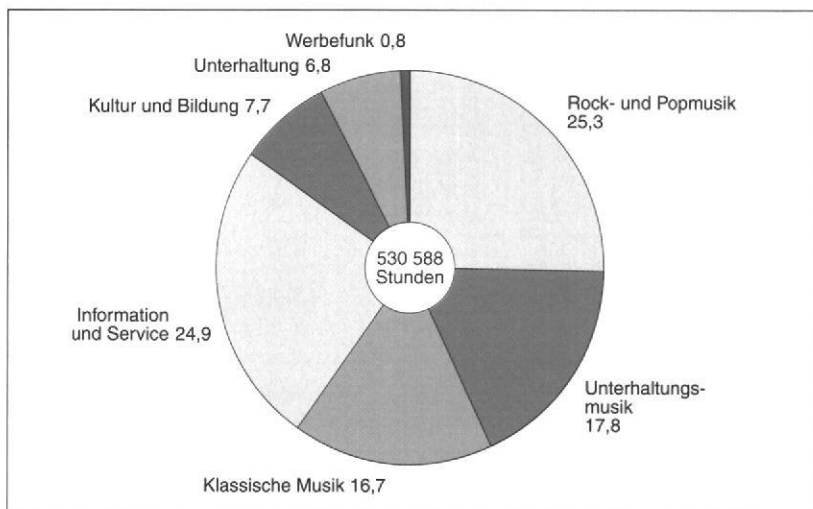
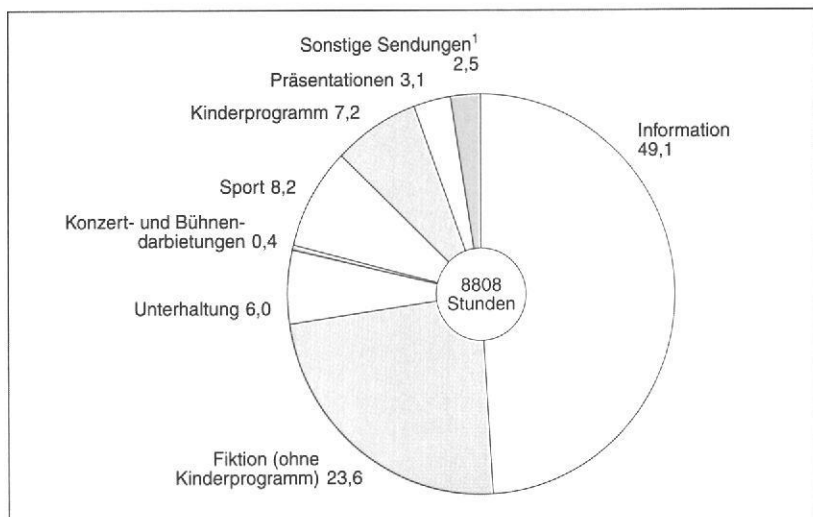


Abb. 5: Fernsehprogramm 2000 (Zweites Deutsches Fernsehen)
Anteil nach Programmkategorien in Prozent der Sendestunden



1 Einschl. Werbung, Übertragungen, Sponsorenhinweise, Mainzelmänncheninserts usw.

grammen und knapp 7 % der Sendezeit entfielen auf die Unterhaltung. Der Werbefunk nahm 1 % der Sendestunden in Anspruch.

Für das Fernsehen (vgl. Abb. 5) liefert das ZDF eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen (Kategorien). Im Jahr 2000 überwog Information mit 49 % der Sendezeit, gefolgt von Fiktion (knapp 24 %) sowie Unterhaltung und Sport (6 bzw. 8 %).

6.4.5 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen insgesamt 63 021 Buchtitel, die im Jahr 2000 als Erstauflage ermittelt wurden, darunter 6 087 Taschenbücher und 7 632 Übersetzungen ins Deutsche.

Nach Sachgebieten gegliedert, entfiel im Jahr 2000 der größte Teil der Erstauflagen auf Sozialwissenschaften (25,4 %). Es folgten Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik (16,4 %), angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik (15,6 %) sowie Geographie, Geschichte (8,9 %).

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 1999 gab es in Deutschland 11 817 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von rund 129 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeit-

schriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, CDs, Spiele u. a.). Es wurden rund 320 Mill. Entleihungen an 9,2 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert.

Die 1 035 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland verfügten 1999 über 208 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 3,7 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen dabei knapp 65 Mill. Entleihungen.

Tab. 3: Buchproduktion 1999

Sachgebiet	Erstauflage	Anteil in %
Allgemeines	5 117	8,1
Philosophie, Psychologie	2 913	4,6
Religion, Theologie	3 542	5,6
Sozialwissenschaften	15 988	25,4
Mathematik, Naturwissenschaften	4 972	7,9
Angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik	9 829	15,6
Kunst, Kunstgewerbe, Fotografie, Musik, Spiel, Sport	4 736	7,5
Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik	10 317	16,4
Geographie, Geschichte	5 607	8,9
Insgesamt	63 021	100

6.5 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Menschen in Deutschland einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über den Umfang des Fernsehpublikums, das auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterlebt, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Trimm-dich-Welle und dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes betrug 2000 ca. 23,4 Mill., die Anzahl der Vereine lag bei rund 87 717.

Für den Vereinssport begeistern sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 2000 waren 61 % männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 23 % jünger als 15 Jahre und 42 % unter 26 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit rund 6,3 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine 27 % aller Beitragszahler des deutschen Sportbundes. Es fol-

gen die Turnvereine mit 4,9 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Einige Angaben über das aktive Musikleben in Deutschland liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte im Jahr 2000 knapp 1,8 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 697 000 aktive und rund 1,1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 2000 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 21 854 Bundeschöre, darunter 8 754 reine Männer- und 2 288 reine Frauenchöre.

Tab. 4: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände in Deutschland 2000

Spitzenverband	Mitglieder in 1 000	Spitzenverband	Mitglieder in 1 000
Fußball	6 255	Leichtathletik	849
Turnen	4 863	Reiten	746
Tennis	2 049	Tischtennis	698
Schützen	1 586	Skisport	671
Handball	826	Schwimmen	639

Informationen zum Thema Reiseverhalten der Deutschen siehe Teil I, Kap. 15., Abschnitt 15.3.2.

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um seinem Anspruch gerecht zu werden, ist ein demokratisches Staatswesen auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik Informationen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen der Wähler. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahlen über die Teilnahme an Gottesdiensten das kirchliche Engagement dokumentieren. Es ist aber offensichtlich, dass die Statistik in diesem Bereich sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können lediglich Anhaltspunkte für das Vorhandensein von sozialem und politischem Engagement liefern.

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen zuvor 22 vom Ber-

liner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. Obwohl erstmals alle Deutschen gemeinsam ihre Abgeordneten wählen konnten, gab es bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl machten nur 77,8 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 13,4 Mill. Menschen verzichteten auf eine Stimmabgabe. Bei der 14. Bundestagswahl am 27. September 1998 lag die Wahlbeteiligung bei 82,2 %.

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2

¹ Bis 1987 früheres Bundesgebiet, ohne Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

² Ohne Saarland.

78,5 % betrug die Wahlbeteiligung bei der ersten Bundestagswahl 1949. In den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie zwischen 86,0 % im Jahr 1953 und 91,1 % bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972. Damals wirkte sich auch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre aus.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung nach Bundesländern, so zeigt sich, dass die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – meist nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Wie in den meisten vorangegangenen Wahlen auch, machten 1998 die Menschen im Saarland am eifrigsten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Hessen und Niedersachsen. Die niedrigste Wahlbeteiligung war 1998 in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt lag sie auch in Brandenburg, Berlin, Bremen, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

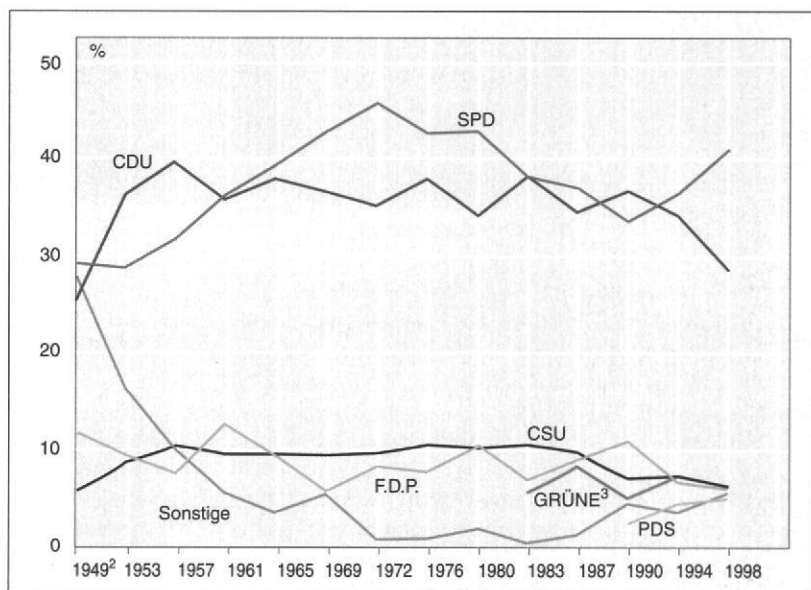
Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimmen seit den 60er-Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteigruppierungen SPD und CDU/CSU sowie der

F.D.P. Die GRÜNEN konnten erstmals bei den Bundestagswahlen 1983 die Fünfprozenthürde überspringen.

Obwohl sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 auf Bundesebene nur Stimmenanteile von 2,4 % bzw. 1,2 % erreichten, im Wahlgebiet Ost jedoch deutlich die Fünfprozentmarke übersprangen, zogen die PDS und die Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne ins Parlament ein. Grund dafür war eine für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffene Sonderregelung: Die Sperrklausel von fünf Prozent war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin-Ost und auf den bis zum 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. 1994 kam die PDS nur aufgrund von vier Direktmandaten in den Bundestag, ihr Zweitstimmenanteil lag bei 4,4 %. 1998 erreichte sie neben vier Direktmandaten auch einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind verschiedene Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag trotz steigender Tendenz weiterhin gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellten sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,4 % der Abgeordneten und im 13. Bundestag 26,3 %. Im 14. Deut-

Abb. 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹

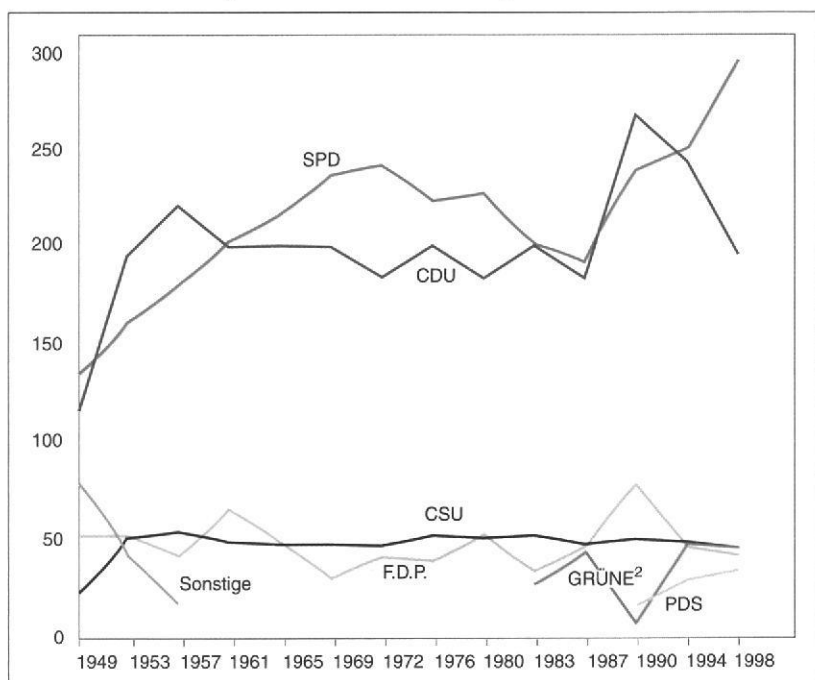


1 Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

3 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

schen Bundestag sind unter den 669 Abgeordneten 206 Frauen, das sind 30,8 %. Mit 57,4 % ist der Anteil weiblicher Abgeordneter bei den GRÜNEN am höchsten, bei CDU (19,7 %) und CSU (12,8 %) am niedrigsten. Bei der PDS erreicht der Frauenanteil 55,6 %, bei der SPD 35,2 % und bei der F.D.P. 20,9 %.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 bei 49,8 Jahren. Es hat sich von der vierten (1961: 52,3 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert, ist bis 1987 leicht angestiegen (49,3 Jahre) und betrug 1990 wiederum 48,8 Jahre. 1994 ist das Durchschnittsalter der Abgeordneten auf 49,1 gestiegen. Durchschnittlich waren 1998 die Abgeordneten der CDU (51,2 Jahre) am ältesten. Die jüngsten Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatten die GRÜNEN mit im Durchschnitt 43,3 Jahren.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker

Tab. 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/CSU ¹	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS
Baden-Württemberg	2001	62,6	44,8	33,3	8,1 ²	7,7	–
Bayern ³	1998	69,8	52,9	28,7	1,7	5,7	–
Berlin ⁴	2001	68,1	23,8	29,7	9,9	9,1	22,6
Brandenburg ⁴	1999 ⁵	54,3	26,5	39,3	1,9	1,9 ⁶	23,3
Bremen	1999	60,1	37,1	42,6	2,5	8,9	2,9
Hamburg	2001 ⁷	71,0	26,2	36,5	5,1	8,6 ⁸	0,4 ⁹
Hessen ⁴	1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	1998	79,4	30,2	34,3	1,6	2,7	24,4
Niedersachsen ⁴	1998	73,8	35,9	47,9	4,9	7,0	–
Nordrhein-Westfalen	2000	56,7	37,0	42,8	9,8	7,1	1,1
Rheinland-Pfalz ⁴	2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	–
Saarland	1999	68,7	45,5	44,4	2,6 ¹⁰	3,2 ¹¹	0,8
Sachsen ⁴	1999	61,1	56,9	10,7	1,1	2,6	22,2
Sachsen-Anhalt ⁴	2002	56,5	37,3	20,0	13,3	2,0	20,4
Schleswig-Holstein ⁴	2000	69,5	35,2	43,1	7,6	6,2	1,4
Thüringen ⁴	1999	59,9	51,0	18,5	1,1	1,9	21,3

1 CSU nur in Bayern.

2 FDP/DVP.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 5,3 % der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

7 Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive, Kurzbezeichnung bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg Schill, erzielte 19,4 % der Stimmen.

8 GRÜNE/GAL.

9 PDS/Hamburg.

10 F.D.P./DPS.

11 GRÜNE Saar.

ausgeprägt. Eine relativ hohe Wahlbeteiligung von 79,4 % wurde 1998 in Mecklenburg-Vorpommern erreicht; besonders niedrig war sie mit 54,3 % bei der Wahl 1999 in Brandenburg.

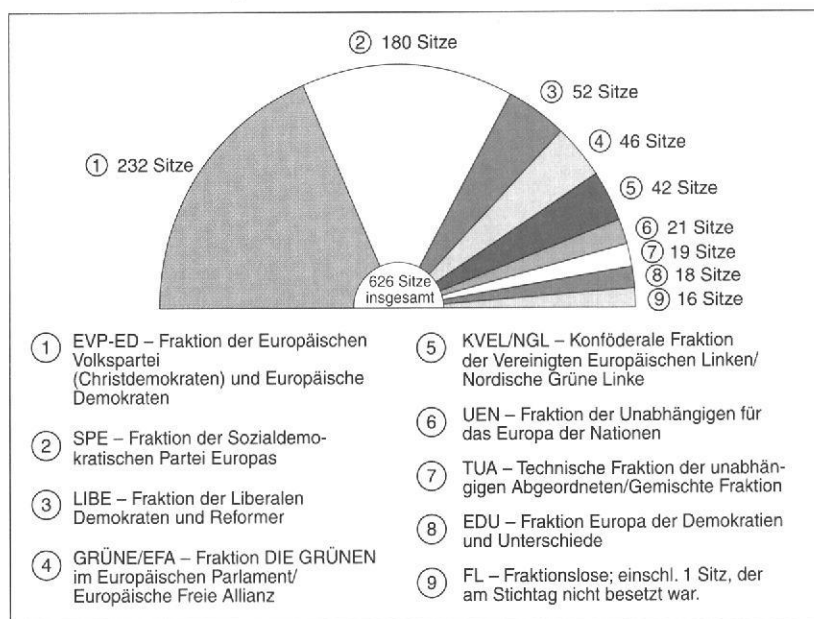
Allein regiert die CDU im Saarland, in Sachsen und in Thüringen, die CSU in Bayern, die SPD in Niedersachsen. Zusammen mit den GRÜNEN stellt die SPD in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Landesregierung. In Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen-Anhalt regiert die CDU gemeinsam mit der F.D.P., in Hamburg die CDU gemeinsam mit der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Ronald Schill) und der F.D.P. Ein SPD-F.D.P.-Bündnis besteht in Rheinland-Pfalz. Große Koalitionen regieren in Brandenburg und Bremen. In Mecklenburg-Vorpommern ist die SPD erstmals mit der PDS eine Koalition eingegangen; diese beiden Parteien sind auch in Berlin ein Regierungsbündnis eingegangen.

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 1999 wurden 626 Abgeordnete (1994: 567, 1995: weitere 22 aus Schweden, 1996: 21 aus Österreich und 16 aus Finnland) direkt gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, hängt von der Bevölkerungszahl ab. Deutschland stehen nach der

Wiedervereinigung 99 Mandate (vorher: 81) zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 1999 rund 144 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 60,8 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 1999 nur 45,2 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 14,8 Prozentpunkte gegenüber 1994. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Italien mit 70,8 % (1994: 74,8 %) am höchsten, gefolgt von Spanien mit 64,4 % (1994: 59,1 %), Irland mit 50,7 % (1994: 44,0 %), Dänemark mit 50,4 % (1994: 52,9 %) und Österreich mit 49,0 % (1996: 67,7 %). Auch in Frankreich lag sie mit 46,8 % (1994: 52,7 %) noch höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Niedriger als in Deutschland war die Wahlbeteiligung in Portugal mit 40,4 % (1994: 35,5 %), Schweden mit 38,8 % (1995: 41,6 %), Finnland mit 30,1 % (1996: 57,6 %) und – am geringsten – im Vereinigten Königreich mit 24,0 % (1994: 36,4 %). Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 27,5 Prozentpunkte und wurde in Finnland registriert. Zu-

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: 20. September 2001



sammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in vier EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1994 zwischen 0,3 und 6,7 Prozentpunkten gestiegen, in allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 2,5 und 27,5 Prozentpunkten gesunken ist.

Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die SPD 33 (1994: 40), die CDU 43 (1994: 39), die GRÜNEN 7 (1994: 12), die CSU 10 (1994: 7) und die PDS erstmals 6 Sitze.

7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien¹

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Zu Beginn der 80er-Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 1998 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 6,7 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch die PDS im Deutschen Bundestag vertreten. Während sie 1990 und 1994 noch aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag kam, erreichte sie 1998 einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,7 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von etwas weniger als 3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten

1 Angaben über die Anzahl der Mitglieder stammen von den Parteien.

Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2000 besaßen 734 667 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 29,4 % Ende 2000.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2000 auf 616 722, davon waren 25,2 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2000 insgesamt 178 347 Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder betrug zuletzt 17,4 %.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete F.D.P. will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die F.D.P. will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2000 hatte die F.D.P. 62 721 Parteimitglieder. 24,4 % der F.D.P.-Mitglieder sind Frauen.

Seit Mitte der 70er-Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen u. Ä. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Im Mai 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2000 bei 46 968, 37,5 % der Mitglieder waren Frauen.

Die PDS, die als Nachfolgepartei der SED in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen ist, hatte Ende 1999 insgesamt 88 594 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 45,3 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatten in den neuen Ländern ca. 20 % der Wählerinnen und Wähler PDS gewählt. Auch bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der PDS meist deutlich über 20 %.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die so genannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und die Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind so genannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 8 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich Ende 2000 aus elf Einzelgewerkschaften zusammen. Die DGB Gewerkschaften sind nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut, d.h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. Die größte Einzelgewerkschaft des DGB war Ende 2000 die IG Metall mit rund 2,8 Mill. Mitgliedern.

Neben den Gewerkschaften des DGB waren Ende 2000 als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit rund 450 000 Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 1,2 Mill. Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind etwa 305 000 Männer und Frauen organisiert.

Insgesamt waren Ende 2000 in Deutschland etwa 9,7 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (Mai 2000: 32,6 Mill.) in Beziehung, ergibt sich ein Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik Deutschland von rund 30 %.

Im Juli 2001 haben sich die vier Einzelgewerkschaften (Deutsche Postgewerkschaft; Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen; IG Medien und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) und die Deutsche Angestellten-gewerkschaft (DAG) zur Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zusammengeschlossen. Sie ist mit etwa 3 Mill. Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Tab. 3: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Stand: Ende 2000

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen
	1 000	%
Bauen, Agrar, Umwelt	540	13,1
Bergbau, Chemie, Energie	892	18,9
Transnet GdED ¹	320	20,3
Erziehung und Wissenschaft	270	67,8
Handel, Banken und Versicherungen	441	66,3
Medien	175	32,3
Metall	2 763	19,0
Nahrung, Genuss, Gaststätten	261	39,7
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	1 477	46,2
Polizei	188	16,6
Deutsche Postgewerkschaft	446	43,5
DGB insgesamt	7 773	30,5

1 Vormalige Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland, am 16. 5. 2000 umbenannt in Transnet Gewerkschaft, GdED.

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Seit 1995 ist jedoch nur bei der DAG ein leichter Anstieg des Frauenanteils von etwa 2 % zu verzeichnen. Im Jahr 2000 belief sich der Frauenanteil beim DGB auf gut 31 %, bei der DAG auf rund 57 % und beim DBB auf 30 %. Damit sind Frauen in den Gewerkschaftsorganisationen weiter unterrepräsentiert.

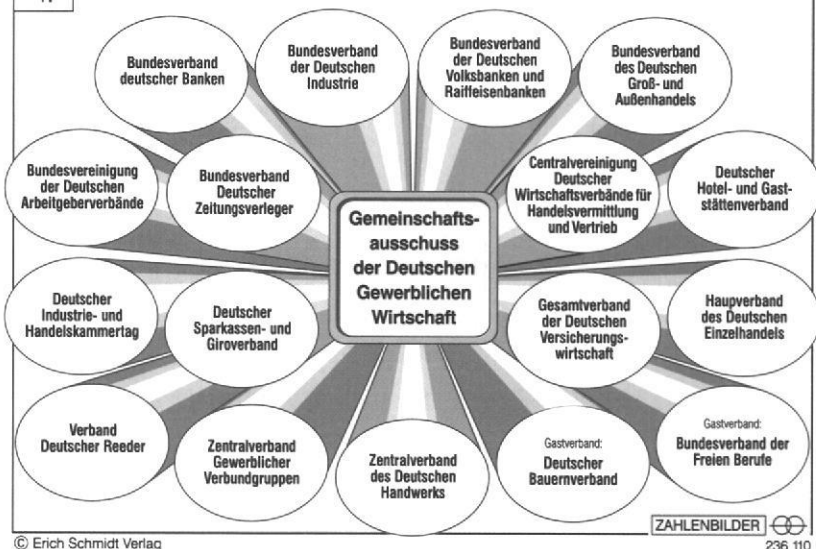
Tab. 4: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1960	1970	1980	1990	1995	2000
	1 000					
Deutscher Gewerkschaftsbund	6 379	6 713	7 883	7 938	9 355	7 773
Deutsche Angestellten-gewerkschaft	450	461	495	573	508	450
Deutscher Beamtenbund	650	721	821	799	1 076	1 205

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

Abb.
4:

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft



7.3.3 Arbeitgeberverbände

Im Rahmen der Koalitionsfreiheit nehmen die Arbeitgeberverbände als sozialpolitische Interessenvertretungen der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften die Tarifautonomie wahr. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über tausend teils fachliche, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände. Der Organisationsgrad der Unternehmen in den Verbänden ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame sozialpolitische Spitzenorganisation für alle Wirtschaftszweige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen, Telekommunikation und Dienstleistungen – ist die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die BDA koordiniert die Verbandsarbeit von 54 Fachspitzenverbänden und 14 Landesverbänden und wahrt so die gemeinsamen sozialpolitischen Belange der Unternehmen, die über den Bereich eines Wirtschaftszweigs oder eines Landes hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind.

7.3.4 Mitbestimmung¹

Unter »Mitbestimmung« versteht man die Einflussnahme von Arbeitnehmern und ihren Vertretern auf Entscheidungen der Arbeitgeber. Damit soll der Unterlegenheit

¹ Dieser Abschnitt wurde verfasst von Prof. Dr. Michael Kittner.

der Arbeitnehmer als individueller Vertragspartei entgegengewirkt werden. Das Bundesverfassungsgericht spricht diesbezüglich von der Notwendigkeit des Ausgleichs »gestörter Vertragsparität«. Zu diesem Zweck stehen die gesetzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung als System der Selbsthilfe neben dem Tarifvertrag (siehe Ziff. 7.3.1).

Mitbestimmung als Mitentscheidung kann entweder dort ansetzen, wo die Folgen der Arbeitgeberentscheidungen für Arbeitnehmer konkret werden, oder auf der Ebene der Entscheidungsfindung. Danach werden die zwei großen Teilsysteme der Mitbestimmung unterschieden:

- Mitbestimmung auf Unternehmensebene soll die unternehmerischen Entscheidungen beeinflussen, deren Umsetzung Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat.
- Betriebliche Mitbestimmung setzt an operativen Entscheidungen des Arbeitgebers für die konkreten Arbeitsverhältnisse an.

Mitbestimmung auf Unternehmensebene setzt an den Strukturen von Kapitalgesellschaften an, in deren Rechtsform jedenfalls größere Unternehmen betrieben werden (vor allem Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung). Sie wird vornehmlich durch Beteiligung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat neben den Vertretern der Anteilseigner verwirklicht. Das führt zu einer entsprechenden Beteiligung an den Schlüsselfunktionen eines Aufsichtsrats für ein Unternehmen: Bestellung und Überwachung des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung, Beteiligung an wichtigen Entscheidungen (z. B. Investitionen und Fusionen und Aufstellung des Jahresabschlusses). Das Ausmaß der Arbeitnehmerbeteiligung ist unterschiedlich:

- In Montanunternehmen (Kohle und Stahl) mit über 1 000 Beschäftigten ist sie paritätisch und ermöglicht einen gleichgewichtigen Einfluss neben den Anteilseignervertretern.
- In sonstigen Unternehmen über 2 000 Beschäftigten sind zwar (unter Einschluss eines Vertreters der leitenden Angestellten) ebenfalls gleichviel Arbeitnehmer- wie Anteilseignervertreter; die Anteilseigner haben jedoch ein Übergewicht bei der Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden und dieser hat ein doppeltes Stimmrecht.
- In Unternehmen zwischen 500 und 2 000 Beschäftigten stellen die Arbeitnehmer ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder.

In Unternehmen der Montanindustrie und großen Gesellschaften über 2 000 Arbeitnehmer muss dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein Arbeitsdirektor angehören.

Die *betriebliche Mitbestimmung* erfolgt durch die Betriebsräte in der Privatwirtschaft (und Personalräte im öffentlichen Dienst mit vergleichbaren Rechten). Die Rechtsgrundlage für die Privatwirtschaft ist das Betriebsverfassungsgesetz (im Öffentlichen Dienst sind es dagegen die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder).

Betriebsräte können in Betrieben ab fünf Arbeitnehmern gebildet werden. Sie werden alle vier Jahre durch die Belegschaft gewählt. Die Mitglieder des Betriebsrats werden zur Durchführung dieser Tätigkeit unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts von der Arbeit freigestellt und genießen einen besonderen Kündigungsschutz. Die Kosten der Betriebsrattätigkeit trägt der Arbeitgeber.

Arbeitgeber und Betriebsrat haben zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ausgehend hiervon enthält das BetrVG ein breites Spektrum von Beteiligungsrechten in wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten. Diese Beteiligungsrechte reichen von der reinen Information und Konsultation bis zur echten Mitbestimmung, bei der im Streitfall entweder eine Einigungsstelle oder das Arbeitsgericht entscheidet. Die Kommunikation mit der Belegschaft wird durch Sprechstunden mit dem Betriebsrat und durch Betriebsversammlungen gewährleistet.

Für Unternehmen, die in mehreren Ländern der EG tätig sind, gibt es die Institution des Europäischen Betriebsrats, der allerdings keine echten Mitbestimmungs-, sondern nur Informationsrechte besitzt.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und auch die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, die eine vorübergehende Weigerung darstellt, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Seit 1970 waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1978 mit 4,3 Mill., 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen und 1992 mit 1,5 Mill. zu verzeichnen. In den 90er-Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter.

Auf die meisten Streiks reagieren die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen werden. Im Jahr 2000 gingen nur rund 11 000 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der

Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Danach gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weit gehende Rechte, so z. B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)¹ bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zu einer orthodoxen Kirche oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres knappes Drittel (32 %) der Bevölkerung gehört keiner oder einer nicht-christlichen Glaubensgemeinschaft an.

Der Anteil der Katholiken ist im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

1999 gehörten in Deutschland etwa 82 000 Personen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z. B. der Islam, der 2000 schätzungsweise in der Bundesrepublik Deutschland etwa 3 Mill.² Anhängerinnen und Anhänger hatte.

7.4.3 Katholische Kirche³

Ende 1999 lebten rund 27 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 33 % und ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Der Zuzug von Menschen katholischen Glaubens – meist ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen – hat die zu Beginn der 70er-Jahre steigende Zahl von Kirchenaustritten (1970: 69 000) kompensieren können. 1999 lag die Zahl der Austritte in Deutschland bei 131 125.

1 Quelle: Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e. V. (REMID).

2 Quelle: Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e. V.

3 Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

Tab. 5: Katholische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntägl. Gottesdienst
	1 000				
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1985	26 308	254	113	286	6 800
1987	26 306	270	114	278	6 430
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
1992	28 128	287	103	289	5 654
1994	28 003	282	97	292	5 404
1996	27 533	259	79	287	4 957
1999	27 017	243	68	274	4 486

1 Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 13 239 (1999). In der Pfarrseelsorge waren 1999 rund 10 000 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 700 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 5. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % auf 6,1 Mill. zurück. 1999 besuchten rund 4,5 Mill. Menschen den Sonntagsgottesdienst, dies sind durchschnittlich 16,6 % aller Katholiken in Deutschland. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefeiern höher.

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Geburtenzahl gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl ist die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholikinnen und Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 1999 über 26,8 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 32,7 %

1 Angaben: Evangelische Kirche in Deutschland – Referat Statistik, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

bzw. rund 36 % an der deutschen Bevölkerung. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

In den 24 Gliedkirchen der EKD waren Ende 1999 knapp 24 000 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen gut 16 000 Pfarrerinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 670 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 1999 kamen in den Gliedkirchen der EKD auf 100 lebend geborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 78 evangelische Kindertaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die so genannten »Spätaufgaben«, d. h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der

Tab. 6: Evangelische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen (ohne Er- wachsenen- taufen)	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahls- gäste
			1 000		
1963	28 796	476	204	335	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1985	25 106	224	93	335	9 942
1987	25 316	239	97	324	9 669
1989	25 132	252	101	321	9 569
1991	29 202	299	102	392	.
1993	28 458	274	96	375	10 576 ²
1995	27 922	254	87	364	10 822 ²
1997	27 398	256	77	351	10 888
1999	26 848	241	73	339	10 693

1 Angaben 1963 – 1989 früheres Bundesgebiet.

2 Ohne Kirchenprovinz Sachsen.

evangelischen Kindertaufen erreichte 1999 EKD-weit 28,8 %. Die Anzahl der Trauungen ging auch bei der evangelischen Kirche zurück. Während sich in den westlichen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 Paare nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1999 36 Paare. Im EKD-Durchschnitt lag die Trauziffer 1999 ebenfalls bei 36 Paaren. In Deutschland wurden 1999 fast 90 % aller evangelischen Verstorbenen von einem evangelischen Pfarrer bzw. einer evangelischen Pfarrerin zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 1999 wurden in Deutschland im Durchschnitt von zwei Zählsonntagen 1,2 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren 4,6 % der evangelischen Kirchenmitglieder. 9,2 Mill. Menschen (34,1 % der EKD-Kirchenmitglieder) besuch-

ten 1999 die Christvespern und Metten am Heiligen Abend. Die Beteiligung am Abendmahl nahm von 1972 bis 1985 bedeutend zu. Ab dem Jahr 1995 ging die Zahl der Abendmahlsgäste in den westlichen Gliedkirchen etwas zurück (1995 rund 9 148 000 Beteiligungen, 1996 etwa 8 927 000 Abendmahlteilnehmer/innen), stieg aber in den östlichen Gliedkirchen (1995 ca. 1 674 000 Beteiligungen, 1996 etwa 1 734 000 Abendmahlteilnehmer/innen). Insgesamt wurden 1999 in Deutschland rund 10,7 Mill. Abendmahlsgäste gezählt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchengliedern betroffen. Sie erreichten im früheren Bundesgebiet 1970 und 1974 Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig und bewegten sich dann auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Nach der kirchlichen Wiedervereinigung (Beitritt der östlichen Gliedkirchen zur EKD) war in Deutschland 1992 zunächst ein Anstieg der Kirchengliedern von 321 000 (1991) auf 361 000 zu verzeichnen. Im Laufe der folgenden Jahre hat sich die Zahl der Kirchengliedern bis 1998 nahezu halbiert (183 000). Erst 1999 ist im Vergleich zum Vorjahr wieder ein Anstieg auf 193 000 zu verzeichnen. Kompensiert werden die Kirchengliedern zum Teil von Aufnahmen in die evangelische Kirche. Von 1974 bis 1998 stiegen die Aufnahmen in den westlichen Gliedkirchen von 17 000 bis auf 51 000 (EKD insgesamt 1998: 62 000).

Weitere Informationen zum Thema Gesellschaftliche Beteiligung siehe Teil II, Kap. 18.

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als »Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen«. In dieser weit gefassten Definition ist Gesundheit durch die amtliche Statistik jedoch nicht quantifizierbar. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Jedoch liegt seit 1998 erstmals der »Gesundheitsbericht für Deutschland« vor. Der Gesundheitsbericht zeichnet ein Gesamtbild des in Deutschland gewachsenen komplexen Gesundheitswesens. Die wichtigsten Entwicklungen, aktuellen Problemlagen und Zusammenhänge stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. Der Gesundheitsbericht bietet der interessierten Öffentlichkeit in 100 Themenfeldern – jeweils auf wenige Seiten komprimiert – eine Fülle von Informationen, die sonst nur verstreut vorliegen und oft schwer zugänglich sind.

Aus der amtlichen Statistik lassen sich einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück »Lebensqualität« treffen. Angaben über den Gesundheitszustand der Menschen in Deutschland liefern u. a. die Mikrozensus-erhebungen. 1999 wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung zum Gesundheitszustand, dem Rauchverhalten, Impfschutz gegen Grippe (Influenza) und den Körpermaßen befragt.

Krankheit und Unfallverletzung

In der Mikrozensus-Stichprobe wurde gebeten, Angaben zu machen, ob man sich am Befragungstag oder in den vier Wochen davor in seinem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, dass man die übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: ob die Befragten krank sind oder nicht, hängt weitgehend von ihrer persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen »Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens« auszeichnen. Im April 1999 bezeichneten sich 7,1 Mill. Personen als krank und 0,5 Mill. Personen als unfallverletzt, d. h. insgesamt 7,6 Mill. Personen oder rund 10,7 % der Bevölkerung litten unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Bei den Frauen war der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen mit 11,1 % höher als bei den Männern (10,2 %). Frauen waren hauptsächlich wegen des höheren Anteils älterer Personen etwas stärker von Krankheit betroffen als Männer. Bei den Unfallverletzungen lag der Anteil der Männer mit 0,8 % höher als der Anteil der Frauen (0,6 %).

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen im April 1999

	Personen mit Angaben über ihre Gesundheit 1 000	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Personen mit Angaben	1 000	in % der Personen mit Angaben
Deutschland					
Insgesamt	71 355	7 108	10,0	500	0,7
Männlich	34 830	3 262	9,4	282	0,8
Weiblich	36 525	3 846	10,5	218	0,6

Krankheiten bzw. Unfallverletzungen wurden für Erwerbstätige in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung festgestellt. Dies ist größtenteils damit zu erklären, dass die Berufstätigkeit vorwiegend vor dem 65. Lebensjahr beendet wird. Möglicherweise schätzen sich Erwerbstätige, im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung, auch seltener als krank ein. Von 31,6 Mill. Erwerbstätigen mit Angaben zur Gesundheit hatten sich 1,3 Mill. Männer und 1,0 Mill. Frauen als krank bzw. unfallverletzt bezeichnet, was einem Anteil von 7,5 % entspricht (bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil 10,7 %).

Bei den ca. 500 000 Unfallverletzten ergaben sich geschlechtsspezifische Unfall-schwerpunkte. Freizeitunfälle waren bei Männern mit 33,7 %, Haushaltsunfälle bei Frauen mit 31,9 % häufigste Unfallursachen. An zweiter Stelle folgten bei den Männern (28,6 %) Arbeitsunfälle und bei den Frauen Freizeitunfälle (24,8 %).

Rauchverhalten

Im Rahmen der Mikrozensusbefragung vom April 1999 gaben 28,3 % der Bevölkerung in Deutschland im Alter von 15 Jahren und mehr an zu rauchen. Von den gegenwärtigen Nichtraucherinnen und Nichtrauchern hatte jede bzw. jeder Dritte früher zur Zigarette oder zu sonstigen Tabakwaren gegriffen. 73 % der Antwortenden hatte noch nie geraucht. Am häufigsten wurde in der Altersklasse der 15- bis unter 40-Jährigen geraucht (37 %), in den höheren Altersklassen zunehmend weniger. Bei den Befragten im Alter von 65 Jahren und mehr waren es nur noch 10 %. Von jenen, die regelmäßig Zigaretten konsumierten, rauchten etwa 18 % mehr als 20 Zigaretten täglich.

Tab. 2: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 1999
15 Jahre und älter, in Prozent

Rauchgewohnheiten	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Gegenwärtige Raucher/-innen	28,3	34,7	22,2
davon: regelmäßig	24,7	30,9	18,9
gelegentlich	3,6	3,8	3,3
Nichtraucher/-innen	71,7	65,3	77,8

Gripeschutzimpfung

Nach den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) soll die Impfung im Herbst (September, Oktober) vor Beginn der Influenza-Saison vorgenommen werden. Die Impfung ist besonders angezeigt bei Personen, die aufgrund ihrer Grunderkrankungen durch eine Influenza-Erkrankung gefährdet sind, z. B. bei Herzkrankheiten, Personen über 60 Jahre, sowie Personen, die durch ihren Beruf in erhöhtem Maße einer Infektion ausgesetzt sind oder selbst durch ihre Berufstätigkeit die Infektion auf andere übertragen können, z. B. in der Krankenversorgung tätige Personen. Entsprechend überproportional weist die Altersgruppe der über 60-Jährigen einen Gripeschutz auf. Geben insgesamt 14 % der Bevölkerung an, zwischen April 1998 und April 1999 eine Gripeschutzimpfung erhalten zu haben, sind es bei den über 60-Jährigen 29 %.

Körpermaße

Erstmals seit 1978 wurde im Rahmen der Mikrozensusbefragung 1999 wieder nach Körpergewicht und Körpergröße gefragt. Von Interesse ist hier das Verhältnis von Körpergröße und Körpergewicht, um zu ermitteln, ob Unter-, Normal- oder Übergewicht vorliegt. Es wird im sog. Body-Mass-Index (BMI) ausgedrückt. Dieser Index wird errechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt. Geschlecht und Alter bleiben unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von über 30 als stark übergewichtig. Danach hatten im April 1999 etwa 36 % der Erwachsenen (ab 18 Jahren) Übergewicht (BMI 25 bis unter 30); stark übergewichtig waren 12 % (BMI 30 und mehr).

Diese Körpermaße können als Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung herangezogen werden. Für die erwachsenen Bundesbürger ergab der Mikrozensus vom April 1999 folgendes Bild: Übergewicht steigt mit zunehmendem Alter und erreicht bei Männern wie auch bei Frauen im Alter von 65 bis unter 70 Jahren den höchsten Wert. In dieser Altersklasse waren 73 % der Männer und 60 % der Frauen übergewichtig. In den noch höheren Altersklassen nimmt der Anteil von Übergewichtigen bzw. stark Übergewichtigen wieder ab.

Männer (56 %) sind häufiger übergewichtig als Frauen (40 %). Dies gilt für alle Altersklassen. Starkes Übergewicht haben 12 % der Männer und 11 % der Frauen. Untergewicht (Body-Mass-Index kleiner als 18,5) wurde bei 2 % der erwachsenen Bevölkerung (4 % Frauen, 1 % Männer) ermittelt. Besonders häufig tritt Untergewicht bei den 18- bis unter 20-jährigen Frauen auf (16 %).

8.1.1 Diagnosen der Krankenhauspatienten

1999 wurden 16,2 Mill. Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vollstationär behandelt. Die häufigste Hauptdiagnose waren Krankheiten des Kreislaufsystems mit 2,8 Mill. Behandlungsfällen. Gut 1,9 Mill. Krankenhausaufent-

halte erfolgten wegen bös- und gutartigen Neubildungen. Eine Verletzung oder Vergiftung war in über 1,6 Mill. Fällen die Ursache für die Behandlung im Krankenhaus.

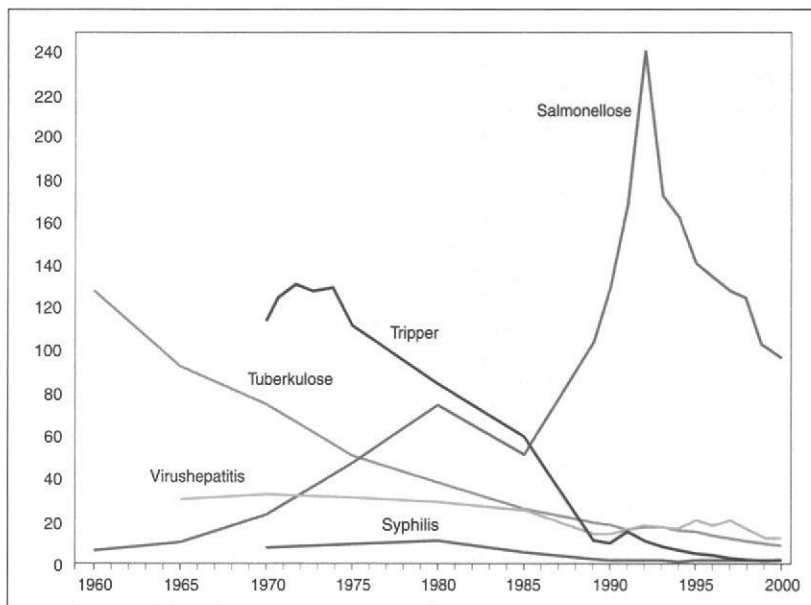
Der Anteil der Frauen an allen vollstationär Behandelten betrug 55 %. Von diesen insgesamt 8,9 Mill. Behandlungsfällen waren 1,1 Mill. durch eine Schwangerschaft bedingt. Männer waren hingegen vor allem wegen Krankheiten des Kreislaufsystems im Krankenhaus (1,4 Mill. Behandlungsfälle).

In 6,4 Mill. Fällen wurde in Verbindung mit der Hauptdiagnose eine Operation durchgeführt. Besonders häufig wurde bei Vorliegen von Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane operiert. Hier betrug der Anteil der operierten Patientinnen und Patienten rund 62 %.

8.1.2 Meldepflichtige Krankheiten und AIDS

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung und Hepatitis, sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Abb. 1: Entwicklung ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten¹
je 100 000 Einwohner



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einst gefürchtete Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch vereinzelt auf. Auch die Zahl der Tuberkuloseerkrankten ist in Deutschland seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000 Einwohner entfielen 1960 noch 127 Personen, die an dieser Krankheit litten. 1999 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 12. In absoluten Zahlen zeigt sich hier ein Rückgang der Zahl der Neuerkrankungen von 70 325 auf 9 974.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1975 und 1999 sank sie von rund 77 500 um 96 % auf 3 435. Bezogen auf 100 000 Einwohner ging die Zahl der Geschlechtskranken insgesamt von 125 im Jahr 1975 auf 4 im Jahr 1999 zurück.

An der Anfang der 80er-Jahre erstmals beobachteten Immunschwächekrankheit AIDS waren nach Aufzeichnungen des Robert-Koch-Instituts Ende Juni 1999 in Deutschland insgesamt 18 239 Personen erkrankt. Betroffen waren 16 106 Männer und 2 133 Frauen. Fast alle AIDS-Fälle (17 844) wurden dabei aus dem früheren Bundesgebiet gemeldet. Seit 1989 hat AIDS nach der Todesursachenstatistik in Deutschland bei 15 402 Personen zum Tode geführt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt die Anzahl der weltweit seit Ausbruch der Erkrankung bis Ende 1999 an AIDS Verstorbenen auf rund 16,3 Mill., davon allein 3,6 Mill. Kinder.

8.1.3 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1999 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung insgesamt 1,8 Mill. Arbeits- und Wegeunfälle angezeigt. Rund neun von zehn der angezeigten Fälle waren Arbeits-

Tab. 3: Arbeits- und Wegeunfälle

Jahr	Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle in 1 000				
	Ins-gesamt	Arbeits-unfälle	darunter mit Todesfolge	Wege-unfälle	darunter mit Todesfolge
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1970	2 647	2 392	4,3	255	1,9
1980	2 113	1 917	2,6	196	1,2
1989	1 775	1 602	1,5	173	0,7
<i>Deutschland</i>					
1992	2 332	2 069	1,8	262	0,9
1995	2 083	1 814	1,6	269	0,9
1996	1 918	1 658	1,5	260	0,8
1997	1 839	1 599	1,4	240	0,9
1998	1 834	1 585	1,3	249	0,8
1999	1 808	1 560	1,3	248	0,9

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Unfallverhütungsbericht Arbeit 1999.

unfälle. Insgesamt war etwa jeder 24. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. 1 293 Arbeitsunfälle endeten tödlich.

1999 wurden rund 83 700 Berufskrankheiten angezeigt (Verdachtsfälle). Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten betrug 19 402. Es wurden 5 993 Berufskrankheitenrenten neu gewährt.

So genannte physikalische Einwirkungen wurden mit 34 241 Verdachtsanzeigen am häufigsten als Ursache angezeigt. 45,3 % dieser Fälle gingen auf bandscheibenbedingte Erkrankungen zurück, bei über einem Drittel (36,4 %) war Lärm-

Tab. 4: Berufskrankheiten 1980 bis 1999¹

Berufskrankheiten	Nachweis	1980	1990	1995	1999
1 Chemische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	1 874	2 796	3 660	2 903
	Neue Rentenfälle	88	140	302	259
2 Physikalische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	20 263	15 200	40 094	34 241
	Neue Rentenfälle	3 321	1 483	2 484	1 680
3 Infektionserreger, Parasiten sowie Tropenkrankheiten	Verdachtsanzeigen	3 879	3 197	3 665	3 527
	Neue Rentenfälle	899	229	234	208
4 Erkrankungen der Atemwege, der Lunge, des Rippenfells und des Bauchfells	Verdachtsanzeigen	6 518	13 393	18 017	18 723
	Neue Rentenfälle	1 491	1 823	2 869	3 121
5 Hautkrankheiten	Verdachtsanzeigen	12 058	20 702	21 268	22 228
	Neue Rentenfälle	429	760	802	530
6 Sonstige Krankheiten	Verdachtsanzeigen	522	2 452	4 591	2 110
	Neue Rentenfälle	7	17	65	20
Fälle nach DDR-BekV-Recht	Verdachtsanzeigen	–	–	266	6
	Neue Rentenfälle	–	–	831	175
Zusammen	Verdachtsanzeigen	45 114	57 740	91 561	83 738
	Neue Rentenfälle	6 235	4 452	7 587	5 993

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Unfallverhütungsbericht Arbeit 1999.

schwerhörigkeit der Grund der Anzeige. Eine Berufskrankheitenrente aufgrund physikalischer Einwirkungen wurde 1999 in 1 680 Fällen bewilligt.

An zweiter Stelle der angezeigten Fälle rangierten Hautkrankheiten (22 228 Fälle). Am dritthäufigsten wurden Erkrankungen der Atemwege, der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells angezeigt (18 723 Fälle).

8.1.4 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten konnten in Deutschland stark eingedämmt werden und hatten 1999 nur

noch einen Anteil von 1,1 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Nahezu die Hälfte aller Todesfälle war im Jahr 1999 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen (48,0 %). Etwa jeder sechste Kreislauftote starb an akutem Herzinfarkt. Der Kreislauftod trat in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost mit 51,9 % aller Sterbefälle weitaus häufiger auf als im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost mit 47,1 %. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von 24,9 %. Davon entfielen 18,9 % auf Krebs der Atmungsorgane.

4,0 % der Sterbefälle insgesamt wurden 1999 durch Verletzungen und Vergiftungen verursacht. Bezogen auf 100 000 Einwohner starben 42 Menschen auf »unnatürliche« Weise. Die Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost bei 39 Getöteten je 100 000 Einwohner, in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost bei 55. Jeweils 10 Menschen von 100 000 Einwohnern wurden 1999 Opfer von Kraftfahrzeugunfällen. Rund 72 % der Opfer waren Männer. Unfälle durch Sturz forderten – bezogen auf 100 000 Einwohner – insgesamt 9 Menschenleben. Diese Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost (8) deutlich niedriger als in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost (14).

1999 schieden 14 von 100 000 Einwohnern Deutschlands durch Selbstmord aus dem Leben, wobei über 70 % der Opfer Männer waren. In den alten Bundesländern einschließlich Berlin-Ost lag die Suizidziffer bei 13, in den neuen Bundesländern ohne Berlin-Ost waren sogar 16 Suizide je 100 000 Einwohner zu beklagen.

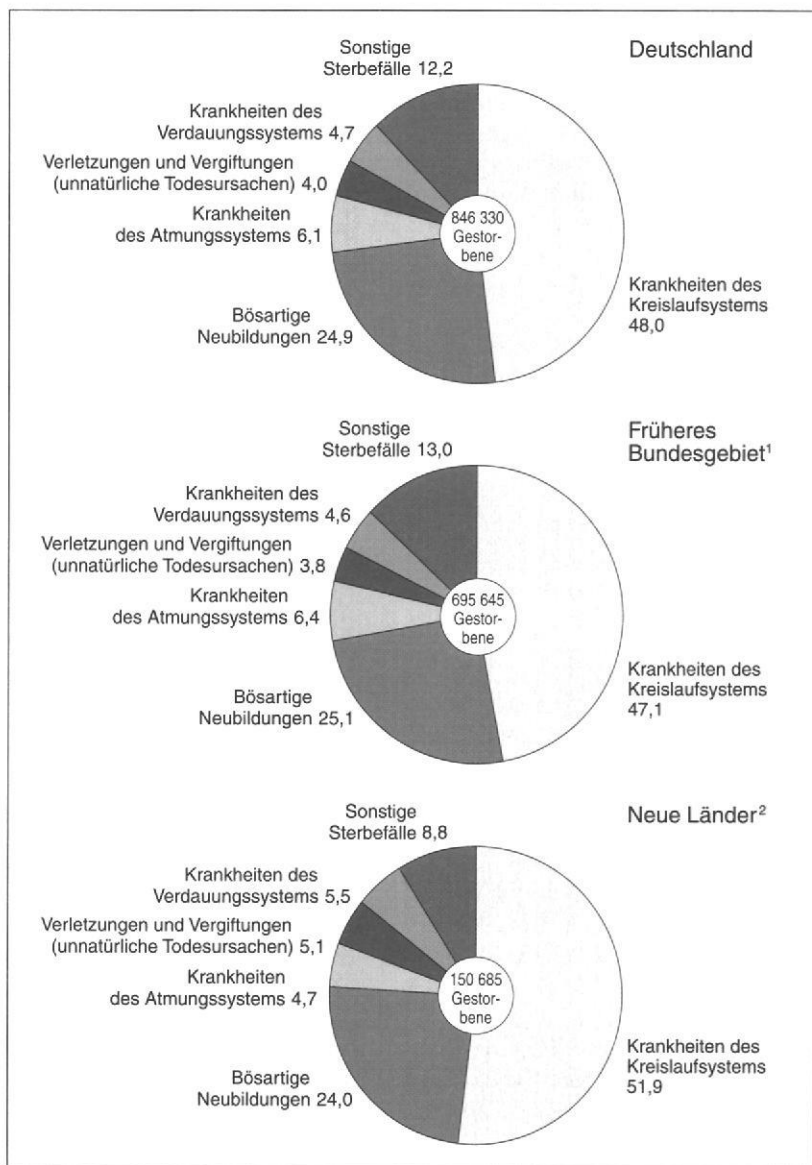
Alkoholmissbrauch führte 1999 bei 5 608 Personen, 4 486 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost und 1 122 in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost, zum Tod. Bezogen auf 100 000 Einwohner wurden damit allein 6,8 Sterbefälle durch Alkoholmissbrauch verursacht. Diese Sterbeziffer lag in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost (8) höher als im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost (7).

Medikamenten- und Drogenmissbrauch (ohne Alkohol) führte 1999 in 1 120 Fällen zum Tode. Die Sterbefälle traten fast ausschließlich in den alten Bundesländern auf (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost: 1 103 Gestorbene; neue Länder ohne Berlin-Ost: 17).

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1999 starben noch 5 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 34 im Jahre 1960.

An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1960 insgesamt 1 030 Mütter gestorben. 1999 waren 37 Müttersterbefälle zu beklagen. Je 100 000 Lebendgeborene belief sich die Zahl der gestorbenen Mütter im Jahr 1960 auf 106. 1999 verstarben je 100 000 Lebendgeborene 5 Mütter.

Abb. 2: Todesursachen 1999
in Prozent der Todesfälle



¹ Einschl. Berlin-Ost. – ² Ohne Berlin-Ost.

8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Berufstätige Ärztinnen und Ärzte

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte ist im Vergleich zu 1970 um insgesamt 132 % gestiegen. Rein rechnerisch entfielen im Jahr 2000 auf jede berufstätige Ärztin/jeden Arzt 279 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Die Anzahl der Zahnärztinnen und -ärzte hat sich seit 1970 um rund 64 % erhöht. Im Jahr 1970 hatten sie pro Kopf noch durchschnittlich 2 027 Einwohner zu betreuen, 2000 waren es nur noch 1 300 Einwohner.

Von den 294 676 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten arbeiteten 2000 jeweils rund 12 % in den Fachgebieten Innere Medizin und Allgemeinmedizin. In den chirurgi-

Tab. 5: Arztdichte

Jahr	Ärztinnen/Ärzte		Zahnärztinnen/Zahnärzte	
	Anzahl	Einwohner je Ärztin/Arzt	Anzahl	Einwohner je Zahnärztin/Zahnarzt
1970	126 909	615	38 524	2 027
1980	173 325	452	42 949	1 825
1985	198 845	391	48 610	1 598
1991	244 238	329	54 972	1 460
1995	273 880	299	60 616	1 350
1996	279 335	294	61 404	1 336
1997	282 737	290	62 024	1 323
1998	287 032	286	62 277	1 317
1999	291 171	282	62 564	1 313
2000	294 676	279	63 120	1 300

Quelle: (ab 1985) Bundesärztekammer.

schen Gebieten waren rund 6 % der Ärztinnen und Ärzte tätig. Der Anteil der Ärztinnen und Ärzte betrug in den Gebieten Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie der Anästhesiologie jeweils 5 %. Knapp 4 % arbeiteten in der Kinderheilkunde.

Ärztinnen und Ärzte ohne Fachgebiet hatten einen Anteil von 26 %. Aus Tab. 6 ist ersichtlich, dass der Anteil der Ärztinnen bei insgesamt 37 % lag. Allerdings gibt es ganz erhebliche Unterschiede in den einzelnen Fachgebieten. So lag der Anteil der Ärztinnen in den chirurgischen Gebieten, in der Orthopädie und in der Urologie weit unter diesem Durchschnitt. Lediglich auf 7,5 % belief sich der Anteil der Ärztinnen, die auf dem Gebiet der Urologie tätig waren. Hingegen betrug der Anteil der Frauen in der Kinderheilkunde 49,3 %.

Tab. 6: Berufstätige Ärztinnen und Ärzte am 31. 12. 2000
nach Fachgebiet und Geschlecht

Fachgebiet	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
Insgesamt	294 676	100	185 360	109 316
Ärztinnen/Ärzte mit Fachgebiet	195 304	66,3	134 190	61 114
Allgemeinmedizin	36 963	12,5	23 994	12 969
Anästhesiologie	14 827	5,0	8 827	6 000
Arbeitsmedizin	2 624	0,9	1 617	1 007
Augenheilkunde	6 336	2,2	3 768	2 568
Chirurgische Gebiete	17 004	5,8	14 948	2 056
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	14 815	5,0	8 747	6 068
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/ Phoniatry und Pädaudiologie	5 264	1,8	3 775	1 489
Haut- und Geschlechtskrankheiten	4 626	1,6	2 544	2 082
Innere Medizin	35 357	12,0	26 824	8 533
Kinderheilkunde	11 196	3,8	5 676	5 520
Nervenheilkunde	5 184	1,8	3 359	1 825
Neurologie	2 226	0,8	1 554	672
Orthopädie	7 422	2,5	6 621	801
Pathologische Gebiete	1 332	0,5	1 031	301
Psychiatrie	3 160	1,1	1 722	1 438
Psychiatrie und Psychotherapie	1 576	0,5	961	615
Radiologische Gebiete	6 505	2,2	4 679	1 826
Urologie	4 384	1,5	4 055	329
Sonstige Fachgebiete	14 503	4,9	9 488	5 015
Praktische Ärztin/Praktischer Arzt	8 508	2,9	4 168	4 340
Ärztinnen/Ärzte ohne Fachgebiet	76 580	26,0	39 594	36 986
Ärztin/Arzt im Praktikum	14 284	4,8	7 408	6 876

Quelle: Bundesärztekammer.

Rund 41 % aller Ärztinnen und Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 47 % arbeiteten in einem Krankenhaus, und 12 % waren hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, als angestellte Ärzte und Praxisassistenten oder in einer sonstigen ärztlichen Tätigkeit beschäftigt.

8.2.2 Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

In den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 1999 insgesamt 1 005 000 Personen im nichtärztlichen Dienst beschäftigt, darunter knapp ein Drittel (333 000) in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt betrug 80 %, der Anteil an den Teilzeitbeschäftigten 94 %.

Personalintensivster Bereich war mit 439 000 Beschäftigten der Pflegedienst, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst mit 179 000, dem Wirtschafts- und

Tab. 7: Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern
und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1999

Personalgruppe/ Berufsbezeichnung	Beschäftigte insgesamt	Davon:		Darunter:
		männlich	weiblich	Teilzeitbeschäftigte
Pflegedienst (Pflegebereich)	439 476	58 810	380 666	152 876
darunter:				
Krankenschwestern/-pfleger	342 868	48 560	294 308	112 692
Krankenpflegehelfer/-innen	27 476	3 683	23 793	10 216
Kinderkrankenschwestern/-pfleger	41 281	473	40 808	16 718
Medizinisch-technischer Dienst	178 813	26 844	151 969	61 043
darunter:				
Med.-techn. Radiologie- assistenten/-innen	15 618	1 355	14 263	4 888
Med.-techn. Laboratoriums- assistenten/-innen	24 543	1 032	23 511	8 755
Krankengymnasten/-innen	23 519	4 465	19 054	6 090
Funktionsdienst	103 242	21 318	81 924	31 866
darunter:				
Personal im Operationsdienst	30 394	6 292	24 102	7 174
Personal in der Anästhesie	14 693	4 926	9 767	3 272
Personal in der Ambulanz und in Polikliniken	13 329	2 078	11 251	4 894
Klinisches Hauspersonal	39 678	960	38 718	20 775
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	104 477	27 096	77 381	35 111
Technischer Dienst	26 079	24 703	1 376	1 582
Verwaltungsdienst	79 918	23 154	56 764	23 377
Sonderdienste	7 308	2 042	5 266	2 615
Sonstiges Personal	26 190	14 625	11 565	4 133
Insgesamt	1 005 181	199 552	805 629	333 378

Versorgungsdienst mit 104 000, dem Funktionsdienst mit 103 000 und dem Verwaltungsdienst mit 80 000 Beschäftigten.

8.2.3 Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Ende 1999 gab es in Deutschland 3 650 Einrichtungen mit insgesamt knapp 755 000 Betten zur stationären Versorgung von Patientinnen und Patienten; davon waren 2 252 Krankenhäuser mit 565 000 Betten und 1 398 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 190 000 Betten. Die Anzahl der im Berichtsjahr 1999 auf Station behandelten Patientinnen und Patienten betrug 18,2 Mill. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 12,0 Tagen.

Gegenüber 1970 ist die Zahl der stationär behandelten Patientinnen und Patienten um 7 Mill. (+ 62,5 %) im Jahr 1999 gestiegen. Zugleich ist die durchschnittliche Verweildauer um gut die Hälfte (- 51,2 %) auf 12 Tage gesunken.

Während die gestiegenen Fallzahlen ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit sind, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

Tab. 8: Stationäre Einrichtungen, Betten, Patientinnen/Patienten und durchschnittliche Verweildauer

Jahr	Einrichtungen Anzahl	Betten 1 000	Stationär behandelte Patienten Mill.	Durch- schnittliche Verweildauer in Tagen
1970	4 213	873	11,2	24,6
1980	3 783	880	13,5	19,6
1990 ¹	3 510	818	15,1	16,7
1995	3 698	791	16,9	14,2
1996	3 673	784	17,1	13,5
1997	3 645	769	17,1	12,5
1998	3 658	763	17,7	12,3
1999	3 650	755	18,2	12,0

1 Ab 1990 ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

8.3 Schwangerschaftsabbrüche

Mit dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz vom 21. August 1995 erfolgte die Neuregelung des Rechts des Schwangerschaftsabbruchs, die infolge der deutschen Einheit notwendig geworden war. Damit wurde zugleich die vom Bundesverfassungsgericht grundsätzlich gebilligte Beratungsregelung mit den im Urteil vom 28. Mai 1993 aufgeführten Vorgaben umgesetzt. Die Neuregelung hatte erhebliche Auswirkungen auf die Statistik.

Durch die Verpflichtung der Ärzte, die in Praxen oder Krankenhäusern Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, bei der Meldung die Adresse der Einrichtung anzugeben, konnte die Untererfassung erheblich abgebaut werden. Während 1995 der Bundesstatistik 97 937 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet wurden, waren es 1996 130 899. Schon wegen dieser letzten gesetzlichen und methodischen Änderung, der zahlreiche andere vorausgingen, ist eine Zeitreihendarstellung nicht sinnvoll. Auch wenn in den vergangenen Jahren weitere erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, den Kreis der Berichtspflichtigen zu erweitern, muss immer noch davon ausgegangen werden, dass nicht alle Schwangerschaftsabbrüche gemeldet werden.

Die Bundesstatistik ermöglicht trotz dieses Vorbehalts Feststellungen über die wichtigsten Ursachen für die Abbrüche von Schwangerschaften und gibt Hin-

weise auf die Lebensumstände der betroffenen Frauen. Für die politisch verantwortlichen Stellen bietet die Statistik Grundlagen für Entscheidungen über Hilfen für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen und zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Im Berichtsjahr 2000 wurden in Deutschland 134 609 Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet. Fast die Hälfte der Frauen (49 %) waren verheiratet, 45 % ledig. In 5 % aller Fälle handelt es sich um Minderjährige. 38 % der Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren. In 26 % der Fälle hatte die Schwangere ein und in 35 % aller Fälle mehrere Kinder zu versorgen. Als rechtliche Begründung für den Schwangerschaftsabbruch wird mit 97 % die Beratungsregelung angegeben, in 3 % der Fälle erfolgte er nach Stellung der medizinischen bzw. kriminologischen Indikation.

Tab. 9: Schwangerschaftsabbrüche 2000 nach vorangegangenen Lebendgeborenen und Alter der Schwangeren

Altersgruppe in Jahren	Ins- gesamt	Davon nach vorangegangenen Lebendgeborenen					
		keine	1	2	3	4	5 u. mehr
Insgesamt	134 609	51 687	34 268	33 361	11 040	2 900	1 353
unter 15	574	569	2	2	1	–	–
15 – unter 18	5 763	5 528	216	19	–	–	–
18 – unter 20	9 167	7 887	1 140	126	13	1	–
20 – unter 25	28 584	17 682	7 389	2 821	559	101	32
25 – unter 30	29 212	10 084	9 182	7 222	2 073	512	139
30 – unter 35	30 361	6 348	9 065	10 329	3 333	895	391
35 – unter 40	22 359	2 771	5 474	9 228	3 442	949	495
40 – unter 45	7 891	773	1 664	3 326	1 469	407	252
45 und mehr	698	45	136	288	150	35	44

Häufigste Abbruchmethode ist mit 83 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode); 3 % der Abbrüche wurden mit dem Ende 1999 eingeführten Mittel Mifegyne[®] durchgeführt. Überwiegend wurden die Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen vorgenommen (69 %).

8.4 Schwerbehinderte

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die Schwerbehinderten erfasst. Als solche gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1999 waren bei den Versorgungsämtern

Tab. 10: Schwerbehinderte am 31. 12. 1999

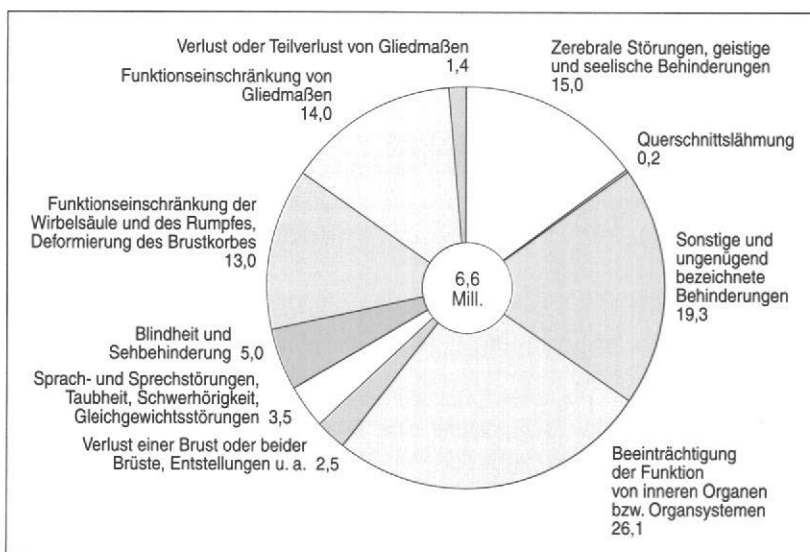
Schwerbehinderte	Ins- gesamt 1 000	Im Alter von ... Jahren			
		unter 25	25–54	55–64	65 u. mehr
		%			
Insgesamt	6 633	3,9	20,4	24,3	51,3
Männer	3 497	4,3	21,2	27,6	46,9
Frauen	3 136	3,5	19,6	20,6	56,3

6,6 Mill. amtlich anerkannte Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 8 % der Bevölkerung. Über die Hälfte dieses Personenkreises (52,7 %) waren Männer.

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke »Alterslastigkeit«. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Drei Viertel (75,6 %) der Schwerbehinderten waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25-Jährigen war mit 3,9 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 86,2 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 2,5 % der Schwerbehinderten hatten dauernde Schäden im Krieg, im Wehr- oder Zivildienst erlitten, und in 4,5 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 2,5 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Abb. 3: Schwerbehinderte 1999



Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen mit einem Anteil von 26,1 %. Darunter befanden sich allein 756 000 Herz- und Kreislaufranke, das sind 11,4 % aller Schwerbehinderten. Am zweithäufigsten waren bei den körperlichen Behinderungen die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (14,0 %). Bei 13,0 % der Schwerbehinderten lagen Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie einer Deformierung des Brustkorbes vor. In 5,0 % der Fälle lag Blindheit oder Sehbehinderung vor. Auf zerebrale Störungen sowie geistige Behinderungen und seelische Behinderungen entfielen zusammen 15,0 %.

8.5 Ausgaben für Gesundheit

Die Ausgaben für die Erhaltung der Gesundheit, für Behandlung, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden für das Berichtsjahr 1998 erstmalig nach der neuen Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) präsentiert. Die neue GAR stellt eine Weiterentwicklung des alten Rechensystems mit stärkerer Orientierung am System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. Durch sie sind verbesserte Analysen und detailliertere Darstellungen der Ausgaben für Gesundheit möglich. Zur Verwirklichung dieser Ziele wurden die Darstellungsdimensionen der alten GAR (Ausgabenträger, Leistungsarten, Ausgabenarten) um eine vierte Dimension, nämlich die Klassifikation nach Einrichtungen, erweitert. Zusätzlich wurde die bereits in der alten GAR enthaltene Klassifikation nach Leistungsarten für die neue GAR weiterentwickelt. Einkommensleistungen wie z. B. Zahlungen von Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeldern, vorzeitige Renten oder Entgeltfortzahlungen sind nicht mehr in den Gesundheitsausgaben enthalten, sondern werden separat ausgewiesen. Aufgrund der neu angewandten Methodik und der neuen Abgrenzungen sind die dargestellten Resultate der neuen GAR nicht mit den in den Vorjahren veröffentlichten »Ausgaben für Gesundheit« vergleichbar. Auf die Darstellung von Zeitreihen muss aufgrund der Umsetzung des neuen Rechensystems verzichtet werden. Lediglich für das Referenzjahr 1996 wurden bereits Ergebnisse nach der neuen GAR zum Vergleich berechnet.

Im Jahr 1998 wurden für die Gesundheit in Deutschland insgesamt 211,0 Mrd. Euro ausgegeben. Pro Kopf der Bevölkerung errechnete sich ein Betrag von 2 570 Euro, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag bei 10,9 %.

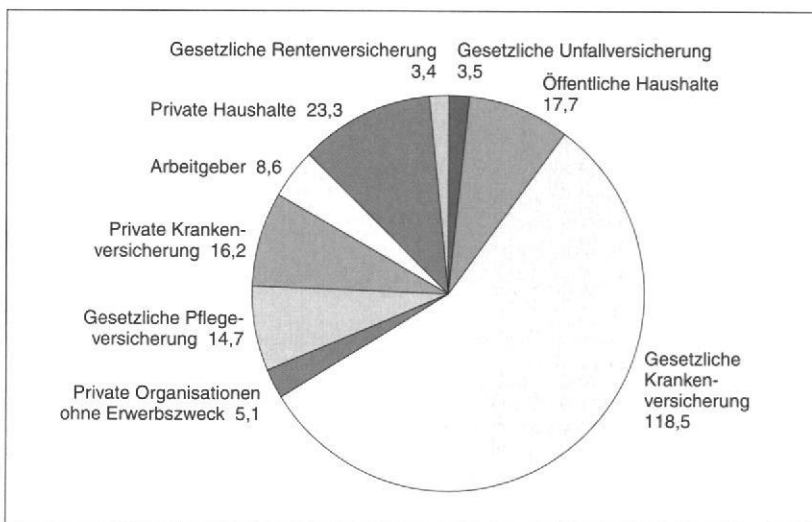
Ein Vergleich der Ausgaben von 1998 mit denjenigen des Referenzjahres 1996 zeigt einen Anstieg der gesamten Gesundheitsausgaben um 3,5 Mrd. Euro von 207,5 Mrd. Euro auf 211,0 Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit haben sich von 2 530 Euro im Jahr 1996 gegenüber 1998 um 40 Euro erhöht. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ging dagegen von 11,3 % (1996) um 0,4 Prozentpunkte zurück.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist in Deutschland der größte Ausgaben-träger: Mit 118,5 Mrd. Euro finanzierte sie mehr als die Hälfte (56,1 %) aller Gesundheitsausgaben. An zweiter Stelle stehen die privaten Haushalte. Sie gaben insgesamt 23,3 Mrd. Euro (11 %) für Gesundheitsleistungen aus.

Im Vergleich zu 1996 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nur um 1,4 % angestiegen. Die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung haben demgegenüber einen enormen Zuwachs um 34,2 % erfahren. Dies ist vor allem auf die Einführung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung zum 1. Juli 1996 zurückzuführen.

55,0 Mrd. Euro bzw. gut 26 % des Gesamtbetrages wurden für Waren (Arzneimittel, Hilfsmittel, Zahnersatz sowie Implantate, Blutprodukte und medizinischer

Abb. 4: Ausgaben für Gesundheit 1998 nach Ausgabenträgern
in Mrd. EUR



Bedarf) aufgewendet. Die ärztlichen Leistungen beanspruchten 54,6 Mrd. Euro und somit 25,9 % der Gesamtausgaben. Für pflegerische und therapeutische Leistungen waren 45,1 Mrd. Euro (21,4 %) erforderlich.

Gegenüber 1996 wurden damit 4,4 % mehr für den Leistungsbereich »Waren« aufgewendet. Die Ausgaben für ärztliche Leistungen stiegen um 1,4 %, diejenigen für pflegerische und therapeutische Leistungen um 2,0 %.

Bei einer Betrachtung der Gesundheitsausgaben nach Einrichtungen ist sowohl die ambulante Gesundheitsversorgung als auch die stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung von besonderer Bedeutung. Für Leistungen in Arztpra-

Tab. 11: Ausgaben für die Gesundheit 1998
nach Leistungsarten und Einrichtungen

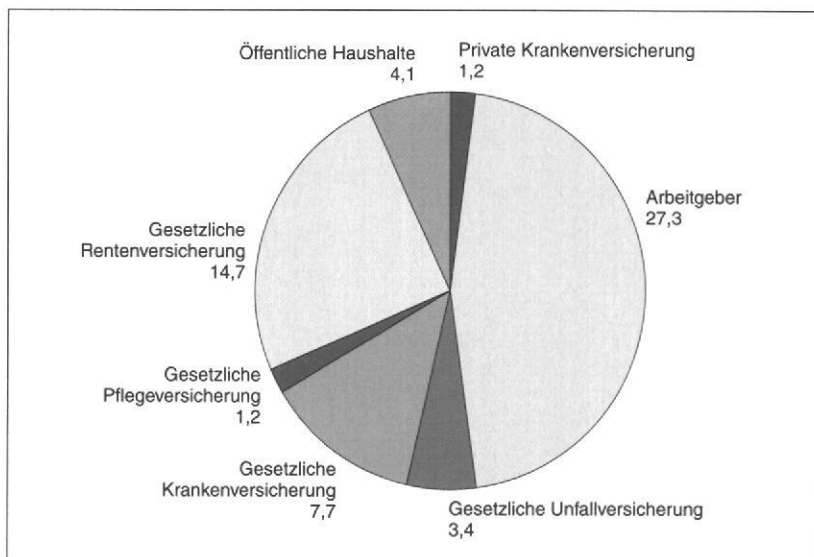
	Mrd. EUR	%
<i>Leistungsarten</i>		
Prävention/Gesundheitsschutz	8,9	4,2
Ärztliche Leistungen	54,6	25,9
Pflegerische und therapeutische Leistungen	45,1	21,4
Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	6,7	3,2
Unterkunft und Verpflegung	14,9	7,0
Waren	55,0	26,1
davon:		
Arzneimittel	30,1	14,3
Hilfsmittel	11,6	5,5
Zahnersatz	5,9	2,8
Implantate, Blutprodukte, medizinischer Bedarf	7,4	3,5
Transporte	3,2	1,5
Verwaltungsleistungen	11,0	5,2
Forschung/Ausbildung	4,1	1,9
Nicht aufteilbare Ausgaben	7,8	3,7
<i>Einrichtungen</i>		
Gesundheitsschutz	5,1	2,4
Ambulante Gesundheitsversorgung	95,4	45,2
darunter:		
Arztpraxen	28,3	13,4
Zahnarztpraxen	12,8	6,1
Apotheken	26,8	12,7
Stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung	80,7	38,2
darunter:		
Krankenhäuser	60,7	28,8
Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	6,2	3,0
Krankentransporte/Rettungsdienste	2,6	1,2
Verwaltung	11,2	5,3
Sonstige Wirtschaftszweige	7,7	3,7
Ausland	0,4	0,2
Nicht aufteilbare Ausgaben	7,8	3,7
Gesundheitsausgaben	211,0	100

zen, aus Apotheken und anderen ambulanten Einrichtungen wurden 1998 95,4 Mrd. Euro ausgegeben. Das entspricht 45,2 % des Gesamtbetrages. Die Ausgaben für Leistungen in Krankenhäusern und sonstigen stationären und teilstationären Einrichtungen beliefen sich auf 80,7 Mrd. Euro (38,2 %).

Zwischen 1996 und 1998 sind die Ausgaben der ambulanten sowie der teilstationären Gesundheitseinrichtungen lediglich um 3,5 % bzw. 2,0 % angestiegen.

Im Jahr 1998 wurden von den Ausgabenträgern insgesamt 59,6 Mrd. Euro als Einkommensleistungen ausgezahlt. Darunter sind Zahlungen von Kranken- und Übergangsgeldern, vorzeitige Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie

Abb. 5: Einkommensleistungen 1998 nach Ausgabenträgern
in Mrd. EUR



Entgeltfortzahlungen bei Krankheit und Mutterschaft zu verstehen. Die Arbeitgeber trugen dabei mit 27,3 Mrd. Euro fast die Hälfte aller Einkommensleistungen. Die gesetzliche Rentenversicherung wendete 14,7 Mrd. Euro und die gesetzliche Krankenversicherung 7,7 Mrd. Euro auf.

Insgesamt sind die Einkommensleistungen von 1996 bis 1998 um 5,5 % gesunken. Die Ausgaben der Arbeitgeber sanken dabei um 4,7 %, die der gesetzlichen Krankenversicherung um 22,7 %. Bei den Einkommensleistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung ist von 1996 bis 1998 dagegen ein Zuwachs von 26,1 % zu verzeichnen. Dieser resultiert aus dem Anstieg der Zahl der Pflegepersonen, für die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung erbracht wurden.

Weitere Informationen zum Thema Gesundheit siehe Teil II, Kap. 6.

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Gelegt wurde der Grundstein im Jahre 1881 mit der von Otto von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung. Zwei Weltkriege mit tief greifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Heute fließt ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit) in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird – auch angesichts von Finanzierungsproblemen – eine rege Debatte über notwendige Reformen geführt. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Diskussionen um die Ausgestaltung der Sozialhilfe und die Rentenreform zum 1. Januar 2002.

9.2 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 1999 für Deutschland auf rund 668 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, belief sich 1999 für Deutschland auf 33,7 %.

Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte.

9.3 Die Bestandteile des Sozialbudgets

Mit 68 % hatte 1999 das so genannte »Allgemeine System« der sozialen Sicherung den größten Anteil am Sozialbudget. Es umfasst die Sozialversicherungen sowie das Kinder- und Erziehungsgeld. Die »indirekten Leistungen« waren der zweit-

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 1999

Institution	Leistungen insgesamt		Finanzierung durch		
			Beiträge der		Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln
			Ver-sicherten	Arbeit-geber	
	Mrd. EUR	%	Mill. EUR		
Sozialbudget insgesamt	668,0	100,0	208 404	223 752	233 770
Allgemeine Systeme	439,6	65,8	202 193	150 886	88 954
Rentenversicherung	210,1	31,4	83 120	69 875	61 950
Pflegeversicherung	16,3	2,4	10 398	5 754	–
Krankenversicherung	129,8	19,4	84 691	42 685	1 154
Unfallversicherung	10,4	1,6	1 258	8 773	372
Arbeitsförderung	69,5	10,4	22 726	23 800	21 860
Kindergeld	0,1	0,0	–	–	96
Erziehungsgeld	3,5	0,5	–	–	3 523
Sondersysteme	5,2	0,8	4 932	418	2 552
Alterssicherung der Landwirte	3,4	0,5	838	–	2 552
Versorgungswerke	1,8	0,3	4 094	418	–
Leistungssysteme des öffentl. Dienstes	49,0	7,3	148	21 852	19 300
Pensionen	33,1	5,0	148	13 536	13 198
Familienzuschläge	7,3	1,1	–	–	6 037
Beihilfen	8,6	1,3	–	8 316	64
Arbeitgeberleistungen	52,4	7,8	1 130	50 594	928
Entgeltfortzahlung	24,8	3,7	–	24 780	–
Betriebliche Altersversorgung	14,1	2,1	634	19 025	–
Zusatzversorgung	7,8	1,2	496	5 674	591
Sonst. Arbeitgeberleistungen	5,7	0,9	–	1 116	337
Entschädigungen	7,1	1,1	–	–	7 295
Soziale Entschädigung	5,4	0,8	–	–	5 555
Lastenausgleich	0,2	0,0	–	–	161
Wiedergutmachung	1,4	0,2	–	–	1 439
Sonst. Entschädigungen	0,1	0,0	–	–	141
Soziale Hilfen und Dienste	48,4	7,2	–	–	48 347
Sozialhilfe ¹	25,7	3,8	–	–	25 677
Jugendhilfe	16,8	2,5	–	–	16 796
Ausbildungsförderung	0,9	0,1	–	–	879
Wohngeld	3,9	0,6	–	–	3 901
Förderung der Vermögens-bildung	1,1	0,2	–	–	1 093
Indirekte Leistungen	66,4	9,9	–	–	66 394
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	36,9	5,5	–	–	36 893
Familienleistungsausgleich (FLA)	29,5	4,4	–	–	29 502
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	541,3	81,0	173 042	196 272	191 939
Neue Länder und Berlin-Ost	126,7	19,0	35 361	27 479	41 831

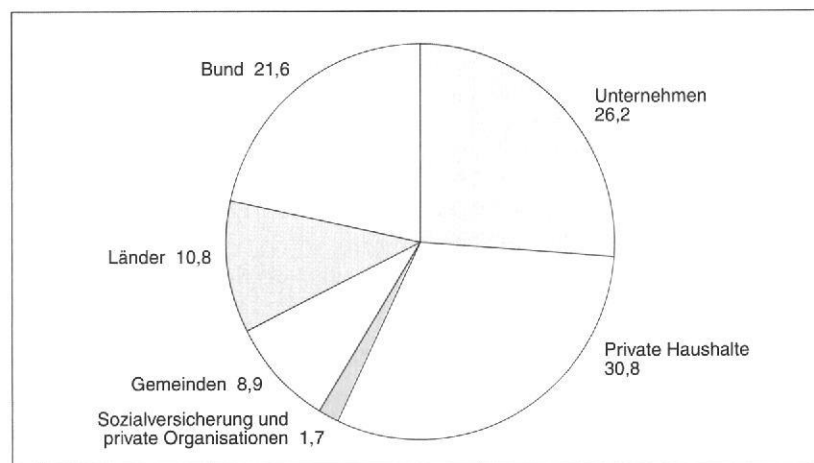
1 Einschl. Leistungen an Asylbewerber.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

größte Posten des Sozialbudgets (9,9 %). Hierzu gehören insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen wie das Splitting-Verfahren für Ehegatten und der Familienleistungsausgleich. »Soziale Hilfen und Dienste« bildeten mit einem Anteil von 7,2 % den drittgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung, Wohngeld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefasst.

Durch »Arbeitgeberleistungen« wurden insgesamt 52,4 Mrd. Euro aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes« hatten 1999 mit 49,0 Mrd. Euro einen Anteil

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 1999 nach Quellen
in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

von 7,3 % am Sozialbudget. Wie bei den »Allgemeinen Systemen« steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Die Bedeutung der »Entschädigungsleistungen« verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Krieges und der Kriegsfolgen versucht der Staat, einen materiellen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1999 wurden 7,3 Mrd. Euro für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben.

Die so genannten »Sondersysteme«, d. h. die Alterssicherung der Landwirte (1999: 3,4 Mrd. Euro) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1999:

1,8 Mrd. Euro), umfassten zusammen 0,8 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung dieser Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 1999 lagen ihre Leistungen bei 222 Mrd. Euro, das sind 33,3 % des Sozialbudgets. Rund 43,4 Mill. Versicherte gab es in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung).

Von den Mitte 1999 gezahlten 22,4 Mill. Renten waren 73 % Versichertenrenten, 27 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 188,1 Mrd. Euro 1999 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 14,1 Mrd. Euro für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 4,1 Mrd. Euro für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter lag 1999 für Männer bei 829 Euro, für Frauen bei 402 Euro. In der An-

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 1999

	Deutsch- land	Rentenversicherung der		Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung
		Arbeiter	Ange- stellten	
1 000				
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924 ¹	43 464	20 741	22 218	396
Rentenbestand	22 408	12 862	8 547	999
Mrd. EUR				
Einnahmen	227,4	109,7	103,4	14,3
Darunter Beiträge (Soll)	160,5	68,0	91,1	1,3
Ausgaben	222,5	109,3	98,9	14,3
EUR				
Durchschnittliche Versichertenrente				
Frauen	485	402	585	636
Männer	955	829	1 110	1 267

¹ Ergebnis des Mikrozensus April 2000.

Tab. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 1999

Rentenbetrag in EUR/Monat von ... bis unter ...	Versichertenrenten				Renten wegen Todes	
	Männer	%	Frauen	%	Witwen/Wit- wer-Renten	%
unter 50	79 036	1,1	96 216	1,0	161 493	3,0
50 – 251	453 986	6,2	2 443 200	26,4	821 759	15,2
251 – 501	561 014	7,7	2 366 820	25,6	1 644 711	30,3
501 – 752	1 145 361	15,7	3 172 575	34,3	1 990 881	36,7
752 – 1 002	1 638 969	22,4	798 886	8,6	705 111	13,0
1 002 – 1 253	1 925 465	26,3	294 290	3,2	83 816	1,5
1 253 und mehr	1 510 025	20,6	84 832	0,9	16 004	0,3
Insgesamt	7 313 856	100	9 256 819	100	5 423 775	100

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

gestelltenversicherung bekam ein Mann durchschnittlich 1 110 Euro, eine Frau 585 Euro. Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich unter anderem dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausübten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet.

Die Renten in Deutschland sind in ihrer Höhe breit gestreut. 1999 waren Versichertenrenten bei Männern von 1 002 Euro bis 1 253 Euro am häufigsten (26,3 %), bei den Versichertenrenten der Frauen war die Größenklasse von 501 Euro bis 752 Euro am häufigsten anzutreffen (34,3 %).

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten »Umlageverfahren«. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des »Generationenvertrages« die Renten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gestern bezahlen.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt momentan 19,1 % des Bruttolohns. Durch die Beitragseinnahmen wurden insgesamt rund 71 % der Gesamteinnahmen finanziert. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 21 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden mögliche Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder die Zahl der Beitragszahler sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. langfristig, dass dieses Verhältnis ungünstiger wird, d. h. im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen, muss durch geeignete Maßnahmen (Beitragserhöhungen, höhere Bundeszuschüsse, geringere Anpassung der Renten u. A.) versucht werden, das System im Gleichgewicht zu halten.

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod sowie die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.).

Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbstständigen pflichtversichert.

Im Jahresdurchschnitt standen 1999 insgesamt 73,4 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 29,3 Mill. waren Pflichtmitglieder, 6,3 Mill. freiwillige Mitglieder und 15,3 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 22,6 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 1999 auf rund 131 Mrd. Euro; das entspricht einem Anteil von 19,5 % am Sozialbudget. Den stärksten Kostenblock bildeten – wie Tab. 4 zeigt – die Krankenhausbehandlungen mit rund 41,5 Mrd. Euro.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung
in Mrd. EUR

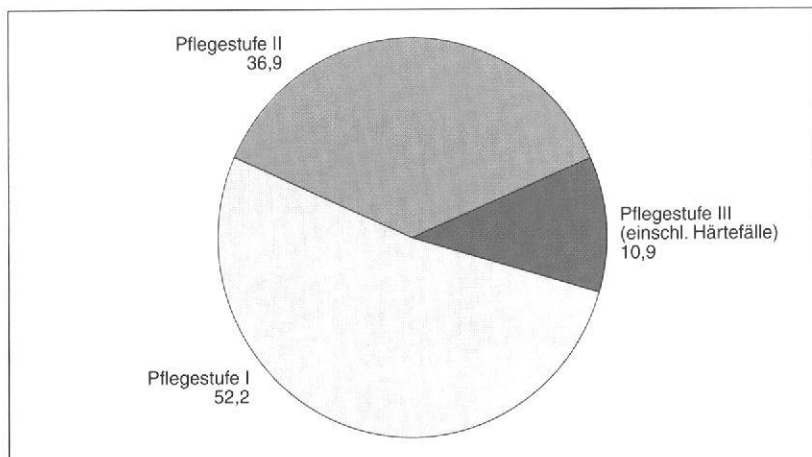
Art der Ausgaben	1998	1999
Ausgaben insgesamt	127,4	130,9
darunter:		
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	28,6	28,8
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	3,0	3,3
Krankenhausbehandlung	41,4	41,5
Krankengeld	7,0	7,1
Verwaltungskosten	6,8	7,2

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

9.6 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit

Abb. 2: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung 1999
nach Pflegestufen
in Prozent



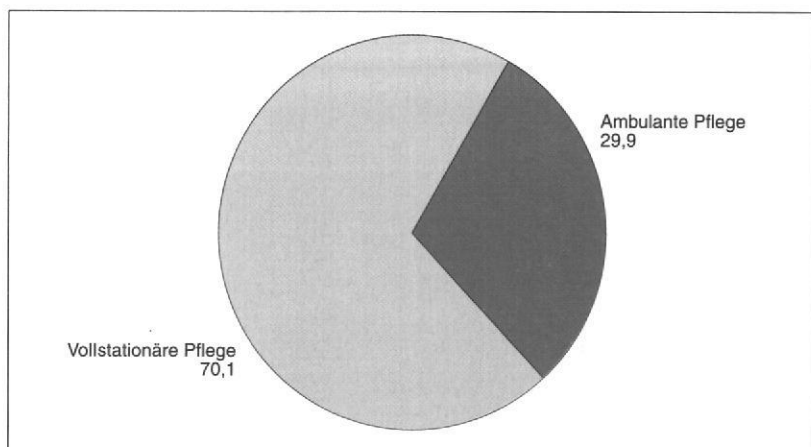
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben.

Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen. Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der in drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erfolgt. Für die stationäre Pflege liegen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung bei bis zu 1 687 Euro. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen Vertragspartner der Pflegekassen, z. B. durch eine Sozialstation. Mit dem Pflegegeld kann der oder die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich bis zu 665 Euro gewährt, Pflegesachleistungen bis zu einem Wert von 1 917 Euro. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich.

1999 waren in der gesetzlichen Pflegeversicherung 71,4 Mill. Personen versichert. Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten 1,83 Mill. Pflegebedürftige. 1,28 Mill. von ihnen wurden ambulant versorgt und 0,55 Mill. stationär. 52,2 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 36,9 % zugeordnet und der Stufe III (ein-

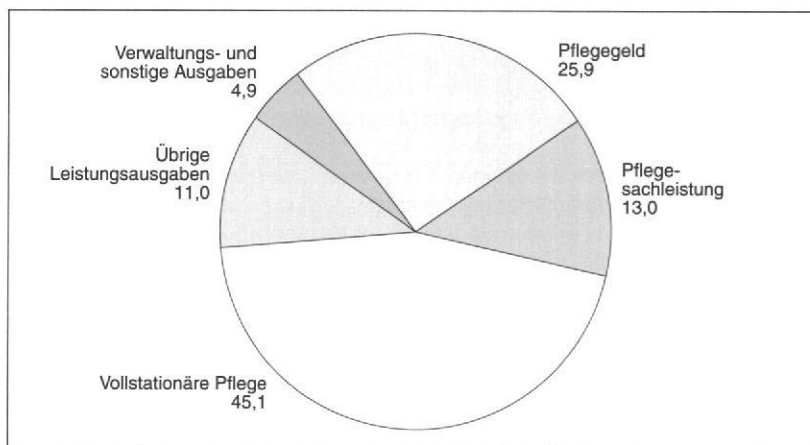
Abb. 3: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung 1999
nach Leistungsarten in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

schließlich Härtefälle) 10,9 %. Von den Ausgaben entfielen 43,8 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 25,9 % wurden für Pflegegeld und 13,1 % für Pflegesachleistungen verwendet. 16,5 % entfielen auf übrige Leistungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Abb. 4: Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung 1999 in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Im Sozialbudget sind die Leistungen der Pflegeversicherung 1999 mit 16,3 Mrd. Euro verbucht. Dies entspricht einem – verglichen mit der Renten- bzw. Krankenversicherung – eher geringen Anteil von 2,4 %. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, fiel in den meisten Bundesländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weg. Der Beitrag lag bis Mitte 1996 bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 Prozent erhöht. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.6.1 Pflege in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten

Rund die Hälfte (49 %) der gesamten Pflegebedürftigen wurde 1999 durch ambulante Pflegedienste oder Pflegeheime betreut. Bundesweit wurden in den nahezu 8 900 Pflegeheimen rund 570 000 Pflegebedürftige versorgt. Im Schnitt wurden somit in einem Pflegeheim 65 Pflegebedürftige betreut. Monatlich entrichteten die Pflegebedürftigen in der höchsten Pflegeklasse im Mittel rund 2 505 Euro an das Heim für Pflege und Unterbringung.

In den Heimen waren 440 000 Personen beschäftigt. Fast die Hälfte der Beschäftigten (48 %) arbeitete in Vollzeit. Von den im Pflegebereich Tätigen hatten 28 % eine Ausbildung als Altenpflegerin bzw. Altenpfleger.

Durch die 10 800 ambulanten Dienste wurden im selben Jahr rund 415 000 Pflegebedürftige betreut; das sind durchschnittlich 38 Pflegebedürftige je Pflegedienst. Von den 184 000 Beschäftigten war die Mehrheit (64 %) in Teilzeitbeschäftigung tätig. Im ambulanten Bereich war »Krankenschwester/-pfleger« der wichtigste Ausbildungsberuf: 38 % des Pflegepersonals besaßen diesen Abschluss.

9.7 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit werden über den 1927 eingeführten Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus zusätzliche Akzente der Arbeitsmarktpolitik gesetzt: gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung gewannen in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung.

Die Ausgaben für die Arbeitsförderung der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes betrugen 1999 rund 51,7 Mrd. Euro. Ein Jahr zuvor waren es 50,5 Mrd.

Euro gewesen. 1999 wurden von den Gesamtausgaben 24,9 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld und 15,6 Mrd. Euro für Arbeitslosenhilfe aufgewendet. Zusammen flossen somit 78,2 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen. Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 1999 rund 1,83 Mill. Menschen Arbeitslosengeld und 1,50 Mill. Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, dass von den 4,10 Mill. Arbeitslosen 80 % Anspruch auf Leistungen hatten, 20 % gingen leer aus. Gründe hierfür waren, dass die Betroffenen aufgrund zu kurzer vorhergehender Beschäftigungszeit keinen Anspruch auf diese Leistungen erworben hatten, die Anspruchsfrist abgelaufen war oder keine Bedürftigkeit anerkannt wurde.

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose mit Kindern bei 67 % des letzten Nettoeinkommens und für Arbeitslose ohne Kinder bei

Tab. 5: Daten der Arbeitsförderung 1998 und 1999

	1998	1999
	<i>1 000</i>	
Arbeitslose	4 279,3	4 099,2
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 987,2	1 828,7
Empfänger von Arbeitslosenhilfe	1 504,1	1 494,7
	<i>Mill. EUR</i>	
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	46 572	47 954
darunter Beiträge	44 056	45 141
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	50 542	51 693
darunter:		
Arbeitslosengeld	27 010	24 863
Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	5 624	5 967
Mittel des Bundes		
Ausgaben insgesamt	17 518	17 470
darunter:		
Arbeitslosenhilfe	15 563	15 581

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

60 %. Die Arbeitslosenhilfe beträgt 57 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 53 % für Personen ohne Kinder.

Die Ausgaben der Arbeitsförderung werden überwiegend durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Beitragssatz liegt bei 6,5 % des Bruttoarbeitsentgelts. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von Arbeitgeberseite werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

9.8 Kindergeld/Familienleistungsausgleich

Das Kindergeld sowie der Kinder- und Betreuungsfreibetrag dienen der Steuerfreistellung des Existenzminimums für Kinder bei der Einkommensteuer und der Familienförderung. Soweit die Wirkung des Kindergeldes über die Steuerfreistellung hinausgeht, ist es ein Zuschuss zum Unterhalt der Kinder und damit ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zu mehr Chancengleichheit im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Ob der Bezug von Kindergeld oder der Steuerfreibetrag günstiger ist, wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geprüft. Dabei wird das Kindergeld mit der Entlastung durch die Kinderfreibeträge verrechnet.

Wer Kinder hat und in Deutschland wohnt oder im Ausland wohnt, aber in Deutschland entweder unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist oder entsprechend behandelt wird, hat Anspruch auf Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag. Dies gilt ebenso für Eltern mit einem ausländischen Pass, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis besitzen. Wer im Ausland wohnt und in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist, kann Kindergeld als Sozialleistung nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten, wenn er

- in einem Versicherungspflichtverhältnis zur Bundesanstalt für Arbeit steht oder
- als Entwicklungshelfer oder Missionar tätig ist oder
- Rente nach deutschen Rechtsvorschriften bezieht, Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes ist und in einem der Mitgliedstaaten lebt.

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

	1999			2000		
	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
	<i>1 000</i>					
Berechtigte ¹	8 789	7 826	963	8 865	7 920	945
Kinder insgesamt ¹	14 712	12 912	1 800	14 827	13 061	1 766
davon waren:						
1. Kind	8 642	7 687	955	8 727	7 790	937
2. Kind	4 418	3 871	547	4 445	3 906	539
3. Kind	1 219	1 017	202	1 221	1 024	197
4. und weitere Kinder	433	337	96	434	341	93
	<i>Mill. EUR</i>					
Ausgezahlte Beträge ²	23 751	20 791	2 959	25 627	22 463	3 164

1 Stand: Oktober 2001.

2 Zum Jahresbeginn 1996 ist das Jahressteuergesetz in Kraft gesetzt worden. Danach können Familien nunmehr alternativ zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. – Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für geringverdienende Familien im Laufe des Jahres.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Das Kindergeld für das erste, zweite und dritte Kind beträgt seit dem 1. Januar 2002 jeweils 154 Euro, für jedes weitere Kind 179 Euro pro Monat. Es wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für alle Kinder gezahlt. Volljährige junge Menschen können unter bestimmten Voraussetzungen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres weiter Kindergeld erhalten, z. B. wenn sie sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden.

8,9 Mill. Berechtigte bezogen im Jahr 2000 Kindergeld für 14,8 Mill. Kinder. Hinzu kommen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das etwaige Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten. Von den Empfangsberechtigten (ohne öffentlichen Dienst) besaßen 7,9 Mill. die deutsche (89 %) und 0,9 Mill. (11 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die Höhe des Kindergeldes ist, wie erwähnt, gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Von den Kindern, für die im Jahr 2000 Kindergeld gezahlt wurde, waren 59 % Erstkinder, 30 % Zweitkinder, 8 % Drittkinder und 3 % vierte und weitere Kinder. Das Geld stammt aus Bundesmitteln. Für das Jahr 2000, als für das erste und zweite Kind noch je 138,05 Euro (270 DM), für das dritte 153,39 Euro (300 DM) und für jedes weitere Kind 178,95 Euro (350 DM) Kindergeld gezahlt wurden, belief sich der ausgezahlte Betrag auf 25,6 Mrd. Euro.

9.9 Erziehungsgeld und Elternzeit

Erziehungsgeld und Elternzeit (früher: »Erziehungsurlaub«) geben Eltern die Möglichkeit, ihr(e) Kind(er) während der ersten Lebensphase bei vollständigem oder zumindest weitgehendem Verzicht auf Erwerbstätigkeit zu betreuen. Seit Januar 1986 können Mütter und Väter Erziehungsgeld und Erziehungszeit erhalten. Das Erziehungsgeld betrug bis Ende 2001 in den ersten sechs Lebensmonaten je Kind 306,78 Euro (600 DM) monatlich. Danach werden einkommensabhängig Abzüge vorgenommen. Erziehungsgeld gibt es höchstens 24 Monate. Ausländische Eltern haben ebenso Anspruch auf Erziehungsgeld, sofern sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis sind.

Für Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2001 geboren oder mit dem Ziel der Adoption in Obhut genommen wurden, gilt das neue Erziehungsgeldgesetz. Neu ist dabei das Angebot eines höheren monatlichen Erziehungsgeldes in Höhe von 460,16 Euro (900 DM) bei einer kürzeren Laufzeit von bis zu maximal einem Jahr, die Möglichkeit einer gemeinsamen Elternzeit von Mutter und Vater, die mögliche Übertragung einer restlichen Elternzeit auf die Zeit zwischen der Vollendung des dritten Lebensjahres und der Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes, der grundsätzliche Anspruch auf Teilzeitarbeit während der Elternzeit und die Anspruchsberechtigung nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (ab 1. August 2001) für Lebenspartner. Einen Anspruch auf Erziehungsgeld haben nun auch anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge.

715 287 Mütter und Väter erhielten 1999 in den ersten sechs Lebensmonaten nach der Geburt ihres Kindes Erziehungsgeld. Hierbei wird allerdings das Mutterchaftsgeld angerechnet. Das waren rund 94 % der Eltern. Von diesen bekamen 82 % das Erziehungsgeld auch noch über den sechsten Lebensmonat hinaus, wovon 50 % das volle Erziehungsgeld und 30 % ein gekürztes Erziehungsgeld erhielten. Im zweiten Lebensjahr geht der Anteil der Erziehungsgeldempfänger weiter zurück (1999: 86 % der Berechtigten). 19 236 Väter bezogen 1999 Erziehungsgeld. Damit erfolgten 3 % der Erziehungsgeldzahlungen an Väter.

Tab. 7: Empfänger/-innen von Erziehungsgeld¹
mit und ohne Erziehungsurlaub 1999

	Insgesamt	Frauen	Männer
<i>nach der Staatsangehörigkeit</i>			
Deutsche	611 037	597 257	13 780
Ausländer/-innen	104 250	98 794	5 456
Insgesamt	715 287	696 051	19 236
<i>nach der Beteiligung am Erwerbsleben</i>			
Abhängig Beschäftigte ²	408 367	400 835	7 532
im Erziehungsurlaub	388 787	382 755	6 032
ohne Teilzeitbeschäftigung	372 977	367 893	5 084
mit Teilzeitbeschäftigung	15 810	14 862	948
ohne Erziehungsurlaub mit Teilzeitbeschäftigung	6 157	5 411	746
Arbeitsverhältnis beendet	9 243	8 819	424
Auszubildende ohne Erziehungsurlaub	4 180	3 852	328
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	12 458	11 200	1 258
Nichterwerbstätige	294 462	284 016	10 446
<i>nach der familiären Situation</i>			
Verheiratete und nicht dauernd Getrennt Lebende	560 175	544 213	15 962
Alleinerziehende	75 029	74 484	545
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	80 083	77 354	2 729

1 Bewilligte Erstanträge.

2 Vor Erziehungsgeldbezug.

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Erziehungsurlaub wurde 1999 von 388 787 abhängig beschäftigten Erziehungsgeldempfängern im ersten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen (95 % der Berechtigten), im zweiten Lebensjahr des Kindes waren es noch 222 467 Elternteile (54 % der Berechtigten). Auch wenn Mütter und Väter in gleichem Maße Anspruch auf die Gewährung von Erziehungsurlaub bzw. Erziehungszeit haben, werden diese Leistungen bislang fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen. Der Anteil der Väter in Erziehungsurlaub (im ersten Lebensjahr des Kindes) lag mit 6 032 im Jahr 1999 bei weniger als 2 % aller Elternteile in Erziehungsurlaub und war damit unverändert gegenüber den Vorjahren. Lediglich

15810 der Erziehungsurlaub in Anspruch nehmenden Elternteile gingen 1999 gleichzeitig einer Teilzeitbeschäftigung nach.

9.10 Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber

Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Menschen ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird, sofern die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgeführten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, »nachrangig« zur Deckung eines individuellen Bedarfs gewährt, mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe. »Nachrangig« bedeutet, dass die Sozialhilfe als »Netz unter dem sozialen Netz« nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf »Hilfe zum Lebensunterhalt«. In außergewöhnlichen Bedarfssituationen, bedingt durch gesundheitliche oder soziale Beeinträchtigungen, wird »Hilfe in besonderen Lebenslagen« gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe in Frage.

Seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1962 ist insbesondere die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten »Sozialhilfe im engeren Sinne«, deutlich angestiegen. Im Folgenden werden die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne kurz »Sozialhilfeempfänger« genannt. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 60er-Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund eine halbe Million Sozialhilfeempfänger. Mit Beginn der 70er-Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 80er-Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Sozialhilfeempfänger; im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und von Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl in 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Rund 450 000 Personen fielen aus dem Sozialhilfebezug heraus. Grundlage ihrer Ansprüche war fortin das neue Asylbewerberleistungsrecht. In

den darauf folgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher dann wieder an, erreichte Ende 1997 den bisherigen Höchststand und ist seitdem rückläufig.

Ende 1999 erhielten 2,79 Mill. Personen (-3,0 % gegenüber 1998) in 1,45 Mill. Haushalten Sozialhilfe. Die Zahl der deutschen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger belief sich auf 2,16 Mill., die der ausländischen auf 629 000.

Tab. 8: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1999

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner	Männlich	Weiblich
<i>Insgesamt</i>				
unter 7	464 737	84	238 878	225 859
7-18	573 559	57	292 597	280 962
18-25	262 329	41	94 843	167 486
25-50	981 359	31	385 470	595 889
50-60	216 651	22	100 273	116 378
60-70	178 600	19	78 914	99 686
70 und älter	115 244	12	27 262	87 982
Insgesamt	2 792 479	34	1 218 237	1 574 242
<i>Deutsche</i>				
unter 7	371 320	76	190 447	180 873
7-18	438 431	48	222 097	216 334
18-25	207 347	38	71 184	136 163
25-50	756 549	27	281 984	474 565
50-60	166 173	18	77 403	88 770
60-70	129 603	14	54 193	75 410
70 und älter	93 724	10	18 474	75 250
Zusammen	2 163 147	29	915 782	1 247 365
<i>Nichtdeutsche</i>				
unter 7	93 417	135	48 431	44 986
7-18	135 128	130	70 500	64 628
18-25	54 982	61	23 659	31 323
25-50	224 810	67	103 486	121 324
50-60	50 478	64	22 870	27 608
60-70	48 997	126	24 721	24 276
70 und älter	21 520	117	8 788	12 732
Zusammen	629 332	86	302 455	326 877

56 % aller Empfänger/-innen von Sozialhilfe waren Frauen. Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfebeziehern anzutreffen. So waren 37 % derjenigen, die Sozialhilfe bezogen, Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch junge Menschen wird auch anhand der Sozialhilfequote (Zahl der Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) deutlich. Während Ende 1999 von 1 000 Einwohnern 34 Personen Sozialhilfe bekamen, waren es bei den unter 18-Jährigen mit 66 je 1 000 Einwohner fast doppelt so viele.

Unter den 1,45 Mill. Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, waren 619 000 Einpersonenhaushalte; darüber hinaus gab es 151 000 Ehepaare mit Kindern und 104 000 Ehepaare ohne Kinder. Besonders häufig erhielten allein erziehende Frauen (332 000) Sozialhilfe.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, ggf. Mehrbedarfzuschlägen und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt; darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen – in vielen Fällen handelt es sich dabei um vorrangige Sozialleistungen – ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt hatte ein Sozialhilfehaushalt 1999 einen monatlichen Bruttobedarf von 829 Euro, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 431 Euro wurden pro Haushalt im Schnitt 399 Euro, also etwas mehr als die Hälfte des rechnerischen Bruttobedarfs, monatlich ausgezahlt. Mit zunehmender Haushaltsgröße wird tendenziell ein geringerer Anteil des Bruttobedarfs netto als Sozialhilfe ausgezahlt. Das liegt daran, dass größere Haushalte häufig über anrechenbare Einkommen wie Kinder-

Tab. 9: Haushalte von Empfängern/Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1999 nach Haushaltstyp und monatlichen Zahlungsbeträgen

Haushaltstyp	Ins- gesamt	Brutto- bedarf	Darunter Brutto- kaltmiete	Ange- rechne- tes Ein- kommen	Netto- anspruch	Anteil Netto- anspruch am Brutto- bedarf
		Monatlicher Durchschnitt in EUR				%
Haushalte insgesamt	1 452 639	829	280	431	399	48,1
darunter:						
Ehepaare ohne Kinder	103 843	912	313	480	433	47,4
Ehepaare mit Kindern ¹	151 348	1 398	425	854	545	38,9
mit einem Kind	56 738	1 135	366	638	497	43,8
mit 2 Kindern	51 167	1 362	418	835	527	38,7
mit 3 und mehr Kindern	43 443	1 783	511	1 157	626	35,1
Ein-Personen-Haushalte	619 307	585	234	245	340	58,0
männlich	289 569	548	216	189	358	65,4
weiblich	329 738	618	249	295	323	52,2
Allein erziehende Frauen						
mit Kindern ¹	332 253	1 119	356	629	490	43,8
mit einem Kind	183 701	936	318	479	457	48,9
mit 2 Kindern	103 180	1 233	380	730	503	40,8
mit 3 und mehr Kindern	45 372	1 600	452	1 006	594	37,1

¹ Kinder unter 18 Jahren.

geld oder Unterhaltsleistungen verfügen. So erhielten allein stehende Männer im Durchschnitt 65 % ihres Bruttobedarfs ausgezahlt, Ehepaare mit zwei Kindern dagegen 39 %.

1,40 Mill. Menschen wurde 1999 Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgezahlt. Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger mit deutschem Pass betrug 80 %, der Frauenanteil belief sich auf 51 %. Am häufigsten wurden Leistungen der Krankenhilfe gewährt (39 % der Fälle), gefolgt von der Eingliederungshilfe für Behinderte (36 %) sowie der Hilfe zur Pflege (22 %).

Tab. 10: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Geschlecht und Hilfearten¹ 1999

Hilfeart	Ins- gesamt	Männer		Frauen	
		Anzahl	Anteil an allen Empfänger/- Innen %	Anzahl	Anteil an allen Empfänger/- Innen %
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt	1 401 993	686 680	49,0	715 313	51,0
Krankenhilfe ²	547 712	271 686	49,6	276 026	50,4
Hilfe zur Pflege zusammen	309 713	91 536	29,6	218 177	70,4
Und zwar:					
ambulant	81 941	31 232	38,1	50 709	61,9
stationär	229 543	60 807	26,5	168 736	73,5
Eingliederungshilfe für Behinderte	502 796	302 283	60,1	200 513	39,9
Sonstige Hilfen	127 333	60 683	47,7	66 650	52,3

1 Empfänger/-innen mehrerer Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung.

20,4 Mrd. Euro wurden 1999 in Deutschland für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz netto, d.h. abzüglich der Einnahmen der Sozialhilfeträger, ausgegeben. Das sind 0,6 % mehr als im Vorjahr. Von den Sozialhilfeausgaben entfielen 8,9 Mrd. Euro (- 4,7 %) auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, 11,5 Mrd. Euro (+ 5,1 %) wurden für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Bei Letzteren sind insbesondere die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung Behinderter mit 7,8 Mrd. Euro (netto) und die Leistungen für Pflegebedürftige von Bedeutung.

Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen (seit dem 1. April 1995 häusliche Pflege und seit dem 1. Juli 1996 stationäre Pflege) hatte zur Folge, dass die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in zunehmendem Maße zurückgegangen sind. Während 1995 hierfür netto 6,3 Mrd. Euro ausgegeben wurden, waren es im Jahr 1996 nur noch 4,8 Mrd. Euro und im Jahr 1999 lediglich noch 2,3 Mrd. Euro. Die Nettoausgaben der Hilfe zur Pflege haben sich damit gegenüber 1996 in etwa halbiert (- 52 %).

Tab. 11: Ausgaben und Einnahmen nach Hilfearten

Hilfeart	Bruttoausgaben der Sozialhilfe			Nettoausgaben der Sozialhilfe (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen)		
	1998	1999	Veränderung 1999 zu 1998 in %	1998	1999	Veränderung 1999 zu 1998 in %
	Mill. EUR			Mill. EUR		
Hilfe zum Lebensunterhalt	10 542,5	10 044,5	-4,7	9 297,1	8 858,6	-4,7
Hilfe in besonderen Lebenslagen	12 487,6	12 934,0	3,6	10 984,2	11 546,8	5,1
Hilfe zur Pflege Eingliederungshilfe für Behinderte	3 001,3	2 900,7	-3,4	2 279,6	2 319,9	1,8
Krankenhilfe ¹	7 948,5	8 521,8	7,2	7 208,0	7 754,0	7,6
Sonstige Hilfen	1 217,7	1 206,5	-0,9	1 198,5	1 188,0	-0,9
	320,2	305,0	-4,7	298,2	284,9	-4,4
Insgesamt	23 030,1	22 978,5	-0,2	20 281,4	20 405,4	0,6

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten zum Jahresende 1999 insgesamt 436 000 Menschen. Davon waren rund 59 % männlich und 41 % weiblich. Über die Hälfte der Leistungsempfänger (55 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 23 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylsuchenden aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro), und zwar in 44 % der Fälle. Weitere 10 % der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und 6 % die von Bosnien-Herzegowina.

Die Aufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betrugen im Jahr 1999 in Deutschland 2,0 Mrd. Euro und damit 5,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von 1,6 Mrd. Euro wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylsuchenden, d. h. für Unterkunft, Kleidung und Essen ausgegeben. Daneben wurden im Jahr 1999 in 109 000 Fällen auch besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt. Hierfür wurden 0,5 Mrd. Euro bezahlt.

Weitere Informationen zum Thema Sozialstruktur in Teil II, Kap. 16 und 17.

9.11 Jugendhilfe

Jugendhilfe umfasst Maßnahmen und Einrichtungen, die die Entwicklung junger Menschen fördern und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen dienen. Zum breiten Spektrum des Jugendhilfeangebots gehören erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit mit ihren

verschiedenen Schwerpunkten, aber auch Einrichtungen wie Kindergärten, Heime für junge Menschen, Jugendzentren sowie Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Jugendhilfe wird zum Teil von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden (den so genannten »freien Trägern«) geleistet. Dabei reicht das Spektrum von zahlreichen Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Auf der »öffentlichen« Seite werden die Aufgaben der Jugendhilfe hauptsächlich von Kreisen und kreisfreien Städten, genauer von den dort eingerichteten Jugendämtern, wahrgenommen. 1999 wurden von der öffentlichen Hand insgesamt 18,1 Mrd. Euro für Jugendhilfe ausgegeben. Auf die Förderung freier Träger entfiel annähernd ein Drittel dieser Mittel (29,3 %). Die Finanzierung erfolgte zu 88,8 % aus Mitteln von Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften, der Rest wurde über Kosten- und Teilnehmerbeiträge sowie durch Gebühren aufgebracht.

Ambulante erzieherische Hilfen werden überwiegend als professionelle Unterstützung der häuslichen Erziehung beim Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gewährt. Daneben gibt es die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, bei denen die Erziehungsaufgabe geeigneten Personen oder einer Einrichtung übertragen wird. Zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gehören auch die Beratungen in Adoptionsverfahren, Pflegschaften und Vormundschaften sowie vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen wird.

Im Laufe des Jahres 1999 wurden 297 990 ambulante erzieherische Maßnahmen beendet. Die Hilfearten wurden in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste lagen mit 266 950 institutionellen Beratungen (89,6 %) mit Abstand an der Spitze. Die institutionelle Beratung soll Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Überwindung individueller und familienbezogener Probleme sowie bei der Lösung von Erziehungsfragen helfen.

Tab. 12: Ambulante erzieherische Hilfen 1999

Hilfeart	Beendete Hilfen	Am Jahresende andauernde Hilfen
Institutionelle Beratung	266 952	.
Erziehungs-/Familienberatung	232 083	.
Jugendberatung	32 627	.
Suchtberatung	2 242	.
Betreuung einzelner junger Menschen	20 148	19 918
Erziehungsbeistandschaft	7 810	10 515
Betreuungshilfe	5 165	4 399
Soziale Gruppenarbeit	7 173	5 004
Sozialpädagogische Familienhilfe	10 890	17 043
Insgesamt	297 990	.

Darüber hinaus wurden 20 100 Maßnahmen (6,8 %) verschiedener Arten erzieherischer Einzelbetreuung als Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt. Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer sollen die jungen Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen. Die soziale Gruppenarbeit dient der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen sowie dem Einüben von sozial akzeptierten Formen der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen.

Bei 10 900 Familien konnte die sozialpädagogische Familienhilfe (3,7 %) abgeschlossen werden. Leistungen dieser Hilfeart kamen dabei mindestens 25 600 Kindern und Jugendlichen zugute – mehr jungen Menschen, als von der Einzelbetreuung erreicht wurden. Die sozialpädagogische Familienhilfe hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Familie zum Ziel. Sie umfasst die Unterstützung im gesamten Familienalltag, wie z. B. die Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung oder die Integration der Familie in ihr soziales Umfeld.

Tab. 13: Junge Menschen mit Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses am Jahresende 1999

Unterbringungsform	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt	165 306	92 880	72 426
Erziehung in einer Tagesgruppe	19 075	13 704	5 371
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	56 254	28 364	27 890
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	86 651	49 116	37 535
darunter in Heimen	70 615	41 603	29 012
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	3 326	1 696	1 630

Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gehen den ambulanten Hilfenformen, bei denen der junge Mensch in seinem Elternhaus verbleibt, nach. Nur wenn eine ambulante Hilfe nicht ausreicht, soll Fremdunterbringung außerhalb des Elternhauses erfolgen. Ende 1999 gab es in Deutschland 165 300 junge Menschen, die Hilfen zur Erziehung und zur Persönlichkeitsentwicklung außerhalb des Elternhauses erhielten. 19 100 Kinder und Jugendliche waren in Tagesgruppen untergebracht; die Übrigen lebten außerhalb des Elternhauses, die meisten von ihnen in einem Heim (70 600 bzw. 42,7 %).

Zur erzieherischen Betreuung, für Jugendarbeit, Freizeitgestaltung und Beratungen junger Menschen und ihrer Eltern standen am Jahresende 1998 fast 80 000 Institutionen zur Verfügung. Davon waren 77 000 Einrichtungen im engeren Sinne (96 %) mit einer Kapazität von gut 3,4 Mill. verfügbaren Plätzen. Darüber hinaus waren 960 Behörden, 1 810 Geschäftsstellen freier Träger und 415 Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig. (Die Zahlen in diesem und dem folgenden Abschnitt werden in nur vierjährigem Abstand erhoben.)

In den Jugendhilfeeinrichtungen waren 573 100 Beschäftigte tätig, die meisten von ihnen Frauen (85 %). Von den Beschäftigten arbeiteten 527 500 in Einrichtungen und 45 600 in Behörden, Geschäftsstellen und Zusammenschlüssen von Trägern. Größter Arbeitgeber im Jugendhilfesektor waren die öffentlichen Träger mit insgesamt rund 228 000 Beschäftigten, das sind 39,8 % aller in den Einrichtungen der Jugendhilfe Tätigen. Es folgten mit einem Anteil von 35 % die kirchlichen Träger sowie die anderen Träger der freien Jugendhilfe mit 25 %.

Von den 77 000 Einrichtungen überwiegen mit 63 % die Kindertageseinrichtungen, zu denen 693 Krippen, 30 117 Kindergärten, 3 762 Horte und 13 631 Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen bzw. mit altersgemischten Gruppen zählten. Bei 56,4 % aller Kindertageseinrichtungen handelte es sich um Ganztageseinrichtungen, jedoch boten nur vier von zehn Kindergärten Ganztagsplätze an. Für die fast 2,8 Mill. Kinder von 3 bis unter 6 ½ Jahren standen 1998 rund 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit bestand für neun von zehn Kindern dieses Alters die Möglichkeit eines Kindergartenbesuchs.

10 Rechtspflege

10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung wie dem Grundgesetz fällt diese Aufgabe der so genannten »dritten« Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen werden, soweit diese mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befasst ist.

10.2 Gerichte

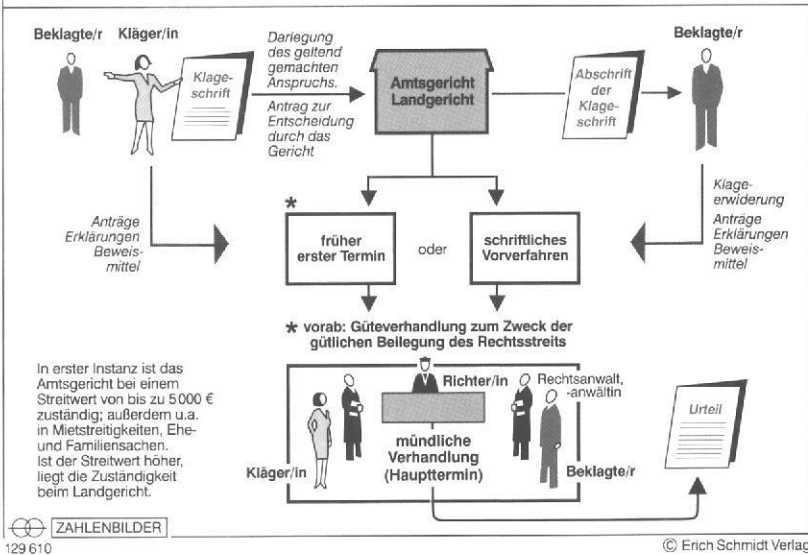
Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Ge-

Tab. 1: Gerichte am 31. 12. 2000

Zivil- und Strafgerichte	826
Amtsgerichte	685
Landgerichte	116
Oberlandesgerichte	25
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	123
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	52
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	69
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	19
Bundesgerichte	8

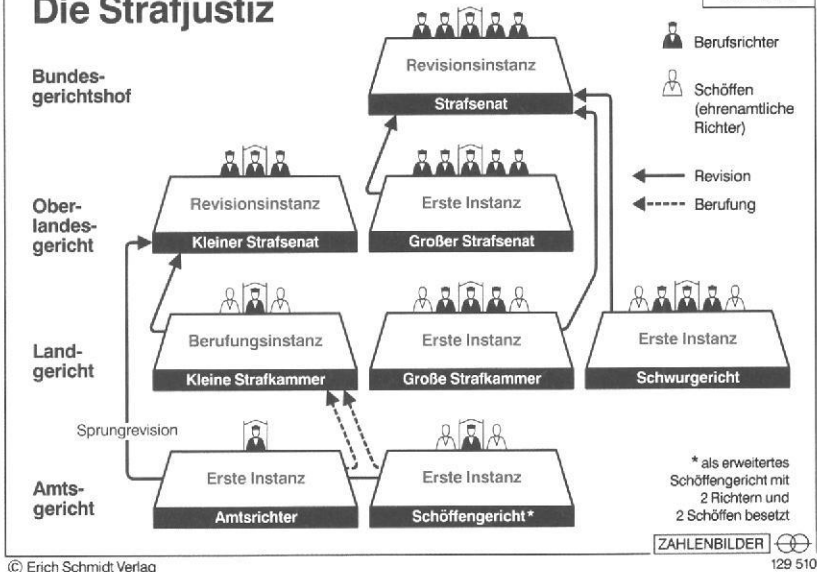
Der Gang eines Zivilprozesses

Abb. 1:



Die Strafjustiz

Abb. 2:



rechtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.)

Am 31. Dezember 2000 gab es in Deutschland insgesamt 826 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 123 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 140 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als »Hüter der Verfassung« einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungs-

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte¹

Gericht/Verfahren	1998	1999	2000
<i>Zivilgerichte (ohne Familiengerichte)²</i>			
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	2 056 286	1 931 319	1 871 055
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	170 275	167 300	159 874
<i>Familiengerichte²</i>			
Erledigte Familienverfahren (1. Instanz)	485 196	501 050	517 671
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	25 249	26 939	26 703
<i>Strafgerichte²</i>			
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	859 541	875 289	860 149 ³
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	63 338	63 559	62 000 ³
<i>Verwaltungsgerichte²</i>			
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz)	219 643	212 858	216 954
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz)	35 682	31 692	30 678
<i>Arbeitsgerichte²</i>			
Erledigte arbeitsrechtliche Klagen	625 462	589 531	...
<i>Sozialgerichte²</i>			
Erledigte sozialrechtliche Klagen	241 961	249 069	...
<i>Finanzgerichte²</i>			
Erledigte finanzrechtliche Klagen	69 458	67 288	70 174
<i>Bundesverfassungsgericht (1. und 2. Senat)</i>			
Erledigte Verfahren	4 999	5 208	5 241
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	4 676	4 729	4 705
Eingereichte Normenkontrollen	44	44	27

1 Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

2 Ohne Bundesgerichte.

3 Für Hamburg Ergebnisse aus 1999.

organ. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännerausschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wieder gewählt werden.

An den so genannten ordentlichen Gerichten der Länder (Zivil-, Familien- und Strafgerichte) waren am 31. Dezember 2000 insgesamt 15 200 Richterinnen und Richter tätig. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 000. Demgegenüber gab es – bei ordentlichen und Fachgerichten zusammen – 101 500 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, 8 900 Anwaltsnotarinnen und -notare (jeweils Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, Stand 1. 1. 2001) sowie 1 700 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare.

Die in der Rechtspflege arbeitenden Personen sahen sich einem Geschäftsanfall von rund 4,32 Millionen Gerichtsverfahren gegenüber, die 2000 in der ersten Instanz neu anhängig wurden. Allein bei den ordentlichen Gerichten wurden 2000 rund 2,4 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 518 000 Familiengerichtsverfahren) und 860 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt. Dazu kamen noch rund 187 000 Zivilverfahren (einschl. 26 700 Familiengerichtsverfahren) sowie ca. 62 000 Strafverfahren, die 2000 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

2000 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,3 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden, davon 5,1 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten 53,2 % (alte Länder 52,8 %) aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 44,9 % aufgeklärt worden.

Wenngleich nicht alle ermittelten Straffälligen bzw. alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden im früheren

Bundesgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 2000 waren es ca. 7 400. Bezogen auf das vereinte Deutschland wurden 2000 etwa 7 600 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt.

2000 sind insgesamt 3,0 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, gegenüber 2 800 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 2000 nur 48,7 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B. einfacher Ladendiebstahl), jedoch 93,7 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Für die 2000 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 2,3 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,8 Mill. Männer. 1,7 Mill. (74,2 %) aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote¹

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 000 Einwohner	
1970	2 413 586	3 924	48,3
1980	3 815 774	6 198	44,9
1990	4 455 333	7 108	47,0
1995	6 668 717	8 179	46,0
1999	6 302 316	7 682	52,8
2000	6 264 723	7 625	53,2

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1995 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekannt gewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluss dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, dass eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfasst wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 2000 im früheren Bundesgebiet einschließlich Gesamt-Berlin 732 700 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 29 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 71 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen. Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 2000 58 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt wesentlich niedriger (2000 bei 17 % der Verurteilten).

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet¹
in Prozent

Straftatengruppe	1970	1980	1990	1995	1999	2000
Straftaten im Straßenverkehr	47,9	45,0	37,4	34,5	28,2	28,6
Straftaten gegen die Person	8,9	8,4	8,6	8,9	11,3	11,9
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	1,2	0,8	0,7	0,7	0,9	0,9
gegen die körperliche Unversehrtheit	4,3	4,5	4,7	5,0	6,6	7,1
andere gegen die Person ²	3,4	3,1	3,2	3,1	3,6	3,8
Straftaten gegen das Vermögen	30,4	32,4	38,7	39,2	42,3	41,3
Diebstahl und Unterschlagung	21,6	22,2	22,9	21,3	21,2	20,5
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	5,8	7,3	12,7	14,7	17,3	17,1
andere gegen das Vermögen ³	3,0	2,9	3,1	3,2	3,7	3,7
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,5	2,3	2,4	2,4	2,7	2,6
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	–	2,0	3,5	4,1	5,9	6,2
Übrige Verbrechen und Vergehen	10,3	9,9	9,5	10,8	9,6	9,4

1 Ab 1995 einschl. Gesamt-Berlin.

2 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

3 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

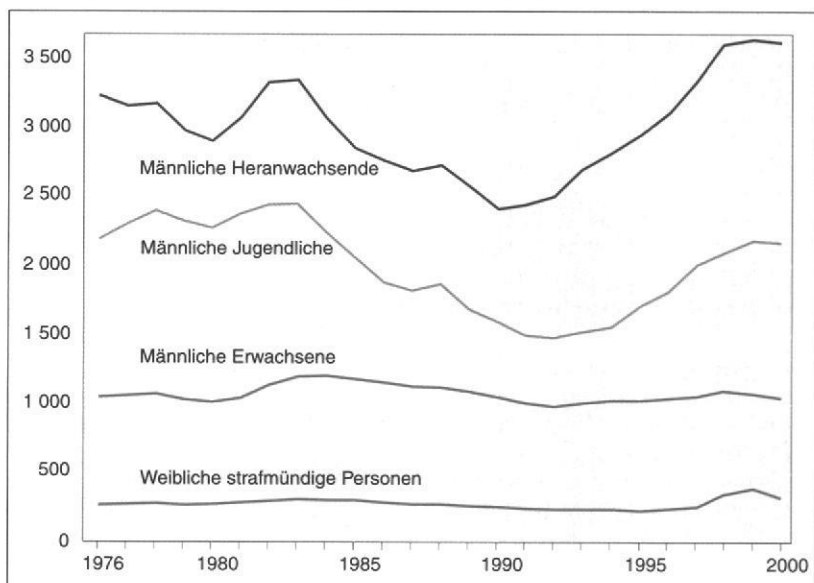
Von je 100 000 strafmündigen Deutschen, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden 2000 insgesamt 1 055 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen.

Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 2000 mehr als fünfmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende etwa dreimal so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenziffern (s. Abb. 3) in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich insbesondere bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden eine wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die entsprechenden Verurteiltenziffern in den 80er-Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie seit Beginn der 90er-Jahre wieder gestiegen.

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 2000 im früheren Bundesgebiet 93 800 Personen nach Jugendstrafrecht und 638 900 Per-

Abb. 3: Wegen Verbrechen und Vergehen¹ verurteilte Deutsche im früheren Bundesgebiet² je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

Tab. 5: Erkannte Strafen 1970 bis 2000 im früheren Bundesgebiet

a) Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahme	1970	1980	1990	2000 ¹
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	17 982	12 103	17 753
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	98 090	50 434	70 435
<i>Erziehungsmaßregeln</i> (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	13 153	16 577	32 802	18 897
<i>Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt</i>²	125 901	132 649	95 339	107 085

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden, sodass ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

b) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

Art der Strafe	1970	1980	1990	2000 ¹
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	104 850	102 454	125 305
davon bis einschl. 1 Jahr	79 100	91 268	85 587	97 903
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	8 676	12 560	15 870	25 729
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	402	968	941	1 566
lebenslang	70	54	56	107
<i>Strafverbot</i> ²	626	868	292	252
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	494 114	512 343	513 336
<i>Insgesamt</i>	553 692	599 832	615 089	638 893

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

sonen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe wurde gegen 17 800 Personen verhängt, wobei in 62 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Demgegenüber wurden 125 300 straffällige Personen zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, in 84 600 Fällen (67 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Auf eine Geldstrafe wurde 2000 in 513 300 Fällen erkannt.

10.3.3 Strafvollzug

In deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 31. Dezember 2000 rund 70 300 Personen ein. Darunter waren 17 500 Untersuchungs- und 2 000 Abschiebungshäftlinge. 49 700 Strafgefangene verbüßten ihre Freiheits- bzw. Jugendstrafe. Bei 6 von 10 Einsitzenden mit Freiheitsstrafe (26 100) betrug die voraussichtliche Haftdauer mehr als 1 Jahr.

4,4 % der Insassen in den Justizvollzugsanstalten am 31. Dezember 2000 waren Frauen. Bezogen auf die Strafgefangenen lag der Frauenanteil sogar nur bei 3,7 %.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten am 31. 12. 2000

Art des Vollzugs	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	49 683	47 825	1 858
mit Freiheitsstrafe	42 935	41 284	1 651
mit Jugendstrafe	6 748	6 541	207
Sicherungsverwahrte	251	251	–
Untersuchungshäftlinge	17 524	16 578	946
Abschiebungshäftlinge	2 001	1 758	243
Sonstige Freiheitsentziehung	793	756	37

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Vorbemerkung

Kapitel 11 gibt ein aktuelles Bild über die Entwicklung und Struktur der Ausgaben, Einnahmen und Schulden der öffentlichen Haushalte. Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, seine Sondervermögen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit« (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (1991 bis 1994), Erblastentilgungsfonds und Entschädigungsfonds (jeweils ab 1995), das Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994) sowie der Ausgleichsfonds »Steinkohle« (ab 1996), die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Sozialversicherung, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände sowie die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1998 wurden die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in An-

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² 1974 bis 2000

Jahr ³	Ausgaben		Jahr ³	Ausgaben	
	Mill. EUR	EUR je Einwohner		Mill. EUR	EUR je Einwohner
1974	234 425	3 778	1988	522 083	8 501
1975	269 574	4 360	1989	538 518	8 687
1976	286 269	4 654	1990	585 228	9 255
1977	303 184	4 938	1991	721 855	11 052
1978	325 669	5 312	1992	827 636	10 272
1979	352 239	5 743	1993	866 052	10 667
1980	379 188	6 160	1994	909 381	11 170
1981	404 534	6 560	1995	950 523	11 643
1982	423 596	6 872	1996	962 546	11 755
1983	434 178	7 069	1997	961 220	11 714
1984	448 307	7 327	1997 ⁴	921 798	11 233
1985	463 807	7 601	1998 ⁴	932 704	11 371
1986	481 489	7 887	1999 ^{4, 5}	950 684	11 581
1987	500 402	8 191	2000 ^{4, 5}	958 078	11 658

1 Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt).

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, EU-Anteile, Sozialversicherung, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen und ab 1996 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle«.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet (1991 mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar, da der Bund bereits für das erweiterte Bundesgebiet zuständig war), ab 1992 Deutschland. Von 1974 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

5 Teilweise geschätzt.

passung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Um die Daten des Jahres 1998 mit dem Vorjahr vergleichen zu können, wurde daher das Jahr 1997 in einigen Tabellen doppelt dargestellt – einschließlich und ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

2000 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf 958,1 Mrd. Euro. Je Einwohner (Stand 30. 6.) betrugen im Jahr 2000 die Ausgaben 11 658 Euro.

Tab. 2: Staatsausgabenquote: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Jahr ³	Staatsausgabenquote	Jahr ³	Staatsausgabenquote
1974	46,6	1988	48,7
1975	51,4	1989	47,3
1976	50,0	1990	47,2
1977	49,6	1991	53,3
1978	49,6	1992	51,3
1979	49,6	1993	52,4
1980	50,4	1994	52,4
1981	51,5	1995	52,8
1982	52,2	1996	52,5
1983	50,9	1997	51,4
1984	50,1	1997 ⁴	49,3
1985	49,8	1998 ⁴	48,3
1986	48,9	1999 ^{4, 5}	48,2
1987	49,2	2000 ^{4, 5}	47,3

1 In finanzstatistischer Abgrenzung.

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen, ab 1996 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle«.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland. Von 1974 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

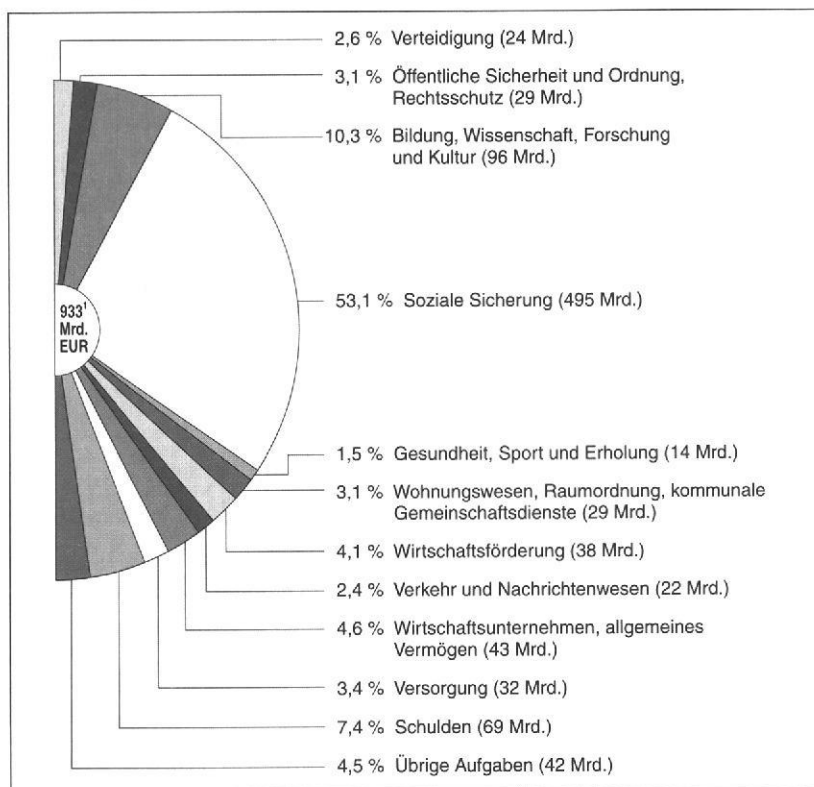
5 Teilweise geschätzt.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt (»Staatsausgabenquote«). Die Staatsausgabenquote betrug 2000 in finanzstatistischer Abgrenzung unter Einbeziehung aller öffentlichen Haushalte 47,3 %.

Funktional untergliederte Daten liegen zurzeit bis 1998 vor. Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die soziale Sicherung. Im Jahre 1998 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 53 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 10 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur. Mit 7,4 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. Abb. 1). Es folgten der Bereich Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Vermögen mit 4,6 % und der Bereich Wirtschaftsförderung mit 4,1 %.

Betrachtet man die verschiedenen Haushaltsebenen in Deutschland, so entfallen auf die Sozialversicherung und den Bund (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit«, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds »Steinkohle« und EU-Anteile) der größte Teil der öffentlichen Ausgaben.

Abb. 1: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte 1998 nach Aufgabenbereichen



1 Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt). Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 2: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte¹
nach Körperschaftsgruppen
in Mill. EUR

1999 ²		2000 ²
950 684		958 078
1 836	Zweckverbände	1 441
94 323	Gemeinden und Gemeindeverbände	94 044
204 522	Länder und Stadtstaaten	208 055
354 901	Sozialversicherung	361 348
28 192	Sondervermögen des Bundes ³	31 823
266 932	Bund	261 365

1 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2 Teilweise geschätzt.

3 Einschl. Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds »Deutsche Einheit«, Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds und Ausgleichsfonds »Steinkohle«.

Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung und/oder Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben obliegt, erreichten sie 2000 einen Anteil von 52 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 22 % und beim Bund 15 % des Ausgabenvolumens. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 2000 einen Betrag von 180 Mrd. Euro oder fast ein Fünftel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u. Ä.) auf.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 2000 in Deutschland Ausgaben in Höhe von rund 41 Mrd. Euro getätigt. Rund 59 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 214 Mrd. Euro im Jahr 2000 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen sind hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 405 Mrd. Euro.

Bei Tab. 1 und 2 ist für die Jahre ab 1990 zu beachten, dass nach der Wiedervereinigung der Bund für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist und die in diesem Zusammenhang neu errichteten Sondervermögen des Bundes, Fonds »Deutsche Einheit« (Ausgaben 2000: 2,9 Mrd. Euro), der Entschädigungsfonds (Ausgaben 2000: 0,3 Mrd. Euro), der Erblastentilgungsfonds – ab 1995 Nachfolger des Kreditabwicklungsfonds – (Ausgaben 2000: 0,9 Mrd. Euro) und das Bundes-eisenbahnvermögen (Ausgaben 2000: 9,4 Mrd. Euro) einbezogen sind.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 2000 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 958,1 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 976,7 Mrd. Euro gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug rund 11 Mrd. Euro.

2000 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 502 Mrd. Euro an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 368 Mrd. Euro oder 73,3 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Verteilung¹ 1999 und 2000
in Mill. EUR

Steuerart	1999	2000		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Gemeinschaftsteuern	355 336,7	368 425,8	x	x
Bundessteuern	72 235,0	75 503,6	.	.
Landessteuern	19 563,7	18 443,5	16 328,5	2 115,0
Zölle	3 185,9	3 394,0	.	.
Gemeindesteuern	36 519,8	36 658,4	33 406,2	3 252,2
Insgesamt	486 841,1	502 425,2	x	x

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Bruttoausweis einzelner Gemeinschaftsteuern.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die so genannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt. 2000 lag die Steuerquote bei 24,6 %.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen der EU zustehen.

Tab. 4: Die zwölf ergiebigsten Steuern 1999 und 2000
in Mill. EUR

Steuerart	Ertrag steht ... zu	1999	2000		
		Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Lohnsteuer ¹	B/L/G	163 247,3	166 671,9	151 567,0	15 104,9
Umsatzsteuer	B/L/G/EU	111 600,5	107 139,5	97 325,3	9 814,3
Mineralölsteuer	B	36 443,6	37 826,3	.	.
Gewerbsteuer	G/B/L	27 059,8	27 025,5	25 054,3	1 971,2
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	25 555,1	33 731,7	x	x
Körperschaftsteuer ²	B/L	23 877,6	24 836,0	24 386,8	449,1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	B/L	13 520,5	16 010,3	15 565,4	444,9
Tabaksteuer	B	11 654,6	11 442,9	.	.
Veranlagte Einkommensteuer	B	11 490,8	12 702,1	15 446,2	-2 744,1
Solidaritätszuschlag	B	11 271,4	11 841,2	.	.
Grundsteuer B	G	8 307,8	8 516,1	7 376,7	1 139,4
Versicherungsteuer	B	7 115,5	7 243,2	.	.

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

¹ Vor Abzug von Kindergeld.

² Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

Die zwölf aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus durchgeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1995 datieren, wurden 27,7 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Einkommen) erfasst. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob mit ein oder zwei Einkommensbezieher, wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 843,7 Mrd. Euro, die festgesetzte Einkommensteuer 145,8 Mrd. Euro. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 30 480 Euro, von denen 17,3 % Steuern zu entrichten waren.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (2,6 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 4 540 Euro, die im Durchschnitt mit 9,1 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (8,8 % aller Steuerpflichtigen) im Durchschnitt Einkünfte von 28 660 Euro mit 22,1 % zu versteuern.

Aus den zusammengefassten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, dass die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, dass Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden, dass Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 1995

Steuerpflichtige nach Steuern	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Lohn-/Einkommensteuer	Steuerbelastungsquote ¹
	1 000	EUR je Steuerpflichtigen		%
Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige	721	4 540	410	9,1
Veranlagte Lohnsteuerpflichtige	24 532	31 420	5 300	16,9
Übrige Einkommensteuerpflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbstst. Arbeit)	2 429	28 660	6 340	22,1
Zusammen	27 683	30 480	5 270	17,3
Verlustfälle	2 069	-3 690	-	-
Insgesamt	29 752	28 100	4 900	17,4

1 $\frac{\text{Festgesetzte Einkommensteuer}}{\text{Gesamtbetrag der Einkünfte}} \times 100.$

Tab. 6: Einkommensverteilung 1995
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR ¹	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. EUR	%
1– 2 500	1 145,0	4,1	1 510,5	0,2
2 500– 5 000	1 274,9	4,6	4 949,3	0,6
5 000– 7 500	1 489,2	5,4	9 503,1	1,1
7 500– 10 000	1 310,0	4,7	11 662,6	1,4
10 000– 12 500	1 227,9	4,4	14 124,1	1,7
12 500– 15 000	1 333,7	4,8	18 771,4	2,2
15 000– 20 000	3 136,6	11,3	56 447,2	6,7
20 000– 25 000	3 619,4	13,1	83 273,6	9,9
25 000– 30 000	3 105,7	11,2	86 951,0	10,3
30 000– 37 500	3 252,8	11,8	111 424,2	13,2
37 500– 50 000	3 383,4	12,2	148 974,6	17,7
50 000–125 000	3 126,9	11,3	214 956,8	25,5
125 000–250 000	207,7	0,8	35 089,7	4,2
250 000–500 000	49,0	0,2	16 746,0	2,0
500 000–1 Mill.	13,8	0,0	9 540,4	1,1
1 Mill.–2,5 Mill.	5,2	0,0	7 905,3	0,9
2,5 Mill.–5 Mill.	1,2	0,0	4 324,7	0,5
5 Mill. oder mehr	0,7	0,0	7 567,8	0,9
Zusammen	27 683,1	100	843 722,3	100
Verlustfälle mit GdE > 0	719,3	–	4 752,2	–
Verlustfälle mit GdE ≤ 0	1 349,9	–	–12 395,0	–
Insgesamt	29 752,3	–	836 079,5	–

1 Um die Größenklassen übersichtlich in Euro darzustellen, wurden die bisherigen DM-Größenklassen durch 2 dividiert.

aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften (insbesondere Renteneinkünften) bestehen und dass darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht erfasst werden.

23,3 % der Steuerpflichtigen bezogen 1995 Einkünfte von weniger als 12 500 Euro, 29,2 % flossen 12 500 bis 25 000 Euro zu. 7 182 Steuerpflichtige und damit 0,03 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 2,3 %. Er lag damit etwas höher als der Anteil der rund 3,9 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 7 500 Euro jährlich verdienten.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit dem zweithöchsten Aufkommen – liegen zuletzt für das Jahr 1999 für Deutschland vor. Damals erzielten 2,9 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungspflichtige mit einem Jahresumsatz über 16 617 Euro) steuerbare Umsätze von 3 897 Mrd. Euro und leisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 114 Mrd. Euro. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 11 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 39 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 25 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1999 erbrachte.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen wird auf die einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt, dass sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem und – zum Teil – mit welchem Anteil die Erträge bestimmter Steuern zufließen. Für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer sowie sog. Bruttosozialprodukts-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Daneben findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt; außerdem gibt es sog. Bundesergänzungszuweisungen für die finanzschwächsten Bundesländer.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 2000 in Höhe von 467,4 Mrd. Euro entfielen nach der Verteilung auf den Bund 43 % und auf die Länder 41 %, der Rest auf die Gemeinden (12 %) und die EU (5 %).

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen
nach der Steuerverteilung¹ 1999 und 2000 in Mill. EUR

Einnahmen nach der Verteilung	1999	2000		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Es verbleiben:				
dem Bund ²	192 447,3	198 790,4	x	x
den Ländern ²	184 003,1	189 493,1	146 558,1	42 934,9
Stadtstaaten ³	18 313,1	18 677,6	14 436,7	4 240,9
übr. Ländern	165 690,0	170 815,5	132 121,4	38 694,1
den Gemeinden/ Gemeindeverbänden ⁴	56 381,0	57 297,1	52 401,7	4 895,3
der Europäischen Union	20 284,0	21 832,8	x	x
Insgesamt	453 115,4	467 413,4	x	x

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Nettostellungen einzelner Gemeinschaftsteuern.

2 Zuweisungen für den öffentl. Personennahverkehr sowie Bundesergänzungszuweisungen beim Bund ab-, bei den Ländern zugesetzt; Beiträge der Länder zum Fonds »Deutsche Einheit« beim Bund zu-, bei den Ländern abgesetzt.

3 Ohne gemeindlichen Bereich.

4 Einschl. gemeindlicher Bereich der Stadtstaaten.

11.4 Länderfinanzausgleich

In jüngster Zeit ist auch als Folge immer knapper werdender öffentlicher Mittel die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und den Ländern untereinander, der sog. Länderfinanzausgleich, zu einem zentralen Thema in der finanzpolitischen Diskussion geworden.

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen

Tab. 8: Entwicklung des Länderfinanzausgleichs
und der Bundesergänzungszuweisungen 1995 und 2000¹
in Mill. EUR

Land	Finanz- ausgleich insgesamt	Länder- finanz- ausgleich	Bundes- ergänzungs- zuweisungen
1995			
Ausgleichsvolumen insg.	X	5 724	12 819
Baden-Württemberg	– 1 433	– 1 433	–
Bayern	– 1 295	– 1 295	–
Berlin	+ 4 065	+ 2 159	+ 1 907
Brandenburg	+ 1 778	+ 442	+ 1 336
Bremen	+ 1 375	+ 287	+ 1 088
Hamburg	– 60	– 60	–
Hessen	– 1 101	– 1 101	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1 406	+ 394	+ 1 011
Niedersachsen	+ 837	+ 231	+ 606
Nordrhein-Westfalen	– 1 763	– 1 763	–
Rheinland-Pfalz	+ 635	+ 117	+ 518
Saarland	+ 1 131	+ 92	+ 1 039
Sachsen	+ 3 206	+ 907	+ 2 299
Sachsen-Anhalt	+ 2 045	+ 574	+ 1 470
Schleswig-Holstein	+ 128	– 72	+ 200
Thüringen	+ 1 866	+ 521	+ 1 345
2000 ²			
Ausgleichsvolumen insg.	X	8 321	13 340
Baden-Württemberg	– 1 980	– 1 980	–
Bayern	– 1 917	– 1 917	–
Berlin	+ 4 778	+ 2 823	+ 1 955
Brandenburg	+ 2 021	+ 646	+ 1 375
Bremen	+ 1 433	+ 446	+ 987
Hamburg	– 562	– 562	–
Hessen	– 2 737	– 2 737	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1 533	+ 503	+ 1 030
Niedersachsen	+ 1 535	+ 569	+ 966
Nordrhein-Westfalen	– 1 125	– 1 125	–
Rheinland-Pfalz	+ 1 057	+ 399	+ 658
Saarland	+ 918	+ 168	+ 750
Sachsen	+ 3 537	+ 1 190	+ 2 347
Sachsen-Anhalt	+ 2 214	+ 719	+ 1 495
Schleswig-Holstein	+ 587	+ 183	+ 404
Thüringen	+ 2 046	+ 675	+ 1 371

1 Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (–), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

2 Vorläufiges Ergebnis.

leisten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. In der Tab. 8 ist die Entwicklung des horizontalen (= Länderfinanzausgleich) wie auch des vertikalen (= Bundesergänzungszuweisungen) Länderfinanzausgleichs für 1995 und 2000 dargestellt.

11.5 Schulden der öffentlichen Haushalte

Soweit zur Finanzierung der Staatsaufgaben die eigenen Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht ausreichen, greifen sie auf »angesparte« Rücklagen zurück oder nehmen am Kreditmarkt Kredite auf. Dies hat zu einer wachsenden öffentli-

Tab. 9: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1950 bis 2000

Stichtag ²	Mill. EUR	Stichtag ²	Mill. EUR
31. 3. 1950	9 574	31. 12. 1990	536 223
31. 3. 1955	21 357	31. 12. 1991	595 921
31. 12. 1960	28 998	31. 12. 1992	680 787
31. 12. 1965	43 160	31. 12. 1992 ³	679 867
31. 12. 1970	62 927	31. 12. 1993 ³	765 510
31. 12. 1975	129 219	31. 12. 1994 ³	840 122
31. 12. 1980	236 645	31. 12. 1995 ³	1 009 323
31. 12. 1985	386 811	31. 12. 1996 ³	1 069 247
31. 12. 1986	406 140	31. 12. 1997 ³	1 119 076
31. 12. 1987	431 660	31. 12. 1998 ³	1 153 413
31. 12. 1988	459 628	31. 12. 1999 ³	1 183 063
31. 12. 1989	472 820	31. 12. 2000 ³	1 198 145

1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1992 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

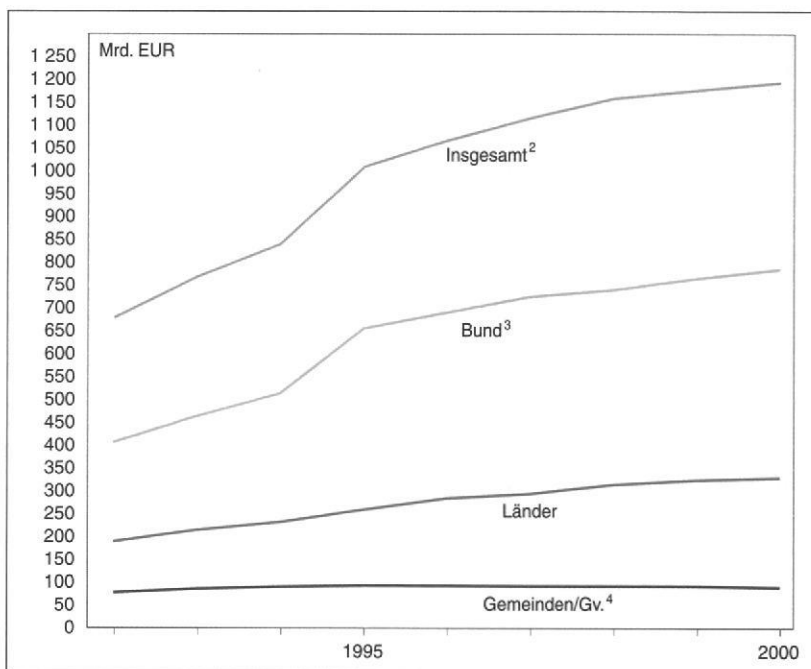
3 Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

chen Verschuldung geführt. Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte betrug am 31. Dezember 2000 1 198,2 Mrd. Euro.

Davon entfielen auf den Bund einschließlich seiner Sondervermögen 773,9 Mrd. Euro, auf die Länder 333,2 Mrd. Euro und auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. Zweckverbände) 91,1 Mrd. Euro. Die öffentlichen Schulden

entstehen zum größten Teil über den Kreditmarkt, d. h. durch die Ausgabe von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die direkte Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u. Ä. (einschl. Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland. Die Staatsschulden erhöhten sich

Abb. 3: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1992 bis 2000
(ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten)



1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

2 Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Einschl. Sondervermögen (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit« und Kreditabwicklungsfonds, abgelöst 1995 vom Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen, ab 1995 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle« und ab 1996 einschl. Entschädigungsfonds).

4 Einschl. Zweckverbände.

von 9,6 Mrd. Euro im Jahr 1950 über 62,9 Mrd. Euro im Jahr 1970 auf 536,2 Mrd. Euro im Jahr 1990 und bis zum Jahr 2000 auf 1 198,2 Mrd. Euro. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand 37,5 Mrd. Euro an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1986 die jährliche Netto-

neuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich 1982 noch auf 36,7 Mrd. Euro und nahm dann kontinuierlich ab bis auf 19,3 Mrd. Euro im Jahr 1986. Im Jahr 1987 stieg sie wieder auf 25,5 Mrd. Euro an und erreichte 1990 vor allem aufgrund eines höheren Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 63,4 Mrd. Euro. Davon entfielen auf den im Juli 1990 errichteten Fonds »Deutsche Einheit« und den im September 1990 errichteten Kreditabwicklungsfonds zusammen 24,2 Mrd. Euro. 1992 betrug die Nettoneuverschuldung aller öffentlichen Haushalte 84,9 Mrd. Euro, 1995 169,2 Mrd. Euro. Diese starke Zunahme ist vor allem auf die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt (rund 105 Mrd. Euro) auf den Erblastentilgungsfonds zurückzuführen. 2000 betrug die Nettoneuverschuldung 15,1 Mrd. Euro.

Der erhebliche Finanzbedarf infolge der deutschen Wiedervereinigung und aufgrund wachsender internationaler Verpflichtungen erfordert kurzfristig eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes durch die öffentlichen Haushalte. Die Diskussion über Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung gewinnt daher erneut an Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, dass zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Haushalte künftiger Jahre einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z. B. 1975 bei rund 8 Mrd. Euro jährlich, war 1978 auf 11 Mrd. Euro gestiegen und betrug 1986 bereits knapp 29,7 Mrd. Euro. 2000 waren es 67,6 Mrd. Euro. Die Zinsen betragen damit 7,1 % aller öffentlichen Ausgaben und binden 8,2 % der Steuereinnahmen des Staates.

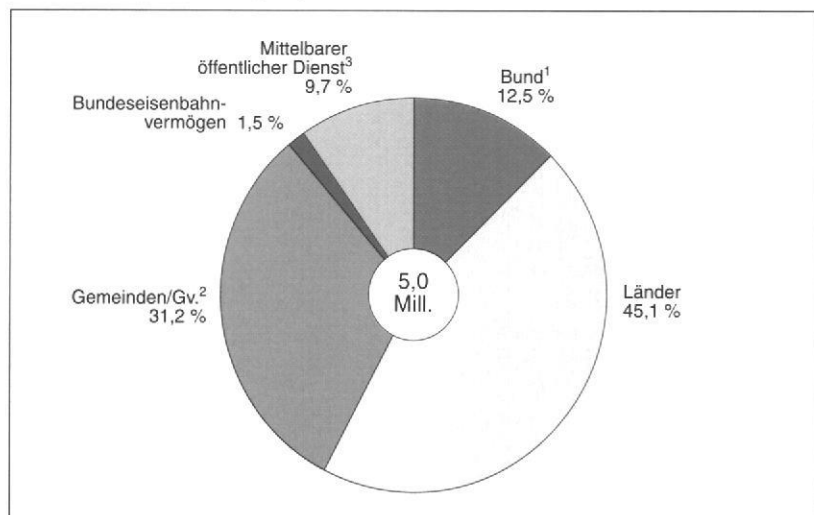
11.6 Personal der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und rechtlich selbstständige Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten im Jahr 2000 in Deutschland insgesamt 6,4 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten sowie Grundwehrdienstleistende). Davon übten 4,9 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,5 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden rund 130 000 Vollzeitkräfte oder 2,7 % weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen um rund 60 000 oder 4,4 % erhöht.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn die Mitarbeiterzahl der öffentlichen Hand in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den knapp 33 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von knapp 20 %. Damit steht im Durchschnitt jeder bzw. jede fünfte abhängig Erwerbstätige in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber (zu den Personalausgaben vgl. Abschnitt 11.2).

Bei den Dienststellen des öffentlichen Dienstes hatten 5,0 Mill. Beschäftigte oder knapp 80 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz. Davon entfielen 4,3 Mill. auf den Bereich der Kernhaushalte und 0,7 Mill. auf den der Sonderrechnungen. Bei den rechtlich selbstständigen Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung waren 1,4 Mill. Beschäftigte eingesetzt.

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 2000¹
nach Beschäftigungsbereichen



1 Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und 128 500 Grundwehrdienstleistende).

2 Einschl. Zweckverbände.

3 Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank sowie Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst, also auf die Bereiche Kernhaushalte und Sonderrechnungen.

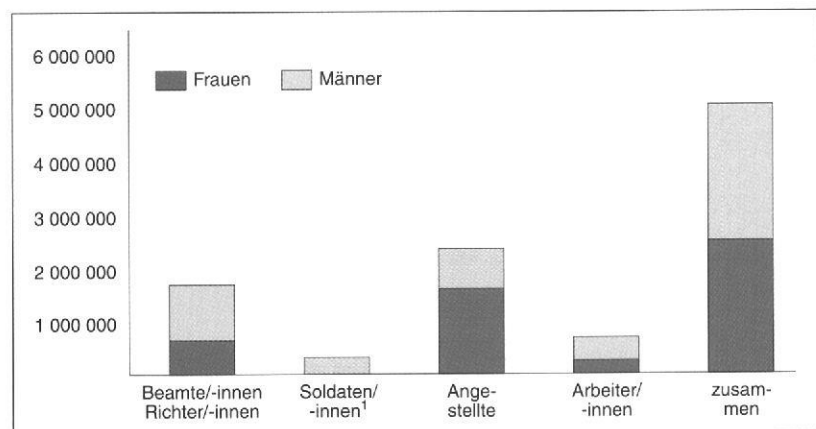
Die meisten der Beschäftigten standen im Dienst der Länder. Mitte 2000 wurden knapp 2,3 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten 1,6 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es 630 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 74 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger sowie rechtlich selbstständige Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts) 488 000.

In der Gliederung nach dem Dienstverhältnis wurden knapp 2,4 Mill. Angestellte, 1,7 Mill. Beamtinnen und Beamte (einschließlich Richterinnen und Richter), 685 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, 187 000 Berufs-/Zeitsoldaten und 128 000

Grundwehrdienstleistende erfasst. In den einzelnen Dienstverhältnissen wird die Teilzeitbeschäftigung unterschiedlich in Anspruch genommen. Bei den in einem Beamtenverhältnis stehenden Beschäftigten betrug die Teilzeitquote 17 %, während bei den Tarifbeschäftigten 31 % mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten.

Der Bruttomonatsverdienst (ohne Einmalzahlungen, wie z.B. Urlaubsgeld bzw. anteilige jährliche Sonderzuwendung) der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes betrug im Jahr 2000 durchschnittliche 2 568 Euro. Die höchsten Durchschnittsbezüge erzielten die Richterinnen und Richter mit 4 498 Euro; Beamtinnen und Beamte erhielten im Schnitt 3 041 Euro, Angestellte 2 617 Euro, Soldatinnen

Abb. 5: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 2000 nach dem Dienstverhältnis



1 Einschl. 128 500 Grundwehrdienstleistende.

und Soldaten 2 102 Euro, Arbeiter und Arbeiterinnen 2 052 Euro und das Personal in Ausbildung 835 Euro. Der Bruttomonatsverdienst lag im früheren Bundesgebiet mit 2 633 Euro deutlich über dem in den neuen Ländern (2 311 Euro).

Von den Beschäftigten, die im Jahr 2000 in den Lohn- und Gehaltslisten des öffentlichen Dienstes geführt wurden, waren 2,5 Mill. oder knapp 50 % Frauen. Ohne den militärischen Bereich der Bundeswehr liegt der Frauenanteil bei 53 %. Diese Quote liegt im früheren Bundesgebiet deutlich niedriger (50 %) als in den neuen Bundesländern (64 %).

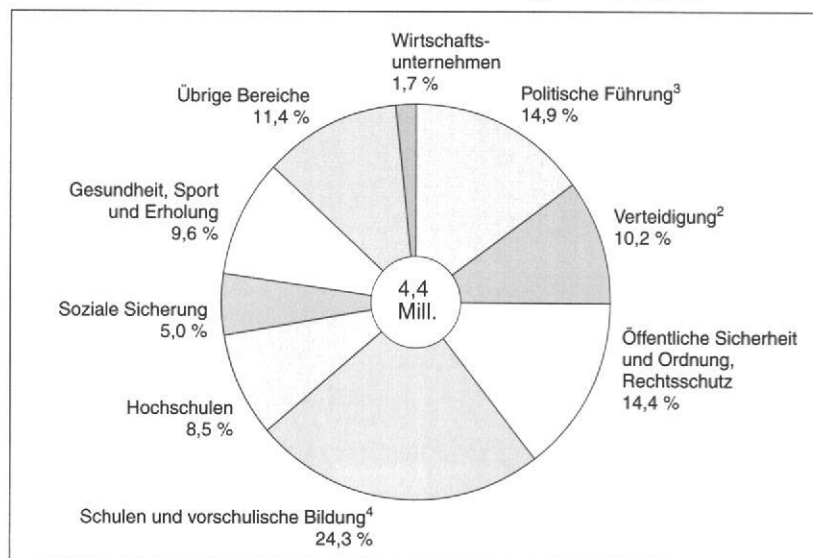
Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten im Durchschnitt 45 bei den Ländern, 31 bei den Kommunen, 13 bei den Bundesbehörden, 10 im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes und einer beim Bundeseisenbahnvermögen.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes der Gebietskörperschaften liegen im Bereich des Bildungswesens (36 %), der »Politischen Führung« (15 %), der »In-

neren Sicherheit« (öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz: 14 %), des Gesundheitswesens einschl. Sport und Erholung (10 %) und der »Äußerer Sicherheit« (Verteidigung: 10 %).

Seit 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland drastisch zurückgegangen. Von einem damaligen Personalbestand von knapp 7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich die Beschäftigtenzahl des öffentlichen

Abb. 6: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 2000^{1, 2} nach Aufgabenbereichen



1 Ohne Zweckverbände.

2 Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und 128 500 Grundwehrdienstleistende).

3 Einschl. zentraler und auswärtiger Angelegenheiten.

4 Einschl. Verwaltung.

Dienstes binnen neun Jahren auf 4,9 Mill. verringert. Diese Personalentwicklung hat mehrere Gründe. In den neuen Ländern bestand der Zwang, die Personalausstattung der Länder und der Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen. Der Bund hat seine Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost privatisiert. Vom Personal dieser Sondervermögen sind allein die Beamten der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Dienst verblieben. Sie werden von dem neu errichteten Bundeseisenbahnvermögen verwaltet und an die Deutsche Bahn AG ausgeliehen. Außerdem hat der Bund die zivilen und militärischen Arbeitsplätze bei der Bundeswehr den

veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten angepasst. Die rechtliche Verselbstständigung von bisher rechtlich unselbstständigen staatlichen und kommunalen Einrichtungen führt dazu, dass die Beschäftigten dieser Einrichtungen nicht mehr zum Mitarbeiterstab ihres bisherigen Dienstherrn gehören. Im staatlichen Bereich wird für die ausgegliederten Einrichtungen (insbesondere staatliche Krankenhäuser und Hochschulkliniken) die Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts gewählt. Dies führt dazu, dass die Arbeitsplätze in den mittelbaren öffentlichen Dienst verlagert werden und damit im Bereich des öffentlichen Dienstes verbleiben. Im kommunalen Bereich wird dagegen eine privatrechtliche Rechtsform für die ausgegliederten Einrichtungen bevorzugt. Hier sind insbesondere kommunale Krankenhäuser betroffen, die als GmbHs weitergeführt werden und deren Beschäftigte nicht mehr zum öffentlichen Dienst zählen, sondern unter den weiter gefassten Begriff der öffentlichen Arbeitgeber.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als »soziale Marktwirtschaft« bezeichnet. Darunter versteht man die Verbindung von »freier Marktwirtschaft« mit einem Staat, der den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmen sichert und sozial ausgleichend wirkt.

Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist das Grundgesetz. Darin ist kein bestimmtes Wirtschaftssystem festgelegt, es enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie dessen soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit.

Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Gesetz über das Kreditwesen (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z. B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung) näher bestimmt.

Darüber hinaus wirken sich auf das wirtschaftliche Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen aus, ebenso wie der föderalistische Staatsaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des Einzelnen, sondern auch die Ausgangssituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Nicht zuletzt werden die Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen der Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Staat, Private Haushalte) durch die Steuer- und Abgabepolitik sowie die Regional- und Strukturpolitik beeinflusst. Zunehmend gewinnen für das Handeln der Wirtschaftseinheiten auch Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, so wie die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, an Bedeutung.

Diese oben beschriebenen ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten müssen von den politisch Verantwortlichen, aber auch von anderen Wirtschaftseinheiten, bei wirtschaftspolitischen und anderen Entscheidungen beachtet werden. Erforderlich für Entscheidungsprozesse sind aber auch quantitative

Informationen, die unter anderem als wirtschaftsstatistische Daten von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder regelmäßig bereitgestellt werden.

12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten dienen als Grundlage wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen. Darüber hinaus werden sie von Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden, internationalen Organisationen und von Unternehmen für Analyse- und Prognosezwecke genutzt.

Den umfassendsten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die statistisches Basismaterial aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen und gegebenenfalls durch Schätzungen ergänzen, um statistische Lücken zu schließen.

Der Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Damit das Bild überschaubar bleibt, wird in den VGR die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und der wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefasst. Die Gruppen sind so gebildet, dass die vielschichtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben möglichst klar erkennbar werden. Die Wirtschaftseinheiten werden in erster Linie nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert; in grober Gliederung spricht man von den Sektoren Kapitalgesellschaften, Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat und übrige Welt, in feiner Gliederung von Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen, Haushaltgruppen usw. Die Abgrenzung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge wird so vorgenommen, dass ein möglichst aussagefähiges Bild über die

- Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter,
 - Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen und die
 - Vermögensbildung und ihre Finanzierung
- entsteht.

Die Ergebnisse der VGR werden grundsätzlich in Geldeinheiten ausgedrückt. Sie beziehen sich wie das statistische Ausgangsmaterial stets auf abgelaufene Zeiträume.

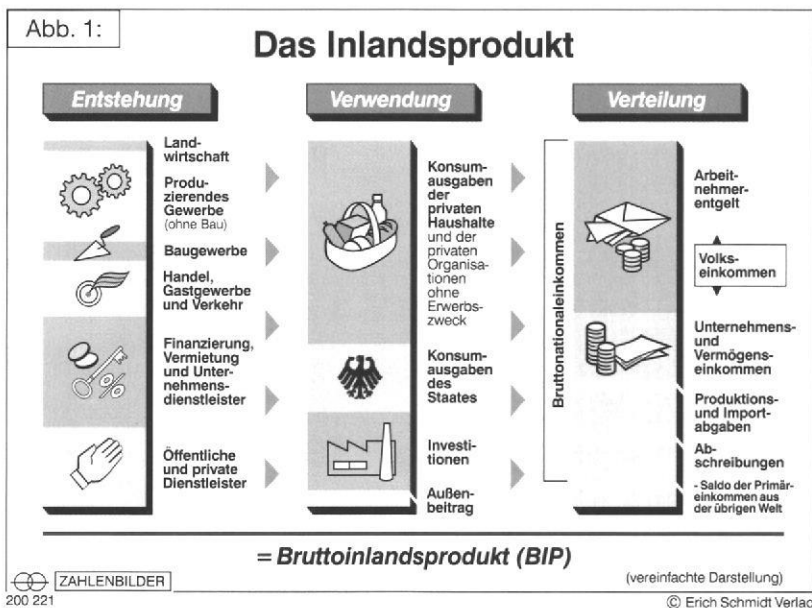
Die VGR sind als ein geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teilweise tiefer untergliedert, nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder zum Beispiel um die Angaben

in konstanten Preisen erweitert. Außerdem werden in den Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt. Ziel der VGR ist die Quantifizierung der Leistung einer Volkswirtschaft als Ganzes. Diese kann aus drei Blickwinkeln heraus erfolgen:

- Wo ist die Leistung entstanden? Wie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen? (Entstehungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.4)
- Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, konsumiert oder exportiert? (Verwendungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.5)
- Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.6)

Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung der Konsum, die Bruttoinvestitionen sowie der Außenbeitrag und in der Verteilungsrechnung das Bruttonationaleinkommen, das Volkseinkommen, das Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen berechnet.

Im Folgenden werden für die Jahre 1991 bis 2001 Angaben der VGR für Deutschland (Rechenstand Januar 2002) nachgewiesen. Für den gesamten Zeitraum wurden die in DM ermittelten Werte zunächst einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 Euro = 1,95583 DM umgerechnet und anschließend die rechnerische Stimmigkeit der Summenbildung geschaffen.



12.3 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum, zum Beispiel Deutschland, in einem Zeitraum, beispielsweise einem Kalenderjahr, erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung.

Es kann prinzipiell von drei Seiten berechnet und dargestellt werden. Die folgenden Angaben in Mrd. Euro gelten für 2001:

1. Entstehungsseite

Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	1 920,6
– unterstellte Bankgebühr	67,0
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	1 853,6
+ Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen	210,1
= Bruttoinlandsprodukt	2 063,7
+ Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	– 12,0
= <i>Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)</i>	2 051,7

2. Verwendungsseite

private Konsumausgaben	1 220,7
+ Konsumausgaben des Staates	392,1
+ Bruttoanlageinvestitionen	421,2
+ Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	0,2
+ Außenbeitrag	29,6
= <i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 063,7

3. Verteilungsseite

Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	2 051,7
– Abschreibungen	312,6
= Nettonationaleinkommen	1 739,1
– Produktions- und Importabgaben an den Staat	
abzüglich Subventionen vom Staat	212,4
= Volkseinkommen	1 526,7
– Arbeitnehmerentgelt	1 109,6
= <i>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</i>	417,2

Im Jahr 2001 erreichte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2 063,7 Mrd. Euro.

Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer Rechnung in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres wird dagegen die Preisveränderung ausgeschaltet. Die jährlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen können so als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. In Deutschland hat das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2001 im jährlichen Durchschnitt preisbereinigt um rund 1,5 % zugenommen.

Tab 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1995	
	Mrd. EUR	EUR je Erwerbstätigen im Inland (Wirtschaftsleistung)	Mrd. EUR	EUR je Erwerbstätigen im Inland (Arbeitsproduktivität)
1991	1 502,2	39 100	1 710,8	44 500
1992	1 613,2	42 600	1 749,1	46 200
1993	1 654,2	44 300	1 730,1	46 300
1994	1 735,5	46 500	1 770,7	47 500
1995	1 801,3	48 200	1 801,3	48 200
1996	1 833,7	49 200	1 815,1	48 700
1997	1 871,6	50 300	1 840,4	49 500
1998	1 929,4	51 300	1 876,4	49 900
1999	1 974,3	51 800	1 911,1	50 200
2000	2 025,5	52 300	1 968,5	50 900
2001	2 063,7	53 200	1 980,0	51 100

Neben dem Bruttoinlandsprodukt ist die Pro-Kopf-Leistung als Maß für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) eine wichtige Größe zur Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die Pro-Kopf-Leistung in jeweiligen Preisen wird dabei als Wirtschaftsleistung bezeichnet. Sie dient in der Regel zum Vergleich der Arbeitsproduktivität verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode. Im Gegensatz dazu wird die Pro-Kopf-Leistung in konstanten Preisen, d. h. die Arbeitsproduktivität, zur Messung von Produktivitätsveränderungen zwischen verschiedenen Perioden verwendet.

In konstanten Preisen des Jahres 1995 gerechnet war die Arbeitsproduktivität 2001 rund 15 % höher als 1991. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 1,4 % an.

12.4 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts wird in tiefer Gliederung berechnet und nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Dabei lässt sich der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt an ihrer Bruttowertschöpfung messen.

Die Bruttowertschöpfung ist die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelswaren, Reparaturleistungen). Tab. 2 zeigt die Bruttowertschöpfung nach sechs zusammengefassten Wirtschaftsbereichen. Die Angaben in jeweiligen Preisen sind als absolute

Tab. 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzie- rung, Ver- mietung, Unterneh- mensdienst- leister	Öffentliche und private Dienst- leister
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR</i>							
1991	1 414,2	19,7	430,5	84,1	250,7	342,7	286,5
1992	1 518,9	20,0	434,7	99,9	265,0	382,0	317,3
1993	1 555,4	19,7	410,9	104,5	271,6	415,3	333,5
1994	1 626,1	20,8	420,1	113,7	286,4	436,9	348,2
1995	1 690,4	21,6	428,3	114,1	299,5	462,3	364,7
1996	1 722,1	22,7	430,1	109,0	297,7	488,7	374,1
1997	1 760,2	22,9	438,2	104,6	306,0	508,8	379,6
1998	1 810,2	22,6	454,6	100,8	317,0	527,9	387,4
1999	1 838,3	21,7	453,1	100,6	321,9	546,7	394,4
2000	1 886,0	22,0	477,3	95,9	333,1	560,5	397,3
2001	1 920,6	23,3	483,6	91,0	343,3	575,2	404,2
<i>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1992	7,4	1,5	1,0	18,8	5,7	11,5	10,8
1993	2,4	-1,6	-5,5	4,5	2,5	8,7	5,1
1994	4,5	5,9	2,2	8,8	5,4	5,2	4,4
1995	4,0	3,7	1,9	0,3	4,6	5,8	4,8
1996	1,9	4,9	0,4	-4,5	-0,6	5,7	2,6
1997	2,2	1,1	1,9	-4,0	2,8	4,1	1,5
1998	2,8	-1,2	3,7	-3,7	3,6	3,7	2,0
1999	1,6	-4,1	-0,3	-0,2	1,5	3,6	1,8
2000	2,6	1,4	5,3	-4,7	3,5	2,5	0,7
2001	1,8	5,7	1,3	-5,1	3,1	2,6	1,8
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. EUR</i>							
1991	1 598,3	20,1	456,3	103,3	282,1	403,6	332,8
1992	1 635,0	21,3	445,9	110,8	293,3	417,9	345,8
1993	1 619,2	21,7	415,3	110,5	289,2	431,8	350,8
1994	1 655,0	20,6	426,1	116,8	293,7	440,0	357,9
1995	1 690,4	21,6	428,3	114,1	299,5	462,3	364,7
1996	1 709,6	23,0	418,9	109,4	302,6	484,2	371,4
1997	1 742,1	22,9	428,6	107,8	306,0	503,0	373,7
1998	1 782,6	23,5	435,4	105,7	313,4	527,9	376,6
1999	1 818,8	24,3	429,7	105,4	332,5	548,5	378,3
2000	1 884,9	24,2	453,1	102,6	347,7	574,2	383,2
2001	1 903,3	24,5	451,5	95,8	356,2	590,6	384,7
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1992	2,3	5,9	-2,3	7,3	3,9	3,5	3,9
1993	-1,0	2,1	-6,9	-0,4	-1,4	3,3	1,4
1994	2,2	-5,2	2,6	5,8	1,5	1,9	2,0
1995	2,1	4,9	0,5	-2,4	2,0	5,1	1,9
1996	1,1	6,6	-2,2	-4,0	1,0	4,7	1,8
1997	1,9	-0,3	2,3	-1,5	1,1	3,9	0,6
1998	2,3	2,5	1,6	-2,0	2,4	5,0	0,8
1999	2,0	3,4	-1,3	-0,3	6,1	3,9	0,4
2000	3,6	-0,4	5,4	-2,7	4,5	4,7	1,3
2001	1,0	1,2	-0,3	-6,6	2,4	2,9	0,4

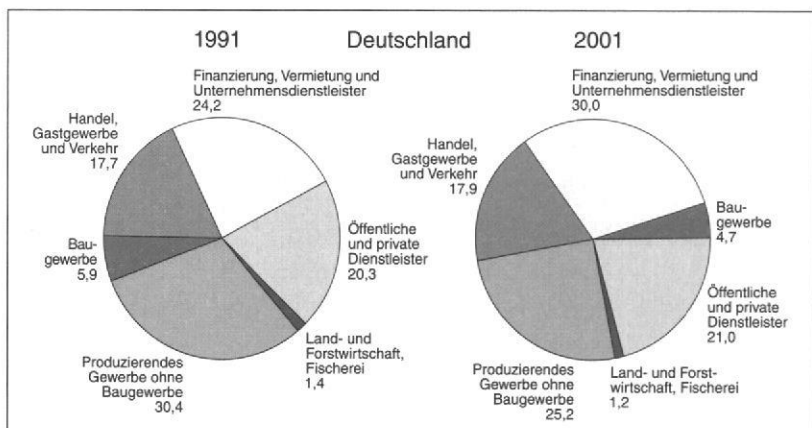
Beträge in Mrd. Euro ausgewiesen und zeigen den Beitrag des jeweiligen Wirtschaftsbereiches zur Bruttowertschöpfung, während in konstanten Preisen mit der prozentualen Veränderung der Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf dokumentiert wird.

Abb. 2 zeigt anhand von zwei Kreisdiagrammen die Struktur der nominalen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland für die Jahre 1991 und 2001. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 1,4 %; 2001: 1,2 %), Baugewerbe (1991: 5,9 %; 2001: 4,7 %), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 17,7 %; 2001: 17,9 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (1991: 20,3 %; 2001: 21,0 %) traten keine großen Veränderungen auf. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe (1991: 30,4 %; 2001: 25,2 %) ging deutlich zurück, während dagegen die Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (1991: 24,2 %; 2001: 30,0 %) deutlich an Bedeutung gewonnen haben.

Die genannten Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft in Deutschland haben auch einen Einfluss auf die Struktur der Erwerbstätigkeit und lassen sich anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche weitgehend nachvollziehen.

Während in Deutschland 1991 in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch knapp 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe arbeiteten, waren es 2001 nur noch 22 %. Umgekehrt waren 1991 nur rund 25 von 100 Erwerbstätigen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 2001 waren es über 28 (siehe Tab. 3). Während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei deutlich zurückging (Anteil 1991: 4,0 %; 2001: 2,4%) stieg er bei Finanzierung, Vermietung

Abb. 2: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1991 und 2001 in Prozent



Tab. 3: Erwerbstätige im Inland
nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzie- rung, Ver- mietung und Unter- nehmens- dienst- leister	Öffent- liche und private Dienst- leister
	1 000	in % von insgesamt					
1991	38 454	4,0	29,4	7,3	24,3	9,6	25,3
1992	37 878	3,5	27,6	7,7	24,7	10,3	26,2
1993	37 365	3,3	26,0	8,1	25,0	10,8	26,7
1994	37 304	3,1	24,7	8,5	25,0	11,4	27,3
1995	37 382	3,0	24,1	8,6	24,9	11,8	27,6
1996	37 270	2,7	23,5	8,4	25,0	12,3	28,2
1997	37 208	2,7	23,1	8,1	25,1	12,7	28,3
1998	37 611	2,6	22,9	7,7	25,2	13,3	28,3
1999	38 081	2,6	22,3	7,5	25,3	14,0	28,4
2000	38 706	2,5	22,0	7,1	25,4	14,8	28,2
2001	38 761	2,4	22,0	6,8	25,4	15,2	28,2

und Unternehmensdienstleistern (1991: 9,6 %; 2001: 15,2 %) stark. Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 24,3 %; 2001: 25,4 %) gab es keine auffällige Änderung.

12.5 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, wie die produzierten und importierten Waren und Dienstleistungen verwendet worden sind. Generell können sie, nach Abzug des Vorleistungsverbrauchs, der inländischen Verwendung, das heißt dem Privaten Konsum, dem Konsum des Staates und den Bruttoinvestitionen zugeführt oder aber exportiert werden. Angaben zur Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts enthalten die Tab. 4 und 5.

Tab. 5 zeigt, dass in Deutschland der größte Teil (rund 60,1 %) der inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen zu den Privaten Konsumausgaben gehört. Unter Privaten Konsumausgaben wird dabei im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden, daneben gehören die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck dazu.

Gut ein Fünftel (20,7 %) der Güter der inländischen Verwendung wird investiert, erhöht also den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände der Kapitalgesellschaften,

Tab. 4: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staats	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR</i>						
1991	1 502,2	832,9	19,6	288,4	364,9	-3,5
1992	1 613,2	892,2	22,1	318,9	384,0	-4,0
1993	1 654,2	926,6	24,0	328,8	371,9	2,9
1994	1 735,5	959,5	26,3	342,2	402,0	5,5
1995	1 801,3	996,2	28,6	356,8	408,1	11,6
1996	1 833,7	1 021,6	30,6	365,8	396,6	19,1
1997	1 871,6	1 047,6	32,2	364,5	401,7	25,7
1998	1 929,4	1 076,6	34,3	369,5	420,9	28,1
1999	1 974,3	1 112,2	37,4	378,4	429,5	16,8
2000	2 025,5	1 144,0	38,8	384,5	450,2	8,0
2001	2 063,7	1 180,9	39,8	392,1	421,3	29,6
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. EUR
1992	7,4	7,1	12,4	10,6	5,2	-0,4
1993	2,5	3,9	8,9	3,1	-3,1	6,8
1994	4,9	3,5	9,3	4,1	8,1	2,7
1995	3,8	3,8	9,0	4,3	1,5	6,1
1996	1,8	2,6	7,0	2,5	-2,8	7,5
1997	2,1	2,5	5,2	-0,3	1,3	6,6
1998	3,1	2,8	6,5	1,4	4,8	2,4
1999	2,3	3,3	8,9	2,4	2,1	-11,3
2000	2,6	2,9	3,8	1,6	4,8	-8,8
2001	1,9	3,2	2,6	2,0	-6,4	21,6
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. EUR</i>						
1991	1 710,8	942,3	23,9	326,4	399,7	18,5
1992	1 749,1	966,9	25,6	342,8	404,6	9,2
1993	1 730,1	967,5	26,1	343,2	384,5	8,9
1994	1 770,7	976,9	27,2	351,4	404,7	10,4
1995	1 801,3	996,2	28,6	356,8	408,1	11,6
1996	1 815,1	1 005,0	30,1	363,3	396,0	20,8
1997	1 840,4	1 010,0	31,2	364,5	398,5	36,2
1998	1 876,4	1 027,1	32,4	368,8	419,3	28,8
1999	1 911,1	1 057,9	34,5	374,7	428,4	15,6
2000	1 968,5	1 073,2	35,0	379,3	445,2	35,8
2001	1 980,0	1 088,1	35,4	384,2	415,2	57,1
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. EUR
1992	2,2	2,6	7,2	5,0	1,2	-9,3
1993	-1,1	0,1	2,2	0,1	-5,0	-0,3
1994	2,3	1,0	4,0	2,4	5,3	1,6
1995	1,7	2,0	5,3	1,5	0,8	1,2
1996	0,8	0,9	5,0	1,8	-3,0	9,2
1997	1,4	0,5	3,8	0,3	0,6	15,4
1998	2,0	1,7	4,0	1,2	5,2	-7,4
1999	1,8	3,0	6,4	1,6	2,2	-13,2
2000	3,0	1,4	1,5	1,2	3,9	20,2
2001	0,6	1,4	1,1	1,3	-6,7	21,3

des Staates sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Investitionen – insbesondere Anlageinvestitionen – sind für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre.

Ein weiteres Fünftel (19,3 %) der letzten inländischen Verwendung entfällt auf die Konsumausgaben des Staates. Diese umfassen die Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen u. Ä., soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der »übrigen Welt« dar. Tab. 4 zeigt, dass der nominale Außenbeitrag für Deutschland in den ersten beiden Jahren nach der deutschen Vereinigung negativ war, also nach Deutschland mehr Güter eingeführt als aus Deutschland ausgeführt worden sind. Dies hat sich 1993 wieder umgekehrt und seitdem ist der Außenbeitrag in allen Jahren positiv gewesen.

Tab. 5: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

Jahr	Inländische Verwendung Mrd. EUR	Konsum- ausgaben der privaten Haushalte	Konsumaus- gaben der pri- vaten Organi- sationen ohne Erwerbszweck	Konsum- ausgaben des Staates	Brutto- investi- tionen
in % der inländischen Verwendung					
1991	1 505,7	55,3	1,3	19,2	24,2
1992	1 617,2	55,2	1,4	19,7	23,7
1993	1 651,3	56,1	1,5	19,9	22,5
1994	1 730,0	55,5	1,5	19,8	23,2
1995	1 789,7	55,7	1,6	19,9	22,8
1996	1 814,6	56,3	1,7	20,2	21,9
1997	1 845,9	56,7	1,7	19,7	21,8
1998	1 901,3	56,6	1,8	19,4	22,1
1999	1 957,5	56,8	1,9	19,3	21,9
2000	2 017,5	56,7	1,9	19,1	22,3
2001	2 034,1	58,1	2,0	19,3	20,7

12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Das gesamte Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) erreichte 2001 einen Wert von 2 051,7 Mrd. Euro. Das Nettonationaleinkommen lag bei 1 739,1 Mrd. Euro. Das Volkseinkommen, also die Summe des von Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelts und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, betrug 1 526,7 Mrd. Euro; das waren 18 500 Euro je Einwohner. Das Arbeitnehmerentgelt lag bei 1 109,6 Mrd. Euro bzw. 72,7 % des Volkseinkommens (Lohnquote); je

Tab. 6: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volks-einkommen		Arbeitnehmer-entgelt			Unternehmens- und Vermögenseinkommen Mrd. EUR
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner	Mrd. EUR	% vom Volkseinkommen	EUR je Arbeitnehmer	
1991	1 167,1	14 600	846,0	72,5	24 200	321,1
1992	1 242,6	15 400	916,4	73,7	26 700	326,2
1993	1 255,7	15 500	937,9	74,7	27 800	317,8
1994	1 302,6	16 000	961,2	73,8	28 700	341,5
1995	1 358,6	16 600	996,2	73,3	29 700	362,4
1996	1 381,7	16 900	1 005,3	72,8	30 100	376,4
1997	1 404,6	17 100	1 009,2	71,8	30 300	395,4
1998	1 441,9	17 600	1 030,4	71,5	30 700	411,6
1999	1 464,2	17 800	1 058,3	72,3	31 000	405,9
2000	1 505,8	18 300	1 089,2	72,3	31 400	416,6
2001	1 526,7	18 500	1 109,6	72,7	31 900	417,2

Arbeitnehmer waren das 31 900 Euro. Auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfielen 417,2 Mrd. Euro bzw. 27,3 % des Volkseinkommens.

Um Missverständnisse bei der Interpretation dieser Zahlen zu vermeiden, ist anzumerken, dass zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen neben den Unternehmenseinkommen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften, Einzelunternehmen usw.) auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen (also zum Beispiel auch die Zinsen aus dem Sparguthaben oder die Dividenden aus dem Aktienbesitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, dass das Arbeitnehmerentgelt die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Tab. 7: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter monatlich je Arbeitnehmer EUR
	Mrd. EUR					
1991	846,0	153,0	693,0	211,7	481,3	1 650
1992	916,4	166,2	750,2	237,4	512,8	1 830
1993	937,9	168,0	769,9	241,9	528,0	1 910
1994	961,2	179,9	781,3	255,0	526,3	1 940
1995	996,2	189,8	806,4	275,7	530,7	2 010
1996	1 005,3	190,3	815,0	287,0	528,0	2 040
1997	1 009,2	195,6	813,6	294,2	519,4	2 040
1998	1 030,4	200,0	830,3	299,3	531,0	2 060
1999	1 058,3	203,7	854,6	306,1	548,5	2 090
2000	1 089,2	206,4	882,9	312,9	570,0	2 120
2001	1 109,6	208,6	900,9	311,6	589,3	2 160

Tab. 8: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau-gewerbe	Bau-gewerbe	Handel, Gast-gewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienst-leister	Öffentliche und private Dienst-leister
<i>Arbeitnehmerentgelt Mrd. EUR</i>							
1991	844,0	10,6	301,2	57,8	170,2	87,9	216,3
1992	915,3	8,9	315,8	65,6	187,6	99,3	238,1
1993	937,4	8,9	304,1	70,5	195,5	107,4	251,0
1994	961,0	9,2	303,5	76,5	198,0	113,7	260,2
1995	996,9	9,5	311,0	77,7	203,5	121,4	273,8
1996	1 006,2	9,3	309,3	75,1	203,8	127,2	281,6
1997	1 010,3	9,3	308,9	71,7	203,7	131,5	285,2
1998	1 031,4	9,5	315,7	68,7	206,4	140,7	290,4
1999	1 059,3	9,7	317,1	68,0	213,2	151,7	299,7
2000	1 090,4	9,8	325,1	66,2	221,0	163,8	304,5
2001	1 110,6	9,5	331,0	63,4	225,8	172,2	308,7
<i>EUR je Arbeitnehmer (Lohnkosten)</i>							
1991	24 200	13 700	27 400	22 800	20 900	27 200	23 500
1992	26 700	15 400	31 200	25 000	23 000	29 200	25 400
1993	27 800	17 300	32 400	25 900	24 100	30 600	26 700
1994	28 700	18 200	34 200	26 800	24 600	31 000	27 200
1995	29 700	18 900	35 900	26 900	25 300	32 000	28 300
1996	30 100	19 400	36 800	27 200	25 300	32 400	28 700
1997	30 300	19 300	37 500	27 200	25 300	32 500	29 000
1998	30 700	19 400	38 200	27 200	25 200	32 800	29 300
1999	31 000	19 900	38 800	27 700	25 500	32 800	29 800
2000	31 400	20 400	39 700	28 100	25 800	33 000	30 000
2001	31 900	20 700	40 400	28 600	26 200	33 400	30 400
<i>Bruttolöhne und -gehälter Mrd. EUR</i>							
1991	691,4	9,0	245,8	47,1	141,4	72,6	175,5
1992	749,3	7,5	257,2	53,7	155,5	82,0	193,5
1993	769,5	7,4	249,4	57,8	162,0	88,7	204,1
1994	781,1	7,7	245,9	62,3	162,6	93,4	209,3
1995	806,9	7,9	251,1	63,3	165,1	99,7	219,9
1996	815,7	7,7	250,6	60,6	167,3	103,8	225,8
1997	814,5	7,7	248,9	57,7	166,3	106,8	227,1
1998	831,1	7,8	254,1	55,3	168,6	114,1	231,1
1999	855,4	8,0	256,1	54,8	174,3	123,5	238,7
2000	883,7	8,1	263,4	53,6	181,3	134,1	243,4
2001	901,8	7,8	268,8	51,3	185,5	141,3	247,1
<i>EUR je Arbeitnehmer (Verdienst)</i>							
1991	19 800	11 500	22 400	18 600	17 400	22 500	19 100
1992	21 900	12 900	25 400	20 400	19 100	24 100	20 600
1993	22 800	14 400	26 600	21 200	19 900	25 200	21 700
1994	23 300	15 100	27 700	21 900	20 200	25 500	21 900
1995	24 100	15 600	29 000	21 900	20 600	26 200	22 700
1996	24 400	16 000	29 800	22 000	20 800	26 400	23 000
1997	24 500	15 900	30 200	21 900	20 600	26 400	23 100
1998	24 700	16 000	30 800	21 900	20 600	26 600	23 300
1999	25 100	16 400	31 400	22 400	20 900	26 700	23 700
2000	25 400	16 800	32 200	22 700	21 100	27 000	24 000
2001	25 900	17 100	32 800	23 100	21 500	27 400	24 300

Vom gesamten Arbeitnehmerentgelt entfielen 2001 in Deutschland 18,8 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, nachdem es im Jahr 1991 erst 18,1 % waren.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, dass die höchsten Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) im Jahr 2001 mit 40 400 Euro im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe zu verzeichnen waren, die niedrigsten in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (20 700 Euro). Beim Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) ergab sich ein ähnliches Bild.

Sowohl das Arbeitnehmerentgelt als auch der überwiegende Teil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen fließen den privaten Haushalten zu. Von diesen Einkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Transfers den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können von diesen für den Privaten Konsum bzw. das Sparen verwendet werden.

12.7 Außenwirtschaft

12.7.1 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartnern, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- und ausgeführt werden. Welche Bedeutung der Außenhandel für Deutschland hat, wird schon daran deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland – nach den USA – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz¹ der Welt erzielt.

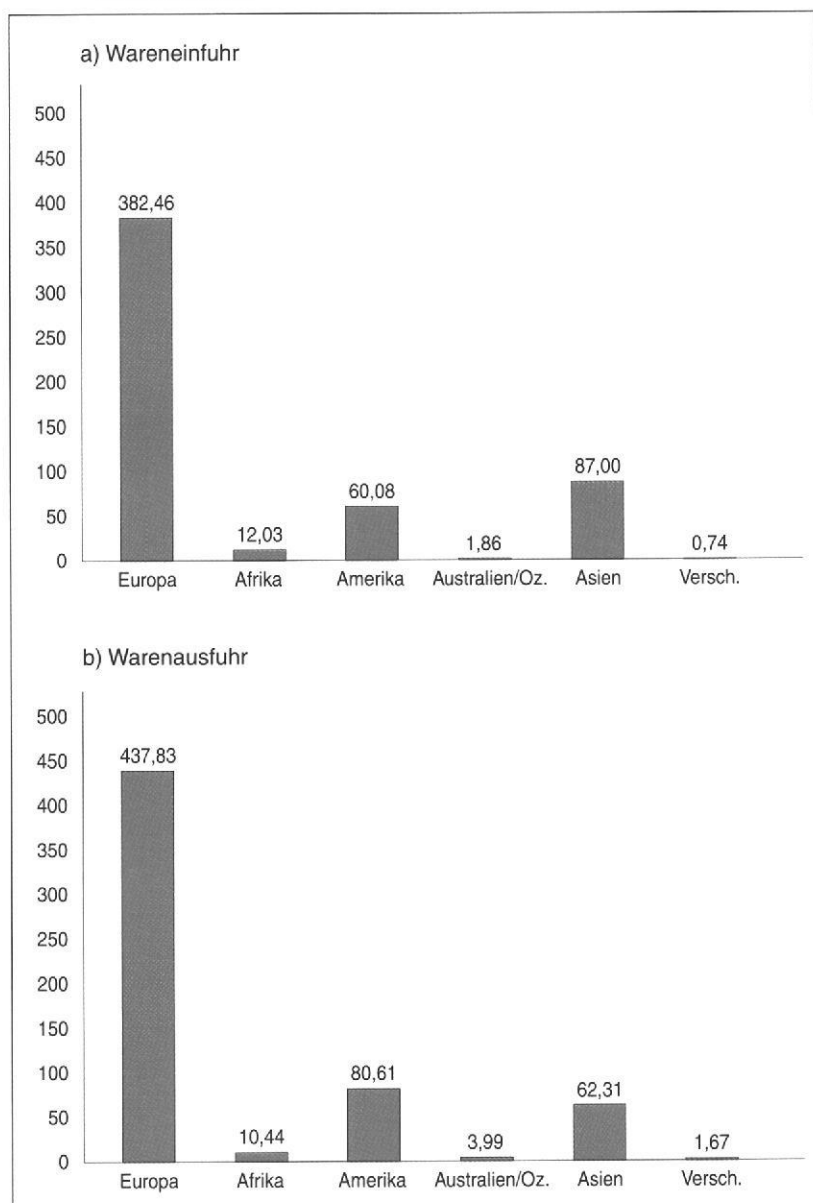
Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Warenausfuhren in Deutschland im Jahr 2000 29,5 % und der der Einfuhren 26,6 %.

Wie Tab. 9 zeigt, ist der deutsche Außenhandel von 1960 bis 2000 um das rund 25-fache gestiegen. Aus- und Einfuhren erreichten im Jahr 2000 neue Höchstmarken. Wie in den Jahren zuvor exportierte Deutschland mit 596,9 Mrd. Euro auch im Jahr 2000 mehr, als es importierte (538,4 Mrd. Euro), und erzielte somit einen Außenhandelsüberschuss von 58,4 Mrd. Euro. Mit einer Zunahme von 17 % gegenüber dem Vorjahr wuchsen die Warenexporte jedoch geringer als die Einfuhren, die um 21 % zulegten. Dabei waren kräftige Preissteigerungen bei Erdölprodukten und Erdgas zu beachten, durch die diese Einfuhren im Jahr 2000 eine Zuwachsrate von über 90 % verzeichneten.

Deutschlands wichtigste Absatz- und Beschaffungsmärkte liegen in Europa, denn ca. 73 % der deutschen Ausfuhren bleiben in Europa, und ca. 70 % der deutschen Einfuhren stammen aus Europa.

¹ Der Außenhandelsumsatz ist die Summe aus Ein- und Ausfuhren.

Abb. 3: Außenhandel Deutschlands nach Erdteilen 2000
EUR in Milliarden



Tab. 9: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr¹
in Mrd. EUR

Jahr	Einfuhr ²	Ausfuhr ²	Saldo ³
1960	21,8	24,5	2,7
1970	56,0	64,1	8,0
1980	174,5	179,1	4,6
1985	237,1	274,6	37,5
1990	293,2	348,1	54,9
1991	329,2	340,4	11,2
1992	326,0	343,2	17,2
1993	289,6	321,3	31,6
1994	315,4	353,1	37,6
1995	339,6	383,2	43,6
1996	353,0	403,4	50,4
1997	394,8	454,3	59,5
1998	423,5	488,4	64,9
1999	444,8	510,0	65,2
2000 ⁴	538,4	596,9	58,4

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik.

3 Ausfuhren abzüglich Einfuhren.

4 Revidierte Ergebnisse für Ausfuhr und Einfuhr insgesamt. Bei den nach Waren und Ländern auf-
gegliederten Außenhandelsergebnissen konnte aus technischen Gründen noch keine Revision für
das Berichtsjahr 2000 vorgenommen werden, es kann daher zu Abweichungen gegenüber den
revidierten globalen Außenhandelsergebnissen kommen.

Innerhalb der europäischen Länder bilden die EU-Mitgliedstaaten das Schwerk-
gewicht. Mit ihnen wickelt Deutschland mehr als die Hälfte seiner Aus- und Ein-
fuhren ab, obwohl der Anteil der EU-Länder am Welt-Bruttoinlandsprodukt nur
rund 20 % beträgt. In den letzten Jahren hat vor allem der Handel mit Mittel- und
Osteuropa überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen. Dies wird auch dadurch
unterstrichen, dass der deutsche Außenhandel mit dieser Region im Jahr 2000
denjenigen mit den Vereinigten Staaten leicht überstieg. Dennoch ist der ameri-
kanische Kontinent für den deutschen Außenhandel der zweitwichtigste Markt,
der 2000 rund 14 % der deutschen Ausfuhren aufnahm und 11 % der Einfuhr-
güter lieferte. Wirtschaftlich dominiert wird der deutsch-amerikanische Außen-
handel von dem Warenaustausch mit den USA; in die USA gingen im Jahr 2000
mehr als drei Viertel aller deutschen für Amerika bestimmten Ausfuhren, bei der
Einfuhr war der Anteil noch höher.

Während Deutschland wesentlich mehr nach Amerika liefert, als es von dort be-
zieht, ist es im deutschen Außenhandel mit Asien gerade umgekehrt. Auf die-
sem Kontinent verzeichnet Deutschland traditionell Handelsbilanzdefizite, die in
den letzten Jahren noch gestiegen sind. So wuchsen die deutschen Ausfuhren
nach Asien zwar im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 26 % auf 62,3 Mrd.
Euro; gleichzeitig stiegen jedoch im gleichen Zeitraum die deutschen Einfuh-
ren aus Asien um 30,2 % auf 87,0 Mrd. Euro. Größter asiatischer Handelspartner

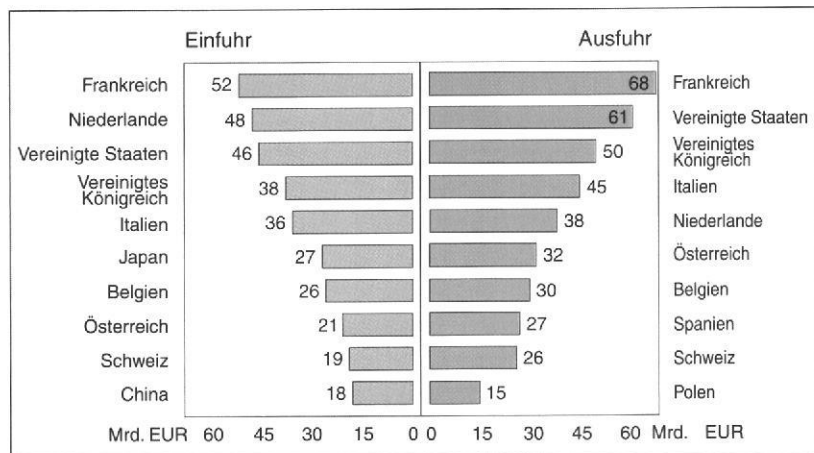
Deutschlands ist Japan; von dort importierte Deutschland im Jahr 2000 Waren im Wert von 26,6 Mrd. Euro, während die deutschen Exporte nach Japan nur 13,2 Mrd. Euro erreichten.

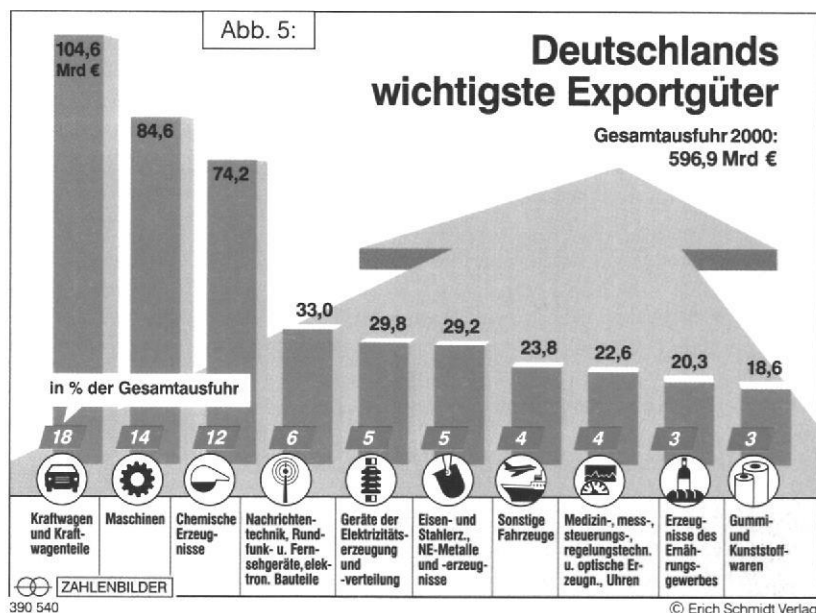
Sehr niedrig ist der Warenaustausch mit den übrigen Kontinenten. So erreichten die deutschen Ausfuhren nach Afrika im Jahr 2000 rund 10 Mrd. Euro, das sind weniger als 2 % der deutschen Exporte insgesamt. Der Anteil von Australien und Ozeanien war mit weniger als einem Prozent noch geringer.

Untersucht man die deutschen Außenhandelsbeziehungen nach der Höhe des Warenaustausches, so ist Frankreich der mit Abstand wichtigste Handelspartner von Deutschland mit einem Anteil von 11 % am deutschen Außenhandelsumsatz des Jahres 2000. Auf die drei wichtigsten Handelspartner (Frankreich, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich) entfällt zusammen gut ein Viertel des Umsatzes und sogar fast zwei Drittel des Ausfuhrüberschusses. Fast zwei Drittel des Außenhandelsumsatzes wickelt Deutschland mit seinen zehn wichtigsten Partnerländern ab (vgl. Abb. 4). Mit den Vereinigten Staaten, Japan und China lagen lediglich drei dieser zehn Länder außerhalb Europas. Von den europäischen Nicht-EU-Mitgliedern sind vor allem die Schweiz und – wie bereits erwähnt – in zunehmendem Maße die mittel- und osteuropäischen Länder – und hier wiederum vor allem die Nachbarländer Polen und die Tschechische Republik sowie Russland – von Bedeutung. So belegte Polen in der Rangliste der wichtigsten Außenhandelspartner 2000 Rang 12, die Tschechische Republik Position 13 und Russland Position 15.

Untergliedert man den deutschen Außenhandel nach Warengruppen, so zeigen sich eindeutige Schwerpunkte der deutschen Exportwirtschaft. Bei der Ausfuhr

Abb. 4: Die größten Handelspartner Deutschlands 2000
in Mrd. EUR





lagen 2000 – wie auch in den Vorjahren – Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile (104,6 Mrd. Euro) an der Spitze, gefolgt von Maschinen (84,6 Mrd. Euro) und chemischen Erzeugnissen (74,2 Mrd. Euro). Zusammen entfielen auf diese drei Ausfuhrbereiche 44 % der gesamten Warenausfuhr.

Betrachtet man die Waren nach ihrem Verarbeitungsgrad, zeigt sich, dass der Fertigwarenanteil in den vergangenen Jahrzehnten sowohl bei der Ein- wie auch der Ausfuhr die größte Bedeutung hat, wobei der Anteil an der Ausfuhr (85 %) weit

Tab. 10: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen¹ in Prozent

Wirtschaftszweig/ Warengruppe	Einfuhr ²				Ausfuhr ²			
	1960	1980	1990	2000	1960	1980	1990	2000
Ernährungswirtschaft	26,3	12,7	10,8	6,9	2,3	5,3	4,8	4,2
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	86,0	87,8	82,6	97,4	94,0	94,8	90,6
davon:								
Rohstoffe	21,7	17,3	6,1	5,8	4,6	1,9	1,1	0,7
Halbwaren	18,9	17,6	11,3	8,9	10,4	8,7	5,3	4,8
Fertigwaren	32,2	51,2	70,5	67,9	82,4	83,4	88,4	85,1

¹ Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

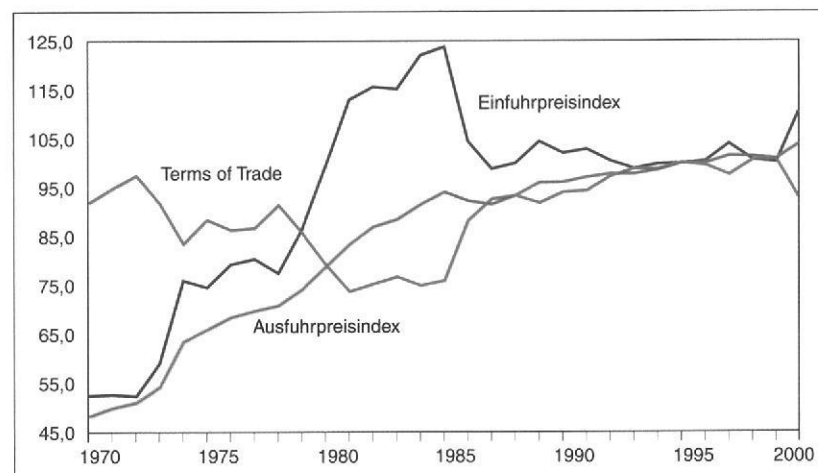
² Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; seit 1993 neues Erhebungsverfahren innerhalb der EU, Zuschätzungen, die 2000 im Gesamtergebnis enthalten sind, werden nicht auf die einzelnen Warengruppen verteilt. Daher sind die Zahlen nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

höher liegt als an der Einfuhr (68 %). Der Handel mit Rohstoffen hat in beiden Richtungen prozentual an Bedeutung verloren, wobei hier naturgemäß die Einfuhr einen höheren Anteil aufweist. Tab. 10 macht auch deutlich, dass die Einfuhren von Ernährungsgütern prozentual im Zeitablauf deutlich rückläufig waren. Diese Entwicklung ist auch Spiegelbild der allgemeinen Lebensbedingungen, wonach nicht mehr die Deckung der täglichen Grundbedürfnisse, sondern das Bestreben nach Erhöhung der eigenen Lebensqualität das Konsumverhalten bestimmt. Ausfuhrseitig blieb der Anteil der Ernährungswirtschaft relativ stabil, was unterstreicht, dass Deutschland nie ein vornehmlich landwirtschaftlich orientiertes Land war.

12.7.2 Außenhandelspreise

Die Indizes der Außenhandelspreise messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Damit stellen sie für Politik und Wirtschaft eine wertvolle Informationsquelle dar. Insbesondere dienen sie zur Abschätzung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisniveau. Mit Hilfe der aus ihnen abgeleiteten Terms of Trade (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex mal 100) kann darüber hinaus die Entwicklung der Austauschverhältnisse der deutschen Volkswirtschaft mit dem Ausland analysiert werden. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise stärker als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, dass man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Abb. 6: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland¹
(1995 = 100)



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1970 ein nahezu durchgehender Preisanstieg festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen. Ursache für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und auch Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

Tab. 11: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland¹
(1995 = 100)

Jahr	Einfuhrpreisindex	Ausfuhrpreisindex	Terms of Trade
1970	52,5	48,3	92,0
1980	99,4	78,8	79,3
1985	123,8	94,1	76,0
1990	102,1	96,1	94,1
1991	102,9	97,1	94,4
1992	100,5	97,8	97,3
1993	98,9	97,8	98,9
1994	99,8	98,6	98,8
1995	100	100	100
1996	100,4	100,0	99,6
1997	104,0	101,5	97,6
1998	100,7	101,4	100,7
1999	100,2	100,9	100,7
2000	111,4	104,4	93,7

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

12.7.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, empfiehlt sich auch die Betrachtung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern. Sie gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen, die Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Die Vermögensübertragungen werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Unter den Übertragungen insgesamt sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Kapitalbilanz und Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank enthalten alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen verändern. Der Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen wird gleichfalls gesondert ausgewiesen.

Die Zahlungsbilanz ist wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten vier Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{aligned}
 & \text{Saldo der Leistungsbilanz} \\
 & + \text{Saldo der Vermögensübertragungen} \\
 & \hline
 & = \text{Saldo der Kapitalbilanz} \\
 & + \text{Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank} \\
 & \quad \text{zu Transaktionswerten} \\
 & + (\text{Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen})
 \end{aligned}$$

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, dass jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verminderung mit einem Minuszeichen erscheint.

Tab. 12: Saldo der Leistungsbilanz / Vermögensübertragungen¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz						Vermögens- übertra- gungen ³
	ins- gesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Erwerbs- und Vermö- gensein- kommen	laufende Übertra- gungen	
		zusammen	Waren- verkehr ² (fob-Werte)	Dienst- leistungs- verkehr			
1999	- 17 891	+ 16 776	+ 66 558	- 49 782	- 8 966	- 25 701	- 154
2000	- 22 602	+ 7 866	+ 62 984	- 55 118	- 3 325	- 27 144	+ 6 826
2001	+ 2 651	+ 41 925	+ 99 894	- 57 969	- 12 609	- 26 665	- 967

¹ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

² Spezialhandel einschl. Ergänzungen.

³ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern (UMTS-Lizenzen) im Jahr 2000.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 12) geht hervor, dass den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr (verursacht hauptsächlich durch die Reisefreudigkeit der Deutschen) und bei den laufenden Übertragungen (insbesondere Beiträge zum EU-Haushalt, Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer, private Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen an das Ausland) gegenüberstehen. Nachdem der Saldo der Leistungsbilanz seit 1991 stets negativ war, lag er im Jahr 2001 erstmals wieder im positiven Bereich bei rund 2,7 Mrd. Euro. Dies resultiert aus dem enormen Exportüberschuss im deutschen Außenhandel.

Aus der Kapitalbilanz (Tab. 13) ist ersichtlich, dass die deutschen Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2001 um rund 13 Mrd. Euro höher lagen als die Anlagen des Auslands in Deutschland. Im Jahr 2000 allerdings haben Ausländer rund 158 Mrd. Euro mehr in Deutschland investiert, als dies von den Deutschen im

Ausland getan wurde. Maßgeblicher Grund hierfür ist die Übernahme eines deutschen Unternehmens durch einen ausländischen Investor sowie Mittelbereitstellungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von UMTS-Lizenzen (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2001, S. 69 ff.). Des Weiteren floss im Jahr 2000 erheblich mehr deutsches Kapital (+ 164 Mrd. Euro) in ausländische Wertpapiere als vom Ausland in deutschen Wertpapieren angelegt wurde. Auch hier wirkt sich spiegelbildlich die bereits erwähnte Großfusion aus, da der Direktinvestor die zuvor im Ausland befindlichen Aktien des deutschen Unternehmens übernommen hat. Dadurch ergibt sich rechnerisch ein geringeres Engagement des Auslands in hiesige Wertpapiere, was den starken Anstieg des positiven Wertpapiersaldos im Jahr 2000 zur Folge hat. In 2001 lag der Saldo der Wertpapieranlagen wieder auf erheblich niedrigerem Niveau (+ 9 Mrd. Euro). Der Kapitalabfluss aus dem Kreditverkehr war um rund 23 Mrd. Euro höher als die Mittelzufuhr.

Tab. 13: Saldo der Kapitalbilanz¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank ²	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen
	insgesamt	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Kreditverkehr	Sonstige Anlagen		
1999	+ 26 084	+ 51 338	+ 12 565	- 40 249	+ 2 430	- 12 535	- 31 593
2000	- 34 347	- 157 741	+ 163 618	- 42 362	+ 2 138	- 5 844	+ 24 414
2001	+ 46 084	+ 12 766	+ 9 059	+ 22 907	+ 1 353	- 6 032	- 38 369

1 Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

2 Zu Transaktionswerten.

Der Saldo der Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten – bereinigt um den »Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen« – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen. Den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen stehen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüber. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährigen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstatistiken und die im Allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken. Zusätzlich werden Geschäftsstatistiken von Ministerien und Ergebnisse anderer Institutionen herangezogen.

Dieses Kapitel beinhaltet zwei Teile. Zunächst wird die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei allgemein betrachtet, d. h. die dargestellten Ergebnisse trennen nicht zwischen dem, was landläufig als »konventionelle Landwirtschaft« bezeichnet wird und dem ökologischen Landbau. Im darauf folgenden Teil wird der ökologische Landbau gesondert dargestellt.

13a Land- und Forstwirtschaft, Fischerei insgesamt

13a.1 Bedeutung der Agrarwirtschaft

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. So werden fast 90 % des Nahrungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt.

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2000 in Deutschland

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe	17,1 Mill. Hektar = 48 % der Fläche Deutschlands
Erwerbstätige ¹ in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ^{2,3}	940 000 = 2,4 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ^{2,3}	23,3 Mrd. EUR = 1,2 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland ⁴	89 % ⁵

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2 Vorläufiges Ergebnis. – 3 2001. – 4 Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste; ohne Erzeugnisse aus Auslandsfuttermitteln. – 5 1998/99.

Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,3 % (1998) außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder vierzigste (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, dass sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tief greifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Union.

13a.2 Bodennutzung

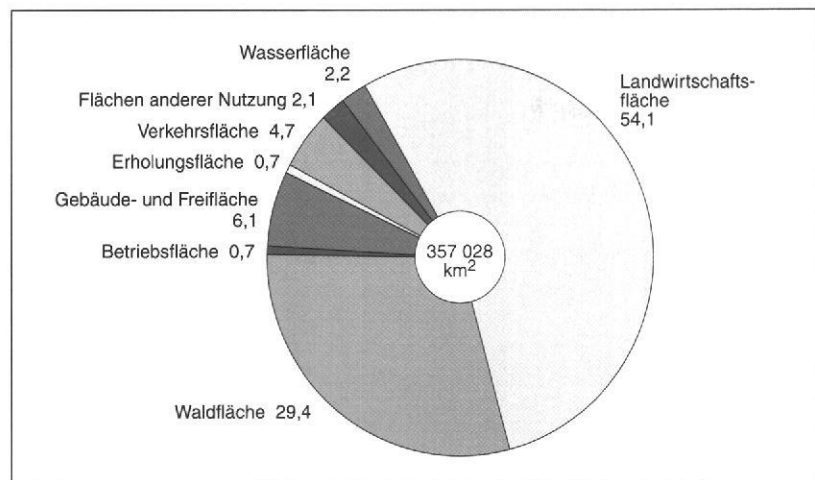
Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung lieferte 1997 zum zweiten Mal (nach 1993) für Deutschland Angaben zur Nutzung der Bodenfläche nach einheitlichen methodischen Maßstäben für alle 16 Bundesländer.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bodenfläche der Bundesrepublik Deutschland 357 028 Quadratkilometer beträgt. Nach wie vor beansprucht die Landwirtschaftsfläche mit 54 % den größten Anteil; er betrug im früheren Bundesgebiet fast 53 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 57 % höher. In neun Ländern wird mindestens die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt: Den höchsten Wert hat Schleswig-Holstein mit 73 %. Neben den Stadtstaaten haben Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils gut 43 % den geringsten Anteil.

Die Waldfläche beträgt in Deutschland etwa 30 %. Während im früheren Bundesgebiet mehr als 30 % der Fläche mit Wald bedeckt ist, sind es in den neuen Ländern und Berlin-Ost gut 27 %. Das walddreichste Land ist Rheinland-Pfalz mit knapp 41 %, gefolgt von Hessen mit fast 40 %. Den geringsten Anteil an Waldfläche besitzt Schleswig-Holstein mit etwas über 9 %.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst 42 000 Quadratkilometer; das sind fast 12 %. Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit über 13 % deutlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit gut 8 %. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bayern liegt der Anteil unter 10 %. Nordrhein-Westfalen mit rund 20 % und das Saarland mit 19 % besitzen den relativ größten Raum für Siedlungs- und Verkehrszwecke. In den Stadtstaaten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche über die Hälfte der Bodenfläche ein; in der Bundeshauptstadt Berlin sind es zwei Drittel.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche nach Nutzungsarten 1997
in Prozent



13a.3 Landwirtschaftliche Betriebe

Die nachhaltigen Strukturveränderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in der deutschen Landwirtschaft zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. So ist ihre Zahl im früheren Bundesgebiet von etwa 1,6 Mill. (1949) auf 0,4 Mill. (2000) zurückgegangen. Das betrifft vor allem kleine und mittlere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche bis unter

Tab. 2: Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe
in Hektar

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost ¹
1949	.	8,1	.
1960	.	9,3	281,4
1970	.	11,7	612,5
1980	.	15,3	2 388,2
1991	27,6	19,6	284,5
1999	36,3	26,1	184,4
2000	37,2	26,8	187,7

¹ Vor 1991 Güter, Genossenschaften und Kommunalbetriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche.

50 Hektar. Die Anzahl der Betriebe, die 50 Hektar und mehr bewirtschaften, ist in diesem Zeitraum stetig von etwa 16 000 auf rund 69 000 gestiegen.

Tab. 3: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)
in der Landwirtschaft

Betriebe/Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Einheit	Früheres Bundesgebiet				
		1960	1979	1991	1999	2000
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	1 385	810	599	442	429
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>						
unter 10 ha ¹	1 000	960	415	275	180	174
10 bis unter 20 ha	1 000	286	187	121	84	83
20 bis unter 50 ha	1 000	122	179	151	111	102
50 bis unter 100 ha	1 000	14	26	43	52	52
100 ha und mehr	1 000	3	4	8	16	17
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	12 935	12 204	11 748	11 546	11 463
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>						
unter 10 ha	1 000 ha	4 105	1 786	1 167	785	752
10 bis unter 20 ha	1 000 ha	3 990	2 711	1 766	1 230	1 236
20 bis unter 50 ha	1 000 ha	3 504	5 341	4 746	3 589	3 346
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	884	1 675	2 876	3 559	3 592
100 ha und mehr	1 000 ha	450	691	1 193	2 383	2 536
Durchschnittliche Betriebsgröße ²	ha LF	9	15	20	26	27
		Neue Länder und Berlin-Ost		Deutschland		
		1991	2000	1991	1999	2000
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	18,6	29,9	617,3	472,0	458,4
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>						
unter 10 ha	1 000	9,5	11,4	284,5	191,6	185,8
10 bis unter 50 ha	1 000	4,0	7,2	276,4	201,7	192,6
50 bis unter 100 ha	1 000	1,1	2,5	44,4	54,3	54,6
100 bis unter 500 ha	1 000	1,5	5,6	11,9	21,1	25,3
500 bis unter 1 000 ha	1 000	0,6	1,5		1,6	
1 000 ha und mehr	1 000	1,9	1,6		1,6	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	5 281	5 605	17 029	17 152	17 067
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>						
unter 10 ha	1 000 ha	31	46	1 198	831	798
10 bis unter 50 ha	1 000 ha	91	169	6 603	4 992	4 751
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	75	183	2 950	3 739	3 775
100 bis unter 500 ha	1 000 ha	324	1 318	6 277	3 579	7 743
500 bis unter 1 000 ha	1 000 ha	473	1 058		1 138	
1 000 ha und mehr	1 000 ha	4 288	2 830		2 873	
Durchschnittliche Betriebsgröße ²	ha LF	284	188	28	36	37

1 ha = Hektar.

2 Bis 1998 Betriebe mit 1 ha LF und mehr, ab 1999 Betriebe mit 2 ha LF und mehr oder mit Viehhaltung und/oder Spezialkulturen, wenn vom Gesetzgeber vorgegebene Viehbestände oder Mindestanbauflächen vorhanden sind.

In den neuen Ländern war nach der Bodenreform 1945/46 eine Vielzahl klein- und mittelbäuerlicher Betriebe entstanden, die die Versorgungslage der Bevölkerung verbessern und Vertriebenen sowie Landarbeitern eine Existenzgrundlage bieten sollten. Nur relativ wenige »volkseigene Güter« wirtschafteten in dieser Zeit als Großbetriebe.

Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft von 1952 bis 1960 führte zu einem rigorosen Konzentrationsprozess, der auch in den Folgejahren, verbunden mit Spezialisierungsmaßnahmen (Trennungen von Pflanzen- und Tierproduktion), weiter durchgesetzt wurde. Daraus resultierte, dass 1989 94 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und über 96 % der Rinder- und Schweinebestände in 464 Staatsgütern (VEG), 3 844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 370 weiteren genossenschaftlichen sowie zwischenbetrieblichen Einrichtungen konzentriert waren.

Als Privatbetriebe existierten zu diesem Zeitpunkt noch etwa 3 500 Erwerbsbetriebe, vorwiegend im Bereich des Gartenbaus. Die große Anzahl der persönlichen Hauswirtschaften der LPG-Mitglieder kann nicht zur Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebe gezählt werden.

Nach der Vereinigung Deutschlands vollzog sich der Umstrukturierungsprozess der Landwirtschaft in den neuen Ländern nicht reibungslos. Vielfältige Probleme behinderten den zügigen Aufbau leistungsfähiger Familienbetriebe als Neu- oder Wiedereinrichter. Das hatte zur Folge, dass weiterhin gravierende Strukturunterschiede zwischen der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet und derjenigen in den neuen Ländern bestehen. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist dafür ein markantes Merkmal.

In Deutschland wurden 1991 54 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von Betrieben in der Größenklasse 50 Hektar und mehr bewirtschaftet, 2000 sind es schon 67 %. Der entsprechende Anteil in den neuen Ländern liegt derzeit bei 96 %, im früheren Bundesgebiet bei 53 %.

13a.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft

In den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands gab es 1999 1,4 Mill. beschäftigte Arbeitskräfte, davon 0,9 Mill. Familienarbeitskräfte und 0,5 Mill. ständig und nicht ständig Beschäftigte. Fast neun von zehn Personen sind in landwirtschaftlichen Familienbetrieben beschäftigt.

13a.4.1 Weiter hoher Anteil von Familienbetrieben

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland werden heute in einer Vielzahl von Rechtsformen geführt: In Deutschland dominieren Betriebe in der Rechtsform Einzelunternehmen, also Familienbetriebe; 95 % der Betriebe (440 000) mit 70 %

(11,9 Mill. Hektar) der LF weisen diese Rechtsform auf. Davon entfallen 417 000 Betriebe (96 %) mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 25,4 Hektar LF auf das frühere Bundesgebiet und 23 800 Betriebe mit durchschnittlich 55,1 Hektar auf die neuen Länder. Im Osten Deutschlands werden knapp acht von zehn Betrieben als Familienbetriebe geführt. Diese wieder- oder neuingerichteten Familienbetriebe bewirtschaften hier 23 % der LF (1,3 Mill. Hektar).

Betriebe in den Rechtsformen Personengemeinschaften und juristische Personen sind in den neuen Ländern von besonderer Bedeutung. Die Personengemeinschaften haben dort eine durchschnittliche Betriebsgröße von 401 Hektar und bearbeiten zusammen 23 % der LF (1,3 Mill. Hektar). Eingetragene Genossenschaften und Kapitalgesellschaften (GmbH) sind ebenfalls zu festen Bestandteilen der agrarischen und regionalen Struktur im Osten Deutschlands geworden. Die Genossenschaften, meist Nachfolger der früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, weisen mit 1 414 Hektar die höchste durchschnittliche Betriebsgröße auf. Betriebe der Rechtsform GmbH bearbeiten durchschnittlich 689 Hektar. Betriebe in der Rechtsform Genossenschaften bewirtschaften zusammen 30 % (1,7 Mill. Hektar) und in der Rechtsform GmbH 21 % (1,2 Mill. Hektar) der LF in den neuen Ländern.

Von den rund 440 000 landwirtschaftlichen Familienbetrieben in Deutschland sind etwa 190 000 Haupteinwerbsbetriebe (43 %). Die Mehrzahl der Familienbetriebe wird im Nebenerwerb geführt. Diese Nebenerwerbsbetriebe hatten 1999 rund drei Mill. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, also ca. 12 Hektar je Betrieb im Durchschnitt. Die im Haupteinwerb geführten Betriebe waren mit durchschnittlich 47 Hektar LF rund viermal größer als die Nebenerwerbsbetriebe. Bei den Haupteinwerbsbetrieben im früheren Bundesgebiet betragen die durchschnittlichen Betriebsgrößen z. B. 33 Hektar in Bayern und 74 Hektar LF in Schleswig-Holstein. In den neuen Ländern liegen die durchschnittlichen Betriebsgrößen von Haupteinwerbsbetrieben mit 78 Hektar LF in Sachsen und knapp 220 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern wesentlich höher. Im früheren Bundesgebiet kommt den Nebenerwerbsbetrieben nach wie vor eine gewisse Bedeutung zu. Dort entfällt auf Nebenerwerbsbetriebe eine LF von rund 2,7 Mill. Hektar, rund 24 % der LF aller landwirtschaftlichen Betriebe. In den neuen Ländern beträgt dieser Anteil lediglich 5 %.

Unabhängig von der weiteren Strukturentwicklung sind Verantwortung und Stellenwert der Landwirtschaft für Gesellschaft und Umwelt hervorzuheben. In der Regel ist der bäuerliche Familienbetrieb für den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen Arbeits- und Wohnbereich. Das hat besondere Bedeutung für die Erhaltung der Besiedlungsstruktur ländlicher Gebiete und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Von den Landwirten wird selbstverantwortliches Handeln im ökologisch geprägten Anbau und in der artgerechten Nutztierhaltung gefordert.

So hat neben der Sicherung der Ernährung auch die Erhaltung und Pflege der ländlichen Räume durch die Landwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung, als

sie im Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck kommt.

13a.4.2 Weiterer Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

Seit 1991 sind die in den landwirtschaftlichen Betrieben mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigten um rund 24 % oder knapp 445 000 Personen zurückgegangen. Das waren 250 000 Personen im früheren Bundesgebiet und 195 000 in den neuen Ländern. Dieser Rückgang entspricht der Arbeitsleistung von 370 000 Vollbeschäftigten.

1999 überwogen im früheren Bundesgebiet nach wie vor die Familienarbeitskräfte mit gut 900 000 Personen (ca. 70 %) von nahezu 1,3 Mill. Personen insgesamt. Unter den Familienarbeitskräften waren rund 220 000, das ist jede/r Vierte, vollbeschäftigt.

In den neuen Ländern dominierte immer noch die Lohnarbeit. Von den knapp 170 000 in der Landwirtschaft Tätigen waren rund 97 000 ständige familienfremde Arbeitskräfte (fast 60 %), unter ihnen ca. 86 000 bzw. 88 % Vollbeschäftigte. Von den 39 000 Familienarbeitskräften war in den neuen Ländern auch nur jede/r Vierte vollbeschäftigt.

Tab. 4: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft
im früheren Bundesgebiet 1950 bis 1999

Wirtschaftsjahr/Kalenderjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten ¹	
	1 000	je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51 ²	3 885	29,0
1960/61 ²	2 415	18,5
1970/71 ²	1 434	11,5
1980	987	8,2
1988	821	7,0
1993	646	5,5
1995	571	4,9
1997	535	4,6
1999	500	4,3

1 Eine AK-Einheit entspricht der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren.

2 Ohne Stadtstaaten.

Der Zeitvergleich zeigt die Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, insbesondere durch fortschreitende Technisierung. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, waren es 1999 nur noch 4,3 AK-Einheiten je 100 Hektar.

13a.4.3 Mehr Saisonarbeitskräfte als bisher

Bis einschließlich 1997 wurden die nicht ständig Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben – wie alle anderen Beschäftigten in der Landwirtschaft auch – jeweils im Mai für den Vormonat erhoben. Diese Ergebnisse zeigen eine in etwa stabile Zahl von Saisonarbeitskräften mit jeweils über 70 000 Personen seit 1991. Da aber zu erkennen war, dass der Einsatz von Saisonarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft vor allem aus dem Ausland deutlich zugenommen hat, wurde das Erhebungsverfahren verändert. Der Gesetzgeber hat mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes 1998 festgelegt, die in der Landwirtschaft nicht ständig Beschäftigten für den Zeitraum des Jahres vor dem Erhebungsmonat Mai nachzuweisen, den Beobachtungszeitraum also auf ein Jahr auszudehnen. Die vorliegenden Zahlen von 1999 weisen mit knapp 300 000 Saisonarbeitskräften gegenüber 1997 (ca. 80 000 Personen) einen Anstieg um rund das Vierfache auf. Von den 300 000 Personen entfielen etwa 270 000 auf das frühere Bundesgebiet und rund 30 000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die neuen Länder. Auch ist zu beachten, dass nach dem novellierten Agrarstatistikgesetz ab 1999 landwirtschaftliche Betriebe erst mit mindestens 2 Hektar LF (bis dahin mindestens 1 Hektar LF) in die Bewertung einbezogen werden. Das hat z. B. zur Folge, dass die Zahl der einbezogenen landwirtschaftlichen Betriebe um ca. 50 000 zurückgegangen ist, wobei es sich hauptsächlich um im Nebenerwerb bewirtschaftete landwirtschaftliche Familienbetriebe (rund 97 %) handelt. Dadurch entfällt der Nachweis von ca. 61 000 Familienarbeitskräften, die überwiegend Teilzeit beschäftigt waren (rund 98 %).

13a.5 Pflanzliche Produktion

In den vergangenen Jahren hat sich das Kulturartenverhältnis der landwirtschaftlich genutzten Flächen im gesamten Bundesgebiet gleichermaßen weg vom Grünland hin zum leistungsfähigeren Ackerland verändert.

13a.5.1 Anbauflächen

Der Anteil der Ackerflächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist seit 1960 in Deutschland um rund 7 Prozentpunkte auf 69 % im Jahr 2000 gestiegen. Entsprechend schrumpfte der Anteil von Grünland, der sich nun auf knapp 30 % beläuft. Im früheren Bundesgebiet beträgt das Verhältnis im Jahr 2000 64 % zu 34 %, in den neuen Ländern rund 80 % zu 20 %.

Der Umfang des Getreideanbaues insgesamt ist seit den 50er-Jahren in Deutschland nur geringfügig zurückgegangen (–2 % von 1950 bis 2000). Große Unterschiede sind jedoch im Anbau der einzelnen Getreidearten festzustellen. So haben die ertragreichen Arten Weizen und Gerste mit einem Anteil von zusammen rund 72 % an der gesamten Getreideanbaufläche 2000 den Roggen- und Haferanbau

zurückgedrängt. Hier beträgt der Anteil nur noch 15 % gegenüber 61 % im Jahr 1950; Weizen und Gerste wurden damals auf gut einem Drittel der Getreideflächen angebaut. Der Anbau von Kartoffeln ist in Deutschland stark rückläufig, die Anbaufläche hat sich von 1950 bis 2000 um fast sechs Siebtel verringert.

13a.5.2 Ernteerträge und Erntemengen

In Deutschland haben sich die Hektarerträge für Feldfrüchte, Gemüse- und Obstarten sowie Wein seit den 50er-Jahren wesentlich erhöht. Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchterische Verbesserungen, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie auf die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln zurückzuführen.

Die Hektarerträge für Getreide und Hackfrüchte steigen – mit leichten Schwankungen – stetig an; dabei sind zum Teil beachtliche Steigerungen zu verzeichnen. Für Kartoffeln lässt sich im Vergleich der Jahre 2000 und 1991 ein Zuwachs von 45 %, für Zuckerrüben von 32 % und für Runkelrüben von rund 23 % feststellen. Das Getreide insgesamt legt knapp 8 % zu; betrachtet man einzelne Arten, so steigert sich der Hektarertrag von Gerste um 2,4 %, Weizen um 7,5 % und Körnermais sogar um 34,9 %.

Der Gemüseanbau wurde von 1991 bis 2000 um gut 23 % ausgeweitet, insbesondere Spargel (+85,5 %), Speisezwiebeln (+71,1 %) sowie Möhren und Karotten (+59,2 %) verzeichneten große Flächenzuwächse. In der Produktion steht allerdings der Weißkohl mit einem Anteil von 21 % an erster Stelle, gefolgt von Möhren und Karotten (17 %) sowie Speisezwiebeln (knapp 13 %). 1991 hatte Weißkohl

Tab. 5: Anbaufläche auf dem Ackerland (Deutschland)
in Prozent (Ackerland = 100 %)

	1960	1994/99 D ¹	2000
Weizen	14,1	22,2	25,2
Wintergerste	3,1	11,9	12,3
Sommergerste	7,5	6,5	5,3
Hafer	8,6	2,6	2,0
Roggen	17,6	6,9	7,1
übrige Getreidearten	5,2	6,5	7,6
Getreide zusammen	56,3	56,6	59,4
Kartoffeln	14,1	2,6	2,6
übrige Hackfrüchte	9,7	4,6	3,9
Hackfrüchte zusammen	23,9	7,1	6,5
Grünmais/Silomais	3,8	10,6	9,8
übrige Futterpflanzen	10,3	4,5	4,0
Futterpflanzen zusammen	14,1	15,1	13,8
Sonstige Ackerfläche	5,8	21,2	20,3

1 D = Durchschnitt.

Tab. 6: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen
(Deutschland)

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag			Erntemengen		
	1960	1994/99 D ¹	2000	1960	1994/99 D ¹	2000
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	35,7	72,2	73,2	5 950,7	18 355,5	21 324,7
Roggen	26,2	52,6	49,3	5 923,9	4 311,6	4 154,1
Wintergerste	35,8	61,5	63,8	1 440,1	8 661,8	9 232,1
Kartoffeln	217,3	362,7	433,4	39 379,7	11 205,3	13 193,0
Zuckerrüben	360,5	517,3	616,6	19 222,3	26 074,8	27 870,1
Gemüse:						
Weißkohl	325,4	678,9	755,9	513,7	513,5	524,2
Kopfsalat ²	142,2	232,0	252,6	61,8	85,5	82,4
Frischerbsen	78,8	55,1	46,5	87,6	16,1	20,5
Obst (Marktoftbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	19,4	.	851,5	1 130,8
Birnen	.	22,1	27,9	.	43,7	65,2
Wein:		hl je ha			1 000 hl	
Weißmost	.	93,3	91,8	.	7 624,1	7 005,0
Rotmost	.	107,4	121,8	.	2 228,4	3 075,8

1 D = Durchschnitt. – 2 Angaben von 1961.

Tab. 7: Qualität der Weinmosternte in Deutschland¹
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1984	1992	1994	1996	1998	2000
Tafelwein	13,5	2,1	1,6	0,4	1,1	1,9
Qualitätswein	79,7	50,1	55,6	61,9	57,4	53,9
Qualitätswein mit Prädikat	6,8	47,8	42,7	37,7	41,5	44,1

1 1984 früheres Bundesgebiet.

noch einen Anteil von 25,7 %, gefolgt von Möhren und Karotten mit 12,0 % sowie Blumenkohl mit 9,5 %.

Die Obst- und Weinmosterträge sind zwar vom Witterungsverlauf stark abhängig, doch konnten auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ergiebigen Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden. Beim Weinmost ist die Qualität für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

13a.6 Tierische Produktion

Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Nahezu 60 % der Verkaufserlöse im Agrarbereich stammen aus der tierischen Veredlungswirtschaft.

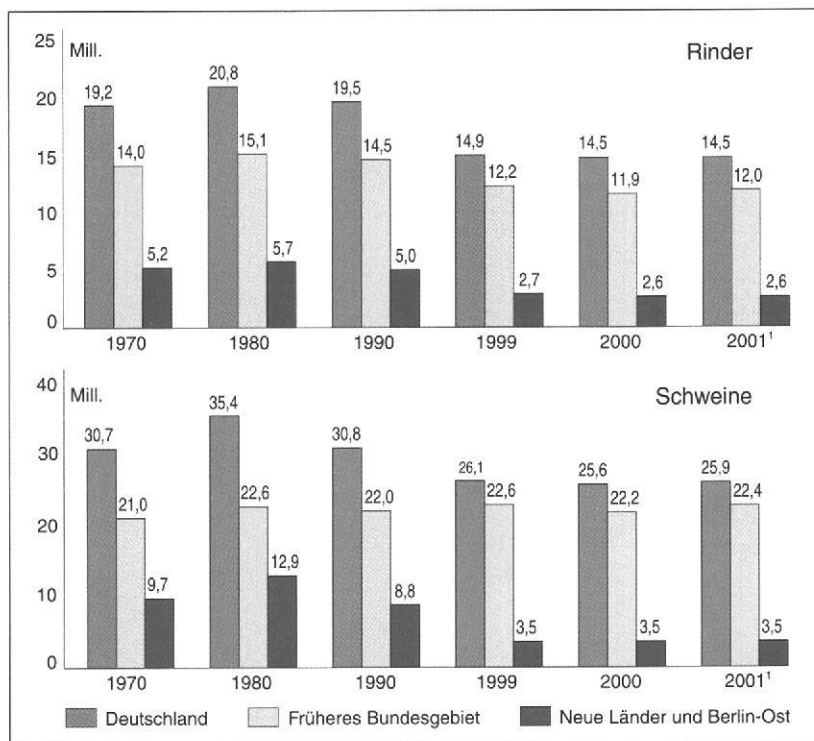
13a.6.1 Viehbestände

Im Mai 2001 wurden in Deutschland 14,5 Mill. Rinder, 25,9 Mill. Schweine und 2,7 Mill. Schafe gehalten. Die Bestandsveränderungen bei Rindern und Schweinen waren unerheblich, der Schafbestand verringerte sich um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich der Viehhaltung haben sich im letzten Jahrzehnt tiefgreifende Strukturveränderungen vollzogen. Im Mai 1999 gab es in rund 350 000 landwirtschaftlichen Betrieben Viehhaltung. Gegenüber 1991 ist ihre Zahl um 31 % gesunken. Am Erhebungsstichtag (3. Mai 1999) hatten die Betriebe der Landwirtschaft 26,1 Mill. Schweine, 14,9 Mill. Rinder und 2,7 Mill. Schafe.

Im früheren Bundesgebiet wird die Viehwirtschaft – trotz stetig fortschreitender Konzentration – überwiegend in »mittelständischem« Maßstab betrieben. Dies lässt sich an den Daten über Mastschweine, Zuchtsauen sowie über Rinder (einschließl. Milchkühe) ablesen. In den neuen Ländern wurden nach der Wieder-

Abb. 2: Viehbestand in Deutschland



1 Vorläufiges Ergebnis.

vereinigung die Viehbestände deutlich reduziert. Die Prägung der Viehwirtschaft durch wenige Großbetriebe mit jeweils sehr großen Viehbeständen blieb aber auch nach der Wiedervereinigung im Wesentlichen erhalten. Im Folgenden werden diese Entwicklungen in West und Ost kurz am Beispiel der Mastschweine dargestellt.

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der Betriebe mit Mastschweinen seit 1991 um 50 % gesunken. Dennoch war sie im Mai 1999 mit rund 130 000 Betrieben 18-mal so hoch wie in den neuen Ländern, während der Bestand an Mastschweinen (14,4 Mill. bzw. 6 % mehr als 1991) lediglich 7-mal so groß war. Trotz des Konzentrationsprozesses im früheren Bundesgebiet gab es dort 1999 ca. 51 000 Betriebe (65 % weniger als 1991) mit ein bis neun Tieren in denen rund 200 000 Mastschweine standen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Großbetriebe mit 600 und mehr Mastschweinen um 66 % auf 6 400 und jene der dort gehaltenen Mastschweine um 77 % auf 5,8 Mill. vergrößert.

Im Jahr 1991 standen in den neuen Ländern insgesamt rund 3,9 Mill. Mastschweine in 9 000 Betrieben mit Mastschweinehaltung. Bis 1999 sank die Zahl der Mastschweinehaltungen auf rund 7 000 (-24 %), während sich die Zahl der Mastschweine um 44 % auf 2,2 Mill. verringerte. Nur noch etwa 17 000 Mastschweine (16 % weniger als 1991) wurden im Jahr 1999 in Kleinsthaltungen mit ein bis neun Tieren gehalten. Der allgemeinen Bestandsentwicklung in den neuen Ländern entsprechend verringerte sich die Zahl der Mastschweine in Großbeständen mit 600 und mehr Tieren um 45 % auf 12,0 Mill.; die der großen Mastschweinehaltungen sank um 52 % auf nur noch etwa 750 Betriebe.

13a.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eierzeugung

Tab. 8: Fleischerzeugung¹ von Rindern, Schweinen und Geflügel
in 1 000 Tonnen

Jahr	Rinder ¹	Schweine ¹	Geflügel
<i>Deutschland</i>			
1995	1 347,3	3 602,0	591,5
1998	1 310,3	3 834,1	681,4
1999	1 317,9	4 102,6	714,5
2000	1 251,1	3 981,8	762,9
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1995	1 248,9	3 086,0	425,1
1998	1 194,3	3 303,1	444,0
1999	1 208,1	3 530,6	464,2
2000	1 151,0	3 425,1	524,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1995	98,5	516,0	166,3
1998	116,0	531,0	237,4
1999	109,8	572,0	250,3
2000	100,1	556,7	238,4

¹ Einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien.

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland 3,9 Mill. Rinder, 43,2 Mill. Schweine, 0,4 Mill. Kälber und 1,0 Mill. Schafe geschlachtet. Das entsprach einer Fleischerzeugung von 5,3 Mill. Tonnen, 3,5 % weniger als 1999. Im früheren Bundesgebiet belief sich der Rückgang auf 3,4 %, in den neuen Ländern auf 3,7 %.

An Geflügelfleisch wurden 2000 in Deutschland ca. 763 000 Tonnen erzeugt, womit das Ergebnis des Vorjahres um 6,8 % übertroffen wurde. Die Eierproduktion betrug 1999 14 Mrd. Stück. Mit 275 Eiern je Huhn hat sich die durchschnittliche Legeleistung (1990: 259 Eier je Huhn) beträchtlich erhöht.

Auf Grund einer Steigerung der Milcherzeugung um gut 3 % auf 6 112 Kilogramm je Kuh erreichte die Milchproduktion des Jahres 2000 mit insgesamt 28,3 Mill. Tonnen das Niveau des Vorjahres, obwohl der Bestand an Milchkühen leicht zurückging.

Tab. 9: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse in 1 000 t				Trinkmilchabsatz 1 000 t
	insges. 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse ¹	Frischkäse	Kondensmilch	
Deutschland							
1995	28 607	5 424	486	716	737	551	5 499
1998	28 329	5 707	426	852	750	557	5 311
1999	28 334	5 911	427	846	748	564	5 309
2000	28 332	6 112	424	927	759	567	5 337
Früheres Bundesgebiet							
1995	22 898	5 413	363	609	650	523	4 353
1998	21 981	5 552	280	660	637	509	4 083
1999	22 152	5 749	282	653	633	515	4 157
2000	22 044	5 777	298	715	646	.	4 360
Neue Länder und Berlin-Ost							
1995	5 709	5 468	123	108	86	27	1 145
1998	6 347	6 317	147	192	113	48	1 228
1999	6 182	6 578	145	193	116	49	1 152
2000	6 289	6 661	127	212	113	.	977

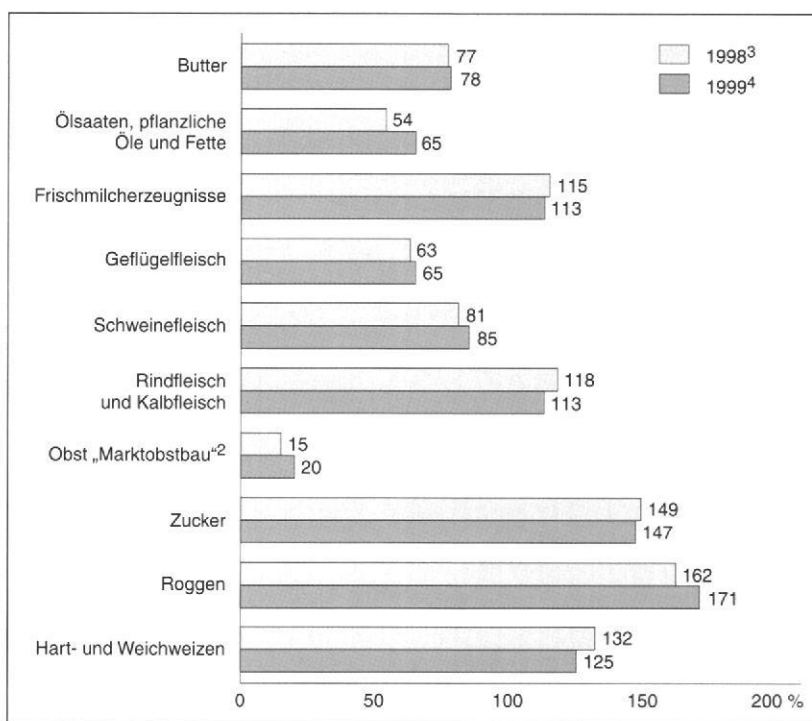
1 Hart-, Schnitt-, Weich-, Sauermilch- und Kochkäse.

13a.7 Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, inwieweit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft gedeckt wird. Im Wirtschaftsjahr 1998/99 konnte der Bedarf an Nahrungsmitteln in Deutschland durch die einheimische Landwirtschaft zu 89 % gedeckt werden. Bei Käse, Sahne und Kartoffeln wurde Vollversorgung erreicht, während

die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch, Frischmilcherzeugnissen, Magermilch- und Vollmilchpulver, Kondensmilch sowie Getreide und Zucker den Inlandsbedarf zum Teil weit übertraf. Die heimische Produktion von Schweinefleisch, Fischen, Fischerzeugnissen, Butter, Eiern, Eierzeugnissen und Geflügelfleisch, aber auch von Hülsenfrüchten, Obst und Gemüse blieb wesentlich unter dem Inlandsbedarf.

Abb. 3: Selbstversorgungsgrad¹ in Deutschland
in Prozent



1 Selbstversorgungsgrad = Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste.

2 Ohne Zitrusfrüchte, Schalenobst und Trockenfrüchte, einschl. tropischer Früchte.

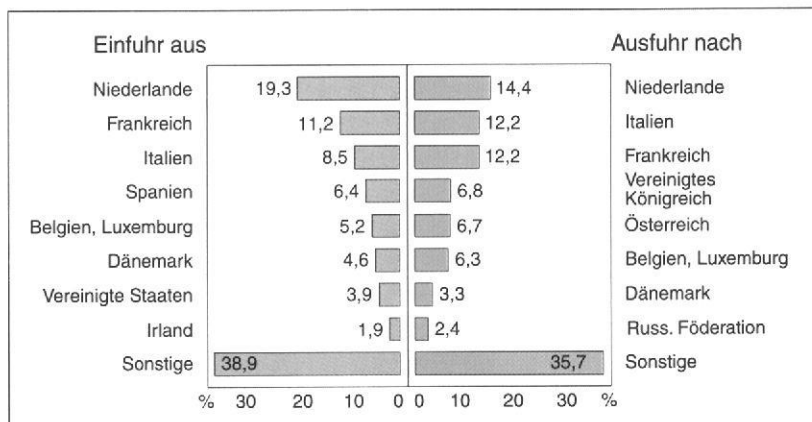
3 Pflanzliche Erzeugnisse 1998/99.

4 Vorläufiges Ergebnis. Pflanzliche Erzeugnisse 1988/99.

Quelle: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Die Lücke zwischen Erzeugung und Bedarf im Inland muss im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dieser Austausch landwirtschaftlicher Güter erfolgt in beiden Richtungen. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug im Jahr 2000 der Einfuhrüberschuss 12,1 Mrd. Euro. Er ergab sich als Sal-

Abb. 4: Die wichtigsten Ursprungs- und Bestimmungsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 2000 in Deutschland



do aus einem Einfuhrwert von 37,3 Mrd. Euro und einem Ausfuhrwert von 25,2 Mrd. Euro. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande und Frankreich mit wertmäßigen Anteilen an den Nahrungsmittelaufnahmen von rund 20 % bzw. 12 % im Jahr 2000.

13a.8 Forstwirtschaft

Etwa 30 % der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt. Das lässt erlauben, welche Bedeutung der Wald als Wirtschaftsfaktor, aber auch in ökologischer Hinsicht und für die Landschaftsgestaltung hat.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Damit sind beabsichtigte Wirkungen hinsichtlich der Art der Landnutzung sowie der Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft verbunden. Die mit der Aufforstung erfolgende Bindung eines erheblichen Flächenpotenzials, das für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion derzeit nicht benötigt wird, führt zu einer Entlastung der Agrarmärkte, schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und wirkt sich günstig auf die Umwelt aus. Die Erweiterung der erneuerbaren Ressource Holz vollzieht sich dabei auf eine sehr umweltverträgliche Art und Weise.

Die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland umfasst rund 8,9 Mill. Hektar. Forstbetriebe bewirtschaften davon 7,4 Mill. Hektar, landwirtschaftliche Betriebe 1,5 Mill. Hektar.

Die von Forstbetrieben bewirtschafteten Waldflächen sind zu 53 % Staatswald, zu 29 % Körperschaftswald und zu 19 % Privatwald.

Tab. 10: Betriebe mit Waldfläche 1999

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens 10 ha Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
Forstbetriebe	26 409	7 431,7	281,4
Staatsforsten	965	3 919,7	4 061,8
Körperschaftsforsten	8 423	2 123,0	252,1
Privatforsten	17 021	1 389,0	81,6
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	246 521	1 496,9	6,1
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	272 930	8 928,6	32,7

Nach Bundesländern gegliedert hat Bayern den mit Abstand größten Anteil am Waldbestand. Bezogen auf die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind das gut 23 %. Es folgen die Bundesländer Baden-Württemberg mit 13 % und Niedersachsen sowie Brandenburg mit jeweils 10 %.

Der jährliche Holzeinschlag bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 37 und 39 Mill. Kubikmetern.

13a.9 Fischerei

1999 betrugen die Gesamtanlandungen der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei ca. 231 100 Tonnen. Die Fischerzeugung der Binnenfischerei (Teichwirtschaft, Netzgehegehaltung, Fluss- und Seenfischerei) belief sich auf rund 35 000 Tonnen.

Die 1999 angelandeten Gesamtmengen liegen wiederum deutlich über denen der Vorjahre. Nachdem die Anlandemengen deutscher Fangschiffe im Inland von 1991 bis 1998 stetig zugunsten verstärkter Auslandsanlandungen zurückgingen, stiegen sie 1999 im Vergleich zu 1998 um 12 %. Hauptanlandehäfen der Großen Hochseefischerei (Schiffe mit einer Bruttoreaumzahl von mehr als 400) sind

Tab. 11: Anlandeergebnis der deutschen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei

Anlandegewicht der Inlands- und Auslandsanlandungen in Tonnen

	1991	1995	1997	1999
	Deutschland			
Meeresfischerei	213 357	207 274	224 743	231 055
Binnenfischerei	46 800	45 000	43 000	35 000
Fischerei insgesamt	260 157	252 274	267 743	266 055

in Deutschland Bremerhaven und Cuxhaven (85,6 % bzw. 13,6 % der Inlandsanlandungen).

Die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei löscht ihre Mengen schwerpunktmäßig in den Häfen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins (rund 81 %). Obwohl die Auslandsanlandungen 1999 gegenüber 1998 um knapp 17 % gesunken sind, liegen sie deutlich über den Inlandsanlandungen. Mit fast 86 % sind es vor allem die Schiffe der Großen Hochseefischerei, die im Ausland anlanden, wobei bevorzugt in den Niederlanden (zu etwa zwei Drittel) gelöscht wird. Bei der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei liegt allerdings Dänemark mit 57 % noch vor den Niederlanden (34 %).

Unter den Inlandsanlandungen dominiert zur Zeit die Miesmuschel mit einem Anteil von 36 % (Menge: 37 900 Tonnen), als weitere wichtige Meeresfrüchte folgen Hering mit 15 500 Tonnen, Krabben mit 14 700, Kabeljau mit 12 800, Makrele mit 7 200 und Seelachs mit 4 600 Tonnen.

Der Gesamterlös der In- und Auslandsanlandungen deutscher Schiffe belief sich 1999 auf 196,6 Mill. Euro. Davon wurden 104,4 Mill. Euro durch Anlandungen an der deutschen Küste und 92,1 Mill. Euro durch Anlandungen im Ausland erwirtschaftet. In Deutschland konnten allein durch Krabben und Kabeljau 40,8 bzw. 21,3 Mill. Euro erzielt werden. Im Ausland sind Rotbarsch und Kabeljau mit 16,5 bzw. 11,8 Mill. Euro die wirtschaftlich interessantesten Fische.

Mit rund 19 500 Tonnen bzw. einem Anteil von 55,7 % bleibt die Forelle 1999 der wichtigste Speisefisch der Binnenfischerei; auf dem zweiten Rang liegt die Erzeugung von Speisekarpfen mit einem Anteil von 35,7 % (12 500 Tonnen).

13b Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau

13b.1 Bedeutung des ökologischen Landbaus

Schon 1924 wurde die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise eingeführt. Auch andere Formen des ökologischen Anbaus, wie der organisch-biologische oder der naturgemäße Landbau, haben eine lange Tradition. Der Hauptgedanke der ökologischen Landwirtschaft ist ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Natürliche Lebensprozesse sollen gefördert und Stoffkreisläufe weitgehend geschlossen werden. Pflanzenbau und Tierhaltung müssen gekoppelt werden. Der landwirtschaftliche Betrieb wird dabei vor allem als Organismus mit den Bestandteilen Mensch, Tier, Pflanze und Boden gesehen.

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 wurde erstmals in der amtlichen Agrarstatistik in Deutschland das Thema »ökologischer Landbau« aufgegriffen.

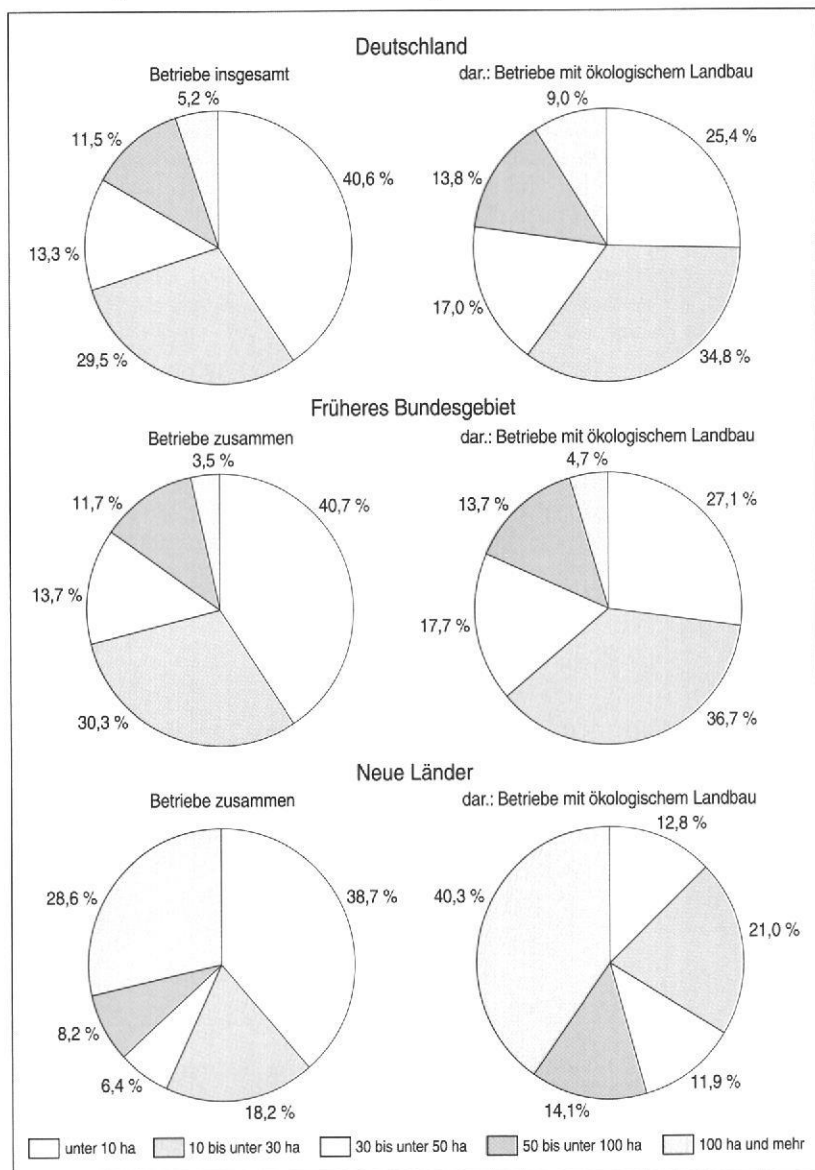
Danach gibt es in Deutschland rund 472 000 landwirtschaftliche Betriebe, darunter ca. 9 600 Betriebe mit ökologischem Landbau (2 %). Mit 1,9 % ist der Anteil der Öko-Betriebe im früheren Bundesgebiet nur halb so hoch wie in den neuen Ländern, wo er 3,8 % beträgt. Auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat in den neuen Ländern mit 3,9 % einen

Tab. 12: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1999
insgesamt und nach ökologischem Landbau

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	ins- gesamt	dar.: öko- logischer Landbau	Anteil	ins- gesamt	dar.: öko- logischer Landbau	Anteil
	Anzahl in 1 000		%	1 000 ha		%
<i>Deutschland</i>						
unter 10	191,58	2,43	1,3	831,33	12,53	1,5
10 – 30	139,14	3,33	2,4	2 564,89	62,83	2,4
30 – 50	62,58	1,63	2,6	2 426,82	63,01	2,6
50 – 100	54,31	1,32	2,4	3 738,58	91,13	2,4
100 – 200	16,34	0,52	3,2	2 158,17	69,84	3,2
200 – 500	4,78	0,22	4,7	1 420,68	68,01	4,8
500 und mehr	3,24	0,12	3,8	4 011,09	121,74	3,0
Insgesamt	471,96	9,57	2,0	17 151,56	488,09	2,9
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
unter 10	179,82	2,28	1,3	785,20	11,78	1,5
10 – 30	133,62	3,10	2,3	2 467,74	58,28	2,4
30 – 50	60,63	1,50	2,5	2 351,53	57,72	2,5
50 – 100	51,83	1,15	2,2	3 558,71	79,51	2,2
100 – 200	13,62	0,33	2,5	1 763,66	43,68	2,5
200 – 500	1,90	0,06	3,2	512,16	15,87	3,1
500 und mehr	0,15	0	1,4	106,94	1,80	1,7
Zusammen	441,57	8,42	1,9	11 545,95	268,65	2,3
<i>Neue Länder</i>						
unter 10	11,76	0,15	1,3	46,13	0,74	1,6
10 – 30	5,52	0,24	4,4	97,15	4,55	4,7
30 – 50	1,95	0,14	7,0	75,29	5,26	7,0
50 – 100	2,48	0,16	6,6	179,86	11,63	6,5
100 – 200	2,72	0,18	6,7	394,51	26,16	6,6
200 – 500	2,88	0,16	5,6	908,52	52,14	5,7
500 und mehr	3,09	0,12	3,9	3 904,15	119,94	3,1
Zusammen	30,39	1,15	3,8	5 605,61	220,45	3,9

höheren Anteil an der Gesamtfläche als im früheren Bundesgebiet mit 2,3 %. Insgesamt bewirtschaften die 9 600 Betriebe in Deutschland mit ökologischem Landbau eine Fläche von rund 490 000 Hektar, das sind 2,9 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche aller Betriebe.

Abb. 5: Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe
und Betriebe mit ökologischem Landbau 1999
Ergebnis der Landwirtschaftszählung



13b.2 Betriebe im ökologischen Landbau

Die Größenstruktur der Betriebe mit ökologischem Landbau unterscheidet sich erheblich von der landwirtschaftlicher Betriebe insgesamt. Während bei allen landwirtschaftlichen Betrieben 41 % eine Fläche von unter zehn Hektar aufweisen, sind es bei den Betrieben, die ökologischen Landbau betreiben, nur 25 %. Mindestens 100 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche weisen jedoch nur 5 % aller Betriebe auf, aber 9 % der Öko-Betriebe. Diese haben in allen Größenklassen über 10 Hektar deutlich höhere Anteile als die Betriebe insgesamt (vgl. Abb. 5). Auch sind sie mit durchschnittlich 51,1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche flächenmäßig deutlich größer als der Durchschnitt aller Betriebe mit 36,3 Hektar. Der Größenunterschied ergibt sich insbesondere auch dadurch, dass im ökologischen Landbau die Flächen extensiv genutzt werden, Tiere im Freien sehr viel Auslauf auf großen Flächen haben sollen und die Futtermittel vorzugsweise im eigenen Betrieb produziert werden.

Besonders deutlich zeigen sich die Unterschiede in den neuen Ländern: Allerdings sind hier wegen der anderen Produktionsstrukturen in der ehemaligen DDR auch heute noch die Betriebe grundsätzlich erheblich größer. So betrug die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche im früheren Bundesgebiet 26,1 Hektar, in den neuen Ländern 184,4 Hektar. Bei den Betrieben mit ökologischem Landbau beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße in den neuen Ländern sogar 190,9 Hektar, im früheren Bundesgebiet dagegen 31,9 Hektar. Der Anteil der Betriebe mit einer Fläche über 100 Hektar liegt bei allen landwirtschaftlichen Betrieben in den neuen Ländern bei rund 29 %, bei den ökologisch wirtschaftenden jedoch bei gut 40 %.

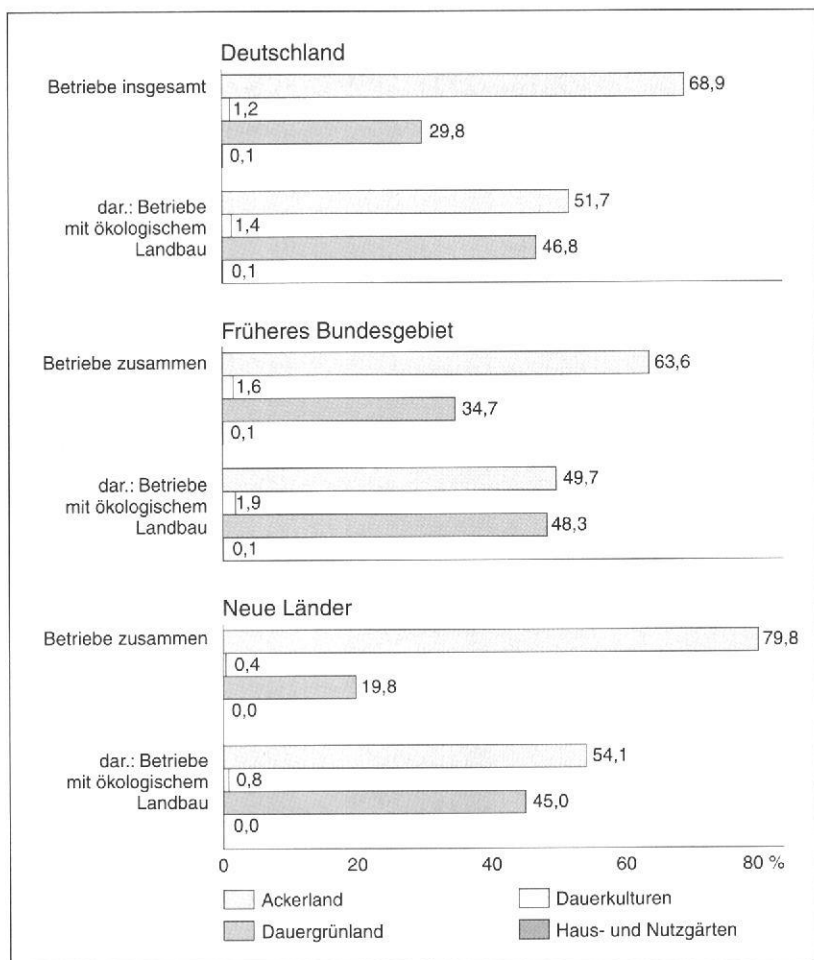
13b.3 Flächennutzung im ökologischen Landbau

Die Art der Flächennutzung ist bei Betrieben mit ökologischem Landbau deutlich anders als bei Betrieben insgesamt. Wie Abb. 6 zeigt, liegt der Anteil an Dauer-

Tab. 13: Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche 1999

Kulturarten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	1000 ha		%	1000 ha		%	1000 ha		%
Landwirtschaftlich genutzte Flächen	17 151,56	489,09	2,9	11 545,95	268,65	2,3	5 605,61	220,45	3,9
Ackerland	11 821,48	252,83	2,1	7 346,64	133,58	1,8	4 474,84	119,25	2,7
Dauerkulturen	207,68	6,96	3,4	185,88	5,12	2,8	21,80	1,84	8,4
Dauergrünland	5 113,79	229,10	4,5	4 005,85	129,80	3,2	1 107,94	99,30	9,0
Haus- und Nutzgarten	8,60	0,20	2,3	7,57	0,14	1,9	1,03	0,05	5,0

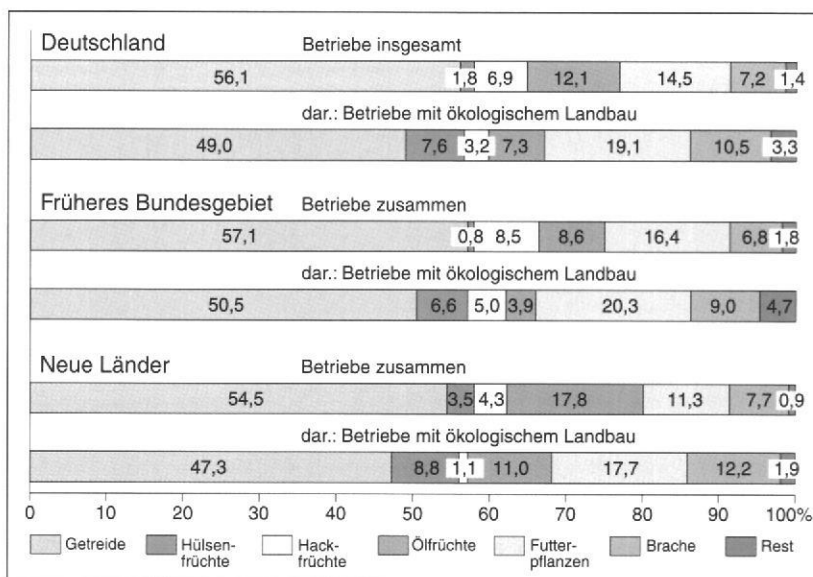
Abb. 6: Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche 1999
Ergebnis der Landwirtschaftszählung



grünland bei den Öko-Betrieben mit rund 47 % erheblich über dem entsprechenden Wert für alle Betriebe, der nur 30 % beträgt. Dagegen ist der Anteil an Ackerland mit 69 % bei allen Betrieben höher als bei Betrieben mit ökologischem Landbau, wo er lediglich 52 % beträgt. Auch hier sind die Unterschiede in den neuen Ländern noch ausgeprägter als im früheren Bundesgebiet.

Dauergrünland hat bei allen landwirtschaftlichen Betrieben in den neuen Ländern nur einen Anteil von 20 % an der genutzten Fläche, bei den Öko-Betrieben

Abb. 7: Anbauflächen auf dem Ackerland 1999
Ergebnis der Landwirtschaftszählung



ist der Wert mit 45 % mehr als doppelt so groß. Im früheren Bundesgebiet ist der Unterschied mit 35 % (alle Betriebe) gegenüber 48 % (Öko-Betriebe) ebenfalls beträchtlich. Ein weiterer Unterschied zwischen allen landwirtschaftlichen Betrie-

Tab. 14: Anbauflächen auf dem Ackerland 1999

Anbauflächen	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	1000 ha		%	1000 ha		%	1000 ha		%
Ackerland	11 821,48	252,83	2,1	7 346,64	133,58	1,8	4 474,84	119,25	2,7
Getreide	6 634,68	123,90	1,9	4 197,81	67,50	1,6	2 436,87	56,40	2,3
darunter:									
Weizen	2 601,12	40,68	1,6	1 582,53	26,76	1,7	1 018,59	13,92	1,4
Roggen	748,17	32,01	4,3	264,79	9,58	3,6	483,38	22,43	4,6
Wintergerste	1 369,78	7,93	0,6	899,97	4,67	0,5	469,81	3,26	0,7
Sommergerste	840,57	13,64	1,6	637,10	8,60	1,3	202,57	5,04	2,5
Hafer	267,75	13,02	4,9	217,55	7,49	3,4	50,20	5,54	11,0
Hülsenfrüchte	212,20	19,26	9,1	55,62	8,78	15,8	156,58	10,48	6,7
Hackfrüchte	813,52	7,97	1,0	622,04	6,70	1,1	191,48	1,27	0,7
Ölfrüchte	1 431,33	18,33	1,3	635,02	5,17	0,8	796,31	13,16	1,7
Futterpflanzen	1 708,85	48,20	2,8	1 205,10	27,14	2,3	503,75	21,06	4,2
Brache	845,75	26,49	3,1	499,39	11,96	2,4	346,36	14,53	4,2

ben und den Betrieben mit ökologischem Landbau liegt in der Struktur des Anbaus auf dem Ackerland (Abb. 7). Gegenüber allen Betrieben weisen Öko-Betriebe niedrigere Anteile beim Anbau von Getreide, Hack- und Ölfrüchten auf, dafür zum Teil deutlich höhere beim Anbau von Futterpflanzen und Hülsenfrüchten.

Besonders interessant ist der Anteil der Brache, wobei hier »Brache« im engeren Sinne gemeint ist, das heißt ohne Anbau nachwachsender Rohstoffe. Bei landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt liegt der Anteil der Brache am Ackerland bei 7 %, Betriebe des ökologischen Landbaus haben dagegen knapp 11 % ihrer nutzbaren Fläche stillgelegt. Auch in diesem Punkt sind die Unterschiede in den neuen Ländern noch größer. 12 % des Ackerlandes sind bei den Öko-Betrieben Brache, aber nur 8 % bei den Betrieben insgesamt. Im früheren Bundesgebiet liegen die Anteile mit 9 bzw. 7 % niedriger und die Differenz ist geringer.

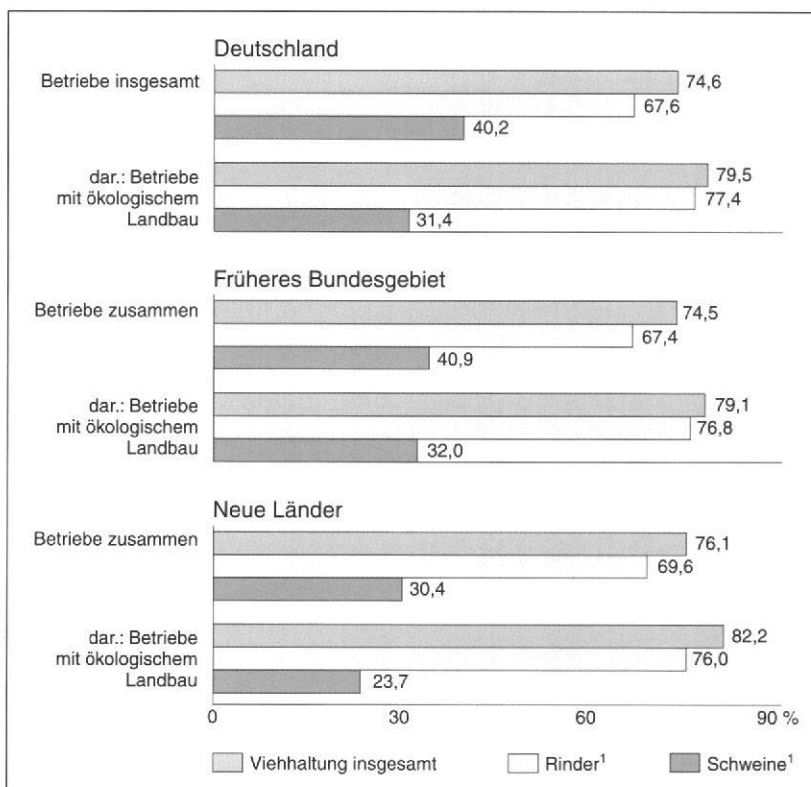
13b.4 Viehbestände im ökologischen Landbau

Drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland halten eine oder mehrere Arten Vieh: 40 % halten Schweine, 68 % Rinder. Die durchschnittliche Zahl der Tiere pro Betrieb liegt bei 63 Rindern bzw. 185 Schweinen. Von den Be-

Tab. 15: Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung 1999

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Betriebe insgesamt	352 140	7 610	2,2	329 010	6 660	2,0	23 120	950	4,1
Darunter:									
Mit Rindern Betriebe	237 960	5 890	2,5	221 870	5 170	2,3	16 090	720	4,5
durchschnittliche									
Zahl der Tiere	63	63	X	55	44	X	168	201	X
dar.: mit Milchkühen Betriebe	152 650	2 890	1,9	146 420	2 730	1,9	6 230	160	2,5
durchschnittliche									
Zahl der Tiere	31	30	X	26	25	X	152	109	X
Mit Schweinen									
Betriebe	141 450	2 390	1,7	134 420	2 130	1,6	7 030	250	3,6
durchschnittliche									
Zahl der Tiere	185	49	X	168	42	X	502	105	X
dar.: mit Mast-schweinen Betriebe	103 680	1 760	1,7	98 980	1 580	1,6	4 690	180	3,7
durchschnittliche									
Zahl der Tiere	98	28	X	91	23	X	249	71	X
mit Zuchtsauen									
Betriebe	54 130	690	1,3	51 980	570	1,1	2 150	120	5,4
durchschnittliche									
Zahl der Tiere	50	16	X	43	15	X	208	19	X

Abb. 8: Betriebe mit Viehhaltung 1999
Ergebnis der Landwirtschaftszählung



¹ Betriebe mit Rinder- und Schweinehaltung sind in beiden Kategorien aufgeführt.

etrieben mit ökologischem Landbau halten 80 % Tiere, 31 % Schweine und 77 % Rinder. Der durchschnittliche Rinderbestand ist bei den Öko-Betrieben mit 63 Tieren genauso groß wie bei den Betrieben insgesamt, der durchschnittliche Schweinebestand dagegen liegt nur bei 49 Tieren, das heißt bei etwa einem Viertel des Bestandes aller landwirtschaftlichen Betriebe. Bei den Betrieben mit Viehhaltung unterscheiden sich die Strukturen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern deutlich.

Zusätzlich sind wiederum die Unterschiede zwischen den Betrieben insgesamt und den ökologisch wirtschaftenden Betrieben erheblich. So haben alle Betriebe mit Viehhaltung im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt 55 Rinder bzw. 168 Schweine, die durchschnittlichen Bestände in den Betrieben in den neuen Ländern sind mit 168 Rindern bzw. 502 Schweinen etwa dreimal so groß. Bei den Öko-Be-

trieben sind die Schweinebestände jeweils erheblich kleiner, 42 Tiere im früheren Bundesgebiet, 105 Tiere in den neuen Ländern. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Rinderbeständen: Im früheren Bundesgebiet liegt der durchschnittliche Bestand mit 44 Tieren um ein Fünftel unter dem Rinderbestand für Betriebe insgesamt, in den neuen Ländern dagegen ist die Zahl mit 201 Rindern je Öko-Betrieb um ein Fünftel höher als bei allen Betrieben mit Rinderhaltung.

13b.5 Rechtsform und Beschäftigte im ökologischen Landbau

Öko-Betriebe unterscheiden sich auch in der Rechtsform von den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt. So ist der Anteil der Einzelunternehmen mit 91 % bei

Tab. 16: Beschäftigte 1999 nach Rechtsform des Betriebes
und Art der Beschäftigung

Art der Beschäftigung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	An- teil	zu- sammen	dar.: ökologischer Landbau	An- teil	zu- sammen	dar.: ökologischer Landbau	An- teil
	Anzahl in 1 000		%	Anzahl in 1 000		%	Anzahl in 1 000		%
<i>Einzelunternehmen</i>									
Beschäftigte	1 232,14	27,89	2,3	1 172,88	25,47	2,2	59,25	2,42	4,1
dar.: Vollbeschäftigte	277,07	6,70	2,4	259,07	5,85	2,3	17,99	0,86	4,8
Familienarbeitskräfte	955,97	18,98	2,0	916,15	17,57	1,9	39,81	1,41	3,5
dar.: Vollbeschäftigte	237,84	5,17	2,2	227,33	4,75	2,1	10,51	0,42	4,0
darunter:									
<i>Haupterwerbsbetriebe</i>									
Beschäftigte	721,15	18,68	2,6	686,66	17,02	2,5	34,49	1,66	4,8
dar.: Vollbeschäftigte	262,27	6,40	2,4	245,31	5,59	2,3	16,96	0,81	4,8
Familienarbeitskräfte	483,76	10,65	2,2	467,54	9,92	2,1	16,22	0,73	4,5
dar.: Vollbeschäftigte	223,43	4,89	2,2	213,89	4,50	2,1	9,54	0,38	4,0
<i>Nebenerwerbsbetriebe</i>									
Beschäftigte	510,99	9,21	1,8	486,22	8,45	1,7	24,77	0,76	3,1
dar.: Vollbeschäftigte	14,80	0,30	2,0	13,76	0,26	1,9	1,03	0,05	4,5
Familienarbeitskräfte	472,21	8,33	1,8	448,62	7,65	1,7	23,59	0,67	2,9
dar.: Vollbeschäftigte	14,41	0,29	2,0	13,44	0,25	1,8	0,97	0,04	4,1
<i>Personengesellschaften</i>									
Beschäftigte	101,50	2,94	2,9	68,90	1,95	2,8	32,60	0,99	3,0
dar.: Vollbeschäftigte	44,91	1,39	3,1	26,11	0,75	2,9	18,79	0,64	3,4
<i>Juristische Personen</i>									
Beschäftigte	96 824	4,82	5,0	17,62	2,52	14,3	79,21	2,30	2,9
dar.: Vollbeschäftigte	68 848	2,71	3,9	8,79	0,98	11,1	60,06	1,73	2,9
<i>Insgesamt</i>									
Beschäftigte	1 430,46	35,65	2,5	1 259,40	29,94	2,4	171,06	5,71	3,3
dar.: Vollbeschäftigte	390,82	10,80	2,8	293,98	7,58	2,6	96,84	3,22	3,3

Öko-Betrieben niedriger als bei allen Betrieben mit 95 %, gleichzeitig liegt im ökologischen Landbau der Anteil der Haupterwerbsbetriebe bei den Einzelunternehmen mit 51 % deutlich höher (44 % bei allen Betrieben). Die Rechtsform Personengesellschaft spielt mit 5 %, die der juristischen Person mit 4 % eine deutlich größere Rolle bei den Betrieben mit ökologischem Landbau als bei den Betrieben insgesamt, wo die entsprechenden Werte nur 3 bzw. 1 % betragen. Für die Öko-Betriebe in den neuen Ländern gilt, dass nur 73 % Einzelunternehmen sind, 12 % Personengesellschaften und 15 % juristische Personen. Diese gegenüber dem früheren Bundesgebiet andere Rechtsformstruktur findet sich auch bei Betrachtung aller landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Ländern, allerdings ist sie dort nicht ganz so stark ausgeprägt (79, 10 und 11 %).

Die unterschiedlichen Schwerpunkte bei den Rechtsformen haben entsprechende Auswirkungen auf die Beschäftigtenstruktur (Tab. 16 und 17): So liegt der Anteil von Familienarbeitskräften in den Öko-Betrieben mit 53 % unter dem aller landwirtschaftlichen Betriebe (67 %). Ein Grund ist, dass weniger Öko-Betriebe

Tab. 17: Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 1999

	Einheit	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
		insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	zusammen	dar.: ökologischer Landbau
Arbeitskräfte in 1 000 insgesamt	Anzahl	1 430,46	35,65	1 259,40	29,94	171,06	5,71
dar.: Vollbeschäftigte	% ¹	27,3	30,3	23,3	25,3	56,6	56,5
Familienarbeitskräfte	% ¹	66,8	53,2	72,7	58,7	23,3	24,6
dar.: Vollbeschäftigte	% ²	24,9	27,3	24,8	27,0	26,4	30,2

1 Anteil an Arbeitskräften insgesamt.

2 Anteil an Familienarbeitskräften.

Einzelunternehmen sind, in denen Familienarbeitskräfte tätig sein können, ein anderer, dass auch in den als Einzelunternehmen geführten Öko-Betrieben der Anteil der Familienarbeitskräfte mit 53 % unter dem entsprechenden Wert für alle Betriebe dieser Rechtsform (67 %) liegt. Auch hinsichtlich der Vollbeschäftigten lassen sich Unterschiede feststellen: Gut 30 % aller Beschäftigten in Betrieben mit ökologischem Landbau sind vollbeschäftigt, jedoch nur 27 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte insgesamt. Von den Familienarbeitskräften sind nur 25 % in allen Betrieben und 27 % in den Öko-Betrieben vollbeschäftigt (Tab. 17).

Wegen der erheblich differierenden Rechtsformen in West und Ost, sind die Beschäftigtenstrukturen bei den Betrieben insgesamt wie auch im ökologischen Landbau sehr unterschiedlich. So weisen alle Betriebe im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 23 % vollbeschäftigter Arbeitskräfte aus, in den neuen Ländern sind es 57 %. Familienarbeitskräfte spielen dort mit 23 % eine untergeordnete Rolle, im Westen beträgt ihr Anteil 73 %. In Öko-Betrieben des früheren Bundesgebietes sind ein Viertel aller Arbeitskräfte vollbeschäftigt, in den neuen Ländern

liegt ihr Anteil mit 57 % jedoch gut doppelt so hoch. Das gleiche gilt für Familienarbeitskräfte im ökologischen Landbau, deren Anteil im Westen 59 %, im Osten aber nur 25 % beträgt. Wie schon erwähnt geht dies auf die Wahl der Rechtsform und den geringen Anteil an Familienarbeitskräften in Einzelunternehmen (Osten: 58 %) zurück.

13b.6 Fazit

Betriebe, die nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus wirtschaften, unterscheiden sich in ihrer Struktur erheblich von allen landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland. Sie sind – trotz zunehmender Tendenz – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Betriebe als auch den Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche noch von geringer Bedeutung für die Landwirtschaft insgesamt. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland zwar im vorderen Drittel, was den Anteil an den Öko-Betrieben in der EU betrifft, sogar auf dem dritten Platz. Dennoch besteht erheblicher Handlungs- und Änderungsbedarf, wenn eine deutliche Ausweitung der ökologischen landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden soll.

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin ein Zentralbereich der Wirtschaft, dessen Bedeutung sich allerdings in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert hat. Im früheren Bundesgebiet wurde bis Anfang der 70er-Jahre im sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fanden (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. In den darauf folgenden Jahrzehnten nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung stetig ab. 2001 hatte das Produzierende Gewerbe nur noch einen Anteil von rund 30 % an der Bruttowertschöpfung und von 29 % an den Erwerbstätigen in Deutschland.

Das Produzierende Gewerbe umfasst in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im Allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfasst. Im Einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle.

14.2 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Nach der Art der hergestellten Güter lässt sich das Verarbeitende Gewerbe sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden in die Bereiche Vorleistungsgüterproduzenten (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüterproduzenten (z. B. Maschinenbau), Gebrauchsgüterproduzenten (z. B. Möbelherstellung) sowie Verbrauchsgüterproduzenten (z. B. Ernährungsgewerbe) untergliedern. Von ihnen sind die Vorleistungsgüterproduzenten sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in Bezug auf den Gesamtumsatz der bedeutendste Bereich.

14.2.1 Unternehmensgröße

1999 waren in Deutschland in den 38 692 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr rund 6,5 Mill. Personen beschäftigt. Dies ergab eine

Tab. 1: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1999

Bereich	Deutschland			Früheres Bundesgebiet		
	Unter- nehmen Anzahl	Beschäf- tigte 1 000	Umsatz Mill. EUR	Unter- nehmen Anzahl	Beschäf- tigte 1 000	Umsatz Mill. EUR
Vorleistungsgüter- produzenten	17 014	2 870	539 367	14 572	2 653	508 387
Investitionsgüter- produzenten	11 744	2 194	417 656	9 953	2 036	395 782
Gebrauchsgüter- produzenten	1 748	304	48 997	1 499	282	46 400
Verbrauchsgüter- produzenten	8 186	1 102	214 458	6 895	973	196 862
Insgesamt	38 692	6 471	1 220 478	32 919	5 944	1 147 432
davon:						
Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	469	124	10 885	371	109	9 177
Verarbeitendes Gewerbe	38 223	6 347	1 209 593	32 548	5 835	1 138 254

Tab. 2: Beschäftigte der größten Unternehmen 1999¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	Anteil an allen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in %	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
6	8,9	9,6
10	10,2	11,1
25	13,2	14,4
100	20,9	22,7
Anzahl der Beschäftigten insgesamt	6 470 915	5 944 001

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; die Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

durchschnittliche Unternehmensgröße von 167 Beschäftigten. Im früheren Bundesgebiet war dabei die Durchschnittsgröße der Unternehmen mit 181 Beschäftigten fast doppelt so hoch als in den neuen Ländern (91 Beschäftigte).

Ordnet man die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Unternehmen des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1999 in den 10 größten Unternehmen in Deutschland rund 660 000 Personen tätig. 749 Unternehmen (1,9 %) hatten 1 000 und mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen wurden rund 2,6 Mill. Personen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 40 % gemessen an allen Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.2.2 Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote

In den rund 49 000 Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitte C und D der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 [WZ 93]) arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2000 6,4 Mill. Menschen, davon rund 90 % im früheren Bundesgebiet und rund 10 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Bei der Beschäftigungsentwicklung ist erstmals seit 1995 ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. So nahm die Zahl der tätigen Personen in Deutschland im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 0,1 % zu. Im früheren Bundesgebiet (- 0,2 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+ 2,8 %) war die Entwicklung dabei uneinheitlich.

Unter den 23 Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Deutschland der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Metallerzeugnissen, das Ernährungsgewerbe und die Chemische Industrie am bedeutendsten. In diesen Branchen waren 2000 rund 3,4 Mill. Personen tätig. Der Anteil der Branchen an den Beschäftigten des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe war in Ost und West jedoch zum Teil recht unterschiedlich. Während z. B. in der Abteilung »15 Ernährungsgewerbe« in den neuen Ländern und Berlin-Ost 14,2 % aller Beschäftigten der Abschnitte C und D nachgewiesen wurden, waren es im früheren Bundesgebiet nur 8,1 %.

In Deutschland belief sich der Gesamtumsatz des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe 2000 auf 1 307 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer). Gegenüber 1999 entspricht dies einem Zuwachs von 9,2 %. Im früheren Bundesgebiet betrug der Umsatz 1 210 Mrd. Euro (+ 8,9 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 96 Mrd. Euro (+ 13,2 %). Die umsatzstärksten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren 2000 die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (220 Mrd. Euro), der Maschinenbau (156 Mrd. Euro), die Chemische Industrie (135 Mrd. Euro), das Ernährungsgewerbe (120 Mrd. Euro) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (75 Mrd. Euro). Auf diese fünf Branchen entfielen damit allein 54,6 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter wird exportiert. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – lässt sich die Abhängigkeit bestimmter Branchen vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Im Jahr 2000 belief sie sich auf 36,3 %. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereiches (2000 beispielsweise bei 51,8 %).

Besonders hoch war die Exportquote bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (58,3 %), in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (53,6 %), im sonstigen Fahrzeugbau (51,3 %) und in der Chemischen Industrie (50,2 %). Hier wurde mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt. Aber auch der Maschinenbau und der Wirtschaftszweig »33 Medi-

Tab. 3: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und der Gewinnung von Steinen und Erden 2000

Wirtschaftsgliederung (nach WZ 93)		Betriebe Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz insges. Mill. EUR	Exportquote %
C-D	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	48 913	6 375	1 306 664	36,3
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				
	10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	1 451	118	12 190	4,4
	11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung verbundener Dienstleistungen	116	85	3 955	3,1
	12 Bergbau a. Uran- und Thoriumerze	44	5	3 988	1,1
	13 Erzbergbau	-	-	-	-
	14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	-	-	-	-
		1 290	28	4 246	8,6
D	Verarbeitendes Gewerbe	47 463	6 257	1 294 474	36,6
	15 Ernährungsindustrie	6 136	554	120 392	12,1
	16 Tabakverarbeitung	31	12	17 023	8,1
	17 Textilgewerbe	1 197	122	15 669	34,9
	18 Bekleidungsindustrie	695	66	10 741	29,2
	19 Lederindustrie	258	26	4 155	27,4
	20 Holzgewerbe (ohne Herstell. von Möbeln)	1 912	114	16 977	15,8
	21 Papiergewerbe	1 023	145	30 719	34,6
	22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 844	268	44 029	7,5
	23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	78	22	71 075	4,8
	24 Chemische Industrie	1 754	470	135 041	50,2
	25 Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3 122	360	51 610	29,9
	26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 748	248	35 849	19,2
	27 Metallherstellung und -bearbeitung	1 099	261	58 094	36,7
	28 Herstellung von Metallzeugnissen	7 267	591	74 771	22,2
	29 Maschinenbau	6 863	981	155 773	48,3
	30 Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	212	35	15 950	35,4
	31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä.	2 453	436	70 312	35,5
	32 Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	706	177	54 621	53,6
	33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 204	227	34 443	48,3
	34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 169	767	220 473	58,3
	35 Sonstiger Fahrzeugbau	422	146	24 934	51,3
	36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	2 078	222	29 650	21,1
	37 Recycling	190	8	2 175	26,1

zin-, Mess-, Steuer-, und Regelungstechnik, Optik« sind mit jeweils 48,3 % stark exportabhängig.

Vergleichsweise niedrig war die Exportquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Sie erreichte im Jahr 2000 im Verarbeitenden Gewerbe 22,0 %. Im Vergleich zu 1995 (12,2 %) erhöhte sie sich jedoch um rund 80 %.

14.2.3 Produktion

Ab dem Jahr 1991 stehen Indizes der Produktion als lange Zeitreihe sowohl für Deutschland als auch für die beiden Teilgebiete in der Gliederung nach der WZ 93 zur Verfügung. Neben der Darstellung der Produktionsindizes nach der WZ 93 werden Angaben für Hauptgruppen berechnet. Diese Daten dienen vor allem der Konjunkturanalyse und -prognose. Die Zuordnung der Wirtschaftszweige zu den Hauptgruppen wird durch eine EU-Verordnung geregelt und ist europaweit verbindlich. Mitte des Jahres 2001 wurde diese Zuordnung geändert und eine neue Hauptgruppe Energie eingeführt. Die Produktionsindizes wurden in dieser neuen Hauptgruppengliederung bis 1991 neu berechnet.

In Deutschland wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit 1995 um 19,3 % ausgeweitet. In den neuen Bundesländern war seit 1995 ein Zuwachs von fast 55 % zu beobachten, das frühere Bundesgebiet verzeichnete im gleichen Zeitraum ein schwächeres Wachstum von gut 17 %.

Tab. 4: Entwicklung des Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe
1995 = 100

Wirtschaftsbereich (nach WZ 93)	1991	1993	1995	1996	1998	2000
<i>Deutschland</i>						
Produzierendes Gewerbe	103,6	96,1	100	99,8	106,4	113,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	106,2	95,9	100	100,4	109,9	119,2
Vorleistungsgüterproduzenten	100,6	93,8	100	99,5	108,8	117,0
Investitionsgüterproduzenten	110,8	94,3	100	101,8	116,6	131,0
Gebrauchsgüterproduzenten	119,5	108,3	100	97,8	101,2	105,7
Verbrauchsgüterproduzenten	106,6	100,7	100	100,4	102,0	105,8
Energie	105,9	100,7	100	103,2	100,4	99,8
Verarbeitendes Gewerbe	106,1	95,9	100	100,4	110,0	119,3
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Produzierendes Gewerbe	105,8	97,2	100	99,6	106,2	112,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	107,7	96,7	100	100,1	108,9	117,2
Vorleistungsgüterproduzenten	102,6	95,3	100	99,2	107,8	114,5
Investitionsgüterproduzenten	111,6	94,2	100	101,6	116,1	130,0
Gebrauchsgüterproduzenten	120,9	109,4	100	97,2	99,5	102,7
Verbrauchsgüterproduzenten	107,9	101,8	100	99,6	100,2	102,9
Energie	101,1	99,0	100	103,6	101,2	100,0
Verarbeitendes Gewerbe	107,6	96,8	100	100,1	109,0	117,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Produzierendes Gewerbe	78,0	83,3	100	102,0	109,4	121,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	81,2	81,8	100	105,5	126,5	152,8
Vorleistungsgüterproduzenten	69,0	69,4	100	103,0	126,1	157,1
Investitionsgüterproduzenten	93,2	97,5	100	103,7	126,8	153,3
Gebrauchsgüterproduzenten	90,5	86,5	100	111,6	137,9	169,0
Verbrauchsgüterproduzenten	88,7	85,0	100	111,2	125,0	142,1
Energie	145,1	114,4	100	99,9	94,0	98,3
Verarbeitendes Gewerbe	79,7	81,5	100	105,9	127,6	154,9

In den neuen Bundesländern wurde die höchste Wachstumsrate bei der Hauptgruppe der Gebrauchsgüterproduzenten erreicht, in den alten Bundesländern bei den Investitionsgüterproduzenten.

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion im früheren Bundesgebiet seit 1960 ermöglicht Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6 000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt. Bei einigen Erzeugnissen (z. B. Fernsehgeräten) ist eine Marktsättigung eingetreten.

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse¹

Erzeugnis	Einheit	1960 ²	1970	1980	1990	2000
Fernsempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 595	2 328 ³
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	4 179	5 248 ⁴
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	138	437	4 514	15 235
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	61 877	34 918
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	3 552	978 ⁵
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	15 584	3 132
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	1 200	2 616
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 545	3 226
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	101 376	108 954

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 2000 Deutschland. – Im Jahr 1995 ist das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken grundlegend geändert worden; aus diesem Grund ist ein Vergleich der Daten für 2000 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

2 Ohne Angaben für Berlin-West.

3 Einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren.

4 Ohne Pkw von mehr als 2 500 cm³.

5 Ohne Anzüge aus Baumwolle.

Der Bruttoproduktionswert, d. h. der gesamte Wert aller im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erzeugten Waren und Dienstleistungen (nach der WZ 93), erreichte 1999 in Deutschland rund 1 239 Mrd. Euro. Darin waren rund 54 % Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Rohstoffe, vgl. 14.2.5) enthalten.

14.2.4 Investitionen

Von den 38 692 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, die 1999 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden tätig waren, haben im Berichtsjahr 34 535 Unternehmen in Sachanlagen investiert. Die Investitionssumme in diesem Bereich belief sich insgesamt auf rund 51,7 Mrd. Euro und lag damit geringfügig über dem Niveau des Jahres 1998 (50,3 Mrd. Euro).

Tab. 6: Investitionen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1999¹ in Mill. EUR

Bereich	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	51 669	45 372
davon:		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 238	3 569
Papiergewerbe	2 309	1 904
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1 951	1 695
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. von Brutstoffen	583	.
Chemische Industrie	6 872	5 801
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	2 544	2 293
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 121	1 810
Metallerzeugung und -bearbeitung	3 002	2 674
Herst. von Metallerzeugnissen	3 545	3 123
Maschinenbau	4 803	4 387
Herst. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	2 570	2 425
Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	1 823	1 273
Herst. von Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	9 021	8 625
Übrige Bereiche	6 286	.

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Der größte Teil der Investitionen floss in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen (87 %), der Rest in Grundstücke und Bauten. Von den Investitionen entfielen 45,4 Mrd. Euro auf das frühere Bundesgebiet (87,8%) und 6,3 Mrd. Euro (12,2 %) auf die neuen Länder und Berlin-Ost.

Mit 9,0 Mrd. Euro lagen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland bei der Investitionstätigkeit an der Spitze, gefolgt von der Chemischen Industrie (6,9 Mrd. Euro), dem Maschinenbau (4,8 Mrd. Euro), dem Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung (4,2 Mrd. Euro) sowie den Herstellern von Metallerzeugnissen (3,5 Mrd. Euro). Diese fünf Bereiche hatten 1999 zusammen einen Anteil von 55 % am gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland. Neben den genannten Bereichen nahmen noch sieben weitere 1999 Investitionen von mehr als 1 Mrd. Euro vor.

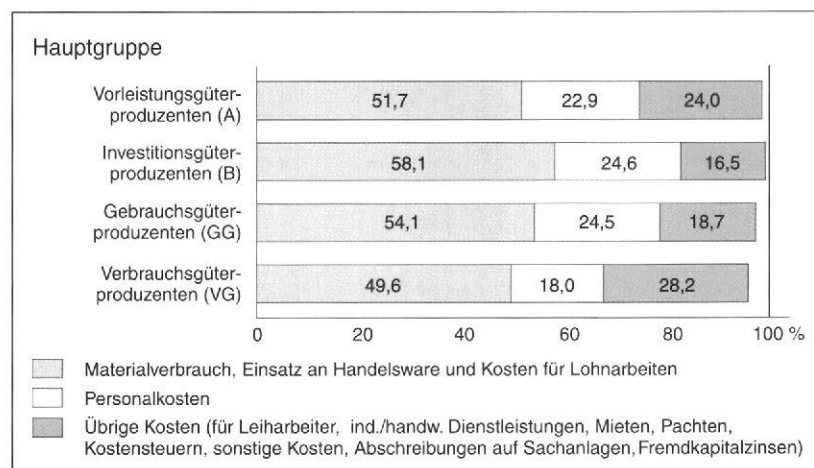
14.2.5 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation und in die erzielte Wertschöpfung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden gewähren die jährlichen Erhebungen zur Kostenstruktur.

Stellt man die einzelnen Kostenarten dem Bruttoproduktionswert, also dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte gegenüber, dann ergibt sich für die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (durch Subunternehmen) der weitaus größte Anteil; im Jahr 1999 lag er bei 53,6 %. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 22,7 %. Die übrigen Kosten (z. B. Kosten für Leiharbeiter, Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) machten insgesamt 21,9 % aus. Die Summe der einzelnen Kostenarten gemessen am Bruttoproduktionswert ergibt den Produktionskostenanteil. Dieser Anteil lag im Jahr 1999 bei 98,2 %. Die Restgröße von 1,8 % kann als Indikator für die Wirtschaftlichkeit angesehen werden.

Abb. 1 zeigt, dass es zwischen den einzelnen Hauptgruppen innerhalb des o. g. Wirtschaftsbereichs beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur gibt. So lag der Personalkostenanteil der Investitionsgüterproduzenten bei 24,6 %, während er bei den Verbrauchsgüterproduzenten nur 18,0 % betrug.

Abb. 1: Ausgewählte Kosten der Unternehmen¹ im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1999
Anteil am Bruttoproduktionswert



1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, er-

streckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfasst Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die 70er-Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der zunehmenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Zu Beginn der 80er-Jahre erlebte die Baubranche im früheren Bundesgebiet einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußerte sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich, die 1985 mit 3 228 ihren Höhepunkt erreichte.

Im Anschluss daran ging die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe kontinuierlich bis auf 1 703 Fälle im Jahr 1991 zurück. Seit 1992 steigen im früheren Bundesge-

Tab. 7: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschuldner)		Darunter Baugewerbe	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
1960	.	2 958	.	307
1970	.	4 201	.	451
1980	.	9 140	.	1 328
1981	.	11 653	.	1 942
1982	.	15 876	.	2 726
1983	.	16 114	.	2 467
1984	.	16 760	.	2 765
1985	.	18 876	.	3 228
1986	.	18 842	.	3 008
1987	.	17 589	.	2 638
1988	.	15 936	.	2 290
1989	.	14 643	.	2 058
1990	.	13 271	.	1 724
1991	13 323	12 922	1 730	1 703
1992	15 302	14 117	2 012	1 890
1993	20 298	17 537	2 795	2 334
1994	24 928	20 092	3 971	2 931
1995	28 785	21 714	5 542	3 649
1996	31 471	23 078	7 041	4 356
1997	33 398	24 212	7 788	4 651
1998	33 977	24 432	8 112	4 710

biet die Insolvenzen wieder stark an, wobei 1998 4 710 Bauunternehmen Konkurs anmeldeten oder einen Vergleich beantragten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 1998 insgesamt 3 402 Bauunternehmen von einem Insolvenzantrag betroffen, was einem Hundertsechszwanzigfachen gegenüber dem Jahr 1991 entspricht.

Für Deutschland liegen Zahlen ab 1991 vor. Die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe hat sich von 1 730 Fällen im Jahr 1991 stetig erhöht. Sie betrug im Jahr 1998 bereits 8 112 Fälle – gut das Viereinhalbfache.

Aktuellere Angaben für die Jahre 1999 und 2000 lagen bei Redaktionsschluss wegen Umstellung der Statistik im Rahmen der zum 1. Januar 1999 eingetretenen Insolvenzrechtsreform noch nicht vor.

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1999 zählten zum Baugewerbe in Deutschland 20 635 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit ihren rund 1,1 Mill. Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 113 Mrd. Euro. Rund 55 % der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (70 %) entfiel.

Tab. 8: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe 1999

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. EUR
Baugewerbe	20 635	1 126	113 168
Bauhauptgewerbe	11 394	713	79 527
Ausbaugewerbe	9 241	413	33 641

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1999 rund 74 % weniger als 50 tätige Personen. Nur 1,7 % der Unternehmen zählten mehr als 250 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

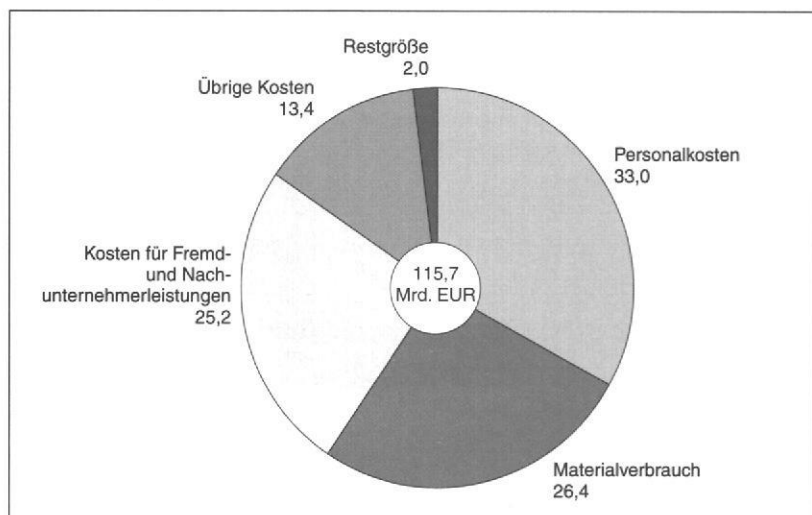
Von den Beschäftigten des Baugewerbes in Deutschland waren 1999 etwa 710 000 im Bauhauptgewerbe und rund 410 000 im Ausbaugewerbe tätig. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind, in diesen Angaben nicht enthalten sind.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich im Jahre 1999 in Deutschland ein Anteil von 33 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder

personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1999 mit rund 48 % die Unternehmen des Maler- und Glasergerwerbes auf. Wegen der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 22 % von geringerer Bedeutung. Im Allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen im Baugewerbe eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1999 einen Anteil von 25,2 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 1999 in Deutschland
Bruttoproduktionswert in Prozent



14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1997 in Deutschland in 3 737 Unternehmen insgesamt etwa 343 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 119,7 Mrd. Euro. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und wenige große und umsatzstarke Unternehmen geprägt. Gut zwei Drittel der Unternehmen hatten 1997 weniger als 20 Beschäftigte.

Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,1 % bei. Umgekehrt gab es 66 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die 55,6 % des Umsatzes entfielen.

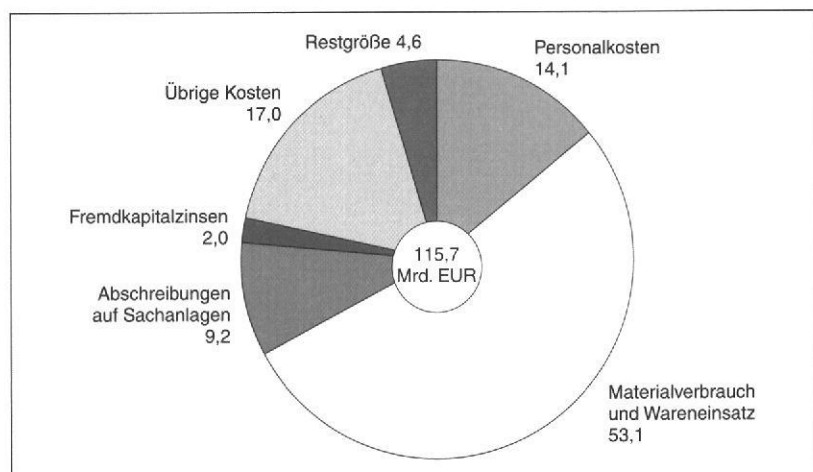
Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörten 1997 nur ein Drittel der Unternehmen zum Teilbereich »Elektrizitätsversorgung«. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 74,8 % und am Umsatz 69,9 %. Dies zeigt, dass es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört mit zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen in Deutschland. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1997 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 9,2 % und die Fremdkapitalzinsen mit 2,0 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug rund 14 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 24 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 53 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 1997 in Deutschland
Anteil am Bruttoproduktionswert in Prozent



14.5 Handwerk

Das Handwerk umfasst eine große Vielfalt von Berufen, die auch als Gewerbebezüge bezeichnet werden. Bis zur Reform der Handwerksordnung im Jahr 1998 gab es insgesamt 127 Handwerksberufe; danach ist ihre Zahl insbesondere durch die Zusammenlegung einer Reihe verwandter Berufe auf 94 gesunken. Die Handwerksberufe sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt und reichen vom Maurer über den Kfz-Mechaniker bis hin zur Friseurin und Gebäudereinigerin. Wie aus den Beispielen hervorgeht, finden sich Handwerksunternehmen, also Unternehmen, deren Inhaber oder Leiter in einem der Handwerksberufe einen Meisterbrief haben und daher in die Handwerksrolle eingetragen sind, nicht nur im produzierenden Gewerbe, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel und bei den Dienstleistungen. Allerdings waren 1995 rund zwei Drittel aller Handwerksunternehmen dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen.

Angaben über das gesamte Handwerk werden im Rahmen von Handwerkszählungen erhoben. Die letzte Handwerkszählung wurde 1995 durchgeführt. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung Daten zur Beurteilung der kurzfristigen Entwicklung im Handwerk ermittelt. Ferner werden in vierjährigem Abstand, ebenfalls durch eine Stichprobe, Angaben über die Struktur der Kosten in Handwerksunternehmen erfragt.

14.5.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

Bei der Handwerkszählung vom 31. März 1995 wurden rund 563 200 Handwerksunternehmen erfasst. In ihnen waren, zum Stichtag 30. September 1994, knapp 6,1 Mill. Personen tätig, darunter 1,8 Mill. Frauen. Zu den Beschäftigten zählen dabei alle in dem Unternehmen Tätigen, also nicht nur diejenigen, die handwerkliche Tätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch Verkaufs- und Verwaltungspersonal. Der von diesen Unternehmen im Jahr 1994 erzielte Umsatz belief sich auf 409,3 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer). Je Beschäftigten wurden damit in einem Handwerksunternehmen im Durchschnitt rund 67 286 Euro umgesetzt.

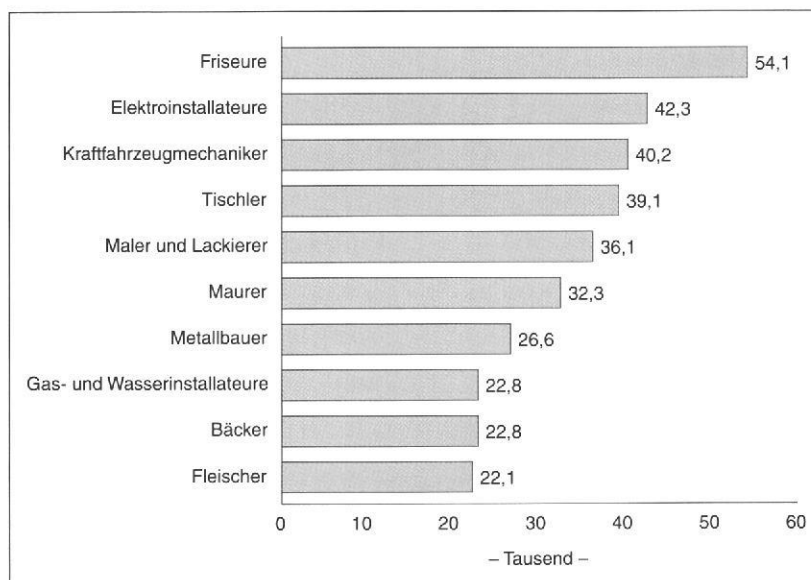
Zum Vergleich: Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1994 knapp 35 Mill.; der gesamtwirtschaftliche Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche belief sich 1994 auf 4 038 Mrd. Euro.

14.5.2 Die bedeutendsten Gewerbebezüge

Trotz der großen Zahl von Handwerksberufen gibt es auch im Handwerk eine deutliche Konzentration auf bestimmte Gewerbe. So stellen zehn Gewerbebezüge mit den meisten Unternehmen 60 % aller Handwerksunternehmen. Spitzenreiter war dabei das Friseurgewerbe mit 54 100 Unternehmen (vgl. Abb. 4).

Die zehn Gewerbebezüge mit den meisten Beschäftigten umfassten rund 63 % aller in einem Handwerksunternehmen tätigen Personen. Mit einer Ausnahme wa-

Abb. 4: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Unternehmen am 31. 3. 1995

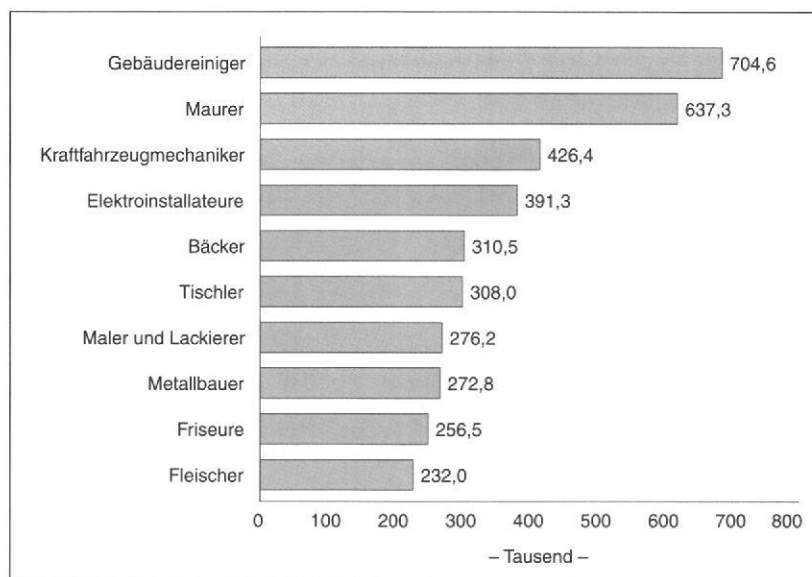


ren diese Gewerbebezüge identisch mit den o. g. Gewerbebezügen mit den meisten Unternehmen. Die Ausnahme bildete das Gebäudereinigerhandwerk, in dem rund 705 000 Personen tätig waren und das damit das Handwerk mit den meisten Beschäftigten war: 12 % aller in einem Handwerksunternehmen Beschäftigten waren in einem zum Gebäudereinigerhandwerk zählenden Unternehmen tätig (vgl. Abb. 5). Aus anderen Erhebungen (Arbeitsstättenzählung, Mikrozensus) ist bekannt, dass rund drei Viertel der in dieser Branche Tätigen teilzeitbeschäftigt sind.

14.5.3 Die Größe der Handwerksunternehmen

Obwohl sich die Zahl der Beschäftigten je Handwerksunternehmen in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, ist das Handwerk nach wie vor einer der typischen Bereiche des deutschen Mittelstandes. Im Durchschnitt sind in einem Handwerksunternehmen 11 Personen tätig. 1963 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch lediglich 6. Fast die Hälfte der Handwerksunternehmen hat weniger als 5 Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger). Der Anteil der in diesen Unternehmen tätigen Personen an allen Beschäftigten im Handwerk beträgt 10 %. Zwischen 5 und 9 Beschäftigte waren in 27 % der Handwerksunternehmen tätig; 10 und mehr Personen fanden sich in rund 26 % der Handwerksunternehmen (vgl. Tab. 9).

Abb. 5: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Beschäftigten am 30. 9. 1994



Das Handwerk besteht jedoch nicht nur aus kleinen und Kleinunternehmen. Immerhin in rund 1 % der Handwerksunternehmen waren 100 und mehr Personen tätig. Insgesamt entfielen auf diese Unternehmen 23 % aller in Handwerksunternehmen Beschäftigten.

Tab. 9: Handwerksunternehmen¹ und deren Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Handwerksunternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt	563,2	100	6 085,0	100
davon:				
1–4	262,5	47	618,8	10
5–9	154,4	27	1 019,5	17
10 und mehr	146,3	26	4 446,6	73

¹ Am 31. 3. 1995 mit Beschäftigtenzahl am 30. 9. 1994.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als »tertiärer Sektor« bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Baugewerbe) zumeist keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereichs ist überaus vielfältig und umfasst Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hoch entwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialexperte Fourastié hat bereits Anfang der fünfziger Jahre den tertiären Sektor sogar als »die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts« eingeschätzt und ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung beigemessen. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige (Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet sein Brot. 2001 hatten in Deutschland rund 69 % aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen. Im Jahr 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschl. Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung im früheren Bundesgebiet von 41 %, in Deutschland dagegen 2001 von rund 69 %.

15.2 Handel

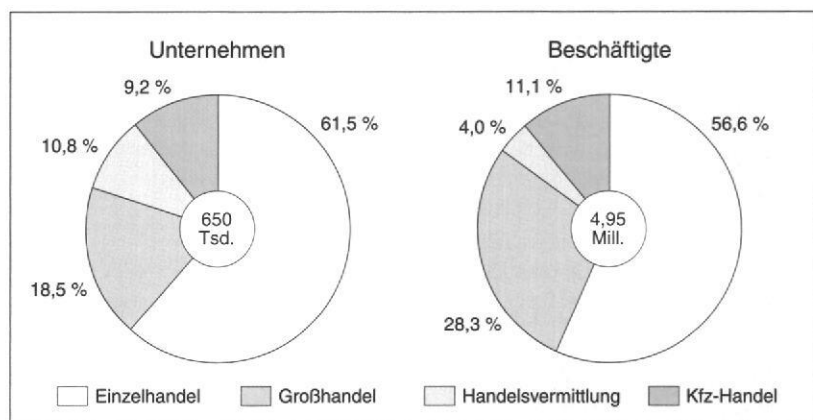
Der Handel nimmt in seiner Mittlerrolle zwischen Herstellern und Verbrauchern eine zentrale Rolle im volkswirtschaftlichen Kreislauf ein. Sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, also zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, liegt bei knapp 11 %. Der Anteil der deutschen Handelsunternehmen an der Wertschöpfung des Handels in der Europäischen Union beträgt rund 20 %. Jedes vierte gewerbliche Unternehmen in Deutschland ist im Handel tätig, etwa jeder bzw. jede achte Erwerbstätige in Deutschland ist in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Im Jahr 2000 gab es in Deutschland rund 650 000 Handelsunternehmen mit insgesamt etwa 780 000 örtlichen Niederlassungen, in denen rund 5 Millionen Menschen als Voll- oder Teilzeitkräfte Beschäftigung fanden. Der hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten bedeutendste Teilbereich ist der Einzelhandel mit rund 400 000 Unternehmen und 2,8 Mill. Beschäftigten, gefolgt vom Großhandel und Handelsvermittlung mit 190 000 Unternehmen und etwa 1,6 Mill. Beschäftigten sowie dem Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen mit 60 000 Unternehmen und 550 000 Beschäftigten.

Im früheren Bundesgebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten im Handel ein tief greifender Strukturwandel vollzogen. Nach 1945 stieg die Zahl der Unternehmen, bedingt durch das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, steigende Einkommen

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte im Handel 2000



und die Ausdehnung der Warensortimente, zunächst stark an. Seit Anfang der 60er-Jahre setzte infolge verstärkter Konkurrenz ein bis heute andauernder Konzentrationsprozess ein, der durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Einführung der Selbstbedienung, ausgelöst wurde. Davon war vor allem der Lebensmitteleinzelhandel betroffen. Hier ging die Zahl der Unternehmen zwischen 1960 und 1998 um 200 000 auf rund 50 000, also um 80 % zurück. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen bedienungsorientierten Lebensmittelgeschäfte, die als »Tante-Emma-Läden« längst sprichwörtlich geworden sind. Die Nahversorgung der Verbraucher mit Waren des täglichen Bedarfs hat sich aber generell trotzdem nicht verschlechtert, denn Versandhandel, Zustellservice und mobile Verkaufsstände erreichen die Konsumenten auch in entlegenen Orten.

Trotz fortschreitender Konzentration wird der Handel in vielen Branchen noch immer durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Neun von zehn Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Personen, die Hälfte aller Unternehmen hat sogar nur einen oder zwei Beschäftigte.

Nach den Ergebnissen der neuesten vorliegenden Repräsentativerhebung im Handel, der Jahrerhebung 1998, lag die durchschnittliche Unternehmensgröße im Handel in Deutschland – gemessen an der Zahl der Beschäftigten je Unternehmen – im Großhandel bei 17,5 Beschäftigten, im Einzelhandel bei durchschnittlich 9,2 Personen und im Kfz-Handel bei 12,2 Beschäftigten. Insbesondere im Einzelhandel gibt es allerdings eine Reihe von Unternehmen – vorwiegend die großen Filialbetriebe – mit über 1 000 Beschäftigten, die in der Regel mit Filialen über ganz Deutschland verteilt vertreten sind.

In den neuen Bundesländern wurde mit der Wiedervereinigung und der sich anschließenden Privatisierung des Handels eine Phase der Umstellung und Neuorientierung eingeleitet. Zahlreiche kleinere, ehemals staatlich betriebenen Geschäfte, die fast ausschließlich über eine Verkaufsfläche von weniger als 100 Quadratmetern verfügten, mussten binnen kurzer Zeit geschlossen werden, weil sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentabel betrieben werden konnten und zudem der Konkurrenz durch expandierende westdeutsche Filialunternehmen ausgesetzt waren. Gleichzeitig entstanden, vor allem in verkehrsgünstigen Stadtrandlagen »auf der grünen Wiese«, zahlreiche Einkaufszentren mit großflächigen Warenhäusern, Verbraucher- und Bau- und anderen Fachmärkten, die es in der ehemaligen DDR kaum gegeben hatte.

Traditionell große Bedeutung hat im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonarbeit, die in den letzten Jahren weiter zugenommen hat. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo heute annähernd jeder bzw. jede zweite Beschäftigte als Teilzeitkraft tätig ist. Im Großhandel sind es dagegen nur knapp 20 % der Erwerbstätigen. Durch die Einstellung von Teilzeitbeschäftigten kann das einzelne Unternehmen nicht nur jahreszeitliche Saisonschwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an verschiedenen Wochentagen und im Tagesablauf besser ausgleichen als mit Vollzeitbeschäftigten.

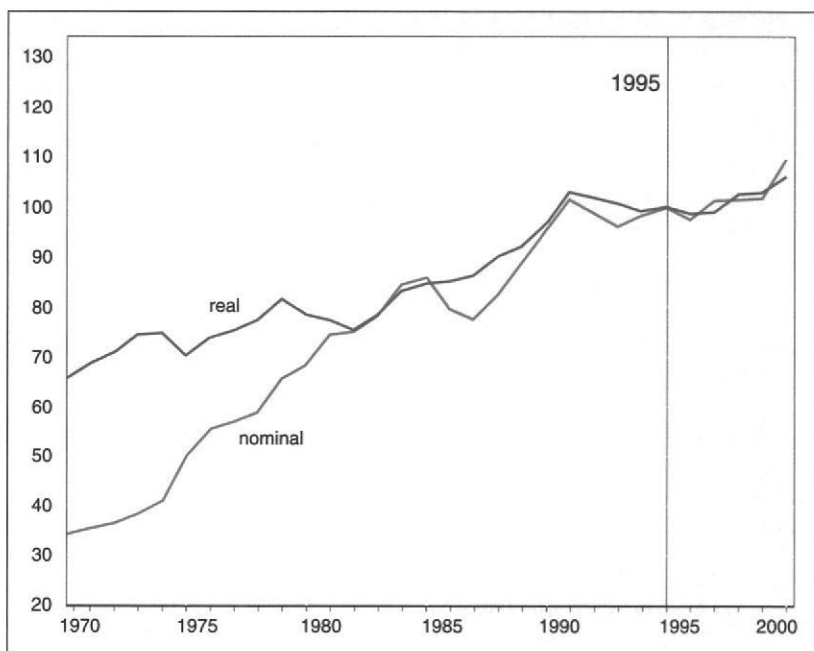
Charakteristisch für den Handel ist auch schon seit langem der vergleichsweise hohe Anteil an weiblichen Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der tätigen Personen sind Frauen, im Einzelhandel sind es sogar schon zwei Drittel. Zwischen der Frauen- und der Teilzeitquote besteht insofern ein Zusammenhang, als Teilzeitarbeitsplätze in besonderem Maße von Frauen in Anspruch genommen werden.

15.2.2 Umsätze

Im Jahr 2000 wurde im Handel ein Gesamtumsatz von rund 1 057 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer) erzielt. Davon entfielen rund 617 Mrd. Euro auf den Bereich Großhandel und Handelsvermittlung, rund 318 Mrd. Euro auf den Einzelhandel und rund 122 Mrd. Euro auf den Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Die Gliederung der Unternehmensumsätze nach Umsatzgrößenklassen gibt Hinweise auf den Konzentrationsgrad im Handel. Etwa drei Viertel aller Handelsunternehmen erzielten im Jahr 2000 jeweils Umsätze von weniger als 500 000 Euro, ihr Anteil am Gesamtumsatz aller Handelsunternehmen betrug jedoch nur 7 %. Demgegenüber erwirtschafteten die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 Millionen Euro und mehr – das sind lediglich 0,3 % aller Unternehmen – annähernd die Hälfte des Gesamtumsatzes im Handel.

Abb. 2: Umsatzentwicklung im Großhandel¹
1995 = 100



¹ Bis 1994: früheres Bundesgebiet; einschl. Kfz-Handel.
Ab 1995: Deutschland; ohne Kfz-Handel.

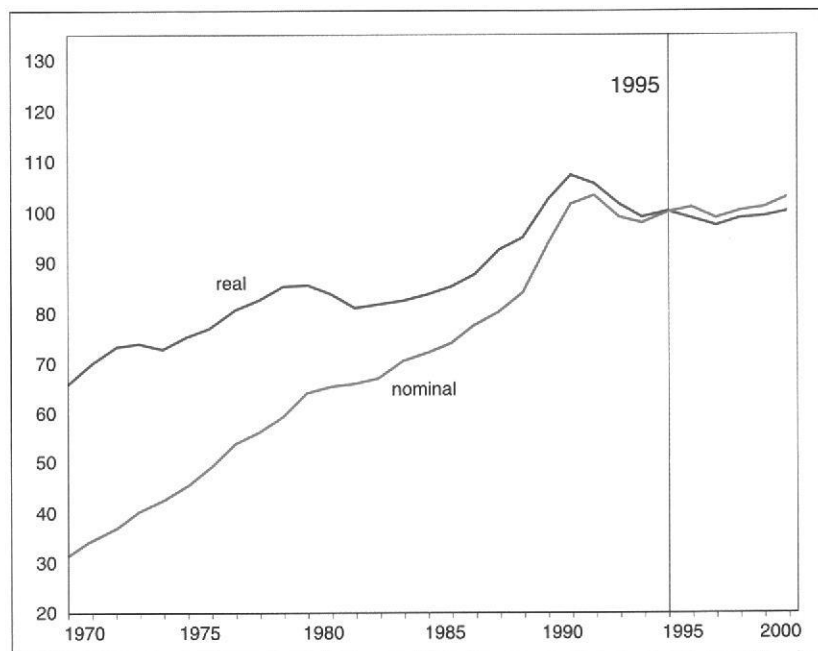
In den 60er-Jahren konnten die Handelsunternehmen im früheren Bundesgebiet nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit Anfang der 70er-Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. In der Wiedervereinigungsphase 1990/1991 erreichten die Umsätze sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel einen historischen Höchststand (vgl. Abb. 2 und 3). Dies war auf die seinerzeit günstige gesamtwirtschaftliche Lage, vor allem aber auf die starke zusätzliche Nachfrage der ostdeutschen Konsumenten nach Einführung der DM in den neuen Ländern zur Jahresmitte 1990 zurückzuführen. In den darauf folgen-

den Jahren litt der Einzelhandel unter einer weitgehend stagnierenden Nachfrage nach Konsum- und Verbrauchsgütern, wenn auch auf hohem Niveau. Eine Sonderentwicklung war nur im Kraftfahrzeughandel zu beobachten, der trotz der ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren durchweg deutliche Umsatzsteigerungen verzeichnen konnte.

Ursache für den stagnierenden Einzelhandelsumsatz war und ist unter anderem ein sich allmählich veränderndes Verbrauchsverhalten der Bevölkerung. So wer-

Abb. 3: Umsatzentwicklung im Einzelhandel¹

1995 = 100

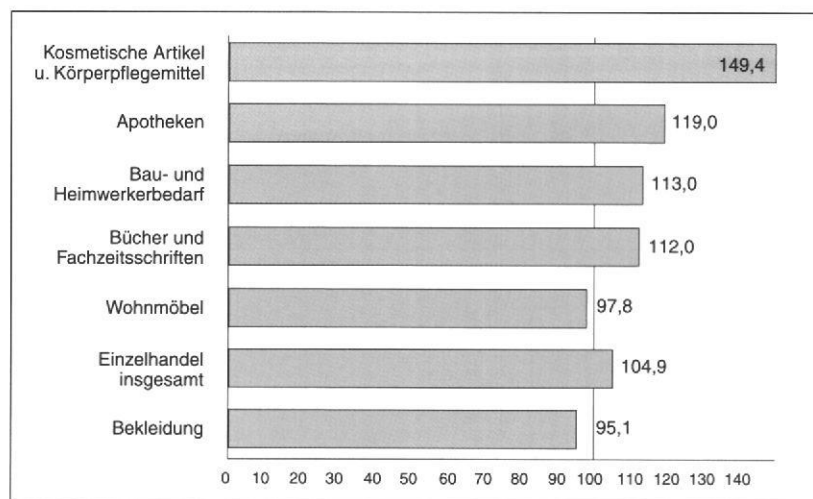


¹ Bis 1994: früheres Bundesgebiet; einschl. Kfz-Handel.
Ab 1995: Deutschland; ohne Kfz-Handel.

den heute größere Teile des Einkommens als früher z.B. für Freizeitgestaltung, Reisen, Versicherungen und Mieten ausgegeben. Der Anteil des Einzelhandels am privaten Verbrauch sinkt damit seit Jahren, zwar langsam, aber stetig.

Der Einzelhandel insgesamt konnte im Verlauf der vergangenen fünf Jahre (1995 bis 2000) per saldo seine Umsätze um nominal 2,9 % steigern (real + 1,0 %). Im Jahr 2000 wurde mit 2,1 % das höchste nominale Plus seit 1995 erreicht. Allerdings resultierte aus dem nominalen Wachstum kein realer Zuwachs (real 0,0 %; vgl. Abb. 3). Die durchschnittliche Gesamt-Umsatzentwicklung im Einzelhandel

Abb. 4: Einzelhandelsumsätze 2000 nach ausgewählten Branchen
1995 = 100



setzt sich aus zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Branchen des Einzelhandels zusammen. So konnte beispielsweise der Facheinzelhandel mit seinen kosmetischen Erzeugnissen in den letzten Jahren stets ein

Tab. 1: Umsatzgewicht der einzelnen Handelsbereiche
In Prozent

Wirtschaftszweig (nach WZ 93)	Einzelhandelsbereich (EH = Einzelhandel)	Anteil am Einzelhandel insgesamt	
		1999	2000
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	41,7	41,0
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	35,0	34,9
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	6,7	6,1
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	3,6	3,5
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	10,8	11,1
52.4	Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	35,3	35,3
52.5	EH mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen)	0,1	0,1
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen)	8,5	9,0
dar.: 52.61	Versandhandel	4,6	4,5
52.1–52.6	EH insgesamt	100	100

deutliches nominales Umsatzplus verbuchen, während sowohl der Möbeleinzelhandel als auch der Bekleidungseinzelhandel durchweg starke Umsatzeinbußen hinnehmen mussten.

Die größte Branche – gemessen am Umsatz – ist die mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, zu der insbesondere die Supermärkte und Verbrauchermärkte gehören. Auf diese Branche allein entfällt mehr als ein Drittel des Gesamt-Einzelhandelsumsatzes.

Der Großhandelsumsatz im Jahr 2000 lag um nominal 9,9 % höher als der von 1995; auch hier wurde im Jahr 2000 mit einem Plus von nominal 8,1 % und real 3,3 % gegenüber 1999 der höchste Umsatzzuwachs in dieser Fünfjahresperiode verbucht (vgl. Abb. 2).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze im Handel unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der mittel- und längerfristigen konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage und Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. Das Jahr beginnt regelmäßig im Januar/Februar mit einem »Wintertief«, gefolgt von einem »Osterhoch«. Die Sommermonate zeigen ein ausgeprägtes »Sommerloch«, vor allem während der Urlaubszeit, dann kommt die »Herbsterholung« und schließlich das Weihnachtsgeschäft mit den höchsten Umsätzen des Jahres. In einigen Branchen, z. B. im Handel mit Spielwaren oder mit Uhren und Schmuck, wird rund ein Drittel des gesamten Jahresumsatzes allein in den Monaten November/Dezember erzielt.

Im Großhandel mit Konsumgütern ist der Saisonverlauf im Wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Geschäftsentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen. In den übrigen Großhandelsbereichen ist keiner oder nur ein schwach ausgeprägter Saisonverlauf zu beobachten.

15.3 Tourismus, Gastgewerbe

15.3.1 Wirtschaftsfaktor Tourismus

Ohne Zweifel nimmt das Reisen in der Werteskala der Bundesbürger einen hohen Rang ein. Die jährliche Urlaubsreise und auch immer häufiger Kurzreisen werden von weiten Teilen der Bevölkerung geradezu als zum Grundbedarf gehörig angesehen.

Doch der Tourismus wird inzwischen immer mehr als wichtiger ökonomischer Faktor erkannt, der Arbeitsplätze sichert und den Menschen Einkommen verschafft. Eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen erbringt Leistungen für Touristen, also Personen, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen Wohnsitzes aufhalten. Dazu zählen das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Verkehrsträger (Straße, Eisenbahn, Luftverkehr), Reiseveranstalter und Reisebüros, der Einzelhandel, der Kultur- und Freizeitbereich sowie Teile des Dienstleistungssektors. Einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge gehen 8 % des Bruttoinlandsprodukts zurück auf die Nachfrage von Touristen. Die Bundesregierung schätzt den Umsatz der Tourismuswirtschaft auf 141 Mrd. Euro und geht davon aus, das rund 2,8 Mill. Menschen dadurch eine Beschäftigung finden.

Der Tourismus ist auch ein gewichtiger Faktor in der deutschen Zahlungsbilanz. Im Rahmen der Reiseverkehrsbilanz als Teil der Zahlungsbilanz werden die Ausgaben der Deutschen auf ihren Reisen im Ausland erfasst und umgekehrt die Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland. Traditionell ist die deutsche Reiseverkehrsbilanz in starkem Maße unausgeglichen. So gaben die Deutschen im Jahr 2000 auf ihren Reisen im Ausland 51,1 Mrd. Euro aus. Das war gegenüber 1991, dem ersten Jahr nach der Herstellung der Währungsunion, eine Zunahme um 61,6 %. Dem standen Einnahmen der deutschen Tourismuswirtschaft von ausländischen Reisenden in Höhe von 19,1 Mrd. Euro gegenüber. Das war gegenüber 1991 eine Steigerung um 47,2 %. Der negative Saldo in der deutschen Reiseverkehrsbilanz stieg in diesem Zeitraum um 71,7 % auf 32,0 Mrd. Euro (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr
in Mill. EUR

	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1991 in %
Einnahmen	19 130	47,2
Ausgaben	51 130	61,6
Saldo	-32 000	71,7

Quelle: Deutsche Bundesbank – Zahlungsbilanzstatistik, August 2000.

15.3.2 Reiseverhalten der Deutschen

Im Jahr 2000 haben die Deutschen 105,7 Mill. Reisen mit einer Dauer von fünf oder mehr Tagen unternommen (vgl. Tab. 3). Davon verblieben 35,9 Mill. (34,0 %) Reisen im Inland, während 69,8 Mill. (66,0 %) ins Ausland führten. Innerhalb Deutschlands war Bayern mit 8,6 Mill. Reisen das mit Abstand beliebteste Zielland, gefolgt von Niedersachsen (4,7 Mill.), Mecklenburg-Vorpommern (3,8 Mill.), Baden-Württemberg (3,6 Mill.), Schleswig-Holstein (3,5 Mill.) und Nordrhein-Westfalen (2,4 Mill.). Im Ausland ist seit vielen Jahren Spanien das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Im Jahr 2000 unternahmen die Deutschen 13,4 Mill. Reisen (mit fünf

und mehr Tagen Dauer) dorthin. An zweiter Stelle in der Beliebtheitsskala lag Italien, das das Ziel für 9,5 Mill. Reisen der Deutschen war, gefolgt vom Nachbarland Österreich, in das die Deutschen 8,7 Mill. mal reisten. In Länder außerhalb Europas unternahmen die Deutschen im Jahr 2000 10,3 Mill. Reisen, darunter 2,6 Mill. in die Vereinigten Staaten.

Das bevorzugte Transportmittel der Deutschen ist der Pkw, der bei der Hälfte (50,3 %) aller Reisen mit fünf oder mehr Tagen Dauer das Hauptverkehrsmittel war. Ein knappes Drittel (31,7 %) aller Reisen wurde mit dem Flugzeug unternommen, ein knappes Zehntel (9,8 %) mit dem Bus. Die Bahn war bei 7,0 % der Reisen das Hauptverkehrsmittel.

Tab. 3: Private Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer im Jahr 2000

Merkmal	Reisen in Mill.	Anteil in %
Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer	105,7	100
<i>nach ausgewählten Reisezielen</i>		
Deutschland, insgesamt	35,9	34,0
darunter:		
Baden-Württemberg	3,6	3,4
Bayern	8,6	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	3,8	3,6
Niedersachsen	4,7	4,4
Nordrhein-Westfalen	2,4	2,3
Schleswig-Holstein	3,5	3,3
Ausland, insgesamt	69,8	66,0
darunter:		
Frankreich	3,4	3,2
Griechenland	2,9	2,7
Italien	9,5	9,0
Österreich	8,7	8,2
Schweiz	2,7	2,6
Spanien	13,4	12,7
Türkei	3,2	3,0
Außereuropäische Länder, insgesamt	10,3	9,7
darunter:		
Afrika insgesamt	3,8	3,6
Vereinigte Staaten	2,6	2,5
<i>nach dem Hauptverkehrsmittel</i>		
Pkw (eigener Wagen oder Mietwagen)	53,2	50,3
Flugzeug	33,5	31,7
Bus	10,4	9,8
Eisenbahn	7,4	7,0
<i>nach der Organisation der Reise</i>		
Selbstorganisiert	59,8	56,6
Einbeziehung von Reisebüro-, Veranstalter	45,9	43,4
darunter: Pauschalreisen	38,8	36,7

Quelle: GEOPLAN GmbH – Tourismuserhebung 2000.

Die wichtigsten Reisemonate sind erwartungsgemäß der Juli und der August, in denen die Deutschen im Jahr 2000 30,8 Mill. Reisen (29,1 %) unternahmen. An dritter Stelle folgt der Monat Oktober mit 13,5 Mill. Reisen (12,8 %). Die wenigsten Reisen wurden im November angetreten (4,4 Mill. entsprechend 4,2 %).

Zum überwiegenden Teil organisieren die Deutschen ihre Reisen selbst. Bei 43,4 % aller Reisen schalteten sie ein Reisebüro oder einen Reiseveranstalter mit ein. 36,7 % waren reine Pauschalreisen.

15.3.3 Tourismusentwicklung in Deutschland

Die wichtigste Quelle zur Darstellung der Tourismusentwicklung im Inland ist die Beherbergungsstatistik, in der die Zahl der Gäste und der Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten erhoben werden. Das Jahr 2000 bescherte dem Fremdenverkehrsgewerbe in Deutschland Rekordzahlen sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen. So konnten die deutschen Beherbergungsbetriebe 108,3 Mill. Gäste begrüßen, die es auf 326,3 Mill. Übernachtungen brachten. Bei den Gästen war das eine Steigerung von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr und von 28,7 % gegenüber dem Jahr 1992, dem ersten Jahr, für das Ergebnisse für alle 16 Bundesländer in der Beherbergungsstatistik vorliegen. Die

Abb. 5: Entwicklung der Gästeübernachtungen 1992 bis 2000
Übernachtungen in Mill., Veränderungen in Prozent

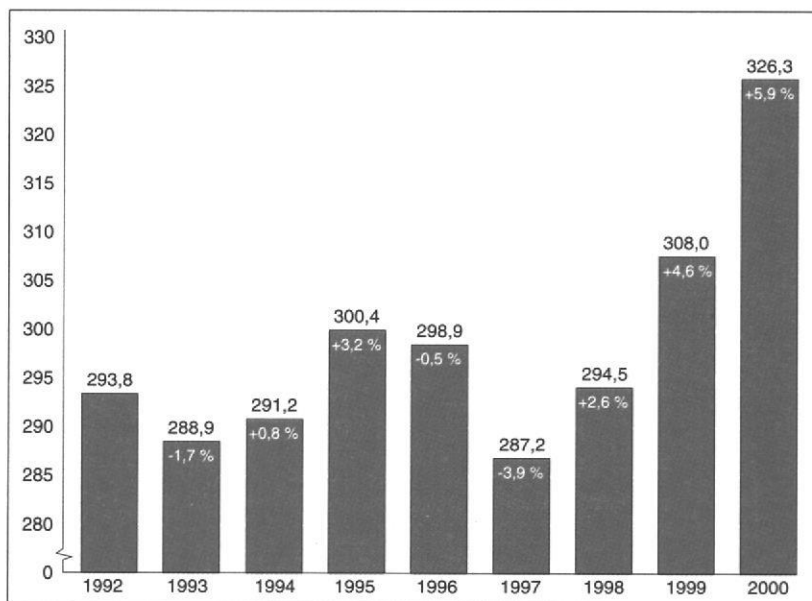
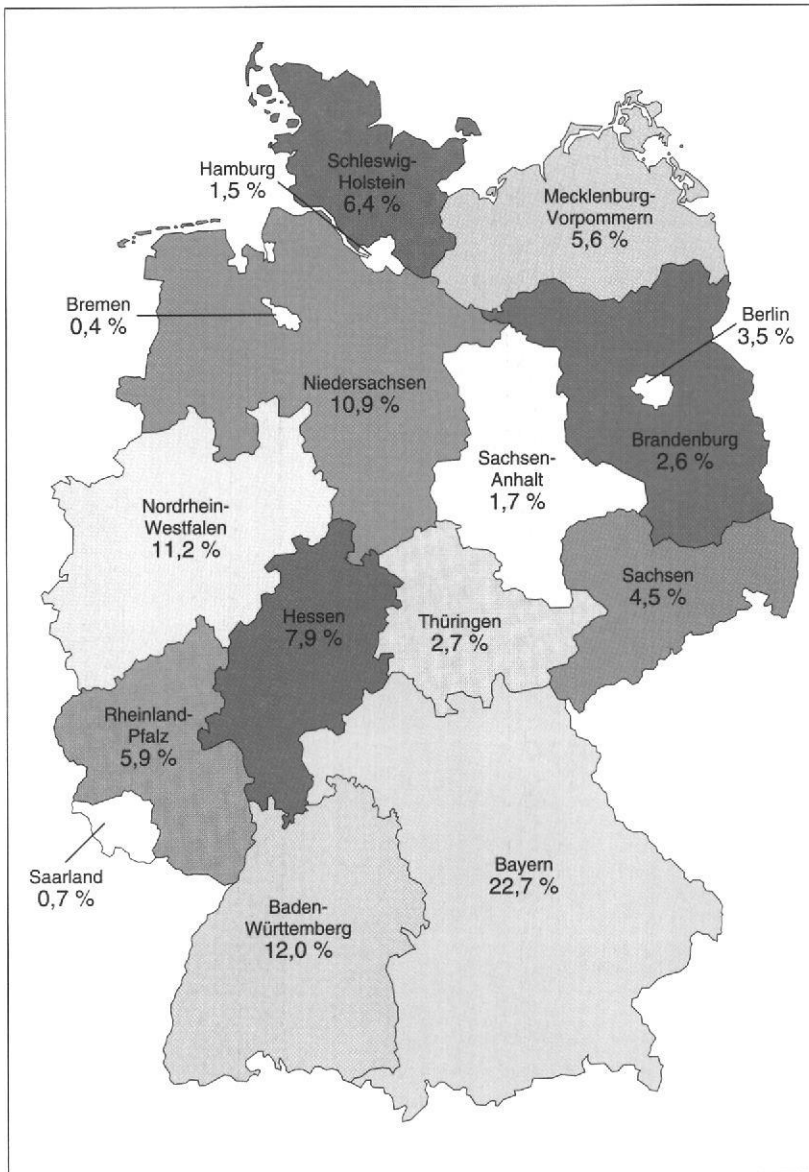


Abb. 6: Verteilung der Übernachtungen auf die Bundesländer 2000¹



¹ Früheres Bundesgebiet: 266,8 Mill. Übernachtungen (81,8 %); neue Länder und Berlin-Ost: 59,5 Mill. Übernachtungen (18,2 %).

Übernachtungen nahmen im Jahr 2000 um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr zu und um 11,1 % gegenüber dem Jahr 1992 (vgl. Abb. 5).

Mit einem Anteil von 22,7 % entfällt fast ein Viertel aller Übernachtungen auf Bayern (vgl. Abb. 6). Erst mit einigem Abstand folgen dann die Bundesländer Baden-Württemberg (12,0 %), Nordrhein-Westfalen (11,2 %), Niedersachsen (10,9 %), Hessen (7,9 %), Schleswig-Holstein (6,4 %) und Rheinland-Pfalz (5,9 %). An der Spitze der neuen Bundesländer liegen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit einem Anteil an den Gästeübernachtungen von 5,6 % bzw. 4,5 %. Insgesamt brachten es die neuen Bundesländer im Jahr 2000 bei 59,5 Mill. Gästeübernachtungen auf einen Anteil von 18,2 %. Das war gegenüber 1992 eine Zunahme um 32,5 Mill. Der Anteilswert der neuen Bundesländer lag 1992 noch bei 9,2 %.

Das *relative* Gewicht des Tourismus für die einzelnen Bundesländer wird durch die sog. Tourismusintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner, vgl. Abb. 7) beschrieben. Hier liegt seit zwei Jahren Mecklenburg-Vorpommern auf dem ersten

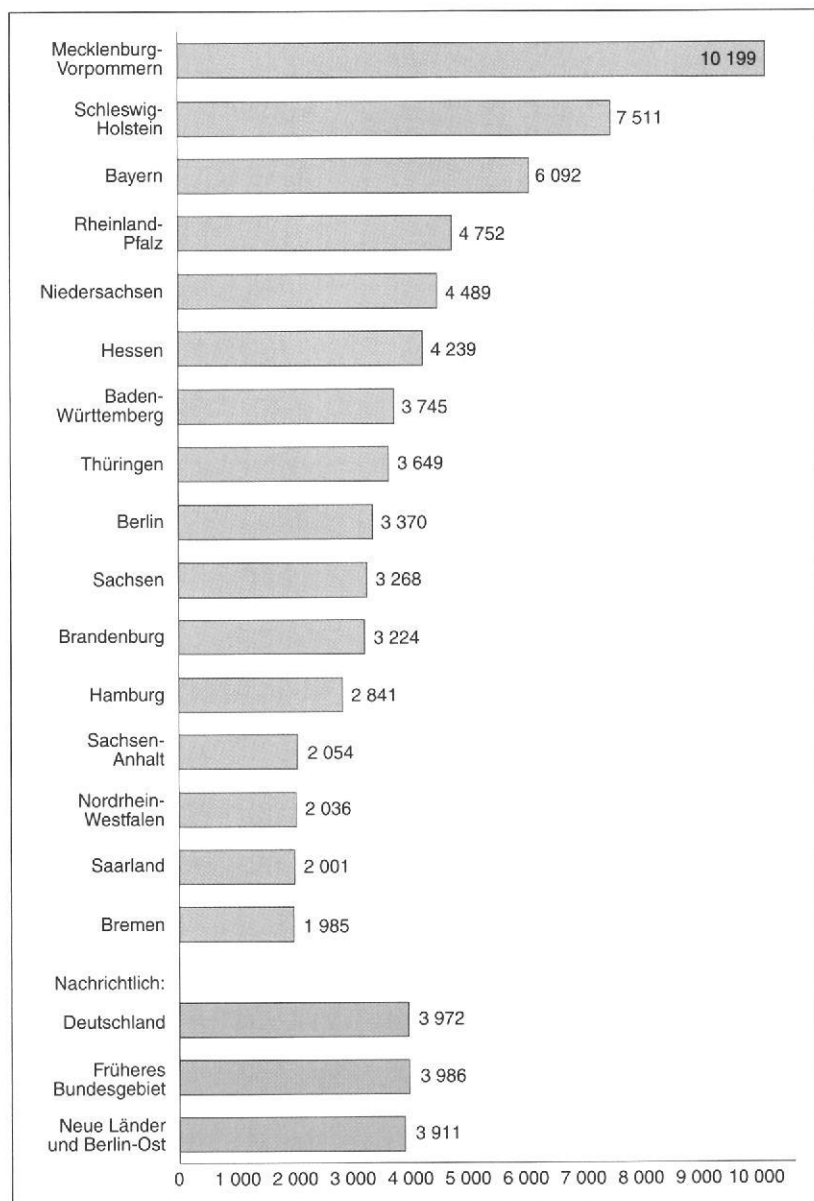
Tab. 4: Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten
nach Betriebsarten 2000

Betriebsart	Über- nachtungen 1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 1999
		%	
Insgesamt	326 344	100	+ 5,9
Hotels	123 731	37,9	+ 6,6
Gasthöfe	20 284	6,2	+ 3,1
Pensionen	14 925	4,6	+ 7,9
Hotels garnis	39 140	12,0	+ 8,5
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>198 080</i>	<i>60,7</i>	<i>+ 6,7</i>
Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime	25 786	7,9	- 1,2
Ferienzentren	9 221	2,8	+ 15,4
Ferienhäuser, -wohnungen	30 189	9,3	+ 4,0
Hütten, Jugendherbergen, Jugend- herbergsähnliche Einrichtungen	14 183	4,3	+ 3,9
<i>Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen</i>	<i>79 379</i>	<i>24,3</i>	<i>+ 3,4</i>
Beherbergungsgewerbe	277 459	85,0	+ 5,7
Vorsorge- und Reha-Kliniken	48 885	15,0	+ 7,2

Rang mit einem Wert von 10 199. Auf Rang 2 mit 7 511 Übernachtungen je 1 000 Einwohner folgt Schleswig-Holstein, das noch bis zum Jahr 1998 an der Spitze der Rangliste gelegen hatte. Erst danach kommt Bayern (6 092), gefolgt von Rheinland-Pfalz (4 752), Niedersachsen (4 489) und Hessen (4 239).

Gut 60 % aller Übernachtungen fallen in der klassischen Hotellerie an (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis (vgl. Tab. 4), allein auf die Hotels und Hotels garnis entfallen knapp die Hälfte (49,9 %). Ein knappes Viertel (24,3 %)

Abb. 7: Fremdenverkehrsintensität in den Bundesländern 2000
 Übernachtungen je 1 000 Einwohner



der Gästeübernachtungen findet in den Betriebsarten des »Sonstigen Beherbergungsgewerbes« statt. Hier sind bedeutsam vor allem die Ferienhäuser und -wohnungen mit einem Anteil von 9,3 % sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (7,9 %). Der Anteil der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken lag im Jahr 2000 bei 15,0 %.

Ein Marktsegment, das in den zurückliegenden fünf Jahren kontinuierlich überdurchschnittliche Steigerungsraten aufweisen konnte, ist der Städtetourismus, in dem sowohl privat unternommene Reisen wie auch Dienst- und Geschäftsreisen zusammengefasst werden. So lag auch im Jahr 2000 der Anstieg der Übernachtungen in Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern mit 8,9 % wieder deutlich über der Gesamtentwicklung in allen Gemeinden (+ 5,9 %).

Nach starken Rückgängen zu Beginn der 90er-Jahre haben die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland seit 1994 wieder kontinuierlich zugenommen. Bedingt durch die Weltausstellung EXPO 2000 konnte in diesem Jahr mit 10,9 % ein besonders starker Anstieg bei dieser Gästegruppe festgestellt werden (vgl. Abb. 8). Der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen im deutschen Beherbergungsgewerbe liegt bei 12,2 % (vgl. Abb. 9). Er ist in den letzten

Abb. 8: Entwicklung der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland
Veränderung in Prozent

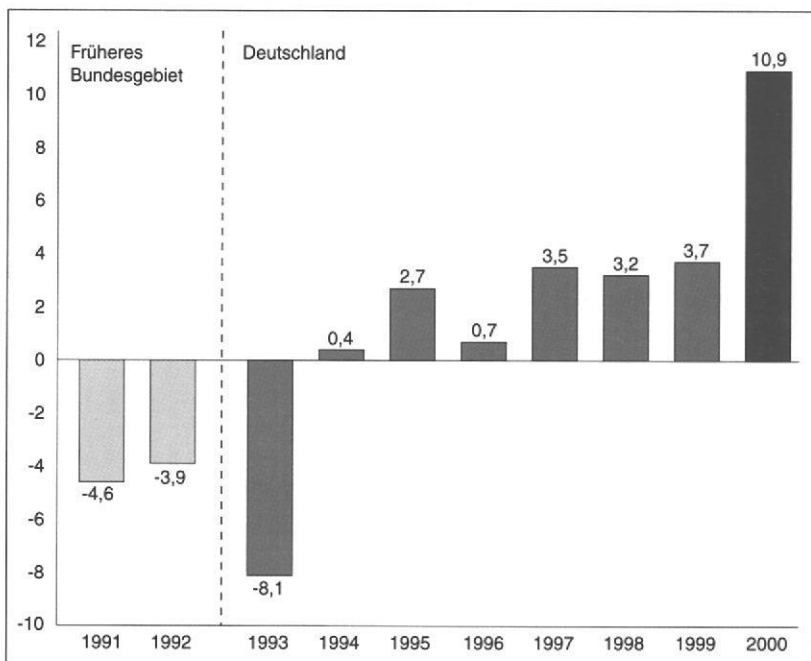


Abb. 9: Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen 1992 und 2000

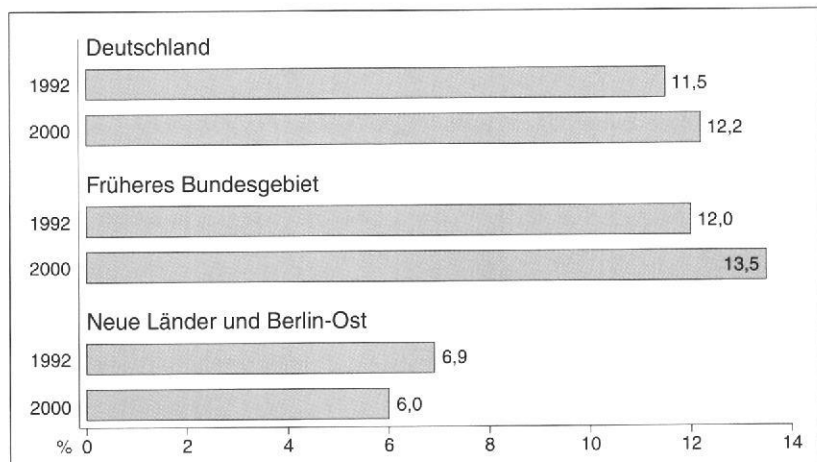
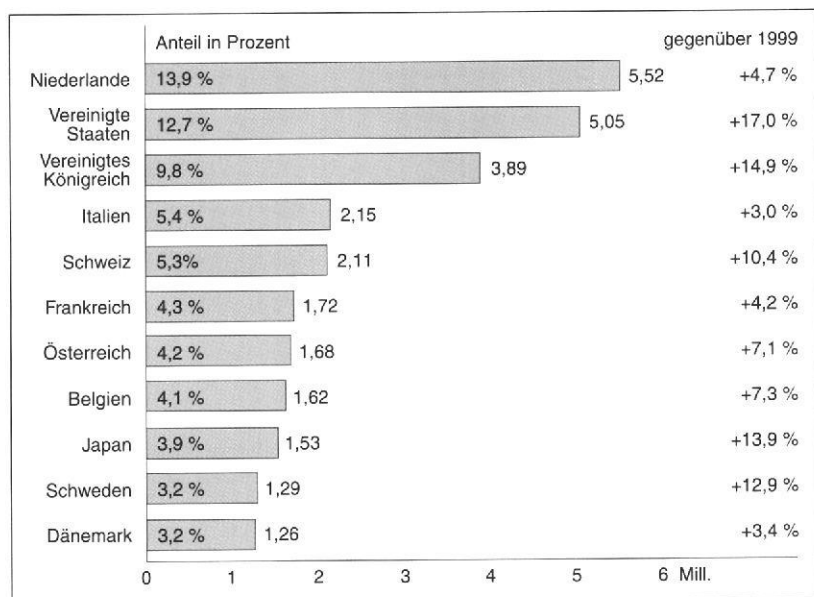


Abb. 10: Übernachtungen von ausländischen Gästen in Deutschland 2000 in Mill./Anteile in Prozent und Veränderungen in Prozent¹



¹ Anteil an allen Übernachtungen aus dem Ausland.

Jahren nur unwesentlich gestiegen (1992: 11,5 %). Auffällig sind hier die großen Unterschiede zwischen dem Westen und Osten Deutschlands. So brachten es ausländische Gäste im früheren Bundesgebiet im Jahr 2000 auf einen Anteil von 13,5 % an der Gesamtzahl der Übernachtungen. Dies war gegenüber 1992 eine Zunahme um 1,5 Prozentpunkte. Demgegenüber lag der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost mit 6,0 % noch nicht einmal halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Gegenüber 1992 (6,9 %) ist er sogar noch zurückgegangen.

Gemessen an der Zahl der Gäste sind seit 1998 die US-Amerikaner die größte ausländische Gästegruppe (2,41 Mill.), gefolgt von den Niederländern (2,06 Mill.) und den Reisenden aus dem Vereinigten Königreich (1,86 Mill.). Da sich die niederländischen Gäste jedoch wesentlich länger in Deutschland aufhalten als die Amerikaner, brachten sie es 2000 auf 5,52 Mill. Übernachtungen und lagen nach diesem Kriterium nach wie vor deutlich vor den Gästen aus den USA (5,05 Mill. Übernachtungen) sowie dem Vereinigten Königreich (3,89 Mill. Übernachtungen) (vgl. Abb. 10).

15.3.4 Gastgewerbe

Ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland ist das Gastgewerbe, zu dem neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe zählt sowie die Kantinen und Caterer.

Tab. 5: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes 1995 bis 2000
im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

Jahr	Gastgewerbeumsatz ¹				Bruttoinlandsprodukt	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Messzahlen 1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1995	100	100	0,0	-2,2	+3,8	+1,7
1996	97,6	96,5	-2,4	-3,5	+1,8	+0,8
1997	97,1	95,0	-0,5	-1,5	+2,2	+1,4
1998	95,6	92,2	-1,6	-2,9	+3,2	+2,1
1999	96,3	91,8	+0,8	-0,4	+2,5	+1,6
2000	97,3	91,9	+1,0	0,0	+2,7	+3,1

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Der Anteil des Gastgewerbes an den Umsätzen aller Unternehmen in Deutschland lag 1999 bei rund 1,3 %. Aufgrund der hohen Personalintensität und des großen Anteils von Teilzeitbeschäftigten ist das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs bei der Beschäftigung mit knapp 3,3 % wesentlich größer. Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in diesem Bereich sind Frauen. Ein weiteres Kennzeichen dieses Wirtschaftszweiges ist der mit 23,7 % sehr hohe Anteil von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (zum Vergleich: Gesamtwirtschaft-

licher Durchschnitt: 10,7 %). Dies hängt zusammen mit der Tatsache, dass das Gastgewerbe immer noch sehr stark geprägt ist durch kleinere und mittlere Unternehmen. Etwa die Hälfte des Umsatzes in diesem Wirtschaftszweig (49,8 %) wurde im Jahr 2000 von Unternehmen erwirtschaftet, deren Jahresumsatz unter einer Mill. DM (511 292 Euro) lag.

Die Entwicklung im Gastgewerbe verlief in den zurückliegenden Jahren ungünstiger als die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, vgl. Tab. 5). Real gingen die Umsätze dieses Wirtschaftszweiges von 1995 bis 1999 kontinuierlich zurück. Nominal konnten zumindest in den Jahren 1999 und 2000 wieder Umsatzsteigerungen erwirtschaftet werden. Mit einem Anteil von 44,2 % wird fast die Hälfte des Gastgewerbeumsatzes in der Speisegastronomie erwirtschaftet (Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen). Dieser Bereich entwickelte sich in den zurückliegenden Jah-

Tab. 6: Struktur und Entwicklung des Umsatzes in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes im Jahr 2000

Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges am nominalen Gesamtumsatz des Gastgewerbes in %	Umsatzentwicklung (nominal) 2000 gegenüber 1995 in %
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	33,5	+ 6,4
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	2,3	+ 1,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	44,2	- 6,7
Sonstiges Gaststättengewerbe	11,8	- 16,5
Kantinen und Caterer	8,3	+ 8,5
Gastgewerbe	100	- 2,7

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

ren allerdings noch ungünstiger als das Gastgewerbe insgesamt. Der Umsatz verringerte sich hier von 1995 bis 2000 um 6,7 % (vgl. Tab. 6). Noch stärker waren die Umsatzrückgänge im Sonstigen Gaststättengewerbe (-16,5 %). Dazu zählen Schankwirtschaften, Bars und Vergnügungsorte, Diskotheken und Tanzlokale sowie Trinkhallen. Bedingt durch die gute Entwicklung der Jahre 1999 und 2000 konnte die Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis) mit +6,4 % – und in geringerem Maße auch das Sonstige Beherbergungsgewerbe (+1,5 %) – ihre Umsätze in dem angegebenen Zeitraum von 1995 bis 2000 nominal steigern.

Die Hotellerie ist mit einem Umsatzanteil von 33,5 % der zweitgrößte Teilbereich des Gastgewerbes nach der Speisegastronomie. Den höchsten Umsatzzuwachs erzielten im Zeitraum von 1995 bis 2000 mit 8,5 % die Kantinen und Caterer. Sie konnten ihren Anteil am gesamten Umsatz des Gastgewerbes damit auf 8,3 % steigern.

15.4 Banken

Im Rahmen einer hoch entwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. In Deutschland stehen die Banken – nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) – unter der gemeinsamen Aufsicht des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und der Deutschen Bundesbank.

Mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung von zunächst elf der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – diese sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – ging mit Wirkung vom 1. Januar 1999 die Verantwortung für eine einheitliche Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) über. Zum 1. Januar 2001 trat Griechenland als zwölftes Mitglied der Eurozone bei. Das ESZB, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten besteht, übernahm nunmehr die Rolle der »Hüterin des Euro« und trägt somit die Verantwortung für die Stabilität der neuen Währung. Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenzen auf die EZB war eine Anpassung der Aufgaben der teilnehmenden nationalen Zentralbanken erforderlich. Sie haben an der Erfüllung der Aufgaben des ESZB, insbesondere dem vorrangigen Ziel der Gewährleistung der Preisstabilität, mitzuwirken. Unverändert bleibt ihre Aufgabe, für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und mit dem Ausland zu sorgen. Die Deutsche Bundesbank ist damit z. B. auch für den Bargeldumlauf verantwortlich.

Die Statistiken des Geld- und Kreditwesens werden überwiegend von der Deutschen Bundesbank bearbeitet. Der Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) hat zu einer Veränderung in der Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank ab dem Jahr 1999 geführt. Dies wirkt sich auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus.

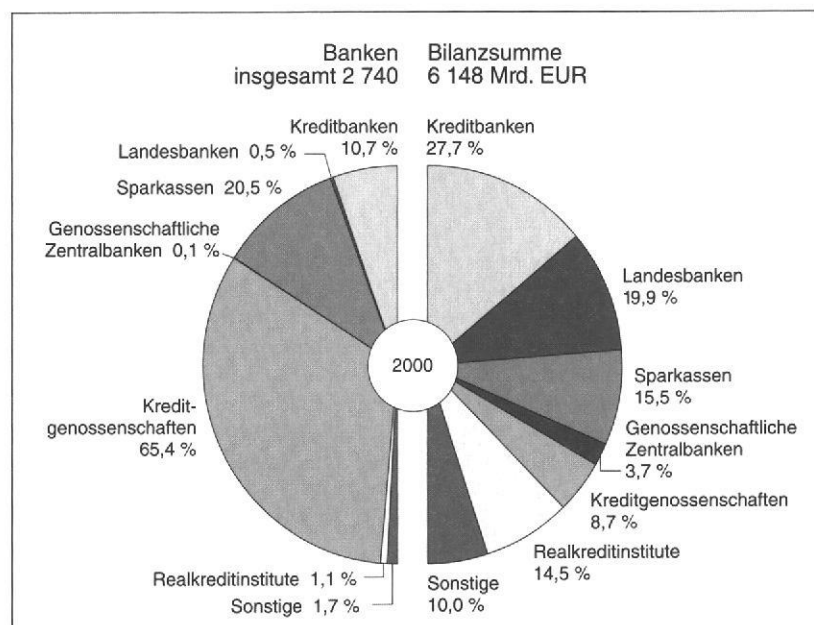
Die Angaben über die Geschäftsentwicklung der Bausparkassen beruhen auf den Statistiken der Verbände der privaten und öffentlichen Bausparkassen. Beim Bauspargeschäft stellen die Einlagen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen nur für den Wohnungsbau verwendet werden) eine besondere Form der Spareinlagen dar.

15.4.1 Unternehmen

Im Bankwesen Deutschlands ist seit Jahren ein Fusionsprozess im Gang. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 im früheren Bundesgebiet 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichts-

pflicht einbezogen; Ende 1985 waren 4 659 und Ende 1989 noch 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig. Ende 2000 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute einschließlich der ostdeutschen Institute auf 2 740. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen an den Bilanzsummen sind jedoch andere Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Landesbanken, von weitaus größerer Bedeutung.

Abb. 11: Banken und ihre Bilanzsummen am Jahresende 2000



15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 2000 waren rund 844 000 Erwerbstätige (2,3 % aller Erwerbstätigen) im Kreditgewerbe tätig. Von ihnen arbeiteten ca. 755 000 Männer und Frauen (gegenüber 490 000 im Jahr 1975) im früheren Bundesgebiet und 89 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Arbeitskosten je Beschäftigten im Kreditgewerbe beliefen sich 1996 im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 53 034 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 40 138 Euro. Besonders starke Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wurden mit 26 954 Euro gegenüber 21 047 Euro bei den Personalnebenkosten festgestellt. Dies sind vor allem Sonderzahlungen, Vergütungen arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, sonstige gesetzliche oder betrieblich

bezahlte Freizeiten), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die berufliche Bildung.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken lässt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefassten Bilanz erscheinen (Tab. 7).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Banken, wurden 2000 zu rund 74 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 16 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, rund 10 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 80 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken (in Höhe von 2 227 Mrd. Euro) besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 38 % den größten Anteil. Weitere ca. 7 % der Einlagen und aufgenommenen Kre-

Tab. 7: Aktiva und Passiva der Banken
in Mill. EUR

	1999	2000
<i>Aktiva</i>		
Bilanzsumme	5 740 741	6 148 318
Barreserven	62 869	67 063
Wechselbestand	8 309	7 779
Kredite an in- und ausländische Banken	1 416 829	1 497 307
Kredite an Nichtbanken	2 804 175	2 942 901
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	868 248	960 625
Sonstige Aktiva	580 311	672 643
<i>Passiva</i>		
Bilanzsumme	5 740 741	6 148 318
Einlagen von in- und ausländischen Banken	1 600 486	1 769 439
Einlagen von inländischen und ausländischen Nichtbanken	2 157 128	2 226 911
dar.: Sicht- und Termineinlagen	1 429 359	1 541 063
Spareinlagen	626 600	585 212
Verbriefte Verbindlichkeiten insgesamt	1 317 917	1 432 138
Eigenkapital insgesamt (gezeichnetes Kapital, Rücklagen, abzüglich ausgewiesenem Verlust)	204 066	221 926
Sonstige Passiva	461 143	497 904

Tab. 8: Bausparkassen

	Einheit	1999	2000
Verträge insgesamt	1 000	33 410	32 874
Neugeschäft im Jahr	1 000	3 911	3 273
Zugewillte Verträge im Jahr	1 000	2 110	2 224
Bausparsumme aus zugewillten Verträgen	Mill. EUR	35 784	38 014
Bauspareinlagen insgesamt	Mill. EUR	96 971	96 784
Hypotheken und Zwischenkredite insgesamt	Mill. EUR	92 052	95 528

dite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten und rund 14 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 2000 bestanden bei den 31 Bausparkassen 33 Mill. Bausparverträge in den alten und neuen Bundesländern. Die Höhe der Einlagen bei den Bausparkassen betrug 97 Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden Darlehen in Form von Hypotheken und Zwischenkrediten in Höhe von rund 96 Mrd. Euro in Anspruch genommen (Tab. 8). Etwa 13 % der bestehenden Verträge, 12 % der Einlagen und rund 14 % der Darlehen entfielen auf die neuen Länder. Im Vergleich zu 1970 hat sich in Deutschland die Zahl der bestehenden Verträge und der Bauspareinlagenbestand mehr als verdreifacht bzw. verfünffacht, der Bestand an Baudarlehen sogar fast versechsfacht.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

Im Jahr 2000 setzten die Banken festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 659 Mrd. Euro ab. Insgesamt waren Ende 2000 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 2 265 Mrd. Euro im Umlauf. Ende 2000 betrug der Bruttoabsatz von unter inländischer Konsortialführung begebenen DM/-Euro-Auslandsanleihen 31,6 Mrd. Euro. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 322,9 Mrd. Euro.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 2000 waren Aktien mit einem Nominalwert von 147,6 Mrd. Euro im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr durch Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien inländischer Aktiengesellschaften betrug 3,6 Mrd. Euro (Nominalwert).

Tab. 9: Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten
Nominalwert in Mill. EUR

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
1999	571 269	2 097 926	5 519	133 513
2000	659 148	2 265 121	3 620	147 629

1 Am Jahresende.

2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

15.5 Versicherungen

Die private Versicherungswirtschaft bietet mit einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1999 von ungefähr 5 700 auf 1 883 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 2000 arbeiteten in Deutschland 348 000 Erwerbstätige (dies entspricht 1,0 % aller Erwerbstätigen) im Versicherungsgewerbe. Im früheren Bundesgebiet waren 315 000 Personen und in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 33 000 Personen in dieser Branche tätig. 1975 waren im Versicherungsgewerbe 271 000 Erwerbstätige (früheres Bundesgebiet) gezählt worden.

Die Arbeitskosten des Versicherungsgewerbes beliefen sich 1996 im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 55 499 Euro pro Kopf der Beschäftigten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 42 522 Euro. Sie lagen damit in West- und Ostdeutschland über dem Arbeitskostenniveau des Kreditgewerbes.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit lässt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung

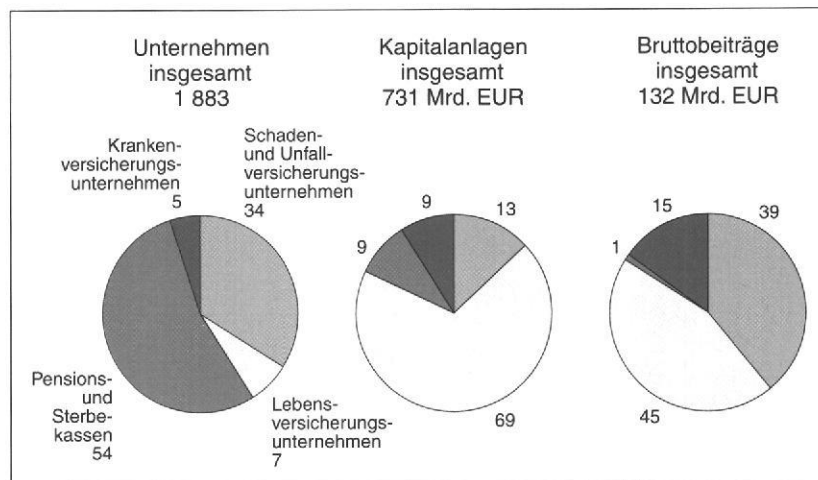
im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die mit zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1999 in Deutschland 123 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 6,5 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1999 rund 1 789 Mrd. Euro. Das Beitragsaufkommen von rund 59 Mrd. Euro im Jahr 1999 entsprach einem Anteil von rund 45 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1999 einen Anteil von 69 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft¹.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und nicht Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Die Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle betrugen im Jahr 1999 rund 12,0 Mrd. Euro, bei den Schaden- und Unfallversicherungen wurden 1999 38,1 Mrd. Euro für Versicherungsfälle aufgewendet. Bei den Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen waren die Aufwendungen der Kraftfahrzeugversicherung insgesamt mit rund 48 % von besonderem Gewicht. Die

Abb. 12: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1999 ohne Rückversicherungsunternehmen in Prozent



1 Ohne Rückversicherungsunternehmen.

Tab. 10: Selbstständig Erwerbstätige in Freien Berufen im Mai 2000¹
in 1 000

Syst. Nr.	Berufe ^{2,3}	Selbstständige		
		zus.	männl.	weibl.
	<i>Freie heilkundliche Berufe</i>			
841	Ärzte	131	84	47
842	Zahnärzte	51	32	18
843	Tierärzte	12	8	/
844	Apotheker	18	11	7
851	Heilpraktiker	14	5	9
852	Masseure, Krankengymnasten, med. Bademeister	34	13	21
859	Therapeutische Berufe, a. n. g.	10	/	9
	<i>Freie rechts- und wirtschaftsberatende Berufe</i>			
703	Werbefachleute	20	13	/
753	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater u. Ä.	43	30	13
754	Steuerfachleute u. Ä., a. n. g.	/	/	/
755	Marketing-, Absatzfachleute	/	/	/
756	Organisatoren und verwandte Berufe	/	/	/
757	Unternehmensberater und verwandte Berufe	55	44	10
813	Rechtsvertreter, Rechtsberater	72	57	15
881	Wirtschaftswissenschaftler, a. n. g.	11	8	/
884	Sozialwissenschaftler, a. n. g.	/	/	/
886	Psychologen	12	/	8
887	Statistiker, Marktforscher u. Ä.	/	/	/
	<i>Freie technische und naturwissenschaftliche Berufe</i>			
601	Ingenieure des Maschinenbaues u. Ä.	13	13	/
602	Elektroingenieure	11	10	/
604	Vermessungsingenieure, Kartographen	/	/	/
609	Architekten, Raumplaner	52	42	10
611	Chemiker, Chemie- und Verfahreningenieure	/	/	/
	<i>Freie pädagogische, psychologische und übersetzende Berufe</i>			
795	Schwimmeistergehilfe, Bademeister	/	/	/
822	Dolmetscher, Übersetzer	16	5	10
87	Pädagogen	104	53	51
870	Lehrer o. n. A.	8	/	/
871	Hochschullehrer und verwandte Berufe	13	6	6
872	Gymnasiallehrer	/	/	/
873	Grund-, Real-, Haupt- und Sonderschullehrer	/	/	/
874	Lehrer an berufsbildenden Schulen	/	/	/
875	Lehrer für musische Fächer, a. n. g.	19	8	11
876	Sportlehrer	19	10	9
878	Fahr- und Verkehrslehrer	16	15	/
879	Sonstige Lehrer	26	9	17
	<i>Freie publizistische und künstlerische Berufe</i>			
821	Publizisten	46	28	19
831	Musiker	20	16	/
832	Darstellende Künstler, Sänger	14	8	7
833	Bildende Künstler (freie Kunst)	28	16	12
834	Bildende Künstler (angewandte Kunst)	40	26	15
	Selbstständige in Freien Berufen insgesamt	873	569	304
	Selbstständige Erwerbstätige insgesamt	3 643	2 631	1 012

1 Ergebnis des Mikrozensus.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3 A. n. g. = anderweitig nicht genannt; o. n. A. = ohne nähere Angabe.

Bruttobeiträge lagen 1999 bei den Krankenversicherungsunternehmen bei 20,2 Mrd. Euro. Die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen beliefen sich 1999 auf 51,6 Mrd. Euro.

15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer Acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen aus verschiedenen Statistiken.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Männer und Frauen gerechnet, die selbständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende) und die von ihnen abhängig Beschäftigten. Einen Überblick über die im Bereich der freien Berufe selbständig Erwerbstätigen lässt sich aus den Ergebnissen des Mikrozensus gewinnen.

16 Preise und Verdienste

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise für Konsumgüter macht sich in jedem Geldbeutel bemerkbar, sei es bei den täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob man sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt ist die allgemeine Preisentwicklung ein wichtiger Aspekt, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für die Arbeitnehmer wie für die Unternehmensseite gleichermaßen bedeutsam: Für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen ein wesentlicher Kostenfaktor.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig im Schlagwort Lohn-Preis-Spirale verkürzt dargestellt. Es besagt in starker Vereinfachung, dass Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und dass Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für viele wichtige Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an die Endverbraucher, werden von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für landwirtschaftliche Betriebsmittel, für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine »Messlatte« zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im Folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung, dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes, erläutert.

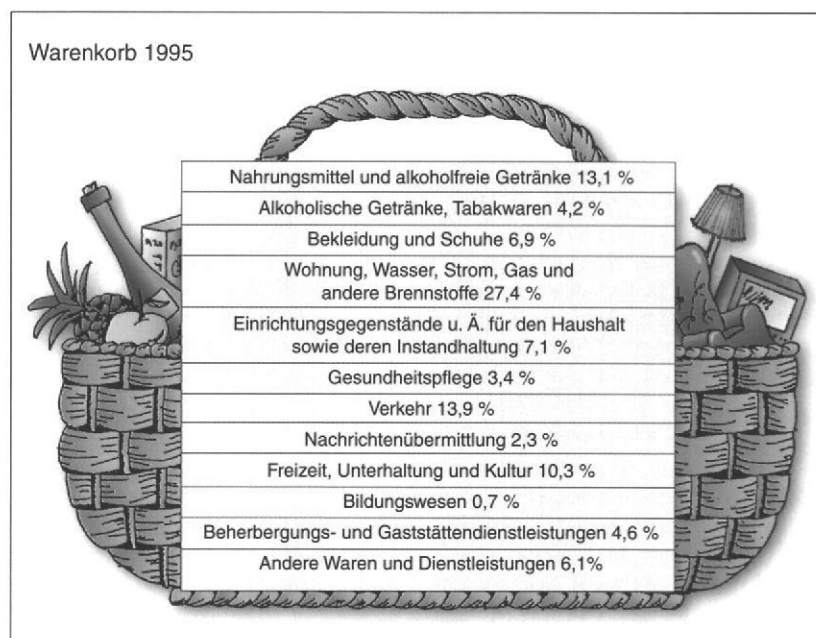
16.3 Preisindex für die Lebenshaltung

Bei der Interpretation der amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Missverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, ein Index könne unesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, dass in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet.

Der Preisindex für die Lebenshaltung ist ein Maßstab dafür, in welchem Maße die Gesamtheit aller privaten Haushalte in Deutschland von Preisveränderungen betroffen ist. Das Gewicht, mit dem die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen in diesen Index eingehen, wird aufgrund durchschnittlicher Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte bestimmt. Diese Verbrauchsgewohnheiten werden im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen anhand von Aufzeichnungen der Haushalte in Haushaltsbüchern ermittelt. Die früher übliche Nachweisung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen ist nicht mehr zeitgemäß, da diese speziellen Haushaltstypen mit der Zeit immer weniger repräsentativ für die Gesamtheit der Haushalte in Deutschland wurden und sich die Ergebnisse in der Regel ohnehin nur geringfügig unterscheiden. Auch die Preisentwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) hat sich mittlerweile weitgehend angenähert. Auf einen getrennten Nachweis wird allerdings vorläufig nicht verzichtet, da immer noch Preisniveaunterschiede bestehen, die Anlass für unterschiedliche Preisentwicklungen sein können. Zusätzlich berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex für Deutschland. Die Berechnungsmethoden dieses Index sind mit den anderen Mitgliedstaaten der EU abgestimmt, er stellt den deutschen Baustein für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für die Europäische Union bzw. für die Eurozone dar und unterscheidet sich vom deutschen Preisindex für die Lebenshaltung im Wesentlichen durch die Nichteinbeziehung der Aufwendungen der privaten Haushalte für das Wohnen im eigenen Heim.

Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 750 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschrei-

Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland

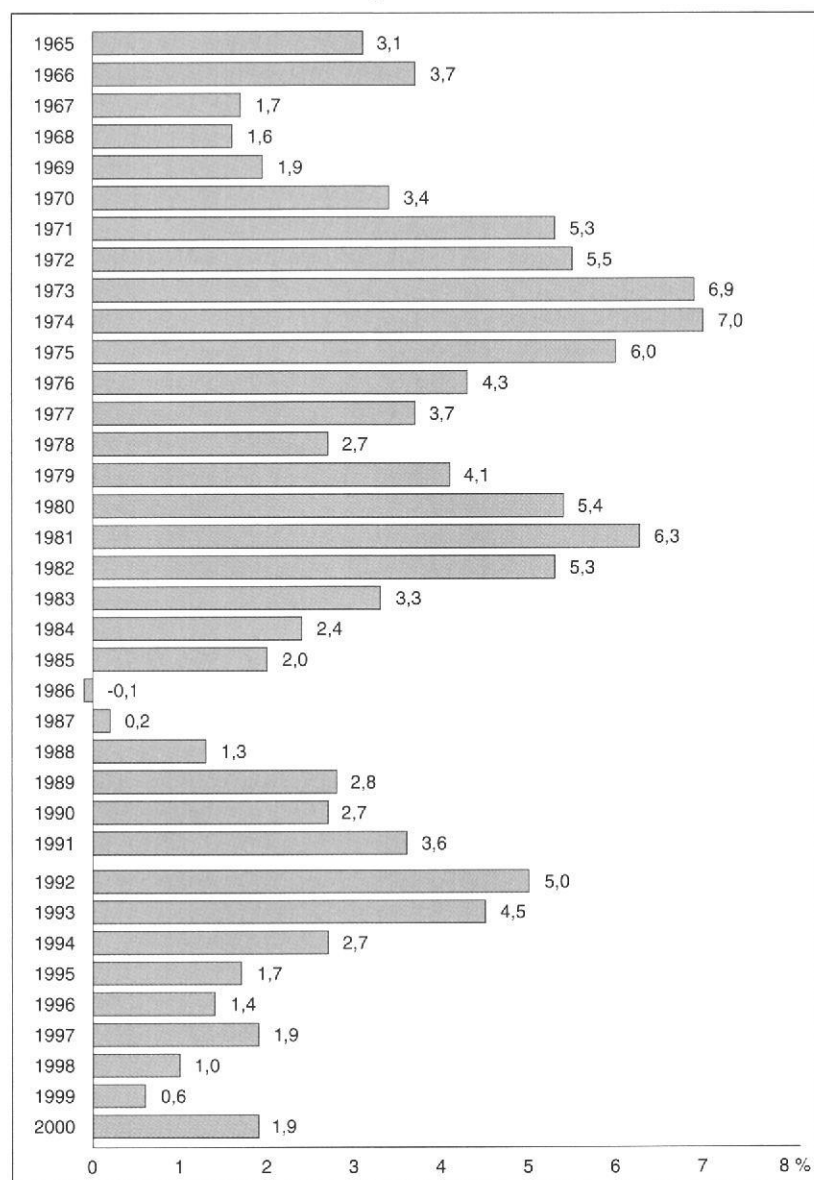


bungen in den Haushaltsbüchern in den »Warenkorb« der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes »Gewicht« zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, dass z. B. eine Preiserhöhung bei Brot eine stärkere Auswirkung auf die Veränderung des Preisindex hat als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 190 über das ganze Land verteilten Gemeinden im Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Berichtsstellen jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 350 000 Preisreihen. Schon diese hohe Zahl macht deutlich, wie umfassend die Dokumentation der Preisentwicklung ist. In regelmäßigen Abständen wird der »Warenkorb« aktualisiert und werden die Gewichte der Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der für

Abb. 2: Jährliche Preisveränderungsraten¹ 1964 bis 2000

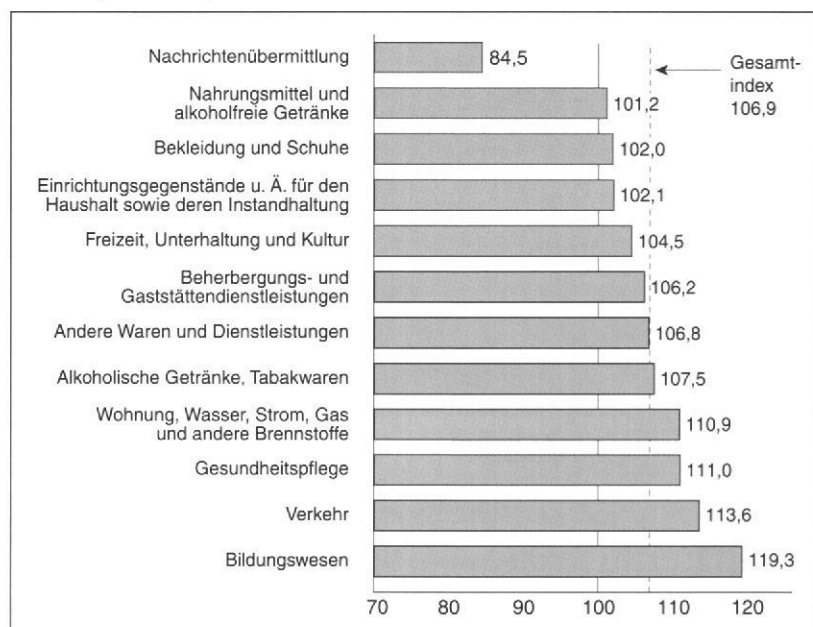


¹ Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet; ab 1992 Deutschland.

das frühere Bundesgebiet seit 1962 ermittelt wird. Ergebnisse für Deutschland liegen seit 1991 vor.

In Deutschland stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1991 bis 2000 um 22,6 %. Für das frühere Bundesgebiet wurden 20,1 %, für die neuen Länder und Berlin-Ost 42,4 % ermittelt. Damit wird deutlich, dass die Ergebnisse für Deutschland von der Heranführung subventionierter Preise an ein marktwirtschaftliches Preisniveau in den neuen Ländern und Berlin-Ost beeinflusst wurden.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 2000 nach Hauptgruppen (1995 = 100)



Innerhalb des Zeitraums 1962 bis 2000 wurden die höchsten Preissteigerungsraten in den Jahren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % ermittelt. Hauptursache waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre. Umgekehrt wirkte sich der Ölpreistrückgang des Jahres 1986 ganz wesentlich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aus, der sich erstmals im dargestellten Beobachtungszeitraum verringerte, und zwar um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Wie Abb. 3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Im Zeitraum von 1995 bis 2000 veränderten sich die Verbraucher-

preise insgesamt um 6,9 %. Die Gütergruppe Nachrichtenübermittlung verzeichnete sogar einen Rückgang von 15,5 %. Überproportional stiegen die Preise im Bildungswesen (+ 19,3 %) und beim Verkehr (+ 13,6 %), mäßige Preissteigerungen gab es bei Bekleidung und Schuhen (+ 2,0 %) sowie bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+ 1,2 %).

Die mehrfach geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem mit zwei Trugschlüssen zusammen: Zum einen werden Preissteigerungen viel stärker empfunden als gleich bleibende oder gar

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1995 = 100

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1962	–	33,0	–
1970	–	40,5	–
1975	–	54,5	–
1980	–	66,4	–
1985	–	80,2	–
1990	–	85,8	–
1991	87,2	89,0	75,5
1992	91,6	92,5	85,6
1993	95,7	95,8	94,7
1994	98,3	98,4	98,1
1995	100	100	100
1996	101,4	101,3	101,9
1997	103,3	103,2	104,2
1998	104,3	104,1	105,3
1999	104,9	104,8	105,7
2000	106,9	106,9	107,5

sinkende Preise; zum anderen wird häufig vergessen, dass in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfasst werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Haushalt heizt mit Öl und profitiert von den Preissenkungen in diesem Bereich. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger (bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung) verbilligt hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang entlastet.

Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – die Heizenergiearten wie Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl berücksichtigt, sodass auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

16.4 Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland

In der Statistik der Baupreise wird die Entwicklung der Preise für den Neubau und die Instandhaltung ausgewählter, besonders wichtiger Bauwerksarten wie Wohn- und Bürogebäude, Straßen oder Brücken ermittelt. Die Statistik basiert auf der Festlegung von ca. 220 Bauleistungen – vergleichbar mit dem »Warenkorb« beim Preisindex für die Lebenshaltung – z. B. acht Bauleistungen im Bereich der Maurerarbeiten oder fünf Bauleistungen im Bereich der Klempnerarbeiten. Für diese Bauleistungen werden Preise erfragt und die Ergebnisse entsprechend ihrer Bedeutung beim Bau der jeweiligen Bauwerksart zu einem Gesamtpreisindex für diese Bauwerksart zusammengeführt.

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden haben sich in Deutschland zwischen 1991 und 2000 um 15,5 % erhöht. Hinter diesem Durchschnittswert steht eine zunächst deutliche Zunahme der Neubaupreise nach der deutschen Vereinigung (+ 6,4 % von 1991 auf 1992). Der Preisanstieg wurde danach fast stetig schwächer. Ab Ende 1995 fielen dann sogar infolge einer schlechten Baukonjunktur die Baupreise – nur kurz unterbrochen durch die Erhöhung der Umsatzsteuer im April 1998. 1999 lagen die Preise für den Neubau von Wohngebäuden um 1,6 % unter denen von 1995. Einen vergleichbaren Preisrückgang hatte es zuletzt im früheren Bundesgebiet in der Rezession von 1967 gegeben. Damals waren die Preise für den Neubau von Wohngebäuden fünf Quartale in Folge rückläufig und lagen damit 1967 um 2 % niedriger als im Jahr zuvor. Erst im Jahr 2000 lagen die Preise für Wohngebäude wieder leicht über denen des Vorjahres (+ 0,3 %).

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfasst die Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmeter. Im Jahr 2000 wurden in Deutschland rund 94 331 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch ausgewertet. Danach wurden 135 Quadratkilometer Bauland veräußert. Je Veräußerungsfall wechselten 1 434 Quadratmeter Bauland den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert betrug 51,79 Euro pro Quadratmeter. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten sowie Art und Größe des Grundstücks. Typisch ist, dass sich mit der steigenden Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden ebenso die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Differenziert man nach Baugebieten, wurden die höchsten Verkaufserlöse in Geschäftsgebieten erzielt. Recht unterschiedliche Verkaufsergebnisse zeigt die Statistik für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Seit Beginn dieser Statistik im früheren Bundesgebiet, d. h. im Zeitraum von 1962 bis 2000, haben sich die durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für Bauland um mehr als das Zehnfache erhöht. 2000 kostete ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im Durchschnitt 63,03 Euro, wobei der niedrigste tatsächlich gezahlte Quadratmeterpreis bei wenigen

Tab. 2: Preisindex für Wohngebäude¹
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk; 1995 = 100)

Jahr	Preisindex für Wohngebäude		Jahr	Preisindex für Wohngebäude	
	Index	Veränderung in % ²		Index	Veränderung in % ²
Früheres Bundesgebiet					
1960	18,0	.			
1965	24,1	+ 6,0	1980	60,0	+ 6,7
1970	31,2	+ 5,3	1985	68,7	+ 2,7
1975	43,3	+ 6,8	1990	79,9	+ 3,1
Deutschland					
1991	85,5	.	1996	99,8	– 0,2
1992	91,0	+ 6,4	1997	99,1	– 0,7
1993	95,4	+ 4,8	1998	98,7	– 0,4
1994	97,7	+ 2,4	1999	98,4	– 0,3
1995	100	+ 2,4	2000	98,7	+ 0,3

1 Einschl. Umsatzsteuer

2 Gegenüber dem Vorjahr. Beim früheren Bundesgebiet Durchschnitt der Veränderungen im jeweiligen 5-Jahreszeitraum.

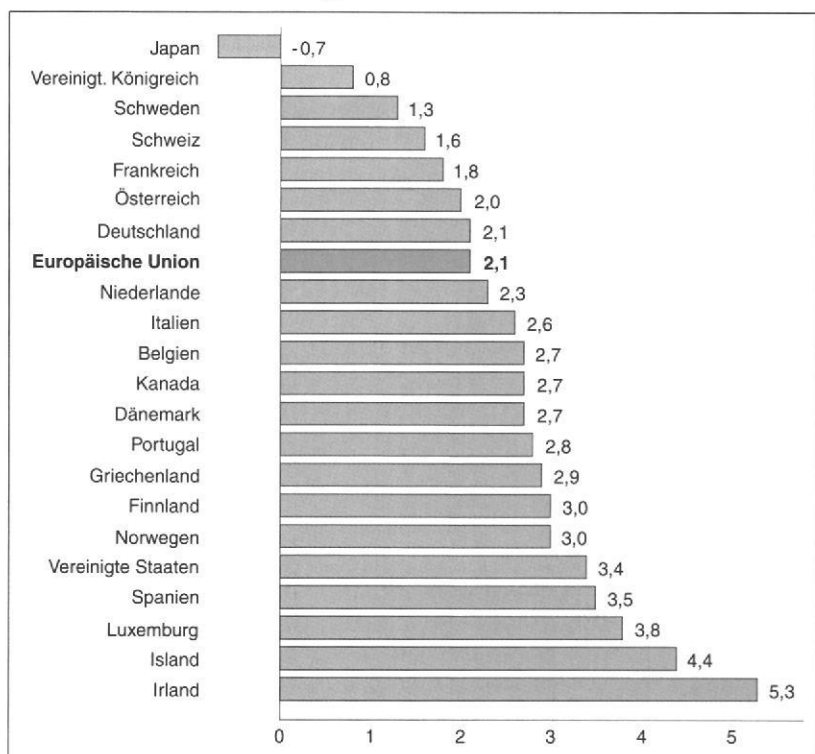
Cent und der höchste bei über 2 500 Euro lag. Im früheren Bundesgebiet wurden 2000 über zwei Drittel der in Deutschland erfassten Kauffälle registriert sowie rund 80 % der erzielten Kaufsumme realisiert.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost kostete der Quadratmeter Bauland 2000 im Durchschnitt 30,75 Euro, das entsprach der Hälfte des Wertes im früheren Bundesgebiet. Der tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis schwankte zwischen wenigen Cent und mehreren tausend Euro. Je Veräußerungsfall sind in den neuen Ländern 1 677 Quadratmeter Bauland verkauft worden, im früheren Bundesgebiet waren es 1 332 Quadratmeter.

16.5 Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung

Für internationale Inflationsvergleiche werden üblicherweise die Verbraucherpreisindizes verwendet. Legt man für die EU-Länder den harmonisierten Verbraucherpreisindex zugrunde, so verzeichnete das Vereinigte Königreich 2000 gegenüber 1999 innerhalb der Europäischen Union mit 0,8 % die geringste Preissteigerung. Wie bereits 1999 verzeichnete Irland auch 2000 von allen EU-Mitgliedstaaten mit 5,3 % die höchste Steigerungsrate. Im EU-Durchschnitt stiegen die Kosten für die Lebenshaltung um 2,1 %. Damit hat sich der Preisauftrieb in der EU gegenüber früheren Jahren (1999 zu 1998: +1,2 %, 1998 zu 1997: +1,3 %, 1997 zu 1996: +1,7 %) wieder erheblich beschleunigt.

Abb. 4: Preisveränderungen 2000 gegenüber 1999
im internationalen Vergleich¹ in Prozent



¹ Mitgliedstaaten der EU, Island und Norwegen: Veränderungsraten der harmonisierten Verbraucherpreisindizes; übrige Länder: Veränderungsraten der nationalen Verbraucherpreisindizes.

Während sich in den Vereinigten Staaten die Preise 2000 gegenüber 1999 mit 3,4 % (1999 zu 1998: +2,2 %, 1998 zu 1997: +1,6 %) weiterhin beachtlich erhöht haben, schwächte sich das Preisklima in Japan erneut ab (-0,7 %).

16.6 Verdienste

16.6.1 Allgemeiner Überblick

Gesamtwirtschaftliche Angaben über Arbeitnehmerentgelt, Brutto- und Nettolöhne und -gehälter enthalten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe Teil I, Kap. 12). Demgegenüber liefert die Lohnstatistik differenziertere Angaben für

einen Teilbereich der Wirtschaft und für einen ausgewählten Personenkreis. So beobachtet sie die Verdienstentwicklung der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer durch vierteljährliche Erhebungen im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im Dienstleistungsbereich werden nur Angaben für Angestellte erfragt, weil hier die Arbeiter eine geringere Bedeutung haben. Die vierteljährlich erhobenen Verdienstangaben berücksichtigen nur die laufenden Zahlungen, nicht auch die Einmalzahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, 13. Monatsgehälter und Gewinnbeteiligungen.

Hiernach betrug der Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe 2000 durchschnittlich 2 685 Euro. Im früheren Bundesgebiet lag er mit 2 787 Euro etwas höher, in den neuen Bundesländern mit 1 974 Euro deutlich niedriger; damit entsprach der ostdeutsche Verdienst 70,8 % des westdeutschen.

Zwischen Arbeitern und Angestellten bestand im Produzierenden Gewerbe ein erheblicher Verdienstunterschied: Arbeiter erhielten 2000 durchschnittlich 2 318 Euro, Angestellte 3 414 Euro. Bei beiden Arbeitnehmergruppen ergeben sich für

Tab. 3: Bruttomonatsverdienste nach Arbeitnehmergruppen 2000

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Ost-West-Ver- dienstrelation
	EUR			%
Produzierendes Gewerbe				
Arbeitnehmer insgesamt	2 685	2 787	1 974	70,8
Arbeiter	2 318	2 409	1 760	73,1
Angestellte	3 414	3 506	2 574	73,4
Dienstleistungsbereich	2 606	2 654	2 024	76,3

die Ost-/West-Verdienstrelation mit 73,1 % bzw. mit 73,4 % etwas höhere Werte als im Gesamtdurchschnitt. Dieser Unterschied ist auf einen höheren Anteil der Arbeiter unter den Arbeitnehmern im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe zurückzuführen.

Im Dienstleistungsbereich verdienen die Angestellten mit 2 606 Euro deutlich weniger als im Produzierenden Gewerbe. Hier ist die Verdienstangleichung zwischen den neuen und den alten Ländern etwas weiter fortgeschritten: Die Ost-/West-Verdienstrelation belief sich hier auf 76,3 %.

Die Arbeitnehmerinnen verdienen im Produzierenden Gewerbe mit 2 194 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen mit 2 794 Euro; die Frauen-/Männer-Verdienstrelation betrug damit 78,5 %. Ein deutlich höherer Wert ergab sich für diese Relation in den neuen Ländern mit 86,7 %.

In der Untergliederung nach Arbeitnehmergruppen errechnen sich für die Frauen-/Männer-Verdienstrelation jeweils niedrigere Werte (73,9 % bei den Arbeitern und 69,9 % bei den Angestellten). Dies gilt gleichermaßen in den neuen und den alten Ländern. Zu erklären sind diese unterschiedlichen Werte für die Frauen-/Männer-

Verdienstrelation mit den unterschiedlichen Anteilen von Arbeitern und Angestellten unter den männlichen und weiblichen Arbeitnehmern. Frauen werden häufiger als Männer im Angestelltenverhältnis beschäftigt und erzielen in diesem Arbeitsverhältnis zwar niedrigere Verdienste als die männlichen Angestellten, aber höhere als die im Arbeiterverhältnis beschäftigten Männer, dies bewirkt eine Anhebung der Frauen-/Männer-Verdienstrelation für Arbeitnehmer, also Arbeiter und Angestellte zusammen.

Tab. 4: Bruttomonatsverdienste nach Arbeitnehmergruppen, Gebietsstand und Geschlecht 2000

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Männer	Frauen	Frauen- zu Männerverdienst
	EUR		%
Deutschland			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2 794	2 194	78,5
Arbeiter	2 406	1 777	73,9
Angestellte	3 730	2 607	69,9
Dienstleistungsbereich Angestellte	2 929	2 238	76,4
Früheres Bundesgebiet			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2 902	2 270	78,2
Arbeiter	2 499	1 841	73,7
Angestellte	3 802	2 690	70,8
Dienstleistungsbereich Angestellte	2 972	2 275	76,5
Neue Länder und Berlin-Ost			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2 032	1 762	86,7
Arbeiter	1 822	1 410	77,4
Angestellte	2 902	2 116	72,9
Dienstleistungsbereich Angestellte	2 207	1 908	86,5
Ost-West-Verdienstrelation			
	Männer	Frauen	
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	70,0	77,6	
Arbeiter	72,9	76,6	
Angestellte	76,3	78,7	
Dienstleistungsbereich Angestellte	74,3	83,9	

Die Ost-/West-Verdienstrelation lag bei den Frauen im Produzierenden Gewerbe deutlich höher als bei den Männern (77,6 % gegenüber 70 %).

Im Dienstleistungsbereich bestand zwischen den Durchschnittsgehältern der weiblichen und männlichen Angestellten ein geringerer Unterschied als im Produzierenden Gewerbe (Frauen-/Männer-Verdienstrelation von 76,4 % gegenüber 69,9 %). Auch dies ist in den neuen und den alten Ländern zu beobachten. Be-

merkwürdig ist, dass die Ost-/West-Verdienstrelation bei den weiblichen Angestellten mit 83,9 % im Dienstleistungsbereich den höchsten Wert erreicht.

16.6.2 Verdienste nach der ausgeübten Tätigkeit

Den Einfluss der ausgeübten Tätigkeit auf das Verdienstniveau beobachtet die Verdienststatistik durch die Gliederung nach Leistungsgruppen und – bei den Angestellten – zusätzlich durch den Nachweis der Beschäftigungsart (kaufmännische oder technische Ausrichtung der Tätigkeit). Die Leistungsgruppengliederung der Arbeiter berücksichtigt ausschließlich die erforderlichen Kenntnisse zur Durchführung der ausgeübten Tätigkeit, die Einteilung der Angestellten darüber hinaus noch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbstständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis.

Tab. 5: Arbeiter/-innen und deren Bruttomonatsverdienst
im Produzierenden Gewerbe 2000 nach Leistungsgruppen

Leistungs- gruppe	Anteile der Leistungsgruppen an den Arbeiter/-innen			Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	2 318	2 406	1 777
1	51,3	57,6	12,3	2 565	2 583	2 050
2	33,3	31,8	42,7	2 129	2 209	1 759
3	15,4	10,7	45,0	1 899	2 024	1 717
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	2 409	2 499	1 841
1	52,0	58,6	10,6	2 658	2 671	2 222
2	31,9	30,5	40,8	2 233	2 315	1 848
3	16,1	11,0	48,6	1 945	2 082	1 751
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt	100	100	100	1 760	1 822	1 410
1	47,0	51,5	21,7	1 928	1 954	1 578
2	41,9	39,8	53,7	1 641	1 704	1 373
3	11,1	8,7	24,6	1 491	1 567	1 339

Die Arbeitertätigkeiten werden in drei Leistungsgruppen aufgeteilt: Leistungsgruppe 1 umfasst Facharbeitertätigkeiten, Leistungsgruppe 2 angelernte Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von wenigstens drei Monaten) und Leistungsgruppe 3 ungelernte Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von weniger als drei Monaten).

Die Verteilung der Arbeiter auf die Leistungsgruppen zeigt zwischen Männern und Frauen sowie West und Ost erhebliche Unterschiede (siehe Tab. 5).

Fast sechs Zehntel der Männer, aber kaum mehr als ein Zehntel der Frauen übten im Jahr 2000 Facharbeitertätigkeiten aus; umgekehrt waren knapp die Hälfte der

Frauen, aber nur etwa ein Zehntel der Männer mit ungelernten Tätigkeiten beschäftigt. In den neuen Ländern unterscheidet sich die Leistungsgruppenstruktur hiervon erheblich, insbesondere bei den Frauen: Zwei Zehntel von ihnen führten hier Facharbeitertätigkeiten aus und nur ein Viertel ungelernte Tätigkeiten. Die ostdeutschen Arbeiter wurden etwas seltener als Facharbeiter und öfter für angelernte Tätigkeiten eingesetzt als ihre westdeutschen Kollegen. Die Leistungsgruppenstrukturen zwischen Männern und Frauen weisen im Osten also einen geringeren Unterschied auf als im Westen. Hierauf ist teilweise der geringere geschlechtsspezifische Verdienstabstand im Osten zurückzuführen.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen zeigen sich deutliche Differenzen in der Verdiensthöhe. Im Jahr 2000 verdienten Facharbeiter/-innen 20,5 % mehr als angelernte und 35 % mehr als ungelernte Kräfte. In der Untergliederung nach Männern und Frauen ergaben sich zwischen den Leistungsgruppen geringere Verdienstunterschiede. Am schwächsten war die Verdienstabstufung bei den ostdeutschen Arbeiterinnen, bei denen die Fachkräfte nur 15 % mehr als angelernte und 17,8 % mehr als ungelernte Kräfte verdienten.

Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen fiel der geschlechtsspezifische Verdienstabstand niedriger aus als bei der Gesamtheit. So belief sich der Frauenverdienst in den einzelnen Leistungsgruppen auf 79,4 % (Leistungsgruppe 1) bis 84,8 % (Leistungsgruppe 3) des Männerverdienstes. Dies macht deutlich, dass die oben beschriebene ungünstigere Leistungsgruppenstruktur zum geschlechtsspezifischen Verdienstabstand beiträgt. Hätten die Arbeiterinnen die Leistungsgruppenstruktur ihrer männlichen Kollegen, würde ihr Lohn 80 % des Männerverdienstes, gegenüber tatsächlich 73,9 %, ausmachen.

Die Angestelltentätigkeiten umfassen eine deutlich weitere Spanne unterschiedlicher Anforderungen als Arbeitertätigkeiten. Deswegen werden sie in fünf Leistungsgruppen – gegenüber drei für Arbeiter – untergliedert und außerdem in kaufmännische oder technische Tätigkeiten aufgeteilt. Die Leistungsgruppen sind folgendermaßen definiert: Leistungsgruppe I: Leitende Angestellte (werden in den laufenden Erhebungen nicht berücksichtigt); Leistungsgruppe II: Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen; Leistungsgruppe III: Angestellte mit selbstständig durchgeführten Tätigkeiten, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen; Leistungsgruppe IV: Angestellte mit Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung erfordern; Leistungsgruppe V: Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern.

Die Angestellten verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Leistungsgruppen, mit deutlicher Differenzierung zwischen Männern und Frauen. Mehr als 90 % der männlichen Angestellten wurden den Leistungsgruppen II und III zugeordnet, rund 80 % der weiblichen den Leistungsgruppen III und IV, siehe Tab. 6.

Zu Leistungsgruppe V zählte nur ein unbedeutender Anteil der Angestellten, bei den Männern 1 %, bei den Frauen 4 %. Zwischen männlichen und weiblichen Angestellten sind die größten Unterschiede in der Besetzung der Leistungsgruppen II und IV zu beobachten mit 31 bzw. 24 Prozentpunkten.

In den neuen Bundesländern unterscheiden sich die Leistungsgruppenstrukturen von Männern und Frauen weniger: Leistungsgruppe II ist bei Männern mit 42 % geringer und bei den Frauen mit 17 % etwas stärker als im Westen besetzt, und die Leistungsgruppen III und IV umfassen mit 48 bzw. 9 % etwas größere Anteile der männlichen Angestellten als im Westen (44 bzw. 8 %).

Die Angestellten werden etwa zur Hälfte in kaufmännischen (47 %) und in technischen Arbeitsbereichen (53 %) eingesetzt. Zwischen männlichen und weiblichen

Tab. 6: Angestellte und deren Brutton Monatsverdienst
im Produzierenden Gewerbe 2000 nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppe/ Beschäftigungsart	Anteil der Leistungsgruppen an den Angestellten			Brutton Monatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	3 414	3 730	2 607
II	38	47	16	4 312	4 401	3 639
III	46	45	49	3 105	3 281	2 691
IV	15	8	32	2 255	2 522	2 077
V	2	1	4	1 815	2 054	1 707
Kaufmännische Tätigkeit	47	33	81	3 143	3 684	2 578
Technische Tätigkeit	53	67	19	3 654	3 753	2 732
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	3 506	3 802	2 690
II	39	47	16	4 408	4 480	3 801
III	45	44	49	3 180	3 340	2 778
IV	15	8	32	2 315	2 562	2 138
V	2	1	4	1 847	2 086	1 737
Kaufmännische Tätigkeit	47	34	81	3 231	3 737	2 658
Technische Tätigkeit	53	68	19	3 748	3 835	2 842
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt	100	100	100	2 574	2 903	2 116
II	32	42	17	3 246	3 380	2 781
III	48	48	48	2 453	2 651	2 182
IV	19	9	32	1 831	2 112	1 716
V	2	1	3	1 537	1 715	1 476
Kaufmännische Tätigkeit	47	27	76	2 346	2 910	2 068
Technische Tätigkeit	53	73	24	2 778	2 900	2 266

Angestellten bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede bei der Verteilung auf diese Beschäftigungsarten: Ein Drittel der Männer, aber über acht Zehntel der Frauen üben kaufmännische und dementsprechend zwei Drittel der Männer und zwei Zehntel der Frauen technische Tätigkeiten aus. In den neuen Ländern sind diese Relationen nur wenig ausgeglichener. Hier arbeiteten 24 % der Frauen im technischen Bereich.

Die im Vergleich zu den Arbeitertätigkeiten deutlichere Differenzierung der Angestelltentätigkeiten nach Qualifikationsanforderungen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnissen findet in den Verdiensten ihre Entsprechung. So erhielten die Angestellten der Leistungsgruppe II mit 4 312 Euro rund das 2,4fache des Durchschnittsgehalts der Leistungsgruppe V, während der Facharbeiterlohn nicht einmal dem 1,4fachen des Lohnes ungelernter Arbeiter entsprach.

Auch die Verdienstabstufung zwischen den Leistungsgruppen war bei den Angestellten deutlich stärker ausgeprägt als bei den Arbeitern. Der Unterschied zwischen dem Gehalt einer Leistungsgruppe und dem Gehalt der nächstfolgenden belief sich bei den Angestellten auf 24,2 bis 38,9 %, bei den Arbeitern dagegen auf 12,1 bis 20,5 %.

Bei den Durchschnittsgehältern aller männlichen und weiblichen Angestellten ergab sich, wie oben gezeigt wurde, ein geschlechtsspezifischer Verdienstabstand von über 30 %. Betrachtet man dagegen die Angestellten nur einer Leistungsgruppe, so verringert sich diese Relation – wie bei den Arbeitern – beträchtlich auf Werte zwischen 16,9 und 18 %. Wird das Durchschnittsgehalt der weiblichen Angestellten mit der Leistungsgruppenstruktur der Männer berechnet, ergibt sich mit 3 076 Euro ein Wert, der 82,5 % des Männergehalts ausmacht. Der Vergleich dieser hypothetisch berechneten Relation mit der effektiv realisierten (69,9 %) zeigt, dass die verschiedenen Leistungsgruppenstrukturen erheblich zum statistisch nachgewiesenen Gehaltsunterschied zwischen weiblichen und männlichen Angestellten beitragen.

Die Gliederung der Verdienste der Angestellten nach kaufmännischer oder technischer Tätigkeit zeigt nur geringfügige Unterschiede. Technische Angestellte verdienen zwar 16,3 % mehr als kaufmännische, doch ist dieser Unterschied vor allem auf den geringen Frauenanteil bei technischen Tätigkeiten zurückzuführen. Unter den männlichen Angestellten verdienen die technischen Angestellten mit 1,9 % nur geringfügig mehr als die kaufmännischen. Etwas größer war der Verdienstvorsprung (6,0 %) der »Technikerinnen« bei den weiblichen Angestellten.

16.6.3 Arbeitnehmerverdienste nach Wirtschaftszweigen

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes streuten die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer innerhalb der Spanne von 3 466 Euro (Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen) und 2 010 Euro (Ledergewerbe). Die Wirtschaftszweige mit den beiden Extremwerten beschäftigen jeweils nur einen geringen Anteil der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes. Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Verdienst stimmt in den dargestellten Gebietsständen weitgehend überein, wie Tab. 7 zeigt.

In der Besetzung der Wirtschaftszweige ergaben sich jedoch größere Unterschiede zwischen Ost und West. Die auffallendste Abweichung besteht beim Hoch- und Tiefbau, der in den neuen Ländern mehr als drei Zehntel aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes beschäftigt, in den alten Ländern dagegen

nur rund ein Zehntel. Im Westen dominierten dagegen der Fahrzeug- und Maschinenbau mit Anteilen von jeweils 14 %. Die unterschiedliche Verteilung auf die Wirtschaftszweige hat jedoch nur einen geringen Einfluss auf den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes. Der mit der westdeutschen Besetzung der Wirtschaftszweige hypothetisch berechnete Durchschnittsverdienst weicht nur um 3 % vom statistisch erfassten Wert ab (2 037 Euro gegenüber 1 974 Euro).

Betrachtet man die Angaben von Deutschland, so schwankt der Frauenanteil unter den Beschäftigten der einzelnen Wirtschaftszweige zwischen 6 % und 74 % bei einem Durchschnitt von 19 %. Bei drei von vier Wirtschaftszweigen mit den höchsten Durchschnittsverdiensten lag der Frauenanteil unter dem Durchschnitt, bei fünf von sieben Wirtschaftszweigen mit den niedrigsten Verdiensten dagegen deutlich über dem Durchschnitt. Hieraus geht hervor, dass das niedrigere Verdienstniveau der Frauen auch in Zusammenhang mit ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige steht.

Tab. 7 a: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2000

Wirtschaftszweig ¹	Bruttomonats- verdienst		Anteil der	
	EUR	Rang	Arbeit- nehmer ²	Frauen ³
			%	
Deutschland				
Kokerei, Mineralölverarb., Herst. v. Brutstoffen	3 466	1	0,3	17
Fahrzeugbau	3 088	2	13,2	11
Chemische Industrie	3 010	3	6,6	26
Energie- und Wasserversorgung	2 952	4	3,2	17
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2 869	5	11,5	30
Maschinenbau	2 863	6	12,9	14
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 785	7	5,4	29
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 662	8	1,6	6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 567	9	11,5	15
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 413	10	3,5	16
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 381	11	4,9	23
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 377	12	4,9	31
Hoch- und Tiefbau	2 339	13	13,6	6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 242	14	2,8	26
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 239	15	1,3	13
Textilgewerbe	2 071	16	1,7	39
Bekleidungsgewerbe	2 028	17	0,8	74
Ledergewerbe	2 010	18	0,4	50

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

2 An allen Arbeitnehmern des Produzierenden Gewerbes.

3 An allen Arbeitnehmern des Wirtschaftszweiges.

Tab. 7 b: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2000

Wirtschaftszweig ¹	Bruttomonats- verdienst		Anteil der	
			Arbeit- nehmer ²	Frauen ³
	EUR	Rang	%	
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Kokerei, Mineralölverarb., Herst. v. Brutstoffen	3 631	1	0,3	15
Fahrzeugbau	3 147	2	14,1	11
Chemische Industrie	3 074	4	7,0	25
Energie- und Wasserversorgung	3 089	3	2,9	14
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2 937	5	12,0	29
Maschinenbau	2 921	6	13,7	14
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 836	7	5,8	27
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 727	8	1,6	4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 639	9	11,8	14
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 531	11	3,3	15
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 444	13	5,1	22
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 488	12	4,7	29
Hoch- und Tiefbau	2 535	10	11,1	5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 341	14	2,8	25
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 325	15	1,3	12
Textilgewerbe	2 215	16	1,6	35
Bekleidungsgewerbe	2 108	17	0,8	72
Ledergewerbe	2 086	18	0,4	48
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Kokerei, Mineralölverarb., Herst. v. Brutstoffen	2 639	1	0,4	23
Fahrzeugbau	2 252	3	6,9	16
Chemische Industrie	2 172	6	3,8	36
Energie- und Wasserversorgung	2 459	2	5,6	30
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2 137	8	7,8	38
Maschinenbau	2 141	7	7,5	15
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 246	4	3,7	42
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 246	4	1,8	18
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1 945	9	9,5	16
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	1 891	10	5,1	19
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 732	13	3,5	31
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1 776	12	6,1	44
Hoch- und Tiefbau	1 857	11	30,8	7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	1 588	15	2,9	34
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	1 708	14	1,4	19
Textilgewerbe	1 350	16	2,2	62
Bekleidungsgewerbe	1 160	18	0,5	91
Ledergewerbe	1 282	17	0,3	68

Fußnoten siehe Tab. 7 a.

In den neuen Ländern hingegen sind auch bei Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Lohnniveau überdurchschnittliche Frauenanteile festzustellen. Von den sechs an der Spitze der Lohnskala stehenden Wirtschaftszweigen hatten vier einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil. Auch diese unterschiedliche Verteilung der Frauen auf die Wirtschaftszweige hat dazu geführt, dass die Frauen-/Männer-Verdienstrelation im Osten höher lag als im Westen. Allerdings weisen auch in den Neuen Ländern sechs von den sieben Wirtschaftszweigen am Ende der Rangskala einen überdurchschnittlichen Frauenanteil auf.

16.6.4 Langfristige Lohnentwicklung

Das Wachstum der Wirtschaft der letzten Jahrzehnte war in der früheren Bundesrepublik von Verdienststeigerungen begleitet. So erhöhte sich der Index der durchschnittlichen Wochenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe, der die Lohnsteigerungen unbeeinflusst von Änderungen in der Arbeiterstruktur und damit die »reine« Lohnentwicklung wiedergibt, von 1960 bis 2000 auf das 8,5fache.

Allerdings erhöhte sich der Lebensstandard der Arbeiter nicht in gleichem Umfang. Ein überwiegender Teil der Lohnsteigerung gleicht lediglich die Preissteigerungen aus. Die um die Preissteigerung bereinigte »reale« Lohnentwicklung zeigt ein realistisches Bild der Kaufkraftentwicklung bei den Arbeitern: von 1960 bis 2000 erhöhten sich die Reallöhne auf das rund 2,5fache. Tabelle 8 zeigt, dass sich dieser Anstieg nicht gleichmäßig vollzog, sondern sich vielmehr im Zeitverlauf abflachte: In den ersten 20 Jahren stieg der Index der realen Wochenlöhne auf das 2,1fache; es wurden weitere 20 Jahre benötigt, bis dieser Wert das 2,5fache erreichte. In den letzten 10 Jahren stiegen die Reallöhne nur noch um 7,9 %.

Tab. 8: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne im früheren Bundesgebiet
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter
im Produzierenden Gewerbe¹ (Oktober 1995 = 100)

Jahr	Nominal	Real	Jahr	Nominal	Real
1960	12,8	40,3	1989	77,7	93,5
1965	19,8	54,3	1990	81,0	94,9
1970	28,4	69,4	1991	85,3	96,3
1975	41,5	75,8	1992	88,7	96,2
1980	57,2	86,3	1993	90,8	94,9
1981	59,7	84,8	1994	94,6	96,2
1982	61,8	83,3	1995	99,0	99,0
1983	63,5	82,9	1996	100,0	98,7
1984	65,6	83,7	1997	101,2	98,2
1985	67,7	84,6	1998	103,3	99,3
1986	69,8	87,4	1999	105,7	101,0
1987	72,1	90,2	2000	108,8	102,4
1988	75,0	92,8			

¹ Bis 1995: Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).

Tab 9: Durchschnittliche Nettomonatsverdienste 2000
(Ergebnisse von Modellrechnungen)

	Ein- heit	Einzel- person ¹	Ehepaar ² , beide mit jeweiligem Durchschnitts- verdienst ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsver- dienst ³ , Ehefrau nicht arbeitend
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 408,70	4 340,36	2 499,19
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	520,98	870,14	219,51
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	310,72	559,91	322,40
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	186,67	336,38	193,69
+ Kindergeld	EUR	0,00	0,00	276,10
Nettomonatsverdienst	EUR	1 390,32	2 573,93	2 039,70
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	57,7	59,3	81,6
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit und Versicherungsgewerbe				
Bruttomonatsverdienst	EUR	3 506,44	6 492,38	3 801,97
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	989,52	1 764,62	671,73
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	452,33	837,52	490,45
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	271,75	503,16	294,65
+ Kindergeld	EUR	0,00	0,00	276,10
Nettomonatsverdienst	EUR	1 792,84	3 387,08	2 621,23
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	51,1	52,2	68,9
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe				
Bruttomonatsverdienst	EUR	1 760,38	3 231,88	1 821,73
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	249,34	407,45	50,96
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	227,09	416,91	235,01
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	134,67	247,24	139,36
+ Kindergeld	EUR	0,00	0,00	276,10
Nettomonatsverdienst	EUR	1 149,28	2 160,27	1 672,51
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	65,3	66,8	91,8
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit und Versicherungsgewerbe				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 573,84	5 018,33	2 902,60
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	511,93	988,88	330,04
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	332,03	647,37	374,43
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	196,90	383,90	222,05
+ Kindergeld	EUR	0,00	0,00	276,10
Nettomonatsverdienst	EUR	1 532,99	2 998,18	2 252,18
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	59,6	59,7	77,6

1 Durchschnittsverdienst von männlichen und weiblichen Arbeitern/Angestellten zusammen.

2 Durchschnittsverdienst für Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. männliche und weibliche Angestellte (Summe).

3 Durchschnittsverdienst von männlichen Arbeitern/Angestellten.

16.6.5 Nettoverdienste nach Haushaltstypen (Modellrechnungen)

Der Lebensstandard der Arbeitnehmer richtet sich nicht nach der Höhe ihrer Brutto-, sondern nach den Nettoverdiensten. Um eine Vorstellung über die Höhe der Nettolöhne zu gewinnen, berechnet das Statistische Bundesamt mit Hilfe von Modellannahmen Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen (siehe Tab. 9). Hierbei werden Lohn- und Kirchensteuer sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung als Abzugsgrößen und gesetzliches Kindergeld als staatlicher Zuschlag behandelt. Für die alten und neuen Länder werden gesonderte Werte berechnet, da in der Sozialversicherung noch unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen für die beiden Gebietsstände gelten.

Tab. 9 zeigt, dass die einzelnen Haushaltstypen über 51,1 % bis 91,8 % ihres Bruttomonatsverdienstes frei verfügen können. Die geringsten Abzüge entfallen auf den Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und dem Mann als Alleinverdiener« in den neuen Ländern, die höchsten auf einen alleinstehenden Angestellten im früheren Bundesgebiet. Da die Haushalte im Westen höhere Abzüge zu tragen haben, besteht zwischen den Nettoverdiensten in Ost und West ein deutlich geringerer Unterschied als zwischen den Bruttowerten: die ostdeutschen Nettoangaben entsprachen 82,0 % bis 88,5 % der westdeutschen. Der geringste Wertunterschied bezieht sich auf den Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und dem Mann als Alleinverdiener«, der höchste auf Doppelverdienerhaushalte der Angestellten ohne Kinder.

16.6.6 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im Folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden. Da die Arbeitskosten nur im vierjährigen Turnus erfragt werden und die Ergebnisse für das Jahr 2000 bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, wurde nachfolgend auf Ergebnisse für das Jahr 1996 zurückgegriffen.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, Tarifverträgen oder betrieblichen Vereinbarungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile »Entgelt für geleistete Arbeit« und »Personalnebenkosten« dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die »direkte« Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage, sonstige bezahlte gesetzliche oder betriebliche Freizeit), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Tab. 10: Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1996

Wirtschaftsbereich	Insgesamt		Entgelt für geleistete Arbeit		Personalnebenkosten	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Produzierendes Gewerbe	44 071	100	24 218	55,0	19 852	45,0
Großhandel	40 175	100	23 698	59,0	16 476	41,0
Einzelhandel	31 790	100	18 691	58,8	13 099	41,2
Gastgewerbe	26 338	100	15 659	59,5	10 679	40,5
Kreditgewerbe	53 034	100	26 080	49,2	26 954	50,8
Versicherungsgewerbe	55 499	100	27 386	49,3	28 113	50,7
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Produzierendes Gewerbe	28 587	100	17 023	59,5	11 564	40,5
Großhandel	27 479	100	16 873	61,4	10 606	38,6
Einzelhandel	24 905	100	14 912	59,9	9 993	40,1
Gastgewerbe	20 695	100	12 613	60,9	8 081	39,1
Kreditgewerbe	40 138	100	20 091	50,1	20 047	49,9
Versicherungsgewerbe	42 522	100	22 000	51,7	20 522	48,3

Die Personalnebenkosten sind prozentual umso höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1996 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 41 : 59, bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dagegen 48 : 52.

Erwartungsgemäß ergaben sich 1996 zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Niveauunterschiede bei den Arbeitskosten insgesamt, besonders aber bei den Personalnebenkosten. Dagegen stimmt in Ost und West die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach den Arbeitskosten weitgehend überein: Groß- und Einzelhandel sowie das Gastgewerbe hatten jeweils niedrigere, das Kredit- und Versicherungsgewerbe jeweils höhere Aufwendungen als das Produzierende Gewerbe.

17 Verkehr

17.1 Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr durch seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,2 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt. Zwischen Verkehr einerseits und Wirtschaft und Gesellschaft andererseits bestehen enge Wechselwirkungen. Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten, Verkehr heißt aber auch Belastung, z. B. durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung.

Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 80er-Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten. Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland geringer als das Inlandsprodukt: Das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen lag im Jahr 2000 um rund 15 % höher als 1991, die Anzahl der beförderten Personen stieg im gleichen Zeitraum um rund 8 %, die Beförderungsleistung um 9 %. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 27 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gestiegen, die beförderte Gütermenge wuchs dagegen nur um rund 9 %.

Die über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch eine kritischere Einschätzung abgelöst worden. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs, etwa durch Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle, werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Während die Erhöhung der Verkehrssicherheit bereits seit langem als äußerst wichtige Aufgabenstellung erkannt worden war, rückten seit Beginn der 80er-Jahre auch Umweltschutz sowie Kooperation und Integration der Verkehrsträger in den Vordergrund des Interesses. Die Verkehrspolitik ist daher gefordert, im Spannungsfeld zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unterneh-

men zu befriedigen und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem der Straßenverkehr, aber auch immer mehr der Luftverkehr. Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff werden dagegen als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet. Es ist daher erklärtes politisches Ziel, möglichst viel Straßen- und Luftverkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Im Sinne eines integrierten Verkehrssystems sollen dabei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Schon frühzeitig wurde in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche, d. h. jedermann zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur als wichtiger Standortfaktor erkannt und entsprechend finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Die nach Ende des Zweiten Weltkriegs rasch wieder hergestellten Bahnsysteme leisteten einen wichtigen Beitrag zum schnellen Wiederaufbau der Städte und zum Wirtschaftswachstum. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise (»Wirtschaftswunder«) führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, der von Stre-

Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege

Art der Verkehrswege	1991	1995	1998	1999	2000
	1 000 km				
Straßen					
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	228,6	231,1	230,7	230,7
dar. Autobahnen	10,9	11,1	11,3	11,4	11,5
Gemeindestraßen	.	413 ¹	413 ¹	413 ¹	413 ¹
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	44,1	45,1	41,8	41,6	...
dar. elektrifiziert	16,6	18,9	19,3	19,4	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,9	2,9	3,1	3,1	3,1
Bundeswasserstraßen insgesamt	7,3	7,5	7,5	7,5	7,5
Rohrfernleitungen					
Rohölleitungen	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Mineralölproduktleitungen	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6

1 Stand: 1. 1. 1993.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt.

ckenstilllegungen im Schienenverkehr vor allem in ländlichen Gebieten begleitet war. So betrug 1990 die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der 50er-Jahre waren es noch mehr als 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte in das vereinte Deutschland ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Bis Ende 1999 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes auf 41 600 km verringert, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken in den neuen Ländern, auf denen die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte, stillgelegt wurden. In das verbliebene Netz wird seit einigen Jahren allerdings wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der Kilometer-Anteil elektrifizierter Strecken von 38 % (1991) auf 47 % Ende 1999.

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hat heute eine Länge von etwa 230 700 km, davon entfallen 11 500 km (ca. 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über eines der längsten Autobahnnetze der Welt und über das längste in Europa. Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts hat allerdings die Diskussion über die Grenzen einer Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs aufgrund begrenzter finanzieller Mittel der öffentlichen Hand einerseits und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland andererseits zugenommen.

Die Straßenbaumaßnahmen wurden zunehmend auf den Erhalt der Infrastruktur, die einen hohen volkswirtschaftlichen Wert darstellt, und auf punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes, z. B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen, konzentriert. Der Anstieg der Straßenlängen um 1,9 % seit 1991 ist daher vor allem auf unverzichtbare Neubauten in den neuen Ländern zurückzuführen. Daneben rückte die Sanierung

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

Jahr ¹	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. EUR	In % der Gesamtausgaben	Darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. EUR	in % der Verkehrsausgaben
1950	269	4,2	105	39,2
1960	1 841	8,7	869	47,2
1970	5 722	12,7	2 612	45,6
1980	12 416	11,2	3 492	28,1
1990	13 273	8,2	3 438	25,9
1995	26 879	11,3	5 449	20,3
1996	25 425	10,9	5 200	20,5
1997	21 905	10,0	5 197	23,7
1998	21 995	9,0	5 292	24,1
1999	20 563	8,3	5 212	25,3

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

und Modernisierung des Schienennetzes der Eisenbahnen in den Vordergrund der Verkehrsinfrastrukturpolitik. Neben der Elektrifizierung bestehender Eisenbahnstrecken wurde der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes in Angriff genommen und hauptsächlich in den 90er-Jahren vorangetrieben. Dieses Netz, das seit über einem Jahrzehnt insbesondere in Nord-Süd-Richtung in Betrieb ist, wurde im September 1998 um den Abschnitt Hannover–Berlin (264 km) ergänzt; die neue Streckenverbindung Köln–Frankfurt soll im Jahre 2002 in Betrieb genommen werden. Das Netz ermöglicht mit InterCityExpress-Zügen Reisegeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern und mehr; es hat sich zwischenzeitlich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Im Zuge der deutschen Einheit und der Grenzöffnungen zu Osteuropa setzte die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung. Dies war zum einen die Anpassung des Verkehrswegenetzes der ehemaligen DDR an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft. Der politische und ökonomische Wandel in Osteuropa hat Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Daher erhielt neben der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer auch der Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen hohe Priorität. Im Zeitraum 1991 bis 1999 wurden rund 104 Mrd. Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert, darunter für die Straße 39 Mrd. Euro und für die Schiene 37 Mrd. Euro. Mit rund 43 Mrd. Euro entfielen 42 % der Investitionen auf die neuen Länder. Seit 1991 finanziert der Bund im Schwerpunkt und mit Priorität 17 besonders wichtige Vorhaben: die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE). Dazu zählen sieben Straßenverkehrsprojekte, neun Schienenverkehrsprojekte – u. a. die bereits erwähnte Strecke Hannover–Berlin – sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover–Magdeburg–Berlin zu einer leistungsfähigen europäischen Wasserstraße mit dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg als wichtigstem Teilprojekt. Mit den VDE sind Gesamtinvestitionen von rund 35 Mrd. Euro verbunden, bis Ende 1999 wurden davon 17 Mrd. Euro realisiert.

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. Im vergangenen Jahrzehnt wurde mit dem 1992 eröffneten Main-Donau-Kanal eine durchgehende »nasse« Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer geschaffen. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark wachsenden internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. 1995 sind die Start- und Landebahnen des Flughafens Stuttgart dem heutigen Standard eines internationalen Flugplatzes angepasst worden. Weiterhin wurde entschieden, den Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin zu einem Großflughafen auszubauen, der mittelfristig auch den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und längerfristig den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen soll. Das geplante Magnetschnellbahn-

projekt Transrapid zwischen Hamburg und Berlin hat sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als nicht realisierbar erwiesen. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Technologie für den Wirtschaftsstandort Deutschland und ihrer Vorteile gegenüber herkömmlichen Verkehrsmitteln werden derzeit weitere Streckenvorschläge im Inland näher auf ihre Realisierbarkeit untersucht.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastuktur werden u. a. in der Förderung des Kombinierten Verkehrs, in der Initiative »from Road to Sea/Waterways« und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim Kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Binnenschiffe den Ferntransport, Lkw dagegen das Sammeln bzw. Verteilen der Güter im Nahverkehr. »From Road to Sea/Waterways« bedeutet die Verlagerung von Transporten vor allem von der Straße auf die Küsten- und Binnenschifffahrt. Kombinierte Verkehr und »from Road to Sea/Waterways« zielen auf einen veränderten Modal Split – die Gewichtung der Anteile der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik, d. h. dem Einsatz von Telekommunikations- und Informationstechnologie im Verkehrsbereich, wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernetzung von Verkehrswegen und -mitteln und damit auch eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit im Rahmen der bestehenden Infrastruktur angestrebt.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. 1993 wurde vom Deutschen Bundestag mit dem Bundesverkehrswegeplan 1992 die erste gesamtdeutsche Planung beschlossen, die einen Zeithorizont bis zum Jahr 2012 hatte und erstmals der Schiene Vorrang vor der Straße einräumte. Der Bundesverkehrswegeplan ist allerdings acht Jahre nach seiner Verabschiedung u. a. wegen seiner Unterfinanzierung und überholter Verkehrsprognosen nicht mehr aktuell und wird daher derzeit überarbeitet. Bis zur Vorlage des überarbeiteten Bundesverkehrswegeplans schafft das »Investitionsprogramm 1999 bis 2002« Planungssicherheit. Sein Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich bis 2002 auf 34,5 Mrd. Euro. Darüber hinaus binden die Projekte des Programms nach 2002 weitere Investitionsmittel in Höhe von 26 Mrd. Euro.

Tab. 3: Investitionsprogramm 1999 bis 2002
in Mrd. Euro

Verkehrszweige	Hoch prioritäre Maßnahmen		Prioritäre Maßnahmen	Insgesamt
	Aus- und Neubau	Ersatz und Erhaltung		
Bundesschienenwege	6,97	7,52	0,66	15,15
Bundesfernstraßen	9,50	7,06	0,66	17,22
Bundeswasserstraßen	0,62	1,33	0,13	2,08
Insgesamt	17,10	15,90	1,46	34,46

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Das »Anti-Stau-Programm 2003–2007« hat ein Investitionsvolumen von 3,8 Mrd. Euro, davon 1,9 Mrd. Euro für Bundesautobahnen, 1,4 Mrd. Euro für Bundesschienenwege und 0,5 Mrd. Euro für Bundeswasserstraßen. Mit diesem Fünfjahresprogramm wird die Zielsetzung verfolgt, Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur früher zu beseitigen, als es mit den normalen Mitteln des Investitionshaushaltes möglich wäre. Die Finanzierung des Programms erfolgt ausschließlich mit zusätzlichen Mitteln, d. h. die normalen Investitionen laufen ohne Reduzierung weiter. Zur Finanzierung herangezogen werden die ab 2003 geplanten streckenbezogenen Autobahngebühren für schwere Lkw.

Ebenfalls für den Verkehrsbereich genutzt werden im Rahmen des »Zukunftsinvestitionsprogramms« Teile der Zinsersparnisse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Von 2001 bis zum Jahre 2003 stehen daraus Mittel in Höhe von 4,5 Mrd. Euro zur Verfügung, von denen 3,1 Mrd. Euro in den Ausbau der Schienenwege und 1,4 Mrd. Euro in den Straßenbau investiert werden.

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik wurden auf Ebene der Europäischen Union Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-Programm) mit dem Ziel des Ausbaus einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur erarbeitet, für das auch ergänzende Finanzmittel der EU bereit stehen. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Die Realisierung des Transeuropäischen Netzes erfolgt entsprechend der Verfügbarkeit nationaler Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten und umfasst nach Schätzungen der EU-Kommission bis zum Jahr 2010 Gesamtinvestitionen von rund 410 Mrd. Euro.

17.3 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität der Menschen in einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt sich aber nur mit größeren Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht als inländische Fahrzeugbestände angesehen werden.

Mitte 2001 waren in Deutschland 53,2 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkw, Lkw, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder, sonstige Krafträder und andere Kfz) zugelassen. 44,3 Millionen Fahrzeuge (83 %) zählten zur Gruppe der Pkw. Seit 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkw Platz.

Tab. 4: Kraftfahrzeugbestand
in 1 000

Jahr ¹	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	Insgesamt	darunter			
		Personen- kraftwagen	Kraft- räder	Kraft- omnibusse, Obusse	Last- kraft- wagen
1950	2 021	540	930	15	385
1960	8 004	4 489	1 892	33	681
1970	16 783	13 941	229	47	1 028
1980	27 116	23 192	738	70	1 277
1990	35 748	30 685	1 414	70	1 389
1995	47 486	40 404	2 267	86	2 215
1996	48 342	40 988	2 470	85	2 273
1997	49 019	41 372	2 717	84	2 315
1998	49 586	41 674	2 926	83	2 371
1999	50 609	42 324	3 177	85	2 466
2000	51 365	42 840	3 338	86	2 527
2001	53 190	44 307	3 533	87	2 640

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Lkw (einschl. Sattelzugmaschinen) zwischen 1950 und 1990 auf das Dreieinhalbfache, die Pkw-Zahl nahm in diesem Zeitraum auf mehr als das Fünfzigfache zu. Im Jahr 1962 besaß lediglich ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, im Jahr 2000 waren es drei Viertel der Haushalte.

In der ehemaligen DDR bestimmte der Trabant, von 1957 bis zum 30. April 1991 fast 3,1 Mill. mal gebaut, wesentlich das Straßenbild. Über 50 % des Pkw-Bestandes waren »Trabis«. Bis zur Maueröffnung im Jahr 1989 hatte die Pkw-Dichte hier 237 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen, somit bestand im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ein sehr großer Nachholbedarf, der vor allem in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer mit äußerst hohen Wachstumsraten abgebaut wurde. Mitte 2000 wurde in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein Pkw-Bestand von 7,4 Mill. Fahrzeugen registriert; rund 70 % der Haushalte in den neuen Bundesländern verfügen nun über mindestens einen eigenen Pkw. Der Pkw-Bestand wächst weiter: Mitte 2001 lag er um 3,4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und um 9,7 % über dem Wert von Mitte 1995. Eine starke Bestandsausweitung erlebten Krafträder: Ihre Anzahl lag Mitte 2001 um fast 1,3 Mill. Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc. (+ 56 %) höher als Mitte 1995.

Ein Ende des Pkw-Wachstums ist nicht in Sicht. Im Rahmen der im April 2001 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorgelegten »Verkehrsprognose 2015« rechnen die Prognostiker damit, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2015 auf 49,8 Mill. steigen wird. Bezogen auf die Zahl der

Einwohner über 18 Jahre wird erwartet, dass die Pkw-Dichte im früheren Bundesgebiet 719 Pkw je 1 000 Erwachsene (2000: 655) und in den neuen Ländern 686 Pkw je 1 000 Erwachsene (2000: 590) betragen wird. Für Deutschland ergibt sich damit eine Pkw-Dichte von 713 Pkw je 1 000 fahrfähige Einwohner (2000: 643).

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr des früheren Bundesgebietes ist seit den 50er-Jahren kontinuierlich geschrumpft, wobei der Bestand an Personenwagen im Zeitraum 1950 bis 1990 auf weniger als die Hälfte verringert wurde. Ein weiterer Teil der Waggons wurde durch Fahrzeuge mit mehr Sitzplätzen ersetzt, sodass die Sitzplatzkapazität in dieser Zeitspanne lediglich um etwa ein Drittel abgenommen hat. Auch die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen sank zwischen 1950 und 1990 um rund ein Drittel. Dieser Bestandsabbau ging ebenfalls einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit den 60er-Jahren vollzog sich der Übergang von der Dampflokomotive auf Lokomotiven mit Elektro- oder Dieselantrieb. Die noch im Jahre 1960 im früheren Bundesgebiet eingesetzten 7 700 Dampflokomotiven sind aus dem heutigen normalen Zugbetrieb völlig verschwunden. In den neuen Bundesländern wurden mehrere Dutzend noch regelmäßig genutzte Dampflokos erst im Laufe der späten 90er-Jahre ausrangiert.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den 60er- und 70er-Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten stattdessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. In den 80er-Jahren begann ein Umdenkungsprozess, der zu einer Neubewertung der Rolle von Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten – der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen – in den Förderprogrammen zum Ausbau des

Tab. 5: Bestand an Schienenfahrzeugen
Anzahl

Jahr ¹	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- u. U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güterwaggons	Personenwagen	Straßenbahnen	Stadtschnell- u. U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1960	12 000	272 700	22 000	11 700	1 400
1970	10 500	282 500	18 200	6 600	1 600
1980	10 200	287 400	14 500	4 400	2 400
1990	8 900	206 800	11 500	2 900	3 500
1995	13 400	178 500	14 800	6 200	4 100
1996	13 100	167 300	14 200	6 100	4 300
1997	13 400	150 600	14 100	5 700	4 300
1998	12 700	139 700	15 500	5 300	4 300
1999	12 500	132 400	15 300	5 200	4 300
2000	4 900	4 400

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

Tab. 6: Schiffsbestand
Anzahl

Jahr ¹	Binnenschiffe ²				Seeschiffe (Handelsschiffe) ³		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schlepp- schiffe	Passa- gier- schiffe	Trocken- frachter	Tanker	Passa- gier- schiffe
	Motor- schiffe	Leichter, Kähne u. Schuten					
1950	1 958	3 477	913	494	1 595	38	104
1960	4 560	2 931	788	491	2 434	103	169
1970	5 190	1 146	448	515	2 315	131	178
1980	3 190	622	341	470	1 211	138	146
1990	2 207	516	267	471	858	94	112
1995	1 833	1 290	456	681	570	68	136
1996	1 756	1 277	451	694	552	62	136
1997	1 653	1 273	451	706	588	49	132
1998	1 574	1 278	444	713	678	52	129
1999	1 466	1 250	434	733	542	41	134
2000	1 333	1 236	450	...	520	38	131

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis 1960 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

2 Ab 2000 Quelle: WSD Südwest.

3 1950–1970: Schiffe mit mehr als 17,65 BRZ (= Bruttoreaumzahl); ab 1980: Schiffe mit mehr als 100 BRZ.

öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs führte. Städte mit einem noch einigermaßen intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisierten seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat in den vergangenen Jahren abgenommen, ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge ist jedoch grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst worden. Auch hat das Angebot an Fahrzeugen in Niederflurbauweise, die ein komfortables Ein- und Aussteigen ermöglichen, stetig zugenommen.

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand zur Güterbeförderung ist im früheren Bundesgebiet seit den 60er-Jahren stetig verringert worden und konnte auch nach der Deutschen Einheit – also einschließlich der Binnenschiffsflotte der ehemaligen DDR – nicht mehr die Größenordnung der Nachkriegszeit erreichen. Betrachtet man die Struktur dieses Schiffsbestandes näher, so zeigt sich, dass hauptsächlich veraltete, kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe aus dem Verkehr genommen wurden.

Die heute eingesetzten Güterschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind zu meist mit Radar für einen Betrieb »rund um die Uhr« ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe u. a. für Containertransporte und Roll-on-roll-off-Ladungen nimmt seit Jahren stetig zu. Angestiegen ist die Zahl der Passagierschiffe. Diese die-

nen weitgehend Ausflugs- und Flusskreuzfahrten und sind damit vor allem zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen bestimmt.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr tendenziell eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur Abnahme des Seeschiffsbestandes auch das Ausflaggen von Schiffen, d. h. die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden im Regelfall weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluss betrieben.

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen und hat sich seit Mitte der 90er-Jahre bei rund 12 300 Luftfahrzeugen stabilisiert. Wie im Straßenverkehr war auch im Luftverkehr bis 1997 eine überdurchschnittliche Zunahme derjenigen Fahrzeugtypen zu beobachten, die ausschließlich oder überwiegend privat, d. h. zur aktiven Freizeitgestaltung, genutzt werden. Seit 1998 geht ihr Bestand allerdings leicht zurück. Es handelt sich vor allem um kleine ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie um Motorsegler. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse kam es seit Vorliegen gesamtdeutscher Zahlen erstmals 1997 zu einem nennenswerten Bestandsrückgang gegenüber dem Vorjahr, seitdem liegt ihre Anzahl mit Schwankungen um 900 Einheiten. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute nahezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der gewerblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und

Tab. 7: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs
Anzahl

Jahr ¹	Ins- gesamt ²	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub- schrau- ber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusam- men	darunter mit Strahl- turbinen	
1960	1 111	975	83	38	4	14
1970	3 792	3 263	288	115	100	126
1980	7 769	6 565	685	153	146	366
1990	9 158	7 702	682	306	284	468
1995	12 208	9 856	1 111	444	401	797
1996	12 244	9 874	1 127	445	402	798
1997	12 263	10 102	908	476	441	777
1998	12 245	10 059	891	511	475	784
1999	12 290	10 026	924	541	502	799
2000	12 272	9 950	907	595	556	820

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

2 Nur motorisierte Luftfahrzeuge (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt.

Post eingesetzt. Hier sind in den vergangenen Jahren substanzielle Wachstumsraten zu verzeichnen: So lag der Bestand im Jahr 2000 um 34 % über dem Bestand des Jahres 1995. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Flugzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt.

17.4 Verkehrsleistungen

Maßeinheiten für Verkehrsleistungen sind im Personenverkehr die Anzahl der Fahrten der Fahrgäste (beförderte Personen) sowie die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Beförderungsleistung, d. h. das Produkt aus der Zahl der Fahrten und der zurückgelegten Entfernung, und im Güterverkehr der Menge der beförderten Güter in Tonnen (t) sowie die in Tonnenkilometern (tkm) gemessene Beförderungsleistung. Zur Verdeutlichung sei folgendes Beispiel angeführt: Fahren in einem Pkw drei Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so werden drei beförderte Personen und eine Beförderungsleistung von 60 Pkm nachgewiesen.

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden bereits ab Mitte der 50er-Jahre mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen, im Jahr 1990 waren es 84 % aller Fahrten.

Auch die Deutsche Einheit bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war, musste der öffentliche Personenverkehr vor allem bis 1993 massive Rückgänge hinnehmen, während Fahrten mit dem Pkw parallel dazu in kürzester Zeit stark zunahmen. Insgesamt entfiel im Jahr 2000 in Deutschland auf Fahrten mit dem Pkw mit knapp 84 % ein fast genau so hoher Anteil am gesamten Personenverkehr wie im früheren Bundesgebiet kurz vor der Deutschen Einheit.

Im Jahr 2000 wurden im motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Motorrädern 51 Mrd. Fahrten unternommen. Die Zunahme von 9 % gegenüber 1991 ist nicht zuletzt auf die immer noch steigende Motorisierung der privaten Haushalte vor allem in den neuen Ländern, aber auch im früheren Bundesgebiet, zurückzuführen.

Von den 10,0 Mrd. Fahr- und Fluggästen des öffentlichen Personenverkehrs benutzten 79 % den öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen sowie mit Omnibussen. Hier wurden im Jahr 2000 etwas mehr Fahrgäste als 1999 und damit ungefähr die gleiche Anzahl wie 1991 befördert. Einen

Tab. 8: Personenverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Beförderte Personen						
	Motorisierter Individualverkehr ²		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		Eisenbahnverkehr ³		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.	Mrd. Pkm	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.
1950	4 300	30,7	4 367	25,0	1 470	31,9	0,4
1960	15 300	161,7	6 418	48,5	1 400	40,9	4,9
1970	23 120	350,6	6 170	58,4	1 053	39,2	21,3
1980	34 209	477,4	6 730	73,9	1 167	41,0	35,9
1990	38 600	601,8	5 878	65,0	1 172	44,6	62,6
1991	46 774	713,5	7 861	83,5	1 530	57,0	63,0
1995	49 640	742,9	7 873	77,0	1 921	75,0	91,4
1996	49 756	744,3	7 835	76,7	1 997	76,0	94,5
1997	50 108	749,7	7 848	76,2	2 000	73,9	100,8
1998	50 698	755,7	7 762	75,7	1 939	72,4	105,3
1999	51 416	765,9	7 794	76,2	1 963	73,6	112,7
2000	51 000	758,0	7 859	77,8	2 002	75,1	120,4

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

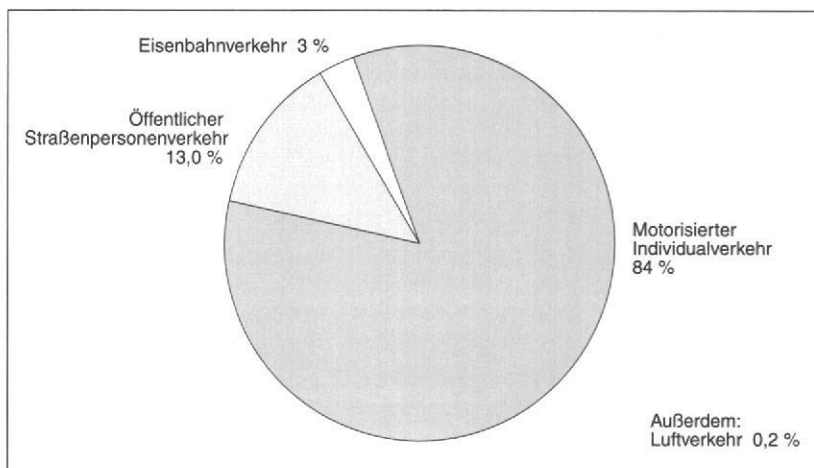
2 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Prognos.

3 Bis 1980 ohne S-Bahnverkehr in Berlin-West.

4 Personenkilometer im Inland.

starken und stetigen Aufwärtstrend weist dagegen der Luftverkehr mit im Jahr 2000 rund 120 Mill. Fluggästen auf, knapp 90 % mehr als 1991. Auch die Beförderungszahlen im Eisenbahnverkehr stiegen von 1991 bis 1997 kontinuierlich

Abb. 1: Personenverkehr der Verkehrszweige 2000
Beförderte Personen



leicht an. Nach einem Rückgang 1998 konnte diese positive Tendenz 1999 wieder aufgenommen werden, sodass im Jahr 2000 die höchsten Beförderungszahlen im Eisenbahnverkehr seit der deutschen Einheit verzeichnet wurden. Damit setzte nach Einschätzung des Verkehrsministeriums die Bahnreform, die 1994 eingeleitet und im Jahr 1999 mit der Verselbstständigung von Betriebsteilen der Deutschen Bahn AG fortgeführt wurde, hinsichtlich des Ziels der Verlagerung von möglichst viel Verkehr auf die Schiene im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs ein positives Zeichen. Dieses wurde hinsichtlich des Schienenpersonenfernverkehrs allerdings noch nicht erreicht.

Gemäß dem im November 2000 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorgelegten Verkehrsbericht 2000 wird damit gerechnet, dass der Personenverkehr weiter wachsen wird. Dabei wird die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs weiter anhalten, auch wenn bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit höheren Wachstumsraten gerechnet wird. Im Rahmen des so genannten Integrationsszenarios, das extreme Annahmen vermeidet und mit dem die unterschiedlichen Anforderungen an die Verkehrspolitik soweit wie möglich in Übereinstimmung gebracht werden, wird prognostiziert, dass die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Verkehrsleistung im Personenverkehr zwischen 1997 und 2015 um 19,8 % auf 1 130 Mrd. Pkm steigen wird.

Für die einzelnen Verkehrsträger werden für den genannten Zeitraum folgende Wachstumsraten erwartet:

- Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder)	+ 16,4 %
- Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	+ 3,6 %
- Eisenbahn	+ 32,8 %
- Luftverkehr	+ 102,0 %.

Hinsichtlich des Modal Split, d. h. des Anteils der einzelnen Verkehrsträger an den gesamten Personenverkehrsleistungen, bedeutet dies für das Jahr 2015 einen Rückgang des Anteils der Straße auf 77,3 %, einen Anstieg des Schienenverkehrsanteils auf 8,7 % und des Luftverkehrsanteils auf 6,5 %, während der Anteil des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs auf 7,6 % sinken wird. Zurückzuführen sind die geschilderten Wachstumsraten des Personenverkehrs insbesondere auf überproportional wachsende Urlaubs- (+ 38 %) und Privatfahrten (+ 27 %) in Kombination mit ebenfalls deutlich überproportional wachsendem grenzüberschreitenden Personenverkehr.

17.4.2 Beförderungen im Güterverkehr

Vor rund hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkw verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 90er-Jahre kam es jedoch

zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum In-Kraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 80er-Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. In den folgenden Jahren baute der Lkw seinen Marktanteil am gesamten Güterfernverkehr stetig aus, während der Bahnanteil deutlich schrumpfte. Das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil ging jedoch ebenfalls zurück.

Tab. 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Eisenbahn- verkehr		Binnenschiff- fahrt		See- verkehr	Luft- verkehr
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mill. t
1950	208,8	34,9	71,9	16,7	25,7	0,0
1960	317,1	53,1	172,0	40,4	77,2	0,1
1970	378,0	71,5	240,0	48,8	131,9	0,4
1980	350,1	64,9	241,0	51,4	154,0	0,7
1990	303,7	61,8	231,6	54,8	143,5	1,3
1991	401,3	82,2	230,0	56,0	149,7	1,4
1995	318,2	68,0	237,9	64,0	198,0	1,8
1996	307,8	67,3	227,0	61,3	202,5	1,9
1997	316,0	72,7	233,5	62,2	209,5	2,0
1998	305,7	73,6	236,4	64,3	214,0	1,9
1999	287,3	71,4	229,1	62,7	217,1	2,0
2000	294,2	76,0	242,2	66,5	238,3	2,2

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Tonnenkilometer im Inland.

In der ehemaligen DDR waren Güterbeförderungen mit Lkw mengenmäßig noch wesentlich stärker als im früheren Bundesgebiet zugunsten von Eisenbahntransporten beschränkt worden. Die politische Wende brachte ebenso wie im Personenverkehr auch im Güterverkehr den Durchbruch des Straßenfahrzeugs zum dominierenden Verkehrsmittel. Die Eisenbahn musste dagegen insbesondere in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit massive Rückgänge ihrer bisherigen Transportmengen hinnehmen, die neben der erfolgreichen Konkurrenz des Lkw aber auch auf Produktionseinschränkungen oder -stilllegungen in wichtigen Gewerbezweigen mit für den Bahntransport geeigneten Gütern insbesondere des Braunkohlebergbaus und der Mineralölindustrie sowie auf das veraltete und schlecht gewartete Schienennetz zurückzuführen waren.

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland rund 4,1 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung von 506 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

Lkw beförderten im Jahr 2000 auf deutschen Straßen 3,3 Mrd. Tonnen (t) Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 0,29 Mrd. t, der Binnenschifffahrt mit 0,24 Mrd. t und dem Seeverkehr mit ebenfalls 0,24 Mrd. t. Das Jahr 2000 war für alle Verkehrsträger mit Ausnahme des Straßengüterverkehrs ein Wachstumsjahr. Im Straßengüterverkehr musste dabei ausschließlich der Nahverkehr starke Rückgänge verkraften, da aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft wesentlich weniger der gewichtsmäßig bedeutenden, aber in der Regel über geringere Entfernung transportierten »Steine und Erden« transportiert wurden. Der Fernverkehr inländischer und ausländischer Lkw ist dagegen weiter angestiegen.

Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – der Modal Split – hat sich seit 1991 zugunsten der Straße verschoben. Der Anteil der Straße an der Beförderungsmenge stieg von 76,9 % 1991 auf 79,1 % im Jahr 2000, während der Anteil der Eisenbahn von 11,0 % auf 7,1 % und der der Binnenschifffahrt von 6,1 % auf 5,9 % sank. Der Seeverkehr konnte seine Marktanteile ebenfalls ausbauen und erbringt derzeit 5,8 % der Beförderungsmenge (1992: 4,6 %), der Anteil des Transports von Rohöl in Rohrleitungen liegt seit 1991 relativ konstant zwischen 2,1 % und 2,2 %, im Luftverkehr werden 0,1 % der gesamten Beförderungsmenge transportiert.

Bei den Beförderungsleistungen zeigt sich die Entwicklung des Modal Split zugunsten der Straße noch wesentlich deutlicher. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 bis auf eine Wachstumspause im Jahr 1993 ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahn und Binnenschiff seit der deutschen Einheit in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsleistung aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2000 um 27 % gestiegen, die

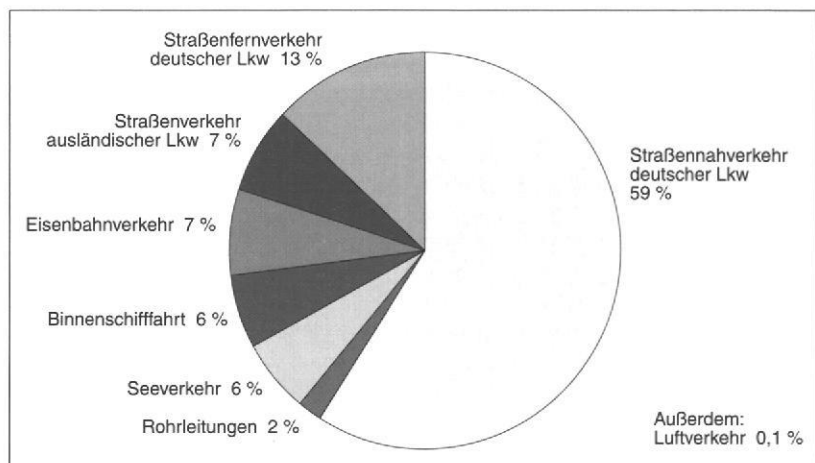
Tab. 10: Straßengüterverkehr

Jahr	Deutsche Lkw				Ausländische Lkw	
	Fernverkehr ¹		Nahverkehr ¹			
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
1991	583,0	130,9	2 185,0	65,1	150,7	49,7
1992	600,0	134,4	2 241,0	65,7	158,5	52,3
1993	586,0	131,7	2 358,0	67,4	163,4	52,4
1994	626,9	140,9	2 557,3	72,1	175,9	59,6
1995	628,8	145,4	2 536,5	71,8	181,7	62,5
1996	630,4	147,9	2 377,9	68,2	181,0	64,6
1997	659,8	156,7	2 315,2	66,5	221,0	78,6
1998	466,4	180,4	2 496,7	76,0	236,6	85,3
1999	511,4	195,4	2 663,2	81,5	254,0	92,3
2000	523,5	199,3	2 474,4	80,0

1 Bis einschl. 1997 Nahverkehr: Beförderungen innerhalb eines Umkreises von 75 Kilometern Luftlinie um den Ortsmittelpunkt des Standorts des Fahrzeugs. Ab 1998 Beförderungen im Nah- und Regionalbereich, d. h. Beförderungen bis 150 km Fahrtstrecke; Fernverkehr jeweils übriger Verkehr. Bis 1997 Beförderungsleistung im Inland, ab 1998. Beförderungsleistung im In- und Ausland.

Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, Prognos.

Abb. 2: Güterverkehr der Verkehrszweige 2000
Beförderte Gütermenge in t



tonnenkilometrische Leistung des Straßengüterverkehrs lag dagegen um knapp 42 % höher als 1991. Die Straße konnte damit ihren Anteil an der gesamten Beförderungsleistung von 61,8 % 1991 auf 68,9 % im Jahr 2000 erhöhen, vor allem zu Lasten der Eisenbahn, deren Anteil von 20,7 % auf 15,0 % sank: Die Binnenschifffahrt konnte sich dagegen relativ behaupten. Ihr Anteil an der insgesamt erbrachten Beförderungsleistung sank weniger deutlich von 14,1 % 1991 auf 13,1 % im Jahr 2000.

Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach weiter stark wachsen. Gemäß dem bereits erwähnten Verkehrsbericht 2000 wird erwartet, dass die Beförderungsleistung im Fernverkehr auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Binnenschiff zwischen 1997 und 2015 von im Jahre 1997 rund 371 Mrd. tkm um insgesamt 64 % auf 608 Mrd. tkm steigen wird, unabhängig davon, welches der drei angenommenen Szenarien (Laissez-faire, Integration, Überforderung) eintreten wird. Zu beeinflussen durch die Politik ist nach Auffassung der Prognostiker lediglich die Verteilung dieser Beförderungsleistung auf die drei genannten Verkehrsträger, nicht dagegen die absolute Zunahme. Im Integrationsszenario ergeben sich bei Beseitigung der für die Bahn bestehenden oder absehbaren Kapazitätsengpässe folgende Wachstumsprognosen für die Beförderungsleistung im Fernverkehr:

- Lkw (Fernverkehr) + 58 %
- Eisenbahn + 103 %
- Binnenschiff + 39 %

Für den Straßengüterverkehr wird daneben bis 2015 ein Wachstum von 26 % auf 84 Mrd. tkm erwartet.

17.5 Verkehrsunfälle

Ein negativer Aspekt des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsoffern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So kamen im Jahre 2000 auf deutschen Straßen 7 503 Menschen ums Leben. Im Eisenbahnverkehr starben 250 Personen (1999), im Luftverkehr 89 Passagiere und Besatzungsmitglieder (2000) und in der Binnenschifffahrt eine Person (1999).

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden bei Straßenverkehrsunfällen registriert: Bei rund 383 000 Unfällen mit Personenschaden (– 3,2 % gegenüber dem Vorjahr) wurden 7 503 Menschen getötet (– 3,5 %) und mehr als 504 000 verletzt (– 3,3 %). Im Durchschnitt des Jahres 2000 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 21 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 377 wurden verletzt. Die Zahl der Verkehrstoten war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 noch nie so niedrig wie 2000. Erfreulich ist, dass in den neuen Ländern bei der Zahl der Verkehrstoten ein weiterer Rückgang ermittelt werden konnte und sich damit der seit 1992 anhaltende positive Trend fortsetzte. Im Vergleich zu 1999 senkte sich die Zahl der Verkehrstoten in Brandenburg um 13 %, in Thüringen um 3,6 %, in Mecklenburg-Vorpommern um 2,1 %, in Sachsen-Anhalt um 1,7 % und in Sachsen um 1,3 %.

Dennoch starben – bezogen auf 1 Mill. Einwohner – in Mecklenburg-Vorpommern (204), Brandenburg (163), Thüringen (132) und Sachsen-Anhalt (130) weit mehr Menschen im Straßenverkehr als im Bundesdurchschnitt (91). Dagegen kamen in den Stadtstaaten Hamburg mit 24, Berlin mit 26 und Bremen mit 35 Getöteten pro 1 Mill. Einwohner am wenigsten Menschen um.

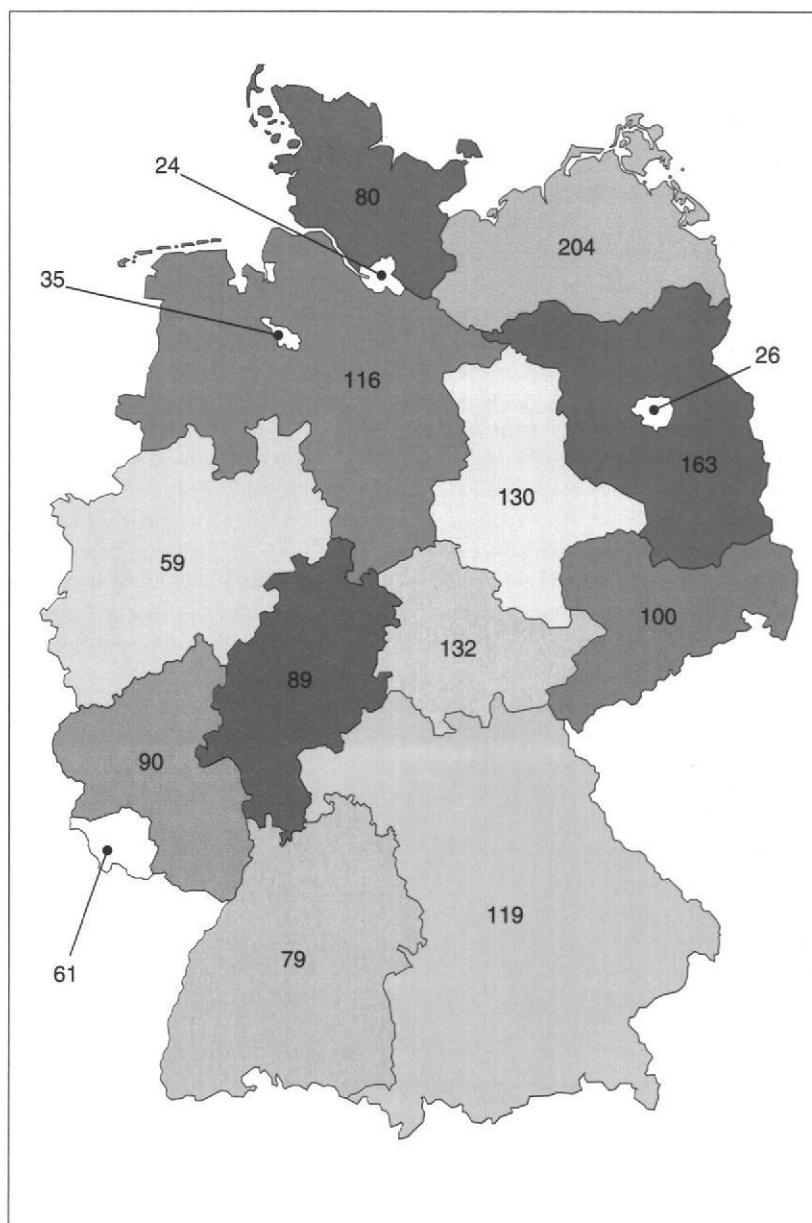
Die Dominanz des Pkw im Straßenverkehr belegt auch der hohe Anteil der Pkw-Benutzer an den Verkehrsoffern: 59 % der Verkehrstoten sowie 61 % der Ver-

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle
Anzahl

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Getötete ¹	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1955	...	14 041		392 891
1960	...	16 477		502 316
1970	414 362	21 332		578 032
1980	412 672	15 050		540 916
1990	389 350	11 046		510 931
1995	388 003	9 454	122 973	389 168
1996	373 082	8 758	116 456	376 702
1997	380 835	8 549	115 414	385 680
1998	377 257	7 792	108 890	388 429
1999	395 689	7 772	109 550	411 577
2000	382 949	7 503	102 416	401 658

¹ Bis 1970 im Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb von 30 Tagen Gestorbene.

Abb. 3: Getötete je 1 Mill. Einwohner nach Bundesländern



Tab. 12: Straßenverkehrsunfälle 2000 in Deutschland
und die dabei Getöteten nach der Ortslage

Ort des Unfalls	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	245 470	1 829	84
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	111 901	4 767	127
Auf Autobahnen	25 578	907	29
Insgesamt	382 949	7 503	240

letzten kamen in einem Pkw zu Schaden. Besonders unfallgefährdet sind die jungen Pkw-Insassen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Sie stellen je 24 % der Verkehrstoten und der Verletzten. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit 17 % häufig zu den Todesopfern. Besonders Fußgänger ab 75 Jahren sind stark betroffen: Ihr Anteil an allen im Straßenverkehr Getöteten beträgt 3,9 %. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte im Jahr 2000 zwar den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Trotzdem starben noch 240 Kinder (– 24 % gegenüber 1999).

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (64 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und dem häufigen Auftreten der ungeschützten Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrgeschwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 24 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 29 % der Personenschadensunfälle, aber fast zwei Drittel (64 %) der Verkehrsoffer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,7 % aller Unfälle mit Personenschaden und 12 % der Getöteten gezählt.

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren die »nicht angepasste Geschwindigkeit« und die »Missachtung der Vorfahrt« festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch der »Alkoholeinfluss« eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Alters- oder Geschlechtsabhängigkeit. So werden »nicht angepasste Geschwindigkeit«, »Abstandsfehler« oder »Fehler beim Überholen« überdurchschnittlich häufig jüngeren Fahrern vorgeworfen, während »Abbiegefehler« oder »Vorfahrtsmissachtung« mit steigendem Alter deutlich zunehmen. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch »nicht angepasste Geschwindigkeit«, durch »Überholfehler« oder durch »Alkoholeinfluss«. Sie missachten aber viel öfter die Vorfahrt oder machen Fehler beim Abbiegen.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Wandel

Die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft hängt u. a. von einem kontinuierlichen und gesicherten Energieeinsatz ab. Die Gewinnung der Energiestoffe, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und ihre Vermarktung obliegen der Energiewirtschaft. Sie stellt die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie sicher. Der Energieverbrauch wird mithilfe der so genannten Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technische Prozesse und »Know-how« vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Als nichtfossiler Brennstoff hat Uran in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Die in den vergangenen Jahrzehnten festgestellte parallel verlaufende Entwicklung zwischen dem Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft und dem Energieverbrauch konnte in dieser Eindeutigkeit seit einigen Jahren nicht mehr beobachtet werden.

Auch in der öffentlichen Diskussion hat eine Veränderung stattgefunden. Standen in früheren Jahren Fragen über den Ausbau der Energieversorgung, die Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit und der allgemeine Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt der Erörterungen, so wird nach dem »Erdgipfel«, der zweiten UN-Umweltkonferenz vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro, der globale Klimaschutz, vor allem die Reduzierung der CO₂-Emissionen, als wichtigstes Thema für die Zukunft angesehen. Zuletzt wurden auf der siebten UN-Klimakonferenz in Marrakesch (29. Oktober bis 9. November 2001) Vereinbarungen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls getroffen. In den 1997 in Japan verabschiedeten Klima-Abkommen haben sich die Industriestaaten verpflichtet, bis 2012 den Ausstoß von Treibhausgasen um im Schnitt 5,2 % unter den Stand von 1990 zu senken.

Das Abkommen kann erst dann in Kraft treten, wenn den Vertrag mindestens 55 Staaten ratifiziert haben, die zusammen für 55 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Die EU will das Abkommen bis 2002 ratifiziert haben, die USA beteiligen sich nicht an dem Abkommen. CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Somit ist diese Frage auch ein Anliegen der Energiewirtschaft. Für die Lösung der aktuellen Klimaproblematik am Beispiel der Energiewirtschaft ist es erforderlich, dass die entsprechenden Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich wirken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsfaktors Energie am Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen kommt der Forderung nach verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestiegene Bedeutung zu. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Geothermie und Biomasse. In der Industrie, der Energiewirtschaft und den privaten Haushalten ist mittlerweile eine Reihe von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen in Betrieb. Ihre Anzahl und die aus ihnen erzeugte Strom- und/oder Wärmemenge wird in den nächsten Jahren – bedingt durch zahlreiche staatliche Förderprogramme – noch wachsen.

18.2 Messung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich im Wesentlichen zwei Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, zum anderen der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch kann von der Entstehungsseite her als Summe aus

- der Gewinnung von Energieträgern im Inland,
- den Bestandsveränderungen sowie
- dem Außenhandelsaldo abzüglich der Hochseebunkerungen

und andererseits von der Verwendungsseite her als Summe aus

- dem Endenergieverbrauch,
- dem Nichtenergetischen Verbrauch sowie dem
- Saldo in der Umwandlungsbilanz

berechnet werden.

Der Primärenergieverbrauch bildet den Verbrauch von Energieträgern vor der Umwandlung ab; über 90 % der hier erfassten Energieträger befinden sich im Rohzustand und werden erst durch Umwandlungsprozesse in einen für Verbrauchszwecke nutzbaren Zustand überführt.

Im Endenergieverbrauch werden der Verbrauch sowohl von Primärenergieträgern als auch von Sekundärenergieträgern, d. h. Energieträgern, die Produkte eines Umwandlungsprozesses sind, bei den Endabnehmern (Industrie, Verkehr, private Haushalte sowie Handel, Gewerbe, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen) erfasst. Der Einsatz von Energieträgern für nichtenergetische Zwecke (z. B. zur Herstellung von Kunststoffen) sowie zur Stromerzeugung in der Industrie wird hier nicht berücksichtigt.

Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muss, bei der Energieverluste entstehen. Beispielsweise muss man, um ein Auto zu betreiben,

Rohöl in Benzin oder Dieseltreibstoff umwandeln. Der Anteil des Endenergieverbrauchs am Primärenergieverbrauch beträgt etwa zwei Drittel (rund 65 %).

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Eigenverbrauch im Energiesektor
 - Fackel- und Leitungsverluste
 - Nichtenergetischer Verbrauch
- = *Endenergieverbrauch*.

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch verdreifacht. Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Als Folge der ersten Ölpreiskrise ging der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet von 1973 bis 1975 um rund 4,2 % pro Jahr zurück, um dann bis 1979 jährlich um rund 4,1 % zu wachsen. Die zweite Ölpreiskrise führte zu einem erneuten Rückgang (rund 4 % jährlich), der bis 1982 anhielt und an den sich eine erneute Phase moderaten Wachstums des Verbrauchs um etwa 1,1 % im Jahr bis Anfang der 90er-Jahre anschloss.

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule¹

Jahr ²	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541	1985	11 284	7 389
1960	6 199	4 270	1986	11 338	7 535
1970	9 870	6 751	1987	11 373	7 524
1971	9 948	6 761	1988	11 425	7 438
1972	10 383	7 034	1989	11 219	7 223
1973	11 092	7 442	1990	14 795	9 440
1974	10 723	7 139	1991	14 461	9 273
1975	10 191	6 859	1992	14 150	9 074
1976	10 853	7 293	1993	14 179	9 174
1977	10 912	7 305	1994	14 078	9 043
1978	11 401	7 605	1995	14 269	9 357
1979	11 964	7 892	1996	14 746	9 688
1980	11 436	7 529	1997	14 614	9 540
1981	10 964	7 221	1998	14 521	9 444
1982	10 596	6 888	1999 ³	14 193	9 310
1983	10 689	6 916	2000 ³	14 180	9 197
1984	11 022	7 194			

1 1 Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

3 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 14 795 Petajoule auf 14 078 Petajoule (1994) gesunken. Stark reduziert hat sich der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort wurden in den Jahren 1990 bis 1992 mit rund 1 100 Petajoule ein Drittel des Verbrauchs eingespart. 1995 ist auch der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost, erstmals seit der Wiedervereinigung, gestiegen.

Seit 1997 ist der Energieverbrauch in Deutschland wiederum rückläufig, nachdem in den Jahren 1995 und 1996 mit + 1,4 % bzw. + 3,3 % mehr Energie verbraucht wurde. Im Jahr 2000 lag der Primärenergieverbrauch bei 14 180 Petajoule.

18.3 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nichtkommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund drei Mrd. Menschen – etwa die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen.

1999 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 8 533,6 Mill. t RÖE (die Tonne Rohöleinheit ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (25,8 %) und China ohne Hongkong und Taiwan (8,8 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wiesen die Vereinigten Arabischen Emirate auf (19,18 t RÖE/Einw.), gefolgt von Singapur (8,40 t RÖE/Einw.), den Vereinigten Staaten (8,00 t RÖE/Einw.) und Kuwait (7,80 t RÖE/Einw.). Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern Afrikas lag hingegen bei nur 0,34 t RÖE/Einw. (siehe Tab. 2).

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, aber auch in Neuseeland, Österreich, Schweden, Kanada und der Schweiz, oder der großen Bedeutung von Kohle in China (ohne Hongkong und Taiwan), Australien und Griechenland sowie in den Staaten Afrikas.

18.4 Rohstoffgewinnung

Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist Deutschland weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 1999

Land	Je Einwohner in t RÖE ¹	Anteile der Energieträger in %				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
<i>Europa</i> ²	3,130	19,3	41,9	22,2	13,7	2,9
Deutschland	4,027	24,4	40,0	21,8	13,2	0,6
Belgien + Luxemburg	6,098	10,6	49,3	20,4	19,4	0,3
Dänemark	3,734	24,1	53,3	22,6	–	0,0
Finnland	4,718	13,5	43,9	13,5	24,6	4,5
Frankreich	4,297	5,6	38,2	13,4	40,2	2,6
Griechenland	2,732	30,2	63,2	5,2	–	1,0
Irland	3,442	12,3	63,8	23,1	–	0,8
Italien	2,874	7,5	56,3	33,5	–	2,7
Niederlande	5,276	9,7	48,5	40,7	1,1	0,0
Norwegen	5,515	2,8	40,9	13,8	–	42,5
Österreich	3,246	12,2	45,6	27,8	–	14,4
Portugal	2,211	16,3	69,7	9,0	–	5,0
Schweden	4,841	4,7	37,5	1,6	42,2	14,0
Schweiz	3,489	0,4	50,4	9,6	25,6	14,0
Spanien	3,020	17,0	56,6	11,3	12,8	2,2
Vereinigtes Königreich	3,730	16,1	35,4	37,1	11,2	0,3
<i>Afrika</i>	0,341	34,2	44,3	18,0	1,5	2,1
<i>Amerika</i>	3,578	20,5	43,2	25,1	7,6	3,5
Kanada	7,382	14,0	36,4	28,2	8,3	13,0
Vereinigte Staaten	8,001	24,6	40,0	25,2	9,0	1,2
<i>Asien</i> ³	0,747	34,9	43,4	15,2	4,8	1,8
China ⁴	0,596	67,9	26,6	2,6	0,5	2,4
Taiwan	3,676	30,6	49,3	6,9	12,2	1,0
Indonesien	0,380	10,7	57,8	30,8	–	0,9
Japan	4,009	18,0	51,0	13,2	16,2	1,6
Korea, Republik	3,916	20,9	54,9	9,3	14,6	0,3
Kuwait	7,802	–	57,4	42,6	–	–
Malaysia	1,741	3,7	45,8	49,7	–	1,1
Philippinen	0,290	13,4	83,3	0,0	–	3,2
Singapur	8,404	–	95,6	4,7	–	–
Ver. Arab. Emirate	19,183	–	38,7	61,5	–	–
<i>Australien und Ozeanien</i> ⁵						
Australien	5,496	44,3	37,0	17,3	–	1,5
Neuseeland	3,579	8,0	45,3	32,1	–	15,3

1 1 t RÖE = 1 Tonne Rohöleinheit = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

2 Ohne Angaben für die europäischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

3 Ohne Angaben für die Türkei und die asiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Einschl. der Angaben für Australien und Ozeanien.

4 Ohne Angaben für Hongkong und Taiwan.

5 Die Angaben für Australien und Ozeanien sind bei Asien einbezogen.

Quelle: Primärenergie: BP '00, June 2000. Bevölkerung: UN, World Population Prospects, The 1998 Revision; EUROSTAT, Statistik kurz gefasst 15/2001; Taiwan: Statistical Databook 2000.

Braunkohle ist der bedeutendste heimische Energieträger. So wurden im Jahr 2000 in Deutschland rund 168 Millionen Tonnen, darunter 71 Millionen Tonnen (etwa 42 %) in den neuen Bundesländern, gefördert. Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage und der Umstrukturierungsmaßnahmen ist dort die Förderung allerdings heute wesentlich geringer als kurz nach der Wende. Mit 168 Millionen Tonnen lag 1991 die Förderung in den neuen Ländern so hoch wie heute die Gesamtförderung in Deutschland.

Tab. 3: Förderung wichtiger Rohstoffe

Jahr	Braunkohle		Steinkohle		Erdöl		Erdgas	
	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mrd. m ³ ²	PJ ¹
1994	207,1	1 775	52,0	1 545	2,9	26	18,8	662
1995	192,8	1 653	53,6	1 593	3,0	128	19,3	680
1996	187,2	1 605	48,2	1 432	2,8	119	21,0	737
1997	177,2	1 519	46,8	1 391	2,8	119	20,6	725
1998	166,0	1 472	41,6	1 237	2,9	124	20,6	725
1999	161,3	1 430	39,5	1 175	2,7	115	21,9	770
2000	167,7	1 487	33,6	999	3,1	132	20,6	725

1 PJ = Petajoule = 10^{15} Joule.

2 Heizwert = 35 169 kJ/m³.

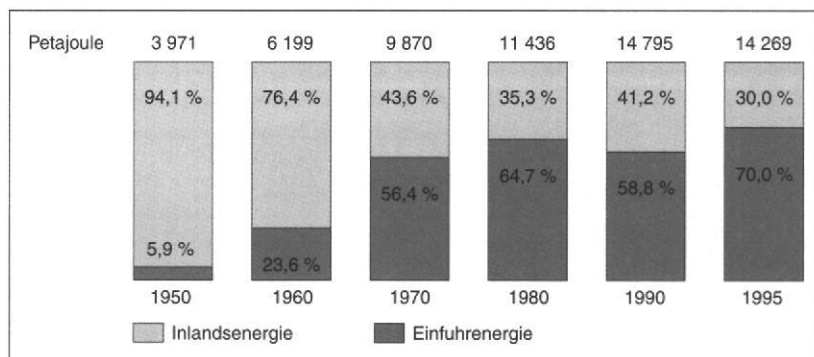
Gleichfalls rückläufig ist die Förderung der Steinkohle, die nur in den westdeutschen Revieren abgebaut wird. Die Förderung reduzierte sich von 53,6 Millionen Tonnen 1995 auf 33,6 Millionen Tonnen im Jahr 2000. Die inländische Förderung von Erdöl und Erdgas bleibt wegen mangelnder Vorkommen weiterhin erheblich hinter dem Bedarf zurück.

18.5 Energieträger

Der in den 50er- und 60er-Jahren stark gestiegene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleich bleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung des früheren Bundesgebietes erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 70er- und zu Beginn der 80er-Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Außerdem wurde mehr Gas verwendet und der Ausbau der Kernenergie forciert.

Abb. 1: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie¹



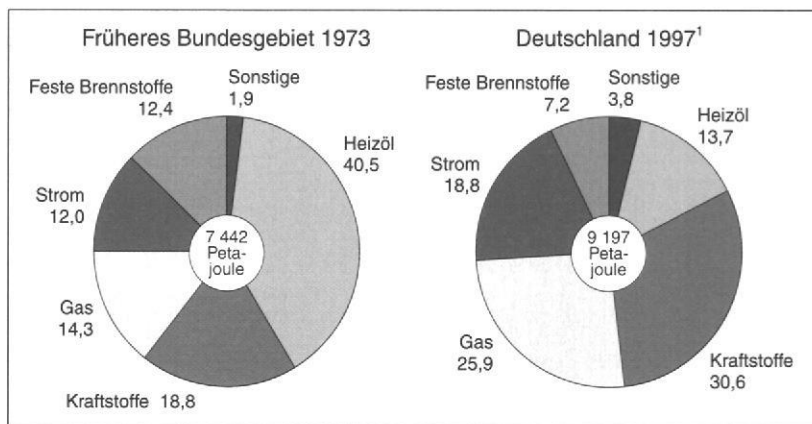
¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet, 1990 und 1995 Deutschland.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Mineralöl 2000 einen Anteil von 38,6 %, die Kohle von 24,4 %, Gas von 21,3 % und die Kernenergie von 13,1 % am Primärenergieverbrauch.

Gegenüber 1990 hat sich die Struktur des Energieverbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost stark verändert. Nach den Ergebnissen der Energiebilanzen, die bis 1994 für beide Teilgebiete getrennt vorliegen, nähert sich der Anteil der Energieträger am Gesamtenergieverbrauch, insbesondere bei Mineralöl und Gas, immer mehr westdeutschen Strukturen an. Viel höher als im früheren Bun-

Abb. 2: Bedeutung der Energieträger beim Endenergieverbrauch in Prozent



¹ Vorläufige Angaben.

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
1950	2 893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	–	–	284	7,2
1960	3 760	60,7	856	13,8	1 301	21,0	32	0,5	–	–	249	4,0
1970	2 839	28,8	896	9,1	5 242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2 259	19,8	1 149	10,0	5 443	47,6	1 887	16,5	420	3,7	278	2,4
1990	2 307	15,6	3 200	21,6	5 234	35,4	2 315	15,6	1 448	9,8	290	2,0
1991	2 333	16,1	2 503	17,3	5 545	38,4	2 433	16,8	1 386	9,6	261	1,8
1992	2 196	15,5	2 176	15,4	5 628	39,8	2 408	17,0	1 496	10,6	246	1,7
1993	2 139	15,1	1 983	14,0	5 746	40,5	2 546	18,0	1 439	10,1	326	2,3
1994	2 139	15,2	1 861	13,2	5 693	40,5	2 592	18,4	1 424	10,1	369	2,6
1995	2 060	14,4	1 734	12,2	5 689	39,9	2 826	19,8	1 682	11,8	278	1,9
1996	2 090	14,2	1 688	11,4	5 808	39,4	3 161	21,4	1 764	12,0	235	1,6
1997	2 065	14,1	1 595	10,9	5 753	39,4	3 022	20,7	1 859	12,8	320	2,1
1998	2 059	14,2	1 514	10,4	5 775	39,8	3 048	21,1	1 764	12,1	361	2,4
1999 ²	1 890	13,3	1 468	10,3	5 598	39,4	3 057	21,6	1 852	13,1	328	2,3
2000 ²	1 920	13,5	1 547	10,9	5 478	38,6	3 025	21,3	1 849	13,1	361	2,6

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Die Angaben sind vorläufig und auf Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

desgebiet war 1994 jedoch noch der Anteil der Kohle mit 47,3 % (früheres Bundesgebiet 25 %). 1990 hatte dieser Anteil in den neuen Ländern noch bei 73 % gelegen. Seit der Stilllegung des Reaktors in Greifswald 1991 wird in den neuen Ländern und Berlin-Ost keine Atomenergie mehr erzeugt. An der Stromerzeugung Deutschlands hatte die Kernenergie 2000, nach vorläufigen Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, einen Anteil in Höhe von 35 %. Innerhalb der EU hat in Frankreich (75%) die Atomenergie den höchsten Anteil, gefolgt von Belgien (58 %) und Schweden (47 %). 2001 waren in Deutschland 19 Kernkraftwerke in Betrieb. Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger – bei längerfristiger Beobachtung – in nachlassendem Heizölverbrauch, aber einer wachsenden Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus.

Tab. 5: Anteil¹ der Kernenergie in der Europäischen Union
an der Stromerzeugung 1999

Land	%	Land	%
Niederlande	4	Deutschland	35 ²
Vereinigtes Königreich	25	Schweden	47
Spanien	30	Belgien	58
Finnland	33	Frankreich	75

1 Quelle: Eurostat, Monatliche Energiestatistiken.

2 2000.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

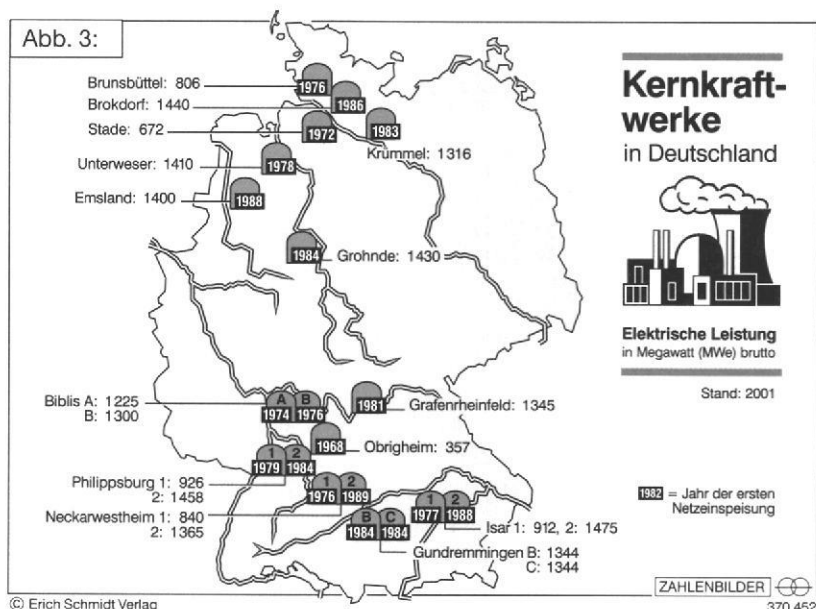
Tab. 6: Endenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>												
1950	2041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1356	20,1	1197	17,8	2586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1736	23,1	2283	30,3	1432	19,0	1115	14,8	163	2,2
1990	1597	16,9	2523	26,8	1448	15,4	1873	19,9	1606	17,0	381	4,0
1991	1131	12,2	2535	27,3	1691	18,3	1969	21,3	1562	16,9	375	4,0
1992	880	9,7	2608	28,7	1665	18,4	2006	22,1	1549	17,1	356	3,9
1993	776	8,5	2682	29,2	1716	18,7	2108	23,0	1527	16,7	355	3,9
1994	736	8,1	2645	29,3	1638	18,1	2124	23,4	1537	17,0	349	3,9
1995	759	8,1	2729	29,0	1593	17,1	2261	24,2	1649	17,7	366	3,9
1996	739	7,7	2689	27,8	1739	17,9	2501	25,8	1676	17,3	344	3,5
1997	783	8,1	2708	28,4	1645	17,3	2400	25,1	1695	17,8	309	3,3
1998	693	7,2	2760	29,3	1566	16,6	2415	25,6	1699	18,0	311	3,3
1999 ²	673	7,1	2847	30,6	1347	14,5	2391	25,7	1710	18,4	342	3,7
2000 ²	692	7,4	2807	30,6	1258	13,7	2377	25,9	1729	18,8	334	3,6

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.



18.6 Energieverbraucher

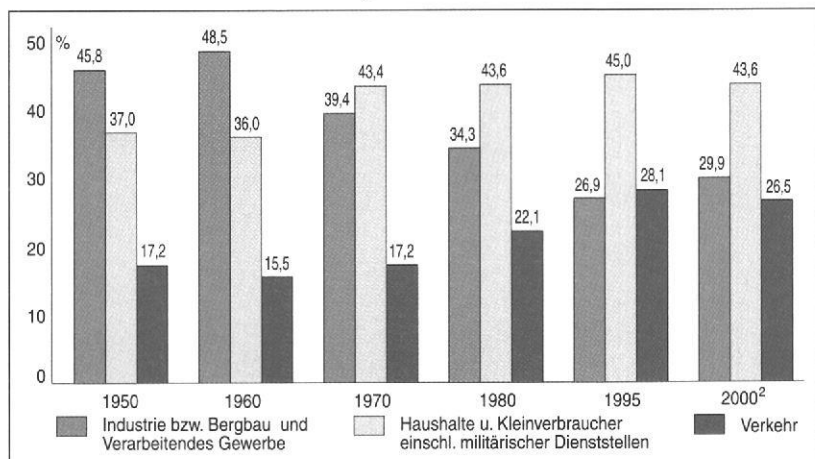
Der Energiebedarf für die drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) entwickelte sich in der Vergangenheit unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und die Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Bei einem Endenergieverbrauch von 9 197 Petajoule im Jahr 2000 entfielen 44 % auf Haushalte und Kleinverbraucher. Der Anteil der Industrie lag bei 30 % und der Anteil des Verkehrs bei 26 %. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten, in gestiegenen Verkehrsleistungen und im relativ sparsameren Einsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

18.7 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet hatte in den 70er-Jahren bis Mitte der 80er-Jahre ähnlich starke Preissteigerungen aufzuweisen wie die Warengruppe »Energie«. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folge-

Abb. 4: Verbraucher von Endenergie¹



¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet, ab 1995 Deutschland.

² Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl nach Wert und Menge¹

Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t	Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t
1970	3 036	98 786	31	1986	8 667	66 569	130
1971	3 926	100 230	39	1987	8 189	63 840	128
1972	3 789	102 600	39	1988	7 582	72 037	105
1973	4 644	110 493	42	1989	8 715	66 327	131
1974	11 737	102 543	114	1990	10 326	72 400	143
1975	10 082	88 414	114	1991	11 618	89 951	129
1976	12 182	97 669	125	1992	11 231	97 309	115
1977	12 034	96 290	125	1993	10 630	99 446	107
1978	10 210	94 375	108	1994	10 556	106 844	99
1979	15 285	107 355	142	1995	9 542	100 328	95
1980	22 583	96 876	233	1996	12 263	102 990	119
1981	25 108	79 247	317	1997	12 668	99 096	128
1982	22 861	72 542	315	1998	9 390	107 892	87
1983	19 312	65 213	296	1999	12 574	103 572	121
1984	21 302	66 934	318	2000	23 827	105 137	227
1985	20 410	64 193	318	2001	21 368	104 632	204

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

wirkungen zum Ausdruck. Der Durchschnittswert (Spezialhandel) je eingeführter Tonne Rohöl ist von 31 Euro im Jahre 1970 auf 318 Euro im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. Danach war aber ein umgekehrter Trend fallender Preise feststellbar, deren vorläufiger Tiefstand 1995 mit 95 Euro pro Tonne erreicht wurde. Nach einem kurzen Anstieg in den Jahren 1996 und 1997 fiel 1998 der Preis noch weiter auf 87 Euro je Tonne. Im Jahr 2001 wurde die Tonne bereits wieder zu 204 Euro eingeführt.

Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten ge-

Tab. 8: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Ursprungsland	2000		2001	
	1 000 t	EUR je t	1 000 t	EUR je t
Russische Föderation	29 604	206	29 607	186
Norwegen	18 566	241	20 348	214
Vereinigtes Königreich	14 684	234	16 226	221
Libyen	11 855	243	9 753	216
Syrien	7 072	215	7 189	188
Kasachstan	3 409	246	4 322	224
Algerien	6 483	257	3 958	228
Saudi Arabien	4 509	217	3 883	187
Nigeria	1 983	255	2 967	227
Venezuela	2 001	164	1 663	143
Dänemark	1 103	241	1 254	223
Aserbaidschan	986	234	1 234	206

führt (vgl. Tab. 8). 1976 stammten über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten, 1990 nur noch 52 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 30 %. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 2001 die Russische Föderation, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Libyen und Syrien.

19 Umwelt

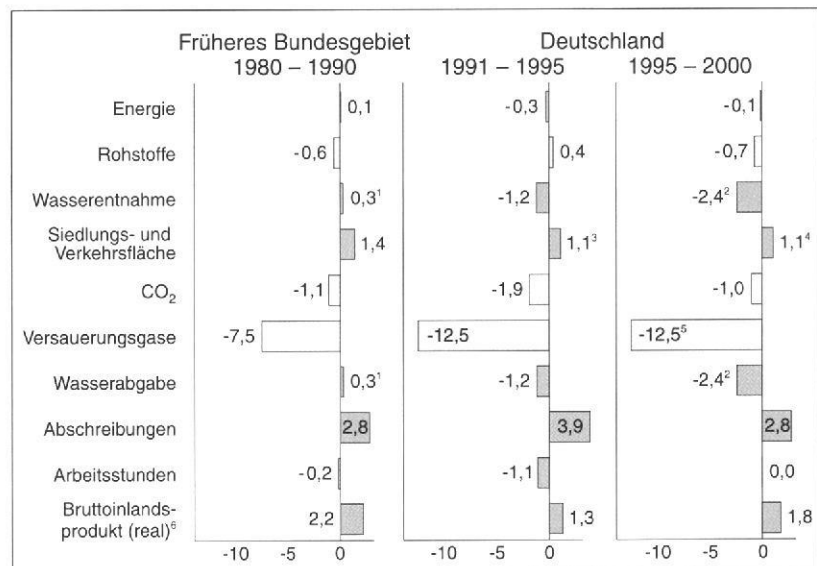
19.1 Umweltökonomische Trends

Die Schädigung und die Schutzwürdigkeit der natürlichen Umwelt haben in den vergangenen Jahren im Bewusstsein der Allgemeinheit, in der Medienlandschaft und in den Parteiprogrammen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Persönlich erlebte Umweltbelastungen wie Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewusstsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zunehmend wird deutlich, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, dass Management und Umweltschutz ihre langfristigen Ziele nur in Zusammenarbeit und nicht über Konfrontation erreichen können. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro ist das Schlagwort *sustainability* oder nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung allgemein bekannt. Dahinter verbirgt sich die ökonomische Grundregel, dass ein Kapitalstock, aus dem Einkommen erzielt wird, im alten Zustand (intakt) gehalten werden muss, und zwar – das ist das entscheidend Neue an diesem Ziel – auch und gerade über die zeitlichen Grenzen der Gegenwart hinaus. Das Naturvermögen soll an unsere Kinder möglichst in dem Zustand und Wert übergeben werden, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben; Verantwortung für die Zukunft als neues Prinzip. Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sind Maßnahmen von Interesse und Bedeutung, die die Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen verbessern, die einen Strukturwandel zu umweltschonenderen wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern und die auch im Verhalten der Konsumenten die Inanspruchnahme von Umweltgütern auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren.

Eine längerfristige Betrachtung der Entwicklung der Einsatzmenge natürlicher Faktoren unter diesem Aspekt zeigt, dass deren Nutzung im Zeitraum von 1960 bis 1980 gestiegen, in den 80er- und 90er-Jahren aber – mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – wieder zurückgegangen ist. Allerdings sind bei differenzierterer Betrachtung in diesen 20 Jahren keine völlig einheitlichen Trends erkennbar.

Einheitliche Trends lassen sich für das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie für den Rückgang von CO₂- und Versauerungsgasemissionen in den 80er-Jahren für das frühere Bundesgebiet sowie in der ersten und der zweiten Hälfte der 90er-Jahre für Deutschland beobachten. Die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke stieg in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet durchschnittlich um 1,4 % pro Jahr. Sowohl im Zeitraum von 1993 bis 1997 als auch von 1997 bis 2000 war der durchschnittliche jährliche Zuwachs in Deutschland mit jeweils 1,1 % etwas geringer. Sowohl bei den CO₂- als auch bei

Abb. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke
Mengen- bzw. Volumenentwicklung 1980 bis 2000
Durchschnittlich jährliche Veränderungen in %



1 Veränderung 1990 gegenüber 1979.

2 Veränderung 1998 gegenüber 1995.

3 Veränderung 1997 gegenüber 1993.

4 Veränderung 2000 gegenüber 1997.

5 Veränderung 1999 gegenüber 1995.

6 Bis 1990 in Preisen von 1991, ab 1991 in Preisen von 1995.

den Versauerungsgasemissionen fiel der durchschnittliche jährliche Rückgang in den 90er-Jahren höher als in den 80er-Jahren aus.

Der Einsatz der übrigen Naturfaktoren hat sich in den drei Betrachtungszeiträumen (80er-Jahre sowie erste und zweite Hälfte der 90er-Jahre) unterschiedlich entwickelt. Beim Energieverbrauch sind nur relativ geringe Unterschiede zwischen den Jahren festzustellen. So war in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet eine geringe Zunahme um durchschnittlich 0,1 % pro Jahr zu verzeichnen. Der Rückgang in Deutschland fiel in der ersten Hälfte der 90er-Jahre mit durchschnittlich 0,3 % etwas höher als in der zweiten Hälfte (durchschnittlich -0,1 %) aus. Der Rohstoffeinsatz ist in der ersten Hälfte der 90er-Jahre – nicht zuletzt durch den Bauboom in den neuen Ländern – um durchschnittlich 0,4 % pro Jahr gewachsen. Der Rückgang in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre liegt dagegen mit 0,7 % pro Jahr mittlerweile höher als in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet (-0,6 %). Sowohl bei der Wasserentnahme aus der Natur als auch bei der mengenmäßigen Wasserabgabe ist in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre mit 2,4 %

jährlich ein deutlich höherer Rückgang als in der ersten Hälfte (-1,2 %) zu verzeichnen. In den 80er-Jahren wiesen beide noch einen leichten Zuwachs (0,3 %) auf. Insgesamt ging somit bei den meisten der betrachteten Produktionsfaktoren der mengenmäßige Einsatz, der das Ausmaß der Belastungen der Umwelt aufzeigt, in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zurück, und zwar in teilweise deutlich stärkerem Ausmaß als in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet. Lediglich der Flächenverbrauch weist nach wie vor relativ stabile Zuwachsraten auf hohem Niveau aus.

Vor dem Hintergrund einer solchen Betrachtungsweise sind die Entnahme von Ressourcen aus der Natur und ihre Verarbeitung sowie die Nutzung der daraus hergestellten Produkte und die Beseitigung der entstehenden Reststoffe mit Be-

Tab. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke¹

	Maß- einheit	Früheres Bundesgebiet		Deutschland		
		1980	1990	1991	1995	2000
Primärenergieverbrauch	Petajoule	11 436	11 495	14 467	14 269	14 173
Rohstoffentnahme und Import ²	Mill. t	1 195	1 130	1 460	1 485	1 432
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	27 310	30 452 ³	40 305 ⁴	42 052 ⁵	43 447
Wasserentnahme aus der Natur ⁶	Mill. m ³	.	46 440	51 344	48 909	45 502 ⁷
Abschreibungen ⁸	Mrd. EUR	124	163	229	266	305
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	47	46	60	57,4	57,4
Bruttoinlandsprodukt ⁸	Mrd. EUR	1 032	1 289	1 711	1 801	1 969

1 Werte für das Jahr 2000 zum Teil geschätzt.

2 Nur verwertete Entnahme.

3 1989.

4 1993.

5 1997.

6 Einschl. Fremd- und Regenwasser.

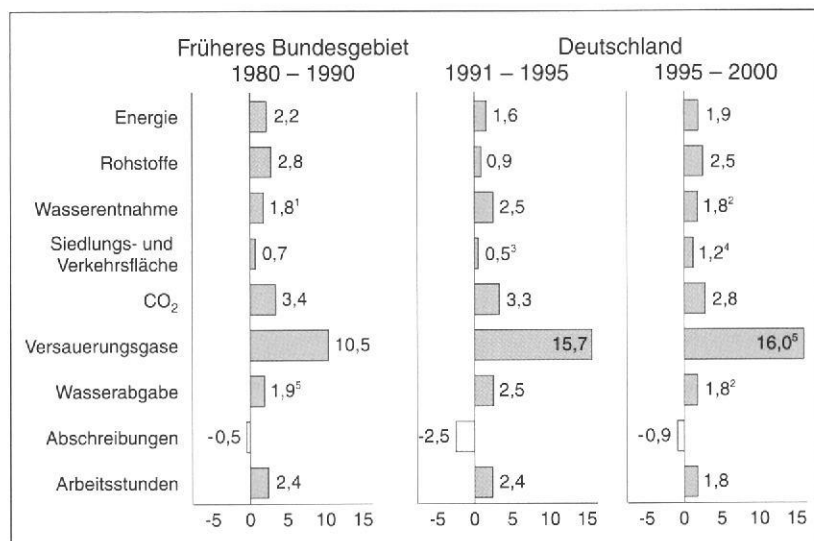
7 1998.

8 Für früheres Bundesgebiet in Preisen von 1991, für Deutschland in Preisen von 1995.

lastungen von Mensch und Umwelt verbunden. Das Ausmaß der Belastung hängt somit auch von der Menge der in Anspruch genommenen Ressourcen ab und nicht nur von der Art und Weise der Ressourcennutzung. Eine Einschätzung der Frage, wie effizient mit den einzelnen Einsatzfaktoren für die Produktion umgegangen wird, liefert das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Leistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zu den verschiedenen Einsatzgrößen (so genannte Produktivitäten). Ihre Entwicklung über längere Zeiträume kann darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren u. a. durch technischen Fortschritt verändert.

Die Effizienz bei der Nutzung der natürlichen Einsatzfaktoren – gemessen als Produktivität, d.h. als wirtschaftliche Leistung (reales Bruttoinlandsprodukt) je Ein-

Abb. 2: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke
Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Einheit) 1980 bis 2000
Durchschnittlich jährliche Veränderungen in %



1 Veränderung 1990 gegenüber 1979.

2 Veränderung 1998 gegenüber 1995.

3 Veränderung 1997 gegenüber 1993.

4 Veränderung 2000 gegenüber 1997.

5 Veränderung 1999 gegenüber 1995.

heit eines Einsatzfaktors – erhöhte sich für alle betrachteten Faktoren in den 80er- und 90er-Jahren, allerdings in jeweils unterschiedlichem Ausmaß. Insbesondere bei einem Vergleich der zweiten Hälfte der 90er-Jahre mit den 80er-Jahren führt die Effizienzbetrachtung zu anderen Ergebnissen als die Betrachtung der absoluten Einsatzmengen. Während bei den absoluten Einsatzmengen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre in Deutschland höhere Rückgänge bzw. geringere Zuwächse als in den 80er-Jahren zu verzeichnen waren, ergibt die Produktivitätsbetrachtung hier ein differenziertes Bild: Bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche und bei den Versauerungsgasen waren in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre die durchschnittlichen jährlichen Produktivitätssteigerungen höher als in den 80er-Jahren (Siedlungs- und Verkehrsfläche 1,2 % gegenüber 0,7 %, Versauerungsgase 16 % gegenüber 10,5 %). Dagegen wiesen die Faktoren Energie, Rohstoffe und Kohlendioxid geringere Produktivitätsfortschritte als in den 80er-Jahren auf. Für alle natürlichen Einsatzfaktoren mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag der Fortschritt der Produktivität in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre aber zumindest auf gleichem Niveau (wie beim Wasser) bzw. über den Steigerungen der Arbeitsproduktivität von 1,8 %. Auf die mengenmäßige Entwicklung des direk-

ten Einsatzes von Umweltressourcen hat auch der Konsum der privaten Haushalte Einfluss. Bei den privaten Konsumausgaben ebenso wie beim direkten Energieverbrauch lassen sich in dem betrachteten Zeitraum deutliche Zunahmen verzeichnen. Bei den Emissionen von Kohlendioxid zeigt sich hingegen kein eindeutiges Bild, da diese unter anderem von den durchschnittlichen Jahrestemperaturen in den Wintermonaten und dem damit verbundenen Energieverbrauch abhängig sind.

Tab. 2: Direkter Einsatz von Umweltressourcen beim Konsum der privaten Haushalte

	Maß- einheit	1991	1993	1995	1997	1999
Einwohner	Mill.	80	81	82	82	82
Anzahl der Haushalte	Mill.	35	36	37	38	38
Private Konsumausgaben (Preise von 1995)	Mrd. EUR	966	994	1 025	1 041	1 092
Direkter Energieverbrauch	Petajoule	3 767	3 870	3 946	4 147	4 227
Materialverbrauch	Mill. t	–	–	193	–	–
Emission von Kohlendioxid	Mill. t	219	224	216	228	211
Abfall	Mill. t	28	29	29	–	–
Wassereinsatz	Mill. m ³	3 551	–	3 313	–	–
Abwasser	Mill. m ³	3 409	–	3 180	–	–
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	–	23 120	–	24 080	–

Die hier dargestellten Ergebnisse zeigen schlaglichtartig, inwieweit die Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu Belastungen von Natur und Umwelt beitragen. Im Folgenden wird auf ausgewählte umweltrelevante Themen, wie Luftbelastung, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, näher eingegangen.

19.2 Umweltbelastungen

19.2.1 Luftbelastung

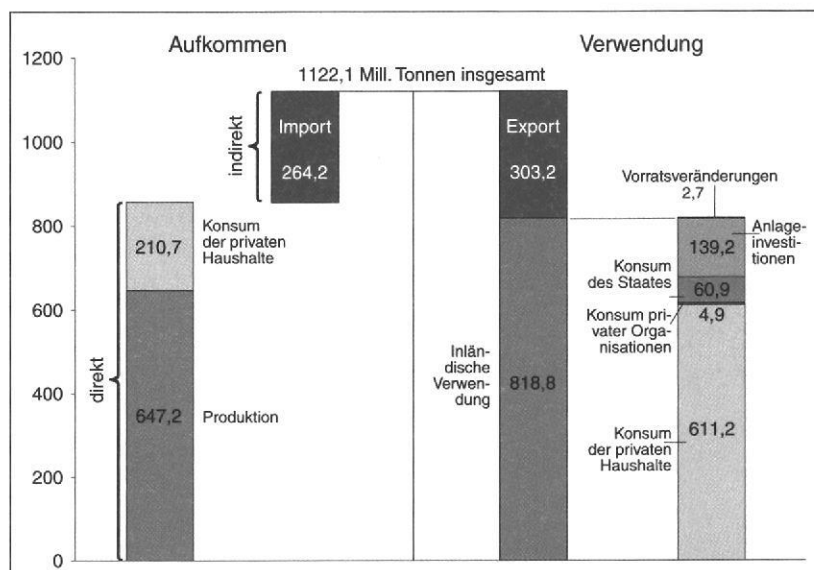
Eine andere Fragestellung, die die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt in den Vordergrund stellt, ist die nach den Bestimmungsgründen für bestimmte Umweltbelastungen. Dabei reicht es nicht aus, allein die technischen Quellen umweltrelevanter Faktoren zu kennen und statistisch zu unterscheiden. Vielmehr stellen sich folgende Kernfragen:

- Im Zusammenhang mit welchem Gut bzw. welcher Dienstleistung fallen Umweltbelastungen – sozusagen zwangsläufig – als ungewolltes Ergebnis an? Was sind mithin die externen Effekte der Produktion?

- Welchen Stufen der Weiterverarbeitung dienen die Güter und Dienstleistungen und die mit ihnen verbundenen produktionsbedingten Belastungen?
- Wie teilt sich die Gesamtmenge an Umweltbelastungen auf, wenn man sie jeweils den letzten Verwendungszwecken zuweist? Wie hoch sind die Umweltbelastungen durch den privaten Verbrauch?

Alle drei Fragen stehen gleichwertig nebeneinander. Sie verdeutlichen, dass es in einem volkswirtschaftlichen System keinen Sinn macht, nach **einem** Verantwortlichen zu suchen. Wie das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Leistung folgt auch die Belastung der Umwelt einem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, von Produktion und Verwendung.

Abb. 3: Aufkommen und Verwendung von CO₂-Emissionen 1999
in Mill. Tonnen

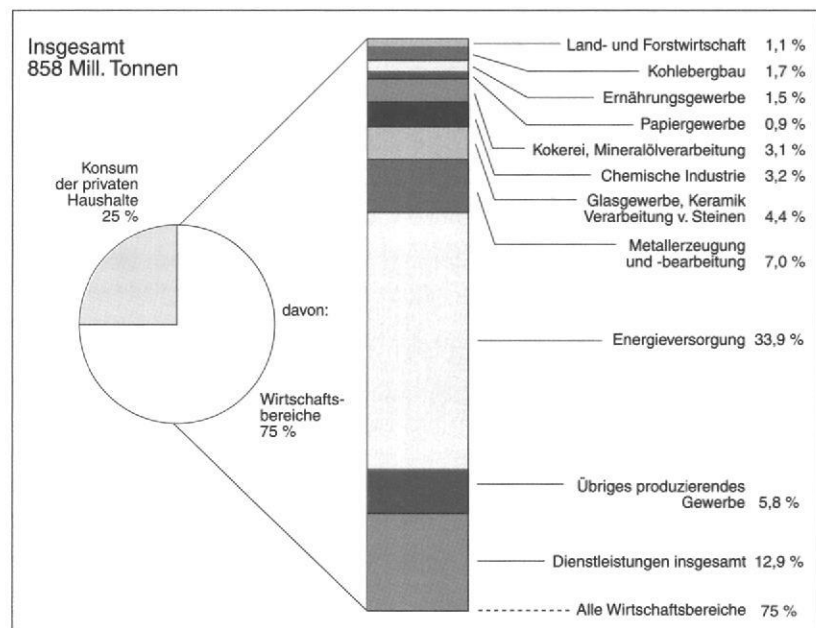


Umweltbelastungen entstehen sowohl beim Ge- und Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen als auch bei den zu ihrer Herstellung notwendigen Produktionsprozessen. Die mit der Produktion verbundenen Belastungen sind nämlich indirekt gekoppelt an den Konsum. So entstehen durch Verbrauch von Strom im Haushalt selbst keine Schadstoffe, wohl aber bei der Erzeugung des Stroms im Kraftwerk. Das Beispiel der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) im Jahre 1999 kann dies verdeutlichen (siehe Abb. 3).

Der Energieverbrauch und die damit ausgelösten CO₂-Emissionen können, in Analogie zur Darstellung der Einkommens- und Wertschöpfungsgrößen in den

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her betrachtet werden. Denn CO₂-Emissionen entstehen einerseits bei der Herstellung der Güter, z. T. auch direkt bei den Konsumaktivitäten der privaten Haushalte (z. B. Raumheizung oder Individualverkehr), andererseits werden sie aber durch die Endnachfrage nach Gütern ausgelöst. Die Verwendungsseite bei den CO₂-Emissionen setzt sich – wie in Abb. 3 dargestellt – zusammen aus den Komponenten Export (303,2 Mill. Tonnen) sowie der inländischen Verwendung (818,8 Mill. Tonnen). Letztere umfasst als wesentliche Positionen die Emissionen durch den Güterkonsum der privaten Haushalte (611,2 Mill. Tonnen), durch den Güterkonsum des Staates (60,9 Mill. Tonnen) sowie durch die Anlageinvestitionen (139,2 Mill. Tonnen). Die Aufkommensseite zeigt die direkten Emissionen, unterteilt nach den Aktivitäten Produktion und Konsum der privaten Haushalte, sowie Emissionen, die bei der Herstellung der importierten Güter in der übrigen Welt (indirekte Emissionen) entstanden sind. Der durch wirtschaftliche Aktivitäten bedingte direkte Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland belief sich 1999 auf 857,9 Mill. Tonnen. Davon wurden 647,2 Mill. Tonnen (75 %) bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen abgegeben und 210,7 Mill. Tonnen (25 %) entstanden direkt durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte.

Abb. 4: Direkte CO₂-Emissionen nach wirtschaftlichen Aktivitäten 1999



Fragt man nach den Wirtschaftsbereichen, in denen die Treibhausgase unmittelbar entstanden sind, ergibt sich folgendes Bild (siehe Abb. 4).

Die Verteilung der Emissionen nach den Wirtschaftsbereichen zeigt deutliche Schwerpunkte. 75 % der gesamten direkten Emissionen 1999 wurden durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen verursacht und 25 % durch den Konsum der privaten Haushalte. Darunter entfielen rund 61 % der gesamten Emissionen auf das Produzierende Gewerbe. Etwa ein Drittel (34 %) stammten aus dem Wirtschaftsbereich »Energieversorgung«. Bei den CO₂-Emissionen dieses Wirtschaftsbereichs handelt es sich vor allem um Emissionen bei der Stromerzeugung. Der Bereich »Metallerzeugung und -bearbeitung« folgt von der Größenordnung her mit 7 %, »Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden« brachte gut 4 % aller Emissionen auf und auf die »Chemische Industrie« entfielen 3 %. Der Anteil des Bereichs »Kokerei, Mineralölverarbeitung« belief sich ebenfalls auf 3 %. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die rund 291 Mill. Tonnen CO₂-Emissionen des Wirtschaftsbereichs »Energieversorgung« aus seiner primären Funktion resultieren, fossile Energieträger in Strom umzuwandeln und an die anderen Wirtschaftsbereiche zu liefern. Die Dienstleistungsbereiche zusammen hatten einen Anteil von knapp 13 %.

19.2.2 Verpackungen

Für die Umweltbelastungen bei Herstellung, Verteilung und Konsum von Gütern spielen neben Rohstoff- und Energieeinsatz und dem eigentlichen Produktionsprozess vor allem Belastungen durch den Transport der Güter und durch den Einsatz von Verpackungen eine Rolle. Einsparungen bzw. Wiederverwertung von Verpackungen können das Abfallaufkommen deutlich senken. In den 90er-Jahren ist die Abfallmenge insgesamt und je Einwohner zurückgegangen. Zugleich gab es Einsparungen beim Verpackungsverbrauch und eine verbesserte Wiederverwertung von Verpackungen.

Tab. 3: Entwicklung des Verpackungsverbrauchs gesamt¹ 1991 bis 2000

Verpackungsmaterial	1991	1995	1998	1999 ²	2000 ³	Änderungen 2000 gegen- über 1991 in %
	Verpackungsverbrauch gesamt in kg je Kopf					
Alle Verpackungen ⁴	195,29	171,19	173,54	180,79	185,08	- 5,2
Glas	57,97	48,42	44,42	45,67	44,00	- 24,1
Weißblech	10,23	9,03	8,59	8,61	8,61	- 15,8
Aluminium	1,36	1,12	1,19	1,19	1,20	- 11,7
Kunststoff	20,70	19,22	19,81	20,12	20,84	+ 0,7
Papier	69,99	63,68	66,93	69,98	72,33	+ 3,3

1 Alle Anfallstellen (Private Endverbraucher, Industrie, Handel).

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Vorausschätzung.

4 Einschl. Flüssigkeitskarton, Feinblech, Stahl, Blei, Holz, Kork, Textil und Kautschuk.

Quelle: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung, Wiesbaden, Stand Mai 2001.

Der Verpackungsverbrauch gesamt lag nach Angaben der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung im Jahr 2000 bei 15,2 Mill. Tonnen gegenüber 15,6 Mill. Tonnen 1991. Der Gesamtverbrauch je Bundesbürger hat damit von 195 Kilogramm auf 185 Kilogramm abgenommen.

Über das Duale System werden diejenigen Verpackungen einer Verwertung zugeführt, die beim privaten Endverbraucher anfallen. Der Verpackungsverbrauch privater Endverbraucher hat nach Angaben der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung zwischen 1991 und 1999 von 96 auf 88 Kilogramm je Bundesbürger abgenommen. Dies entspricht einer Abnahme um knapp 9 %.

Laut der AG Duales System Deutschland konnte die durchschnittliche Sammelmenge von Verkaufsverpackungen (einschl. Fehlwürfe) aus den Privathaushalten und dem Kleingewerbe im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr von 77,7 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung noch einmal leicht auf 78,3 Kilogramm erhöht werden. Dies entspricht einer über das Duale System eingesammelten Gesamtmenge von 6,4 Mill. Tonnen.

1997 wurden bereits 86 % aller Verkaufsverpackungen im Rahmen des dualen Systems einer Verwertung zugeführt (1993: 51,6 %). Seit 1998 die novellierte Verpackungsverordnung in Kraft trat, werden Verwertungsquoten auf Basis der beim Dualen System lizenzierten Verpackungsmengen ermittelt. Der Verpackungsverbrauch in Deutschland ist deshalb keine Bezugsgröße mehr. Die Menge an eingesammelten Verpackungen, die einer Verwertung zugeführt wurden, hat sich mit 5,48 Mill. Tonnen im Jahr 2000 weiterhin auf hohem Niveau gehalten (1999: 5,55 Mill. Tonnen). Hiervon wurden 2,66 Mill. Tonnen Glas, 1,51 Mill. Tonnen Papier, 570 000 Tonnen Kunststoffe, 318 000 Tonnen Weißblech, 41 000 Tonnen Aluminium und 376 000 Tonnen Verbunde verwertet.

19.2.3 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

1998 wurden in der Bundesrepublik Deutschland der Natur rund 41 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; entsprechend hoch war die Abwassermenge. Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am insgesamt in Gewässer eingeleiteten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1998 rund 73 % aus, 27 % bestanden aus häuslichem und sonstigem Abwasser.

Mehr als ein Viertel der Abwassermenge (knapp 11 Mrd. Kubikmeter) wurde mechanisch, biologisch, chemisch oder chemisch-physikalisch behandelt. Die unbehandelt eingeleitete Menge von mehr als 31 Mrd. Kubikmetern stammt fast ausschließlich aus Kühlprozessen. Sie fließt – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund.

Tab. 4: Wassergewinnung 1998 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Wassergewinnung insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
Öffentliche Wasserversorgung	5 557	4 103	1 187	268
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8 498	2 448	5 570	480
Wasserversorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	26 372	40	26 318	14
Landwirtschaft (Bewässerung)	163	120	29	15
Insgesamt	40 591	6 710	33 103	777

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1998 größtenteils durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Etwa 91 % der Bevölkerung verfügen über einen Anschluss an zentrale Abwasserbehandlungsanlagen, rund 7 % sind an dezentrale Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben angeschlossen.

Rund 93 % der Bevölkerung sind an das mittlerweile rund 445 950 Kilometer lange Kanalnetz – das entspricht etwa elfmal dem Erdumfang – angeschlossen. Über 99 % des in öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen anfallenden Abwassers wurde biologisch gereinigt.

Tab. 5: Abwasserbeseitigung 1998 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behandeltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehandeltes Abwasser	Darunter Kühlwasser
Öffentliche Abwasserbeseitigung	9 704 ²	9 640	9 565	65	X
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	6 260	940	690	5 320	4 751
Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	25 882	49	1	25 833	25 825
Insgesamt	41 846	10 628	10 256	31 218	30 576

1 In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

2 Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

19.2.4 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Der Einsatz von Düngemitteln ist im Bereich der Landwirtschaft mit eine der wichtigsten Bezugsgrößen für die Emissionen der klimarelevanten Gase CH₄ (Methan) und N₂O (Distickstoffoxid). Hierbei sind es vor allem die stickstoffhaltigen Düngemittel, die infolge der Freisetzung eines kleinen Teils des ausgebrachten Stickstoffs

(im Durchschnitt etwa 1,25 %) in Form des Treibhausgases Distickstoffoxid als klimarelevant anzusehen sind. Der Absatz von Stickstoff je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche aus Handelsdünger war in der ersten Hälfte der 90er-Jahre im Vergleich zu den Vorjahren stark rückläufig. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahre 1994/95 um 10 % gegenüber dem Vorjahr war der Absatz in den Folgejahren nahezu konstant. Dies liegt auch an der 1996 in Kraft getretenen Düngeverordnung, welche zum Ziel hat, durch einen schonenden Einsatz von Düngemitteln und durch Vermeidung von Nährstoffverlusten langfristig die Nährstoffeinträge in die Gewässer und in andere Ökosysteme zu verringern. Seit dem Ende der 90er-Jahre ist dennoch wieder ein Anstieg des Düngemittelabsatzes zu verzeichnen.

Tab. 6: Düngemittellieferungen an die Landwirtschaft
Kilogramm Nährstoff je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche¹

Düngerart	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01
Stickstoff	103,3	102,0	101,4	103,2	109,6	117,4	108,3
Phosphat	26,0	23,2	23,9	23,6	23,4	24,5	20,6
Kali	38,6	37,6	37,3	38,0	36,2	34,9	31,9
Kalk	93,4	96,2	101,7	117,1	119,0	136,2	117,2

¹ Einschl. Brache.

Der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln, der für das Jahr 1992 erstmals für Gesamtdeutschland nachgewiesen wurde, betrug seinerzeit 33 570 Tonnen Wirkstoffmenge und im Jahr 1999 bereits 35 403 Tonnen. Der Anteil der Herbizide betrug 1992 noch 15 711 Tonnen gegenüber 16 825 Tonnen 1999. Nach 1994 war beim Herbizid-Absatz ein deutlicher Anstieg bis auf 17 269 Tonnen im Jahr 1998 zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf die Wiederinkulturnahme von stillgelegten Flächen und die Umstellung der Landwirtschaft in den neuen Ländern zurückzuführen ist. Im Jahr 1999 ist erstmals wieder ein Rückgang auf das Niveau von 1992 zu verzeichnen. Entscheidend für die Bewertung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes ist weniger die ausgebrachte Menge als vielmehr die Wirkungsintensität. Moderne hochwirksame Pflanzenschutzmittel können in geringer Dosierung durchaus das gleiche Gefährdungspotenzial wie ältere Mittel in höherer Dosierung aufweisen.

Auf den Straßen und Autobahnen im Bundesgebiet wird Streusalz nach wie vor gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch starken Schwankungen unterworfen. Der Durchschnittsverbrauch der vergangenen zehn Winter (1991/92 bis 2000/01) betrug für die Bundesstraßen und Autobahnen in Deutschland rund 490 000 Tonnen, wobei der Verbrauch in den Jahren 1995/96 mit 738 000 Tonnen sowie 1998/99 mit 816 000 Tonnen besonders hoch war.

Der intensive Einsatz von Auftausalzen hat ökologische Auswirkungen auf Straßenrandböden und -bewuchs. Daneben sind aber auch erhebliche ökonomische Folgeschäden von ausgebrachter und verspritzter Salzlösung an Betonbauten, Stahlträgern und Kfz-Karosserien bekannt.

19.2.5 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Erhebung umfasst Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Unter Umgang ist das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden einschließlich des innerbetrieblichen Transports zu verstehen. Im Jahr 1999 ereigneten sich in Deutschland 2 630 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde ein Volumen von 6 980 Kubikmeter freigesetzt, wovon 4 589 Kubikmeter nicht wiedergewonnen werden konnten, d. h. in der Umwelt verblieben. In der Mehrzahl der Unfälle (73 %) waren Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 betroffen. Dazu gehören zum Beispiel Heizöl, Benzin und Dieselmotortreibstoff. Sie bildeten jedoch nur 37 % des freigesetzten Volumens. Stark wassergefährdende Stoffe mit Wassergefährdungsklasse 3 wie Altöle, Rohbenzin und Quecksilber wurden bei 11 % der Unfälle freigesetzt. Der Anteil der schwach wassergefährdenden Stoffe (Wassergefährdungsklasse 1) wie schweres Heizöl, Methanol und schweflige Säure betrug 6 %. Einen Anteil von 47 % am freigesetzten Volumen, aber nur 9 % der Unfälle bildeten Stoffe mit unbekannter Wassergefährdungsklasse. Hierin sind mehrere Unfälle mit größeren Mengen Gülle, Jauche oder Silagesickersaft enthalten, die nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft werden. Insgesamt wurde ein Kostenaufwand von über 33,75 Mill. Euro für Maßnahmen zur Schadensbegrenzung veranschlagt.

Tab. 7: Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
(Freigesetztes und nicht wiedergewonnenes Volumen)

	Früheres Bundesgebiet			Deutschland				
	1980 ¹	1985 ¹	1990 ¹	1995 ¹	1996 ²	1997	1998	1999
Unfälle	1 892	1 670	1 729	1 268	2 481	2 785	2 665	2 630
	<i>Anzahl</i>							
	<i>m³</i>							
Freigesetztes Volumen	8 942	5 239	2 693	3 738	4 348	4 074	5 178	6 980
Nicht wiedergewonnenes Volumen	3 690	3 221	759	1 509	2 413	1 833	3 466	4 589
Prozent	41	61	28	40	55	45	67	66

¹ Bis 1995 Lagerung und Transport.

² Ab 1996 einschl. Betriebsstofftanks.

19.3 Umweltzustand

Eine besonders schwierige Aufgabe ist es, die durch umweltbelastende Aktivitäten verursachten Umweltveränderungen statistisch zu erfassen. Zwar liegen vielfältige Einzelinformationen aus Messnetzen, Verwaltungsunterlagen, Forschungsprojekten u.Ä. vor, aber gleichzeitig fehlen in der Regel bundesweit

einheitlich erfasste und aussagekräftige Daten für diesen Bereich. Daher wurden Konzepte für eine systematische Umweltbeobachtung in ausgewählten Regionen bzw. durch repräsentative Stichprobenerhebungen erarbeitet. Im Rahmen der »Ökologischen Flächenstichprobe« ist es möglich, erstmals für das gesamte Bundesgebiet Zustand und Entwicklung der Qualität von Landschaft und Ökosystemen, insbesondere auch hinsichtlich der Biodiversität, zu ermitteln. Allerdings konnten diese Konzepte bisher noch nicht eingesetzt werden, sodass entsprechende Informationen zum Umweltzustand in Deutschland weiterhin nicht im erwünschten Maße vorhanden sind. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten insofern nur einzelne Aspekte von Zustandsveränderungen hinsichtlich spezieller Fragestellungen, die zu Beginn der 80er-Jahre besonders dringlich erschienen und deren statistische Erfassung daher frühzeitig in Angriff genommen wurde.

19.3.1 Waldschäden

Seit Ende der 70er-Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen ließen. Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und aufgrund von Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Temperaturstürze sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

Zur Beurteilung des Zustandes der Wälder werden seit 1984 jährlich Waldschadenserhebungen durch die Landesforstverwaltungen durchgeführt. Um die Schadensentwicklung über lange Zeiträume beobachten und den Umfang der Schäden vergleichen zu können, sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadklassen bis heute beibehalten worden, wenngleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung bzw. Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung 2000, dass sich die seit 1991 zu beobachtende allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes in den vergangenen Jahren nicht fortsetzen konnte. Die deutlichen Schäden sind von 30 % im Jahr 1991 auf 21 % im Jahr 1998 zurückgegangen, im Jahr 2000 wurden jedoch 23 % der Bäume als stark geschädigt eingestuft. 42 % der Wälder sind schwach geschädigt, ohne erkennbare Schadmerkmale sind 35 %. Die Waldschadenserhebung belegt zudem, dass ältere Bäume von Kronenverlichtungen wesentlich stärker betroffen sind als junge. Für einzelne Baumarten stellen sich die Schadmerkmale zurzeit folgendermaßen dar:

Nach einer deutlichen Verschlechterung Anfang der 90er-Jahre und einer Verbesserung zwischen 1994 (24 %) und 1996 (18 %) stagnieren in den vergange-

nen zwei Jahren die deutlichen Schäden bei der *Fichte* auf einem hohen Niveau von 25 %.

Bei der *Kiefer* hat der Anteil der deutlichen Schäden von 1991 bis 1998 kontinuierlich abgenommen und mit 10 % das niedrigste Niveau aller Baumarten erreicht. Aber auch hier hat sich der Zustand in den vergangenen zwei Jahren auf 13 % im Jahr 2000 wieder verschlechtert.

Die *Buche* ist mit etwa 14 % Anteil an der Waldfläche die häufigste Laubbaumart in Deutschland. Nach einer Zunahme von acht Prozentpunkten gegenüber dem

Tab. 8: Waldschäden in Deutschland 1992 bis 2000¹
in Prozent der Probestämme

Bundesland	Schadstufe 1 Warnstufe ²				Schadstufen 2–4 deutliche Schäden			
	1992	1998	1999	2000	1992	1998	1999	2000
Baden-Württemberg	50	. ³	. ³	. ³	24	24	25	24
Bayern	45	41	42	48	32	19	19	22
Berlin	51	60	53	55	14	12	18	24
Brandenburg	45	38	36	39	25	10	7	8
Bremen	31	20	.	19	10	6	.	6
Hamburg	35	35	36	34	17	21	18	23
Hessen	36	39	46	37	33	36	27	35
Mecklenburg- Vorpommern	46	40	40	39	43	9	11	16
Niedersachsen	39	33	. ³	33	13	13	13	16
Nordrhein-Westfalen	34	34	43	36	16	21	24	30
Rheinland-Pfalz	41	43	46	48	13	25	25	18
Saarland	27	35	37	37	18	15	14	14
Sachsen	40	37	36	37	21	19	22	19
Sachsen-Anhalt	37	29	28	30	32	16	15	18
Schleswig-Holstein	27	30	35	29	13	28	26	30
Thüringen	30	41	42	42	54	31	29	28
Deutschland	42	41	41	42	29	21	22	23

1 Ergebnisse der Waldschadenserhebungen (Ermittlung der Landesforstverwaltungen). Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 In Schadstufe 1: 1992 Ergebnisse früherer Waldschadenserhebungen.

3 Keine Einzelergebnisse für die Schadstufe 1.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Vorjahr auf 40 % bei den deutlich geschädigten Bäumen im Jahr 2000 weist sie im Beobachtungszeitraum den höchsten Flächenanteil an deutlichen Schäden auf. Auch in den vergangenen Jahren gab es bereits sprunghafte Zunahmen der geschädigten Bäume, die in den Folgejahren nicht wieder auf das Ausgangsniveau zurückgingen. Somit lag der Anteil an deutlich geschädigten Buchen bereits im Jahr 1999 mit 32 % schon erheblich über dem Ausgangsniveau des Jahres 1984 von 13 %.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kronenverlichtung bei der *Eiche* in den vergangenen Jahren ständig zugenommen; die Eiche entwickelte sich zu der am gravierendsten geschädigten Baumart. 1996 waren 47 % der Eichenbestände betroffen. Seit dem Jahr 1997 ist jedoch eine Tendenz zur Verbesserung des Kronenzustandes der Eichen zu vermerken. Im Jahr 2000 waren noch 35 % der Bäume deutlich geschädigt.

In der langfristigen Betrachtung ist zu erkennen, dass die Schädigungen der Nadelbäume deutlich unter den zu Beginn der Erhebung ermittelten Werten liegen. Dagegen stieg der Flächenanteil deutlich geschädigter Bäume bei den Laubbaumarten Buche und Eiche mit teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen und liegt heute deutlich über dem Ausgangsniveau von 1984.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum einnehmen (z. B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbe-

Tab. 9: Tier- und Pflanzenarten nach dem Grad ihrer Gefährdung

Tierart Pflanzenart	Jahr	Ins- gesamt	Aktuell ge- fährdet bzw. ausgestorben	Potenziell gefährdet
		Anzahl	%	
Tierarten				
Wirbeltiere				
Säugetiere	1998	100	46,0	5,0
Brutvögel	1998	256	33,6	10,6
Kriechtiere	1998	14	78,6	–
Lurche	1998	21	61,9	4,8
Fische/Rundmäuler ¹	1998	70	70,0	4,3
Fische/Rundmäuler ²	1998	207	21,3	.
Pflanzenarten				
Farn- und Blütenpflanzen	1996	3 001	28,4	3,1
Moose	1996	1 121	39,3	6,4
Flechten	1996	> 1 691	55,2	6,1
Großpilze	1996	> 4 385	23,4	8,6
Armleuchteralgen	1996	40	85,0	5,0

1 Limnische Fischarten (Süßwasserfische).

2 Marine Fischarten.

Quelle: Bundesanstalt für Naturschutz.

dingungen, in Flurbereinigungen und in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen u. a. Maßnahmen des Straßenbaus, der Siedlungs- und Bautätigkeit, des Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen beim Menschen kann nur selten eindeutig nachgewiesen werden. Insbesondere können Wechselwirkungen verschiedener Risikomerkmale untereinander nach dem derzeitigen Stand der Forschung nicht angemessen erfasst werden. Insofern sind statistische Ergebnisse über eindeutig als umweltbedingt einzuordnende Erkrankungen der Bevölkerung nicht verfügbar. Dagegen gibt es eine Reihe von Faktoren, die als umweltbedingte Gesundheitsrisiken betrachtet werden.

Der »Gesundheitsbericht für Deutschland«, der 1998 vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wurde, nennt hierzu vor allem unerwünschte Stoffe in Nahrung und Trinkwasser, Belastungen von Außen- und Innenluft sowie Lärm.

Zu den unerwünschten Stoffen in Nahrung und Trinkwasser zählen Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln sowie Tierarzneimitteln, polychlorierte Biphenyle (PCB), toxische Schwermetalle, Radionukleide, Mykotoxine (Stoffwechselprodukte niederer Pilze), aromatische Kohlenwasserstoffe sowie Nitrit und Nitrat. In den Jahren 1991 bis 1993 von 19 amtlichen Untersuchungsanstalten durchgeführte Analysen auf Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln in Obst ergaben bei 43,4 % keine messbaren Rückstände, in 2,7 % der Fälle lag eine Höchstmengenüberschreitung bei mindestens einem Wirkstoff vor. Vergleichbare Untersuchungen bei Gemüse zeigten bei 65,3 % der Proben keine Rückstände, in 2,4 % der Fälle waren die erlaubten Höchstmengen überschritten. Rückstände von Tierarzneimitteln wurden bei Untersuchungen tierischer Lebensmittel im Jahr 1994 bei weniger als einem Prozent der Proben festgestellt. Bei regelmäßigen Untersuchungen der Milch wurden bei ein bis drei Promille der Proben Rückstände von Tierarzneimitteln beobachtet.

Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit ist die Belastung der Außenluft durch Schwefeldioxid, Schwebstaub, Stickstoffdioxid und Ozon von besonderem Interesse. Vergleichende Untersuchungen, die in Deutschland, Dänemark und in der Schweiz durchgeführt wurden, lassen ein erhöhtes Risiko, an chronischer Bronchitis und Asthma zu erkranken, vermuten.

Darüber hinaus können erhöhte Ozonkonzentrationen im Sommer zu Einschränkungen der Lungenfunktion und der körperlichen Leistungsfähigkeit führen. Auch Allergien werden mit Außenluftverschmutzungen in Verbindung gebracht. Allerdings zeigen entsprechende Untersuchungen keinen eindeutigen Zusammenhang. So sind beispielsweise in den ehemals stark belasteten Industrieregionen Ostdeutschlands weniger Allergien festgestellt worden als in Westdeutschland

und auch eine vermutete Angleichung zwischen Ost und West im Verlauf der Anpassung der Lebens- und Umweltverhältnisse fand bisher nicht in dem erwarteten Maß statt.

Bei der Belastung der Innenluft spielen vor allem die verwendeten Baumaterialien und die von ihnen möglicherweise abgegebenen Stoffe wie polychlorierte Biphenyle (PCB), polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Pentachlorophenol, Formaldehyd, Asbestfasern, Lindan und halogenierte Kohlenwasserstoffe eine Rolle. Nach Einschätzung der Autoren des Gesundheitsberichts können hier selbst geringe Konzentrationen gesundheitlich bedeutsam sein.

Lärm ist als Ursache gesundheitlicher Beeinträchtigungen in den vergangenen Jahren eingehend untersucht worden. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass mit der Lärmbelastung das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Krankheiten des Verdauungssystems steigt. Modellrechnungen des Umweltbundesamtes haben ergeben, dass knapp 16 % der Bevölkerung in Westdeutschland tagsüber mit einem straßenverkehrsbedingten Lärmpegel belastet sind, bei dem gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchtet werden müssen (mehr als 65 Dezibel [A]). Nachts können Schlafstörungen und damit Gesundheitsbelastungen bereits bei einem Lärmpegel von mehr als 50 Dezibel (A) auftreten. Einem solchen Lärmpegel sind den Angaben des Umweltbundesamtes zufolge rund 31 % der Bevölkerung regelmäßig ausgesetzt.

19.4 Umweltschutz

19.4.1 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht Halt und ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Union trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließ. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos (vgl. Abschnitt 19.4.4) zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EU-Ebene tritt eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

Nicht zuletzt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, die Klimakonferenz im März 1995 in Berlin, der Kyoto-Gipfel im Dezember 1997, die Konferenz von Buenos Aires im November

1998, die Klimakonferenzen von Bonn 1999, Den Haag 2000 und die Konferenz von Bonn im August 2001 haben gezeigt, wie schwer internationale Vereinbarungen im Umweltschutz und -recht, gerade im Hinblick auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt, erreicht werden können. Das Abkommen von Kyoto, nach dem alle sechs maßgeblichen Treibhausgase in der Periode 2008 bis 2012 insgesamt um 5,2 % (Basis 1990) verringert werden sollen, muss nunmehr durch die konkrete Ausgestaltung dauerhaft gesichert werden. Auf der Bonner Klimakonferenz 2001 wurden auf Wunsch der USA Speichermedien für Kohlenstoff wie Wälder und landwirtschaftliche Böden angerechnet, was die ursprünglichen Ziele des Kyoto-Protokolls über die Reduktion von Treibhausgasen relativiert.

19.4.2 Umweltschutzeinrichtungen

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen oder der Wert von Umweltschutzeinrichtungen, der am Bruttoanlagevermögen für die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung gemessen wird. In Deutschland stieg der Wert des Bruttoanlagevermögens für Umweltschutz, dargestellt in Preisen von 1995, im Produzierenden Gewerbe von umgerechnet 44 Mrd. Euro im Jahr 1991 auf 51 Mrd. Euro im Jahr 1999. Beim Staat erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum von 162 Mrd. Euro auf 196 Mrd. Euro.

Die Umweltschutzeinrichtungen des Staates und Produzierenden Gewerbes dienen unterschiedlichen Zwecken. Während 1999 das Anlagevermögen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe zu 56 % im Bereich der Luftreinhaltung, zu 29 % für den Gewässerschutz, zu 11 % für die Abfallbeseitigung und zu 4 % für die Lärmbekämpfung eingesetzt wurde, dominierte beim Staat deutlich der Gewässerschutz mit 91 % des Anlagenbestandes. Dies ist auf den großen Bestand an Kanalisations- und Kläranlagen zurückzuführen. Nur knapp 7 % des Umweltschutzanlagevermögens des Staates dienen der Abfallbeseitigung.

19.4.3 Ausgaben für Umweltschutz

Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz – das ist die Summe aus Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen – beschränken sich, wie die obigen Angaben zum Anlagevermögen für Umweltschutz, auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung. Erstmals wird auch über Umweltschutzausgaben der immer bedeutsameren privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen berichtet.

Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen betrugen 1997 umge-

rechnet insgesamt 33,9 Mrd. Euro gegenüber 34,5 Mrd. Euro im Jahr 1994. Während von 1994 bis 1996 von Jahr zu Jahr mehr für den Umweltschutz gezahlt wurde, sind die Ausgaben 1997 gesunken. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Beim Produzierenden Gewerbe haben die Investitionen zwischen 1994 und 1997 stark abgenommen. Hier spielen vermutlich zwei Gründe eine wichtige Rolle. Zum einen dürften die vorliegenden Daten die Entwicklung unterzeichnen, weil die in der Darstellung nicht erfassten integrierten Umweltschutzmaßnahmen an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sind die Einsatzfelder für

Tab. 10: Umweltschutzausgaben
In Mill. Euro (in Preisen von 1995)

	1994	1995	1996	1997	1998 ¹
Ausgaben für Umweltschutz insgesamt	34 520	35 450	35 950	33 900	.
Anteil am Bruttoinlandsprodukt (in %)	1,9	2,0	2,0	1,8	.
davon: Produzierendes Gewerbe ^{2, 3, 4}	9 340	8 950	9 180	7 900	6 220
Staat	14 820	14 030	12 680	11 230	10 530
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	10 360	12 460	14 090	14 770	.
Investitionen für Umweltschutz	15 350	14 040	12 920	11 610	.
Anteil an den Gesamtinvestitionen (in %)	3,8	3,5	3,2	2,9	.
davon: Produzierendes Gewerbe ²	3 080	2 580	2 510	1 770	1 580
Staat	6 900	6 130	5 040	4 380	3 870
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	5 370	5 330	5 370	5 460	.
Laufende Ausgaben für Umweltschutz	19 170	21 400	23 030	22 300	.
davon: Produzierendes Gewerbe ^{2, 3, 4}	6 260	6 370	6 670	6 130	4 640
Staat	7 910	7 910	7 640	6 860	6 660
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	4 990	7 130	8 720	9 310	.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ohne Baugewerbe und ohne Ausgaben für integrierte Umweltschutzmaßnahmen.

3 Ohne Gebühren und Entgelte für Entsorgungsdienstleistungen durch Dritte.

4 1998 ohne laufende Ausgaben der Energie- und Wasserwirtschaft.

5 Außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen, insbesondere Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes.

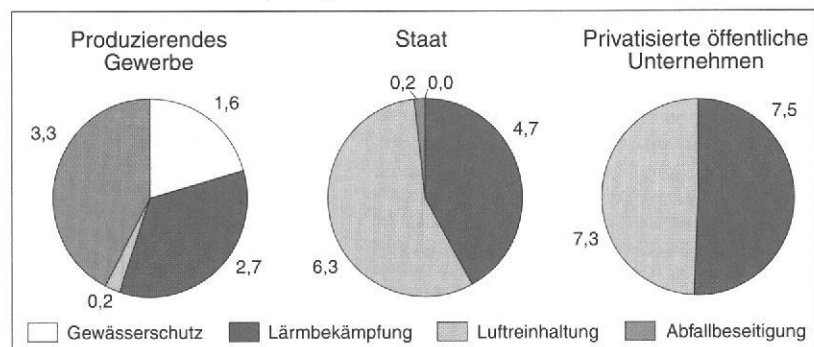
kostenintensive, dem Produktionsprozess in der Regel nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, so genannte End-of-pipe-Anlagen, zu einem großen Teil bereits ausgeschöpft. Im Staatssektor sind die Investitionen aufgrund der zunehmenden Verlagerungen von ehemals rein staatlichen Entsorgungsbetrieben zu privatwirtschaftlichen Unternehmensformen erheblich zurückgegangen, entsprechend bei den öffentlichen Entsorgungsunternehmen leicht gestiegen.

Im Jahr 1997 gaben das Produzierende Gewerbe umgerechnet acht Mrd. Euro (23,2 %), der Staat 11 Mrd. Euro (oder 33,1 %) und die privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen 15 Mrd. Euro (oder 43,7 %) für den Umweltschutz aus. Davon waren beim Staat 38 % und bei den privatisierten öffentlichen Entsor-

gungsunternehmen 36 % investive Umweltschutzausgaben, im Produzierenden Gewerbe überwogen eindeutig die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit rund 77 %.

Von den Gesamtinvestitionen des Produzierenden Gewerbes dienten 1997 in Deutschland 3 % dem Umweltschutz. Von den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes investierten 1997, bezogen auf die jeweiligen Gesamtinvestitionen, die Recyclingunternehmen (12,7 %) und die Kokerei, Mineralölverarbeitung (11,9 %) am meisten in den Umweltschutz.

Abb. 5: Umweltschutzausgaben¹ nach Umweltschutzbereichen 1997
in Mrd. EUR – in jeweiligen Preisen –



1 Ohne Ausgaben für integrierte Umweltschutzmaßnahmen.

Der Großteil aller Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe diente 1997 der Luftreinhaltung und dem Gewässerschutz, der Rest verteilte sich auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

19.4.4 Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen

Der Straßenverkehr hat am Gesamtausstoß von Luftschadstoffen einen nicht unerheblichen Anteil. So stammten 1999 insgesamt 61 % der Stickstoffemissionen, 52 % der Kohlenmonoxidemissionen und 23 % der flüchtigen organischen Verbindungen aus dem Straßenverkehr.

Seit den ersten Vereinbarungen zur Einführung schadstoffreduzierter Personenkraftwagen auf EG-Ebene im Jahr 1985 wurden die Emissionsgrenzwerte für Neuzulassungen laufend verschärft und damit die durchschnittlichen Schadstoffemissionen des Pkw-Bestandes deutlich vermindert. Lediglich die Kohlendioxidemissionen sind aufgrund höherer Gesamtfahrleistungen und geringerer technischer Möglichkeiten zu deren Reduzierung weiter angestiegen. Während 1991 rund 49 % des Pkw-Bestandes schadstoffreduziert waren, stieg dieser Bestand Anfang 2001 auf fast 95 %.

Tab. 11: Neuzulassungen und Bestand schadstoffreduzierter Pkw

Jahr	Personen- kraftwagen insgesamt	Darunter schadstoffreduziert	
		zusammen	Anteil an Pkw insgesamt
	1 000	1 000	%
<i>Neuzulassungen</i>			
1991	3 429	3 304	96,4
1993	3 194	3 186	99,7
1995	3 314	3 309	99,8
1997	3 528	3 525	99,9
1999	3 802	3 800	99,9
2000	3 378	3 376	99,9
darunter mit: Ottomotor	2 352	2 350	99,9
Dieselmotor	1 026	1 026	100,0
<i>Bestand am Jahresanfang</i>			
1991	30 695	15 073	49,1
1993	37 579	23 569	62,7
1995	39 918	34 463	83,3
1997	41 045	35 428	86,3
1999 ¹	42 316	38 989	92,1
2001	43 765	41 547	94,9
darunter mit: Ottomotor	37 408	35 336	94,5
Dieselmotor	6 357	6 211	97,7

1 Bestand am 1. 7. 1999.

Quelle: Kraftfahrtbundesamt.

19.4.5 Natur- und Landschaftsschutz

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Diese Praxis hat jedoch gezeigt, dass ein System voneinander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum »Europäischen Naturschutzjahr« erklärt und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten zu beschränken.

Vielmehr soll »Naturschutz auf der ganzen Fläche« angewendet werden, weil das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächennutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser »moderne Naturschutz« als Basis der allgemein als Handlungsziel akzeptierten nachhaltig-umweltgerechten Nutzung in Zukunft realisiert werden kann, erscheint offen.

Im vorliegenden Report kann bislang nur über den Bestand an Schutzgebieten verschiedener Kategorien berichtet werden, ohne Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft – sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Gebiete –

machen zu können. Mit der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie der EU von 1992 wurde erstmals für Europa ein einheitliches Auswahl- und Bewertungsverfahren zur Einrichtung von »Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung« bzw. *FFH-Gebieten* vorgegeben. Für die Länder der EU besteht damit eine rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung entsprechender Gebiete für das Schutzgebietssystem »Natura 2000«. Diesen Gebieten kommt ein strenger Schutzstatus zu, mindestens vergleichbar dem Status der Naturschutzgebiete. FFH-Gebiete bleiben an dieser Stelle jedoch unberücksichtigt, da die deutschen Vorschläge noch nicht vollständig vorliegen bzw. nicht abschließend bewertet sind.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen die *Naturschutzgebiete* und Nationalparke dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Ende 2001 gab es im Bundesgebiet 6 365 Naturschutzgebiete mit 8 706 Quadratkilometern Fläche. Die Naturschutzgebietsfläche schwankt in den Bundesländern zwischen 1,4 % (Saarland) und 6,1 % (Hamburg); der Durchschnitt für das Bundesgebiet beträgt 2,4 %.

Tab. 12: Schutzgebiete in der Bundesrepublik Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche	Anteil an der Staatsfläche	Bemerkung
		ha	%	
Nationalparke	13	728 507	2,0	Davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Biosphärenreservate	13	1 539 727	4,3	Davon ca. 43 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Naturschutzgebiete	6 365	870 593	2,4	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee; Stand 1. 1. 1999
Naturparke	80	6 686 823	18,7	
Landschaftsschutzgebiete	6 616	9 591 503	26,9	In einigen Ländern keine aktuellen Daten vorhanden; Stand 1. 1. 1999
Naturwaldreservate	661	245 477	0,2	0,2 % an der Waldfläche
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	31	671 204	1,9	Inkl. Schleswig-Holsteinischem Wattenmeer
Europareservate	20	268 408	0,8	Vogelschutzgebiete für Watt- und Wasservögel; überwiegend Naturschutzgebiete

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. – Bearbeitungsstand 2001. Neben inhaltlichen Unterschieden ist darauf hinzuweisen, dass eine Addition der Schutzgebietstypen nicht möglich ist, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

Die Schutzkategorie der *Nationalparke* umfasst großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der Bundesrepublik Deutschland existieren gegenwärtig 13 Nationalparke mit einer Fläche von insgesamt 7 285 Quadratkilometern. Nationalparke können, da großräumig ausgewiesen, in ihren »Kernzonen« den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden.

Naturwaldreservate wurden in den vergangenen Jahren in den Bundesländern verstärkt auf der Grundlage der novellierten Landeswaldgesetze ausgewiesen. Unter verschiedenen Bezeichnungen gibt es zurzeit 661 solcher Reservate mit zusammen 24 547 Hektar, also einer durchschnittlichen Größe von knapp 37 Hektar. In der Praxis gibt es zwei Kategorien solcher Waldschutzgebiete: In Baden-Württemberg z.B. die »Bannwälder« als Totalreservate, in denen jede Waldbewirtschaftung grundsätzlich untersagt ist (auch Totholz bleibt in der Fläche), und die »Schonwälder«, in denen durch gezielte forstliche Maßnahmen bestimmte Waldformen mit den für sie typischen Pflanzen- und Tierarten erhalten werden. Letztere sind in Tab. 12 nicht enthalten. Aufgrund der fehlenden oder nur sehr extensiven Bewirtschaftung haben diese Waldschutzgebiete für den Naturschutz als Flächen für den Biotop- und Artenschutz einen besonders hohen Wert. Einige Waldschutzgebiete sind deshalb gleichzeitig Naturschutzgebiete, in denen verstärkt Waldökosystemforschung betrieben wird.

Die *Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Watt- und Wasservögel* umfassen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Lebensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, landschaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. Inzwischen sind 31 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung mit einer Fläche von 6 712 Quadratkilometern ausgewiesen. Es wird angestrebt, diese Feuchtgebiete mit der Zeit alle nach den Naturschutzgesetzen rechtlich zu sichern.

International bedeutsame Lebensräume für Watt- und Wasservögel können das Prädikat »Europareservat« vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, z. B. durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms »Der Mensch und die Biosphäre« geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept

einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutzzonen untergliedert. Diese sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt.

Landschaftsschutzgebiete sind trotz hohen Anspruchs nach dem Bundesnaturschutzgesetz als schwächste Schutzkategorie einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz und Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungsbedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik bestanden Ende 1998 insgesamt 6 616 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von etwa 96 000 Quadratkilometern.

Als letzte Kategorie enthalten sind die 80 Naturparke mit einer Gesamtfläche von knapp 66 868 Quadratkilometern. Naturparke sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der Flächenanteil der Naturparke ist meist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In den Landschaftsschutzgesetzen der neuen Bundesländer ist dem Naturschutz in den Naturparks ein höherer Stellenwert eingeräumt worden.

Im gesamten Bundesgebiet führen Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist es nicht zulässig, die Schutzgebietsflächen in Tab. 12 zu summieren.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe auch Teil II, Kap. 10.

20 Deutschland und die Europäische Union

20.1 Einführung

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union entspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen« und ist nach der Wiedervereinigung im neuen Europa-Artikel des Grundgesetzes (Art. 23) konkretisiert worden. Aber auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen mit den Partnerstaaten der Europäischen Union sind so wichtig, dass in diesem Kapitel die Europäische Union gesondert betrachtet wird.

Zu zentralen Themenbereichen wie die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Finanzierung, Erweiterung, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und außenwirtschaftliche Beziehungen sowie zu den Lebensverhältnissen in den EU-Staaten werden in diesem Abschnitt Vergleichstabellen kommentiert.

Neben den 15 EU-Mitgliedsländern werden auch die 13 Beitrittskandidaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn und Zypern betrachtet. Damit wird der in den nächsten Jahren zu erwartenden EU-Erweiterung Rechnung getragen. Gesamtergebnisse werden für die 15 EU-Staaten sowie – wo dies möglich ist – für die so genannte Eurozone, d. h. für die elf Mitgliedsländer der am 1. Januar 1999 gegründeten Europäischen Währungsunion, dargestellt.¹

Die Zahlen in den Tabellen stammen vor allem aus den Print- und elektronischen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg sowie aus verschiedenen Quellen internationaler Organisationen.

Die Zahlen für Deutschland können aus diesem Grunde von den Angaben in anderen Abschnitten abweichen, die weitgehend auf bundesstatistischen Ergebnissen basieren.

Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren sowie der Bearbeitungsmethoden beeinträchtigen trotz weitergehender Harmonisierung der Angaben deren Vergleichbarkeit in Einzelfällen. Folglich können die in diesem Kapitel verwendeten Zahlenangaben zum Teil nur Größenordnungen vermitteln. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen bei einer vergleichenden Übersicht Einschränkungen in Kauf genommen werden.

¹ Griechenland wurde am 1. Januar 2001 als zwölftes Mitglied in die Eurozone aufgenommen.

20.2 Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union

Der Europäische Integrationsprozess begann mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Aus diesen drei Gemeinschaften entstanden 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG). Ziel der EG ist die politische und wirtschaftliche Einigung Europas. Die ersten Schritte bestanden in dem Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

Am 1. Januar 1973 kam es mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands sowie des Vereinigten Königreichs zur ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Am 1. Januar 1981 folgte Griechenland. 1986 fand mit dem Beitritt Portugals und Spaniens die so genannte Süderweiterung statt.

Mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde neben der Liberalisierung des Güteraustausches auch der Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten freigegeben.

Mit dem »Vertrag über die Europäische Union (EU)« vom 7. Februar 1992 von Maastricht, der am 1. November 1993 in Kraft trat, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung »Euro« darstellt. Zugleich wurden Schritte zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik beschlossen.

Die vorerst letzte Erweiterung der EU bildete zum 1. Januar 1995 die Aufnahme Finnlands, Österreichs und Schwedens, die seit diesem Zeitpunkt Vollmitglieder der Europäischen Union sind.

Mit dem »Vertrag von Amsterdam« vom 2. Oktober 1997 wurde der Integrationsprozess mit Blick auf die Erweiterung der EU fortgesetzt. Derzeit haben 13 Staaten eine Mitgliedschaft in der EU beantragt. Der Erweiterungsprozess wurde mit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 mit den Ländern Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern sowie am 15. Februar 2000 mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei eingeleitet. Mit der Türkei wurden bislang noch keine Verhandlungen aufgenommen.

Die Beitrittsverhandlungen zielen u. a. auf die Übernahme des so genannten »acquis communautaire« der EU durch die Beitrittsländer. Dies sind die gemeinsamen Rechtsgrundlagen der Europäischen Union auf der Basis der Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam, die in insgesamt 31 Kapiteln verhandelt wer-

den. Regelmäßige Berichte der EU-Kommission informieren über den Stand der Verhandlungen, die mit einem Großteil der Kandidatenländer bereits weit fortgeschritten sind und mit den Ländern, die alle Kriterien zum Beitritt erfüllen, voraussichtlich zum Jahresende 2002 abgeschlossen werden sollen. Zum Vollzug der EU-Erweiterung ist dann die Ratifizierung der Beitrittsverträge von den Beitrittsländern und den bisherigen 15 EU-Mitgliedstaaten erforderlich, wobei in einzelnen Ländern zusätzlich Referenden durchgeführt werden.

20.3 Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Ein wichtiges Eckdatum der Europäischen Union bildete die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999 in Vollzug der dritten Stufe der im »Vertrag von Maastricht« vereinbarten Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Auf dem Weg zur Einführung des Euro galt es, mehrere geld-, währungs- und haushaltspolitische Voraussetzungen zu erfüllen, um die Stabilität des Euro von Anfang an zu garantieren. Die zentralen Kennziffern wurden als »Maastricht-Kriterien« bzw. »Konvergenzkriterien« bezeichnet. Nur diejenigen Staaten, die hinsichtlich dieser Kriterien vorgegebene Schwellenwerte unterschritten bzw. die Tendenz einer deutlichen Verbesserung aufwiesen und sich zu einer Teilnahme entschieden, sollten Mitglieder der Währungsunion werden.

Auf dieser Grundlage und auf Empfehlung der am 24. bzw. 25. März 1998 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und von der EU-Kommission gleichzeitig vorgelegten Konvergenzberichte, beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 1998 termingerecht den Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 mit den elf Teilnehmerstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien. Diese Staaten werden als »Eurozone« bezeichnet. Griechenland trat am 1. Januar 2001 als zwölftes Mitglied der Eurozone bei. Dänemark, Schweden sowie das Vereinigte Königreich nehmen an der Europäischen Währungsunion noch nicht teil und haben den Euro nicht eingeführt.

Für die Beitrittsländer ist die Aufnahme in die Europäische Union nicht automatisch mit der Einführung des Euro verbunden. Neue Mitgliedstaaten müssen sich zunächst dem revidierten Europäischen Währungssystem (EWS II) anschließen. Dazu gehört u. a., dass ihre Währungen nur in einer bestimmten Spanne ($\pm 15\%$) zum festgesetzten Euro-Leitkurs schwanken dürfen. Für einen Beitritt zur Eurozone und damit für die Einführung des »Euro« muss jedes Land die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien hinsichtlich Inflation, langfristigem Zinsniveau, Haushaltsdefizit und Wechselkursstabilität erfüllen. Da von den Konvergenzkriterien auch eine zweijährige abwertungsfreie Teilnahme am

Tab. 1: Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 2000

Land	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	Langfristiger Zinssatz ¹	Defizit des Staates	Verschuldung des Staates
	Veränderung zu 1999 in %	%	% des Bruttoinlandsprodukts	
Schwellenwert	+ 2,8	+ 7,4	3,0	60,0
Belgien	+ 2,7	5,6	0,0	110,9
Dänemark	+ 2,7	5,6	- 2,5 ²	47,3
Deutschland	+ 2,1	5,3	- 1,3²	60,2
Finnland	+ 3,0	5,5	- 6,7 ²	44,0
Frankreich	+ 1,8	5,4	1,3	58,0
Griechenland	+ 2,9	6,1	0,9	103,9
Irland	+ 5,3	5,5	- 4,5 ²	39,1
Italien	+ 2,6	5,6	0,3	110,2
Luxemburg	+ 3,8	5,5	- 5,3 ²	5,3
Niederlande	+ 2,3	5,4	- 2,0 ²	56,3
Österreich	+ 2,0	5,6	1,1	62,8
Portugal	+ 2,8	5,6	1,4	53,8
Schweden	+ 1,3	5,4	- 4,0 ²	55,6
Spanien	+ 3,5	5,5	0,3	60,6
Vereinigtes Königreich	+ 0,8	5,3	- 4,4 ²	42,9
Europäische Union	+ 2,1	5,4	- 1,2²	64,2
Eurozone	+ 2,3	5,4	- 0,3²	69,7
Beitrittsländer zur EU				
Bulgarien	+ 10,3	.	0,7	76,9
Estland	+ 3,9	.	0,7	5,3
Lettland	+ 2,6	.	2,7	14,1
Litauen	+ 0,9	.	3,3	23,7
Malta	.	.	6,6	60,6
Polen	+ 10,1	.	3,5	40,9
Rumänien	+ 45,7	.	3,8	22,9
Slowakei	+ 12,1	.	6,7	32,4
Slowenien	+ 8,9	.	2,3	25,8
Tschechische Republik	+ 3,9	.	4,2	17,3
Türkei	+ 64,9 ³	.	11,0	57,8
Ungarn	+ 10,0	.	3,1	55,7
Zypern	+ 4,9	.	3,2	63,0

1 Rendite langfristiger Staatsanleihen des Sekundärmarktes (brutto) mit einer ca. zehnjährigen Restlaufzeit.

2 Überschuss.

3 Stand 1999. Nur Stadtgebiete.

EWS vorgeschrieben ist, wäre die Einführung des Euro in neuen EU-Mitgliedstaaten frühestens zwei Jahre nach deren EU-Beitritt möglich.

Die verfügbaren Werte für die Beitrittsländer für das Jahr 2000 (siehe Tab. 1) zeigen, dass diese insbesondere bei der Inflationsbekämpfung noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Vor allem bei der Eindämmung der Staatsverschuldung sind bereits Erfolg versprechende Entwicklungen zu erkennen.

Zum Stichtag 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der (zunächst) elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gegenüber dem Euro unwiderruflich festgeschrieben (siehe nachfolgende Übersicht). Bis zum Jahresende 2001 fand die neue gemeinsame Währung nur für bargeldlose Transaktionen Verwendung. Seit dem 1. Januar 2002 ist der Euro das einzig gültige gesetzliche Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone; die früheren Landeswährungen der Eurozone-Staaten behielten lediglich für kurze Übergangsfristen Gültigkeit.

Wechselkurse gegenüber dem Euro ab 1. 1. 1999

Land	1 Euro = ... Währungseinheiten
Belgien	40,3399 bfr
Deutschland	1,95583 DM
Finnland	5,94573 Fmk
Frankreich	6,55957 FF
Griechenland ¹	340,750 Dr.
Irland	0,787564 Ir£
Italien	1936,27 Lit
Luxemburg	40,3399 lfr
Niederlande	2,20371 hfl
Österreich	13,7603 S
Portugal	200,482 Esc
Spanien	166,386 Pta

¹ Wechselkurs seit 31. 12. 2000.

Wichtigstes Organ der Europäischen Währungsunion, das im Zusammenwirken mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten über die Stabilität des Euro wacht, ist die Europäische Zentralbank (EZB). Sie ist aus dem Europäischen Währungsinstitut hervorgegangen und hat unmittelbar nach dem Beschluss des Europäischen Rates über die Teilnehmer an der Währungsunion ihre Arbeit als Zentralbank in Frankfurt/Main aufgenommen.

20.4 Die Finanzierung der Europäischen Union

Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch direkte Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten, insbesondere von Anteilen ihres Mehrwertsteuereinkommens (MWSt-Eigenmittel) und einer nach dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) der einzelnen EU-Länder bemessenen Abgabe (BSP-Eigenmittel). Darüber hinaus sind für die Einnahmenseite des EU-Haushaltes Zölle, Agrarabschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten sowie Zucker- und Isoglukoseabgaben von Bedeutung.

Betrachtet man die direkt von den Mitgliedstaaten stammenden Einnahmen des EU-Haushaltes, dann zeigt sich, dass Deutschland 1999 mit 20,785 Mrd. Euro

bzw. 25,3 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts in Höhe von 82,250 Mrd. Euro der größte Zahler unter den EU-Ländern war. Mit deutlichem Abstand folgten das Vereinigte Königreich mit 14,469 Mrd. Euro (17,6 %) sowie Frankreich mit 13,267 Mrd. Euro (16,1 %).

Bei den Zahlungen an die Mitgliedsländer bzw. den Einnahmen der Mitgliedsstaaten aus dem EU-Haushalt von insgesamt 80,310 Mrd. Euro lagen 1999 Spanien und Frankreich mit 12,888 bzw. 12,830 Mrd. Euro und Anteilen von jeweils 16,0 % an der Spitze. Es folgten Deutschland mit 9,710 Mrd. Euro (12,1 %) und Italien mit 9,014 Mrd. Euro (11,2 %). Den größten Netto-Finanztransfer erhielt Spanien mit 7,229 Mrd. Euro.

Tab. 2: Einnahmen und Zahlungen der EU nach Mitgliedsländern 1999

Land	Einnahmen von den Mitgliedsländern		Zahlungen an die Mitgliedsländer	
	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹
Belgien	3 037	3,7	1 921	2,4
Dänemark	1 578	1,9	1 512	1,9
Deutschland	20 785	25,3	9 710	12,1
Finnland	1 106	1,3	901	1,1
Frankreich	13 267	16,1	12 830	16,0
Griechenland	1 256	1,5	4 870	6,1
Irland	831	1,0	2 882	3,6
Italien	10 010	12,2	9 014	11,2
Luxemburg	185	0,2	80	0,1
Niederlande	4 819	5,9	1 734	2,2
Österreich	2 006	2,4	1 218	1,5
Portugal	1 118	1,4	3 905	4,9
Schweden	2 126	2,6	1 122	1,4
Spanien	5 659	6,9	12 888	16,0
Vereinigtes Königreich	14 469	17,6	5 794	7,2
Europäische Union	82 250	100	80 310²	100

1 Anteil an EU-Ländern insgesamt.

2 Einschl. nicht aufteilbarer Zahlungen sowie Ausgaben für Verwaltung.

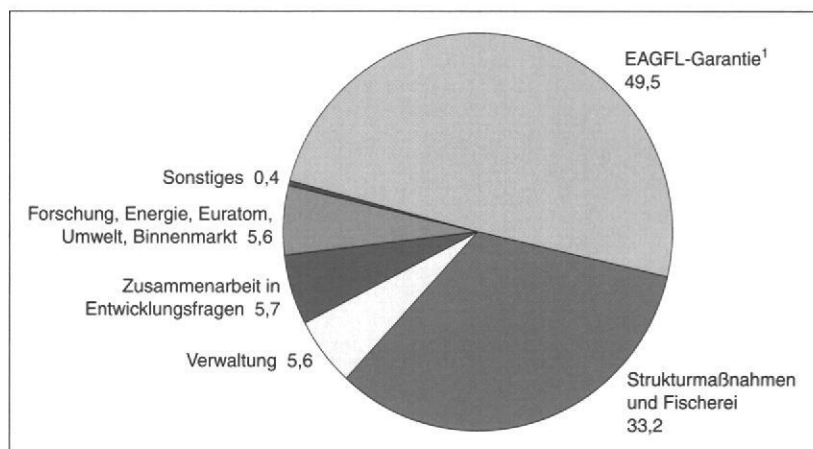
Die Verwendung der Haushaltsausgaben der EU zeigt, dass auf die Gemeinsame Agrarpolitik (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/EAGFL) etwa die Hälfte (49,5 %) der Gesamtausgaben entfielen, auf Strukturmaßnahmen und Fischerei ein Drittel (33,2 %). Die übrigen Ausgaben verteilten sich auf Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen (5,7 %), administrative Belange (5,6 %), Ausgaben für Forschung, Energie, Euratom, Umwelt und Binnenmarkt (5,6 %) und Sonstiges (0,4 %).

Die hohen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind seit längerem Gegenstand von Überlegungen für eine grundsätzliche Umstrukturierung der EU-Landwirtschaftspolitik. Mit der sog. »Agenda 2000« hat die EU-Kommission weit reichende Reformvorschläge unterbreitet, die u. a. den in der EU vorherrschenden

Agrarsubventionismus zurückdrängen und stärker marktwirtschaftlich orientierte Produktionsverhältnisse fördern sollen. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen der Agenda 2000 zur Stabilisierung der Agrarausgaben ist die Senkung der garantierten Interventionspreise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse (z. B. Getreide, Rindfleisch, Milcherzeugnisse).

Auf dem im März 1999 in Berlin unter deutscher Präsidenschaft abgehaltenen EU-Sondergipfel erzielten die Staats- und Regierungschefs der EU eine politische

Abb. 1: Ausgaben der EU nach Bereichen 1999
in Prozent



¹ Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Brüssel.

Einigung über die Agenda 2000. Allerdings blieben wegen der Kontroversen über einzuleitende agrarpolitische Reformen die Ergebnisse des Berliner Gipfels zum Teil hinter den Erwartungen zurück.

Ein Durchbruch bei der angestrebten Entlastung des EU-Haushalts von den hohen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik ist somit noch nicht gelungen. Die Entlastungsfrage wird sich spätestens vor der geplanten EU-Erweiterung mit erhöhter Dringlichkeit stellen.

20.5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Am Jahresanfang 2000 lebten nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) in den 15 EU-Staaten annähernd 376 Mill. Einwohner. Allein 291,6 Mill. bzw. rund 78 % aller EU-Bürger entfielen zu diesem

Zeitpunkt auf die Länder der Eurozone. Bevölkerungsreichstes Mitglied der Europäischen Union ist Deutschland mit 82 Mill. Einwohnern und einem Anteil von rund 22 % der EU-Bevölkerung.

Die Besiedlungsdichte ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Im EU-Durchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 119 Einwohnern je Quadratkilometer, wo-

Tab. 3: Fläche, Bevölkerung, natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung 2000¹

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend-gebo-rene	Gestor-bene	Natür-liche Bevölke-rungsbe-wegung	Wanderungs-saldo	
		ins-gesamt ²	Einwoh-ner je km ²					
		1 000 km ²	1 000	Anzahl	je 1 000 Einwohner		1 000	je 1 000 Einwohner
Belgien	31	10 239	336	11,3	10,3	1,1	12,1	1,2
Dänemark	43	5 330	124	12,6	10,9	1,7	10,1	1,9
Deutschland	357	82 164	230	9,2	10,1	- 0,9	105,3	1,3
Finnland	305	5 171	17	11,0	9,5	1,4	2,4	0,5
Frankreich	544	58 744	108	13,2	9,1	4,1	55,0	0,9
Griechenland	132	10 543	80	9,6	9,8	- 0,2	23,9	2,3
Irland	70	3 777	54	14,3	8,2	6,1	20,0	5,3
Italien	301	57 680	191	9,4	9,7	- 0,3	181,3	3,1
Luxemburg	3	436	168	13,1	8,6	4,5	3,6	8,3
Niederlande	34	15 864	468	13,0	8,8	4,1	53,1	3,3
Österreich	84	8 103	97	9,6	9,5	0,2	17,3	2,1
Portugal	92	9 998	109	12,0	10,6	1,4	11,0	1,1
Schweden	411	8 861	22	10,2	10,5	- 0,3	24,4	2,7
Spanien	505	39 442	78	9,8	9,1	0,7	20,8	0,5
Vereinigtes Königreich	244	59 623	245	11,4	10,2	1,2	140,0	2,3
Europäische Union	3 154	375 974	119	10,7	9,7	1,0	680,4	1,8
Eurozone	2 324	291 616	125	10,6	9,6	1,0	481,9	1,7
Beitrittsländer zur EU								
Bulgarien	111	8 191	74	9,0	14,1	- 5,1	0,0	0,0
Estland	44	1 372	32	9,6	13,5	- 3,9	0,2	0,2
Lettland	65	2 380	37	8,5	13,6	- 5,0	- 1,8	- 0,8
Litauen	65	3 699	57	9,2	10,5	- 1,3	- 1,1	- 0,3
Malta	0,3	389	1 232	10,9	7,6	3,3	1,4	3,5
Polen	313	38 654	124	9,8	9,5	0,3	- 19,7	- 0,5
Rumänien	238	22 456	94	10,4	11,4	- 0,9	- 3,7	- 0,2
Slowakei	49	5 399	110	10,2	9,8	0,4	1,5	0,3
Slowenien	20	1 988	98	9,1	9,3	- 0,2	2,7	1,4
Tschechische Republik	79	10 278	130	8,8	10,6	- 1,8	6,5	0,6
Türkei	779	64 818	83	21,5	6,7	14,8	3,0	0,0
Ungarn	93	10 043	108	9,7	13,5	- 3,8	0,1	0,0
Zypern	9	755	82	12,7	8,2	4,5	1,1	1,5

1 Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

2 Stand: Jahresanfang.

bei der Bandbreite von 17 bzw. 22 Einwohnern je Quadratkilometer in Finnland und Schweden bis zu 468 Einwohnern je Quadratkilometer in den Niederlanden reicht. Deutschland lag mit einer Bevölkerungsdichte von 230 Einwohnern je Quadratkilometer deutlich über dem Durchschnitt. In den Beitrittsländern zur Europäischen Union ist die durchschnittliche Einwohnerdichte, bis auf Malta und die Tschechische Republik, geringer als im EU-Durchschnitt.

Die meisten Beitrittsländer verzeichnen ein relativ niedriges Geburtenniveau, verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 10,7 Lebendgeburten je 1 000 Einwohner. Erheblich über dem EU-Durchschnitt lag im Jahr 2000 nur die Geburtenziffer in der Türkei und in Zypern mit 21,5 bzw. 12,7 Lebendgeburten je 1 000 Einwohner. Daneben weisen etliche Beitrittsländer auch deutlich über dem EU-Durchschnitt liegende Sterbeziffern auf, weshalb das natürliche Bevölkerungswachstum bei acht Beitrittsländern negativ ist, d. h. es sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Auch in den EU-Ländern Deutschland, Griechenland, Italien und Schweden wurden im Jahr 2000 weniger Menschen geboren als zur selben Zeit starben.

In vielen EU-Ländern sind grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen für die Bevölkerungsentwicklung ähnlich wichtig wie die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle. Die Nettozuwanderung in die Europäische Union betrug im Jahr 2000 nach vorläufigen Angaben von Eurostat 680 400 Menschen. Den höchsten Wanderungszuwachs verbuchte Italien mit 181 300 Nettozuwanderern. Damit entfiel auf Italien im Jahr 2000 über ein Viertel der Nettoeinwanderung in die EU, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit netto 140 000 sowie Deutschland mit 105 300 Zuwanderern.

Wie in anderen Teilen der industrialisierten Welt ist die Arbeitsmarktlage für die EU von besonderer Bedeutung (siehe Tab. 4).

Der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) reduzierte sich im EU-Mittel auf 4,4 %, gleichzeitig wuchs der Anteil des Dienstleistungssektors auf zwei Drittel (66,4 %). Auf das Produzierende Gewerbe entfällt ein Erwerbstätigenanteil von 29,2 %.

Während in der EU lediglich Griechenland und Portugal noch einen hohen agrarischen Beschäftigungsanteil von 17,0 % bzw. 12,7 % aufweisen, liegt der Anteil der im Agrarsektor Tätigen in vielen Beitrittsländern zum Teil deutlich höher: Türkei 45,8 %, Rumänien 41,8 %, Bulgarien 26,6 %, Litauen 20,2 %, Polen 19,2 % und Lettland 15,3 %.

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der EU zeigt sich an der Gesamtzahl von 14,2 Mill. Betroffenen im Jahr 2000 (Eurozone: 11,7 Mill.). Allerdings bestehen im zwischenstaatlichen Vergleich erhebliche Disparitäten im Niveau der Arbeitslosigkeit. Während im Durchschnitt der 15 Mitgliedsländer die Arbeitslosenquote bei 8,2 % lag (Eurozone: 8,9 %), betrug sie in Spanien 14,1 %. Deutschland lag mit 7,9 % leicht unter dem Durchschnitt. Die Länder mit der niedrigsten Erwerbslosenquote waren Luxemburg mit 2,4 % und die Niederlande mit 3,0 %.

Tab. 4: Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten 2000¹

Land	Erwerbstätige				Arbeitslose	Arbeitslosenquoten	
	insgesamt	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsgewerbe ²	insgesamt	insgesamt	unter 25 Jahre
	1 000	% der Erwerbstätigen			1 000	%	
Belgien	3 987	2,4	25,8	71,8	311	7,0	17,7
Dänemark	2 708	3,3	26,8	69,9	135	4,7	7,3
Deutschland	36 089	2,9	33,8	63,3	3 133	7,9	9,1
Finnland	2 333	6,3	27,6	66,0	253	9,8	21,3
Frankreich	22 755	4,3	26,3	69,4	2 455	9,5	20,0
Griechenland	3 940	17,0	22,9	60,1	493	11,1	29,6
Irland	1 593	8,5	28,3	63,2	74	4,2	6,5
Italien	20 618	5,4	32,4	62,2	2 466	10,5	30,7
Luxemburg	176	1,7	22,2	76,1	5	2,4	7,3
Niederlande	7 605	3,0	21,2	75,8	239	3,0	5,6
Österreich	3 678	6,2	29,7	64,0	142	3,7	5,3
Portugal	4 830	12,7	35,3	52,1	211	4,1	8,9
Schweden	4 054	3,0	25,0	72,0	264	5,9	11,3
Spanien	13 773	7,4	30,6	62,0	2 380	14,1	26,2
Vereinigtes Königreich	27 361	1,5	26,0	72,5	1 630	5,5	12,7
Europäische Union	155 498	4,4	29,2	66,4	14 193	8,2	16,2
Eurozone	117 436	4,8	30,4	64,9	11 667	8,9	17,1
Beitrittsländer zur EU							
Bulgarien	3 072	26,6	29,1	44,3	625	18,7	39,4
Estland	615	8,8	31,7	59,5	92	13,5	23,7
Lettland	989	15,3	26,1	58,6	160	14,4	21,2
Litauen	1 598	20,2	26,9	52,9	281	15,9	27,5
Malta	123	0,8	29,3	69,9	.	5,3	7,0
Polen	15 354	19,2	32,1	48,8	2 815	16,6	35,7
Rumänien	10 776	41,8	27,6	30,7	816	7,7	17,8
Slowakei ³	2 132	7,4	38,5	54,2	490	19,1	36,9
Slowenien	893	10,8	37,7	51,5	66	7,1	16,4
Tschechische Republik	4 763	5,1	39,9	55,0	448	8,8	17,0
Türkei	22 051	45,8	20,5	33,7	1 730	7,7	15,2
Ungarn	3 811	7,1	34,0	58,9	267	6,6	12,3
Zypern	288	9,7	23,3	67,0	11	3,6	3,5

1 Bzw. letztverfügbares Jahr.

2 Einschl. Erwerbstätiger, deren Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen nicht eindeutig bestimmt ist.

3 Erwerbspersonen.

Noch schwerer als die allgemeine Arbeitslosigkeit wiegt das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Durchschnittlich jeder sechste Jugendliche unter 25 Jahren in der EU besaß im Jahr 2000 keinen Arbeitsplatz (16,2 %). Am gravierendsten ist die Jugendarbeitslosigkeit in Italien und Griechenland mit jeweils rund 30 %. In Spanien war mehr als ein Viertel der unter 25-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeitsplatz. In rund der Hälfte der EU-Staaten lag die Jugendarbeitslosigkeit unter 10 %, so in Deutschland mit 9,1 %.

20.6 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union

1999 erwirtschafteten die 15 EU-Staaten ein Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 7 932 Mrd. Euro. Allein Deutschland trug mit 1 982 Mrd. Euro rund 25,0 % bei, gefolgt von Frankreich mit 1 344 Mrd. Euro (16,9 %) sowie dem Vereinigten Königreich mit 1 304 Mrd. Euro (16,4 %). Die Eurozone vereinigte 1999 eine Wirtschaftskraft von 6 123 Mrd. Euro auf sich.

Tab. 5: Bruttoinlandsprodukt 1999

Land	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	in jeweiligen Preisen	je Einwohner	Veränderung gegenüber 1998 ¹
	Mrd. EUR	EUR	%
Belgien	233,6	22 880	+ 2,7
Dänemark	163,5	30 750	+ 1,7
Deutschland	1 982,4	24 150	+ 1,6
Finnland	121,4	23 520	+ 4,2
Frankreich	1 344,4	22 730	+ 2,9
Griechenland	118,4	11 170	+ 3,4
Irland	87,7	23 970	+ 9,8
Italien	1 099,1	19 140	+ 1,4
Luxemburg	18,1	42 190	+ 7,5
Niederlande	369,5	23 510	+ 3,6
Österreich	197,1	24 240	+ 2,8
Portugal	106,3	10 660	+ 3,0
Schweden	223,4	25 160	+ 4,1
Spanien	563,1	14 290	+ 4,0
Vereinigtes Königreich	1 303,5	22 030	+ 2,1
Europäische Union	7 931,6	21 140	+ 2,6
Eurozone	6 122,8	21 020	+ 2,6
Beitrittsländer zur EU			
Bulgarien	11,6	1 400	+ 2,4
Estland	4,8	3 410	- 1,1
Lettland	6,4	2 680	+ 1,1
Litauen	10,0	2 720	- 3,9
Malta	3,4	8 850	+ 4,0
Polen	145,6	3 770	+ 4,2
Rumänien	33,0	1 470	- 2,3
Slowakei	18,5	3 430	+ 1,9
Slowenien	18,8	9 430	+ 5,2
Tschechische Republik	49,8	4 840	- 0,2
Türkei	173,0	2 640	- 5,0
Ungarn	45,2	4 490	+ 4,4
Zypern	8,5	10 980	+ 4,5

1 Zu konstanten Preisen.

Unter den Beitrittskandidaten wiesen die Türkei und Polen mit 173,0 Mrd. Euro bzw. 145,6 Mrd. Euro das höchste BIP auf, wobei der Anteil der Türkei unter diesen Ländern rund ein Drittel ausmachte (32,7 %) und der Anteil Polens über ein Viertel (27,5 %).

Das BIP je Einwohner lag 1999 in allen Beitrittsländern mit Ausnahme Zyperns noch unter 10 000 Euro und damit deutlich unter dem der EU-Staaten, in denen im Durchschnitt Waren und Dienstleistungen im Wert von 21 140 Euro pro Kopf produziert wurden. Innerhalb der EU existieren jedoch große Unterschiede. Während in Luxemburg und Dänemark das BIP je Einwohner 1999 42 190 Euro bzw. 30 750 Euro betrug, wiesen Portugal und Griechenland nur Werte von 10 660 Euro bzw.

Tab. 6: Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts 1999

Land	Konsumausgaben		Brutto- investi- tionen	Außen- beitrag	Exporte	Importe
	Private Haushalte ¹	Staat				
	% des Bruttoinlandsprodukts					
Belgien	53,6	21,4	21,2	+ 3,8	76,5	72,8
Dänemark	50,5	25,7	19,6	+ 4,2	36,9	32,7
Deutschland	57,8	19,0	22,2	+ 1,0	29,4	28,5
Finnland	50,4	21,5	19,3	+ 8,2	37,5	29,3
Frankreich	54,8	23,7	19,0	+ 2,5	26,1	23,6
Griechenland	71,1	15,0	22,3	- 8,4	20,2	28,6
Irland	49,0	14,0	23,3	+ 13,8	87,6	73,8
Italien	59,5	18,1	20,3	+ 2,0	25,5	23,5
Luxemburg	43,4	17,7	22,8	+ 16,1	113,4	97,3
Niederlande	50,1	23,2	22,0	+ 4,7	60,6	55,8
Österreich	56,6	19,8	24,0	- 0,5	45,1	45,6
Portugal	64,8	20,0	25,6	- 10,3	29,9	40,2
Schweden	50,2	26,9	17,0	+ 5,9	43,7	37,8
Spanien	59,3	17,3	24,6	- 1,3	27,3	28,7
Vereinigtes Königreich	65,8	18,4	17,6	- 1,7	25,8	27,5
Europäische Union	58,3	19,9	20,8	+ 1,0	32,0	31,0
Eurozone	56,9	20,0	21,5	+ 1,6	33,1	31,5
Beitrittsländer zur EU						
Bulgarien	72,2	17,6	15,8	- 5,6	58,5	64,1
Estland	58,6	22,2	23,5	- 4,3	96,5	100,8
Lettland	62,5	18,9	27,1	- 8,5	45,8	54,3
Litauen	64,3	21,5	20,6	- 6,4	45,5	51,9
Malta	63,7	18,7	27,3	- 9,7	103,8	113,5
Polen	64,6	15,4	26,4	- 6,4	26,1	32,5
Rumänien	73,9	12,5	19,4	- 5,8	34,1	39,9
Slowakei	53,4	19,0	30,1	- 2,5	73,5	76,0
Slowenien	54,9	20,8	27,9	- 3,6	59,1	62,7
Tschechische Republik	53,9	19,5	30,4	- 3,8	73,3	77,1
Türkei	65,2	15,2	23,3	- 3,7	23,3	26,9
Ungarn	51,5	22,0	30,6	- 4,1	62,5	66,7
Zypern	84,3 ²	.	19,9	- 4,2	46,1	50,3

1 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Konsumausgaben insgesamt.

11 170 Euro auf. Der Wert für Deutschland lag bei 24 150 Euro je Einwohner und damit über dem EU-Mittelwert.

Sehr unterschiedlich war 1999 das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union. Während im EU-Durchschnitt das BIP real um 2,6 % (Eurozone: + 2,6 %)

Tab. 7: Wirtschaftsdaten des Produzierenden Gewerbes 1999

Land	Index der Produktion für das Pro- duzierende Gewerbe ¹	Produktion			
		Stein- kohle	Roh- stahl	Elek- trizität, brutto	Pkw ²
	1995 = 100	1 000 t	Mill. kWh je 100 000 Einwohner	1 000	
Belgien	109,7	–	10 931	825	340
Dänemark	111,4 ³	–	730	725	–
Deutschland	110,2	43 849	42 061	669	5 418⁴
Finnland	129,2	–	3 934	1 347	15
Frankreich	112,4	4 033	20 225	892	2 784
Griechenland	114,1	–	951	468	–
Irland	174,6	–	337	570	–
Italien	102,9	–	24 738	460	1 410
Luxemburg	118,0	–	2 600	234	–
Niederlande	107,4	–	6 075	540	262
Österreich	123,2	–	5 211	745	69
Portugal	117,6	–	1 038	364	173
Schweden	115,5	–	5 005	1 745	385
Spanien	114,2	15 433 ⁵	14 884	504	2 209
Vereinigtes Königreich	103,4	36 164	16 379	602	1 787
Europäische Union	110,1	99 479	155 099	665	14 852⁶
Eurozone	111,1	63 315	132 034	651	12 680⁶
Beitrittsländer zur EU					
Bulgarien	79,0	108	1 868	467	–
Estland	121,0	–	1	603	–
Lettland	98,7 ⁷	–	484	173	–
Litauen	104,6	–	–	366	–
Malta	–	–	–	473	–
Polen	133,5	111 444	8 848	368	521
Rumänien	75,5	219	4 354	221	106
Slowakei	105,9	–	3 569	514	–
Slowenien	105,2	–	405	667	118
Tschechische Republik	104,8	18 624	5 616	629	348
Türkei	116,0	2 748	14 313	178	218
Ungarn	142,4	744	1 813	370	126
Zypern	101,1	–	–	416	–

1 Ohne Baugewerbe.

2 Einschl. Kombinationskraftwagen.

3 Ohne Energie- und Wasserversorgung.

4 Ohne Personenkraftwagen mit Kolbenverbrennungsmotoren von 1 500 cm³ oder weniger.

5 Einschl. alter Braunkohle.

6 Summe der ausgewiesenen Werte.

7 1996 = 100.

zunahm, erreichten Italien (+ 1,4 %) und Deutschland (+ 1,6 %) nur moderate Wachstumsraten. Ihre Aufschwungphase setzte dagegen die irische Ökonomie fort, deren Wirtschaftsleistung 1999 um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr zunahm. Auch die luxemburgische Wirtschaft präsentierte sich 1999 mit einem BIP-Zuwachs von 7,5 % sehr dynamisch.

In den Beitrittsländern war die Entwicklung 1999 uneinheitlich. Hohe BIP-Zuwächse konnten Slowenien (+ 5,2 %), Zypern (+ 4,5 %), Ungarn (+ 4,4 %), Polen (+ 4,2 %) sowie Malta (+ 4,0 %) erzielen, während die Türkei (- 5,0 %), Litauen (- 3,9 %), Rumänien (- 2,3 %), Estland (- 1,1 %) und die Tschechische Republik (- 0,2 %) reale Rückgänge ihres Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen hatten.

Von großer Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg und Innovationsfähigkeit eines Landes ist die inländische Investitionstätigkeit. Überdurchschnittliche Investitionsquoten in der EU wiesen 1999 vor allem Portugal (25,6 %), Spanien (24,6 %), Österreich (24,0 %) sowie Irland (23,3 %) auf, während Schweden mit 17,0 % und das Vereinigte Königreich mit 17,6 % unterhalb des EU-Mittels von 20,8 % lagen. In Deutschland machten die Bruttoinvestitionen 22,2 % des BIP aus.

Unter den Beitrittskandidaten hatten 1999 Ungarn (30,6 %), die Tschechische Republik (30,4 %) und die Slowakei (30,1 %) die höchsten Bruttoinvestitionsraten. Mit 15,8 % war diese Quote in Bulgarien am niedrigsten.

Die Entwicklung der Industrie in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern zeigt der Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe in Tab. 7. Eine bemerkenswerte Entwicklung der Industrie vollzog sich in den letzten Jahren in Irland. Allein seit 1995 verzeichnete die Produktion im Produzierenden Gewerbe einen Zuwachs von 74,6 %, wodurch sich auch die relativ hohen gesamtwirtschaftlichen Zuwächse in diesem Land erklären. Finnland und Österreich erreichten in diesem Zeitraum mit 29,2 % und 23,2 % ebenfalls überdurchschnittliche Anstiege.

Die Situation in den Beitrittsländern ist einerseits von (wieder-)aufblühenden Industriesektoren seit 1995 gekennzeichnet (Ungarn + 42,4 %, Polen + 33,5 %), andererseits von weiterhin schrumpfenden Industrien (Bulgarien - 21 %, Rumänien - 24,5 %).

20.7 Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union

Der Außenhandel besitzt für die EU-Staaten große Bedeutung. Mehr als ein Drittel des globalen Warenhandels entfällt auf die Europäische Union, die insoweit die weltweit wichtigste Ländergruppe darstellt. Wie Tab. 8 zeigt, importierten im Jahr 2000 die 15 EU-Länder Waren im Gesamtwert von 2 349 Mrd. Euro, allein 1 842 Mrd. Euro bzw. 78,4 % entfielen auf die Eurozone. Dem standen Ausfuhren und Versendungen von 2 343 Mrd. Euro gegenüber. Mit 1 896 Mrd. Euro lag der Anteil

Tab. 8: Außenhandel 2000

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo		Anteil des Intra-EU-Handels
	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	
Belgien – Luxemburg	190 317	17 862	202 430	18 999	+ 12 113	+ 1 137	72,1
Dänemark	47 486	8 891	53 588	10 033	+ 6 102	+ 1 142	66,7
Deutschland	511 394	6 224	563 965	6 864	+ 52 571	+ 640	53,3
Finnland	36 170	6 993	48 676	9 411	+ 12 506	+ 2 418	57,3
Frankreich	324 603	5 464	324 737	5 466	+ 134	+ 2	59,5
Griechenland	29 335	2 756	11 502	1 081	- 17 833	- 1 676	53,3
Irland	53 948	14 684	78 966	21 493	+ 25 018	+ 6 809	60,8
Italien	244 838	4 261	249 882	4 349	+ 5 044	+ 88	54,0
Niederlande	213 610	13 519	217 979	13 795	+ 4 369	+ 277	61,2
Österreich	75 625	9 280	71 068	8 721	- 4 557	- 559	64,4
Portugal	40 105	4 013	23 730	2 375	- 16 375	- 1 639	75,0
Schweden	76 205	8 568	90 420	10 166	+ 14 215	+ 1 598	58,1
Spanien	151 377	3 838	114 531	2 904	- 36 846	- 934	65,6
Vereinigtes Königreich	354 139	5 973	291 667	4 920	- 62 472	- 1 054	50,3
Europäische Union	2 349 152	6 246	2 343 141	6 230	- 6 011	- 16	58,2
Eurozone	1 841 987	6 310	1 895 964	6 495	+ 53 977	+ 185	59,4
Beitrittsländer zur EU							
Bulgarien	6 900	839	5 163	628	- 1 737	- 211	52,6 ¹
Estland	6 052	4 335	4 395	3 148	- 1 657	- 1 187	59,8 ¹
Lettland	4 557	1 933	2 571	1 091	- 1 986	- 843	57,2 ¹
Litauen	6 810	1 855	3 537	964	- 3 273	- 892	47,9 ¹
Malta	4 784	12 266	2 337	5 992	- 2 447	- 6 274	59,2 ¹
Polen	57 376	1 486	30 918	801	- 26 459	- 685	67,1 ¹
Rumänien	12 940	576	11 039	492	- 1 901	- 85	63,0 ¹
Slowakei	12 999	2 412	7 110	1 319	- 5 889	- 1 093	55,6 ¹
Slowenien	10 943	5 504	9 466	4 762	- 1 476	- 743	67,6 ¹
Tschechische Republik	35 388	3 445	30 073	2 928	- 5 316	- 517	66,9 ¹
Türkei	57 172	858	29 962	449	- 27 210	- 408	53,2 ¹
Ungarn	37 113	3 723	29 219	2 931	- 7 894	- 792	70,0 ¹
Zypern	4 172	5 321	1 030	1 313	- 3 142	- 4 008	50,1 ¹

1 Anteil des Handels mit den EU-Ländern im Jahr 1999.

der Eurozone bei 80,9 %. Der Einfuhrüberschuss der Europäischen Union betrug 6 Mrd. Euro, der Ausfuhrüberschuss der elf Mitgliedstaaten der Währungsunion 54 Mrd. Euro. Deutschlands Exportüberschuss belief sich allein auf rund 53 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich war hingegen das Land mit dem höchsten Importüberschuss von 62 Mrd. Euro.

Über 58 % des Warenhandels der Europäischen Union entfielen im Jahr 2000 auf den so genannten Intra-EU-Handel, d. h. auf den Warenaustausch zwischen den EU-Ländern (Eurozone: 59,4 %). Am stärksten ist die Handelsverflechtung mit den Partnerländern der Europäischen Union im Falle von Portugal und Belgien-Luxemburg, die 75,0 % bzw. 72,1 % ihres gesamten grenzüberschreitenden

Güterhandels mit anderen EU-Staaten abwickeln. Am schwächsten ist der Anteil des Intrahandels beim Vereinigten Königreich. Dort machte der Anteil des Warenaustausches mit EU-Mitgliedstaaten nur 50,3 % des Gesamthandelsumsatzes aus.

Auch für viele Beitrittsländer spielt der Handel mit der EU bereits eine große Rolle für die eigene Außenwirtschaft. So wickelten Polen, Slowenien und die Tschechische Republik rund zwei Drittel ihres Warenhandels mit EU-Ländern ab. Im Falle von Ungarn waren es sogar 70,0 %.

Ein umfassendes Bild über die externen Wirtschaftsverflechtungen bietet die Leistungsbilanz, d. h. die Summe aller grenzüberschreitenden Güter- und Dienst-

Tab. 9: Wirtschaftliche Transaktionen zwischen In- und Ausländern 1999
in Mill. US-\$

Land	Saldo der Leistungsbilanz	Jährliche Direktinvestitionen (Netto)	
		im Ausland	des Auslands im Land
Belgien – Luxemburg	+ 11 685	33 864	38 391
Dänemark	+ 2 580	9 784	8 482
Deutschland	- 19 310	98 840	52 230
Finnland	+ 6 936	4 759	3 344
Frankreich	+ 37 230	106 830	38 820
Griechenland	- 4 860 ¹	-	984 ¹
Irland	+ 595	5 415	19 091
Italien	+ 6 325	6 746	6 783
Niederlande	+ 17 275	43 497	34 153
Österreich	- 5 747	2 799	2 834
Portugal	- 10 169	3 068	1 112
Schweden	+ 5 982	19 554	59 386
Spanien	- 12 621	35 248	9 321
Vereinigtes Königreich	- 17 740	202 070	84 810
Europäische Union	+ 18 161	572 474	359 741
Eurozone	+ 32 199	341 066	206 079
Beitrittsländer zur EU			
Bulgarien	- 685	17	806
Estland	- 294	83	305
Lettland	- 647	17	348
Litauen	- 1 194	9	486
Malta	- 122	20	880
Polen	- 12 487	31	7 270
Rumänien	- 1 297	16	1 041
Slowakei	- 1 155	- 376	354
Slowenien	- 782	38	191
Tschechische Republik	- 1 032	196	5 093
Türkei	- 1 364	645	783
Ungarn	- 2 101	250	1 951
Zypern	- 234	158	65

1 Stand: 1997.

leistungstransaktionen sowie der Übertragungen. Die Europäische Union als Ganzes verbuchte 1999 einen positiven Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 18,2 Mrd. US-Dollar. Die Länder der Eurozone allein kamen sogar auf einen Leistungs-bilanzüberschuss von 32,2 Mrd. US-Dollar.

Im Ländervergleich erweist sich die Leistungsbilanz als sehr unterschiedlich. Den höchsten Leistungsbilanzüberschuss wies Frankreich mit 37,2 Mrd. US-Dollar auf. Deutschland dagegen hatte trotz des EU-weit höchsten Handelsbilanzüberschusses einen negativen Leistungsbilanzsaldo von 19,3 Mrd. US-Dollar. Überwiegend aufgrund ihrer durchweg negativen Handelsbilanzen wiesen alle Beitrittsländer ein Leistungsbilanzdefizit auf.

Ein Gradmesser für die weltwirtschaftliche Verflechtung einzelner Volkswirtschaften sind die im Ausland getätigten Direktinvestitionen bzw. deren Zufluss. Unternehmen aus der Europäischen Union investierten 1999 netto (d. h. abzüglich der Direktinvestitionen aus dem Ausland) annähernd 213 Mrd. US-Dollar im Ausland (Eurozone: 135 Mrd. US-Dollar). In die Europäische Union flossen aus anderen Ländern Direktinvestitionen in Höhe von 360 Mrd. US-Dollar (Eurozone: 206 Mrd. US-Dollar).

Am regsten war die Investitionstätigkeit britischer und nordirischer Unternehmen, die mehr als 202 Mrd. US-Dollar im Ausland anlegten. Umgekehrt verzeichnete das Vereinigte Königreich auch mit 117 Mrd. US-Dollar den größten Nettozufluss an ausländischen Direktinvestitionen. Ganz anders war die Situation in Deutschland. Zwar investierten deutsche Firmen mit 99 Mrd. US-Dollar ebenfalls in einer beträchtlichen Größenordnung in anderen Ländern; dagegen war der Nettozu-strom an Investitionen nach Deutschland deutlich negativ (-47 Mrd. US-Dollar).

Das Kapitalengagement privater Unternehmen aus den Beitrittsstaaten in anderen Volkswirtschaften ist zwar noch gering, doch besitzen insbesondere Polen (7 Mrd. US-Dollar), die Tschechische Republik (5 Mrd. US-Dollar) sowie Ungarn (2 Mrd. US-Dollar) als Investitionsstandorte ausländischer Firmen inzwischen eine gewisse Attraktivität.

20.8 Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Trotz erheblicher Nettofinanztransfers in die ärmeren EU-Länder in den zurückliegenden Jahren kann noch nicht von einer EU-weiten Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden, wie Tab. 10 belegt.

Noch am weitesten vorangekommen ist die Angleichung bei der Lebenserwartung bei Geburt. Bei den Männern liegt die Bandbreite der Lebenserwartung zwischen 77,1 Jahren für Schweden und 72,0 Jahren für Portugal (Deutschland: 74,7 Jahre). Bei den Frauen reicht die Spanne von 82,5 Jahren im Falle Spaniens bis 79,0 Jahre im Falle Dänemarks (Deutschland: 80,7 Jahre).

Tab. 10: Lebensverhältnisse 1999

Land	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst	Ausgaben der privaten Haushalte		Pkw ²	Primärenergieverbr.
	Männer	Frauen		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnungsmiete, Elektrizität, Gas, Brennstoffe		
	Jahre			EUR	%		
Belgien	74,4	80,8	2 777	18,8	19,8	448	6 098 ⁴
Dänemark	74,2	79,0	3 651	18,3	26,7	352	3 734
Deutschland	74,7	80,7	2 214	16,1	29,0	516⁵	4 027
Finnland	73,8	81,0	2 010	18,7	25,6	403	4 718
Frankreich	74,9	82,4	2 248	18,5	22,2	468	4 297
Griechenland	75,5	80,6	1 507	22,5	11,8	254 ⁶	2 732
Irland	73,9	79,1	1 550	21,4	14,8	295 ⁵	3 442
Italien	75,8	82,0	2 403	17,9	20,2	545 ⁶	2 874
Luxemburg	74,7	81,2	.	.	.	582	.
Niederlande	75,3	80,5	2 406	14,0	21,6	381	5 276
Österreich	75,1	81,0	2 184	16,4	21,0	495	3 246
Portugal	72,0	79,1	887	27,2	10,6	321 ⁶	2 211
Schweden	77,1	81,9	2 616	17,0	32,7	436	4 841
Spanien	75,3	82,5	1 445	18,5	13,8	409 ⁶	3 020
Vereinigtes Königreich	75,0	79,8	2 584	15,8	18,0	382	3 730
Europäische Union	74,6	80,9	3 768
Eurozone	74,5	81,2	3 782
Beitrittsländer zur EU							
Bulgarien	68,3	75,1	103	50,0	15,9	233	2 149
Estland	65,5	76,3	284	34,7	19,5	334	.
Lettland	64,8	75,4	226	37,2	19,5	221	.
Litauen	67,0	77,2	232	44,0	15,0	295	.
Malta	74,0	80,1	.	27,1	5,5	453 ⁶	.
Polen	68,2	77,2	432	34,3	18,4	240	2 396
Rumänien	67,1	74,1	118	42,4	17,6	133	1 514
Slowakei	69,0	77,2	243	31,0	14,6	229	3 260
Slowenien	71,8	79,3	891	23,5	10,4	417	.
Tschechische Republik	71,4	78,2	343	26,6	17,5	335	3 503
Türkei	66,5	71,2	568	35,2	27,0	63	1 176
Ungarn	66,4	75,2	305	30,1	20,0	239	2 390
Zypern	75,3	80,4	1 387	–	–	340	.

1 Wenn Daten für 1999 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Ohne Kombinationskraftwagen. Stand: Überwiegend Jahresende.

3 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

4 Einschl. der Angaben für Luxemburg.

5 Einschl. Kombinationskraftwagen.

6 1998.

7 Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede im Lebensstandard bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste. Einem Höchstwert von 3 651 Euro für Dänemark steht ein Niedrigwert von 887 Euro für Portugal gegenüber. Deutschland liegt mit 2 214 Euro etwa im EU-Mittel. In Slowenien errei-

chen die Bruttoeinkommen mit 891 Euro in etwa das Niveau von Portugal, alle anderen Beitrittsländer außer Zypern liegen noch deutlich darunter.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Ausgaben privater Haushalte. Wenden beispielsweise niederländische Haushalte nur rund 14 % ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf, so sind es bei portugiesischen Haushalten 27 %. In Beitrittsländern wie Bulgarien, Litauen und Rumänien werden je Haushalt zwischen 42 % und 50 % der verfügbaren Mittel für die Ernährung ausgegeben.

Auch bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen bestehen noch deutliche Unterschiede. Kommen in Luxemburg 582 Pkw auf 1 000 Einwohner, so sind es in Griechenland und Irland lediglich 254 bzw. 295 Pkw. Der Wert für Deutschland liegt bei 516 Pkw. Malta und Slowenien sind unter den Beitrittskandidaten die Länder mit der höchsten Pkw-Dichte; dort sind 453 bzw. 417 Pkw je 1 000 Einwohner zugelassen.

Weitere Informationen zu Deutschland und Europa siehe auch Teil II, Kap. 20 und 21.

Teil II:

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung im
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren im Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Martina Sander-Blanck, Marion Obermaier und Katja Rackow für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten. Die Redaktionsarbeiten wurden vorwiegend im WZB durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden von Roland Habich entworfen und erstellt.

Die Autoren

Die Autoren des Teils II, die an den jeweiligen Kapitelenden aufgeführt sind, sind oder waren an den unten aufgeführten Instituten beschäftigt.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich ist Koordinator der Abteilung »Sozialstruktur und Sozialberichterstattung« im Forschungsschwerpunkt 3 des WZB. Petra Böhnke, Thomas Bulmahn, Dr. Jan Delhey und Ricarda Nauenburg sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: rhabich@wz-berlin.de)

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann ist Direktor der Abteilung »Institutionen und Sozialer Wandel« im Forschungsschwerpunkt 3 des WZB. PD Dr. Edeltraud Roller und PD Dr. Bernhard Weßels sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: wessels@wz-berlin.de)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim:

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung »Soziale Indikatoren« des ZUMA. Regina Berger-Schmitt, Michael Blohm, Bernhard Christoph, Achim Koch, Anke Schöb, Martina Wasmer und Dr. Stefan Weick sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: noll@zuma-mannheim.de)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Dr. Joachim Frick, Jan Goebel, Markus Grabka, Dr. Elke Holst, Bettina Isengard, Dr. Peter Krause, Dr. Markus Pannenberg, Thorsten Schneider und Dr. Jürgen Schupp sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen im Projekt »Das Sozio-oekonomische Panel« im DIW. Herbert Lahmann war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Konjunktur«. (Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen arbeitet an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaft und Management, Fachgebiet Finanzwirtschaft und Gesundheitsökonomie. PD Dr. Felix Büchel ist Forschungsgruppenleiter im Bereich »Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung« am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Prof. Dr. Dieter Fuchs ist Professor für Politikwissenschaft, Bereich »Politische Theorie und Politikfeldanalyse«, an der Universität Stuttgart. Prof. Dr. Johannes Schwarze ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Sozialpolitik, an der Universität Bamberg.

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie der Datenreport verfolgt, ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Perzeptionen und Bewertungen sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, den aktuellen Zustand und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu beurteilen. Darüber hinaus zielt die Berichterstattung auch darauf ab, signifikante Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozialer Strukturen, aber auch individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Nachdem seit der deutschen Vereinigung mittlerweile mehr als zehn Jahre vergangen sind, steht die Beobachtung des Verlaufs der gesellschaftlichen Transformation in den neuen Bundesländern und die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West nicht mehr ganz so sehr im Vordergrund wie in den vergangenen vier Ausgaben des Datenreports. Es scheint an der Zeit, den Blick neu zu fokussieren und die Perspektive zu erweitern. Der Datenreport 2002 enthält in diesem Teil daher nun erstmals auch zwei Beiträge, die den Vergleich verschiedener europäischer Gesellschaften in den Vordergrund stellen und die Situation in Deutschland im europäischen Kontext betrachten. Angesichts nach wie vor bestehender Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland sowie des Fortbestehens von mancherlei Unterschieden in den Verhaltensweisen und Wertorientierungen verdienen die Transformations- und Aufholprozesse in Ostdeutschland sowie das Zusammenwachsen der beiden Teilgesellschaften dennoch unsere besondere Aufmerksamkeit und bleiben daher auch Gegenstand der einzelnen Kapitel dieses Teils des Datenreports 2002.

Bei einem »social monitoring« der gesellschaftlichen Entwicklung, wie es dem Datenreport zugrunde liegt, geht es auch darum, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft steuerungsrelevante Probleminformationen zur Verfügung zu stel-

len, aber mehr noch stellt sich der Datenreport die Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II dieses Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive der nichtamtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt daher nicht nur eine zumindest partiell in stärkerem Maße durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Sichtweise zur Geltung, die Beiträge dieses Teils stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals in dem Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen die seither erschienenen Ausgaben und die Reaktionen der Leser/innen und Nutzer/innen – bewährt. Im Mittelpunkt des sozialwissenschaftlichen Teils steht jeweils der Zusammenhang von objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung und Bewertung durch die Bürger/innen. Informationen über subjektive Sachverhalte und Befindlichkeiten wie Einstellungen, Erwartungen, Präferenzen und Beurteilungen – wie sie die amtliche Statistik nicht anbietet – sind auch für die Berichterstattung in diesem Teil des Datenreports 2002 wieder von zentraler Bedeutung.

Die einzelnen Beiträge entsprechen thematisch zu einem großen Teil denen des Teils I und sind darauf ausgerichtet, einerseits die verschiedenen Lebenslagen und andererseits Einstellungen, Erwartungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu beschreiben und zu analysieren. Dabei finden objektive Aspekte der Lebensbedingungen und subjektive Situationseinschätzungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Berücksichtigung. Die Beiträge sind zudem darauf ausgerichtet, Veränderungen über die Zeit – teilweise auch auf der Basis individueller Längsschnittdaten – zu erfassen und zu analysieren. Damit dokumentiert dieser Teil des Datenreports nicht nur die Wohlfahrtsentwicklung, d.h. Veränderungen der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität, sondern auch zentrale Aspekte des fortdauernden Struktur- und Einstellungswandels in der deutschen Gesellschaft. Ein Beitrag – »Qualifikation und berufliche Weiterbildung« – entspricht nur bedingt den thematischen Vorgaben und Standards der Herausgeber und wurde nur unter Vorbehalt in diesen Teil des Datenreports aufgenommen.

Der vorliegende Datenreport 2002 informiert über die Wohlfahrtsentwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland und widmet dem Vergleich der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern nach wie vor besondere Aufmerksamkeit und Beachtung. Der Prozess des Zusammenwachsens der beiden Teilgesellschaften ist auch im Jahre 2002 keineswegs abgeschlossen, und viele der sich langsamer als erwartet verringenden Unterschiede und Diskrepanzen bestehen fort. Auch wenn diese für die deutsche Gesellschaft zentrale Frage der Verwirklichung der so genannten »inneren Einheit« nach wie vor die besondere Aufmerksamkeit der Berichterstattung erfordert, schieben sich andere Fragen in den Vordergrund und werden die Gestal-

tung zukünftiger Ausgaben des Datenreports zunehmend bestimmen. Dazu gehört insbesondere der Qualitätsvergleich individueller Lebensverhältnisse, aber auch gesellschaftlicher Institutionen im europäischen und weiteren internationalen Rahmen.

Obwohl die amtliche Statistik zweifellos der wichtigste Anbieter von Informationen über die soziale Lage und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft ist, hat die Erfahrung gezeigt, dass eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle, differenzierte und anspruchsvolle Sozialberichterstattung unverzichtbar ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, wie z. B. Informationen zu Einstellungen und subjektiven Perzeptionen und Bewertungen. Darüber hinaus ergänzt sie das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik. Sie kann aber mit ihrem Instrumentarium häufig schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen und Erfordernissen anpassen. Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragungen, wie sie diesem Teil des Datenreports zugrunde liegen, leisten einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Informationsangebot, indem sie die gesellschaftliche Wirklichkeit z. T. auch aus anderen Perspektiven beleuchten als die amtliche Statistik und damit vorhandene Informationslücken schließen. Ihre Informationen unterscheiden sich daher in Art und Inhalt von denen der amtlichen Statistik, ohne aber weniger solide und zuverlässig zu sein.

Die Beiträge im Teil II des vorliegenden Datenreports 2002 stützen sich vor allem, wie zuletzt in der Ausgabe von 1997, auf verschiedene kontinuierlich angelegte Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), den Wohlfahrtssurvey und die damit verbundenen speziellen Erhebungen »Wohlfahrtssurvey-Trend« und »Euromodul« sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). In einigen Kapiteln wird darüber hinaus punktuell auch auf weitere, für die jeweilige Thematik relevante Datenquellen zurückgegriffen, die an dieser Stelle nicht näher beschrieben werden können.

Die Mehrzahl der Beiträge zu diesem Datenreport beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das auch bereits für frühere Ausgaben des Datenreports genutzt worden ist. Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) von 5 921 Haushalten, in denen mehr als 15 000 Personen leben, in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt wird. Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Ge-

sellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie z. B. Bildung und Weiterbildung, Soziale Sicherung und Armut, soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Bewertungen in Form von Zufriedenheit, Längsschnittinformationen erhoben.

Noch vor In-Kraft-Treten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-ökonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfasste 2 179 Haushalte, in denen über 6 000 Personen lebten. Die weiteren Wellen des SOEP-Ost wurden parallel mit den Wellen des SOEP-West durchgeführt. Das SOEP wurde 1994/95 durch eine Zuwanderungs- (536 Haushalte) sowie 1998 durch eine Erneuerungsstichprobe (1 060 Haushalte) ergänzt. Mit der Befragung im Jahre 2000 wurde der Stichprobenumfang durch eine weitere Erneuerungsstichprobe von 5 848 erfassten Haushalten nochmals erheblich erweitert.

Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim verantwortlich. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, allgemeine Werte und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben. Anders als die früheren ALLBUS-Erhebungen hat der ALLBUS 2000, der erstmals in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt wurde, kein explizites Schwerpunktthema, sondern ist vorrangig der Replikation früherer Themen, d. h. der Generierung von Zeitreihendaten und Möglichkeiten des Zeitvergleichs gewidmet.

Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin,

die in Privathaushalten lebten. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettototalzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Der Wohlfahrtssurvey ist eine Repräsentativbefragung, die – orientiert an Vorbildern in anderen Ländern – speziell für die Messung der Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert wurde. Dieses Befragungsinstrument ist vor allem darauf ausgelegt, für verschiedene Lebensbereiche Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens mit geeigneten Indikatoren im Trendverlauf zu beobachten und in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Der Wohlfahrtssurvey bietet damit zugleich auch eine Datenbasis, die sich in besonderem Maße für die Analyse der Wohlfahrtsdisparitäten und die Beobachtung der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland eignet. Der Wohlfahrtssurvey wurde ebenfalls im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim entwickelt und im Bereich der alten Bundesrepublik insgesamt viermal – 1978, 1980, 1984 und 1988 – durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Wohlfahrtssurveys bilden jeweils alle Personen der deutschen Wohnbevölkerung, die in Privathaushalten leben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Stichprobenumfang lag in den Jahren 1978 bis 1988 jeweils zwischen 2 000 und 2 500 Befragten. Unmittelbar nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat die Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Oktober/November 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR den Wohlfahrtssurvey-Ost mit einem Stichprobenumfang von 735 Befragten durchgeführt. Der Wohlfahrtssurvey 1993, der erstmals die alten und neuen Bundesländer gleichzeitig umfasste, hatte einen Stichprobenumfang von 3 062 Befragten, davon 2 046 in Westdeutschland und 1 016 in Ostdeutschland. Der Wohlfahrtssurvey 1998, der erstmals in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) erhoben wurde, hat einen Stichprobenumfang von 3 042 Befragten, darunter 2 007 in Westdeutschland und 1 035 in Ostdeutschland. Wie schon der Wohlfahrtssurvey 1993 wurde auch der Wohlfahrtssurvey 1998 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Gemeinschaftsprojekts der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), durchgeführt. Die Surveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum großen Teil gleich lautende Fragen, darüber hinaus aber auch jeweils wechselnde thematische Schwerpunkte mit neuen und aktuellen Fragestellungen.

Das Frageprogramm des Wohlfahrtssurveys 1998 war darüber hinaus ein wesentlicher Ausgangspunkt für eine Initiative zur Entwicklung eines europäisch vergleichenden Wohlfahrtssurveys. Unter dem Namen »Euromodule« wurde gemeinsam

mit Kollegen aus insgesamt 18 europäischen Ländern ein entsprechendes Projekt gestartet. Das Ziel besteht darin, die Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen, des subjektiven Wohlbefindens und der Qualität der Gesellschaft europaweit mit einem einheitlichen Instrument zu beobachten und zu analysieren. Inzwischen liegen neben den Euromodul-Daten aus Deutschland (Erhebungsjahr 1999) vergleichbare Daten aus Slowenien (1999), Ungarn (1999), Schweden (1998/1999), Spanien (2000), der Schweiz (2000) und aus der Türkei (2001) vor. In Deutschland wurde zudem im Oktober/November 2001 eine »Wohlfahrtssurveys-Trend 2001«-Befragung durchgeführt, die insgesamt 2 739 Befragte (1 971 in West- und 761 in Ostdeutschland) umfasst.

Weitergehende Informationen, wie z. B. detaillierte Angaben zu den jeweiligen Stichproben und Erhebungsverfahren, finden sich für alle hier benutzten Datensätze im Internet. Über die Internetadresse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (<http://www.diw.de>) sind Informationen über das SOEP sowie darauf beruhende Publikationen zugänglich. Das ZUMA bietet über seine Internetadresse Informationen sowohl zum ALLBUS als auch zu den Wohlfahrtssurveys an (<http://www.gesis.org/ZUMA/index.htm>). Unter anderem wird über die Abteilung Soziale Indikatoren beim ZUMA auch ein umfangreiches Tabellen-Kompendium zur Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland 1978 bis 1998 auf der Basis der Wohlfahrtssurveys angeboten. Darüber hinaus informiert der »Informationsdienst Soziale Indikatoren« (ISI), der ebenfalls über das Internet verfügbar ist, über aktuelle Trends in der Sozialberichterstattung. Über die Internetadresse des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) schließlich werden Informationen und neuere Publikationen sowohl zu den Wohlfahrtssurveys als auch zu den europäisch vergleichenden Umfragen (Euromodul) zur Verfügung gestellt (<http://www.wz-berlin.de/sb>).

Die in den folgenden Beiträgen präsentierten Daten und Analysen vermitteln ein Bild der Lebensverhältnisse sowie der erkennbaren Tendenzen des Wandels sozialer Strukturen und individueller Einstellungen in Deutschland, wie es sich aus einer Perspektive der Wohlfahrtsforschung und Sozialberichterstattung – gestützt auf repräsentative empirische Daten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung – gegenwärtig darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der verfügbaren quantitativen Informationen zum Zustand und Wandel der deutschen Gesellschaft sowie dem weiteren Verlauf der deutschen Vereinigung und den damit verbundenen Prozessen der gesellschaftlichen Transformation dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Heinz-Herbert Noll/Roland Habich)

B Subjektives Wohlbefinden

2 Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens

Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens geben darüber Auskunft, wie die Menschen ihre Lebensbedingungen selbst wahrnehmen und bewerten. Im Folgenden werden grundlegende Verteilungsstrukturen und langfristige Entwicklungstrends für die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, für das Glücksempfinden sowie für Besorgnis- und Anomiesymptome beschrieben.

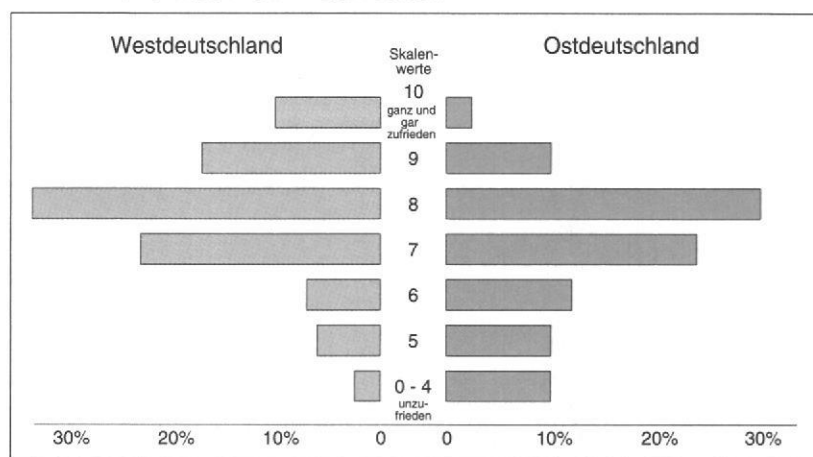
2.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben ist Ausdruck einer umfassenden Bewertung der persönlichen Lebensverhältnisse. Im Rahmen dieser kognitiven Gesamtbilanz werden die eigenen Lebensumstände mit dem verglichen, was man sich wünscht, was man früher einmal hatte, was man in Zukunft für sich erhofft oder was relevante Bezugspersonen haben. Neben diesen vielschichtigen Vergleichen spielt auch die Wichtigkeit, die verschiedenen Lebensbereichen beigemessen wird, eine Rolle. Aspekte, die in der gegenwärtigen Lebensphase besonders wichtig sind, gehen stärker in das Urteil ein als Bereiche, die noch nicht oder nicht mehr so bedeutsam sind. So steht bei jüngeren Menschen neben dem Einkommen und dem Lebensstandard die Freizeit im Zentrum der Zufriedenheitsbilanz; bei Menschen im mittleren Alter sind es Familie und Beruf und bei den Älteren ist es vor allem die Gesundheit. Die Frage, wie zufrieden man mit dem eigenen Leben ist, kann man folglich nur selbst beantworten. Aussagen über die Gesamtbevölkerung setzen deshalb immer repräsentative Bevölkerungsumfragen voraus. In den Erhebungen, die den folgenden Analysen zugrunde liegen, wird die Lebenszufriedenheit mit Hilfe einer Zufriedenheitsskala gemessen, die von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reicht.

Im früheren Bundesgebiet ordnet sich die Mehrheit der Bevölkerung im oberen Bereich der Zufriedenheitsskala ein (vgl. Abb. 1). Jeder zweite Westdeutsche ist sehr zufrieden (Skalenwerte 8 und 9) und jeder zehnte ist »ganz und gar zufrieden« (Skalenwert 10). Nur ein sehr kleiner Teil ist mit dem eigenen Leben mehr oder weniger unzufrieden (Skalenwerte 0–4).

In den neuen Bundesländern sieht die Verteilung der Zufriedenheitswerte ganz ähnlich aus: Ein Großteil der Ostdeutschen ist sehr zufrieden mit dem Leben und

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Leben



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 2001.

Tab. 1: Zufriedenheit mit dem Leben 1978–2001

	Unzu- frieden	Allgemeine Lebenszufriedenheit ¹						Ganz und gar zu- frieden	Mittel- wert
	0–4	5	6	7	8	9	10		
	in %								
Westdeutschland									
1978	4	6	7	15	32	18	18	7,8	
1980	4	8	8	18	30	13	18	7,7	
1984	6	7	6	14	32	17	17	7,7	
1988	3	5	7	15	34	19	17	7,9	
1993	3	5	7	16	33	22	14	7,9	
1998	4	5	8	18	35	19	12	7,7	
1999	4	6	6	18	31	22	13	7,8	
2001	4	6	7	23	33	17	10	7,6	
Ostdeutschland									
1990	11	17	14	21	24	8	6	6,6	
1993	9	12	13	24	27	9	6	6,9	
1998	6	9	11	22	35	11	8	7,3	
1999	11	8	10	21	29	12	9	7,1	
2001	10	10	12	24	30	10	4	6,9	
Deutschland									
1993	5	6	8	17	32	20	12	7,7	
1998	4	6	8	19	35	17	11	7,6	
1999	5	7	7	19	31	19	12	7,6	
2001	5	7	8	23	33	15	8	7,5	

1 Gemessen mit einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998, Trend 1999 u. 2001.

nur wenige sind unzufrieden. Von einer Spaltung der Bevölkerung in zufriedene Westdeutsche und unzufriedene Ostdeutsche, wie sie zuweilen behauptet wird, kann demnach keine Rede sein.

Ein Zeitvergleich für Westdeutschland macht deutlich, dass sich die Verteilung der Zufriedenheitswerte seit der ersten Messung im Jahr 1978 kaum verändert hat. Lediglich der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben »ganz und gar zufrieden« sind (Skalenwert 10), hat sich leicht verringert. Diese Umschichtung ist jedoch so gering, dass sie sich auf den Mittelwert der Zufriedenheit nur unwesentlich auswirkt. Der durchschnittliche Zufriedenheitswert blieb während der gesamten Beobachtungszeit mit Werten von 7,6 bis 7,9 nahezu konstant.

Das anhaltend hohe Wohlbefinden der westdeutschen Bevölkerung ist zweifellos positiv zu bewerten. Deutlich wird aber, dass die immer weitere Verbesserung der Lebensbedingungen, an der in den letzten Jahrzehnten fast alle Schichten teilhaben konnten, nicht in gleichem Maße zu einem höheren individuellen Wohlbefinden geführt hat: Mehr Einkommen, mehr Freizeit und mehr Konsum lässt die Menschen nicht immer zufriedener werden. Hierfür gibt es zwei Erklärungen: Erstens wachsen mit dem Lebensstandard auch die Ansprüche und Erwartungen an das zu erreichende Lebensniveau. Zweitens entstehen auf der Grundlage eines gesicherten materiellen Wohlstands neue Vorstellungen darüber, was die Qualität des Lebens ausmacht. Diese beziehen sich zumeist auf so genannte Wachstumsbedürfnisse, wie das Streben nach Unabhängigkeit, nach Entfaltung der eigenen Persönlichkeit usw., die nie vollständig zu befriedigen sind. Seit Ende der 80er-Jahre haben sich die Lebensbedingungen im früheren Bundesgebiet offensichtlich langsamer verbessert als sich Ansprüche und Erwartungen weiterentwickelt haben, mit der Folge, dass der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben »ganz und gar zufrieden« sind, abnimmt.

In den neuen Bundesländern haben sich die Lebensverhältnisse anfangs schneller verbessert, als sich die Anspruchsniveaus anpassen und die Wertmuster wandeln konnten. Denn die Lebenszufriedenheit stieg bis in die zweite Hälfte der 90er-Jahre deutlich an. Der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, hat sich erhöht und spiegelbildlich dazu hat sich der Anteil der eher Unzufriedenen verringert (vgl. Tab. 1). Unterschiede gibt es vor allem an der Spitze der Zufriedenheitsskala: Noch immer ist der Anteil der sehr Zufriedenen kleiner als im Westen.

Die ab Mitte der 90er-Jahre nachlassende Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern wirkt sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt negativ aus, sondern auch auf das subjektive Wohlbefinden der Ostdeutschen. Die Annäherung an das westdeutsche Zufriedenheitsniveau, die sich zunächst mit einem beachtlichem Tempo vollzog, ist zum Stillstand gekommen. Mehr noch: der Abstand nimmt seit 1998 wieder zu: Die Differenz zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Mittelwert der Lebenszufriedenheit betrug 1990 beachtliche 1,3 Skalenpunkte; 1993 waren es 1,0 und 1998 waren es 0,4 Skalenpunkte. 2001 war der Abstand mit 0,7 Skalenpunkten im Vergleich zu 1998 etwa doppelt so groß.

Die Lebenszufriedenheit der Menschen in Deutschland hat sich im Zeitraum von 1999 bis 2001 leicht verringert. Das trifft für beide Landesteile in gleichem Maße zu. Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern ist der Mittelwert um 0,2 Skalenpunkte gesunken. Da die letzte Erhebung im Oktober 2001 stattfand, liegt die Vermutung nahe, dass diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in den USA zu sehen ist. In diese Richtung weist auch der beobachtete Rückgang der Zukunftszuversicht und die Zunahme von Gefühlen der Orientierungslosigkeit (vgl. Tab. 5).

Bei der Betrachtung der Zufriedenheit mit dem Leben in einzelnen Bevölkerungsgruppen werden vor allem zwei Dinge deutlich (vgl. Tab. 2). Erstens wird die generelle Erwartung bestätigt, dass bessere Lebensverhältnisse mit einer höheren

Tab. 2: Lebenszufriedenheit in Bevölkerungsgruppen 1988/1990–2001

	Zufriedenheit mit dem Leben			
	West		Ost	
	1988	2001	1990	2001
	Mittelwert			
Insgesamt	7,9	7,6	6,6	6,9
Geschlecht				
Männer	7,9	7,6	6,7	6,9
Frauen	8,0	7,6	6,5	6,9
Alter				
18–34 Jahre	7,9	7,4	6,8	6,7
35–59 Jahre	7,9	7,7	6,4	6,8
über 60 Jahre	7,9	7,6	6,7	7,2
Haushaltsgröße				
Einpersonenhaushalte	7,4	7,2	6,5	6,7
Mehrpersonenhaushalte	8,0	7,7	6,7	6,9
Einkommen ¹				
Oberstes Quintil	8,2	8,0	7,2	/
Unterstes Quintil	7,6	6,9	6,3	6,2
Subjektive Schicht				
Oberschicht, obere Mittelschicht	8,3	8,2	6,8	/
Mittelschicht	7,9	7,8	6,8	7,4
Arbeiterschicht	7,6	7,1	6,5	6,6
Erwerbsstatus				
Erwerbstätig ²	8,0	7,7	6,7	7,2
Arbeitslos	6,7	6,2	5,2	5,9
Stellung im Beruf				
Selbstständige	8,2	7,9	/	/
Höhere Angestellte/Beamte	8,1	8,2	6,5	/
Qualifizierte Angestellte/Beamte	8,0	7,9	6,7	7,3
Einfache Angestellte/Beamte	7,8	7,5	6,3	7,0
Facharbeiter/Meister	8,0	7,5	6,8	6,7
Un- und angelernte Arbeiter	8,0	6,9	7,1	6,3

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.

2 Nur Vollerwerbstätige und Teilzeitbeschäftigte.

/ Fallzahl zu klein.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Trend 2001.

Lebenszufriedenheit einhergehen: Besserverdienende sind zufriedener mit ihrem Leben als Geringverdiener und Erwerbstätige sind zufriedener als Arbeitslose. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen sind Ausdruck der unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebenschancen. Alles in allem sind diese strukturellen Unterschiede in West- und Ostdeutschland annähernd gleich ausgeprägt.

Zweitens ist auf die Entwicklung der Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen hinzuweisen. Ein Zeitvergleich verdeutlicht, dass es im Westen Deutschlands zu einer bemerkenswerten Spreizung der Abstände »nach unten« gekommen ist: Während die Lebenszufriedenheit der Geringverdiener von 1988 bis 2001 deutlich zurückging, blieb die Zufriedenheit der Besserverdiener auf hohem Niveau stabil. Der Abstand zwischen beiden Einkommenslagen hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Eine vergleichbare Entwicklung ist auch für die Erwerbslagen zu konstatieren. Hier ist zwischen Selbstständigen bzw. höheren Beamten und Angestellten einerseits und un- und angelernten Arbeitern andererseits innerhalb weniger Jahre eine deutliche Zufriedenheitslücke entstanden.

2.2 Glücksempfinden

Das Glücksempfinden ist ein weiterer Indikator zur Beschreibung des subjektiven Wohlbefindens (vgl. Tab. 3). Anders als die Lebenszufriedenheit ist Glück vor allem

Tab. 3: Emotionales Wohlbefinden – Glück 1978–2001

	Das eigene Leben ist im Augenblick ...			
	sehr unglücklich	ziemlich unglücklich	ziemlich glücklich	sehr glücklich
	in %			
Westdeutschland				
1978	1	4	74	22
1980	1	5	69	26
1984	1	8	72	20
1988	1	4	72	23
1993	1	5	70	24
1998	1	8	72	20
2001	1	5	75	19
Ostdeutschland				
1990	1	14	74	10
1993	1	12	75	12
1998	1	11	72	16
2001	2	12	74	12
Deutschland				
1993	1	6	71	22
1998	1	8	72	19
2001	1	7	74	18

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998, Trend 2001.

als Ausdruck emotionalen Wohlergehens anzusehen. Rationale Kalküle, wie etwa die Vergleiche und Gewichtungen bei der Bilanzierung der Lebenszufriedenheit, spielen hier keine Rolle.

Ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung bezeichnet sich als sehr glücklich, die überwiegende Mehrheit sagt, sie sei ziemlich glücklich, und nur eine Minderheit ist im Augenblick unglücklich (vgl. Tab. 3). Ebenso wie die Lebenszufriedenheit hat sich auch das Glücksempfinden der Westdeutschen in den letzten beiden Jahrzehnten nur unwesentlich verändert. Bei allen seit 1978 durchgeführten Erhebungen lag der Anteil derjenigen, die sich als sehr glücklich bezeichneten, zwischen 19 und 26 %.

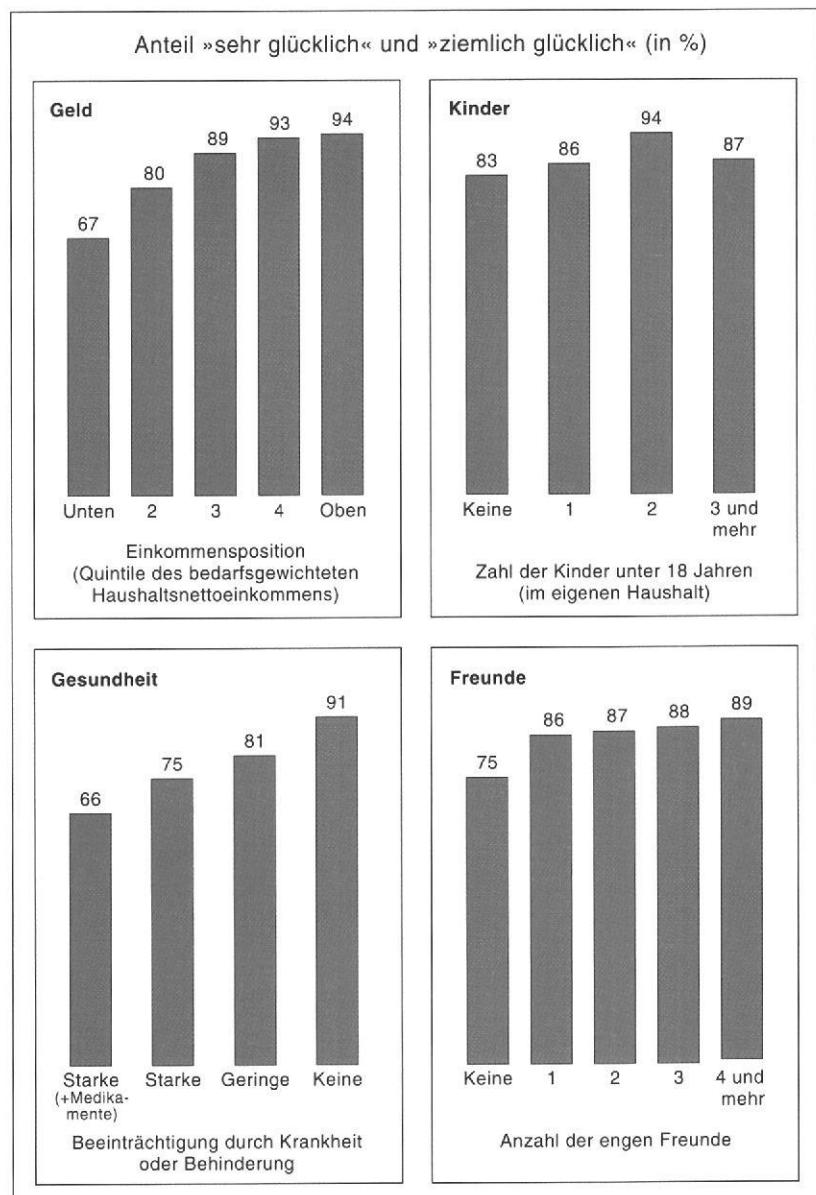
In den neuen Bundesländern sind die Menschen seit 1990 nicht nur zufriedener mit ihrem Leben geworden, sondern auch glücklicher – das gilt zumindest bis 1998. Im Jahr 1990 meinten 10 % der Ostdeutschen, dass ihr Leben im Augenblick sehr glücklich sei, 1998 waren es bereits 16 %. Der Abstand zum westdeutschen Niveau hat sich in diesem Zeitraum deutlich verringert. Seit 1998 hat das Ausmaß des Glücksempfindens in den neuen Bundesländern jedoch wieder abgenommen und der West-Ost-Abstand ist größer geworden.

»Geld macht nicht glücklich« sagt der Volksmund – und irrt, denn mit der Höhe des Haushaltseinkommens steigt der Anteil derjenigen, die das eigene Leben als »ziemlich glücklich« bzw. als »sehr glücklich« bezeichnen, deutlich an (vgl. Abb. 2). Der Anteil der Glücklichen liegt in der untersten Einkommensgruppe bei 67 %; in der obersten Gruppe sind es bereits 94 %. Der Anstieg ist nicht linear, sondern nimmt mit der Höhe des Einkommens ab. Die Nichtlinearität des Zusammenhangs ist Ausdruck der Tatsache, dass das Haushaltseinkommen einen sinkenden Grenznutzen hat. Weitergehende Analysen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Geld und Glück mit dem Bildungsgrad variiert. Bei Un- und Angelernten ist er besonders stark ausgeprägt; bei besser Gebildeten, beispielsweise bei Hochschulabsolventen, ist er dagegen vergleichsweise schwach.

Die Anzahl der eigenen Kinder beeinflusst das Glücksempfinden ebenfalls positiv – wenn auch nicht im selben Maße und so eindeutig wie das Einkommen. Am glücklichsten sind diejenigen, die zwei Kinder haben. Weitere Kinder wirken sich eher negativ aus, was möglicherweise auf die mit der Zahl der Kinder zunehmenden Belastungen und Einschränkungen zurückzuführen ist. Die Beziehung zwischen Kinderzahl und Lebensglück ist in einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgebildet: Bei Frauen ist sie erwartungsgemäß etwas stärker als bei Männern.

Ob man enge Freunde hat oder nicht, ist für das individuelle Glücksempfinden ebenfalls relevant. Der Effekt ist jedoch vergleichsweise klein. Denn selbst von denen, die keine Freunde haben, bezeichnen sich drei Viertel als mehr oder weniger glücklich, und der Unterschied zu denen, die enge Freunde haben, ist mit etwa 10 Prozentpunkten eher gering. Erstaunlicherweise hat die Zahl der Freunde

Abb. 2: Was braucht der Mensch zum Glückhsein?



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 1999.

fast keine Bedeutung. Diejenigen, die vier und mehr enge Freunde haben, sind nicht viel glücklicher als diejenigen, die nur einen Freund haben. Offensichtlich ist die Qualität freundschaftlicher Beziehungen wichtiger als die Quantität.

Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für ein glückliches Leben. Von denen, die sich durch chronische gesundheitliche Probleme, Krankheiten oder Behinderung in ihrem Alltagsleben sehr beeinträchtigt sehen und die zudem noch regelmäßig Medikamente nehmen müssen, bezeichnen zwei Drittel ihr Leben als mehr oder weniger glücklich. Von denen, die nicht unter krankheitsbedingten Beeinträchtigungen zu leiden haben, sind es mehr als 90 %.

2.3 Besorgnissymptome

Die bisher präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer mehrheitlich zufriedenen und glücklichen Bevölkerung. Bei der Analyse von Besorgnissymptomen zeigt sich jedoch, dass die Menschen nicht vollkommen frei von Ängsten und Sorgen sind. Etwa 40 % der Menschen in Deutschland leiden unter mentalen Belastungen. Ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich öfter erschöpft (vgl. Tab. 4). Über immer wiederkehrende Ängste und Sorgen klagen im Westen ein Sechstel und im Osten ein Viertel der Bürger. Von permanenten Beeinträchtigungen berichten da-

Tab. 4: Besorgnissymptome 1978–2001

	Öfter erschöpft oder erschlagen	Immer wieder Ängste oder Sorgen	Ständig aufgeregt oder nervös	Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	Öfter Zittern oder Schütteln	Keines dieser Symptome
	in %					
Westdeutschland						
1978	54	19	16	14	9	41
1984	47	21	16	15	8	44
1988	44	19	12	10	6	47
1993	39	17	10	10	6	53
1998	39	20	9	12	4	54
1999	33	15	9	9	3	60
2001	32	16	7	10	3	63
Ostdeutschland						
1990	50	27	18	17	7	37
1993	43	26	14	16	6	44
1998	45	25	12	15	5	43
1999	39	23	10	9	4	50
2001	36	25	11	16	5	54
Deutschland						
1993	40	19	10	12	6	51
1998	40	21	10	13	5	52
1999	36	17	9	10	3	56
2001	33	18	8	11	3	61

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998, Trend 1999 u. 2001.

gegen nur wenige: Etwa jeder Zehnte ist ständig aufgeregt und nervös oder fühlt sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen.

Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre hat sich das Ausmaß der mentalen Belastung in bemerkenswertem Maße verringert. Immer weniger Westdeutsche berichten von Erschöpfungszuständen, Depression, Ängsten, Aufregung und Nervosität. Im Jahr 2001 wiesen 63 % der Befragten keines der untersuchten Besorgnissymptome auf, 1978 waren es lediglich 41 %. Auch in den neuen Bundesländern hat sich die Situation verbessert und der Anteil derjenigen, die frei von diesen Besorgnissymptomen sind, hat sich von 37 % auf 54 % erhöht.

2.4 Anomiesymptome

Anomische Reaktionen treten vor allem in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels auf. Gefühle der Machtlosigkeit, Sinnlosigkeit und Orientierungslosigkeit sind dann weit verbreitet. Anomiesymptome waren in den neuen Bundesländern am

Tab. 5: Anomiesymptome 1978–2001

	Anomiesymptome					
	Ich kann an den meisten unserer heutigen Schwierigkeiten nicht viel ändern	Ich fühle mich oft einsam	Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude	Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich fast nicht mehr zurechtfinde	Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich nicht sehr zusehnsichtlich	Um es heute zu etwas zu bringen, muss man Dinge tun, die nicht korrekt sind
	in %					
Westdeutschland						
1978	69	17	–	–	–	36
1980	–	18	15	15	–	36
1984	–	17	15	14	–	–
1988	–	14	14	11	–	–
1993	74	13	11	13	43	–
1998	67	15	12	14	33	–
1999	69	13	15	16	33	26
2001	71	15	17	20	40	26
Ostdeutschland						
1990	75	22	22	40	–	–
1993	86	16	17	32	46	–
1998	76	16	13	21	46	–
1999	80	13	17	23	43	46
2001	79	18	22	28	53	39
Deutschland						
1993	76	14	12	17	44	–
1998	69	16	12	16	36	–
1999	72	13	16	17	36	30
2001	73	16	18	22	43	29

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998, Trend 1999 u. 2001.

Anfang der 90er-Jahre besonders häufig zu beobachten (vgl. Tab. 5). Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen fühlte sich den gesellschaftlichen Umwälzungen und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten und Problemen machtlos ausgeliefert. Viele litten unter Orientierungsproblemen: Vier von zehn Bürgern meinten, die Verhältnisse seien so kompliziert geworden, dass sie sich nicht mehr zurechtfinden. Inzwischen hat das Tempo des sozialen Wandels nachgelassen und das Ausmaß der Anomie nähert sich dem westdeutschen Ausmaß an.

Tab. 6: Anomiesymptome in Bevölkerungsgruppen 2001

	Anomiesymptome					
	Ich kann an den meisten unserer heutigen Schwierigkeiten nicht viel ändern	Ich fühle mich oft einsam	Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude	Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich fast nicht mehr zurechtfinde	Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich nicht sehr zuversichtlich	Um es heute zu etwas zu bringen, muss man Dinge tun, die nicht korrekt sind
	in %					
Insgesamt	73	16	18	22	43	29
Geschlecht						
Männer	72	11	16	19	41	31
Frauen	74	20	19	25	44	27
Alter						
18–34 Jahre	71	12	18	20	35	31
35–59 Jahre	68	12	19	17	42	31
über 60 Jahre	81	24	15	31	51	24
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalte	82	32	19	29	46	26
Mehrpersonenhaushalte	71	11	18	20	42	30
Einkommen ¹						
Oberstes Quintil	64	12	14	10	33	29
Unterstes Quintil	77	24	23	35	50	35
Subjektive Schicht						
Ober- und obere Mittelschicht	54	9	7	9	24	26
Mittelschicht	69	11	16	16	38	24
Arbeiterschicht	85	23	23	34	53	36
Erwerbsstatus						
Erwerbstätig ²	68	10	18	16	38	30
Arbeitslos	79	28	–	35	59	44
Stellung im Beruf						
Selbstständige	64	13	12	16	36	34
Höhere Angestellte/Beamte	75	10	8	8	37	17
Qualif. Angestellte/Beamte	65	9	16	13	39	25
Einfache Angestellte/Beamte	73	18	19	24	44	28
Facharbeiter/Meister	79	15	21	23	47	35
Un- und angelernte Arbeiter	81	31	27	46	52	34

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.

2 Nur Vollerwerbstätige und Teilzeitbeschäftigte.

– Trifft nicht zu.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Im Jahr 2001 wurden ein leichter Anstieg der Orientierungslosigkeit und ein deutlicher Rückgang des Optimismus beobachtet. Inwieweit das vermehrte Auftreten dieser Anomiesymptome auf die neue Bedrohung durch Terror und Krieg zurückzuführen ist, kann hier zwar nicht exakt beziffert werden, doch dass ein Zusammenhang zwischen weltpolitischen Ereignissen dieser Tragweite und dem Wohlbefinden der Menschen besteht, steht außer Frage.

Die Analyse der Verbreitung von Anomiesymptomen in einzelnen Bevölkerungsgruppen bestätigt eine Reihe von generellen Erwartungen: Vor allem die Älteren meinen, an den meisten unserer heutigen Schwierigkeiten nicht viel ändern zu können; insbesondere die Alleinlebenden fühlen sich oft einsam; hauptsächlich die Un- und Angelernten haben keine Freude an ihrer Arbeit und besonders die Arbeitslosen sehen der eigenen Zukunft pessimistisch entgegen (vgl. Tab. 6). Überraschend ist die Tatsache, dass sich diese vier Bevölkerungsgruppen diesbezüglich als Problemgruppen herausstellen; dies insofern, als sie nahezu alle Anomiesymptome überdurchschnittlich häufig aufweisen. Um ein Beispiel zu nennen: Arbeitslose sind nicht nur pessimistischer als der Bevölkerungsdurchschnitt, sie klagen auch häufiger über Einsamkeit, Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit.

2.5 Fazit

Die Analyse von Zufriedenheit und Glücksempfinden sowie von Besorgnis- und Anomiesymptomen hat gezeigt, dass sich das subjektive Wohlbefinden der Menschen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verbessert hat – wenn auch nicht für alle und in jeder Hinsicht.

Für die neuen Bundesländer lassen sich eine Reihe von Fortschritten konstatieren. Die Ostdeutschen sind im Vergleich zu 1990 zufriedener mit ihrem Leben; Besorgnis- und Anomiesymptome treten heute seltener auf. Der Abstand zum westdeutschen Niveau des subjektiven Wohlbefindens hat sich deutlich verringert. Doch diese positive Entwicklung ist in einigen Bereichen seit Ende der 90er-Jahre zum Stehen gekommen. Die wichtigste Voraussetzung für eine Angleichung der Lebenszufriedenheit in Ost und West ist die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen.

Im früheren Bundesgebiet hat sich das subjektive Wohlbefinden seit dem Ende der 70er-Jahre insgesamt leicht verbessert. Vor allem die Häufigkeit von Besorgnissymptomen ging kontinuierlich zurück. Die Zufriedenheit mit dem Leben und das Glücksempfinden blieben auf hohem Niveau stabil – zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung. Bei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, bei Arbeitslosen und Einkommensschwachen, ist es dagegen zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit gekommen. Diese Tatsache ist ein ernst zu nehmendes Indiz für ungleicher werdende Lebenschancen und steigende Unsicherheiten in dieser Gesellschaft.

(Thomas Bulmahn)

3 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Die subjektive Zufriedenheit einer Person stellt das Ergebnis eines Bewertungsprozesses dar, in dem sie ihre objektiven Lebensumstände vor dem Hintergrund ihres individuellen Anspruchsniveaus beurteilt. Insofern können unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen auch bei identischen objektiven Lebensumständen zu Unterschieden im individuellen Wohlbefinden führen (vgl. Teil II, Kapitel 1). Zudem können beide Aspekte, sowohl die objektive Situation als auch das darauf gerichtete subjektive Anspruchsniveau, in verschiedenen Teilbereichen des Lebens ganz unterschiedlich ausgeprägt sein. Will man ein vollständiges Bild der Lebensumstände in der Bundesrepublik Deutschland erhalten, ist es daher erforderlich, neben den objektiven Lebensbedingungen der Bevölkerung ebenfalls ihre Zufriedenheit, nicht nur global, sondern auch in verschiedenen Lebensbereichen zu betrachten.

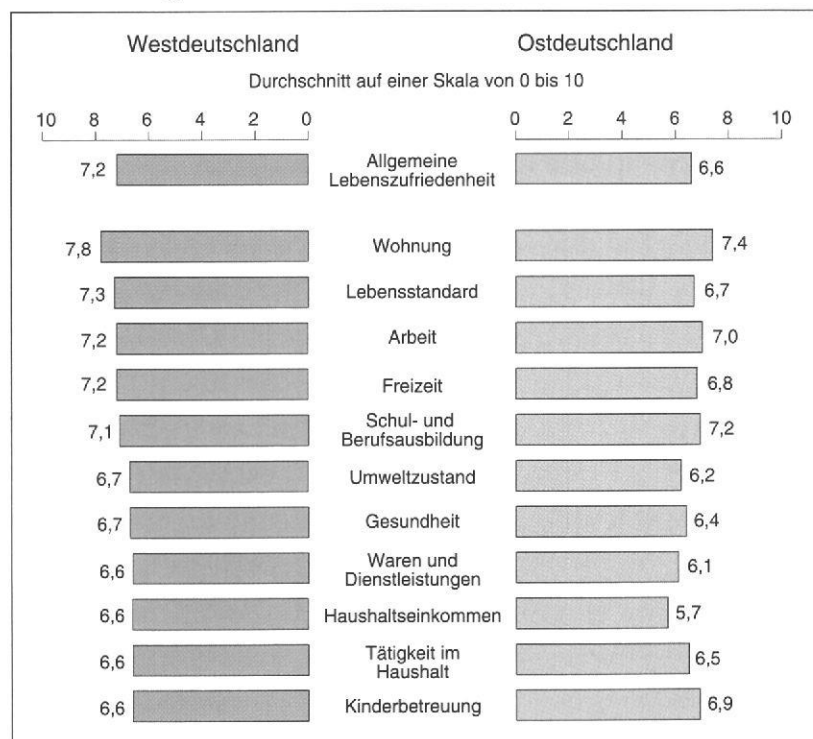
Neben einer allgemeinen Darstellung geht es dabei im Folgenden auch um die Frage, in welchen Lebensbereichen sich auch im Jahr 2000 noch große Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland finden lassen, und ob bzw. inwieweit sich die Differenzen zwischen beiden Landesteilen in den letzten Jahren verändert haben. Die Zufriedenheit in den einzelnen Bereichen wird auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) gemessen.

3.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

Betrachtet man die Ergebnisse für das Jahr 2000, so lassen sich deutliche Abweichungen zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Als Maß für die Unterschiede im Wohlbefinden zwischen den Landesteilen kann hierbei die allgemeine Lebenszufriedenheit dienen. Wie Abbildung 1 zeigt, sind die Westdeutschen im Allgemeinen deutlich zufriedener mit ihrem Leben, wobei der Unterschied zwischen beiden Landesteilen 0,6 Skaleneinheiten beträgt.

Allerdings fallen die Ost-West-Differenzen in den einzelnen Lebensbereichen keinesfalls identisch aus. Auch hinsichtlich der Rangordnung der einzelnen Bereiche unterscheiden sich die beiden Landesteile (vgl. Abb. 1). Einigkeit herrscht unter den Deutschen lediglich darüber, mit welchem Aspekt ihres Lebens sie am zufriedensten sind, nämlich mit ihrer Wohnung. In den alten Bundesländern folgen mit deutlichem Abstand der Lebensstandard, die Arbeit, die Freizeit und die Schul- und Berufsausbildung. Mittlere Werte finden sich bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und der Gesundheit. Am Ende der Skala rangieren das Angebot

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen
und allgemeine Lebenszufriedenheit¹



1 Zufriedenheit mit Arbeit: Nur Erwerbstätige; Zufriedenheit mit Kinderbetreuung: Nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt.

Datenbasis: SOEP 2000.

an Waren und Dienstleistungen, das Haushaltseinkommen, Tätigkeiten im Haushalt und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Das ostdeutsche Zufriedenheitsniveau ist in nahezu allen Fällen niedriger als das westdeutsche. Dabei lassen sich sowohl beim Ausmaß der Differenzen als auch bei der Rangfolge der einzelnen Bereiche charakteristische Unterschiede zwischen beiden Landesteilen feststellen. An erster Stelle ist dabei das Haushaltseinkommen zu nennen, wo der Unterschied zwischen Ost und West mit 0,9 Skaleneinheiten besonders hoch ausfällt.

Daneben weisen sowohl die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard als auch die Zufriedenheit mit dem Warenangebot und dem Umweltzustand deutliche Ost-West-Unterschiede auf. Sie betragen in allen genannten Fällen 0,6 bzw. 0,5 Skaleneinheiten. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es in den beiden letz-

Tab. 1a: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen 1996–2000

		Jahr	Zufriedenheit ¹ in den Lebensbereichen			Mittelwert
			Anteil »eher unzufrieden«	Anteil »eher zufrieden«	darunter »ganz und gar zufrieden«	
			in %			Ø
Gesundheit	West	1996	18	67	8	6,5
		1997	19	67	7	6,5
		1998	17	69	9	6,6
		1999	18	70	8	6,6
		2000	16	70	10	6,7
	Ost	1996	18	63	5	6,3
		1997	20	62	4	6,2
		1998	19	64	5	6,3
		1999	20	62	5	6,2
		2000	18	64	8	6,4
Arbeit ²	West	1996	12	77	7	6,9
		1997	13	77	6	6,9
		1998	12	77	9	7,0
		1999	11	77	8	7,0
		2000	10	80	12	7,2
	Ost	1996	15	72	6	6,6
		1997	13	74	6	6,7
		1998	13	73	6	6,7
		1999	13	73	6	6,7
		2000	11	76	12	7,0
Haushalts- einkommen	West	1996	19	66	7	6,4
		1997	21	64	6	6,2
		1998	20	66	7	6,3
		1999	18	66	8	6,4
		2000	16	70	10	6,6
	Ost	1996	28	51	4	5,6
		1997	31	47	2	5,3
		1998	30	50	3	5,5
		1999	29	51	3	5,5
		2000	28	54	5	5,7
Lebensstandard	West	1996	8	81	10	7,2
		1997	12	75	6	6,8
		1998	10	78	9	7,0
		1999	9	81	10	7,2
		2000	7	83	11	7,3
	Ost	1996	14	71	4	6,5
		1997	15	65	3	6,2
		1998	13	72	3	6,5
		1999	13	72	4	6,6
		2000	11	74	5	6,7
Freizeit	West	1996	13	75	16	7,1
		1997	15	75	16	7,0
		1998	15	75	17	7,1
		1999	15	75	17	7,1
		2000	13	77	18	7,2
	Ost	1996	19	66	10	6,5
		1997	19	67	11	6,5
		1998	15	71	11	6,8
		1999	14	72	11	6,8
		2000	16	70	12	6,8
Anmerkungen s. S. 445						

Datenbasis: SOEP 1996–2000.

Tab. 1b: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen 1996–2000

		Jahr	Zufriedenheit ¹ in den Lebensbereichen			Mittelwert	
			Anteil »eher unzufrieden«	Anteil »eher zufrieden«	darunter »ganz und gar zufrieden«		
			in %			Ø	
Wohnung	West	1996	8	84	19	7,6	
		1997	9	83	19	7,6	
		1998	9	83	21	7,6	
		1999	8	84	21	7,7	
		2000	7	86	23	7,8	
	Ost	1996	17	71	13	6,8	
		1997	13	73	11	6,9	
		1998	11	78	13	7,2	
		1999	9	81	13	7,3	
		2000	9	82	16	7,4	
Angebot Waren, Dienstleistungen ³	West	1996	15	74	13	6,9	
		1998	17	71	12	6,7	
		1999	16	71	11	6,7	
		2000	19	71	13	6,6	
	Ost	1996	26	60	8	6,1	
		1998	24	63	7	6,1	
		1999	24	64	7	6,1	
		2000	25	63	8	6,1	
	Umweltzustand	West	1996	17	66	4	6,3
			1997	18	65	3	6,2
1998			14	70	4	6,5	
1999			9	79	8	7,1	
2000			12	74	6	6,7	
Ost		1996	29	51	1	5,4	
		1997	28	51	1	5,5	
		1998	22	57	1	5,8	
		1999	14	71	3	6,5	
		2000	16	66	3	6,2	
Tätigkeit im Haushalt	West	1996	15	66	7	6,5	
		1997	15	66	7	6,4	
		1998	14	67	9	6,6	
		1999	15	65	8	6,5	
	Ost	2000	13	67	10	6,6	
		1996	15	63	6	6,3	
		1997	14	62	7	6,4	
		1998	14	64	7	6,4	
		1999	14	63	6	6,4	
		2000	15	64	8	6,5	
Kinderbetreuung ^{3, 4}	West	1997	19	66	8	6,4	
		1998	19	67	13	6,6	
		1999	21	67	10	6,6	
		2000	22	65	12	6,6	
	Ost	1997	19	65	9	6,9	
		1998	13	73	12	7,1	
		1999	17	67	11	6,8	
		2000	14	70	16	6,9	
	Schul- und Berufsausbildung ³	West	2000	11	76	13	7,1
		Ost	2000	8	78	12	7,2

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 bis 4 = »eher unzufrieden«; 6 bis 10 = »eher zufrieden«; 10 = »ganz und gar zufrieden«.

2 Nur Beschäftigte (Voll- und Teilzeit).

3 Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

4 Nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt.

Anmerkung: In den Jahren 1998 und 2000 kam es jeweils zu einer Erweiterung der Stichprobe des Sozio-oeko-nomischen Panels.

Datenbasis: SOEP 1996–2000.

genannten Bereichen seit 1990 zu einem erheblichen (relativen wie absoluten) Zufriedenheitsanstieg in Ostdeutschland gekommen ist. Wie später noch näher erläutert wird, unterscheidet sich dieser Trend deutlich von den Entwicklungen, die in anderen Lebensbereichen beobachtet werden können (vgl. Abb. 2).

Ein Sonderfall ist die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung. Sie ist neben der Schul- und Berufsausbildung der einzige hier untersuchte Lebensaspekt, bei dem die Ostdeutschen höhere Werte aufweisen als die Westdeutschen, und ist darüber hinaus einer der vier Bereiche, mit denen die Bürger der neuen Bundesländer insgesamt am zufriedensten sind. In diesem Ergebnis spiegelt sich die noch auf die DDR-Zeit zurückgehende, vergleichsweise gute Betreuungsinfrastruktur in den neuen Ländern wider. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in Ostdeutschland 2000 im Vergleich zu 1990, als der entsprechende Wert bei 7,6 lag, um 0,8 Skalenpunkte gefallen ist. Sofern man keinen Anstieg des entsprechenden Anspruchsniveaus in Ostdeutschland unterstellen möchte, gab es demnach in den Augen der Ostdeutschen seit der Vereinigung deutliche Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung.

Auch die in Tabelle 1 dargestellten Anteile »eher zufriedener« und »eher unzufriedener« Befragter zeigen in eine ähnliche Richtung wie die Werte in Abbildung 1. Darüber hinaus werden hier sowohl dauerhafte Problembereiche als auch über die Zeit stattfindende Verbesserungen deutlich. So waren z. B. in allen Jahren zwischen 1996 und 2000 jeweils um die 30 % der befragten Ostdeutschen eher unzufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Im Gegensatz dazu gibt es z. B. bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand innerhalb desselben Zeitraums (1996–2000), trotz einer leichten Verschlechterung der Werte im Jahr 2000, insgesamt deutliche Verbesserungstendenzen. Während der Anteil der Unzufriedenen in Westdeutschland nur mäßig zurückgegangen ist (von 17 % auf 12 %), ist er in Ostdeutschland nahezu um die Hälfte geschrumpft (von 29 % auf 16 %).

3.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen

Auch bei der Betrachtung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen folgen die Ost-West-Unterschiede dem bereits oben dargestellten Muster: Mit Ausnahme der Kinderbetreuung und der Schul- und Berufsausbildung sind Westdeutsche in nahezu allen Bevölkerungsgruppen und allen Bereichen zufriedener als Ostdeutsche.

Interessanter sind hingegen die Gruppenunterschiede innerhalb der Landesteile (vgl. Tab. 2a und Tab. 2b). Zwischen Männern und Frauen treten in den meisten Fällen nur geringe Unterschiede auf. Lediglich bei der Gesundheit ist die Zufriedenheit der Männer deutlich höher, während Frauen mit der Tätigkeit im Haushalt und in Ostdeutschland auch mit der Kinderbetreuung zufriedener sind.

Tab. 2a: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen 2000

Zufriedenheit ¹ mit ...		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18–34 Jahre	35–59 Jahre	60 + Jahre	Haupt-schulab-schluss	Mittlere Reife	Abitur
		Ø							
Gesundheit	West	6,7	6,4	7,5	6,5	5,5	6,2	6,6	7,0
	Ost	6,4	6,1	7,4	6,1	5,4	5,5	6,6	6,7
Arbeit ²	West	7,0	7,0	7,2	6,9	7,3	7,0	7,1	6,9
	Ost	6,8	6,9	7,1	6,7	7,3	6,8	6,9	6,7
Tätigkeit im Haushalt	West	6,3	6,6	6,5	6,4	6,5	6,5	6,6	6,1
	Ost	6,2	6,4	6,4	6,1	6,5	6,3	6,3	6,2
Haushalts-einkommen	West	6,5	6,6	6,3	6,5	6,9	6,5	6,8	6,7
	Ost	5,6	5,8	5,4	5,3	6,4	5,7	5,6	5,9
Wohnung	West	7,6	7,7	7,4	7,6	7,9	7,7	7,7	7,5
	Ost	7,2	7,3	7,2	7,1	7,6	7,3	7,2	7,3
Freizeit	West	7,0	7,1	6,7	6,7	8,0	7,3	6,8	6,8
	Ost	6,6	6,6	6,3	6,1	7,5	7,0	6,4	6,2
Kinderbetreuung ³	West	6,4	6,4	6,4	6,4	() ⁴	6,7	6,3	6,0
	Ost	6,6	7,1	7,2	6,5	() ⁴	7,1	6,9	6,2
Warenangebot	West	6,8	6,7	6,7	6,6	6,9	6,7	6,7	6,7
	Ost	6,2	6,2	6,0	6,0	6,6	6,5	6,0	6,2
Schul- und Berufsausbildung	West	7,1	6,9	7,2	6,9	6,8	6,4	7,2	8,1
	Ost	7,0	7,0	7,2	6,9	7,0	6,5	7,1	7,7
Umweltzustand	West	6,8	6,5	6,7	6,6	6,7	6,6	6,8	6,7
	Ost	6,3	6,1	6,1	6,1	6,3	6,3	6,1	6,1
Lebensstandard	West	7,2	7,2	7,2	7,1	7,3	7,1	7,5	7,3
	Ost	6,5	6,6	6,7	6,2	6,9	6,5	6,5	6,8

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »ganz und gar unzufrieden«; 10 = »ganz und gar zufrieden«.

2 Nur Beschäftigte (Voll- und Teilzeit).

3 Nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt.

4 (): Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

Datenbasis: SOEP 2000.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen, so sind die über 60-Jährigen meist am zufriedensten. Lediglich im Falle der Schul- und Berufsausbildung und insbesondere des Gesundheitszustandes weisen die jüngeren Gruppen ein ähnliches oder höheres Zufriedenheitsniveau auf. Ein interessanter Unterschied findet sich bei der Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in Ostdeutschland. Hier sind die Jüngeren (18–34 Jahre) deutlich zufriedener als die mittlere Altersgruppe der 35- bis 59-Jährigen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass Letztere im Gegensatz zu den jüngeren Befragten eher in der Lage sind, die gegenwärtige Situation mit der in der früheren DDR zu vergleichen, weshalb ihre Bewertung der Kinderbetreuung insgesamt weniger positiv ausfällt.

Personen mit hoher Bildung (d. h. mindestens Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) weisen lediglich in Bezug auf ihre Gesundheit sowie ihre Ausbildung die höchste Zufriedenheit auf. In Bezug auf ihre Arbeit sind Personen mit mittlerer

(Realschulabschluss) und hinsichtlich Kinderbetreuung und Freizeit Menschen mit niedrigerer Bildung (Hauptschulabschluss) am zufriedensten. Bei Lebensstandard und Haushaltseinkommen finden sich unterschiedliche Muster in Ost- und Westdeutschland. Während die höher Gebildeten im Westen unzufriedener damit sind als Personen mittlerer Bildung, weisen sie im Osten das höchste Zufriedenheitsniveau auf. Allerdings verfügt die oberste Bildungsgruppe in beiden Landesteilen über das höchste Haushaltseinkommen. Daher dürfte die relativ geringe Zufriedenheit der westdeutschen Abiturienten vor allem auf ihr im Vergleich zu den übrigen Gruppen höheres Anspruchsniveau zurückzuführen sein.

Bezüglich der Unterschiede nach dem Erwerbsstatus lässt sich eine relativ klare Rangfolge zwischen den einzelnen Gruppen ausmachen. In den meisten Lebensbereichen weisen die Rentner die höchsten und die Arbeitslosen die niedrigsten

Tab. 2b: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen 2000

Zufriedenheit ¹ mit ...		Erwerbsstatus			Haushaltseinkommen ²	
		Erwerbs- tätig	Arbeits- los	Rentner	Unteres Quintil	Oberes Quintil
		Ø				
Gesundheit	West	6,9	6,1	5,3	6,3	6,7
	Ost	6,7	6,1	5,2	6,0	6,5
Arbeit ³	West	7,0	–	–	6,8	7,0
	Ost	6,8	–	–	6,6	7,1
Tätigkeit im Haushalt	West	6,5	6,2	6,4	6,1	6,7
	Ost	6,4	6,0	6,4	6,1	6,6
Haushaltseinkommen	West	6,7	4,3	6,9	5,2	7,6
	Ost	5,9	4,0	6,3	3,9	7,0
Wohnung	West	7,6	6,7	7,9	7,1	8,2
	Ost	7,3	6,8	7,5	6,8	7,6
Freizeit	West	6,5	7,3	8,1	6,9	7,0
	Ost	6,1	6,5	7,5	6,2	6,6
Kinderbetreuung ⁴	West	6,4	6,7	() ⁵	6,7	5,9
	Ost	6,9	6,8	() ⁵	6,8	6,1
Warenangebot	West	6,7	7,0	6,9	6,6	7,0
	Ost	5,9	6,6	6,6	6,2	6,4
Schul- und Berufsausbildung	West	7,1	6,1	6,7	6,3	7,6
	Ost	7,2	6,4	7,0	6,3	7,6
Umweltzustand	West	6,7	6,4	6,7	6,4	6,9
	Ost	6,2	6,1	6,2	5,9	6,4
Lebensstandard	West	7,3	5,7	7,3	6,2	8,0
	Ost	6,7	5,5	6,9	5,3	7,2

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = „ganz und gar unzufrieden“; 10 = „ganz und gar zufrieden“.

2 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen; Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala; separate Einkommensverteilung für Ost- und Westdeutschland.

3 Nur Beschäftigte (Voll- und Teilzeit).

4 Nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt.

5 (): Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

Datenbasis: SOEP 2000.

Werte auf. Ausnahmen stellen hier insbesondere die Zufriedenheit mit der Gesundheit und der Ausbildung sowie im Westen auch die Zufriedenheit mit dem Warenangebot und der Haushaltstätigkeit dar. Bei der Freizeit sind naheliegenderweise sowohl die Werte der Rentner als auch die der Arbeitslosen höher als die der Erwerbstätigen. Beim Haushaltseinkommen und beim Lebensstandard sind entsprechend die Arbeitslosen deutlich unzufriedener als die anderen beiden Gruppen.

Auch beim Vergleich des obersten mit dem untersten Einkommensquintil sind die Unterschiede in diesen beiden Lebensbereichen erwartungsgemäß hoch¹. Im Fall der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen erreicht der Unterschied in Ostdeutschland sogar über drei Skalenpunkte. Auch in fast allen übrigen Lebensbereichen sind Befragte im oberen Einkommensquintil zufriedener als solche im unteren, jedoch ist der Unterschied zwischen beiden Gruppen nur noch im Falle der Ausbildung und der Wohnung größer als ein Skalenpunkt. Ein charakteristischer Unterschied findet sich bei der Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung. Hier ist das einkommensstärkste Fünftel der Gesellschaft mit 0,7 bzw. 0,8 Punkten deutlich unzufriedener als die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Dies könnte mit einer im Vergleich stärkeren Verbreitung von Doppelerwerbstätigkeit und einem dadurch bedingten höheren Betreuungsbedarf im oberen Einkommensquintil zusammenhängen.

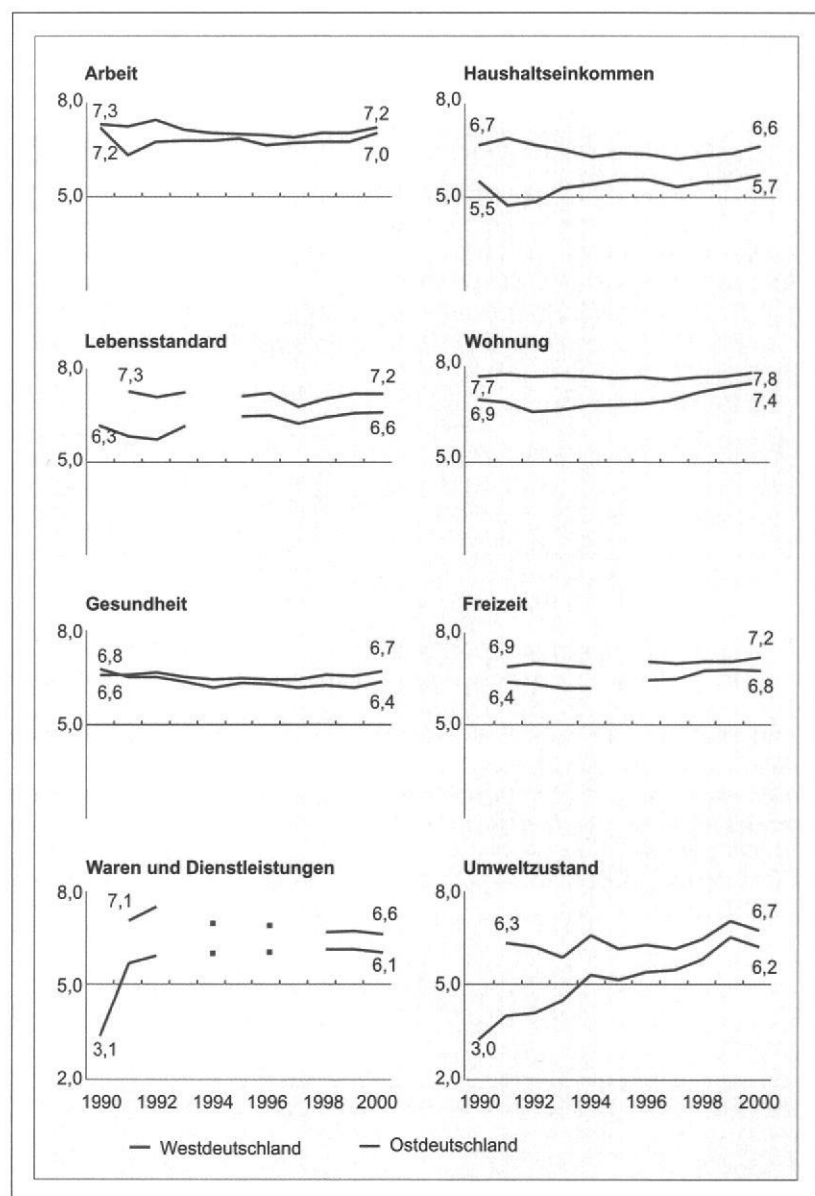
3.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen im vereinigten Deutschland

Insgesamt stehen mit den hier verwendeten Daten elf Erhebungszeitpunkte zur Verfügung, zu denen sowohl die ost- als auch die westdeutsche Bevölkerung befragt wurde. Dies ermöglicht für die meisten der untersuchten Lebensbereiche eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung der langfristigen Veränderung der Zufriedenheit, die seit 1990 in beiden Landesteilen stattgefunden hat.

Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass die subjektive Zufriedenheit in Ostdeutschland kurz nach der Wende stark zurückgegangen ist, bevor in den folgenden Jahren eine langsame Annäherung an westdeutsche Werte stattfand, die sowohl von einem Ansteigen der ostdeutschen als auch von einer gleichzeitigen Abnahme der westdeutschen Zufriedenheit getragen wurde. Diese Zangen-

1 Die Einkommensquintile wurden auf Basis der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen berechnet. Hierfür werden alle vom Haushalt erzielten Einkommen berücksichtigt und durch die gewichtete Haushaltsgröße geteilt. Die Gewichtung erfolgte nach der alten OECD-Skala. Dabei wird nur die erste erwachsene Person im Haushalt voll (d. h. mit einem Gewicht von 1,0) berücksichtigt, während weitere Erwachsene mit dem Faktor 0,7 und Kinder unter 16 Jahren mit einem Gewicht von 0,5 in die gewichtete Haushaltsgröße eingehen. Damit werden sowohl größenbedingte Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten als auch der unterschiedliche Bedarf von Kindern und Erwachsenen berücksichtigt.

Abb. 2: Veränderungen der Zufriedenheit in Lebensbereichen 1990–2000



Datenbasis: SOEP 1990–2000.

bewegung kam in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zum Stillstand und seitdem wird von einer Verfestigung der Zufriedenheitsunterschiede ausgegangen.

Wie Abbildung 2 zeigt, entspricht dieses Verlaufsmuster jedoch nur der Entwicklung in einem Teil der Lebensbereiche. Bei der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen, dem Lebensstandard und bedingt auch bei der Zufriedenheit mit der Wohnung (wobei in diesem Fall die Werte im westlichen Landesteil über den gesamten Beobachtungszeitraum konstant bleiben) lässt sich diese Verlaufsform finden. Alle diese Bereiche zeichnen sich dadurch aus, dass sie eng mit dem materiellen Wohlstand der Befragten verknüpft sind. Das oben beschriebene Muster scheint also insbesondere die Angleichung der Zufriedenheiten im materiellen Bereich zu beschreiben.

Darüber hinaus treten aber, wie Abbildung 2 dokumentiert, auch noch zwei weitere Verlaufstypen auf. Der erste betrifft zwei Bereiche der privaten Lebensumstände: die Zufriedenheit mit der Gesundheit und die Zufriedenheit mit der Freizeit. Beide sind durch geringe Unterschiede sowie eine überwiegend parallele Entwicklung der beiden Landesteile über den gesamten Beobachtungszeitraum gekennzeichnet. Während sich im Falle der Gesundheit ein geringfügiger Rückgang der ostdeutschen Zufriedenheit feststellen lässt, kommt es bei der Freizeit in beiden Landesteilen zu einem leichten Anstieg der Werte. Die Besonderheit ist in beiden Fällen, dass diese geringen Veränderungen nicht kurzfristig stattfinden, sondern eine gleichmäßig über den gesamten Beobachtungszeitraum verteilte Entwicklung darstellen.

Besonders bemerkenswert ist allerdings der dritte Verlaufstyp. Er tritt bei der Zufriedenheit mit Waren und Dienstleistungen und der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt auf und zeichnet sich gleich durch mehrere Besonderheiten aus: Zunächst findet sich in Ostdeutschland 1990 mit Werten von 3,2 bzw. 3,1 in beiden Fällen ein ausgesprochen niedriges Ausgangsniveau. In der ersten Hälfte der 90er-Jahre steigt die Zufriedenheit in beiden Bereichen rapide an. Im Falle der Waren und Dienstleistungen findet dieser Anstieg innerhalb nur eines Jahres zwischen 1990 und 1991 statt, während sich die Phase des stärksten Zufriedenheitsanstieges im Falle des Umweltzustandes bis ca. 1994 erstreckt. Gegen Ende der 90er-Jahre ist es dann insbesondere bei der Zufriedenheit mit Waren und Dienstleistungen zu einer Stabilisierung sowohl des Zufriedenheitsniveaus wie auch der Ost-West-Unterschiede gekommen. Auch bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand hat sich der Abstand zwischen den beiden Landesteilen stabilisiert. Allerdings ist es in diesem Fall zunächst zu einem Anstieg und im Jahr 2000 wieder zu einem Rückgang des Zufriedenheitsniveaus gekommen, der in Ost- wie in Westdeutschland parallel verlief. In beiden Fällen gilt, dass der steile Anstieg der Zufriedenheit in Ostdeutschland mit deutlichen Verbesserungen der objektiven Verhältnisse in den jeweiligen Bereichen einhergeht. Dabei spiegelt der Verlauf des Zufriedenheitsanstieges auch das Tempo der tatsächlich stattfindenden Verbesserungen wider: Das ostdeutsche Warenangebot vergrößerte sich Anfang der 90er-Jahre bekanntlich schlagartig, während sich der Zustand der Umwelt in Ost-

deutschland seit diesem Zeitpunkt zwar auch deutlich verbessert hat, die Entwicklung in diesem Fall aber weniger abrupt gewesen ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen betrachteten Lebensbereichen weiterhin mehr oder weniger deutliche Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West existieren. Diese Differenzen betreffen nicht nur die Bevölkerung der beiden Landesteile insgesamt, sondern finden sich auch innerhalb der untersuchten sozialstrukturellen Gruppen wieder. Betrachtet man allerdings die langfristige Entwicklung in den einzelnen Bereichen, so ist es während der 90er-Jahre zu einer Annäherung der ostdeutschen an die westdeutschen Werte gekommen. Der Verlauf dieser Annäherung allerdings war in den einzelnen Lebensbereichen durchaus verschieden. In den meisten Fällen ist jedoch zumindest mittelfristig von einer Stabilisierung des jetzt noch vorhandenen Abstands und damit von einem Fortbestehen der Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern auszugehen.

(Bernhard Christoph)

4 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen

Werte sind Auffassungen vom Guten und Wünschenswerten. Sie bestimmen unsere Wahrnehmungen, unsere Bewertungen und unser Handeln. Entscheidende Werte einer Gesellschaft schlagen sich im Rechtssystem nieder. Daneben gibt es »persönliche« Werte, die der Freiheit des Einzelnen überlassen sind. Um Letztere soll es in diesem Kapitel gehen. Ansprüche und Erwartungen, die sich aus diesen subjektiven Werten ergeben, werden ebenfalls in diesem Kapitel behandelt. Gibt es dabei einen Wandel von Werten, Ansprüchen und Erwartungen in Ostdeutschland, der sich als Annäherung an westdeutsche Muster interpretieren lässt? Im ersten Abschnitt dieses Kapitels geht es um die Einschätzung der Wichtigkeit bestimmter Lebensbereiche für das persönliche Leben. Der zweite Abschnitt behandelt die Ansprüche in Bezug auf die persönlichen Lebensbedingungen. Die Zukunftserwartungen der Bevölkerung stehen im dritten Abschnitt im Mittelpunkt.

4.1 Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche

In den Umfragen des Wohlfahrtssurveys wird die Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit des Befragten erhoben (vgl. Tab. 1). Die jüngste Befragung fand im Spätherbst 2001 statt, sodass bei der Interpretation dieser Daten auch die Ereignisse des 11. September 2001 zu berücksichtigen sind. Auffällig ist dabei eine Abnahme der Bedeutung der meisten abgefragten Lebensbereiche, während für den Lebensbereich »Glauben« eine beachtenswerte Zunahme feststellbar ist. Durchgängig bestätigt sich jedoch die bekannte Dominanz der privaten Lebensbereiche Gesundheit, Familie sowie Liebe und Zuneigung für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Befragten (vgl. Teil II, Kap. 5 und 11). Die langjährig stabile Rangfolge dieser Lebensbereiche nach der durchschnittlichen Wichtigkeit hat sich nicht verändert.

Die sechs wichtigsten Lebensbereiche, die das Privat- und Arbeitsleben sowie die persönliche Sicherheit betreffen, haben bis 1998 an Bedeutung gewonnen, im Jahr 2001 jedoch insbesondere in Westdeutschland einen Bedeutungsverlust erlebt. Traditionell werden diese Aspekte in Ostdeutschland höher bewertet, sodass sich die bisherigen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahre 2001 vergrößert haben.

Das Thema Umweltschutz (vgl. Teil II, Kap. 10) hat demgegenüber kontinuierlich an Bedeutung verloren. Hier gibt es im Jahr 2001 auch keinen Ost-West-Unterschied mehr. Nach objektiven Verbesserungen in den letzten 20 Jahren werden die drän-

Tab. 1: Die Wichtigkeit von Lebensbereichen in Deutschland

	Jahr	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		Sehr wichtig	Unwichtig	Sehr wichtig	Unwichtig	Sehr wichtig	Unwichtig
		in %					
Gesundheit	2001	80	0	78	0	87	1
	1998	85	0	84	0	87	1
	1993	81	0	82	0	78	0
	1988/90			80	0	82	0
Familie	2001	75	1	74	1	81	1
	1998	81	1	80	1	85	0
	1993	77	1	76	1	82	0
	1988/90			73	1	78	3
Liebe und Zuneigung	2001	69	0	68	0	72	1
	1998	73	0	73	0	71	0
	1993	71	0	71	0	73	0
	1988/90			68	0	69	1
Schutz vor Kriminalität	2001	49	0	47	0	59	1
	1998	60	0	58	0	68	0
	1993	58	1	56	1	68	0
	1988/90						
Arbeit	2001	47	4	42	3	66	5
	1998	53	3	50	2	70	3
	1993	41	4	37	4	58	5
	1988/90			36	4	57	6
Einkommen	2001	44	0	40	0	61	2
	1998	51	0	47	0	69	0
	1993	40	0	36	0	59	0
	1988/90			34	0	56	0
Umweltschutz	2001	39	1	39	1	41	1
	1998	45	0	46	0	41	1
	1993	53	0	57	0	41	1
	1988/90			60	0	68	1
Freizeit	2001	37	1	35	1	43	1
	1998	34	0	35	0	31	0
	1993	31	1	32	1	24	1
	1988/90			31	1	35	1
Erfolg im Beruf	2001	29	7	25	7	44	7
	1998	32	4	30	4	43	3
	1993	23	9	22	9	26	9
	1988/90			18	3	32	12
Glaube	2001	20	16	22	11	14	37
	1998	16	21	18	16	7	45
	1993	12	24	13	17	7	51
	1988/90			16	12	9	44
Politischer Einfluss	2001	9	16	8	16	12	16
	1998	10	10	10	9	8	11
	1993	9	11	10	10	6	15
	1988/90			9	12	12	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 (West), 1990 (Ost), 1993, 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

gendsten Probleme in diesem Bereich offensichtlich als gelöst angesehen. Die Bedeutung des Lebensbereichs Freizeit hat 2001 in Ostdeutschland einen kräftigen Aufschwung erfahren, nachdem die Ostdeutschen in den Nachwendejahren diesen Lebensbereich offenbar zurückgestellt haben. Nicht überraschend ist die starke Ost-West-Differenz für den Lebensbereich »Glauben«. In Westdeutschland ist er 2001 für 22 % der Bevölkerung »sehr wichtig«, in Ostdeutschland lediglich für 14 %. Die Anteile derjenigen, für die der Glaube »sehr wichtig« ist, haben sich dabei in beiden Landesteilen erhöht. Der Bereich »Politischer Einfluss« (vgl. Teil II, Kap. 18) wird von allen erfragten Lebensbereichen als am wenigsten wichtig für das persönliche Leben eingeschätzt. Nur 9 % der deutschen Bevölkerung halten 2001 politischen Einfluss für wichtig in Bezug auf ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit.

Der in beiden Landesteilen beobachtbare Bedeutungsanstieg des »Glaubens« im Jahre 2001 und der Bedeutungsrückgang in den übrigen Lebensbereichen entgegen dem langjährigen Trend spricht für eine kurzfristige Verschiebung der Wertestruktur. Als Ursache dürften hier die zum Befragungszeitpunkt als bedrohlich empfundenen weltpolitischen Ereignisse eine Rolle spielen.

Insgesamt kann ein Wertewandel hin zu individualistischer Selbstverwirklichung für den Zeitraum der letzten zehn Jahre allenfalls in geringem Maße für das traditionell »materialistischere« Ostdeutschland (für die Bereiche Freizeit und politi-

Tab. 2: Die Wichtigkeit der Lebensbereiche Arbeit, Familie, Umweltschutz und Glauben in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Ost- und Westdeutschlands¹

	Arbeit				Familie				Umweltschutz				Glauben			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	98	01	98	01	98	01	98	01	98	01	98	01	98	01	98	01
Gesamt	50	42	70	66	80	74	85	81	46	39	41	41	18	22	7	14
Männer	56	47	77	73	77	73	84	77	45	33	42	39	14	20	(6)	14
Frauen	44	38	64	59	82	75	86	85	47	43	40	43	21	24	9	14
18–34 Jahre	50	44	67	71	77	69	82	71	45	41	43	34	12	16	(6)	(14)
35–49 Jahre	50	46	81	76	85	77	87	82	48	38	39	40	15	16	(5)	14
50–65 Jahre	52	40	70	62	80	79	85	84	47	36	42	48	19	25	(8)	(12)
66 Jahre u. älter	45	38	54	44	76	70	87	89	45	40	39	42	29	34	(13)	(17)
Erwerbstätig	54	47	75	76	82	73	85	78	47	37	38	37	14	18	(6)	12
Rentner	45	36	57	45	75	72	85	85	46	39	40	48	24	32	(10)	17
Schüler/Student	49	(58)	(56)	(55)	71	(71)	(75)	(71)	50	53	(45)	(27)	(9)	(12)	(2)	0
Arbeitslos	65	37	78	69	72	75	88	79	31	(25)	46	44	21	(14)	(8)	(16)
Hausfrau/-mann	41	29	(61)	(81)	83	85	(90)	(100)	50	41	(76)	(51)	24	26	(22)	(42)
Ledig	48	45	68	71	64	57	75	61	45	40	42	29	10	15	(7)	(12)
Verheiratet	50	43	74	66	87	82	91	91	46	37	43	46	18	23	7	15
Verwitwet	48	34	(47)	(42)	75	67	81	81	48	47	38	(38)	39	36	(17)	(19)
Geschieden	52	40	70	66	63	58	74	69	47	35	29	46	(9)	(15)	(4)	(10)

¹ Prozentwerte für die Angabe »sehr wichtig«.

() N < 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

scher Einfluss) empirisch nachgewiesen werden. In der Tendenz ergeben sich allerdings kaum Annäherungen zwischen den Einschätzungen der Wichtigkeit von Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland: Augenfällige Veränderungen in beiden Landesteilen verlaufen jedoch größtenteils in die gleiche Richtung.

In Tabelle 2 werden die Wichtigkeitsbewertungen für die Lebensbereiche Arbeit und Familie sowie für die Lebensbereiche Umweltschutz und Glauben nach soziodemographischen Merkmalen ausgewiesen. Ein Zeitvergleich zwischen 1998 und 2001 zeigt außerdem, bei welchen Gruppen Veränderungen in den Prioritäten festzustellen sind. Der Bereich Arbeit wird von Männern im Vergleich zu Frauen durchgängig als wichtiger eingeschätzt, der Bereich Familie dagegen von Frauen – im jeweiligen Landesteil. Die ostdeutschen Frauen haben 2001 mit 59 % für die Angabe »sehr wichtig« eine höhere Arbeitsorientierung als die westdeutschen Männer (2001: 47 %). In Westdeutschland ergibt sich sowohl 1998 als auch 2001 kein großer Unterschied zwischen den im arbeitsfähigen Alter befindlichen Generationen in der Einschätzung des Lebensbereiches Arbeit, in Ostdeutschland dagegen nehmen die 35- bis 49-Jährigen 1998 mit 81 % und 2001 mit 76 % einen Spitzenwert bei der Bewertung des Lebensbereiches Arbeit als »sehr wichtig« ein. Dieser Lebensbereich hat von 1998 bis 2001 nur für die ostdeutschen 18- bis 34-Jährigen an Bedeutung gewonnen, in allen anderen Altersklassen hat er in Ost- und West an Wichtigkeit eingebüßt. Arbeitslose schätzten 1998 in beiden Landesteilen den Lebensbereich Arbeit wichtiger ein als Beschäftigte, im Jahr 2001 gilt das Umgekehrte. Über alle betrachteten Erwerbsgruppen hinweg ist nur für die ostdeutschen Erwerbstätigen keine negative Veränderung in der Einschätzung des Bereiches eingetreten. Betrachtet man Ost- und Westdeutsche nach ihrem Familienstand, dann ist nur für die ostdeutschen Ledigen eine Zunahme der Wichtigkeit des Lebensbereiches »Arbeit« feststellbar.

Über alle Gruppen und zu beiden Erhebungspunkten wird der Lebensbereich Arbeit im Vergleich zur Familie für weniger wichtig gehalten. Eine Ausnahme bilden im Jahr 2001 die ostdeutschen 18- bis 34-Jährigen. Denkbar ist, dass diese erst nach der Wende in das Arbeitsleben eingetretene Generation eine bedenkliche »Flucht nach vorn« antritt, indem sie im Interesse der Berufstätigkeit auf Familiengründung verzichtet. Die befürchtete Entwicklung Deutschlands zu einer karriereorientierten Singlegesellschaft kann hier gezeigt werden. Auch der Lebensbereich »Familie« hat von 1998 bis 2001 in seiner Bedeutung für das Wohlbefinden verloren. Stabil blieb die Einschätzung bei den ostdeutschen Frauen, den ost- und westdeutschen Rentnern, den westdeutschen Arbeitslosen und Hausfrauen sowie den ostdeutschen Verheirateten und Verwitweten, was mit Traditionen und dem Eingebundensein in familiäre Verhältnisse begründet werden kann. In allen sozialen Gruppen und zu beiden Erhebungspunkten haben die Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen sowohl eine höhere Arbeits- als auch eine höhere Familienorientierung.

Der Lebensbereich Umweltschutz hat in Westdeutschland innerhalb der letzten Jahre weiter erheblich an Bedeutung verloren (1998: 46 %; 2001: 39 % für die An-

gabe »sehr wichtig«) und liegt 2001 mit der stabilen ostdeutschen Bewertung (41 %) gleichauf. Einen Bedeutungsanstieg erlebt der Umweltschutz bis 2001 bei den Ostdeutschen ab 50 Jahren und den ostdeutschen Geschiedenen. Die Wichtigkeit des Lebensbereiches »Glauben« hat von 1998 bis 2001 bei jeder der betrachteten Gruppen an Bedeutung gewonnen. Die »Reaktivierung« dieses Lebensbereiches für das Wohlbefinden fand unabhängig vom sozialen Status statt und ist damit erstaunlich universal, wenn auch auf einem insgesamt eher niedrigen Niveau.

4.2 Ansprüche an die eigenen Lebensbedingungen

Ansprüche an das Niveau der eigenen Lebensbedingungen entstehen aus Vergleichen mit der Vergangenheit, mit subjektiv relevanten Bezugsgruppen, mit der erwarteten zukünftigen Entwicklung und natürlich aus persönlichen Wünschen. Deswegen weichen Ansprüche meist von der Einschätzung der gegenwärtigen Lebensbedingungen nach oben ab. Aus nicht befriedigten Ansprüchen resultieren Unzufriedenheit und Ungerechtigkeitsempfinden. Dieses Phänomen konnte besonders nach der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland nachgewiesen werden. Es entstand dadurch, dass die Ostdeutschen ihre Ansprüche an den westdeutschen Gegebenheiten ausgerichtet hatten.

Auch heute sind die objektiven Lebensbedingungen in beiden Landesteilen nicht als gleich zu bewerten, wenn sich auch der Ostteil erheblich dem Westteil angenähert hat. Wie spiegelt sich diese Entwicklung im Urteil der Bevölkerung wider? In Tabelle 3 wird die Einschätzung der gegenwärtigen Lebensbedingungen vergleichend dargestellt. Es geht um den Vergleich zwischen Anspruch und Realität, d. h. um die Gegenüberstellung der heutigen Lebensbedingungen zu denjenigen

Tab. 3: Beurteilung der persönlichen Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland¹

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1998	2001	1993	1998	2001
Lebensbedingungen heute	7,3	7,4	7,3	6,3	6,8	6,7
Lebensbedingungen in 5 Jahren	6,9	7,3	7,3	6,8	6,8	6,5
Lebensbedingungen vor 5 Jahren	6,9	7,0	6,8	6,2	6,3	6,4
Lebensbedingungen der Freunde		7,4	7,3		7,0	6,8
Lebensbedingungen, die einem gerechterweise zustehen	7,9	7,8	7,7	8,0	7,8	7,6
Differenz der Einschätzungen aktuelle und gerechte Lebensbedingungen	-0,6	-0,4	-0,4	-1,7	-1,0	-0,9

1 Mittelwerte einer Skala von 0 = schlechteste Lebensbedingungen bis 10 = beste Lebensbedingungen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

in der Vergangenheit, in der Zukunft sowie den Lebensbedingungen der Freunde. Danach schätzen die Ostdeutschen ihre Lebensbedingungen 1993 mit einem Durchschnittswert von 6,3 auf der Skala von 0 bis 10 um einen ganzen Skalenpunkt niedriger ein als die Westdeutschen (1993: 7,3). In ihren Ansprüchen stehen sie jedoch mit den Westdeutschen auf einer Stufe (West 1993: 7,9; Ost 1993: 8,0). Die in Ostdeutschland mit –1,7 erheblich größere Differenz zwischen der Einschätzung der gegenwärtigen Lebensbedingungen und den gerechterweise zustehenden lässt auf ein hohes Unzufriedenheitspotenzial bei den Ostdeutschen schließen. Für die Westdeutschen beträgt dieser Unterschied für 1993 nur –0,6. Die Differenz zwischen aktuellen und gerechten Lebensbedingungen nimmt bis 1998 ab, zurückzuführen besonders auf die höhere Einschätzung der aktuellen Lebensbedingungen: 1998 bewerten die Ostdeutschen ihre Lebensbedingungen um einen halben Skalenpunkt höher als 1993. Damit bestätigt sich die Erwartung für die Entwicklung der Lebensbedingungen, die die ostdeutschen Befragten 1993 abgegeben haben. Die Entwicklung von 1998 bis 2001 stagniert eher: Sowohl in der Beurteilung der gegenwärtigen Lebensbedingungen als auch bei Ansprüchen und Erwartungen ist man in Ostdeutschland etwas bescheidener geworden. Im Bereich der Ansprüche deuten die Daten damit auf eine Tendenz zur »inneren Einheit« hin.

Tab. 4: Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Lebensstandard in Deutschland

	Sehr viel weniger				Etwas weniger				Gerechten Anteil				Mehr als gerechten Anteil			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	92	00	92	00	92	00	92	00	92	00	92	00	92	00	92	00
Zeilenprozentwerte																
Gesamt	7	5	35	14	29	28	47	14	56	60	18	33	8	8	(1)	(3)
Männer	7	5	33	13	27	29	48	13	57	58	18	31	9	9	(1)	(2)
Frauen	7	4	37	14	30	27	45	14	55	61	18	35	8	8	(1)	(4)
18–34 Jahre	6	5	28	14	30	30	53	14	54	55	18	35	10	10	(1)	(3)
35–49 Jahre	6	6	37	16	28	26	47	16	58	59	15	24	8	9	(1)	(3)
50–65 Jahre	7	3	41	13	28	28	41	13	58	61	18	31	7	8	(0)	(4)
66 Jahre u. älter	8	4	29	9	28	25	47	9	56	64	23	48	8	7	(1)	(2)
Erwerbstätig	6	4	29	13	27	27	51	13	59	60	19	30	8	10	(1)	(3)
Rentner	8	3	34	10	30	26	44	10	54	63	21	42	8	7	–	(2)
Schüler/Student	4	1	(18)	(6)	18	21	(65)	(6)	62	58	(18)	(55)	(16)	(21)	(0)	(9)
Arbeitslos	18	22	54	24	37	35	36	24	39	39	10	18	6	4	–	(5)
Hausfrau/-mann	6	2	(46)	–	32	31	(18)	–	53	62	(36)	(46)	(9)	(4)	–	–
Ledig	7	6	30	13	28	30	50	13	55	53	20	23	11	11	(1)	(3)
Verheiratet	5	4	36	12	28	27	46	12	59	62	18	34	8	8	(0)	(3)
Verwitwet	10	5	30	7	32	25	48	7	52	64	21	44	6	7	(1)	(7)
Geschieden	14	6	37	34	33	31	48	34	45	56	13	23	8	7	(2)	(2)

1 Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?«

() N < 20.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000.

Diese Entwicklung kann detaillierter nachvollzogen werden, wenn man die Antworten auf ein weitere Frage betrachtet. Dabei werden die Befragten gebeten, den Anteil, den sie selbst am Lebensstandard in Deutschland erhalten, zu bewerten. Der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die angeben, »sehr viel weniger« oder »etwas weniger« als den gerechten Anteil am Lebensstandard in Deutschland zu erhalten, sinkt kontinuierlich von 1992 (35 % bzw. 47 %) bis 2000 (14 % bzw. 14 %). Der Prozentsatz der Ostdeutschen, die ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht bewerten, steigt entsprechend von 18 % (1992) auf 33 % (2000). Für die Westdeutschen lässt sich keine zeitliche Veränderung feststellen, hier geben über die Hälfte der Befragten an, den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Ein relevanter Geschlechterunterschied ist für keinen Zeitpunkt und weder in Ost- noch in Westdeutschland festzustellen.

In Ostdeutschland gibt es 1992 eine erhebliche Differenz der Altersgruppen bei der Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Anteils am Lebensstandard. Die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen – eine Kohorte, die oft als die »Wendeverlierer« bezeichnet wird – gibt mit einem erheblich höheren Prozentsatz (41 %) als die anderen Altersgruppen an, »sehr viel weniger« als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Im Jahr 2000 jedoch, als diese Altersgruppe größtenteils in das Rentenalter übergewechselt ist, weist sie mit 9 % den niedrigsten Prozentanteil aller Altersklassen in Ostdeutschland aus. Dagegen ist sie mit 48 % im Jahr 2000 in der Kategorie »gerechter Anteil« bei den Ostdeutschen von allen Altersklassen am höchsten besetzt. In Westdeutschland steigt bei den über 65-Jährigen von 1992 bis 2000 ebenfalls der Prozentsatz derjenigen, die angeben, den »gerechten Anteil« zu erhalten.

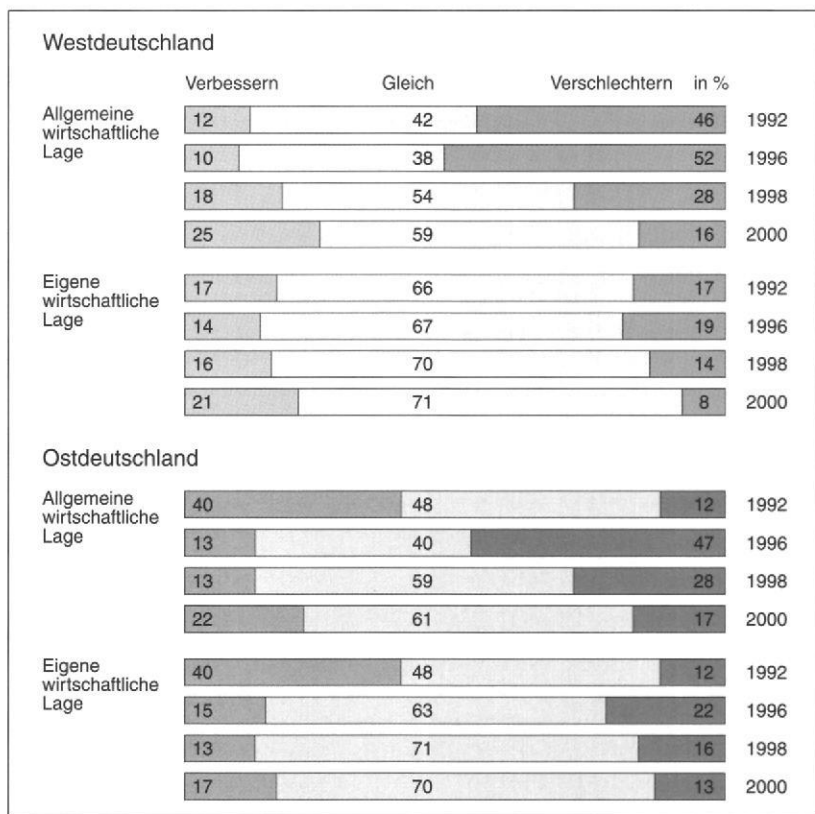
Der Erwerbsstatus hat einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung des gerechten Anteils. Arbeitslose, das heißt ungewollt aus dem Arbeitsprozess Ausgeschiedene im Gegensatz zu Rentnern, Studenten und Hausfrauen, weisen über beide Zeitpunkte und sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland vergleichsweise hohe Werte in den Kategorien »sehr viel weniger« und »etwas weniger« auf. Die Hälfte der Erwerbstätigen in Ostdeutschland gibt 1992 an, »etwas weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard« zu erhalten, dieser Wert vermindert sich jedoch bis 2000 auf 13 %. Ein wesentlicher Unterschied in der Einschätzung des gerechten Anteils abhängig vom Familienstand lässt sich für die ostdeutschen Geschiedenen feststellen. Sie behalten auch 2000 die hohen 93er-Werte in den Kategorien »sehr viel weniger« und »etwas weniger«. Westdeutschland kann auch hier wieder als Referenz dienen, in der sich im Zeitverlauf wenig ändert.

4.3 Zukunftserwartungen

Welche Erwartungen sind vor dem Hintergrund dieser Werthaltungen und Ansprüche in der Bevölkerung Deutschlands festzustellen? Abbildung 1 zeigt für den Zeitraum 1992 bis 2000, wie die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage

der Bundesrepublik und der eigenen wirtschaftlichen Lage jeweils eingeschätzt wird. Die Westdeutschen rechnen bis zum Jahr 2000 immer mehr mit einer Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Tiefpunkt liegt im Jahr 1996, als nur 10 % der Westdeutschen mit einer Verbesserung, jedoch 52 % mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik im folgenden Jahr rechnen. Die Ostdeutschen sind 1992 – im Nachklang der Vereinigungseuphorie – am optimistischsten. Immerhin 40 % rechnen mit einer Verbesserung, nur 12 % mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Ab 1996 erfolgt ebenfalls ein Einbruch in den Zukunftserwartungen der Ostdeutschen, sie werden erst im Jahre 2000 wieder vorsichtig optimistisch. Die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage wird zu einem großen Teil von der Einschätzung für die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängig gemacht (Abb. 1).

Abb. 1: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage 1992–2000



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000.

Allerdings wird die eigene Lage sowohl von Ostdeutschen als auch von Westdeutschen im Allgemeinen besser als die allgemeine Lage eingeschätzt.

Sowohl 1992 als auch 2000 äußern jeweils 71 % der Westdeutschen die Meinung, dass eine Verschlechterung für die »einfachen Leute« zu erwarten sei (Tab. 5). Die Ostdeutschen waren 1992 mit 66 % der Befragten optimistischer, 2000 mit 81 % jedoch erheblich pessimistischer als die Westdeutschen.

Tab. 5: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Ost- und Westdeutschlands 1992–2000

	Jahr		Gesamt		Erwerbstätig		Rentner		Schüler/Student		Arbeitslos		Hausfrau/-mann	
			W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
			in %											
Wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr	1992	Verbessern	12	40	11	41	13	38	14	(33)	22	39	10	(67)
		Verschlechtern	46	12	47	12	41	13	46	(11)	45	11	50	–
	1996	Verbessern	10	13	10	13	9	11	12	(12)	(6)	(16)	7	(13)
		Verschlechtern	52	47	53	48	51	45	44	(28)	52	49	54	(38)
	1998	Verbessern	18	13	19	13	16	10	23	(39)	22	(12)	16	(20)
		Verschlechtern	28	28	28	30	27	22	25	(29)	32	32	32	(33)
	2000	Verbessern	25	22	27	21	24	25	43	(21)	24	(22)	13	(17)
		Verschlechtern	16	17	16	18	16	15	(4)	(18)	23	(18)	22	(8)
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr	1992	Verbessern	17	40	20	43	4	31	34	(53)	37	43	12	(36)
		Verschlechtern	17	12	16	10	21	16	8	–	24	13	18	–
	1996	Verbessern	14	15	16	17	3	7	32	(35)	30	(16)	9	(25)
		Verschlechtern	19	22	19	22	18	17	11	(9)	32	37	18	(19)
	1998	Verbessern	16	13	22	15	3	3	39	(33)	20	22	11	(14)
		Verschlechtern	14	16	13	15	14	11	10	(4)	23	29	15	–
	2000	Verbessern	21	17	26	21	5	3	52	(40)	43	25	14	(15)
		Verschlechtern	8	13	7	12	9	10	(5)	(9)	(11)	(21)	10	(8)
Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten	1992	Bin derselben Meinung	71	66	72	63	67	69	63	(60)	82	74	74	(50)
	2000	Bin derselben Meinung	71	81	69	80	69	82	57	(68)	81	89	78	(80)

() N < 20.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000.

Betrachtet man die Antworten auf die Frage der Zukunftserwartungen nach dem Erwerbsstatus, ergeben sich aufschlussreiche Differenzierungen (Tab. 5). In Westdeutschland sieht die Gruppe der Schüler und Studenten zu allen Zeitpunkten die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage optimistischer als der Durchschnitt – ein Maximalwert wird mit 43 % für das Jahr 2000 erreicht. Auch die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage wird von dieser Gruppe erheblich hoffnungsvoller gesehen als vom Durchschnitt der Westdeutschen. Demzufolge können sie auch am wenigsten der Erwartung einer Verschlechterung für die einfachen Leute zustimmen (1992: 63 %; 2000: 57 %). Ebenfalls positiv heben sich die erwerbstätigen Westdeutschen in der Einschätzung der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage ab, wesentlich allerdings erst in den Jahren 1998 und

2000. Rentner sehen in beiden Teilen Deutschlands die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage erheblich pessimistischer als der Durchschnitt. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland besetzen Arbeitslose die Kategorien »verbessern« und »verschlechtern« bei der Einschätzung der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage häufiger als der Durchschnitt im Landesteil. Sie erwarten am ehesten eine Veränderung bei der persönlichen Situation – entweder zum Besseren, wenn sie wieder in das Arbeitsleben eintreten, oder zum Schlechteren, wenn sie sich mit Dauerarbeitslosigkeit abfinden müssen. In die Erwartung einer Lageverschlechterung für die einfachen Leute stimmen sie sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland über beide Zeitpunkte häufiger überein als der Durchschnitt im jeweiligen Landesteil.

Tab. 6: Zukunftserwartungen verschiedener Bevölkerungsgruppen
in Ost- und Westdeutschland 1993–2001

	Jahr	Gesamt		Erwerbstätig		Rentner		Schüler/ Student		Arbeitslos		Hausfrau/ -mann	
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
		in %											
Absicherung bei Arbeitslosigkeit ¹	1998	43	26	46	29	–	–	58	(16)	(16)	(21)	38	(26)
	2001	44	23	41	23	–	–	46	(27)	37	(23)	44	(6)
Absicherung im Alter ¹	1998	56	40	50	32	80	70	36	(21)	26	(19)	52	(29)
	2001	50	36	48	29	63	59	(30)	(32)	(29)	23	43	(7)
Allgemeine persönliche Zukunft ²	1993	84	72	89	80	74	64	97	(78)	72	49	76	(69)
	1998	84	74	89	75	78	79	87	95	57	53	83	(72)
	1999	85	80	89	85	76	77	89	(100)	64	61	86	(100)

1 Prozentwerte für die Angaben »sehr gut gesichert« und »eher gut gesichert« zusammengefasst.

2 Prozentwerte für die Angaben »optimistisch« und »eher optimistisch als pessimistisch« zusammengefasst.

() N < 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 1999, 2001.

Tabelle 6 enthält die Einschätzungen der zukünftig erwarteten Absicherung konkreter Risiken (Arbeitslosigkeit, Alter) und die Einschätzung über die allgemeine persönliche Zukunft. Ostdeutsche empfinden sowohl für das Risiko Arbeitslosigkeit als auch für das Risiko Alter durchgängig ein höheres Sicherheitsdefizit als die Westdeutschen. Die allgemeine persönliche Zukunft wird in Westdeutschland mit 84 % und 85 % über den Zeitraum von sechs Jahren für die Antwortkategorien »optimistisch« und »eher optimistisch als pessimistisch« als unverändert hoffnungsvoll eingeschätzt. In Ostdeutschland steigt dieser Prozentsatz von 72 % (1993) auf immerhin 80 % im Jahre 1999. Das hohe westdeutsche Niveau ist damit jedoch noch nicht erreicht. Erwerbstätige und Studenten fühlen sich 2001 weniger gut gegen Arbeitslosigkeit abgesichert als 1998; bei den Betroffenen, den Arbeitslosen, ist es umgekehrt. Erwerbstätige fühlen sich im Alter weniger gut gesichert als der Durchschnitt im jeweiligen Landesteil. In der Gruppe der Rentner sind dagegen beim Risiko Alter die höchsten Prozentsätze im Ver-

gleich zum durchschnittlichen Antwortverhalten für die Angaben »sehr gut gesichert« und »eher gut gesichert« zu finden. Arbeitslose liegen am weitesten unter dem Durchschnitt. Ost- und Westdeutsche sind sich im Jahr 2001 über alle sozio-demographischen Gruppen hinweg einig in ihrer Auffassung, dass man insbesondere im Alter nicht mehr so umfassend abgesichert ist wie noch 1998.

Die westdeutschen Erwerbstätigen sehen ihre persönliche Zukunft mit konstant 89 % über sechs Jahre »optimistisch« und »eher optimistisch als pessimistisch«. Die ostdeutschen Beschäftigten fallen in ihrer Einschätzung einer optimistischen Zukunft von 80 % im Jahre 1993 auf 75 % im Jahre 1998 ab, bevor dieser Anteil ein Jahr später auf 85 % steigt. Westdeutsche Rentner liegen mit ihrer Einschätzung einer optimistischen Zukunft um konstant ca. 10 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Die Einschätzung der ostdeutschen Rentner hingegen hat sich mit 1999: 77 % fast an den ostdeutschen Durchschnitt (1999: 80 %) angenähert. Schüler und Studenten weisen erwartungsgemäß die höchsten Prozentsätze für die Kategorien »optimistisch« und »eher optimistisch als pessimistisch« bei der Einschätzung der allgemeinen Zukunft auf. Arbeitslose liegen hingegen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weit unter dem jeweiligen Durchschnitt.

4.4 Zusammenfassung

Im Hinblick auf zentrale Wertorientierungen und Ansprüche kann eine Verringerung des ursprünglich deutlichen Ost-West-Unterschieds nachgewiesen werden. Damit geht in den hier untersuchten Bereichen der Trend hin zur »inneren Einheit«, wenn auch nicht so schnell und reibungslos wie von vielen erwartet. Ein fortgesetzter Wertewandel hin zu individualistischen Orientierungen ist innerhalb des hier untersuchten Zeitraums und mittels der verwendeten Daten allenfalls für junge Ostdeutsche festzustellen. Abgesehen von aktuellen und kurzfristigen Einflüssen ist eher eine leicht gegenläufige Tendenz in Richtung Familienorientierung und Sicherheitsbedürfnis zu beobachten.

(Ricarda Nauenburg)

C Lebensbedingungen und ihre Bewertung

5 Lebensstandard

Die Bundesrepublik Deutschland gilt im internationalen Vergleich als ein Land mit einem sehr hohen und gesicherten Wohlfahrtsniveau. Die Bevölkerung genießt einen relativ hohen Lebensstandard, der nichtsdestotrotz ungleich verteilt ist. In den neuen Bundesländer haben sich die Lebensbedingungen in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert, ohne allerdings schon in allen Bereichen das hohe westdeutsche Niveau zu erreichen. In der öffentlichen Debatte ist von weiteren Spaltungslinien die Rede: zum Beispiel zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen oder zwischen kinderlosen und kinderreichen Familien. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat überdies gezeigt, dass sich auch in einer »reichen« Gesellschaft wie der Bundesrepublik eine erhebliche Anzahl von Menschen in schwierigen Lebenssituationen befindet und von Armut und Überschuldung betroffen ist.

Im Folgenden werden einige Aspekte des Lebensstandards und seiner Verteilung in Deutschland beschrieben. Zunächst geht es um die Vorstellungen der Menschen, was heutzutage zu einem angemessenen Lebensstandard gehören sollte. Anschließend werden Umfrageergebnisse präsentiert, die einen Eindruck über die Verbreitung verschiedener Konsumgüter, Freizeit- und Vorsorgeaktivitäten vermitteln. Es wird untersucht, welche Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße unterversorgt sind und wie sich niedriger Lebensstandard zu anderen Problemlagen verhält. Die Bewertung des Lebensstandards aus der Sicht der Befragten ergänzt das Bild abschließend.

5.1 Vorstellungen über einen angemessenen Lebensstandard

In einer bevölkerungsweiten Umfrage wurden die Bürgerinnen und Bürger 1998 und 1999 um ihre Meinung gebeten: Anhand einer Liste mit verschiedenen Konsumgütern und Vorsorgeaktivitäten sollten sie einschätzen, was man in Deutschland zum Leben braucht und was sich ein Haushalt heutzutage leisten können sollte (Tab.1).

Alles in allem herrscht hinsichtlich der Vorstellungen von einem angemessenen Lebensstandard weitgehend Konsens zwischen Ost und West wie auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Ein WC oder Bad in der Wohnung, eine Waschmaschine, eine warme Mahlzeit pro Tag, ein Telefon und ein Fernseher werden von einer überwindenden Mehrheit zum Mindeststandard gezählt. Für verzichtbar hält

Tab. 1: Vorstellungen von einem angemessenen Lebensstandard
Spaltenprozente

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	»Unbedingt notwendig«		»Verzichtbar«		»Unbedingt notwendig«		»Verzichtbar«	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999
WC oder Bad in der Wohnung	92	92	1	1	93	88	2	0
Waschmaschine	88	86	2	2	92	87	1	2
Eine warme Mahlzeit am Tag	87	84	2	2	91	79	1	2
Telefon	74	75	5	4	76	73	6	4
Fernseher	59	61	8	8	72	71	6	5
Eigenes Zimmer für jedes Haushaltsmitglied	48	36	4	7	55	36	6	11
Auto	46	46	18	17	61	53	14	18
Mindestens 50 Euro im Monat sparen können	38	31	6	8	43	35	6	10
Private Altersvorsorge	36	50	12	5	27	42	21	11
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	29	25	16	15	27	29	21	18
Zeitungsabonnement	27	24	35	37	34	19	34	39
Regelmäßig neue Kleidung kaufen können	24	23	13	15	26	22	13	16
Garten, Balkon oder Terrasse	20	25	12	8	19	24	19	11
Geschirrspülmaschine	20	16	34	31	12	19	46	36
Freunde zum Essen einladen einmal im Monat	18	16	24	25	17	17	27	25
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können	15	15	15	19	19	18	15	18
Computer (PC)	14	10	54	57	13	12	51	55
Videorekorder	12	8	47	54	15	11	41	52
Restaurantbesuch mit der Familie einmal im Monat	12	9	34	33	12	10	34	34

Die Frage lautete: »Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was man in Deutschland zum Leben braucht. Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können? Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, was ist unbedingt notwendig?« Ausgewiesen sind hier die Prozentwerte für die Antwortkategorie »unbedingt notwendig« und »verzichtbar«.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 1999.

diese Basisversorgung fast niemand. Andere Dinge hingegen, zum Beispiel eine Geschirrspülmaschine, ein Computer, Videorekorder, Freunde zum Essen einladen, ein Restaurantbesuch pro Monat oder alte Möbel ersetzen können, werden nur noch von wenigen Personen zum notwendigen Lebensstandard gezählt. Der Computer wird bevölkerungsweit von mehr als der Hälfte für verzichtbar gehalten.

Hier verbergen sich allerdings altersbedingte Unterschiede. So gehört der Computer für die jüngere Generation häufiger zu den Notwendigkeiten des alltäglichen Lebens. Die Ansprüche an einen angemessenen Lebensstandard umfassen für eine relativ hohe Anzahl von Personen auch genügend Wohnraum, ein Auto und finanzielle Vorsorgeaktivitäten. Die Schwankungen zwischen 1998 und 1999 fallen in Ostdeutschland etwas stärker aus als in den alten Bundesländern, sind jedoch insgesamt geringfügig. Die Rangfolge der aufgelisteten Lebensstandard-Merkmale bleibt im Großen und Ganzen bestehen, die einhellige Meinung über eine Basisversorgung ebenfalls.

Einen Ausnahmefall stellt die Einschätzung der privaten Altersvorsorge dar. Hier schlägt sich offenbar die öffentliche Debatte über die alternde Gesellschaft und eine notwendige Umstrukturierung des Rentensystems nieder. Zählte 1998 etwa jeder Dritte die private Altersvorsorge zum notwendigen Lebensstandard, so ist ein Jahr später schon die Hälfte der Bevölkerung dieser Meinung. Die nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 intensiv geführte Auseinandersetzung über eine zusätzliche private Altersvorsorge hat hier sicherlich Einfluss genommen. Ta-

Tab. 2: Private Altersvorsorge im Meinungswandel
Zeilenprozente

	»Eine private Altersvorsorge sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können« ¹				»Habe eine private Altersvorsorge« ²					
	West		Ost		West			Ost		
	1998	1999	1998	1999	1998	1999	2001	1998	1999	2001
Alter										
18–34 Jahre	45	49	38	41	39	38	45	35	39	35
35–49 Jahre	40	55	31	46	57	67	69	41	53	59
50–64 Jahre	34	51	22	50	51	64	63	27	42	53
65 Jahre und älter	21	45	10	26	30	43	38	6	23	24
Bildung										
Ohne Ausbildung/ Angelernt	24	37	19	39	19	29	23	5	15	11
Lehre	39	51	27	45	63	57	58	47	39	44
(Fach-)Hochschule	45	61	36	51	49	72	75	31	58	66
Einkommen ³										
Unterste Einkommensgruppe	21	41	22	41	15	23	28	12	25	26
Mittlere Einkommensgruppe	32	55	22	35	41	50	51	28	43	49
Oberste Einkommensgruppe	48	61	45	44	68	76	80	57	71	83
Gesamt	36	50	27	42	44	54	55	29	41	45

1 Die Prozentwerte gehen auf die in Tabelle 1 genannte Frage zurück, ausgewiesen sind Zeilenprozente für die Antwortkategorie »unbedingt notwendig«.

2 Die Prozentwerte gehen auf die in Tabelle 3 genannte Frage zurück, ausgewiesen sind Zeilenprozente für die Antwortkategorie »habe ich/tue ich«.

3 Ausgewiesen sind die Prozentwerte für das 1., 3. und 5. Einkommensquintil.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 1999, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

belle 2 geht darauf genauer ein und zeigt, dass sich diese erhöhte Zustimmung auch für einzelne soziale Gruppen bestätigt. Nur die unter 35-Jährigen waren auch 1998 schon für diese Thematik sensibilisiert.

Tabelle 2 gibt auch Auskunft darüber, wie weit verbreitet eine private Altersvorsorge in der Bevölkerung tatsächlich ist. Hier ist ebenfalls ein erheblicher Anstieg in dem Zeitraum zwischen 1998 und 2001 zu verzeichnen. Am stärksten haben diejenigen mit hohem Bildungsabschluss in eine private Altersvorsorge investiert. Die Verteilung in der Gesamtbevölkerung unterliegt großen Schwankungen. Akademiker und Personen aus der oberen Einkommensgruppe verfügen am häufigsten über eine zusätzliche Alterssicherung. Im Jahr 2001 hat nahezu jede zweite Person in Deutschland eine private Altersvorsorge abgeschlossen (55 % in den alten, 45 % in den neuen Bundesländern).

Weitere Informationen zum Thema Vorstellungen über einen angemessenen Lebensstandard siehe Teil I, Kap. 5.3, 4.4, 4.5 und 6.3.

5.2 Der realisierte Lebensstandard

Der Lebensstandard einer Person umfasst Güter und Dienstleistungen, die sie erwerben oder nutzen kann. Er lässt sich exemplarisch anhand der Haushaltsausstattung und der Realisierung von Freizeitaktivitäten und Maßnahmen der finanziellen Vorsorge messen, also daran, was die Menschen tatsächlich haben bzw. sich leisten können. Tabelle 3 zeigt, dass die Basisversorgung ohne Ost-West-Unterschiede in Deutschland gewährleistet ist: Innenbad, Fernseher, Telefon und Waschmaschine sind bei nahezu allen Befragten vorhanden.

Über eine Reihe weiterer Dinge wie zum Beispiel ein Auto oder Urlaub verfügen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung. Der Anteil derer, die nichts sparen können oder aus finanziellen Gründen auf eine Urlaubsreise verzichten müssen, ist allerdings vergleichsweise hoch: Etwa jedem sechsten westdeutschen und jedem vierten ostdeutschen Haushalt ist es im Jahr 2001 nicht möglich gewesen, 50 Euro pro Monat zurückzulegen. Nur bei wenigen Lebensstandardmerkmalen sinkt der Anteil derer, die über sie verfügen, unter die 50-Prozent-Marke. Dazu zählt 1999 noch der monatliche Restaurantbesuch und der Computer in den alten Bundesländern, im Jahr 2001 nur noch der private Internetzugang, in Ostdeutschland sind es zusätzlich der Geschirrspüler, Freunde zum Essen einladen, abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können sowie die private Altersvorsorge. In dem Zeitraum zwischen 1998 und 2001 hat sich der Anteil der Bevölkerung, der über bestimmte Lebensstandardmerkmale verfügt, entweder stabil gehalten oder, wie in den neuen Bundesländern, erhöht. Vor allem die private Altersvorsorge, aber auch beispielsweise der Computer gehören für eine immer größer werdende Anzahl von Personen zum alltäglichen Leben. Bei der Verfügbarkeit über grundlegende Haushaltsausstattungen sind kaum mehr Unterschiede zwischen Ost und West

Tab. 3: Lebensstandard in Deutschland
Spaltenprozent

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	»Habe ich/ tue ich«			»Kann ich mir nicht leisten«			»Habe ich/ tue ich«			»Kann ich mir nicht leisten«		
	98	99	01	98	99	01	98	99	01	98	99	01
WC oder Bad in der Wohnung	99	99	99	1	0	0	97	98	98	1	1	2
Fernseher	99	98	98	0	0	1	98	98	98	0	0	1
Telefon	98	98	97	2	1	2	95	97	94	2	2	3
Waschmaschine	96	97	96	1	1	1	95	97	93	1	2	2
Eine warme Mahlzeit am Tag	96	97	–	1	1	–	95	95	–	1	0	–
Eigenes Zimmer für jedes Haushaltsmitglied	89	84	86	7	7	8	85	78	88	6	9	6
Garten, Balkon oder Terrasse	87	89	85	4	2	4	76	80	79	5	2	6
Auto	79	76	77	8	10	9	75	74	71	11	10	14
Videorekorder	73	67	74	6	6	6	69	64	74	7	6	4
Mindestens 50 Euro im Monat sparen können	71	69	77	19	19	15	62	62	68	30	27	24
Einwöchige Urlaubsreise i. J.	68	68	76	16	13	13	60	57	63	21	22	20
Zeitungssabonnement	68	72	70	7	–	6	7	68	72	67	8	10
Regelmäßig neue Kleidung kaufen können	64	67	77	15	13	10	54	53	68	23	22	15
Geschirrspülmaschine	60	60	65	10	10	9	33	39	43	18	15	17
Freunde zum Essen einladen einmal im Monat	55	53	55	11	8	8	41	39	49	16	15	12
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können	51	50	61	18	17	15	41	40	59	29	25	17
Restaurantbesuch mit der Familie einmal im Monat	48	46	55	17	13	14	33	32	38	23	19	24
Private Altersvorsorge	44	54	55	25	19	18	29	41	45	35	27	22
Computer (PC)	43	40	51	10	11	10	35	31	43	14	13	11
Privater Internetzugang	–	–	35	–	–	12	–	–	25	–	–	12

Die Frage lautete: »Was von dieser Liste haben bzw. tun Sie? Was davon haben oder tun Sie nicht, weil Sie es sich nicht leisten können? Und was davon haben oder tun Sie aus anderen Gründen nicht?« Ausgewiesen sind hier die Prozentwerte für die Antwortkategorie »habe ich/tue ich« und »kann ich mir nicht leisten«.

(–) Item ist nicht abgefragt worden.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 1999, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

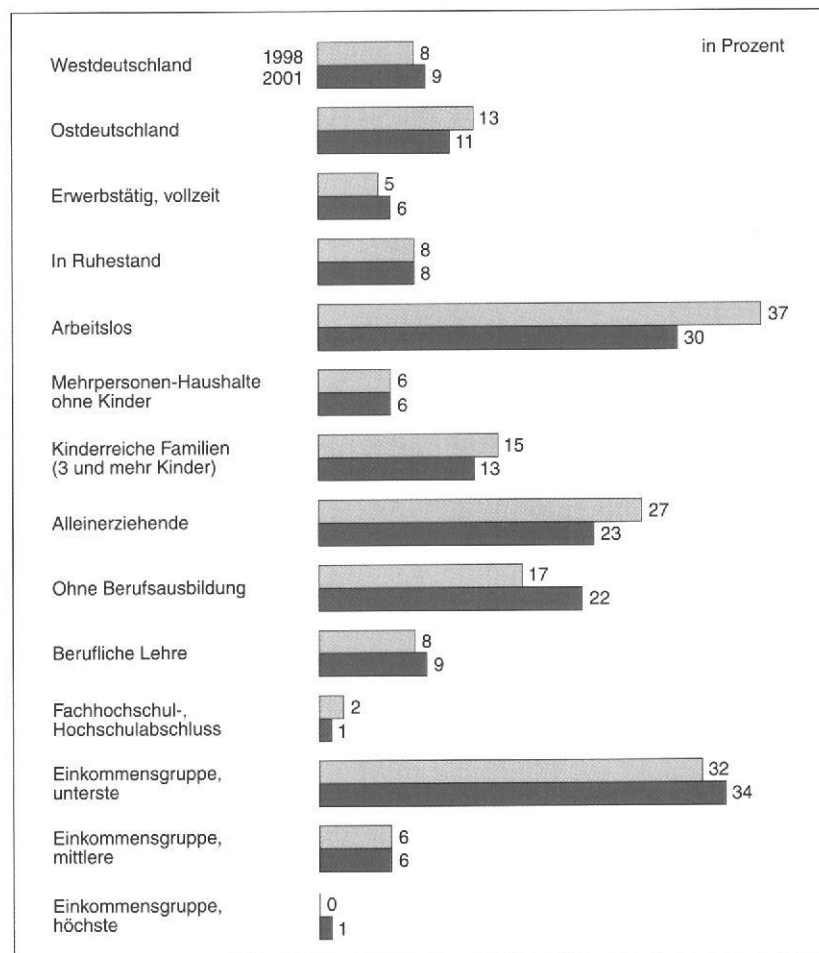
auszumachen; ein Rückstand der Ostdeutschen besteht jedoch nach wie vor bei Dingen, die darüber hinausgehen, insbesondere bei den Vorsorgeaktivitäten.

5.3 Niedriger Lebensstandard und mehrfache Unterversorgung

Das allgemein hohe Wohlstandsniveau in Deutschland bedeutet nicht, dass alle ausreichend an ihm teilhaben. 1998 konnte sich etwa die Hälfte der Bevölkerung alle Lebensstandardmerkmale leisten (57 % in den alten, 43 % in den neuen Bun-

desländern). Im Jahr 2001 wächst die Zahl derer, die keinerlei Abstriche machen müssen und sich prinzipiell alle aufgeführten Lebensstandardmerkmale leisten können, nochmals um einige Prozentpunkte (West: 64 %, Ost: 51 %). Um ein Bild von der Lebensstandardverteilung zu bekommen und Problemgruppen ausmachen zu können, die sich in einer prekären Versorgungssituation befinden, bestimmen wir eine Deprivations-Schwelle: Wer sich mehr als sechs Lebensstandard-Merkmale nicht leisten kann, gilt als unterversorgt. In Westdeutschland sind

Abb. 1: Ausmaß an Unterversorgung nach sozialen Gruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

es neun Prozent der Bevölkerung, in Ostdeutschland elf Prozent, die 2001 einen deutlich schlechteren Lebensstandard haben als die Mehrheit der Bevölkerung (vgl. Abb. 1).

Besondere Risikofaktoren für Unterversorgung sind in Ost wie West Arbeits- und Ausbildungslosigkeit, ein niedriges Einkommen und Alleinerntenschaft. Der Zusammenhang von Einkommensschwäche und Unterversorgung liegt auf der Hand: Einkommen ist die wichtigste – wenn auch nicht die einzige – Ressource, um einen angemessenen Lebensstandard zu realisieren. Mit Arbeitslosen und Alleinerziehenden sind zwei Problemgruppen benannt. Insbesondere die Kinderanzahl und die Dauer der Arbeitslosigkeit sind wichtige Einflussfaktoren für das Ausmaß an Unterversorgung. Einen leicht unterdurchschnittlichen Lebensstandard haben auch Personen mit einer eher ungünstigen Position im Erwerbsleben, zum Beispiel junge Menschen, Auszubildende, Un- und Angelernte. Für den in-nerdeutschen Vergleich ist zusammenfassend festzuhalten, dass es in Ost und West dieselben Problemgruppen sind, die über einen unzureichenden Lebensstandard verfügen. Allerdings sind proportional betrachtet mehr Ostdeutsche von Unterversorgung betroffen, was auf die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und die im Durchschnitt etwas niedrigeren Löhne und Einkommen zurückzuführen ist.

Ein unzureichender Lebensstandard ist eng an die finanziellen Mittel gebunden, die einem Haushalt zur Verfügung stehen. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion um Randgruppen und soziale Ausgrenzung steht die Frage, ob sich Benachteiligungen in einem Lebensbereich auch auf andere Aspekte der Versorgungssituation auswirken, ob sie sich gegenseitig verstärken und zu extrem benachteiligten Lebenslagen führen. Die Tabellen 4 und 5 geben Aufschluss über eine

Tab. 4: Einzelne Problemlagen und mehrfache Unterversorgung, 2001
Spaltenprozente

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Rent- ner/in	Arbeits- los	Gesamt	Rent- ner/in	Arbeits- los
<i>Problemlagen</i>						
Niedriger Lebensstandard	9	8	25	11	5	35
Schlechte Wohnungs- ausstattung (ohne WC/Bad; Platzmangel)	8	4	16	8	4	11
Schwierigkeiten, mit dem Geld auszukommen	28	20	74	33	17	62
<i>Kumulation: Unterversorgt in ...</i>						
einem Bereich	22	16	46	24	17	31
zwei Bereichen	8	7	21	11	5	31
drei Bereichen	3	1	9	2	1	5
keinem Bereich	67	77	24	62	78	33

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

derartige Kumulation von Problemlagen und damit zusammenhängende Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden und die soziale Teilhabe.

Es zeigt sich, dass prekäre Lebenslagen in Ostdeutschland immer noch etwas weiter verbreitet sind als in Westdeutschland, vor allem im Hinblick auf finanzielle Ressourcen. Die Situation von Rentnern und Rentnerinnen ist ungeachtet der Heterogenität dieser Gruppe im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt in beiden Landesteilen relativ gut. Arbeitslosigkeit hingegen bedeutet in Ost wie West eine sehr ungünstige Versorgungssituation. Betrachtet man die Mehrfachbelastung, so zeigt sich, dass zwei Drittel der westdeutschen und ebenfalls deutlich mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung weder beim Lebensstandard, beim Einkommen noch bei der Wohnungsausstattung auf Mindeststandards verzichten müssen. Prekäre Lebenslagen – also Unterversorgung, die sich über mehrere Lebensbereiche erstreckt – betreffen vor allem die Gruppe der Arbeitslosen. Aber auch auf die Gesamtbevölkerung bezogen ist immerhin jede zehnte Person in zwei der drei genannten Versorgungsbereiche – Lebensstandard, Wohnung, Einkommen – stark benachteiligt.

Tab. 5: Prekäre Lebenslage und subjektives Wohlbefinden, 2001
Spaltenprozente

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Wohl-stand ¹	Prekäre Lebenslage ²	Wohl-stand ¹	Prekäre Lebenslage ²
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	7	20	8	35
Immer wieder Ängste und Sorgen	12	33	19	41
Oft einsam	3	16	4	14
Schwere gesundheitliche Probleme	7	14	11	18
Unzufrieden mit Teilhabe-möglichkeiten	3	21	8	25

1 In keinem der oben genannten Bereiche (Lebensstandard, Wohnungsausstattung, Einkommen) unversorgt.

2 Mehrfache Unterversorgung (in mindestens zwei Bereichen).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Eine solche prekäre Lebenslage hat Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden und die Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. In Tabelle 5 sind deutliche Unterschiede zu erkennen: Benachteiligungen, die sich über mehrere Lebensbereiche erstrecken und auf eine prekäre Lebenslage schließen lassen, gehen in erheblichem Ausmaß mit Niedergeschlagenheit, Ängsten, Einsamkeit und gesundheitlichen Problemen einher. Auch die Teilnahmemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben sind massiv beschnitten. Etwa ein Viertel der Menschen in einer prekären Versorgungslage machen derartige Ausgrenzungserfahrungen. Ein relativ gesicherter materieller Wohlstand reduziert dieses Risiko in Ost- wie Westdeutschland beträchtlich.

5.4 Zufriedenheit mit dem Lebensstandard

Bei der subjektiven Bewertung der eigenen Lebensbedingungen spielen sowohl die tatsächlichen Lebensverhältnisse als auch individuelle Ansprüche eine Rolle. Die befragten Personen wurden gebeten, auf einer Skala von 0 bis 10 (mit 0 = »ganz und gar unzufrieden« und 10 = »ganz und gar zufrieden«) eine zusammenfassende Bewertung ihres persönlichen Lebensstandards vorzunehmen. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist in Westdeutschland in den letzten zwanzig Jahren relativ stabil geblieben (vgl. Tab. 6). Der Anteil der extrem Unzufriedenen liegt unter zehn Prozent, die überwiegende Mehrheit äußert sich zufrieden. Der Anteil der Hochzufriedenen ist allerdings rückläufig. 2001 hat nahezu jeder zehnte

Tab. 6: Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard

	Jahr	Unzufrieden (0–4)	Mittel (5–9)	Hochzufrieden (10)	Mittelwert
Westdeutschland	1978	8	78	14	7,4
	1984	10	73	16	7,3
	1988	9	75	17	7,4
	1993	8	76	17	7,4
	1998	8	79	13	7,4
	1999	6	77	18	7,6
	2001	7	82	11	7,3
Ostdeutschland	1990	21	74	4	6,0
	1993	18	79	4	6,1
	1998	14	81	6	6,7
	1999	9	81	10	7,0
	2001	11	83	6	6,7

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998, Trend 1999, Trend 2001.

Westdeutsche eine äußerst positive Einschätzung des persönlichen Lebensstandards abgegeben (Skalenpunkt 10, vgl. Tab. 6). In Ostdeutschland wird der Lebensstandard noch immer schlechter bewertet als in den alten Bundesländern. Die Entwicklung zeigt, dass seit 1990 der Anteil der Unzufriedenen im Osten kontinuierlich zurückgegangen, der Anteil der Hochzufriedenen gestiegen ist. Auch hier lassen sich im Jahr 2001 jedoch leichte Zufriedenheitseinbußen erkennen.

5.5 Zusammenfassung

Die Vorstellungen von einem angemessenen Lebensstandard unterscheiden sich in Ost- und Westdeutschland nicht wesentlich. Es herrscht Konsens über das, was die Minimalausstattung eines Haushaltes ausmachen sollte. Innerhalb der letzten Jahre hat die private Altersvorsorge im Bewusstsein der Bevölkerung enorm an Bedeutung gewonnen, nicht jeder kann sie sich jedoch leisten. Ein hohes Ein-

kommen und eine gute Arbeitsmarktposition begünstigen den Abschluss einer entsprechenden Vorsorgemaßnahme. Der realisierte Lebensstandard in Deutschland umfasst eine Grundausstattung mit Basiskonsumgütern, über die nahezu jeder Haushalt verfügt. Der Zugang zu aufwendigeren Dingen hingegen, insbesondere Spar- und Vorsorgeaktivitäten, ist für Westdeutsche noch immer leichter als für Ostdeutsche. Entsprechend ist die Zufriedenheit der Ostdeutschen mit dem Lebensstandard, trotz kontinuierlicher Verbesserungen seit 1990, etwas niedriger als die der Westdeutschen. Die Risikofaktoren, die einen niedrigen Lebensstandard bedingen, sind dagegen mit Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und Allein- elternschaft in Ost wie West die gleichen.

(Petra Böhnke)

6 Gesundheit

Die Sicherstellung einer flächendeckenden, alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen umfassenden Versorgung ist ein allgemein akzeptiertes Prinzip der deutschen Gesundheitspolitik. Voraussetzung für die Herstellung gleicher Chancen ist, dass der Zugang zu den verschiedenen Einrichtungen des gesundheitlichen Versorgungssystems für alle Personen gleich ist, unabhängig von Alter und Geschlecht, von Ausbildung, Einkommen oder Wohnort.

6.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und Gesundheitszufriedenheit

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes bildet stärker den »objektiven« Zustand ab, die Aussagen zur Zufriedenheit das »subjektive« Moment. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist zwar zunächst vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen abhängig, sie ist aber auch abhängig vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies sowohl auf ein gestiegenes Anspruchsniveau als auch auf eine tatsächliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes zurückzuführen sein. Dies erklärt z. B. den Befund, dass bei vergleichbarem gesundheitlichen Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer. Ein noch deutlicherer Hinweis auf diese Differenzierung liegt dann vor, wenn die Veränderungen der beiden Indikatoren nicht gleichförmig verlaufen, wenn also mit einer Verbesserung der Gesundheitszustandsbeschreibung eine Verschlechterung der Zufriedenheit verbunden ist.

Tabelle 1 zeigt die Einschätzung des Gesundheitszustandes in den Jahren 1995, 1997 sowie 1999, aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen. Insbesondere die Werte für die Altersgruppen bestätigen den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten, da sich der Gesundheitszustand im Durchschnitt mit steigendem Alter verschlechtert. Es zeigt sich zudem, dass der eigene Gesundheitszustand mit steigendem Berufsbildungsniveau sowie mit zunehmendem Einkommen besser beurteilt wird. Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen Alter einerseits und Einkommen und Berufsbildung andererseits gibt: Zulässig scheint der Schluss, dass Bevölkerungsgruppen mit weniger qualifizierten Berufsabschlüssen und niedrigerem Einkommen einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

Daneben finden sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen beurteilen ihren Gesundheitszustand kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln

Tab. 1: Bewertung des Gesundheitszustandes
nach sozio-demographischen Merkmalen

	1995			1997			1999		
	Gut	Zufrieden- stellend	Schlecht	Gut	Zufrieden- stellend	Schlecht	Gut	Zufrieden- stellend	Schlecht
	in %								
Insgesamt	47	33	20	47	34	19	48	33	19
Geschlecht									
Männer	52	32	16	51	33	16	52	32	16
Frauen	44	34	23	43	36	22	45	33	22
Alter									
Unter 40 Jahre	67	25	8	70	24	6	71	23	6
40–59 Jahre	42	36	22	41	38	21	43	36	21
60 Jahre und älter	23	41	36	19	46	35	22	42	36
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	45	30	26	43	33	25	46	30	24
Mittl. Abschluss	47	35	19	46	36	18	47	34	19
Fachhoch-, Hochschule	54	33	13	56	31	13	55	32	12
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	58	31	11	61	30	9	59	31	11
Teilzeitbeschäftigt	55	31	13	49	34	18	54	32	15
Nicht erwerbstätig	36	35	29	34	38	28	37	35	28
Verfügbares Haushalts- einkommen ¹ (Netto)									
Keine Angabe	46	34	20	38	34	29	42	32	26
Unterste Gruppe	33	36	31	31	38	31	34	30	36
Zweite Gruppe	39	35	26	38	37	25	40	34	26
Dritte Gruppe	50	32	18	50	35	15	50	34	16
Höchste Gruppe	59	30	11	59	29	12	59	30	11
Kassenwechsler (nur GKV ²)									
Nein	–	–	–	46	35	19	47	33	20
Ja	–	–	–	62	30	8	63	23	13
Region									
Westdeutschland	47	32	20	47	34	20	48	32	20
Ostdeutschland	47	35	18	46	38	17	46	36	18

1 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 765 EUR, bis zu 1 535 EUR, bis 3 070 EUR, über 3 070 EUR.

2 GKV = Gesetzliche Krankenversicherung.

Datenbasis: SOEP 1995, 1997, 1999.

allerdings keine realen Morbiditätsdifferenzen. Bisher gibt es für diese Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklärungen. Weitgehend angeglichen haben sich die Einschätzungen in den beiden Landesteilen Deutschlands, die Differenzen sind nur noch marginal.

Besondere Aufmerksamkeit gilt seit der Einführung der freien Kassenwahl den möglichen Folgen des Wettbewerbs. Es besteht die Befürchtung, dass vor allem junge und gesunde Versicherte die Kassen wechseln. Und weil beim Kassen-

wechsel vor allem die Kassen mit den niedrigen Beiträgen gewählt werden, würde dies zu einer (weiteren) Entmischung der Risikoverteilung führen. Kassen mit einem hohen Anteil vor allem an chronisch Kranken würden damit weiter belastet. Dass diese Befürchtungen nicht unberechtigt sind, zeigen die Einschätzungen des Gesundheitszustandes. Versicherte, die die Kasse gewechselt haben, beurteilen ihren Gesundheitszustand deutlich positiver.

Zwischen der Einschätzung des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit besteht ein enger Zusammenhang. Allerdings werden dabei jeweils

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Gesundheit 1995–1999

	Zufriedenheit ¹ mit der Gesundheit			Veränderung ² der Zufriedenheit 1995/1997			Veränderung der Zufriedenheit 1997/1999		
	1995	1997	1999	Zu- friede- ner	Gleich	Unzu- friede- ner	Zu- friede- ner	Gleich	Unzu- friede- ner
	Mittelwert			in %					
Insgesamt	6,5	6,4	6,3	15	65	20	17	63	20
Geschlecht									
Männer	6,7	6,5	6,5	14	67	19	16	65	19
Frauen	6,4	6,3	6,3	17	63	20	18	62	20
Alter									
Unter 40 Jahre	7,3	7,2	7,2	14	68	18	16	65	19
40–59 Jahre	6,2	6,2	6,2	17	64	19	17	64	19
60 Jahre und älter	5,6	5,5	5,5	16	63	21	19	59	22
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	6,5	6,2	6,3	15	65	20	19	61	20
Mittl. Abschluss	6,5	6,4	6,3	15	66	19	17	63	20
Fachhoch-, Hochschule	6,7	6,7	6,7	16	65	19	16	66	18
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	7,0	6,9	6,9	13	68	19	15	66	19
Teilzeitbeschäftigt	6,8	6,7	6,8	18	65	17	22	59	19
Nicht erwerbstätig	6,1	5,9	5,8	17	62	21	18	61	21
Verfügbares Haushalts- einkommen (Netto)									
Keine Angabe	6,5	6,1	6,4	15	65	20	28	59	13
Unterste Gruppe	5,8	5,5	5,6	16	59	25	22	55	23
Zweite Gruppe	6,2	6,0	5,9	18	60	22	18	58	24
Dritte Gruppe	6,7	6,5	6,5	15	67	18	16	65	19
Höchste Gruppe	7,0	7,0	6,8	12	70	18	14	67	19
Kassenwechsler (nur GKV)									
Nein	–	6,4	6,3	15	65	20	17	63	20
Ja	–	7,1	6,9	13	70	17	18	64	18
Region									
Westdeutschland	6,6	6,4	6,4	16	65	19	17	63	20
Ostdeutschland	6,4	6,2	6,1	14	65	21	17	63	20

1 Mittelwert auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

2 Veränderungen um mindestens zwei Skalenwerte auf der Skala von 0 bis 10.

Datenbasis: SOEP 1995, 1997, 1999.

unterschiedliche Aspekte betont. Dies zeigt sich in unterschiedlichen Tendenzen bei der Veränderung über die Jahre. Während die Einschätzung des Gesundheitszustandes über die Jahre in etwa gleich geblieben ist, überwiegt die Zahl der unzufriedener Gewordenen auch im Vergleich der Jahre 1997 zu 1999.

Weitere Informationen zum Thema Einschätzungen des Gesundheitszustandes und Gesundheitszufriedenheit siehe Teil I, Kap. 8.1.

6.2 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

In Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen manifestiert sich zunächst das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung; darüber hinaus stellen sie aber auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation dar. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem Hinweise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffektivitäten. Diese Indikatoren stellen damit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar und bieten Hinweise auf Tendenzen zur Über- oder zur Unterversorgung.

Die ambulante Inanspruchnahme wird mit zwei Indikatoren beschrieben. Die so genannte »Quartalsinanspruchnahme« bezieht sich auf den Anteil derjenigen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Als zweite Kennziffer wird die Kontakthäufigkeit pro Patient im letzten Quartal genutzt. Dieser Indikator bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden und sagt auch etwas über die Entscheidungen der Ärzte und ihr therapeutisches Handeln aus, da die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden primär durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt werden.

Tabelle 3 zeigt, dass gut 70 % der Bevölkerung mindestens einmal im Quartal zum Arzt gehen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den einzelnen Altersgruppen sind im Vergleich der Jahre ähnlich. Stets gilt, dass Frauen regelmäßiger zum Arzt gehen als Männer. Für alle Gruppen gilt der Zusammenhang zwischen der Einschätzung des Gesundheitszustandes und der ambulanten Inanspruchnahme: je schlechter der Gesundheitszustand, desto größer der Anteil an der Quartalsinanspruchnahme. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Häufigkeit der Arztkontakte. Bemerkenswert ist hier jedoch die rückläufige Entwicklung von 1995 bis 1999. Es ist dabei zu vermuten, dass die Veränderungen im Honorierungssystem der ambulanten Versorgung die Kontakthäufigkeit eher gesenkt hat.

Weitere Informationen zum Thema Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen siehe Teil I, Kap. 8.2.

Tab. 3: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal

	1995		1997		1999	
	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl
	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert
Insgesamt	72	4,5	71	4,3	71	4,1
Geschlecht						
Männer	65	4,1	61	4,1	64	3,9
Frauen	79	4,7	79	4,4	78	4,3
Alter						
Unter 40 Jahre	64	3,3	61	3,2	62	3,1
40–59 Jahre	70	4,6	69	4,5	69	4,3
60 Jahre und älter	87	5,7	86	5,2	87	5,0
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	74	4,8	73	4,3	73	4,5
Mittl. Abschluss	72	4,5	70	4,4	71	4,0
Fachhoch-, Hochschule	70	3,6	69	3,7	69	3,6
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	64	3,7	61	3,4	63	3,4
Teilzeitbeschäftigt	71	3,5	74	3,8	72	3,4
Nicht erwerbstätig	80	5,2	78	5,0	79	4,8
Verfügbares Haushalts- einkommen (Netto)						
Keine Angabe	73	4,3	73	4,8	74	3,7
Unterste Gruppe	78	5,1	78	5,5	76	6,2
Zweite Gruppe	76	5,1	75	4,6	75	4,6
Dritte Gruppe	71	4,3	68	4,1	71	3,9
Höchste Gruppe	66	3,7	67	3,8	66	3,6
Kassenwechsler (nur GKV)						
Nein	–	–	71	4,3	71	4,1
Ja	–	–	57	3,6	68	3,7
Region						
Westdeutschland	71	4,6	70	4,5	71	4,2
Ostdeutschland	75	3,8	74	3,7	73	3,6

Datenbasis: SOEP 1995, 1997, 1999.

6.3 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Auch die stationäre Inanspruchnahme wird durch zwei Indikatoren abgebildet. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr verbrachten Nächte im Krankenhaus. Da die

niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch von dem Verhalten der Ärzte abhängig. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte – die Verweildauer – ist einer der wichtigsten Indikatoren für die stationäre Versorgung überhaupt.

Bemerkenswert ist die gegenläufige Tendenz in der Entwicklung der beiden Indikatoren. Während bei der Häufigkeit der stationären Einweisung insgesamt eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist, sinkt die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte kontinuierlich. Darin ist ein Erfolg der Bemühungen zu sehen, die im

Tab. 4: Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthaltes

	1995		1997		1999	
	Krankenhaus-aufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte	Krankenhaus-aufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte	Krankenhaus-aufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte
	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert
Insgesamt	12	19,2	13	17,0	14	15,9
Geschlecht						
Männer	10	20,8	11	17,6	12	20,1
Frauen	14	18,2	14	16,5	16	13,0
Alter						
Unter 40 Jahre	10	11,6	11	11,5	11	8,6
40–59 Jahre	11	18,4	11	17,6	13	18,6
60 Jahre und älter	18	26,3	18	21,5	21	19,3
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	13	22,0	14	17,5	17	14,4
Mittl. Abschluss	12	18,2	13	16,9	14	16,4
Fachhoch-, Hochschule	11	17,5	10	15,6	13	17,0
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	9	12,7	10	12,1	11	12,3
Teilzeitbeschäftigt	8	11,9	10	15,2	14	13,3
Nicht erwerbstätig	16	23,4	16	19,7	17	18,3
Verfügbares Haushaltseinkommen (Netto)						
Keine Angabe	10	21,0	15	17,4	24	16,0
Unterste Gruppe	21	24,5	17	28,0	18	17,7
Zweite Gruppe	15	21,3	15	19,7	17	18,4
Dritte Gruppe	11	17,5	13	14,8	13	14,7
Höchste Gruppe	9	14,3	9	11,9	11	13,5
Kassenwechsler (nur GKV)						
Nein	–	–	13	17,1	15	15,9
Ja	–	–	8	13,1	9	12,3
Region						
Westdeutschland	12	19,3	13	17,2	15	15,7
Ostdeutschland	13	18,7	12	15,9	14	16,6

Datenbasis: SOEP 1995, 1997, 1999.

internationalen Vergleich besonders langen Verweildauern zu senken. Die Senkung der Verweildauern gilt in Deutschland als der wichtigste Indikator für eine Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen.

Innerhalb der einzelnen Teilgruppen verläuft die Entwicklung unterschiedlich. So sind die Verweildauern vor allem bei den Frauen und bei den älteren Patienten deutlich gesunken, während sich bei anderen Gruppen die Zahlen kaum verändert haben, z. B. bei der Gruppe der 40- bis 59-Jährigen. Hervorzuheben ist die nicht einheitliche Tendenz zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Während die Daten für Westdeutschland den allgemeinen Trend spiegeln, ist in Ostdeutschland die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte von 1997 auf 1999 leicht angestiegen.

6.4 Krankenversicherungsschutz und Kassenwahlfreiheit

In Deutschland ist nahezu die gesamte Bevölkerung gegen das Krankheitsrisiko versichert, davon die überwiegende Mehrheit (etwa 90 %) durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). In der GKV sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ein Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze der GKV (2002: Bruttomonatseinkommen 3375 Euro) beziehen, pflichtversichert. Bis 1996 konnten die Pflichtversicherten unter den gesetzlichen Krankenversicherungen nur eingeschränkt wählen; ein Wettbewerb zwischen den Kassen der GKV war nur begrenzt möglich.

Die Einführung der freien Kassenwahl gehört zu den wichtigsten und folgenreichsten Reformen der Gesundheitspolitik in den letzten Jahren. Denn mit der Einführung der Kassenwahlfreiheit für alle Versicherten sollte der Wettbewerb auch zwischen den Kassen der GKV gestärkt werden. Zwar ist der gesetzlich vorgeschriebene Leistungskatalog nach wie vor für alle Kassen verbindlich, jedoch verspricht man sich von einem Wettbewerb um Versicherte langfristig sinkende Kassenbeiträge. Um einen verzerrenden Wettbewerb der Kassen um junge, gesunde und gut verdienende Mitglieder (so genannte »gute« Risiken) zu vermeiden, wurde begleitend ein finanzieller Ausgleich (Risikostrukturausgleich) zwischen den Kassen eingeführt.

Die Möglichkeit eines Kassenwechsels wird von den Versicherten genutzt. Zwischen Anfang 1999 und dem Frühjahr 2000 haben 4,7 % der Versicherten die Krankenkasse gewechselt. Allerdings unterscheidet sich die Wechselbereitschaft zwischen einzelnen Gruppen noch erheblich. Während der Anteil bei den Erwerbstätigen über 5 % beträgt, ist er bei den Rentnern mit rund einem Prozent deutlich geringer.

Das Wechselverhalten der Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherungen hat die Anteile der einzelnen Kassen deutlich verändert. Schon in den ersten Jah-

Tab. 5: Bewegungen zwischen den gesetzlichen Krankenkassen

Kasse 2000/ Kasse 1999	AOK	TKK	Barmer	DAK	KKH	IKK	BKK	Sonst.	Anteil 1999
	in %								
AOK (= 100)	96,6	/	/	/	/	/	1,8	/	33,4
TKK (= 100)	/	96,0	/	/	/	/	(3,3)	/	8,4
Barmer (= 100)	/	/	95,9	/	/	/	3,1	/	15,2
DAK (= 100)	/	/	/	96,3	/	/	2,9	/	14,2
KKH (= 100)	/	/	/	/	93,2	/	/	/	5,1
IKK (= 100)	/	/	/	/	/	94,7	/	/	6,3
BKK (= 100)	/	/	/	/	/	/	99,4	/	11,8
Sonst. (= 100)	/	/	/	/	/	/	(3,3)	94,6	5,6
Anteil 2000	32,6	8,4	14,7	13,7	4,8	6,1	14,0	5,6	100,0

/: weniger als 10 Fälle; (/): weniger als 30 Fälle.

Anzahl der Beobachtungen: 6 710.

Datenbasis: SOEP 1999, 2000.

ren zeigte sich, dass insbesondere die Betriebskrankenkassen (BKK), die häufig relativ niedrige Beitragssätze anbieten, Zugewinne verbuchen konnten. »Verlierer« waren in den ersten Jahren die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), aber auch einige Ersatzkassen hatten Einbußen zu verbuchen. Dass sich dieser Trend fortsetzt, zeigen auch die Bewegungen zwischen den Kassen bzw. Kassenarten zwischen 1999 und 2000.

Tab. 6: Mittlere Beitragssätze 1999 und 2000 für Wechsler und Nichtwechsler

Beitragssatz	Insgesamt	Nichtwechsler	Wechsler
	in %		
Insgesamt			
1999	13,65	13,65	13,78
2000	13,60	13,66	12,61
Veränderung: 1999–2000	–0,05	+0,01	–1,18
Erwerbstätige			
1999	13,63	13,62	13,77
2000	13,57	13,63	12,61
Veränderung: 1999–2000	–0,05	+0,01	–1,17
Rentner			
1999	13,82	13,82	/
2000	13,79	13,80	/
Veränderung: 1999–2000	–0,03	–0,02	/
Sonstige			
1999	13,76	13,75	(13,96)
2000	13,77	13,80	(12,72)
Veränderung: 1999–2000	+0,01	+0,05	(–1,27)

/: weniger als 10 Fälle; (/): weniger als 30 Fälle.

Datenbasis: SOEP 1999, 2000.

Die Bewegungen zwischen den Kassenarten zeigen, dass die Versicherten überwiegend in eine Betriebskrankenkasse wechseln. Vergleichsweise gering ist dieser Anteil bei den – vermeintlich teuren – Allgemeinen Ortskrankenkassen. Dies mag u. a. daran liegen, dass die Allgemeinen Ortskrankenkassen schon bald nach der Einführung der vollen Kassenwahlfreiheit 1996 überdurchschnittlich viele Versicherte verloren haben.

Wie erwartet, schlägt sich der Wechsel der Krankenkasse in geringeren Beitragssätzen nieder. Versicherte, die die Kasse gewechselt haben, hatten im Jahr 2000 einen um durchschnittlich rund 1,2 Prozentpunkte geringeren Beitragssatz als 1999. Bezogen auf ein Bruttomonatseinkommen von 2 500 Euro bedeutet dies eine Beitragsreduzierung von je 15 Euro für den Beschäftigten und seinen Arbeitgeber.

Kassenwechsler hatten 1999 einen höheren durchschnittlichen Beitragssatz als Nichtwechsler. Dies deutet darauf hin, dass es offensichtlich große Anreize gibt, aus teuren Kassen zu wechseln. Von sinkenden Beitragssätzen ausgeschlossen bleiben bisher weitgehend die Rentner. Die durchschnittlichen Beitragssätze dieser Gruppe liegen in beiden Jahren über denen der Erwerbstätigen. Rentner könnten sich also durch einen Wechsel der Krankenkasse deutlich verbessern.

6.5 Fazit

Wenngleich internationale Studien zeigen, dass die Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen in Deutschland keinen Spitzenplatz einnimmt, so kann die Gesundheitsversorgung insgesamt doch als zufriedenstellend eingeschätzt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Gleichwohl steht nach der übereinstimmenden Überzeugung der Sachverständigen und der politischen Parteien auch das deutsche Gesundheitswesen vor notwendigen und umfassenden Reformen. Vor allem die demographische Entwicklung und der medizinisch-technische Fortschritt werden die Ausgaben für Gesundheit weiter steigen lassen.

Die Reformen werden insbesondere auf eine effizientere Verwendung der für Gesundheit ausgegebenen Mittel und auf eine höhere Qualität der Versorgung abzielen. Dabei werden eine Stärkung des Wettbewerbs zwischen Nachfragern und Anbietern im Gesundheitswesen sowie eine größere Patientenorientierung wichtige Instrumente darstellen. Allerdings sollte weiterhin gewährleistet werden, dass gleiche Chancen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Bevölkerungsschichten oberstes Ziel der Gesundheitspolitik bleibt.

(Hanfried Andersen/Markus Grabka/Johannes Schwarze)

7 Bildung und berufliche Weiterbildung

In modernen Volkswirtschaften gelten Umfang und Struktur von beruflichen Qualifikationen als zentrale Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb. Hinsichtlich des Stellenwerts der verschiedenen Wissenskomponenten ist in jüngerer Zeit ein Paradigmenwechsel zu beobachten. Die starke Dynamik sich verändernder Produktionsprozesse und deren Rahmenbedingungen erfordert eine zunehmende Flexibilität der Erwerbstätigen. Entsprechend wird davon ausgegangen, dass in Zukunft die schulische und berufliche Erstausbildung nur mehr ein möglichst allgemeines Basiswissen vermitteln soll; durch lebenslanges Lernen sollen die jeweils in spezifischen Arbeitsplatzkontexten erforderlichen Fertigkeiten erworben und laufend aktualisiert werden. Der beruflichen Weiterbildung kommt daher eine Schlüsselrolle zu.

Die Frage, welche der Personengruppen in den Genuss von beruflicher Weiterbildung – die mitentscheidend für den Erfolg individueller Berufskarrieren ist – kommen sollen, ist unter verschiedenen Aspekten von großer Bedeutung und wird folglich kontrovers diskutiert. Die Arbeitgeber, die einen Großteil der Kosten der beruflichen Weiterbildung tragen, sind daran interessiert, die leistungsfähigsten Mitarbeiter in Weiterbildungsmaßnahmen zu senden, denn sie gehen davon aus, dass bei diesen der Ertrag der Maßnahme am höchsten ist. Eine bereits bestehende gute berufliche Qualifikation wird damit weiter verbessert und an die spezifischen Anforderungen im jeweiligen Betrieb angepasst. Dagegen betonen die Gewerkschaften stärker die Notwendigkeit, leistungsschwächeren Erwerbspersonen durch berufliche Weiterbildung die Möglichkeit zu verschaffen, bestehende Qualifikationsdefizite zu kompensieren. In jüngster Zeit setzt auch die staatliche Arbeitsmarktpolitik (Job-Aktiv-Gesetz) auf die Förderung der beruflichen Weiterbildung, insbesondere bei älteren Arbeitnehmern.

In diesem Kapitel werden subjektive und objektive Indikatoren zu beruflichen Weiterbildungsaktivitäten in Deutschland betrachtet. Diese werden differenziert nach dem Niveau der beruflichen Erstausbildung der Befragungspersonen analysiert. Wir unterscheiden dabei drei Qualifikationsniveaus: Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (z. B. einer Lehre; einschließlich Fachschule) und Personen mit einem Fachhoch- oder Universitätsabschluss (einschließlich DDR-Ingenieurschule). Wir beschränken die Analyse auf Personen, die nicht in einer betrieblichen Ausbildung, einer Umschulung oder einer Vollzeitausbildung stehen und unterscheiden zusätzlich nach zwei Altersgruppen (20 bis unter 45 Jahre; 45 bis unter 65 Jahre). Die Analyse erfolgt getrennt für West- und Ostdeutschland.

Weitere Informationen zum Thema Bildung und berufliche Weiterbildung siehe Teil I, Kap. 2.

7.1 Berufliche Weiterbildung und Erwerbsstatus

In einem Vorschritt betrachten wir zunächst den Zusammenhang von beruflicher Weiterbildung, beruflicher Erstausbildung und Erwerbsstatus (Tab. 1).

Unabhängig vom Arbeitsmarktgebiet hat im dreijährigen Beobachtungszeitraum rund jeder dritte Erwerbstätige an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Es zeigt sich jedoch eine starke Abhängigkeit der Teilnahmequoten vom Niveau der beruflichen Erstausbildung. Rund jeder zweite Akademiker durchlief im Untersuchungszeitraum eine Weiterbildung; bei den Unqualifizierten war es rund jeder Zehnte. Berufliche Erstausbildung und berufliche Weiterbildung verhalten sich folglich komplementär und nicht substitutiv zueinander. Immerhin liegt der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer bei jungen Unqualifizierten in Ostdeutschland mit 22 % relativ hoch. Zusätzlich zum Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen wirkt sich das Alter auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit an beruflicher Weiterbildung aus: Jüngere haben höhere Teilnahmequoten als ältere. Dieser Alterseffekt ist bei niedrigeren Qualifikationsniveaus deutlich stärker ausgeprägt als bei höheren.

Tab. 1: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Erwerbsstatus

Strukturmerkmale	Altersgruppe								Tot.
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre				
	Qualifikationsniveau								
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	
	in % (Spalten)								
<i>Westdeutschland</i>									
Anteil der Weiterbildungsteilnehmer unter den Erwerbstätigen	12	35	46	33	8	27	44	26	30
Anteil der Weiterbildungsteilnehmer unter den Nicht-Erwerbstätigen	(4)	11	(16)	9	(2)	4	/	4	5
Anteil der Erwerbstätigen	64	84	89	81	48	63	81	61	71
<i>Ostdeutschland</i>									
Anteil der Weiterbildungsteilnehmer unter den Erwerbstätigen	22	33	50	35	12	28	50	31	33
Anteil der Weiterbildungsteilnehmer unter den Nicht-Erwerbstätigen	/	18	/	16	/	6	/	6	9
Anteil der Erwerbstätigen	55	78	89	77	32	52	71	53	65

Stichprobe umfasst Wohnbevölkerung in Deutschland, sofern die Personen nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Alle Angaben beziehen sich auf einen Drei-Jahres-Zeitraum vor der Befragung.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung;

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«);

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

(x) Geringe Fallzahlen. – / Kein Nachweis.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

Unter den Nicht-Erwerbstätigen ist die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung deutlich seltener als bei Erwerbstätigen. Besonders markant sind die Unterschiede in den Weiterbildungsquoten bei älteren Personen. Bei Nicht-Erwerbstätigen wird berufliche Weiterbildung fast ausschließlich der Gruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung zuteil. Hier dürfte es sich überwiegend um Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung im Kontext von offener oder verdeckter Arbeitslosigkeit handeln. Jüngere Nicht-Erwerbstätige nehmen in beiden Regionen Deutschlands rund doppelt so häufig berufliche Weiterbildungsangebote wahr wie die ältere Vergleichsgruppe. In Ostdeutschland liegt bei Nicht-Erwerbstätigen der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer rund doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Insgesamt zeigt ein Vergleich der Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung zwischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbstätigen sehr deutlich, dass sich berufliche Weiterbildung weitestgehend an Erwerbstätige, jedoch nur in geringem Umfang an Nicht-Erwerbstätige adressiert. Wir beschränken uns im Folgenden deshalb auf die Betrachtung von erwerbstätigen Personen.

7.2 Motive für oder gegen berufliche Weiterbildung

Zunächst wurde allen Personen – unabhängig davon, ob sie an beruflicher Weiterbildung teilnahmen oder nicht, folgende Frage gestellt: »Welche der folgenden Ziele könnten für Sie persönlich ein Grund sein, an beruflicher Weiterbildung teilzunehmen?« (Mehrfachnennungen möglich). In Tabelle 2a sind zuerst die Gründe aufgeführt, die für eine Teilnahme sprechen.

Es zeigt sich zunächst, dass die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung mit zunehmendem Qualifikationsniveau steigt (Ausnahmen sind die für niedrigere Qualifikationsniveaus charakteristischen Motive »Abschlussprüfung nachholen« und »Umschulung«). Ebenso spielt berufliche Weiterbildung bei jüngeren Erwerbstätigen eine größere Rolle als bei älteren. Der universelle Anspruch und die Notwendigkeit eines »lebenslangen Lernens« ist von den Betroffenen entsprechend noch keineswegs verinnerlicht. Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland treten dagegen in den Hintergrund.

Unabhängig von Qualifikationsniveau, Alter und Arbeitsmarkregion wird die Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung am häufigsten im Bereich »Sich ständig neuen Entwicklungen im Beruf anpassen« gesehen. Danach folgen »Sich weiterqualifizieren, um beruflich aufsteigen zu können« und »Berufliche Kenntnisse, die zum Teil veraltet sind, wieder auffrischen«, wobei letzteres Motiv der Weiterqualifikation bei älteren Erwerbstätigen wenig überraschend nur einen geringen Stellenwert besitzt. Ebenfalls relevant ist das Motiv »Neue Gebiete kennen lernen, um beruflich nicht so festgelegt zu sein«. Auch hier zeigen sich stärkere altersspezifische Unterschiede, ebenso wie bei dem – mit weitem Abstand – folgenden Motiv einer beruflichen Umschulung. Letzteres Ziel spielt in Ostdeutschland eine

deutlich stärkere Rolle als in Westdeutschland; dies gilt insbesondere bei älteren Erwerbstätigen. Es zeigt sich hier der Effekt der nach wie vor ungünstigen Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland. Das Ziel, über berufliche Weiterbildung eine berufliche Abschlussprüfung nachzuholen, wird selten genannt, und wenn, dann überwiegend von jüngeren Erwerbstätigen, die es auf dem ersten Bildungsweg nicht schafften, einen beruflichen Abschluss zu erreichen.

Tab. 2a: Motive, die für eine Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sprechen

Motive	Altersgruppe								Tot.
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre				
	Qualifikationsniveau								
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	
	in % (Spalten); Mehrfachnennungen möglich								
<i>Westdeutschland</i>									
Anpassung an neue Entwicklungen	30	63	84	61	19	48	71	46	55
Weiterqualifikation	31	57	63	54	7	21	24	19	40
Kenntnisse auffrischen	19	45	52	42	13	33	54	32	38
Neue Gebiete kennen lernen	26	35	52	36	16	19	30	20	30
Umschulung	19	18	13	17	3	5	4	5	12
Abschlussprüfung nachholen	11	5	8	6	3	1	0	1	4
<i>Ostdeutschland</i>									
Anpassung an neue Entwicklungen	49	59	83	61	26	49	70	52	58
Weiterqualifikation	36	44	46	44	9	17	22	18	33
Kenntnisse auffrischen	28	47	58	47	18	40	50	41	45
Neue Gebiete kennen lernen	28	33	35	33	11	19	25	20	28
Umschulung	21	25	14	24	3	12	6	11	19
Abschlussprüfung nachholen	17	3	5	5	1	2	1	2	4

Stichprobe umfasst Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügig Erwerbstätige, sofern diese nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Die Frage wurde allen Erwerbstätigen gestellt, unabhängig davon, ob sie an beruflicher Weiterbildung teilnahmen oder nicht.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung;

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«);

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

Betrachtet man, welche Gründe angegeben werden, nicht an einer Weiterbildung teilnehmen zu wollen, so finden sich in Westdeutschland bei jüngeren Unqualifizierten atypisch viele »Totalverweigerer« (keines der Motive in Tabelle 2a genannt: »Habe kein Interesse an Weiterbildung« in Tabelle 2b). Tabelle 2b informiert zudem über explizit geäußerte Gründe, nicht an einer Weiterbildung teilnehmen

zu wollen (»Welche der folgenden Aussagen treffen für Sie zu?«; Mehrfachnennungen möglich).

Als häufigster Grund, sich einer beruflichen Weiterbildung zu verweigern, wird ein finanzieller genannt: »Wenn berufliche Weiterbildung mit Kosten oder Verdienstausschlag verbunden ist, kommt das für mich nicht in Frage.« Unabhängig von Alter und Region bekennt sich rund die Hälfte aller Erwerbstätigen dazu, nicht selber in zusätzliche berufliche Bildung investieren zu wollen. Zwar zeigt sich, dass finanzielle Motive einer Verweigerungshaltung mit zunehmendem Qualifikationsniveau an Bedeutung verlieren. Der Anteil der investitionsunwilligen Akademiker ist jedoch noch immer erstaunlich hoch. Auch das am zweithäufigsten genannte Motiv einer Nicht-Teilnahme, der Zeitfaktor, spielt bei niedrigeren Qualifikationsniveaus und Jüngeren eine größere Rolle; der Alterseffekt ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. Hier sind Interdependenzen mit dem finanziellen Motiv nicht auszuschließen. Rund ein Drittel der Befragten schließlich vermutet: »Durch Teilnahme an beruflicher Weiterbildung kann ich meine persönlichen Berufschancen

Tab. 2b: Motive, die gegen eine Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sprechen

Motive	Altersgruppe								Tot.
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre				
	Qualifikationsniveau								
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	
	in % (Spalten); Mehrfachnennungen möglich								
<i>Westdeutschland</i>									
Finanzielle Gründe	58	49	29	47	54	44	20	42	45
Keine Zeit	49	44	39	44	44	38	29	38	41
Keine Verbesserung der Berufschancen	33	22	20	24	55	48	36	47	33
Generell kein Interesse	40	15	4	18	60	38	15	39	26
<i>Ostdeutschland</i>									
Finanzielle Gründe	61	55	26	52	60	49	29	46	50
Keine Zeit	46	43	34	42	30	32	24	30	37
Keine Verbesserung der Berufschancen	27	24	15	23	55	45	30	43	31
Generell kein Interesse	12	15	5	13	57	30	13	28	19

Stichprobe umfasst Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügig Erwerbstätige, sofern diese nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Die Frage wurde allen Erwerbstätigen gestellt, unabhängig davon, ob sie an beruflicher Weiterbildung teilnahmen oder nicht.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung;

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«);

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

nicht verbessern«, und führt dies als Argument gegen eine Teilnahme an. Hier zeigt sich der zweckgebundene Charakter der beruflichen Weiterbildung, die sich diesbezüglich von allgemeiner Weiterbildung erheblich unterscheidet.

7.3 Struktur der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich nur auf die Weiterbildungsteilnehmer, d. h. Personen, die im dreijährigen Untersuchungszeitraum mindestens eine Maßnahme durchliefen (Tab. 3a).

Tab. 3a: Struktur der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung

Strukturmerkmale	Altersgruppe									Tot.
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre					
	Qualifikationsniveau									
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.		
	Basis: nur Weiterbildungsteilnehmer									
<i>Westdeutschland</i>										
Anzahl der Maßnahmen	3,0	3,8	4,2	3,8	2,3	4,0	4,0	3,9	3,8	
Gesamtdauer der Maßnahmen (in Wochen) ¹	7	12	11	12	4	7	8	7	10	
Gesamtvolumen der Maßnah- men (in Unterrichtsstunden) ¹	182	388	302	360	97	204	241	207	307	
Gesamtsumme der benötigten Eigenmittel (in DM) ¹	402	722	709	701	248	343	434	361	584	
<i>Ostdeutschland</i>										
Anzahl der Maßnahmen	(2,4)	3,1	3,6	3,1	/	3,1	3,7	3,3	3,2	
Gesamtdauer der Maßnahmen (in Wochen) ¹	(14)	13	15	13	/	7	11	9	12	
Gesamtvolumen der Maßnah- men (in Unterrichtsstunden) ¹	(422)	312	178	293	/	264	327	280	288	
Gesamtsumme der benötigten Eigenmittel (in DM) ¹	(117)	349	755	408	/	130	364	206	332	

¹ Bezogen auf die drei letzten (abgeschlossenen oder laufenden) Kurse im Beobachtungszeitraum. Stichprobe umfasst Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügig Erwerbstätige, sofern diese nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Alle Angaben beziehen sich auf den Drei-Jahres-Zeitraum vor der Befragung.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung;

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«);

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

(x) Geringe Fallzahlen.

/ Kein Nachweis.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

Betrachtet man zunächst die mittlere Anzahl der besuchten Maßnahmen, so zeigt sich deutlich die komplementäre und kumulative Struktur des Bildungserwerbs. Weiterbildungsteilnehmer durchlaufen häufig nicht nur eine, sondern mehrere Teilnahmen: Im Mittel sind es in Westdeutschland knapp vier, in Ostdeutschland gut drei Maßnahmen im betrachteten Drei-Jahres-Zeitraum. Bemerkenswert erscheint, dass hierbei keine Altersabhängigkeit zu beobachten ist. Zudem durchliefen Personen mit niedrigerem Qualifikationsniveau – sofern sie denn überhaupt den Zugang zum System der beruflichen Weiterbildung schafften – nur eine geringfügig niedrigere mittlere Anzahl von Maßnahmen als höher Qualifizierte. Die Gruppe der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung ist somit hinsichtlich der ansonsten stark trennenden Bildungsunterschiede deutlich homogener als die Gesamtpopulation aller Erwerbstätigen.

Im Mittel verbrachten die Weiterbildungsteilnehmer insgesamt rund zwölf Wochen in beruflicher Weiterbildung; bei älteren Erwerbstätigen in Westdeutschland liegt der Wert etwas niedriger. Mit zunehmender Qualifikation der Teilnehmer steigt auch die Dauer der durchlaufenen Weiterbildung tendenziell an. Auffällig ist jedoch, dass in Westdeutschland Weiterbildungsteilnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung nahezu gleich lang geschult werden wie Akademiker. Jüngere Weiterbildungsteilnehmer mit einer nicht-akademischen Berufsausbildung werden sogar intensiver geschult als Akademiker der gleichen Altersgruppe; dies belegt die Analyse der mittleren Unterrichtszahl der durchlaufenen Maßnahmen. Auffällig wenige Weiterbildungsstunden erhalten jüngere Akademiker in Ostdeutschland. Mit zunehmender Qualifikation steigt der finanzielle Eigenbeitrag zur beruflichen Weiterbildung. Jüngere Erwerbstätige investieren rund doppelt so viel in ihre Weiterbildung wie ältere und – pro Altersgruppe – westdeutsche doppelt so viel wie ostdeutsche. In Ostdeutschland wenden Akademiker mehr als doppelt so viele Eigenmittel für die berufliche Weiterbildung auf als Nicht-Akademiker. In Westdeutschland finden sich dagegen – wie in den anderen Items auch – ähnliche Muster für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Akademiker.

7.4 Struktur der Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung

In diesem Abschnitt wechseln wir von der Ebene der Personen auf die Ebene der einzelnen Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung. Betrachtet werden die Zielsetzungen der Maßnahmen sowie deren Form. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 3b.

Rund drei Viertel aller Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung – in Ostdeutschland noch etwas häufiger als in Westdeutschland – dienen dem Zweck der »Anpassung an neue Anforderungen in (die) bisherige Tätigkeit«. Recht unerwartet sind dabei kaum qualifikationsspezifische Unterschiede zu erkennen. Während in

Tab. 3b: Struktur der Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung

Strukturmerkmale	Altersgruppe								Tot.
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre				
	Qualifikationsniveau								
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	
in % (Spalten)									
<i>Westdeutschland</i>									
Ziel der Maßnahme (Mehrfachnennungen möglich)									
Neue Anforderungen (an bisherigem Arbeitsplatz)	64	68	68	68	72	84	84	84	73
Aufstiegsqualifizierung	39	35	33	35	23	16	12	15	28
Einarbeitung an neuem Arbeitsplatz	0	7	1	5	8	7	3	6	5
Umschulung	1	3	1	3	2	0	1	0	2
Sonstiges	16	11	13	11	14	9	13	10	11
Form der Maßnahme									
Während der Arbeitszeit durch- geführt (zumindest teilweise)	76	71	76	72	68	79	73	77	74
Vom Arbeitgeber durchgeführt	48	57	46	55	52	56	55	56	55
Vom Arbeitgeber finanziert (zumindest teilweise)	67	65	67	65	65	73	54	68	66
Ohne Kosten für Kursteilnehmer	66	73	70	72	68	75	65	72	72
<i>Ostdeutschland</i>									
Ziel der Maßnahme (Mehrfachnennungen möglich)									
Neue Anforderungen (an bisherigem Arbeitsplatz)	(63)	81	78	80	/	82	76	80	80
Aufstiegsqualifizierung	(29)	22	29	24	/	16	23	18	21
Einarbeitung an neuem Arbeitsplatz	(2)	4	5	4	/	7	1	5	5
Umschulung	(5)	2	2	2	/	2	1	2	2
Sonstiges	(9)	8	9	8	/	7	8	8	8
Form der Maßnahme									
Während der Arbeitszeit durch- geführt (zumindest teilweise)	(75)	73	64	71	/	80	68	76	73
Vom Arbeitgeber durchgeführt	(41)	62	39	57	/	65	47	60	58
Vom Arbeitgeber finanziert (zumindest teilweise)	(48)	68	56	65	/	70	52	64	65
Ohne Kosten für Kursteilnehmer	(71)	75	60	72	/	80	57	73	72

Stichprobe umfasst Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügig Erwerbstätige, sofern diese nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Ausgewertet werden die drei letzten (abgeschlossenen oder laufenden) Kurse in einem Drei-Jahres-Zeitraum vor der Befragung.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«).

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

(x) Geringe Fallzahlen.

/ Kein Nachweis.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

Ostdeutschland Weiterbildungsmaßnahmen für jüngere und ältere Erwerbstätige gleich häufig der Anpassung der Kenntnisse an sich verändernde Arbeitsplatzanforderungen dienen, werden in Westdeutschland entsprechende Maßnahmen von jüngeren Personen deutlich seltener besucht als von älteren. Dies könnte auf Defizite in der beruflichen Erstausbildung in Ostdeutschland hinweisen. Weiterbildungen mit dem Anspruch, die Teilnehmer für den beruflichen Aufstieg zu qualifizieren, umfassen rund ein Viertel des Spektrums (dabei ist allerdings zu beachten, dass Überschneidungen in den Zielen durch Mehrfachnennungen zugelassen wurden). Diese Form von Weiterbildung ist häufiger in West- als in Ostdeutschland zu beobachten. Sie wird zudem eher von jüngeren als von älteren Erwerbstätigen beansprucht. Auffällig ist, dass Aufstiegsqualifizierungen in Westdeutschland häufiger von geringer Qualifizierten, in Ostdeutschland dagegen von höher Qualifizierten wahrgenommen werden. Berufliche Weiterbildungen, die der Einarbeitung an einem neuen Arbeitsplatz dienen sollen, sind für Deutschland atypisch (rund 5 %). Offensichtlich werden neue Mitarbeiter in der Regel durch Training on the Job eingearbeitet. Umschulungsmaßnahmen, die während einer regulären Erwerbstätigkeit durchgeführt werden, sind ebenfalls selten (2 %; dabei ist jedoch zu beachten, dass Personen in [Vollzeit-]Fortbildung und Umschulung aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden). In der Kategorie »Sonstiges« finden sich nur rund 10 % der Nennungen. Daraus lässt sich schließen, dass berufliche Weiterbildung in Deutschland tatsächlich fast ausschließlich zwei Zwecke zu erfüllen hat: in weit überwiegendem Maße die beruflichen Kenntnisse an sich verändernde Arbeitsplatzanforderungen anzupassen, sowie – mit deutlichem Abstand – das berufliche Fortkommen der Teilnehmer zu befördern.

Betrachtet man die Form der durchgeführten Maßnahmen, so zeigt sich zunächst, dass rund drei Viertel aller beruflichen Weiterbildungen zumindest teilweise während der Arbeitszeit besucht wurden. Ostdeutsche Akademiker belegen überdurchschnittlich oft Maßnahmen in ihrer Freizeit. Gut die Hälfte der Maßnahmen werden vom Arbeitgeber durchgeführt, und rund zwei Drittel der beruflichen Maßnahmen werden zumindest teilweise von diesem finanziert. Bei Akademikern sind erhöhte Anteile von Selbstzahlern zu beobachten (Ausnahme: Jung-Akademiker in Westdeutschland). Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Struktur der angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen hinsichtlich der betrachteten West-/Ost-Unterschiede sowie der Unterschiede nach Alter und Qualifikation der Teilnehmer erstaunlich homogen erscheint.

7.5 Subjektiver Nutzen der beruflichen Weiterbildung

Abschließend wird untersucht, wie die Weiterbildungsteilnehmer den Nutzen ihrer Teilnahme einschätzen (Tab. 4).

Rund drei Viertel der durchgeführten Maßnahmen werden von den Teilnehmern hinsichtlich der vermittelten Inhalte als qualifiziert eingeschätzt: Sie würden die

erhaltene Teilnahmebescheinigung »bei einer späteren Bewerbung (ihren) Unterlagen beilegen«. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man einen verwandten Aspekt abfragt, nämlich, ob »die neu erworbenen Kenntnisse im Falle eines Stellenwechsels auch in einem anderen Betrieb (anwendbar wären)«. Dabei fällt jedoch auf, dass ostdeutsche Erwerbstätige überdurchschnittlich oft Zertifikate von Weiterbildungsmaßnahmen, deren Kursinhalte sie selber als kaum zu einem neuen

Tab. 4: Subjektiver Nutzen der beruflichen Weiterbildung

Nutzen-Indikatoren	Altersgruppe									
	20 bis unter 45 Jahre				45 bis unter 65 Jahre				Tot.	
	Qualifikationsniveau									
	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.	oaB	maB	FHS/ HS	Tot.		
	in % (Spalten)									
<i>Westdeutschland</i>										
Würde Teilnahmebescheinigung einer Bewerbung beilegen	70	74	78	75	72	71	73	71	73	
Vermittelte Kenntnisse wären »weitgehend«/»voll und ganz« auf neue Stelle in and. Betrieb übertragbar	65	73	70	72	62	62	64	63	69	
Hat sich beruflich »sehr« ausgezahlt	37	45	38	43	50	39	40	40	42	
<i>Ostdeutschland</i>										
Würde Teilnahmebescheinigung einer Bewerbung beilegen	(83)	70	69	70	/	71	75	72	71	
Vermittelte Kenntnisse wären »weitgehend«/»voll und ganz« auf neue Stelle in and. Betrieb übertragbar	(73)	61	69	63	/	53	69	58	61	
Hat sich beruflich »sehr« ausgezahlt	(52)	38	41	39	/	42	37	40	39	

Stichprobe umfasst Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügig Erwerbstätige, sofern diese nicht in einer betrieblichen Ausbildung/Lehre, einer betrieblichen Umschulung oder in Vollzeitausbildung sind. Hinweis: Die Frage wurde nur Personen gestellt, die im Drei-Jahres-Zeitraum vor der Befragung mindestens eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme besuchten.

Legende zum Qualifikationsniveau:

oaB: ohne abgeschlossene Berufsausbildung;

maB: mit abgeschlossener Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule/Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Ausbildungsabschluss«);

FHS/HS: Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

(x) Geringe Fallzahlen.

/ Kein Nachweis.

Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Datenbasis: SOEP 2000.

Arbeitgeber transferierbar einschätzen, ihren Bewerbungsunterlagen beilegen würden. Auf die Frage: »Wie hat sich die (besuchte) Weiterbildung beruflich für Sie ausgezahlt?«, antworten rund 40 % der Kursteilnehmer mit »sehr« – kein schlechter »Wirkungsgrad« für die berufliche Weiterbildung in Deutschland. Insgesamt lässt sich wie bereits bei der Analyse der Struktur der beruflichen Weiterbildung festhalten, dass der Nutzen der besuchten Maßnahmen zur beruflichen Weiter-

bildung von den Teilnehmern unabhängig von Arbeitsmarkregion, Alter und Bildungsniveau erstaunlich homogen eingeschätzt wird.

7.6 Fazit

Das Interesse und die tatsächliche Beteiligung an beruflicher Weiterbildung in Deutschland sind stark abhängig von Alter und Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen: Jüngere und insbesondere höher Qualifizierte werden stärker durch diese Form der Wissensvermittlung angesprochen als andere. Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland treten dagegen in den Hintergrund. Berufliche Weiterbildung ist damit nicht in erster Linie ein Instrument zur Kompensation von Bildungsdefiziten, die nach der beruflichen Erstausbildung bestehen. Im Gegenteil konzentriert sich berufliche Weiterbildung – die sehr häufig zumindest vom Arbeitgeber mitfinanziert wird – auf die leistungsfähigsten Erwerbstätigen. Damit werden Bildungsunterschiede durch das System der beruflichen Weiterbildung nicht nivelliert, sondern verstärkt. Aus einer sozial motivierten Perspektive mag man dies bedauern; aus einer ökonomischen heraus erscheint es nahe liegend.

Die erwähnten starken Unterschiede in Interesse und Beteiligung an beruflicher Weiterbildung nach Alter und Bildungsniveau werden nahezu aufgehoben, wenn man die Betrachtung auf Weiterbildungsteilnehmer beschränkt. Hinsichtlich der Teilnahmestruktur, der Form der besuchten Maßnahmen sowie des subjektiven Nutzens, den die Teilnehmer dem Besuch zumessen, zeigen sich in diesem Fall kaum noch nennenswerte Unterschiede.

Unabhängig von Arbeitsmarkregion, Alter und Bildungsniveau berichten zwei von fünf Weiterbildungsteilnehmern, der Besuch der Maßnahme hätte sich beruflich »sehr« für sie ausgezahlt. Dies deutet auf erhebliche individuelle Erträge der beruflichen Weiterbildung in Deutschland hin.

(Felix Büchel/Markus Pannenberg)

8 Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Seit der deutschen Vereinigung hat sich der Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland unterschiedlich entwickelt. Dieses Kapitel befasst sich mit der Erwerbsbeteiligung von Personen im erwerbsfähigen Alter in West- und Ostdeutschland bis zum Jahr 2000.

Weitere Informationen zum Thema Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt siehe Teil I, Kap. 3.

8.1 Lage auf dem Arbeitsmarkt

Nach der deutschen Vereinigung mussten in den neuen Bundesländern erhebliche Beschäftigungsverluste durch den Abbau von Arbeitsplätzen hingenommen werden. Mittlerweile hat sich die Situation stabilisiert, wenngleich die Schaffung neuer Arbeitsplätze nach wie vor ein sehr schwieriger Prozess ist. Vor diesem Hintergrund spielen deshalb strukturelle Einflüsse zur Stabilisierung der Lage eine große Rolle. In den alten Bundesländern konnten bis zum Jahr 2000 zumindest bei den Frauen Beschäftigungsgewinne erzielt werden, die sich insbesondere in der Zunahme von Beschäftigungsformen mit einer reduzierten Stundenzahl niederschlugen. Insgesamt hat ein Strukturwandel zu mehr Teilzeitarbeit (einschl. geringfügiger Beschäftigung) stattgefunden. Erfreulich in der Gesamtbetrachtung ist, dass der sich seit Ende der 90er-Jahre vollziehende Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zumindest bei den Frauen vorerst, d. h. bis zum Jahr 2000, gebremst wurde.

Tabelle 1a und Tabelle 1b geben einen Überblick über die Entwicklung der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000. Zu beachten ist, dass entsprechend internationaler Abgrenzungen Nichterwerbstätige (d. h. zum Beispiel auch Arbeitslose und Studierende) mit Nebentätigkeiten als Erwerbstätige ausgewiesen werden. Dies ist in Berichten der nationalen amtlichen Arbeitsmarktstatistik häufig nicht der Fall.

Die ausgewählten drei Altersgruppen (16- bis 34-Jährige, 35- bis 55-Jährige sowie 56- bis 65-Jährige) repräsentieren drei Phasen des (Erwerbs-)Lebens: Die Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase, die aktive Erwerbsphase und die Phase des beruflichen Ausstiegs. In Ost- wie Westdeutschland sind sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen derartige Phasen zu erkennen. Männer weisen aufgrund der vielfach noch bestehenden traditionellen Rollenverteilung höhere Erwerbs-

Tab. 1a: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1991 – 2000: Männer nach Altersgruppen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
<i>16 bis 34 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	81	79	81	80	84	79	75	74
– Vollzeit beschäftigt	64	65	65	60	74	65	59	48
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	6	7	7	10	3	4	2	10
– In Berufsausbildung (Lehre)	12	8	8	10	8	10	14	16
Nichterwerbstätig	19	21	19	20	16	21	25	26
– Mutterschutz/Erziehungsurlaub	0	0	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	9	8	7	10	5	7	10	10
– Arbeitslos gemeldet ²	3	7	6	4	7	8	8	13
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	6	6	6	6	4	5	6	3
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	2	1	1	1	0	1	1	0
<i>35 bis 55 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	94	90	90	92	93	81	81	85
– Vollzeit beschäftigt	91	88	83	88	92	79	79	81
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	2	2	7	4	1	2	3	4
– In Berufsausbildung (Lehre)	1	0	0	0	0	0	0	1
Nichterwerbstätig	6	10	10	8	7	19	19	15
– Mutterschutz/Erziehungsurlaub	0	0	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	1	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	3	6	7	5	5	15	16	12
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	0	1	1	1	1	2	1	1
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	2	3	2	2	1	1	2	2
<i>56 bis 65 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	59	57	56	52	50	33	40	42
– Vollzeit beschäftigt	54	53	52	47	47	29	35	35
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	5	5	4	6	3	4	5	6
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	0	0	0
Nichterwerbstätig	41	43	44	48	50	67	60	58
– Mutterschutz/Erziehungsurlaub	0	0	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	5	11	13	9	15	26	23	18
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	1	0	1	0	4	2	0	0
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	35	32	30	38	31	40	37	40

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1991–2000.

Tab. 1b: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1991–2000: Frauen nach Altersgruppen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
<i>16 bis 34 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	68	63	62	65	69	63	64	63
– Vollzeit beschäftigt	41	39	37	36	52	38	36	36
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	17	18	19	22	11	14	20	18
– In Berufsausbildung (Lehre)	10	7	7	7	6	10	8	10
Nichterwerbstätig	32	37	38	35	31	37	36	37
– Mutterschutz/Erziehungsurlaub	6	6	9	10	11	8	7	9
– In Ausbildung	7	9	8	9	6	9	12	13
– Arbeitslos gemeldet ²	3	5	6	3	12	18	12	11
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	8	10	8	8	2	3	2	4
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	8	7	6	5	0	0	2	1
<i>35 bis 55 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	67	66	70	73	86	75	74	78
– Vollzeit beschäftigt	33	33	37	35	69	60	57	55
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	34	33	33	38	17	14	18	22
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	0	0	1
Nichterwerbstätig	33	34	30	27	14	25	26	22
– Mutterschutz/Erziehungsurlaub	1	2	1	3	0	0	2	1
– In Ausbildung	0	0	0	0	1	1	1	0
– Arbeitslos gemeldet ²	2	5	5	3	9	20	15	16
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	8	6	6	6	2	2	2	1
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	22	22	18	15	2	3	5	5
<i>56 bis 65 Jahre</i>								
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	37	37	34	38	25	18	27	30
– Vollzeit beschäftigt	19	18	14	18	17	13	16	20
– Teilzeit beschäftigt (einschl. geringfügige Beschäftigung)	17	19	20	20	8	5	11	10
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	0	0	0
Nichterwerbstätig	64	63	66	62	75	82	73	70
– Mutterschutz/ Erziehungsurlaub	0	0	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	3	5	8	6	9	14	16	17
– Nichterwerbstätig, arbeitsmarkt-orientiert	1	0	1	1	5	2	1	1
– Nichterwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	59	57	57	56	61	66	56	52

1 Nichterwerbstätige (d.h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1991–2000.

quoten und einen größeren Erwerbsumfang als Frauen auf, wobei die Unterschiede in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt sind als in Westdeutschland. Die Erwerbsorientierung der Frauen in Westdeutschland nimmt jedoch in allen Altersgruppen zu.

Die sehr hohe Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen wird in der mittleren Altersgruppe (35- bis 55-Jährige) besonders deutlich: Im Jahr 2000 waren 55 % Vollzeit und 22 % Teilzeit erwerbstätig, in Westdeutschland lagen die entsprechenden Anteile bei 35 % und 38 %. Zugleich ist der Anteil arbeitslos registrierter Frauen in den neuen Bundesländern mit 16 % wesentlich höher als im Westen (3 %). Teilzeitbeschäftigungen werden aber nicht immer freiwillig ausgeübt. Untersuchungen zeigten, dass dies besonders auf Frauen in Ostdeutschland zutrifft. Hier würde etwa ein Drittel lieber einer Vollzeittätigkeit nachgehen (West: nur 6 %).

In der Gruppe der Älteren (56- bis 65-Jährige) scheint die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Westdeutschland auf den ersten Blick höher zu sein als in Ostdeutschland. Die Erwerbstätigenquoten – d. h. die Anteile der Erwerbstätigen an der Zahl der erwerbsfähigen Frauen – liegen bei 38 % bzw. 30 %, wobei allerdings mehr als die Hälfte der Frauen in den alten Bundesländern eine Teilzeitbeschäftigung ausübt (Ostdeutschland: ein Drittel). Zieht man jedoch die Arbeitslosigkeit in die Betrachtung mit ein, dann übertrifft – wie erwartet – die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen die der westdeutschen deutlich, denn 17 % sind (ohne nebenbei eine berufliche Tätigkeit auszuüben) arbeitslos gemeldet (West: 1 %). Auffallend ist auch die Zunahme des Anteils erwerbstätiger älterer Frauen in Ostdeutschland. Bei den Männern ist eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten: 1991 war hier noch die Hälfte, im Jahr 2000 hingegen »nur« 42 % erwerbstätig (West: 1991 59 %, 2000 52 %). Auch die älteren Männer sind in Ostdeutschland mit einer Quote von 18 % stark von Arbeitslosigkeit betroffen und viele haben sich vom Arbeitsmarkt bereits endgültig zurückgezogen: Im Jahr 2000 beabsichtigten 40 % künftig keiner Beschäftigung mehr nachzugehen, 1991 waren dies lediglich 31 % gewesen.

In der jüngsten Altersgruppe der 16- bis 34-Jährigen bedarf die abnehmende Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland einer besonderen Interpretation. Sie ist hier nicht mit einem Rückzug vom Arbeitsmarkt, sondern durch die Anpassung des Bildungsverhaltens an westdeutsche Standards zu erklären. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern hat sich der Anteil von Personen in (hoch-)schulischer Ausbildung (ohne gleichzeitige Erwerbstätigkeit) zwischen 1991 und 2000 verdoppelt, bei den Frauen auf 13 %, bei den Männern auf 10 %. Darüber hinaus gibt es Schüler/innen und Student/innen, die gleichzeitig einen Job ausüben (sie werden entsprechend der gewählten international üblichen Abgrenzung als erwerbstätig ausgewiesen). Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung spielen daher in dieser Altersgruppe auch für Männer eine vergleichsweise große Rolle. Zugleich fällt vorwiegend in diese Altersgruppe auch die Phase der Familienbildung, was die hohen Quoten von Frauen im Mutterschutz/Erziehungsurlaub erklärt (Männer sind in dieser Kategorie praktisch nicht vertreten). Viele junge Menschen sind in

Ostdeutschland aber auch arbeitslos gemeldet, im Jahr 2000 waren dies 11 % der Frauen und 13 % der Männer (West: 3 % bzw. 4 %). Auf Dauer ohne Beschäftigung bleiben will jedoch kaum ein jüngerer Mensch in West- und Ostdeutschland.

8.2 Verstärkte Erwerbsbeteiligung von Müttern in Westdeutschland

Beschäftigungsgewinne wurden in der Vergangenheit (insbesondere in Westdeutschland) vor allem durch das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen erzielt. Diese Beschäftigungsform ist vor allem interessant für (verheiratete) Mütter, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen oder müssen. Mittlerweile sind in den alten Bundesländern 43 % der Mütter, die mit Kleinkindern im Haushalt leben, erwerbstätig. Mütter mit Kindern zwischen 12 und 16 Jahren erreichten sogar eine Erwerbstätigenquote von 72 %. Unter den 70 % der Frauen mit kleinen Kindern, die den Mutterschutz/Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen, übten immerhin noch 28 % eine Beschäftigung aus – meistens mit reduziertem Stundenumfang (vgl. Tab. 2).

In Ostdeutschland haben die veränderten institutionellen Rahmenbedingungen auch zehn Jahre nach der Vereinigung nicht dazu geführt, dass mehrheitlich westdeutsche Verhaltensmuster übernommen wurden. Im Jahr 2000 waren Mütter hier generell häufiger erwerbstätig als Mütter in Westdeutschland, nichterwerbstätige Mütter wollten fast durchweg wieder erwerbstätig werden. Weiterhin wurde der Mutterschutz/Erziehungsurlaub von Müttern mit Kleinkindern weniger häufig

Tab. 2: Mütter mit Kindern (im Haushalt)
nach Erwerbsbeteiligung im Jahre 2000 Anteile in %

	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	unter 4 Jahre	4 – 11 Jahre	12 – 16 Jahre	unter 4 Jahre	4 – 11 Jahre	12 – 16 Jahre
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätig (nicht in Mutterschutz/Erziehungsurlaub)	15,2	49,5	71,9	29,6	60,6	77,8
In Mutterschutz/Erziehungsurlaub	70,9	18,9	0,0	65,9	12,4	0,0
davon:						
mit geringfügiger Beschäftigung	10,2	1,8	0,0	3,5	0,5	0,0
mit sonstiger Beschäftigung	17,4	2,0	0,0	10,7	1,2	0,0
ohne aktuelle Beschäftigung	43,3	15,1	0,0	51,7	10,7	0,0
Arbeitslos gemeldet ¹	2,4	1,7	3,8	2,1	22,9	17,9
Stille Reserve: Stark arbeitsmarktorientiert	2,3	4,4	4,6	2,4	2,3	0,8
Stille Reserve: Gemäßigt arbeitsmarktorientiert	5,1	8,2	3,7	0,0	0,2	0,5
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe	4,1	17,3	16,0	0,0	1,6	3,0

¹ Nichterwerbstätige, die angeben, arbeitslos gemeldet zu sein.

Datenbasis: SOEP 2000.

als in Westdeutschland in Anspruch genommen. Wer ihn in Anspruch nahm, verzichtete allerdings im Vergleich zu Westdeutschland häufiger auf eine Erwerbstätigkeit (Ost: 52 %, West: 43 %). Dies sollte aber nicht als Zeichen des Rückzugs in die Familie gedeutet werden; offenbar wird der Elternurlaub häufig zur Überbrückung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt genutzt. Hierauf weisen die sehr hohen Arbeitslosenquoten von Müttern mit älteren Kindern hin.

8.3 Erwerbsaufnahme wird häufig als schwierig eingeschätzt

Dass die Probleme am Arbeitsmarkt besonders häufig die Frauen in Ostdeutschland treffen, wird ebenfalls deutlich, wenn man Nichtbeschäftigte nach den Chancen ihrer Wiederbeschäftigung fragt (vgl. Tab. 3). Nur 3 % der Frauen (Männer

Tab. 3: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Nichterwerbstätigen¹

	Stelle finden wäre ... ²			Beabsichtige, künftig keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen
	Leicht	Schwierig	Praktisch unmöglich	
	in %			
<i>Westdeutschland</i>				
Männer				
1991	28,5	31,7	13,4	26,4
1994	14,1	49,8	12,0	24,1
1997	6,9	50,3	17,3	25,5
2000	15,9	41,7	14,8	27,6
Frauen				
1991	15,1	27,1	7,4	50,4
1994	12,8	35,0	10,4	41,8
1997	10,8	38,4	13,4	37,4
2000	14,2	35,2	12,0	38,6
<i>Ostdeutschland</i>				
Männer				
1991	8,8	52,0	19,9	19,3
1994	8,3	55,1	15,3	21,3
1997	8,2	52,9	21,4	17,5
2000	9,6	57,6	14,8	18,0
Frauen				
1991	4,5	48,2	16,5	30,8
1994	2,4	50,5	24,1	23,0
1997	2,9	53,7	23,9	19,5
2000	3,3	49,0	28,0	19,7

¹ Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

² Frage: »Wenn Sie jetzt eine Arbeit suchen würden: Ist oder wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?«

Datenbasis: SOEP 1991–2000.

10 %) waren im Jahr 2000 der Ansicht, es sei leicht, eine geeignete Stelle zu finden, fast die Hälfte (Männer 58 %) hielt es für schwierig und 28 % (Männer 15 %) gar für unmöglich. In Westdeutschland wird die Lage von den Frauen etwas besser eingeschätzt. Immerhin hielten es 14 % (Männer 16 %) für leicht und »nur« 12 % (Männer 15 %) für praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden. Zudem lag der Anteil nichtbeschäftigter Frauen, die nicht erwerbstätig werden wollen, mit 39 % etwa doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Im Zeitverlauf stieg in beiden Teilen Deutschlands der Anteil nichtbeschäftigter Frauen, die erwerbstätig werden wollen, bei den Männern stagnierte er hingegen.

Der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt stehen zunehmend Erwerbswünsche nach Vollzeitarbeit gegenüber. Im Jahr 2000 wollten in Ostdeutschland 46 % der nichtbeschäftigten Frauen ein Vollzeitverhältnis eingehen, 1997 waren es »nur« 39 % (vgl. Tab. 4). In Teilzeit wollten weniger denn je arbeiten (19 %). Bei den nichtbeschäftigten Männern waren die Wünsche noch ausgeprägter: 77 % (1991:

Tab. 4: Nichterwerbstätige¹ und ihr Interesse an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

	Interesse an ... ²			
	Vollzeit- beschäftigung	Teilzeit- beschäftigung	Beides recht	Weder noch
	in %			
<i>Westdeutschland</i>				
Männer				
1991	78,1	5,0	12,1	4,8
1994	76,1	3,5	13,9	6,5
1997	73,8	6,9	12,8	6,5
2000	73,7	4,3	13,3	8,7
Frauen				
1991	22,2	61,6	8,0	8,2
1994	24,9	51,8	9,2	14,1
1997	24,6	54,6	13,1	7,7
2000	26,0	51,1	12,8	10,1
<i>Ostdeutschland</i>				
Männer				
1991	73,9	7,7	16,5	1,9
1994	81,9	2,3	12,1	3,7
1997	72,0	2,7	20,5	4,8
2000	77,3	2,0	14,3	6,4
Frauen				
1991	37,1	31,6	25,3	6,0
1994	46,1	21,7	25,8	6,4
1997	38,6	24,2	31,7	5,5
2000	46,1	18,6	26,4	8,9

1 Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

2 Frage: »Wären Sie an einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?«

Datenbasis: SOEP 1991–2000.

74 %) wollten eine Vollzeitbeschäftigung und nur 2 % (1991: 8 %) eine Teilzeitbeschäftigung ausüben.

In Westdeutschland hätten die meisten nichtbeschäftigten Männer ebenfalls am liebsten eine Vollzeittätigkeit ausgeübt (74 %, Frauen: 26 %). Unter den nichtbeschäftigten Frauen präferierte mehr als die Hälfte (Männer 4 %) Teilzeitarbeit (vgl. Tab. 4). Im Zeitverlauf gibt es jedoch Hinweise auf einen möglichen Wandel in den Arbeitszeitpräferenzen in Westdeutschland – und zwar bei Frauen und Männern in entgegengesetzter Richtung: So sank der Anteil der Männer, die Vollzeitbeschäftigungen wünschten, um 4 Prozentpunkte seit 1991, während er bei den Frauen in diesem Zeitraum um 4 Prozentpunkte gestiegen ist. Weiterhin ist der Anteil der Frauen, die eine Teilzeitstelle wünschten, seit 1991 stetig gesunken (um insgesamt 10 Prozentpunkte). Bei den Männern stellt diese Beschäftigungsform für die weit überwiegende Mehrheit nach wie vor keine Alternative dar. Hier hat sich aber der Anteil derer, die hinsichtlich ihres Arbeitszeitumfangs keine eindeutigen Präferenzen haben, seit 1991 um 4 Prozentpunkte auf 9 % im Jahr 2000 erhöht.

8.4 Erwerbstätigkeit von Frauen für viele Haushalte finanziell notwendig

Es ist beachtlich, dass die hohe Erwerbsorientierung der nichterwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland auch durch die anhaltend prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht gebrochen wird. Diese Haltung ist vor dem Hintergrund einer traditionell hohen Erwerbsorientierung sowie der Bedeutung ihres Einkommens auch verständlich. In ostdeutschen Ehepaar-Haushalten ist es nach wie vor üblich, dass beide Partner erwerbstätig sind und zumeist Vollzeit arbeiten. Zudem liegt das Niveau der Haushaltseinkommen noch deutlich unter dem in Westdeutschland. Dabei kommt dem Erwerbseinkommen von Ehefrauen für das Gesamtbudget des Haushalts eine beachtliche Bedeutung zu. Studien ergaben einen Anteil des monatlichen Nettoerwerbseinkommens von Ehefrauen am monatlichen Nettohaushaltseinkommen von 44 % (West: 42 %), wenn die Partnerin Vollzeit arbeitet, und von 31 % (West: 20 %), wenn die Partnerin Teilzeit beschäftigt ist (Partner jeweils Vollzeit erwerbstätig). Hinzu kommt, dass auch in Ostdeutschland immer mehr Menschen alleine leben oder ihre Kinder alleine erziehen und so auf einen eigenen Verdienst angewiesen sind.

8.5 Ausblick

Erwerbsarbeit gehört fraglos zum Alltag der Frauen in West- und Ostdeutschland. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch schwierig. Dies betrifft insbesondere die Situation von Frauen in Ostdeutschland. Nicht der Rückzug in die Familie, sondern

sinkende Fertilitätsraten waren in der Vergangenheit bei den bestehenden Rahmenbedingungen die Konsequenz aus dieser Situation. Im Jahre 2000 lebte laut Ergebnissen des SOEP in Ostdeutschland nur noch knapp ein Drittel der Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahren in Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren, 1991 waren es noch 42 %. Auch in Westdeutschland realisieren immer weniger Frauen ihren Kinderwunsch, um den steigenden Anforderungen am Arbeitsmarkt und um der notwendigen eigenständigen Existenzsicherung gerecht werden zu können.

Dieser Entwicklung können eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und ein größeres Engagement der Väter in der Familienarbeit genauso wie Reformen des Steuer- und Sozialsystems mit gleichstellungspolitischen Zielsetzungen entgegenwirken. Frauen haben heute höhere Qualifikationen denn je. Unternehmen profitieren zur langfristigen Sicherung qualifizierten Personals von der Erwerbsbeteiligung der Frauen. Der Realisierung von Erwerbswünschen der Frauen sollte daher unter wirtschafts- wie auch sozialpolitischen Gesichtspunkten ein gleich hoher Stellenwert wie dem der Männer eingeräumt werden.

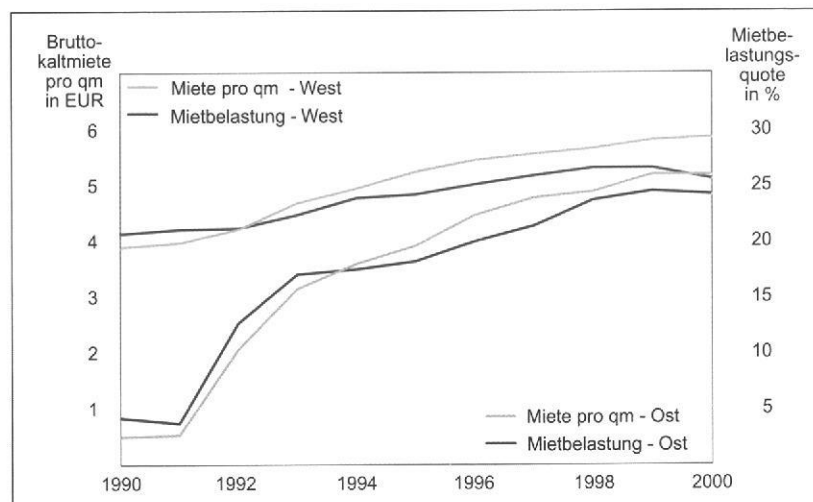
(Jürgen Schupp/Elke Holst)

9 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

Rund zehn Jahre nach der Vereinigung bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Wohnverhältnissen in West- und Ostdeutschland. Die massiven staatlichen Subventionen haben dazu beigetragen, dass das Versorgungsniveau mit Wohnungen – abgesehen von Engpässen in den Ballungszentren – ausreichend hoch ist, sodass von dieser Seite kaum noch Druck auf die Mieten ausgeht. Erstmals seit der Vereinigung haben sich daher die Mieten in Deutschland im Jahr 2000 nicht mehr nennenswert erhöht (vgl. Abb.1). Die Mietbelastungsquote (Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen) von Hauptmietern in West- und Ostdeutschland hat sich mit rund 25 % bzw. 24 % inzwischen weitgehend angenähert.

Durch die verstärkte Wohnungsbauförderung mit steuerlichen Erleichterungen und Zuschüssen wurde die Eigentümerquote (Anteil der selbst nutzenden Haushalte an allen Haushalten) im Berichtszeitraum weiter erhöht. In Ostdeutschland ist diese Quote vom sehr niedrigen Stand im Jahr 1994 mit 24 % bis zum Jahr 2000 auf 32 % gestiegen. Sie ist jedoch derzeit weiterhin erheblich niedriger als in Westdeutschland (43 %). Der Abstand der Eigentümerquote zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich seit 1994 somit um rund vier Prozentpunkte verringert (vgl.

Abb. 1: Entwicklung von Miete und Mietbelastung in Ost- und Westdeutschland 1990–2000



Datenbasis: SOEP 1990–2000.

Tab. 1: Eigentumsstatus privater Haushalte in West- und Ostdeutschland 1994 und 2000

Wohnstatus	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1994	2000	1994	2000
	in %			
Selbst nutzender Eigentümer	39,4	43,4	24,1	31,7
Hauptmieter	56,8	53,4	72,4	65,9
Untermieter	3,9	3,2	3,5	2,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: SOEP 1994 und 2000.

Tab. 1). Auf der Basis von Befragungsdaten des SOEP können sowohl die objektive Wohnsituation als auch deren subjektive Wahrnehmung durch die Wohnbevölkerung analysiert werden. Bis zum Jahr 1994 waren in Ostdeutschland die sprunghaften, jährlichen Mieterhöhungen und die erste Modernisierungsphase abgeschlossen. Die ostdeutsche Bevölkerung hatte vielfach eigene Eindrücke von den Wohnverhältnissen in Westdeutschland gewonnen. So beruht die Bewertung der Wohnverhältnisse nun auch auf einem Vergleich mit dem hohen Wohnkomfort in Westdeutschland.

Weitere Informationen zum Thema Wohnverhältnisse und Wohnkosten siehe Teil I, Kap. 5.

9.1 Wohnsituation

Im SOEP können nur die Bewohner über die von ihnen selbst genutzten Gebäude befragt werden. Daher ist eine Aussage über leer stehende Gebäude, die besonders in Ostdeutschland das Bild in vielen Innenstädten bestimmen, nicht möglich. Der Zustand der bewohnten Gebäude hat sich seit der Wende sowohl aus Sicht der Mieter als auch der Eigentümer in Ostdeutschland erheblich verbessert. Allerdings sind die Wohngebäude in Westdeutschland allgemein in besserem Zustand als die in Ostdeutschland, das gilt besonders für die Gebäude, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Eigentümer in Ostdeutschland ein deutlich geringeres Haushaltseinkommen haben als vergleichbare Haushalte in Westdeutschland; die Renovierung und Modernisierung des Altbaubestandes kommt daher nur langsam voran.

Die Beurteilung des Gebäudezustands durch die Bewohner ist in Westdeutschland seit Anfang der 90er-Jahre stabil: Der Anteil der Haushalte, die das Gebäude als »gut« einschätzten, lag bei rund zwei Dritteln (Tab. 2). Dabei besteht zwischen Eigentümern und Mietern allerdings ein deutlicher Unterschied: 86 % der selbst

nutzenden Eigentümer bewerteten ihr Gebäude im Jahr 2000 mit »gut«, lediglich knapp ein Fünftel mit »teilweise renovierungsbedürftig«; bei Mietern waren dies knapp 60 % bzw. 37 %. Die Eigentümer haben offenbar die Qualität ihrer Wohngebäude in den 90er-Jahren weiter erhöht.

Dank der massiven Investitionen in den Wohnungsbau hat sich die Qualität der Wohnungen durch Neubauten und Sanierungen in Ostdeutschland erheblich verbessert, die Beurteilung des Zustands der Wohngebäude ist im Untersuchungszeitraum, insbesondere bei den Mietern, zunehmend positiv ausgefallen. Im Zeitraum 1994 bis 2000 hat sich der Anteil der Mieterhaushalte, die den Gebäude-

Tab. 2: Zustand der Wohngebäude in Deutschland
Anteile an allen Haushalten in %

Jahr	Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand								
	Gut			Teilweise renovierungsbedürftig			Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif		
	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer
<i>Westdeutschland</i>									
1994	67	62	76	30	33	23	3	5	1
1995	65	58	75	32	38	23	3	4	1
1996	62	53	75	34	41	24	4	5	1
1997	65	57	77	32	38	22	3	5	1
1998	66	58	79	31	39	20	3	4	1
1999	67	59	80	30	38	19	3	3	1
2000	68	59	86	29	37	19	3	4	1
<i>Ostdeutschland</i>									
1994	31	24	53	51	55	40	18	21	7
1995	35	26	58	46	50	35	19	23	6
1996	40	33	57	43	46	38	17	21	5
1997	44	39	57	43	44	39	13	17	4
1998	51	45	64	38	41	30	12	14	6
1999	57	52	66	36	37	31	8	10	3
2000	59	55	67	34	35	31	7	10	2

Datenbasis: SOEP 1994 bis 2000.

zustand mit »gut« bewerten, mehr als verdoppelt, von 24 % auf 55 %. Halbiert hat sich in diesem Zeitraum der Anteil jener Haushalte, die in als »ganz renovierungsbedürftig« oder gar »abbruchreif« bewerteten Gebäuden wohnen. Dabei spielt auch der Auszug aus maroden Gebäuden eine Rolle; diese stehen nunmehr häufig leer. Bei den Eigentümern war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, jedoch lag das Ausgangsniveau 1994 bereits deutlich höher. Insgesamt bewerten in Ostdeutschland sowohl die Eigentümer als auch die Mieter ihre Gebäude immer noch schlechter als die entsprechenden Haushalte in Westdeutschland; der Abstand bei den Mietern ist jedoch nur noch gering.

9.2 Wohnungsmieten

In der DDR waren im Rahmen der Wohnungsbewirtschaftung die Mieten auf dem Stand von 1936 festgeschrieben. Die Entwicklung der Mieten in Ostdeutschland ist daher ein gutes Beispiel für die Annäherung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands. Die im Durchschnitt von Hauptmietern zu zahlende Bruttokaltmiete lag im Jahr 2000 in den neuen Ländern mit 5,15 Euro/Quadratmeter um 12 % unter dem westdeutschen Vergleichswert (Tab. 3). Pro Wohnung betrug die Differenz sogar 22 %: rund 320 Euro im Vergleich zu rund 410 Euro. Dieser weiterhin beträchtliche Abstand folgt daraus, dass die Wohnungen in Ostdeutschland mit durchschnittlich 63 Quadratmetern Wohnfläche um 10 Quadratmeter kleiner waren als in Westdeutschland. Die durchschnittliche Wohnfläche der Haushalte in Westdeutschland hat sich seit 1994 nur geringfügig erhöht, nämlich um einen auf 73 Quadratmeter (2000). In Ostdeutschland ist sie dagegen deutlich gestiegen, von 59 auf 63 Quadratmeter.

Die Angleichung der Mieten war dort am weitesten fortgeschritten, wo auch die Wohnungsqualität in Ostdeutschland etwa dem Westniveau entsprach. Das gilt für die meisten Neubauten, die nach 1991 entstanden sind; hier lagen die pro Quadratmeter gezahlten Mieten 2000 etwa gleich hoch wie in Westdeutschland. Dabei spielte auch eine Rolle, dass für die nach 1990 gebauten Wohnungen in Ostdeutschland von Anfang an Marktmieten galten. Große Mietunterschiede bestehen weiterhin bei den Mehrfamilien-Wohnhäusern, insbesondere, wenn es sich um die in Ostdeutschland industriell gefertigten Betonplattenbauten mit neun und mehr Wohnungen handelt. Vollständige Sanitärausstattung sowie ein modernes Heizsystem sind in Ostdeutschland noch nicht überall selbstverständlich. Solche Wohnungsmängel führen zu Mietabschlägen gegenüber dem Durchschnitt von reichlich einem Viertel. In Westdeutschland hat die Spreizung der Mieten zwischen den kleinen Gemeinden und den Großstädten weiter deutlich zugenommen. In Ostdeutschland zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung erst in jüngster Zeit ab.

Die Wohnungsmieten in Gebäuden mit privaten Eigentümern haben sich, nicht zuletzt begünstigt durch die steuerlich kurzfristig absetzbaren Investitionsausgaben, zwischen West- und Ostdeutschland weitgehend angenähert. Das durchschnittliche Mietenniveau in Ostdeutschland erreichte hier im Jahr 2000 rund 94 % des Wertes in den alten Bundesländern. Bei den Gebäuden in kommunalem Besitz waren die Mietunterschiede noch etwas höher.

Weitere Informationen zum Thema Wohnungsmieten siehe Teil I, Kap. 5.4.

9.3 Mietbelastung und Wohngeldbezug

Seit Einführung der Grundmietenverordnungen in Ostdeutschland und damit der Möglichkeit zu Mieterhöhungen im Rahmen der Sanierung bzw. Modernisierung

Tab. 3: Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland 1994 und 2000

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Brutto-Kaltmiete in EUR/qm ²		Index ³		Brutto-Kaltmiete in EUR/qm ²		Index ³	
	1994	2000	1994	2000	1994	2000	1994	2000
Insgesamt	4,91	5,83	100	100	3,56	5,15	100	100
Gebäudezustand ¹								
Gut	5,05	6,01	103	103	3,93	5,74	110	111
Teilweise renovierungsbedürftig	4,71	5,60	96	96	3,57	4,60	100	89
Ganz renovierungsbedürftig	4,61	5,39	94	92	3,13	3,98	88	77
Baujahr								
Vor 1949	4,41	5,26	90	90	3,31	4,71	93	91
1949 bis 1971	4,78	5,79	97	99	3,70	5,14	104	100
1972 bis 1980	5,54	6,23	113	108	3,83	5,18	108	101
1981 bis 1990 (für 1994: ab 1981)	6,24	6,40	127	110	3,73	4,78	105	93
1991 und später	–	6,81	–	117	–	6,73	–	131
Wohndauer								
Bis unter 5 Jahre	5,46	6,20	111	106	3,59	5,47	101	106
5 bis unter 12 Jahre	4,79	5,62	98	96	3,64	5,10	102	99
12 und mehr Jahre	4,46	5,44	91	93	3,48	4,77	98	93
Gemeindegröße								
Bis unter 20 000 Einw.	4,66	5,18	95	89	3,72	4,97	104	97
20 000 bis unter 100 000 Einw.	4,61	5,71	94	98	3,51	5,05	99	98
100 000 bis unter 500 000 Einw.	4,86	5,69	99	97	3,48	5,32	98	103
500 000 Einwohner und mehr	5,33	6,56	109	113	3,47	5,41	97	105
Gebäudetyp								
Ein-/Zweifamilienhaus frei stehend	4,27	5,07	87	87	4,25	4,87	119	95
Ein-/Zweifamilien-Reihenhaus	4,33	5,30	88	91	3,28	5,17	92	100
Wohnhaus mit 3 bis 4 Wohnungen	4,71	5,60	96	96	3,47	4,16	98	81
Wohnhaus mit 5 bis 8 Wohnungen	4,95	5,88	101	101	3,43	5,08	96	99
Wohnhaus mit 9 u. m. Wohnungen	5,48	6,45	112	111	3,59	5,27	101	103
Hochhaus	5,79	6,13	118	105	3,89	5,52	109	108
Vollständige Sanitärausstattung (Innen-Bad und WC)								
Ja	4,95	5,84	101	100	3,64	5,21	102	101
Nein	3,80	(5,15)	78	(88)	3,15	(3,66)	89	(71)
Ausstattung mit modernem Heizsystem								
Ja	5,09	5,91	104	101	3,79	5,34	106	104
Nein	3,74	4,81	76	82	3,29	3,97	92	77
Eigentümer der Wohnung								
Kommunale Wohnung	4,56	5,46	93	94	3,52	4,93	99	96
Genossenschaftliche Wohnung	4,67	5,45	95	93	3,52	4,92	99	96
Betriebs-, Werkswohnung	4,29	5,13	87	88	3,13	(3,78)	88	(74)
Privater Eigentümer	5,06	5,92	103	102	3,64	5,56	102	108
<i>Nachrichtlich:</i>								
Bruttokaltmiete in EUR/Wohnung	339	413	–	–	198	323	–	–
Wohnfläche in qm	72	73	–	–	59	63	–	–

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

2 Alle Mietangaben wurden ursprünglich in DM erhoben. Entsprechend wurden alle hier ausgewiesenen Berechnungen auf der Basis von DM durchgeführt und nachträglich in Euro umgerechnet.

3 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro Quadratmeter = 100.

Datenbasis: SOEP 1994 und 2000.

von Altbauten sind die durchschnittlichen Quadratmeter-Mieten in vor 1949 errichteten Gebäuden bereits bis auf knapp 90 % des Westniveaus gestiegen. Gleichzeitig hat die durchschnittliche Wohnfläche je Mietwohnung zugenommen, sodass es in den neuen Ländern – trotz kräftiger Einkommenssteigerungen – zu einer stetigen Erhöhung der Mietbelastung kam. Der Teil des Haushaltseinkommens, der für die Bruttokaltmiete aufzubringen war, lag im Jahr 2000 mit 24 % nur noch eineinhalb Prozentpunkte unter dem westdeutschen Wert; die Mietbelastung erreichte damit etwa das Niveau der alten Länder von 1994 (vgl. Tab. 4).

Weitergehende Sozialstrukturanalysen zeigen in West wie Ost ausgeprägte Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Elternpaare mit minder-

Tab. 4: Mietbelastung und Wohngeldbezug von Hauptmietern
1994/95 und 2000

Haushaltsmerkmal	Mietbelastungsquote in % des Haushaltsnettoeinkommens				Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld in % aller Haushalte ¹			
	West- deutschland		Ost- deutschland		West- deutschland		Ost- deutschland	
	1994	2000	1994	2000	1995	2000	1995	2000
Insgesamt	23,7	25,4	17,3	24,0	7,6	5,3	14,4	9,6
Ausgewählte Haushaltstypen								
Alleinlebende	26,9	28,8	22,3	27,8	5,9	5,3	24,3	10,1
Paare mit Kindern bis 16 Jahre	20,4	22,2	13,5	22,4	10,5	9,5	11,0	10,8
Alleinerziehende	29,6	28,4	23,1	26,5	33,2	14,1	26,9	33,7
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	23,4	24,8	16,2	23,8	7,9	5,6	14,4	13,9
41 bis 65 Jahre	22,2	24,4	17,1	22,9	7,9	3,9	14,9	8,6
66 Jahre und älter	26,7	28,7	19,8	25,7	6,7	6,9	13,5	5,6
Einkommensquintil ²								
Unterstes Quintil	34,2	35,0	28,6	35,8	30,5	19,1	44,3	32,8
Zweites Quintil	24,0	26,1	18,7	25,1	3,5	4,5	19,8	9,7
Mittleres Quintil	21,2	23,2	15,9	21,1	1,3	0,3	2,6	0,7
Viertes Quintil	19,1	21,0	12,7	20,6	0,0	0,0	1,5	0,1
Oberstes Quintil	16,6	18,3	9,9	15,7	0,3	0,0	0,4	0,6
Haushalte mit Arbeitslosen	28,2	30,7	19,1	27,1	21,9	17,7	27,5	19,3
Haushalte im sozialen Wohnungsbau	23,8	25,6	(15,9)	23,5	18,1	11,7	18,7	14,9
Haushalte mit Bezug von Wohngeld im Befragungsmonat	–	36,9	–	36,3	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i> Wohngeldbezieher nach Abzug des Wohngeldes vom Haushaltseinkommen	–	48,0	–	42,6	–	–	–	–

1 Der langjährige Vergleich erfolgt hier für 1995 und 2000, da Wohngeldbezug im Befragungsmonat im SOEP erstmals 1995 erhoben wurde.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1995 und 2000.

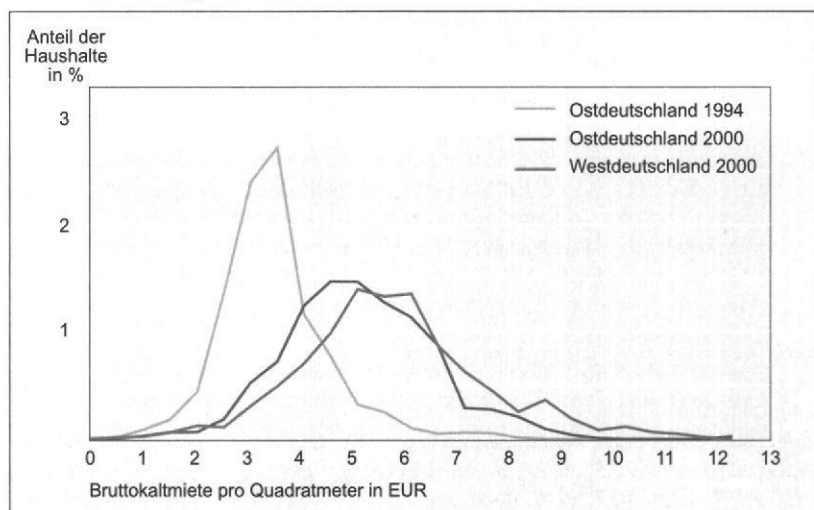
jährigen Kindern in West- wie in Ostdeutschland haben unterdurchschnittliche Belastungsquoten, dagegen zahlen Alleinlebende sowie alleinerziehende Eltern – oft trotz Inanspruchnahme von Wohngeld – in den alten und neuen Ländern zwischen 26 % und 29 % ihres Einkommens für die Miete inklusive »kalter« Betriebskosten. Die Mietbelastung war im Jahr 2000 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland bei Haushalten im obersten Einkommensquintil weniger als halb so hoch wie im untersten Quintil. Einkommensschwachen Haushalten wird Wohngeld gewährt, damit diese die Kosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Dennoch wiesen Haushalte mit Wohngeldbezug im Jahr 2000 in West- und Ostdeutschland Mietbelastungsquoten auf, die mit reichlich 36 % weit über dem jeweiligen Durchschnitt aller Haushalte lagen. Ohne Wohngeld wären die entsprechenden Belastungen jedoch um 6 (Ost) und 11 Prozentpunkte (West) höher ausgefallen.

Der Anteil der Haushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten ist im Rahmen der allgemeinen Verschlechterung der Zugangsbestimmungen – diese ergab sich insbesondere aus der Nicht-Anpassung der Miethöchstbeträge – in Westdeutschland von knapp 8 % (1995) auf rund 5 % (2000) zurückgegangen; in Ostdeutschland waren es reichlich 14 % und knapp 10 %. In Westdeutschland war der Anteil der Hauptmieterhaushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten von 1995 bis 2000 über das gesamte Einkommensspektrum rückläufig. In Ostdeutschland war diese Entwicklung nicht so eindeutig. Insgesamt weisen sozial schwächere Haushalte mit Arbeitslosen sowie Sozialhilfeempfängern trotz der vielfachen Inanspruchnahme von Wohngeld weit überdurchschnittliche Mietbelastungsquoten auf.

Die Mieten sind in Ostdeutschland bis zum Jahr 1999 stärker gestiegen als in Westdeutschland und haben sich dabei auch weiter der Verteilung in den alten Bundesländern angeglichen. Die aus Abbildung 2 ersichtliche Abflachung der Verteilungskurve für Ostdeutschland für die Jahre 1994 und 2000 illustriert, dass die Spreizung der Mieten im Laufe der letzten Jahre generell größer geworden ist; sie hat aber bis 2000 noch nicht das Ausmaß wie in den alten Bundesländern erreicht. Während in Westdeutschland nur reichlich ein Fünftel aller Hauptmieterhaushalte unter 4,50 Euro, dagegen ein weiteres Fünftel über 7 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche zahlt, liegen die entsprechenden Werte in Ostdeutschland noch bei rund einem Drittel bzw. 10 %.

Die Zunahme an Ungleichheit wird aber auch von nicht primär der Wohnung zuzurechnenden Faktoren bestimmt, z. B. der Wohnlage oder dem Wohnumfeld. Damit werden Aussagen über die weitere Entwicklung der Mieten generell schwierig. Erst wenn Wohnraum wieder knapp wird, wie dies zum Beispiel schon für einige Ballungsgebiete gilt, ist im betreffenden Marktsegment mit neuerlichen Mietsteigerungen zu rechnen. Bei den »kalten« Betriebskosten, also hauptsächlich den kommunalen Gebühren für Wasser, Abwasser, Müllentsorgung etc. sind nach den kräftigen Erhöhungen in den vorangegangenen Jahren keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten. Bei der Verwendung von Energie bestehen in privaten Haushalten jedoch erhebliche Einsparpotenziale.

Abb. 2: Verteilung der Bruttokaltmiete 1994 und 2000



Datenbasis: SOEP 1994, 2000.

Die Einschätzung der Miete als »günstig«, »angemessen« oder »zu hoch« wird weitgehend bestimmt durch die Relation zwischen Miete und Haushaltsnettoeinkommen. Hauptmieterhaushalte in Ostdeutschland, die ihre Miete im Jahr 2000

Tab. 5: Einschätzung der Miete durch Hauptmieter 1994 – 2000

	1994		2000	
	West	Ost	West	Ost
	in %			
Einschätzung der Miete als ...				
Sehr günstig	12,3	2,4	8,3	6,0
Günstig	30,4	13,7	25,3	22,4
Angemessen	42,1	50,7	44,1	42,6
Zu hoch	11,3	27,4	19,7	26,6
Viel zu hoch	3,9	5,8	2,6	2,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
	Brutto-Kaltmiete in % des Haushaltsnettoeinkommens			
Einschätzung der Miete als ...				
Sehr günstig	18,1	10,4	18,9	16,9
Günstig	21,6	14,1	22,5	21,1
Angemessen	24,8	17,1	26,3	24,2
Zu hoch	29,1	18,8	29,0	26,8
Viel zu hoch	29,4	23,7	31,6	32,1
Insgesamt	23,7	17,3	25,4	24,0

Datenbasis: SOEP 1994 und 2000.

als »angemessen« bewerteten, wiesen im Durchschnitt eine Mietbelastungsquote von 24 % auf; im Jahr 1994 waren dies noch 17 % (vgl. Tab. 5). Offenbar hat hier eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes und die Mietenentwicklung stattgefunden und die Ausgaben für Wohnen haben einen höheren Stellenwert bei der Einkommensverwendung erhalten. Im Zeitraum von 1994 bis 2000 ist der Anteil der ostdeutschen Haushalte, die ihre Miete als »günstig« einstufen, von 16 % auf 28 % gestiegen. Hingegen ist in Westdeutschland dieser Anteil von 43 % auf lediglich ein Drittel gesunken. Haushalte, die hier ihre Miete als »angemessen« bezeichneten, zahlten rund 26 % ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete und damit etwa so viel wie im Jahr 1994.

9.4 Wohnzufriedenheit

Dem Indikator »Wohnzufriedenheit« kommt bei der Gesamtbeurteilung der Wohnsituation große Bedeutung zu. Die Wohnzufriedenheit in Abhängigkeit vom Zustand des Gebäudes hat sich in Westdeutschland bei Eigentümern und Mietern von 1994 bis 2000 kaum verändert (vgl. Tab. 6). Insgesamt war sie mit 8,4 Punkten (gemessen auf einer 11stufigen Zufriedenheitsskala) bei den selbst nutzenden Eigentümern am höchsten; bei den Mietern betrug sie lediglich 7,1 Punkte (2000). In Ostdeutschland hat sich die Wohnzufriedenheit von 1994 bis 2000 bei den Eigentümern nicht und bei den Mietern deutlich verbessert. Dieses ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich der Anteil der durch Modernisierungsarbeiten in ihrer Qualität erheblich verbesserten Gebäude stark erhöht hat.

Die Zufriedenheit mit der Wohngegend fällt bei Eigentümern in West- und Ostdeutschland etwas geringer aus als die Zufriedenheit mit der Wohnung; sie liegt

Tab. 6: Zufriedenheit mit ausgewählten Bereichen¹
in West- und Ostdeutschland nach Eigentumsstatus

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Selbst nutzende Eigentümer		Hauptmieter		Selbst nutzende Eigentümer		Hauptmieter	
	1994	2000	1994	2000	1994	2000	1994	2000
Zufriedenheit mit ...								
Wohnung	8,4	8,4	7,2	7,1	8,0	8,0	6,4	6,9
Wohngegend ²	8,2	8,0	7,2	7,3	7,5	7,7	6,5	7,2
Zustand der Umwelt in der Region	7,0	6,9	6,4	6,5	5,9	6,4	5,2	6,1
Angebot an Waren und Dienstleistungen am Ort	6,9	6,5	7,1	7,1	5,5	5,3	6,2	6,8

¹ Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

² Information der Jahre 1994 und 1999.

Datenbasis: SOEP 1994 und 2000.

Tab. 7: Einschätzung des Wohnumfeldes durch private Haushalte 1999

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Eigen-tümer	Haupt-mieter	Ins-gesamt	Eigen-tümer	Haupt-mieter	Ins-gesamt
Beeinträchtigung durch ...						
Lärm						
Gar nicht	43,3	31,2	36,2	28,2	22,3	24,1
Gering	38,9	40,9	40,3	49,3	49,4	49,4
Gerade erträglich	13,2	18,7	16,3	13,5	18,9	17,2
(Sehr) stark	4,5	9,3	7,2	9,0	9,4	9,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Luftverschmutzung						
Gar nicht	43,7	33,5	37,7	31,5	27,2	28,6
Gering	41,6	39,3	40,2	48,9	46,6	47,2
Gerade erträglich	10,3	19,2	15,6	11,8	19,1	17,0
(Sehr) stark	4,4	8,9	6,5	7,9	7,1	7,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: SOEP 1999.

jedoch erwartungsgemäß deutlich über jener von Mietern. Den Zustand der Umwelt in der Region bewerten die ostdeutschen Haushalte von Eigentümern und Mietern generell niedriger als westdeutsche Haushalte. Insgesamt hat sich in Ostdeutschland die Zufriedenheit mit der Wohngegend und der Umwelt seit 1994 deutlich verbessert. Bei den hier nach wie vor bestehenden Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland spielt hauptsächlich die Beeinträchtigung des Wohnumfeldes durch Lärm und Luftverschmutzung eine Rolle. Obwohl die Sensibilität für diese Art der Nachteile an Wohnqualität zugenommen hat, ist es erstaunlich, dass sich das Gros der Haushalte in West- und Ostdeutschland nur »gering« bzw. »gar nicht« beeinträchtigt fühlt (vgl. Tab. 7). Die Beeinträchtigung durch Lärm und Luftverschmutzung wird von den Eigentümer-Haushalten generell als deutlich geringer eingeschätzt als von den Mietern. Dabei spielt eine Rolle, dass die Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern überwiegend in ruhigen Wohnlagen oder kleineren Gemeinden leben. Das Maß an Belästigung ist allerdings sehr ungleich verteilt. Bemerkenswert ist der mit knapp 10 % hohe Anteil der Haushalte unter den Mietern in West- und Ostdeutschland sowie den Eigentümern in Ostdeutschland, die sich »stark« oder sogar »sehr stark« durch Lärm belästigt fühlen. Eine vertiefte Untersuchung hat gezeigt, dass es sich dabei häufig um einkommensschwache Haushalte mit entsprechend niedrigen Mieten handelt.

(Joachim Frick/Herbert Lahmann)

10 Umwelt

Die Beeinträchtigung der Umwelt und der Verbrauch an natürlichen Ressourcen durch Wirtschaft und Lebensweise der Menschen hat in der öffentlichen Diskussion in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend Beachtung gefunden und zu einem erhöhten Problembewusstsein in der Bevölkerung geführt. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass Lebensqualität und Lebensgrundlagen nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der zukünftigen Generationen gefährdet sind, wenn Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch nicht erheblich vermindert werden. In gleichem Maße erhöhte sich der Druck auf politische Entscheidungsträger und Wirtschaftsunternehmen, durch entsprechende Maßnahmen die verschiedenen Umweltprobleme anzugehen, was auch erfolgte. So wurden zahlreiche Verordnungen zum Schutz der Umwelt insbesondere in den 90er-Jahren erlassen, und durch technische Fortschritte konnten umweltfreundlichere Produkte und Produktionsverfahren erzielt werden. Diese Maßnahmen haben in mehreren Bereichen zu deutlichen Verbesserungen der Umweltqualität geführt, so z. B. zu einem Rückgang der Emissionen von Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxid und Staub, zu einer Verbesserung der Wasserqualität, zu einer Verminderung des Energieverbrauchs der Wirtschaft und einer Zunahme der Rohstoffproduktivität. Dabei hat sich insbesondere auch die Situation in den neuen Bundesländern verbessert.

Es stellt sich die Frage, wie sich vor dem Hintergrund dieser Erfolge beim Schutz und beim Zustand der Umwelt subjektive Wahrnehmungen und Beurteilungen der Umweltproblematik in der Bevölkerung verändert haben. Diese Frage ist von nicht unerheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Zustands der Umwelt, denn neben Politikern und Unternehmern kann jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin durch entsprechende Lebensstile und Verhaltensweisen zum Schutz der Umwelt beitragen, was jedoch ein entsprechendes Problembewusstsein voraussetzt.

Im Folgenden wird daher zunächst untersucht, wie sich wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen im Einzelnen sowie Bewertungen des Zustandes und des Schutzes der Umwelt insgesamt im Verlauf der 90er-Jahre in West- und Ostdeutschland entwickelt haben. Darüber hinaus werden Veränderungen in umweltrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen analysiert. Die zentrale Fragestellung bei allen Analysen ist, wie das gegenwärtige Problembewusstsein für Umweltbelange und die Bereitschaft der Bürger, persönlich dafür einzutreten, einzuschätzen ist.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe Teil I, Kap. 19.

10.1 Wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen

Für eine Reihe konkreter Umweltprobleme kann untersucht werden, inwieweit sich die Bürger persönlich beeinträchtigt fühlen bzw. inwieweit sie die Umwelt überhaupt gefährdet sehen. Es zeigt sich, dass zwischen 1994 und 1999 persönliche Beeinträchtigungen durch Luftverschmutzung, Lärm und Mangel an Grünflächen in der Wohngegend vor allem in Ostdeutschland seltener geworden sind, aber auch in Westdeutschland lassen sich Verbesserungen feststellen (vgl. Tab. 1). So ist in Ostdeutschland der Anteil der Personen, die eine starke oder sehr starke Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung am Wohnort angeben, von 18 % im Jahr 1994 auf 8 % im Jahr 1999 gesunken und liegt damit auf ähnlich niedrigem Niveau wie in Westdeutschland. Auch im Hinblick auf Lärmbelästigungen und den Zugang zu Grünflächen stellt sich die Situation in Ostdeutschland 1999 erheblich günstiger dar als 1994 und nur wenig ungünstiger als in Westdeutschland. Nach wie vor lassen sich für beide Regionen in den kleineren Gemeinden geringere Beeinträchtigungen als in den Großstädten feststellen.

Die allgemeine Gefährdung der Umwelt durch verschiedene Umweltprobleme wird zum Teil ebenfalls geringer eingeschätzt als noch vor einigen Jahren (vgl. Abb. 1). Die Luftverschmutzung durch Autos wird im Jahr 2000 für weniger gefährlich als 1993 gehalten, ein Ergebnis, das der Entwicklung hin zu emissionsärmeren Kraftfahrzeugen gut entspricht. Auch hier sind die Verbesserungen im Osten besonders groß, wo nun, im Jahr 2000, eine geringere Umweltgefährdung durch Autos wahrgenommen wird als im Westen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Osten einerseits die Fortschritte im Hinblick auf die Umweltfreundlichkeit der Personen-

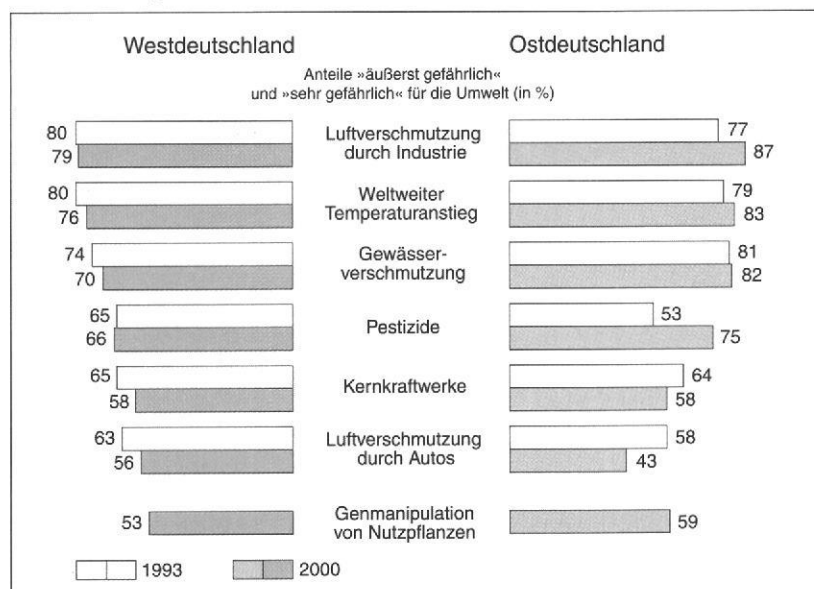
Tab. 1: Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme am Wohnort in West- und Ostdeutschland

	Anteil mit »sehr starker« und »starker« Beeinträchtigung ¹ durch ...					
	Lärmbelästigung		Luftverschmutzung		Mangel an Grünflächen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Insgesamt						
1994	10	17	9	18	3	10
1999	7	10	6	8	3	4
Ortsgröße, 1999						
bis 2 000 Einwohner	1	8	1	7	0	0
2 000 bis < 20 000	6	9	4	9	1	2
20 000 bis < 100 000	7	11	5	5	3	5
100 000 bis < 500 000	7	11	8	8	4	4
500 000 und mehr	11	17	11	16	6	15

1 Beantworter/innen des Haushaltsfragebogens; übrige Antwortkategorien »gerade erträglich«, »gering«, »gar nicht«.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999.

Abb. 1: Wahrgenommene Umweltgefährdungen



Datenbasis: ISSP 1993, 2000.

wagen zwar erheblich waren, aber andererseits auch der Bestand stark zugenommen hat und kaum noch hinter Westdeutschland zurückbleibt. In den neuen wie den alten Ländern hat sich darüber hinaus die wahrgenommene Gefahr durch Kernkraftwerke gegenüber 1993 verringert, was mit dem inzwischen eingeleiteten Ausstieg aus der Atomenergie zusammenhängen könnte. Trotzdem hält auch im Jahr 2000 noch weitaus mehr als die Hälfte der Bevölkerung Kernkraftwerke für »äußerst« oder »sehr gefährlich« für die Umwelt.

Bei allen anderen Umweltproblemen können nur geringfügige oder gar keine Verminderungen des wahrgenommenen Gefahrenpotenzials festgestellt werden und aus der Sicht der ostdeutschen Bevölkerung haben sich einige Probleme sogar verschärft, wie z. B. der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Chemikalien in der Landwirtschaft und die Luftverschmutzung durch die Industrie. Ostdeutsche halten 2000 nicht nur diese, sondern auch alle anderen Umweltprobleme mit Ausnahme der Gefährdung durch Autos und Kernkraftwerke für gravierender als Westdeutsche. Übereinstimmend werden aber die Luftverschmutzung durch die Industrie, der weltweite Temperaturanstieg und die Verschmutzung von Bächen, Flüssen und Seen am häufigsten als schwerwiegende Umweltprobleme empfunden.

Weitere Informationen zum Thema Wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen siehe Teil I, Kap. 19.2 und 19.3.

10.2 Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt

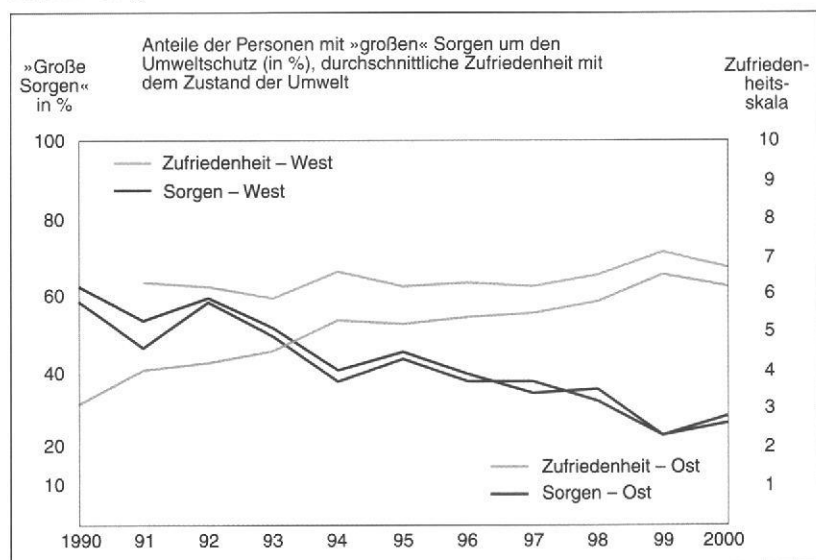
Die vorhergehende Darstellung zeigt, dass die verschiedenen Umweltprobleme von der Bevölkerung sehr differenziert beurteilt und sowohl positive als auch negative Veränderungen wahrgenommen werden. Es stellt sich die Frage, wie eine eher zusammenfassende Bewertung der Umweltproblematik ausfällt. Dazu können zwei Indikatoren betrachtet werden: die Zufriedenheit mit dem »Zustand der Umwelt hier in der Region« und die Sorgen um den Schutz der Umwelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass beide Bewertungen zum einen durch die objektiv vorhandenen Umweltbelastungen beeinflusst werden und der letztere Indikator darüber hinaus auch von den wahrgenommenen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Zum anderen sind derartige Bewertungen – vermutlich in noch stärkerem Maße als die Beurteilung einzelner, konkreter Umweltprobleme – aber auch davon abhängig, welchen Stellenwert der Umwelt beigemessen wird, welches Problembewusstsein in der Bevölkerung vorhanden ist.

Die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in der Region hat sich in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1999 nahezu kontinuierlich von einem durchschnittlichen Skalenwert von 3,1 auf einen Wert von 6,5 verbessert, und der Anteil der eher Zufriedenen stieg von 18 % auf 72 % (vgl. Abb. 2). Zwischen 1999 und 2000 sank die Zufriedenheit aber wieder auf einen Durchschnittswert von 6,2. Trotz des enormen Anstiegs des Zufriedenheitsniveaus bis 1999 waren Ostdeutsche im gesamten Zeitraum unzufriedener mit dem Umweltzustand in ihrer Region als Westdeutsche. Auch in Westdeutschland hat die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand bis 1999 zugenommen, allerdings erst in den letzten zwei Jahren davor. Zuvor war das Zufriedenheitsniveau – von kurzfristigen Schwankungen in den Jahren 1993 und 1994 abgesehen – relativ stabil. Zwischen 1999 und 2000 lässt sich nun wie im Osten ein deutlicher Rückgang der Zufriedenheit von einem Durchschnittswert von 7,1 auf 6,7 feststellen.

Der Anstieg der Zufriedenheit bis 1999 war begleitet von einem Rückgang des Anteils der Bevölkerung, der sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt machte. Dieser Anteil fiel von einem Maximum von 62 % (West) bzw. 58 % (Ost) im Jahr 1990 auf ein Minimum von jeweils 23 % im Jahr 1999. Die Besorgnis um den Umweltschutz verminderte sich keineswegs kontinuierlich, sondern war von Schwankungen unterbrochen, wobei die Entwicklungen im Westen und Osten weitgehend parallel verliefen. Ein erster starker Rückgang der Sorgen um den Umweltschutz kann zwischen 1990 und 1991 konstatiert werden. Möglicherweise haben in dieser Zeit Sorgen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die Umweltproblematik in den Hintergrund gedrängt. Bis 1992, dem Zeitpunkt des Umweltgipfels in Rio, stieg der Anteil der Bevölkerung, der große Sorgen äußerte, wieder erheblich an, ohne jedoch die hohen Ausgangswerte von 1990 zu erreichen. Bis 1994 folgte eine weitere erhebliche Abschwächung der Besorgnis um den Umweltschutz und eine erneute leichte Zunahme bis 1995, die mit der zum Zeit-

punkt der Befragung im Frühjahr stattfindenden Weltklimakonferenz in Berlin und der damit verbundenen verstärkten Thematisierung des Problems der Treibhausgase zusammenhängen könnte. Von 1995 bis 1999 kann eine nahezu kontinuierliche Verringerung des Bevölkerungsanteils mit großen Sorgen um den Schutz der Umwelt festgestellt werden. Zwischen 1999 und 2000 lässt sich nun im Westen wie im Osten, entsprechend dem Trend bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand, ein erneuter Anstieg des Bevölkerungsanteils mit großen Sorgen um den Umweltschutz feststellen. Dennoch markiert das Jahr 2000 in beiden Landesteilen in Bezug auf beide Indikatoren das Jahr mit der zweitgünstigsten subjektiven Wahrnehmung der Umweltsituation in der gesamten Dekade, nachdem im Jahr 1999 Spitzenwerte erreicht worden waren.

Abb. 2: Sorgen um den Umweltschutz und die Umweltzufriedenheit



Datenbasis: SOEP 1990–2000.

Die Zunahme der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und die Abnahme der Sorgen um den Umweltschutz bis 1999 korrespondieren zum einen mit den einleitend bereits genannten objektiven Verminderungen von Umweltbelastungen und einer Steigerung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in den 90er-Jahren. Die Abhängigkeit der Bewertungen von Umweltzustand und Umweltschutz von der objektiven Umweltsituation lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht direkt aufzeigen, aber es können zumindest einige weitere Befunde angeführt werden, die einen solchen Zusammenhang nahe legen. So kann man feststellen, dass die Unzufriedenheit mit dem Umweltzustand und das Ausmaß an Sorgen um den

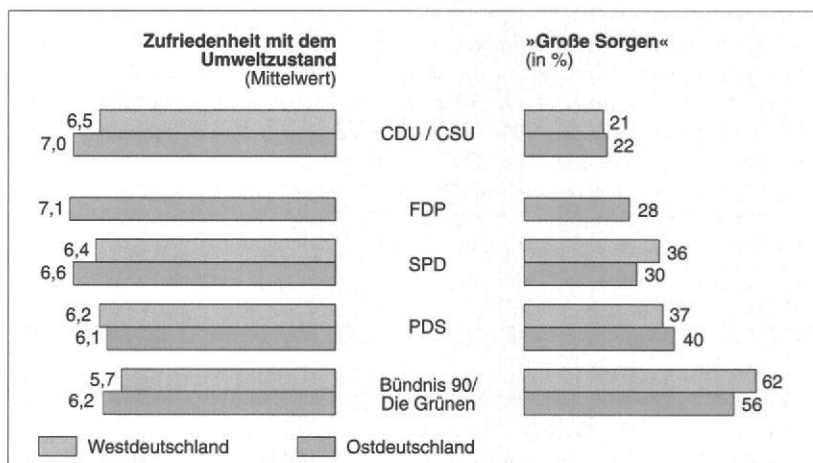
Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Umweltschutz in Abhängigkeit von Merkmalen der Wohngegend 1999

	Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ¹						»Große Sorgen« um Umwelt- schutz	
	Mittelwert		Eher zufrieden		Eher unzufried.			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	7,1	6,5	79	72	9	14	23	23
Beeinträchtigung durch Lärm								
Sehr stark/stark	5,4	5,5	47	47	32	29	22	22
Gering/gar nicht	7,3	6,9	84	78	6	9	31	38
Luftverschmutzung								
Sehr stark/stark	4,8	5	36	41	42	40	22	21
Gering/gar nicht	7,4	7	85	80	5	8	40	55
Mangel an Grünflächen								
Sehr stark/stark	4,5	4,5	33	17	50	40	24	24
Gering/gar nicht	7,2	6,8	81	77	7	10	35	24
Ortsgröße								
bis 2 000 Einwohner	7,8	6,9	90	78	5	9	21	17
2 000 bis < 20 000	7,4	6,8	84	77	6	10	22	25
20 000 bis < 100 000	7,1	6,2	82	66	9	16	22	22
100 000 bis < 500 000	6,6	6,3	73	67	12	17	24	23
500 000 und mehr	6,5	5,7	68	53	16	27	25	33

1 Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden; eher zufrieden = 6 – 10, eher unzufrieden = 0 – 4.

Datenbasis: SOEP 1999.

Abb. 3: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und Sorgen um den Umweltschutz nach Parteipräferenz



Datenbasis: SOEP 2000.

Umweltschutz bei Personen, die starke Beeinträchtigungen durch Lärm, Luftverschmutzung und einen Mangel an Grünflächen in der Wohngegend angeben, höher ist als bei Personen mit nur geringen Beeinträchtigungen (vgl. Tab. 2). Darüber hinaus variiert die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand mit der Größe des Wohnortes. In den großen Städten, die eine vergleichsweise hohe Umweltbelastung aufweisen, ist die Zufriedenheit erheblich geringer als in den kleineren Gemeinden.

In der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und den Sorgen um den Umweltschutz spiegelt sich zum anderen aber auch das Problembewusstsein in der Bevölkerung wider. Dies wird durch eine Betrachtung der Zusammenhänge mit der Parteiidentifikation deutlich: Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen äußern im Westen wie im Osten Deutschlands häufiger große Sorgen um den Schutz der Umwelt und eine geringere Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt als beispielsweise Sympathisanten von CDU/CSU (vgl. Abb. 3). So stellt sich die Frage, ob die vergleichsweise positiven Bewertungen von Umweltzustand und Umweltschutz am Ende der 90er-Jahre nicht doch auch auf ein gesunkenes Problembewusstsein in der Bevölkerung hindeuten.

Weitere Informationen zum Thema Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt siehe Teil I, Kap. 19.3.

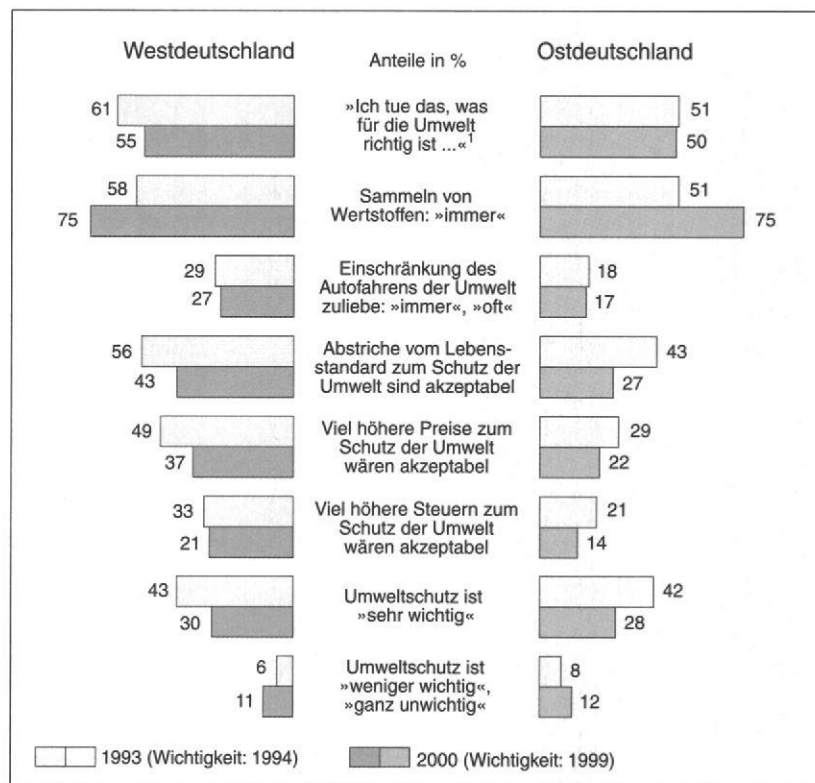
10.3 Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

Weitere Hinweise zu dieser Frage erhält man durch die Analyse von Indikatoren, die die Bereitschaft der Bürger, persönlich zum Schutz der Umwelt beizutragen, und den Stellenwert, den sie dem Umweltschutz zumessen, erfassen. Hier zeigt sich zunächst, dass nach wie vor die Mehrheit der Bürger im Jahr 2000 vorgibt, sich umweltgerecht zu verhalten, selbst wenn dies mit einem höheren Aufwand an Geld oder Zeit verbunden ist (vgl. Abb. 4). Gegenüber 1993 hat sich der Anteil der Bevölkerung, der auf einer derart allgemeinen und unverbindlichen Ebene Umweltbewusstsein demonstriert, nur wenig verringert und liegt im Westen noch immer etwas höher als im Osten. Auch wenn man nach konkreten Beiträgen zum Umweltschutz wie die Beteiligung an der Sammlung von Wertstoffen fragt, findet man ganz überwiegend ein positives Verhalten in der Bevölkerung. So gaben drei Viertel der Bürger im Jahr 2000 an, immer ihren Müll zu trennen, während es 1993 erst 58 % im Westen und 51 % im Osten waren.

Das Bild ändert sich jedoch, wenn man den Blick auf materielle Opfer und Einschränkungen richtet, die man für die Umwelt hinzunehmen bereit ist. In Westdeutschland fänden es 43 % für sich persönlich akzeptabel, Abstriche von ihrem Lebensstandard zum Schutz der Umwelt zu machen, in Ostdeutschland liegt der

entsprechende Anteil mit 27 % noch viel niedriger. Damit ist die Bereitschaft zu Entbehrungen in den neuen wie den alten Ländern gegenüber 1993 erheblich gesunken. Und obwohl nach wie vor die Mehrheit der Deutschen die Luftverschmutzung durch Autos als äußerst oder sehr gefährlich für die Umwelt betrachtet, gibt nur einer Minderheit von 27 % der Autofahrer im Westen und 17 % im

Abb. 4: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen



1 »Ich tue das, was für die Umwelt richtig ist, auch wenn mich das Geld oder Zeit kostet«; Anteile »stimme stark zu« und »stimme eher zu«.

Datenbasis: ISSP 1993, 2000; SOEP 1994, 1999.

Osten an, das Autofahren der Umwelt zuliebe »immer« oder zumindest »oft« einzuschränken. Auch die Akzeptanz höherer Preise und höherer Steuern zum Schutz der Umwelt ist ein Jahr nach Einführung der Ökosteuer und nach In-Kraft-Treten der zweiten Stufe von Steuererhöhungen gering und im Vergleich zu 1993 erheblich zurückgegangen. Im Jahr 2000 würden nur etwas mehr als ein Drittel der Westdeutschen und ein Fünftel der Ostdeutschen höhere Preise billigen und die

Zustimmung zu höheren Steuern fällt noch geringer aus. Nur 21 % der Bürger in den alten und 14 % der Bürger in den neuen Bundesländern sind bereit, noch höhere Steuern zu bezahlen. Im Jahr 1993 standen noch ein Drittel bzw. ein Fünftel der Bürger Steuererhöhungen positiv gegenüber.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, bei den meisten Bürgern dort aufhört, wo er mit finanziellen Belastungen und Einschränkungen des Lebensstandards verbunden ist. Die Bereitschaft zu materiellen Opfern ist zwischen 1993 und 2000 zudem erheblich gesunken. Für sich genommen mag dieses Ergebnis zwar kein ausreichendes Indiz für ein abnehmendes Problembewusstsein in der Bevölkerung sein, doch ein weiterer Befund legt die Schlussfolgerung eines sinkenden Stellenwerts von Umweltbelangen am Ende der 90er-Jahre nahe: Der Anteil der Bevölkerung, der Umweltschutz als sehr wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Zufriedenheit bezeichnet, ist in den alten Bundesländern von 43 % im Jahr 1994 auf 34 % 1998 und 30 % 1999 zurückgegangen. In den neuen Bundesländern fiel dieser Anteil von 63 % im Jahr 1990 auf 42 % im Jahr 1994 und 28 % im Jahr 1999.

Der Stellenwert des Umweltschutzes hat sich vor allem bei jüngeren Bevölkerungsgruppen verringert (vgl. Tab. 3). In der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen sank der Anteil, der Umweltschutz als sehr wichtig betrachtet, zwischen 1994 und 1999 im Westen von 42 auf 24 % und im Osten von 37 auf 21 %, und der Anteil, der den Umweltschutz für weniger wichtig oder unwichtig hält, stieg von 9 auf 15 % bzw. von 10 auf 20 %. Im Westen ging in den jüngeren Altersgruppen außerdem der Anteil, der sich nach eigenen Angaben umweltgerecht verhält, deutlich zurück. Insgesamt findet man somit 1999 bei der älteren Bevölkerung mehr Zustimmung zum Umweltschutz als bei der jüngeren Bevölkerung. Dennoch besteht eine vergleichsweise geringe Bereitschaft der Älteren zu materiellen Einschränkungen, was nur zum Teil durch ein geringeres Einkommen erklärbar ist.

Die Akzeptanz von höheren Preisen und Steuern und von Einschränkungen des Lebensstandards ist bei Personen mit höherer Bildung deutlich größer als in den unteren Bildungsschichten, und zwar unabhängig vom Einkommensniveau der jeweiligen Haushalte. Sie ist aber auch hier gegenüber 1993 zurückgegangen. Eine verringerte Bereitschaft, Abstriche vom erreichten Wohlstandsniveau zu machen, findet man zudem quer durch alle Parteianhänger. Zwar ist im Westen unter den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung zu höheren Preisen und Steuern etwas gestiegen, doch eine Absenkung des Lebensstandards zum Schutz der Umwelt wird auch von dieser Bevölkerungsgruppe in geringerem Maße für akzeptabel gehalten als noch wenige Jahre zuvor. Darüber hinaus messen sie auch dem Umweltschutz generell 1999 weniger Bedeutung zu als 1994. Nach wie vor treten Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen jedoch am stärksten für den Schutz der Umwelt ein.

Das Ergebnis eines abnehmenden Problembewusstseins in der Bevölkerung für Belange der Umwelt wird durch Erhebungen des Umweltbundesamtes bestätigt.

Tab. 3: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen
bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen¹

	»Ich tue, was für die Umwelt richtig ist«		Es fänden akzeptabel zum Schutz der Umwelt ...						Umweltschutz ist ...			
			viel höhere Preise		viel höhere Steuern		Abstriche vom Lebens- standard		sehr wichtig		weniger wichtig/ ganz unwichtig	
	1993	2000	1993	2000	1993	2000	1993	2000	1994	1999	1994	1999
in %												
<i>Westdeutschland</i>												
Geschlecht												
Männer	59	53	49	37	35	22	56	44	39	25	8	14
Frauen	63	57	48	38	32	19	55	43	46	33	5	8
Alter												
18–30 Jahre	62	44	50	41	34	26	58	55	42	24	9	15
31–44 Jahre	62	52	53	40	35	20	59	44	45	28	6	13
45–64 Jahre	61	62	48	40	33	23	55	43	43	31	5	9
65 Jahre und älter	60	58	44	27	31	14	50	34	41	34	6	8
Schulabschluss												
Ohne/Hauptschule	60	53	41	28	28	13	46	34	43	32	6	10
Mittlere Reife/ Fachhochschulreife	63	58	57	41	39	23	64	48	43	28	4	11
Abitur	63	61	57	53	39	34	68	57	44	29	8	11
Parteipräferenz												
CDU/CSU	65	51	47	33	34	19	56	45	39	29	6	10
FDP	61	49	56	40	30	20	60	42	42	28	3	16
SPD	64	60	54	40	37	22	59	45	48	31	5	10
Bündnis 90/Grüne	75	72	65	74	52	58	77	68	60	45	2	8
PDS										45		9
<i>Ostdeutschland</i>												
Geschlecht												
Männer	46	47	27	26	21	16	42	26	40	26	91	13
Frauen	55	52	31	18	20	11	44	27	44	30	92	10
Alter												
18–30 Jahre	47	46	27	27	22	10	47	30	37	21	90	20
31–44 Jahre	50	42	35	25	23	17	46	28	34	19	90	16
45–64 Jahre	53	53	29	17	21	12	43	25	49	33	95	8
65 Jahre und älter	55	60	26	19	14	15	34	24	46	39	92	6
Schulabschluss												
Ohne/Hauptschule	50	56	26	19	18	13	34	22	48	37	93	8
Mittlere Reife/ Fachhochschulreife	50	46	27	19	17	12	44	26	39	25	92	13
Abitur	53	50	38	36	31	21	54	39	35	19	89	13
Parteipräferenz												
CDU/CSU	51	47	33	25	27	11	42	29	43	28	10	12
FDP	50		33		21		41		29		7	
SPD	56	56	34	17	23	16	47	28	54	33	5	6
Bündnis 90/Grüne	70		39		37		58		56	55	1	4
PDS	48	46	30	24	18	15	49	29	43	36	7	12

¹ Zu Formulierungen und Antwortkategorien der Aussagen vgl. Abb. 4.

Datenbasis: ISSP 1993, 2000, SOEP 1994, 1999.

Danach scheint das Jahr 2000 jedoch bereits den Beginn einer Trendwende hin zu einem wieder steigenden Stellenwert der Umweltthematik zu markieren. Dies stimmt mit den hier präsentierten Befunden einer Zunahme der Besorgnis um den Umweltschutz und der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt zwischen 1999 und 2000 überein. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Jahren Probleme des Umweltschutzes für die Bürger weiterhin wieder subjektiv an Bedeutung gewinnen oder durch andere wichtige gesellschaftspolitische Themen wie Arbeitslosigkeit, Reformen des Systems der sozialen Sicherung, Staatsverschuldung oder Zuwanderung eher in den Hintergrund gedrängt werden.

(Regina Berger-Schmitt)

Weitere Informationen zum Thema Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen siehe Teil I, Kap. 19.4.

11 Familie

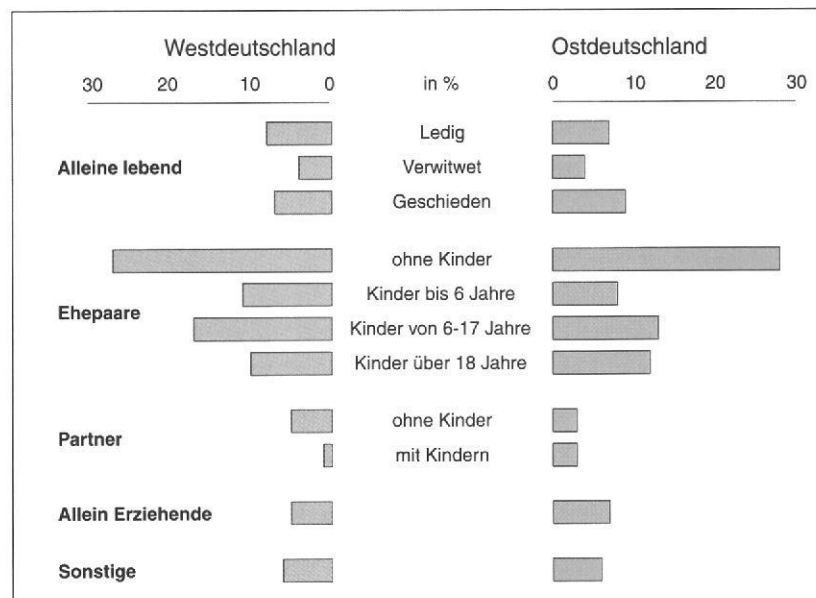
Unter einer Familie wird heute meist die vorherrschende Kernfamilie mit Eltern und Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft verstanden. In Deutschland gibt es eine staatliche Verpflichtung die Familie zu fördern. In Artikel 6 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass diese Förderung nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch verheirateten Paaren zuteil werden muss. Die staatliche Familienpolitik ist in erster Linie auf die Umverteilung von Geldmitteln zugunsten von Familien ausgerichtet. Der Familienpolitik wird von den großen Parteien im Deutschen Bundestag eine zentrale Stellung in den Wahlprogrammen zugewiesen. In der Bevölkerung sind allerdings Wandlungstendenzen zu beobachten, die Zweifel am hohen Stellenwert der Familie in der jüngeren Generation aufkommen lassen. Aus der zunehmenden Verbreitung alternativer Lebensformen neben der traditionellen Kernfamilie, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch ein Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung gefolgert. Mit der politischen und sozialen Transformation in Ostdeutschland nach der Wende sind die Heirats- und Geburtenziffern drastisch gesunken. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Lebens- und Familienformen in der Bundesrepublik vorherrschen, wie sich die Familiengründung und die Ehestabilität in der Folge von Geburtsjahrgangskohorten verändert haben, aber auch welche subjektiven Einschätzungen zu Familie, Partnerschaft und Kindern in der Bevölkerung zu beobachten sind.

Weitere Informationen zum Thema Familie siehe Teil I, Kap. 1.6.

11.1 Lebens- und Familienformen

In Deutschland lebt mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung (18 Jahre und älter) in einer Kernfamilie, d. h. zusammen mit einem Ehepartner und mindestens einem Kind. Während in Ostdeutschland zwar ein höherer Anteil von Ehepaaren mit erwachsenen Kindern zusammenlebt als in Westdeutschland, ist der Anteil mit minderjährigen Kindern in den neuen Bundesländern kleiner. Dies sind Auswirkungen des Rückgangs der Heirats- und Geburtenzahl seit dem Ende der DDR. Vor allem alte Menschen erleben den Tod ihres Ehepartners: 8 % der Männer und Frauen in Deutschland sind verwitwet und leben alleine in einem Haushalt. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Auch Eheauflösungen durch Scheidungen schlagen sich in der Sozialstruktur nieder. Bei den Anteilen der geschiedenen Alleinlebenden sind nur geringe Unter-

Abb. 1: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 2000.

schiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Durch neue Partnerschaften und Wiederheirat bleibt der Umfang dieser Lebensform begrenzt.

In den Medien wird im Zusammenhang mit der Ausbreitung so genannter »alternativer Lebensformen« über eine Krise der Familie diskutiert. Die größte Gruppe stellen in diesem Zusammenhang »Singles« dar. So leben in den alten Bundesländern 8 % der Befragten und in den neuen Bundesländern 7 % ledig und alleine in einem Haushalt. In jüngster Zeit hat sich auch in Ostdeutschland diese Lebensform weiter ausgebreitet. Der Anteil von unverheirateten Paaren ohne Kinder unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen West- und Ostdeutschland, während unverheiratete Paare mit Kindern in den neuen Bundesländern einen höheren Anteil aufweisen als in den alten Bundesländern.

Eine gesunkene Heiratsneigung und die verbreitete Vorstellung, dass man ohne Familie glücklich sein kann, bedeutet nicht, dass jüngere Männer und Frauen auf dauerhafte Partnerschaft verzichten. Lässt man verwitwete Personen außer Acht, so haben in den alten Bundesländern 41 % und in den neuen Bundesländern ein Drittel der Personen, die nicht mit einem Ehepartner zusammenleben, dennoch einen festen Lebenspartner (Tab. 1). Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie immer in einer gemeinsamen Wohnung leben. Nur etwa die Hälfte der Befragten mit festem Lebenspartner in Ost- und Westdeutschland lebt auch mit seinem Partner

in einem gemeinsamen Haushalt. Damit machen Personen, die nicht mit ihrem Lebenspartner zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften – und damit ein hohes Maß an Autonomie beibehalten – einen erheblichen Teil der Bevölkerung aus. Vor allem in den neuen Bundesländern hat sich das »getrennte Zusammenleben« damit im letzten Jahrzehnt stark ausgebreitet. Deutlich wird aber auch, dass das Phänomen Familie und Partnerschaft nur unvollständig über Haushaltstypologien, die nur Personen innerhalb eines Haushaltes in die Betrachtung einbeziehen, erfasst werden kann.

Tab. 1: Lebenspartnerschaften

	West	Ost
	in %	
Ledige und getrennt Lebende mit festem Lebenspartner ¹	41	34
Davon gemeinsame Wohnung mit Lebenspartner	49	56

¹ Ohne Verwitwete.

N = 3138.

Datenbasis: ALLBUS 2000.

Das Zusammenleben als unverheiratetes Paar markiert häufig eine Übergangsphase im Lebensverlauf. So ist es mittlerweile üblich, dass Ehen aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften hervorgehen. In Ostdeutschland war schon bei Personen ab 60 Jahren ein Zusammenleben vor der Ehe weiter verbreitet als in Westdeutschland (vgl. Tab. 2). Verheiratete in den jüngeren Altersgruppen bis 45 Jahre haben in ganz Deutschland zum überwiegenden Teil schon vor der Heirat zusammengelebt. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist damit eine »normale« Lebensform, die mittlerweile die Mehrheit der jüngeren Ehepartner als Phase durchläuft.

Der Anteil kirchlicher Eheschließungen unterscheidet sich ganz erheblich in den alten und neuen Bundesländern (Tab. 2). Während in den neuen Bundesländern in den beiden jüngeren Altersgruppen bis 45 Jahre nur 11 % bzw. 14 % der Verheirateten kirchlich getraut wurden, sind es in den alten Bundesländern mit 59 %

Tab. 2: Zusammenleben vor der Ehe
und kirchliche Trauungen von Ehepartnern

	Alter							
	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		61 und älter	
	W	O	W	O	W	O	W	O
	in %							
Verheiratete, vor der Ehe zusammengelebt	51	68	62	55	31	38	12	23
Verheiratete, kirchlich getraut	59	11	67	14	76	23	85	50

N = 3138.

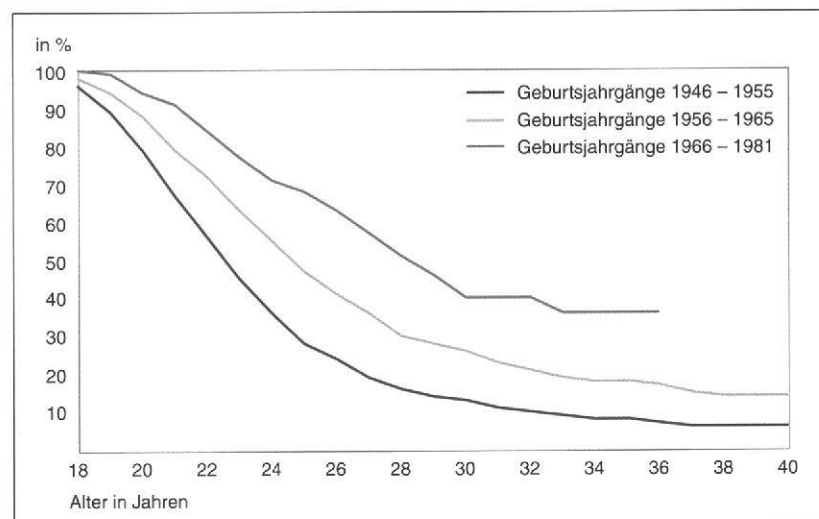
Datenbasis: ALLBUS 2000.

und 67 % deutliche Mehrheiten. In den älteren Geburtsjahrgängen ist zwar insgesamt eine kirchliche Trauung häufiger zu beobachten, die Differenzen zwischen Ost und West sind aber auch bei diesen Geburtsjahrgängen deutlich ausgeprägt.

11.2 Heiratsalter und Ehedauer

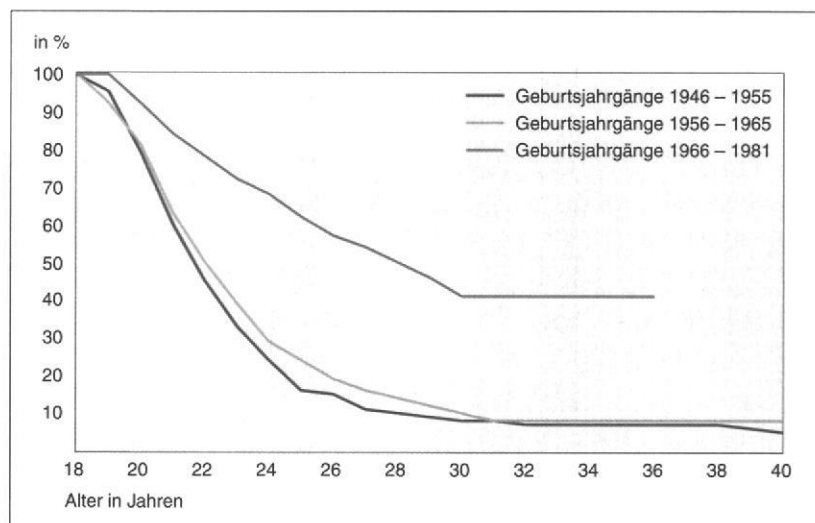
Der sozialstrukturelle Wandel im Bereich der Familie ist letztlich auf Verhaltensänderungen zurückzuführen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, ob und in welchem Alter Männer und Frauen heiraten und auch wie stabil die Ehen sind. Ein Wandel in der Heiratsneigung lässt sich anhand der Quote von bisher Unverheirateten im Alter von 18 bis 40 Jahren anschaulich darstellen. Die Kurve zeigt, welcher Anteil einer Kohorte von Geburtsjahrgängen zu bestimmten Lebensjahren noch keine Ehe geschlossen hat. Der Verlauf der Kurve unterscheidet sich deutlich bei den verschiedenen Kohorten in den alten Bundesländern (vgl. Abb. 2). Seit den Geburtsjahrgängen der frühen 50er-Jahre bleiben in der jeweils jüngeren Kohorte zunehmende Anteile junger Frauen länger ledig, und die Kurven zeigen dementsprechend einen flacheren Verlauf. Während in der ältesten Kohorte nahezu 80 % bereits mit 26 Jahren verheiratet waren, trifft das nur für 60 % der nächst jüngeren Kohorte (1956–1965) zu. Bei der jüngsten Kohorte verläuft der Heiratsprozess noch langsamer, d. h. es wird noch später eine Ehe ge-

Abb. 2: Der Anteil unverheirateter Frauen nach Altersgruppen in Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

Abb. 3: Der Anteil unverheirateter Frauen nach Altersgruppen in Ostdeutschland



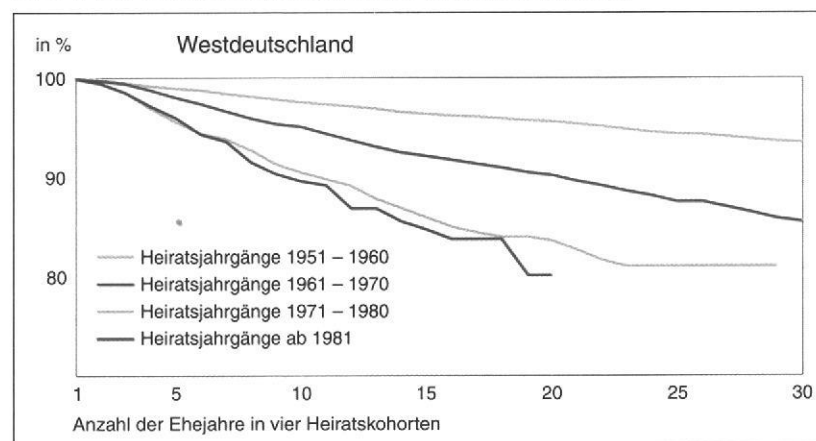
Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

schlossen. Bei dieser Geburtskohorte haben auch mit dem Ende des dritten Lebensjahrzehntes erst 60 % eine Ehe geschlossen. Dieser Anstieg des Heiratsalters fand zeitgleich mit der Bildungsexpansion statt. Allein durch die längere Ausbildungsdauer der davon profitierenden Kohorten ist ein Aufschub bei der Erstheirat zu erwarten, da meist erst nach dem Abschluss der schulischen und beruflichen Ausbildung geheiratet wird. Diskutiert wird auch, ob durch die höhere Bildung und verbesserten beruflichen Möglichkeiten für Frauen die Attraktivität einer Heirat gesunken ist und somit nicht nur ein Aufschub der Heirat, sondern auch dauerhaft höhere Ledigenquoten zu verzeichnen sind. Wenn auch für die allerjüngsten Jahrgänge nur Prognosen möglich sind, so blieben weniger als 20 % der westdeutschen Frauen, die zwischen 1956 und 1965 geboren wurden, bis zum 40. Lebensjahr unverheiratet.

In Ostdeutschland (vgl. Abb. 3) ist eine andere Entwicklung zu beobachten als in Westdeutschland. Die weitgehende Eingliederung der Frauen in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben hat sich in der früheren DDR nicht in einem höheren Heiratsalter niedergeschlagen. Allerdings waren auch die Wahlmöglichkeiten geringer und ein Leben außerhalb der elterlichen Wohnung war für junge Männer und Frauen in der Regel nur über eine Heirat oder Elternschaft möglich. In den beiden älteren Kohorten in Ostdeutschland wurde der überwiegende Teil der Ehen innerhalb einer kurzen Altersspanne geschlossen: Bereits bis zum Ende des 25. Lebensjahres hatten nahezu 80 % der Frauen eine Ehe geschlossen. Erst

in der jüngsten Kohorte, den Geburtsjahrgängen ab 1966, ist eine erhebliche Veränderung festzustellen. Es wird nun auch in den neuen Bundesländern erheblich später geheiratet. Hier zeigt sich aus der Kohortenperspektive der drastische Rückgang in der Heiratsneigung nach dem Ende der früheren DDR. In den neuen Bundesländern fand damit eine rasche Annäherung an die alten Bundesländer in Richtung eines deutlich gestiegenen Heiratsalters und höherer Ledigenquoten statt. Anders als in den alten Bundesländern ging dieser Wandel sehr abrupt vonstatten. Zunehmende Wahlmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten, die mit dem sozialen Transformationsprozess auftraten, haben wohl maßgeblich zu dieser raschen Veränderung des Verhaltens beigetragen.

Abb. 4: Der Anteil nicht geschiedener Ehen nach Ehedauer

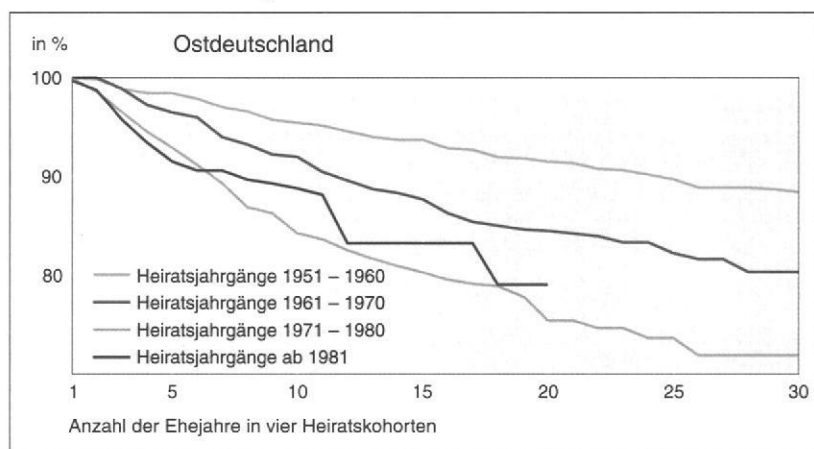


Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

In der Diskussion um Auflösungstendenzen der Ehe wird vielfach auf gestiegene Scheidungszahlen verwiesen. Für die Abfolge von Eheschließungskohorten in den alten Bundesländern ist eine Abnahme der Ehestabilität zu erkennen (nur 1. Ehe). So steigen bei den jeweils jüngeren Kohorten die Anteile derjenigen deutlich, die nach 5, 10 oder 15 Ehejahren geschieden wurden (vgl. Abb. 4). Allerdings ist bei der jüngsten Heiratskohorte, deren Ehen zwischen 1981 und 2000 geschlossen wurden, keine wesentliche Zunahme der Scheidungshäufigkeit mehr zu erkennen. Während Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation bereits in den älteren Geburtsjahrgängen ein höheres Scheidungsrisiko aufwiesen, ist in den jüngeren Kohorten auch das Scheidungsrisiko bei Frauen mit niedriger beruflicher Qualifikation angestiegen. Damit hat eine Angleichung des Scheidungsverhaltens zwischen den Bildungsgruppen stattgefunden.

Früher als in den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland (vgl. Abb. 5) bereits in der Kohorte 1961 bis 1971 ein Anstieg des Scheidungsrisikos zu verzeichnen. Zu

Abb. 5: Der Anteil nicht geschiedener Ehen nach Ehedauer



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

berücksichtigen ist dabei, dass eine Scheidung in der früheren DDR in Bezug auf Unterhaltsverpflichtungen und Versorgungsausgleich aufgrund dieser rechtlichen Lage sowie der überwiegenden Vollerwerbstätigkeit von Männern und Frauen nur geringe Folgen hatte. Dementsprechend waren die Hürden einer Scheidung auch niedriger als in Westdeutschland. In der jüngeren Heiratskohorte 1971 bis 1980 war nach 15 Ehejahren etwa jede fünfte Ehe geschieden. Wie in Westdeutschland ist bei den Heiratsjahrgängen ab 1981 kein anhaltender Trend zu einer weiteren Abnahme der Ehestabilität zu erkennen.

Weitere Informationen zum Thema Heiratsalter und Ehedauer siehe Teil I, Kap. 1.7.

11.3 Einstellungen zu Familie, Heirat und Kinderwünschen

Sinkende Heiratsneigung und Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Familie für das emotionale Wohlbefinden in Ost und West zugeschrieben wird. Auf die Frage, ob man eine Familie braucht, um glücklich zu sein oder ob man alleine genauso glücklich leben kann, gibt die überwiegende Mehrheit in den alten und neuen Bundesländern an, dass man eine Familie zum Glück braucht (Tab. 3). Bei älteren Menschen ab 60 Jahren ist diese Ansicht am weitesten verbreitet. Unter jüngeren Männern und Frauen, vor allem in den alten Bundesländern, findet sich ein Anteil von etwa

einem Fünftel, der glaubt, dass man alleine genauso glücklich oder glücklicher leben kann. In den neuen Bundesländern findet diese Ansicht nur in der jüngsten Altersgruppe bis 30 Jahren eine weitere Verbreitung. Überwiegend wird der Familie dennoch eine zentrale Rolle für das persönliche Glück zugeschrieben.

Wann sollen Lebenspartner eine Ehe schließen? Welche Einstellungen findet man hierzu in der Gesellschaft? Weit verbreitet ist die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt. Zwischen 59 % und 76 % der Männer und Frauen ab 46 Jahren vertreten diese Ansicht, in den jüngeren Altersgruppen sind die entsprechenden Anteile deutlich kleiner. Vor allem bei den 18- bis 30-Jährigen in den neuen Bundesländern stellt ein dauerhaftes Zusammenleben von Partnern keinen Grund für eine Heirat dar.

Tab. 3: Einstellungen zu Familie und Eheschließung

	Alter							
	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		61 und älter	
	W	O	W	O	W	O	W	O
	in %							
Braucht man Familie zum Glück?								
Man braucht Familie zum Glück	71	69	69	76	72	83	79	88
Ohne Familie gleich glücklich/ glücklicher	19	22	24	14	20	11	13	9
Unentschieden	10	9	7	9	8	6	8	3
Heirat bei dauerndem Zusammenleben?								
Ja	44	27	51	45	61	66	59	76
Nein	41	54	37	41	27	23	29	12
Unentschieden	15	19	12	14	13	12	12	12
Ist ein Kind Grund für eine Heirat?								
Ja	38	24	43	26	52	32	67	38
Nein	43	49	41	49	37	43	17	35
Unentschieden	19	27	16	25	12	26	17	27

N = 3138.

Datenbasis: ALLBUS 2000.

Ist ein Kind Grund für eine Heirat? Gerade in dieser Einschätzung gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Wenn auch der Anteil der Unentschiedenen vergleichsweise hoch ist, überwiegen in Ostdeutschland diejenigen, die das anders sehen. In Westdeutschland vertritt dagegen zumindest noch in den beiden höheren Altersgruppen die Mehrheit die Ansicht, dass ein Kind ein Grund für eine Heirat ist. Sogar in den jüngeren Altersgruppen ist diese Meinung in den alten Bundesländern mit 38 bzw. 43 % erheblich weiter verbreitet als in den neuen Bundesländern mit 24 bzw. 26 %.

Die gesunkene Bereitschaft, Kinder zu haben, ist ein viel diskutiertes familienpolitisches Problem. Politische Maßnahmen wie mehr Kindergeld sollen die Randbedingungen für die Kindererziehung verbessern und somit die Entscheidung für

Tab. 4: Kinderwünsche

	West	Ost
	in %	
Wunsch nach (weiteren) Kindern		
Bei Personen mit Kindern	16	9
Bei kinderlosen Personen	73	79
Bei kinderlosen Personen: gewünschte Anzahl von Kindern		
1	11	30
2	74	62
3 und mehr	15	8
Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl	2,1	1,8
Bei kinderlosen Personen: Zeitpunkt des Kinderwunsches		
Gegenwärtig schwanger	8	3
In 1–2 Jahren	27	24
In 3–5 Jahren	42	54
In mehr als 5 Jahren	23	19

N = 3138.

Datenbasis: ALLBUS 2000.

ein Kind erleichtern. Die meisten bisher kinderlosen Männer und Frauen unter 50 Jahren äußern den Wunsch noch Kinder zu bekommen: 73 % in Westdeutschland und 79 % in Ostdeutschland wünschen sich Kinder. Der Wunsch nach zwei Kindern überwiegt. Der Wunsch nach nur einem Kind ist in den neuen Bundesländern verbreiteter als in den alten Bundesländern, während gleichzeitig die Vorstellung von drei oder mehr Kindern seltener geäußert wird. Für junge Frauen und Männer gibt es meist eine Reihe von Gründen, eine Elternschaft zunächst aufzuschieben. Deshalb stellt sich auch die Frage, zu welchem Zeitpunkt man sich Kinder wünscht. Etwa ein Drittel der Männer und Frauen in den alten Ländern, die bisher keine Kinder haben, wollen sehr konkret innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Kind, in den neuen Ländern sind es knapp ein Viertel. Die Mehrzahl will noch mindestens drei oder mehr Jahre mit der Erfüllung des Kinderwunsches warten. Diese weniger konkrete Planung birgt das Risiko in sich, dass der Kinderwunsch immer weiter aufgeschoben und letztendlich auch aufgegeben wird.

(Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Einstellungen zu Familie, Heirat und Kinderwünschen siehe Teil I, Kap. 1.5.

12 Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Rolle der Frau in Familie und Beruf hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert: Die Zahl der Ehescheidungen nimmt zu, die Geburtenrate sinkt und es sind nicht zuletzt auch Veränderungen in der Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen. In Westdeutschland steigt die Erwerbsquote der Frauen, im Osten sinkt sie.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau verändert haben, die wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau darstellen. Für Westdeutschland liegen Daten vor, die bis 1982 zurückreichen. Für Ostdeutschland kann die Entwicklung seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt. In einem zweiten Schritt werden einzelne Ergebnisse zu zentralen Fragen präsentiert.

Weitere Informationen zum Thema Einstellungen zur Rolle der Frau siehe Teil I, Kap. 3.3.

12.1 Die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Zeitvergleich

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können zwei Dimensionen unterschieden werden: die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sowie den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betreffen die Einstellungen über die Konsequenzen ihrer Berufstätigkeit, z. B. für die Erziehung der Kinder. In Tabelle 1 ist dargestellt, anhand welcher Frageformulierungen diese beiden inhaltlichen Dimensionen erhoben werden.

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem traditionellen und einem modernen Verständnis der Frauenrolle. Als traditionell wird ein Rollenverständnis bezeichnet, wenn eine Frau primär zu Hause bleibt, sich um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmert und ihre eigene berufliche Karriere einen nur geringen Stellenwert hat. Geht die Frau hingegen einer Erwerbstätigkeit nach, wird ihre Rolle als modern verstanden. Ebenfalls werden Einstellungen als modern gewertet, wenn die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für deren Kinder positiv eingeschätzt werden.

Den Tabellen 2 und 3 ist zu entnehmen, dass sich die Ostdeutschen im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konse-

Tab. 1: Einstellungen zur Rolle der Frau:
Frageformulierungen und deren Zuordnung zu inhaltlichen
Dimensionen sowie die Klassifikation der Antworten

Dimension	Frageformulierung	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverständnis	
		Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«	traditionell	modern
	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«	traditionell	modern
	»Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«	traditionell	modern
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«	traditionell	modern
	»Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«	modern	traditionell
	»Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«	modern	traditionell

quenzen der Berufstätigkeit der Frau deutlich moderner äußern als Westdeutsche, wobei diese Unterschiede aber bei den Fragen zur Rollenverteilung geringer ausfallen als bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau.

Dieser Befund ist nicht zuletzt auf die – ehemals – unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kontextbedingungen zurückzuführen, die in Ostdeutschland eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichten. Da sich die Erwerbsquoten der Frauen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in West und Ost angleichen – wenn auch noch deutlich unterscheiden –, ist zu erwarten, dass sich die Einstellungen der West- und Ostdeutschen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau ebenfalls angleichen werden. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, gleichen sich die Einstellungen beider Gruppen nicht an, sondern werden in ähnlichem Maße moderner, dies allerdings auf einem unterschiedlich hohen Niveau.

Männer und Frauen unterschieden sich im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau (vgl. Tab. 2) kaum, dies gilt für West- als auch für Ostdeutschland. Frauen schätzen aber sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Konsequenzen ihrer Erwerbstätigkeit für die Kinder weniger

Tab. 2: Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost			West			
	1991	1996	2000	1982	1991	1996	2000
	in %						
Insgesamt ¹	67	74	75	32	56	58	61
Geschlecht							
Männer	65	75	74	32	56	55	59
Frauen	70	74	77	32	56	61	62
Alter							
18–30 Jahre	83	86	82	57	73	81	80
31–45 Jahre	76	84	82	37	66	72	74
46–65 Jahre	62	67	73	21	47	45	55
Über 65 Jahre	34	59	59	10	25	22	28

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996 und 2000.

negativ ein als die Männer. Dieser Unterschied ist allerdings im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Auch dies kann wieder mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland haben mehr Männer die Erfahrung machen können, dass die Erwerbstätigkeit der Frau nicht zu den negativen Konsequenzen führt, die westdeutsche Männer offensichtlich befürchten.

Den stärksten Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind über die Jahre hinweg jüngere Menschen moderner eingestellt als ältere. Dies gilt für beide untersuchten Dimensionen und trifft sowohl auf West- als auch auf Ostdeutschland zu.

Tab. 3: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost			West			
	1991	1996	2000	1982	1991	1996	2000
	in %						
Insgesamt ¹	74	80	83	29	43	46	53
Geschlecht							
Männer	70	76	81	25	37	40	46
Frauen	77	84	85	32	49	52	60
Alter							
18–30 Jahre	79	78	84	37	50	55	65
31–45 Jahre	78	82	87	34	53	53	57
46–65 Jahre	70	79	80	24	36	42	50
Über 65 Jahre	64	80	82	16	28	26	41

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996 und 2000.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass sich in Ostdeutschland die Einstellungen der unterschiedlichen Altersgruppen zur traditionellen Rollenverteilung zwischen 1991 und 2000 angenähert haben. Lag die Differenz bei der Zustimmung 1991 noch bei ca. 50 %, so verringerte sich diese 2000 auf ca. 24 %. Im Gegensatz dazu näherten sich die Einstellungen der einzelnen Altersgruppen im Westen für den Zeitraum 1982 bis 2000 nicht an, sondern vergrößerten sich sogar.

Hinsichtlich der Vorstellungen zur Rollenverteilung zeigt sich, dass sich die Einstellungen der 18- bis 30-Jährigen in West- und Ostdeutschland angenähert und im Jahr 2000 fast das gleiche Niveau erreicht haben. Bemerkenswert ist in Ostdeutschland der starke Anstieg moderner Einstellungen bei den über 65-Jährigen, während in der jüngeren Generation eine Stagnation bzw. sogar ein leichter Rückgang moderner Werte festzustellen ist.

Für die Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau ist ebenfalls festzustellen, dass sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Osten verringern, im Westen aber über die Zeit stabil bleiben (vgl. Tab. 3).

Im Folgenden werden nun drei ausgewählte Fragen zur Rolle der Frau etwas genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, auf den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau und auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für ihre Kinder.

12.2 Traditionelle Arbeitsteilung

Im Vergleich zu 1982 hat die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung in Westdeutschland in den 90er-Jahren stark abgenommen (vgl. Tab. 4). Seit 1991 sind insgesamt ca. 50 % der Befragten im Westen der Ansicht, dass es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt. Bemerkenswert ist, dass diese Stagnation für alle hier untersuchten Gruppen in nahezu gleicher Weise zu verzeichnen ist. Dabei ist der Effekt des Alters wieder mit Abstand am stärksten. Junge Menschen sind bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau weitaus moderner eingestellt als die älteren. So stimmten im Jahre 2000 beispielsweise nur 29 % der unter 30-Jährigen einer traditionellen Arbeitsteilung zu, während dies bei 78 % der über 65-Jährigen der Fall war. Für Frauen lässt sich auch ein deutlicher Einfluss ihres Erwerbsstatus feststellen: Etwa 60 % der nicht berufstätigen, aber nur 30 % der berufstätigen Frauen stimmen den traditionellen Vorstellungen zu. Im Hinblick auf den Bildungsabschluss zeigt sich, dass mit steigender Bildung die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung sinkt.

In Ostdeutschland scheint die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung in den späten 90er-Jahren wieder zuzunehmen. Im Jahr 2000 erreicht diese mit 31 % fast wieder das Niveau von 1991. Diese »Wiederbelebung« traditioneller Werte findet sich bei allen untersuchten Subgruppen im Osten – die sich aber dennoch alle

Tab. 4: Traditionelle Arbeitsteilung

	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.« »Stimme voll und ganz zu« bzw. »stimme eher zu«						
	Ost			West			
	1991	1996	2000	1982	1991	1996	2000
	in %						
Insgesamt ¹	33	26	31	70	50	50	49
Geschlecht							
Männer	35	27	35	71	51	53	51
Frauen	30	26	27	70	49	47	47
Verheiratete Frauen ²							
Berufstätig	23	18	19	66	31	30	30
Nicht berufstätig	37	30	36	85	58	65	62
Alter							
18–30 Jahre	22	18	21	48	33	30	29
31–45 Jahre	26	18	25	65	39	35	38
46–65 Jahre	37	31	34	79	60	62	54
Über 65 Jahre	53	38	46	90	77	80	78
Bildung							
Hauptschulabschluss	45	38	46	80	64	66	61
Mittlere Reife/Polytechnische Oberschule	27	19	25	62	43	43	41
Abitur/Fachabitur	19	16	17	44	27	25	33

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996 und 2000.

moderner äußern als vergleichbare Gruppen aus dem Westen. Die Stärke dieser Unterschiede variiert aber mit dem Alter. So unterscheiden sich die Älteren in West- und Ostdeutschland deutlich stärker als die jungen Befragten. Da bei den 18- bis 30-jährigen Westdeutschen die Einstellungen moderner wurden, näherten sich die Einstellungen der jungen Befragten aus beiden Teilen Deutschlands geringfügig an. Die Differenz bei den Älteren nahm hingegen im Laufe der Zeit zu, da die Einstellungen der über 65-jährigen Ostdeutschen im Gegensatz zu denen der älteren Westdeutschen deutlich moderner wurden.

12.3 Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

Im Jahr 1982 waren in Westdeutschland mit 52 % knapp über die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass es für eine Frau wichtiger ist, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. 1991 wurde diese Einstellung nur noch von ca. 32–34 % der Befragten geteilt (vgl. Tab. 5). Allerdings lässt sich auch bei dieser Frage in Westdeutschland ab den 90er-Jahren eine Stagnation in der

Tab. 5: Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.« »Stimme voll und ganz zu« bzw. »stimme eher zu«						
	Ost			West			
	1991	1996	2000	1982	1991	1996	2000
	in %						
Insgesamt ¹	30	25	28	52	32	34	32
Geschlecht							
Männer	30	23	30	50	30	34	33
Frauen	31	27	27	54	34	35	32
Verheiratete Frauen ²							
Berufstätig	20	19	20	47	25	23	22
Nicht berufstätig	41	33	40	53	41	48	41
Alter							
18–30 Jahre	19	15	22	31	20	16	16
31–45 Jahre	23	16	23	47	20	22	21
46–65 Jahre	35	32	31	60	43	44	38
Über 65 Jahre	54	37	41	75	54	66	59
Bildung							
Hauptschulabschluss	46	40	39	61	42	47	45
Mittlere Reife/Polytechnische Oberschule	22	15	24	42	30	26	25
Abitur/Fachabitur	16	12	16	29	16	18	16

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996 und 2000.

Entwicklung hin zu modernen Werten verzeichnen. Auch im Osten teilt diesbezüglich im Jahr 2000 mit 28 % ein höherer Anteil der Befragten eine traditionelle Einstellung als im Jahr 1996. Bei der Einschätzung des Stellenwerts der Berufstätigkeit der Frau findet sich dabei ein ähnliches Muster wie bei der Zustimmung zur Frage traditioneller Arbeitsteilung.

Im Hinblick auf den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau sind Frauen moderner eingestellt als Männer, berufstätige Frauen äußern sich moderner als nichtberufstätige Frauen, junge Menschen moderner als ältere und Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss moderner als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Mit Ausnahme der Altersgruppen befinden sich die jeweiligen Subgruppen in West- und Ostdeutschland ungefähr auf demselben Niveau der Zustimmung zu traditionellen Werten.

Hinsichtlich der Einschätzungen der Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit sind hingegen größere Unterschiede in den Entwicklungen der Einstellungen von Ost- und Westdeutschen zu erwarten: Es kann davon ausgegangen werden, dass die Beantwortung dieser Fragen eng mit den Alltagserfahrungen der Befragten zusammenhängt, die von einem starken Wandel der objektiven Bedingungen geprägt waren.

12.4 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder

Tatsächlich zeigen sich bei der Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit für die Kinder erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Diese beziehen sich sowohl auf das Niveau als auch die Veränderungen im Zeitverlauf. Waren beispielsweise im Jahr 2000 71 % der Westdeutschen der Ansicht, dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, so waren im Osten nur 41 % dieser Ansicht (vgl. Tab. 6). Im Zeitraum 1991 bis 2000 nahm die Zustimmung zu dieser Aussage im Osten zudem stärker ab als im Westen. Dies liegt darin begründet, dass im Osten bei allen untersuchten Gruppen in diesem Zeitraum die Zustimmung abnahm. Dagegen bleiben die Einschätzungen in Westdeutschland bei fast allen Gruppen gleich. Nur bei berufstätigen Frauen und bei den unter 30-Jährigen sinkt die Zustimmung zur Einschätzung, dass ein Kind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist.

Obwohl sich in Ostdeutschland in den 90er-Jahren die Frauenerwerbsquote und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten verringert haben und somit weniger Personen die positive Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen können,

Tab. 6: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit

	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«						
	»Stimme voll und ganz zu« bzw. »stimme eher zu«						
	Ost			West			
	1991	1996	2000	1982	1991	1996	2000
	in %						
Insgesamt ¹	58	49	41	88	76	76	71
Geschlecht							
Männer	59	49	43	88	79	80	77
Frauen	57	49	39	87	73	72	66
Verheiratete Frauen ²							
Berufstätig	54	46	30	77	71	64	52
Nicht berufstätig	61	52	41	93	75	77	78
Alter							
18–30 Jahre	47	45	42	82	68	67	58
31–45 Jahre	55	43	39	87	70	69	66
46–65 Jahre	64	54	40	90	83	81	76
Über 65 Jahre	63	54	47	93	85	88	84
Bildung							
Hauptschulabschluss	63	52	45	88	81	82	76
Mittlere Reife/Polytechnische Oberschule	53	46	42	88	75	74	66
Abitur/Fachabitur	56	48	32	84	65	64	64

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996 und 2000.

zeigen die Daten, dass sich der Anteil der Menschen, die negative Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau im Osten erwarten, nicht vergrößert, sondern sogar verkleinert hat. Die – frühere – Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Ostdeutschland wirkt sich auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch positiv auf die Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit für die Kinder aus.

12.5 Zusammenfassung

In Ostdeutschland findet sich sowohl im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau als auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit eine größere Zustimmung zu modernen Werten als in Westdeutschland. Die Einstellungen zur Rolle der Frau nähern sich in West und Ost in den letzten Jahren nicht an, sondern werden in beiden Teilen Deutschlands im gleichen Maße moderner. West- und Ostdeutsche unterscheiden sich in Bezug auf ihre Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung deutlich stärker als in Bezug auf ihre Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Dies liegt vermutlich unter anderem in der besonderen Erfahrung mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der DDR begründet. Die höhere Zustimmung zu modernen Werten darf daher nicht mit der Zustimmung zu Forderungen nach gleichen Erwerbschancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war die Erwerbsbeteiligung der Frau im Osten aufgrund ökonomischer Zwänge und unterschiedlicher struktureller Rahmenbedingungen weiter verbreitet als im Westen. Diese Erfahrung hat offenbar die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung nachhaltig positiv beeinflusst.

(Michael Blohm)

13 Die Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

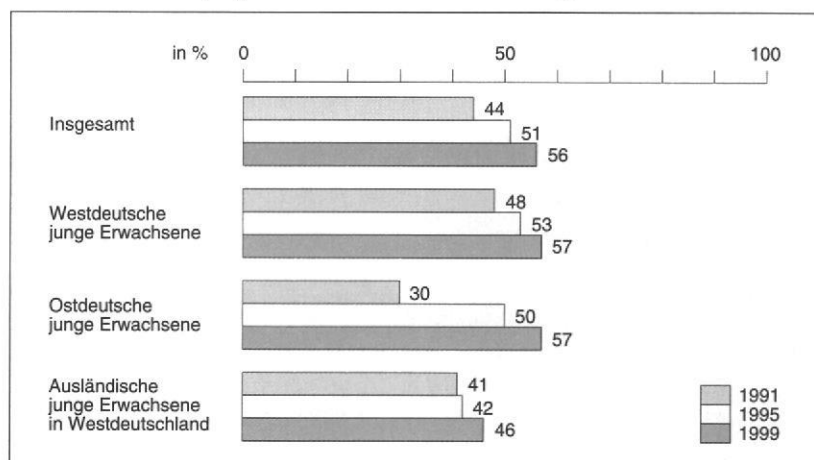
In diesem Kapitel wird für ausgewählte Bereiche gezeigt, ob und inwieweit sich die Lebensbedingungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland in den letzten Jahren angenähert haben. Im Vergleich zur gesamten Bevölkerung sollte insbesondere die Generation der jungen Erwachsenen in Ostdeutschland einen schnelleren Anpassungsprozess an die westdeutschen Verhältnisse durchlaufen haben, da sie weniger Lebenszeit in der DDR verbracht haben und jungen Menschen Neuorientierungen generell leichter fallen. Um solche Veränderungen aufzuzeigen, werden zunächst objektive Indikatoren der Lebenssituation wie die Wohnform und der Erwerbsstatus dargestellt. Danach werden ausgewählte Freizeitaktivitäten untersucht, da die Freizeitgestaltung ein zentrales Element der Jugendphase ist. Durch sie grenzen sich Jugendliche zur Erwachsenenwelt und auch untereinander ab. Schließlich werden auch Veränderungen im Bereich subjektiver Indikatoren dargestellt – hier werden die Zufriedenheit mit der Freizeit, mit dem Lebensstandard und mit dem Leben insgesamt betrachtet. Die wahrgenommenen Belastungen der jungen Erwachsenen werden durch Sorgen im wirtschaftlichen Bereich berücksichtigt.

Die Altersspanne der untersuchten Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt zwischen 17 und 25 Jahren. Der Blick wird aber nicht nur auf Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen beschränkt, sondern ausländische Jugendliche (in Westdeutschland) werden gesondert berücksichtigt. Ihre Lebenssituation unterscheidet sich auffällig von der jener, die deutsche Staatsbürger sind. Einzelne Bereiche werden zudem im Vergleich zur Bevölkerung über 26 Jahre dargestellt.

13.1 Bildung und Erwerbstätigkeit

Mit dem Prozess des Übergangs von der Jugend zum Erwachsenenendasein sind Übergänge in das Erwerbssystem und die Loslösung vom Elternhaus verbunden. So führt der Austritt aus dem (Aus-)Bildungssystem und der damit verbundene Eintritt in die Erwerbstätigkeit zu ökonomischer Selbstständigkeit. Auszüge aus dem Elternhaus verlangen eine selbstständige Haushaltsführung, bedeuten aber nicht zwangsläufig die ökonomische Unabhängigkeit von den Eltern. Einen deutlichen Einschnitt in das Leben junger Erwachsener stellt die Gründung einer eigenen Familie dar.

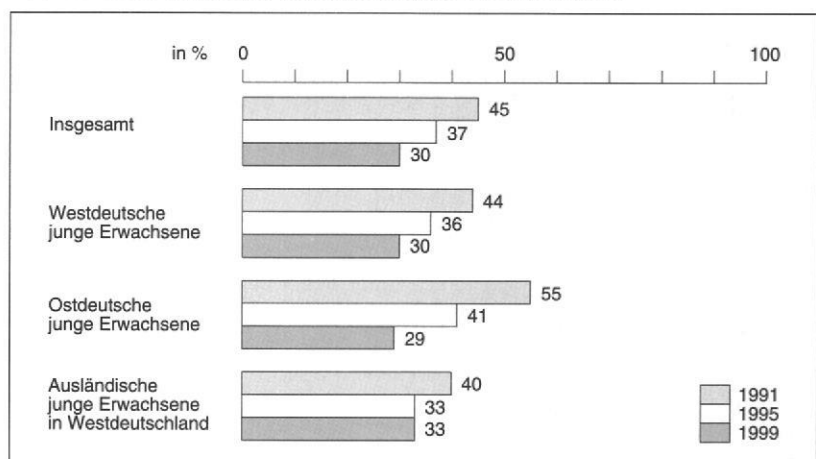
Abb. 1: Anteil der jungen Erwachsenen in Ausbildung



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

Abbildung 1 gibt die Anteile der Jugendlichen wieder, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, und somit in der Regel noch ökonomisch von den Eltern abhängig sind. Von den hier betrachteten Jugendlichen befinden sich im Jahre 1999 noch 56 % im Bildungssystem. Es zeigt sich, dass in den 90er-Jahren der Anteil der Jugendlichen im Bildungssystem stark zugenommen

Abb. 2: Anteil der jungen Erwachsenen in Erwerbstätigkeit



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

hat. 1991 betrug dieser nur 44 %, 1995 bereits 51 % und 1999 stieg er auf 56 % an. Dabei unterscheiden sich die Anstiege bei den westdeutschen Jugendlichen kaum von der durchschnittlichen Entwicklung. Anders ist dies in Ostdeutschland. Hier ist eine stärkere Zunahme in der ersten Hälfte der 90er-Jahre festzustellen. Junge Ausländer liegen dagegen in ihrer Bildungsbeteiligung in allen Jahren deutlich unter den Werten der westdeutschen Jugendlichen.

Komplementär dazu sind die rückläufigen Anteile der Jugendlichen, die sich in Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit befinden (vgl. Abb. 2). Hier ist ein Rückgang von 45 % im Jahr 1991 auf 30 % im Jahr 1999 zu verzeichnen, dies am deutlichsten in Ostdeutschland.

In den 90er-Jahren ist eine Verlängerung der Bildungsphase und eine Verzögerung des Eintritts in Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit feststellbar. Die stärksten Veränderungen lassen sich bei ostdeutschen Jugendlichen beobachten. Ihr geringer Anteil zu Beginn der 90er-Jahre im Bildungssystem ist u. a. auf die staatliche Regulierung der Abiturientenzahlen in der damaligen DDR zurückzuführen. So lag der Anteil der Abiturienten eines Jahrgangs deutlich unter dem in der Bundesrepublik und damit auch der Anteil der Studierenden.

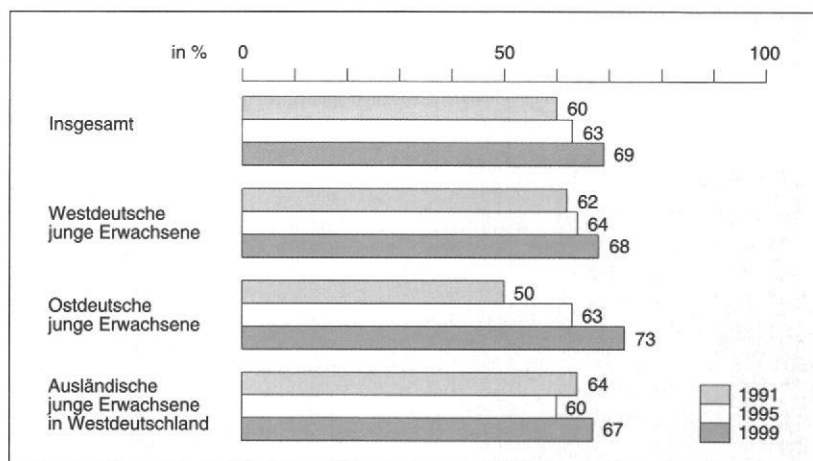
Jugendliche Ausländer in Westdeutschland befinden sich 1999 im Vergleich zu west- und ostdeutschen Jugendlichen deutlich seltener im Bildungssystem. Sie erreichen generell niedrigere Schulabschlüsse und absolvieren seltener eine Berufsausbildung als ihre deutschen Altersgenossen, so dass sie früher das Bildungssystem verlassen.

13.2 Lebens- und Wohnformen

Bei der Betrachtung der Lebens- und Wohnformen sind zwei deutliche Konzentrierungen zu erkennen: Jugendliche und junge Erwachsene, die noch im Elternhaus leben sowie junge Erwachsene, die bereits in ihrer eigenen Familie mit Partner und/oder Kind(ern) leben. Auffallend ist, dass der Verbleib im Haushalt der Eltern über die Jahre hinweg dominant ist (vgl. Abb. 3). Über zwei Drittel der Jugendlichen wohnen 1999 in einem Zweigenerationenhaushalt mit mindestens einem Elternteil. Diese Wohnform hat in den 90er-Jahren sogar zugenommen. Am deutlichsten ist der Anstieg in Ostdeutschland ausgeprägt. Während dort 1991 nur jeder zweite Jugendliche noch bei seinen Eltern wohnte, sind es 1999 fast drei Viertel. Dies hängt zum einen mit den verlängerten Ausbildungszeiten, zum anderen mit der späteren Familiengründung zusammen.

Betrachtet man hingegen die jungen Erwachsenen, die bereits eine eigene Familie gegründet haben, zeigt sich ein entgegengesetzter Trend (vgl. Abb. 4). Hier ist in der betrachteten Altersgruppe der unter 26-Jährigen eine Abnahme in den 90er-Jahren festzustellen, am deutlichsten wiederum in Ostdeutschland. Lebten 1991 noch über ein Drittel dieser Altersgruppe mit einem Partner und/oder Kin-

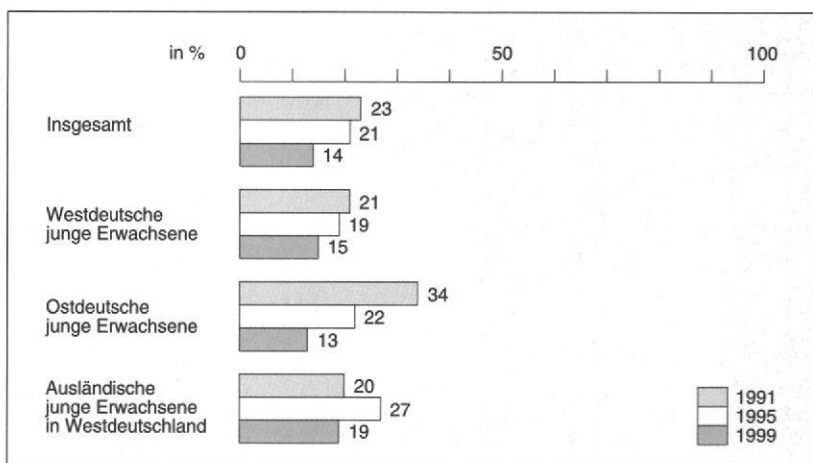
Abb. 3: Anteil der jungen Erwachsenen, die noch bei den Eltern leben



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

d(ern), sind dies 1999 nur noch ein Achtel. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die verzögerte Familienbildung und der dramatische Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende (Vgl. Teil I, Kap. 1). Beide Prozesse sind Folge der sozialpolitischen Veränderungen und ökonomischen Unsicherheiten nach dem Zusammenbruch der DDR.

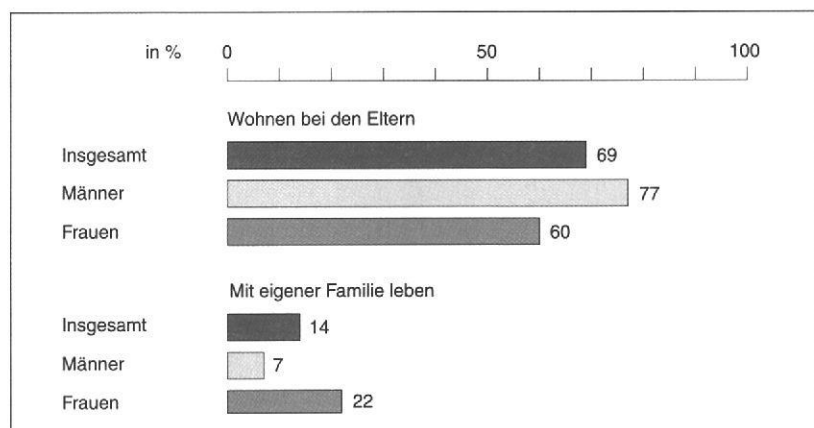
Abb. 4: Anteil der jungen Erwachsenen, die in einer eigenen Familie leben



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

In den Lebens- und Wohnformen zeigen sich erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Abb. 5). So bleiben die männlichen jungen Erwachsenen deutlich länger im elterlichen Haushalt als ihre weiblichen Altersgenossinnen. Die Differenz unter den Jugendlichen betrug 1999 17 Prozentpunkte. Junge Frauen gründen früher eine eigene Familie. Ihr Anteil ist dreimal höher als der der jungen Männer (Frauen 22 %, Männer 7 %).

Abb. 5: Wohnformen der jungen Erwachsenen nach Geschlecht



Datenbasis: SOEP 1999.

13.3 Freizeitaktivitäten

Im Hinblick auf die Freizeitgestaltung lassen sich zwei grundlegende Arten unterscheiden: soziale und konsumtive Freizeitaktivitäten. Zu den Ersteren gehört die gesellschaftliche Beteiligung in Gruppen und Institutionen, die eine integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft erfüllen. Die konsumtiven Freizeitaktivitäten, ob alleine oder in einer Gruppe, dienen dagegen stärker der Erholung und dem Spaß.

Die aktive Teilnahme am religiösen Leben wird durch die Häufigkeit des Kirchgangs oder des Besuchs einer anderen religiösen Veranstaltung erfasst. In Deutschland besuchte 1999 jeder zehnte Jugendliche bzw. junge Erwachsene mindestens einmal pro Monat die Kirche (vgl. Tab. 1). Dabei lässt sich seit 1990 eine sinkende Tendenz feststellen. Insbesondere bei den westdeutschen Jugendlichen nimmt die Bindung an die Kirche im Zeitverlauf ab. Zu Beginn der 90er-Jahre besuchten noch 18 % mindestens einmal pro Monat einen Gottesdienst, acht Jahre später sind dies lediglich 11 %. Am stärksten ist die Bindung an eine religiöse Gemein-

schaft bei den Nicht-Deutschen. Doch auch hier verlieren religiöse Institutionen an Bedeutung. Während 1990 immerhin 22 % mindestens einmal pro Monat eine religiöse Veranstaltung besuchten, sind es acht Jahre später nur noch 13 %. Am geringsten ist der Anteil der Kirchgänger unter den jungen Erwachsenen in Ostdeutschland. Auch bei der Bevölkerung über 26 Jahre lässt sich ein abnehmender Trend in der Teilnahme an kirchlichen Aktivitäten beobachten; der Anteil liegt mit 20 % dennoch doppelt so hoch wie bei den jungen Erwachsenen.

1999 übten 14 % der Jugendlichen in ihrer Freizeit regelmäßig eine ehrenamtliche Aktivität aus. Dabei zeigen sich klare Unterschiede zwischen Ost und West. Unter den westdeutschen Jugendlichen ist jeder sechste in seiner Freizeit in einem Ehrenamt tätig, jedoch nur jeder elfte ostdeutsche. Ausländische Jugendliche in Westdeutschland unterscheiden sich in diesem Bereich kaum von den jungen Ostdeutschen, allerdings ist bei ihnen seit 1990 ein starker Anstieg in der Beteiligung zu erkennen (von 3 % auf 10 %). Im Allgemeinen sind männliche Jugendliche stärker ehrenamtlich aktiv.

Ein Siebtel der Jugendlichen sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig, aber in weitaus stärkerem Maße verbringen sie ihre Freizeit mit konsumtiven Tätigkeiten. Jeder zweite Jugendliche treibt 1999 in seiner Freizeit Sport, wobei die westdeutschen Jugendlichen aktiver als ostdeutsche und ausländische sind. Während der entsprechende Anteil bei den Jugendlichen in Westdeutschland seit 1990 abge-

Tab. 1: Regelmäßige Freizeitaktivitäten (mindestens einmal pro Monat)
Angaben in Prozent

	1990 ¹	1995	1999	1990 ¹	1995	1999
	Kirchliche Aktivitäten ²			Ehrenamtliche Tätigkeiten ³		
Jugendliche (17–25)	16	15	10	14	13	14
Westdeutsche	18	16	11	16	16	17
Ostdeutsche	8	10	6	11	9	9
Ausländer (West)	22	22	13	3	5	10
Männer	15	16	9	17	15	17
Frauen	18	15	12	10	11	12
Erwachsene (26+)	24	22	20	16	14	14
	Aktiver Sport			Kino ⁴		
Jugendliche (17–25)	53	58	54	65	69	74
Westdeutsche	61	63	55	67	72	74
Ostdeutsche	28	48	50	65	69	79
Ausländer (West)	48	50	50	49	53	68
Männer	57	66	62	71	74	78
Frauen	48	51	45	60	64	70
Erwachsene (26+)	30	33	29	11	14	18

1 Aus datentechnischen Gründen können die Analysen nicht für 1991 durchgeführt werden. Deshalb wird auf die 1990er-Daten zurückgegriffen.

2 Kirchengang, Besuch religiöser Veranstaltungen.

3 Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten.

4 Besuch von Kino, Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Discos.

Datenbasis: SOEP 1990, 1995, 1999.

nommen hat, ist er bei den ostdeutschen Jugendlichen stark gestiegen: 1990 betrieben 28 % häufig aktiv Sport, acht Jahre später 50 %. Männliche Jugendliche sind sportlich aktiver als weibliche. So geben 62 % der männlichen Jugendlichen gegenüber 45 % der weiblichen an, mindestens einmal pro Monat sportlich aktiv zu sein. Während 54 % der jungen Erwachsenen regelmäßig aktiv Sport treiben, sind es bei den über 26-Jährigen mit 29 % deutlich weniger.

Der Besuch von Kino, Popkonzerten, Diskotheken oder Sportveranstaltungen sind Aktivitäten, die in besonderem Maße von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgeübt werden. 1999 besuchen lediglich 18 % der Personen über 26 Jahre regelmäßig eine dieser Veranstaltungen gegenüber 74 % der jungen Erwachsenen. Dabei sind insbesondere die ostdeutschen Jugendlichen sehr, die nicht-deutschen etwas seltener aktiv. Insgesamt ist eine Zunahme für alle drei Gruppen seit 1990 beobachtbar. Daran zeigt sich die zunehmende Bedeutung des Spaßfaktors in der Gesellschaft. Dies trifft in stärkerem Maße auf die männlichen Jugendlichen zu; ihr Anteil ist in allen drei Jahren höher als der der weiblichen Jugendlichen.

13.4 Subjektives Wohlbefinden und Sorgen

Die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen gibt Auskunft über das subjektive Wohlbefinden. Neben positiven Aspekten der Lebensqualität zeigen auch negative Aspekte wie Besorgnis- und Anomiesymptome an, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse wahrnehmen und bewerten.

Die Frage nach der Zufriedenheit mit ihrer Freizeit beantworteten 79 % der jungen Erwachsenen 1999 positiv (vgl. Tab. 2). Dabei zeichnet sich in den 90er-Jahren insgesamt ein Trend der Erhöhung ab. Ein großer Anstieg ist in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre bei den ostdeutschen Jugendlichen zu erkennen. Mit dem Anstieg des Anteils der Zufriedenen geht die Abnahme der eher Unzufriedenen einher. 1999 ist im Durchschnitt nur noch jeder zehnte Jugendliche mit seiner Freizeitgestaltung unzufrieden. Vergleicht man diese Werte mit der älteren Bevölkerung, fällt auf, dass die Jüngeren zufriedener mit ihrer Freizeit sind.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zielt auf die subjektive Bewertung der materiellen Lebenssituation ab (vgl. Tab. 2). 1999 waren 82 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eher zufrieden mit ihrem Lebensstandard. Die höchsten Anteile an der Zufriedenheit finden sich bei den westdeutschen Jugendlichen, die niedrigsten bei den ausländischen Jugendlichen. Während die jugendliche Bevölkerungsgruppe in Westdeutschland über die Jahre hinweg ihren Lebensstandard kontinuierlich hoch bewertet, wird für die vergleichbare Gruppe in Ostdeutschland eine deutliche Zunahme in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung festgestellt. Im Hinblick auf die Gruppe der ausländischen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ist beachtenswert, dass sich der Anteil der eher Unzufriedenen

in den 90er-Jahren nahezu verdoppelt hat. Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt. Die jungen Erwachsenen sind 1999 deutlich zufriedener als die ältere Bevölkerung (87 % gegenüber 78 %). Während sowohl die Anteile der Unzufriedenen als auch die der Zufriedenen seit 1991 für diese beiden Gruppen (und auch für Jugendliche aus Westdeutschland und junge Ausländer) relativ konstant sind, fällt auf, dass bei den ostdeutschen Jugendlichen eine deutliche Abnahme in der Unzufriedenheit mit dem Leben allgemein mit einer Zunahme der Zufriedenheit einhergeht. Waren Anfang der 90er-Jahre noch 15 % eher unzufrieden, sind es 1999 nur noch 6 %. Analog dazu nahm die Zufriedenheit von 66 % auf 84 % zu.

Tab. 2: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen
Angaben in Prozent

	Eher unzufrieden			Eher zufrieden		
	1991	1995	1999	1991	1995	1999
Mit der Freizeit						
Jugendliche (17–25)	16	15 ¹	11	71	74 ¹	79
Westdeutsche	15	14 ¹	11	72	78 ¹	80
Ostdeutsche	22	17 ¹	9	65	66 ¹	78
Ausländer (West)	13	17 ¹	9	74	70 ¹	74
Erwachsene (26+)	18	18 ¹	15	70	70 ¹	74
Mit dem Lebensstandard						
Jugendliche (17–25)	11	10	9	78	79	82
Westdeutsche	8	8	8	82	82	84
Ostdeutsche	21	13	8	60	75	78
Ausländer (West)	9	15	17	80	70	76
Erwachsene (26+)	10	11	10	76	77	79
Mit dem Leben allgemein						
Jugendliche (17–25)	7	7	6	84	83	87
Westdeutsche	6	6	5	89	84	89
Ostdeutsche	15	7	6	66	81	84
Ausländer (West)	4	9	7	85	80	84
Erwachsene (26+)	8	10	9	79	75	78

¹ Werte für 1994.

Datenbasis: SOEP 1991, 1994, 1995, 1999.

Neben der Zufriedenheit sind auch die Sorgen um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden. Hier werden Sorgen betrachtet, die die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Entwicklung sowie die Arbeitsplatzsicherheit betreffen (vgl. Tab. 3). Es zeigt sich, dass die ökonomischen Sorgen im Zeitverlauf in allen drei Bereichen zugenommen haben. 1999 sorgten sich 84 % der jungen Menschen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, 77 % um ihre eigene ökonomische Situation und 62 % der erwerbstätigen Jugendlichen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

Ein differenzierter Blick auf die Verteilung der Sorgen über die Jahre hinweg zeigt, dass der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen mit ausgeprägten Sorgen in den

Tab. 3: Anteil der Jugendlichen, die sich im ökonomischen Bereich sorgen
Angaben in Prozent

	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung			Eigene wirtschaftliche Entwicklung			Arbeitsplatzsicherheit ¹		
	1991	1995	1999	1991	1995	1999	1991	1995	1999
Jugendliche (17–25)	80	82	84	68	78	77	40	54	62
Westdeutsche	77	81	85	62	75	72	29	51	56
Ostdeutsche	96	88	85	92	85	87	78	62	72
Ausländer (West)	76	82	78	70	82	88	45	57	73
Erwachsene (26+)	81	89	91	59	67	67	40	48	54

1 Frage wird nur von Erwerbstätigen beantwortet.

Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

letzten zehn Jahren tendenziell gefallen ist, während der entsprechende Anteil bei den westdeutschen und ausländischen gestiegen ist. Besonders deutlich ist dies an der Frage zur Arbeitsplatzsicherheit zu sehen. Von 1991 bis 1995 stiegen die Anteile der sich sorgenden westdeutschen Jugendlichen um 22 Prozentpunkte und um weitere 5 Prozentpunkte in den folgenden vier Jahren. Für nicht-deutsche stiegen die Anteile in denselben Zeiträumen zuerst um 12 Prozentpunkte und dann noch einmal um 16 Prozentpunkte. Damit ist der Anteil der sich sorgenden ausländischen Jugendlichen 1999 auf vergleichbarem Niveau mit dem der ostdeutschen. Während sich ein Großteil der Bevölkerung über 26 Jahre 1999 um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sorgt (91 %), sind bei ihnen die individuellen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplatzsicherheit schwächer ausgeprägt als bei den Jugendlichen. Insgesamt ist aber auch für diese Gruppe eine deutliche Zunahme von 1991 an zu beobachten.

13.5 Zusammenfassung

Die objektive Lebenssituation der Jugendlichen in den Bereichen Bildungs- und Erwerbsbeteiligung einerseits und Familienlösung und -gründung andererseits hat sich in den letzten zehn Jahren im vereinten Deutschland weitgehend angeglichen. Waren ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene zu Beginn der 90er-Jahre noch häufiger erwerbstätig und seltener im Bildungssystem als ihre westdeutschen Altersgenossen, lassen sich Ende der 90er-Jahre keine Unterschiede mehr feststellen. Bei den Lebens- und Wohnformen sind es nicht mehr die Ost-West-Unterschiede, die auffallen, sondern die geschlechtsspezifischen. Junge Frauen ziehen früher aus als junge Männer und leben deutlich früher in einem eigenem Haushalt mit Partner und/oder Kind(ern).

Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich 1999 auch bei der Freizeitgestaltung erkennen. Die Anteile der westdeutschen Jugendlichen, die in die Kirche gehen, sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten

engagieren und sportlich aktiv sind, sind höher. Im Vergleich zu Westdeutschland ist der Anteil derer, die Kino, Popkonzerte, Diskotheken oder Tanzveranstaltungen besuchen, in Ostdeutschland etwas höher. Gerade in diesem Bereich sind die Unterschiede zur älteren Bevölkerung auffällig.

Mit der Annäherung der objektiven Lebensbedingungen und der Freizeitgestaltung findet auch eine Angleichung der Bewertung der Lebensbedingungen statt. Dennoch sind in den Sorgenbereichen noch deutliche Unterschiede erkennbar. Während die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung für einen Großteil der Jugendlichen aus Ost und West Anlass zu Besorgnis gibt, sorgen sich deutlich mehr Ostdeutsche um ihre eigene wirtschaftliche Situation und um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

(Bettina Isengard/Thorsten Schneider)

14 Lebenssituation von Älteren

Ein Ausgangspunkt aktueller gesellschaftspolitischer Diskussionen über ältere Menschen ist der Prozess des demographischen Alterns, der sich seit Beginn des letzten Jahrhunderts vollzieht. Kennzeichen dieses Prozesses sind die absolute Zunahme älterer Menschen ab 60 Jahre sowie der Rückgang des Anteils der jüngeren Jahrgänge bei einer gleichzeitigen Zunahme des Anteils älterer Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung, darunter ist insbesondere ein Anstieg hochaltriger Menschen über 80 Jahre zu verzeichnen (vgl. Teil I, Kap. 1). Mit der quantitativen Strukturverschiebung in der Altersverteilung der Bevölkerung sind unterschiedliche Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche verbunden, die mit negativen wie auch positiven Bildern über das Altern und die Lebenssituation von älteren Menschen einhergehen. Im Mittelpunkt der Analyse steht hier die Altersgruppe ab 70 Jahren, die nahezu vollständig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist. Neben der Untersuchung von spezifischen Merkmalen der heutigen älteren Bevölkerung wird die soziale Integration und das subjektive Wohlbefinden älterer Menschen betrachtet.

14.1 Soziodemographische und -ökonomische Merkmale

Bei den über 70-Jährigen zeigen sich die typischen demographischen Kennzeichen der heutigen älteren Generation (vgl. Tab. 1). Durch die höhere Lebenserwartung von Frauen und die nachwirkenden Kriegsfolgen hat sich das Geschlechterverhältnis verschoben. Zwei Drittel der über 75-Jährigen sind Frauen.

Neben der abweichenden Zusammensetzung der Geschlechter ist die Veränderung in der Form des Zusammenlebens das deutlichste strukturelle Unterscheidungsmerkmal. So ist noch jeder zweite 70- bis 74-Jährige verheiratet und lebt mit einem Ehepartner zusammen. In der Altersgruppe ab 75 Jahren verschiebt sich das Verhältnis hin zu Alleinlebenden, und der Anteil der Verwitweten nimmt deutlich zu. Dementsprechend steigt auch der Anteil der Ein-Personen-Haushalte über die Altersgruppen. 62 % der westdeutschen beziehungsweise 56 % der ostdeutschen über 75-Jährigen leben allein.

Die demographische Zusammensetzung der älteren Bevölkerung in Ostdeutschland weist keine grundlegenden Unterschiede im Vergleich zu Westdeutschland auf. In Bezug auf das Wohlstandsniveau zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede. Der Mittelwert des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens liegt in Westdeutschland bei 1 320 Euro und in Ostdeutschland bei 1 075 Euro. In Westdeutschland unterschreiten die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der äl-

Tab. 1: Strukturmerkmale der älteren Bevölkerung 1999

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt ¹	70-74 Jahre	75 Jahre und älter	Insgesamt ¹	70-74 Jahre	75 Jahre und älter
	in %					
Geschlecht						
Männer	47	38	31	48	31	34
Frauen	53	62	69	52	70	66
Familienstand						
Ledig	26	6	8	25	2	6
Verheiratet, zusammenlebend	56	54	30	55	55	32
Verheiratet, getrennt lebend	2	1	0	2	1	–
Verwitwet	10	32	56	9	36	54
Geschieden	7	7	6	9	6	8
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalte	22	42	62	19	38	56
2-Personen-Haushalte	35	52	34	36	57	38
3- und Mehr-Personen-Haushalte	43	5	4	45	5	6
Partnerschaft						
Partnerschaft vorliegend ²	73	61	37	73	58	38
Haushaltsnettoeinkommen ³						
Durchschnitt in EUR	1320	1280	1190	1075	1050	1150

1 Alle Personen ab 16 Jahren.

2 Einschl. außerhalb des Haushaltes bestehender Partnerschaft.

3 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (Haushaltsvorstand Gewicht von 1, jede weitere Person im Haushalt über bzw. unter 14 Jahre ein Gewicht von 0.5 bzw. 0.3).

Datenbasis: SOEP 1999.

teren Bevölkerung geringfügig den Landesdurchschnitt. Über dem Landesdurchschnitt liegen die Einkommen hingegen bei den über 75-Jährigen in Ostdeutschland. Die Abweichung vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen beträgt hier sieben Prozentpunkte. Eine grundlegende ökonomische Schlechterstellung der über 70-Jährigen lässt sich in Bezug auf das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen nicht feststellen.

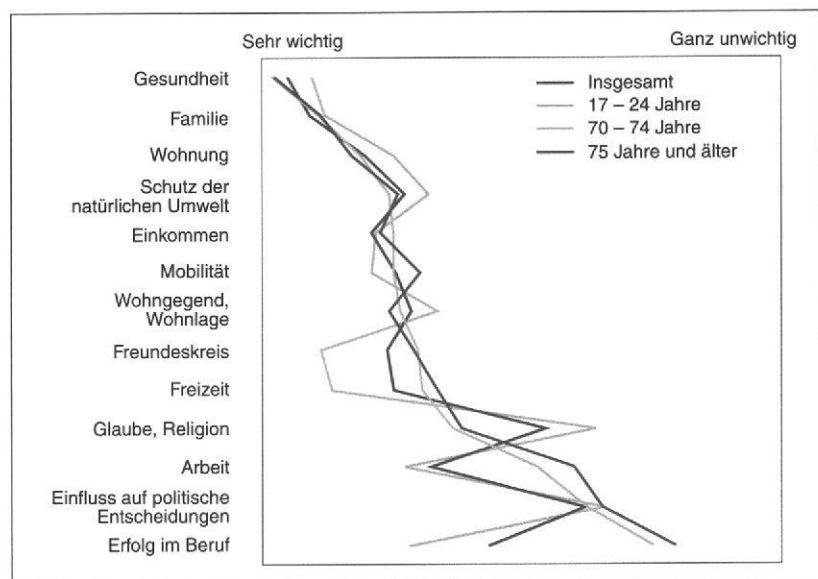
14.2 Wichtigkeit von Lebensbereichen

Die Angaben zu der Bedeutung von Lebensbereichen für das subjektive Wohlbefinden reflektieren die Einstellungen und Wertvorstellungen gegenüber der tatsächlichen sowie der erwünschten Lebenssituation innerhalb von privaten und öffentlichen Lebensbereichen (vgl. Teil B, Kapitel 2). Die beiden Bereiche Gesundheit und Familie stehen dabei nicht nur im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen (vgl. Abb. 1), sondern auch bei der Mehrheit der Befragten in beiden Landesteilen an erster Stelle: Mehr als 80 % der 17- bis 24-Jährigen und über 90 % der über 70-Jährigen in Ost- wie in Westdeutschland stufen die Gesundheit

als sehr wichtig ein. In gleicher Weise nimmt die Familie einen hohen Stellenwert bei den älteren wie auch bei den jüngeren Befragten ein. Kontrastiert man die jüngste Altersgruppe der 17- bis 24-Jährigen mit den über 70-Jährigen, so finden sich neben den berufsbezogenen Aspekten auch Unterschiede in der Bedeutung, die dem Freundeskreis und der Freizeit zugeschrieben werden: Jüngere erachten diese beiden Bereiche als deutlich wichtiger für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit als die Älteren. Demgegenüber nimmt die Bedeutung der Erwerbsarbeit nach dem Ausstieg aus dem Berufsleben erwartungsgemäß ab: Arbeit und Erfolg im Beruf werden als weniger wichtig für das Wohlbefinden erachtet. Eine größere Bedeutung schreiben die beiden älteren Altersgruppen in Westdeutschland dem Glauben bzw. der Religion sowie der Wohnung und der Wohnumgebung zu.

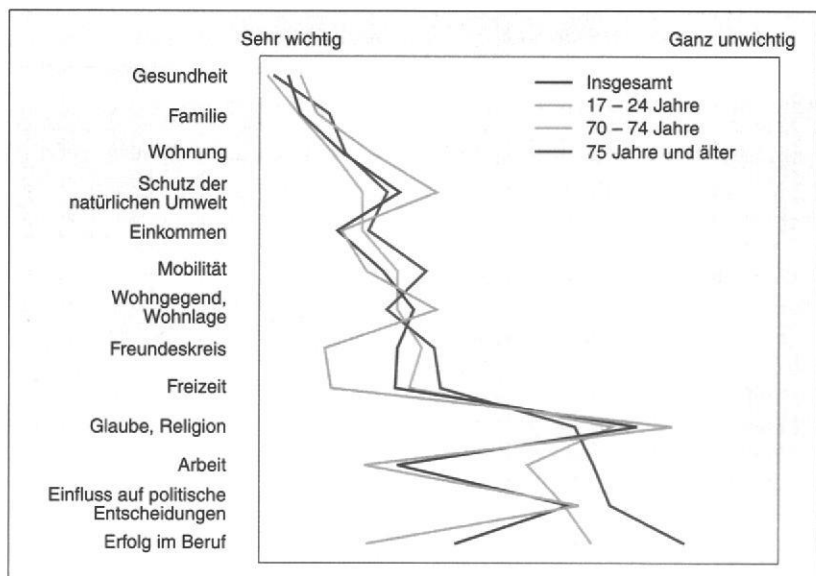
In Ostdeutschland findet sich eine im Gesamten wie auch innerhalb der einzelnen Altersgruppen ähnliche Struktur in der Beurteilung der Wichtigkeit von Lebensbereichen für das subjektive Wohlbefinden wie in Westdeutschland (vgl. Abb. 2). Als etwas ausgeprägter erweisen sich hier nur die Unterschiede zwischen den beiden ältesten Gruppen bei den berufsbezogenen Aspekten. Hier hebt sich die höchste Altergruppe der über 75-Jährigen stärker von der Gruppe der 70- bis 74-Jährigen ab. Demgegenüber schreiben beide Altersgruppen in Westdeutschland der Arbeit und dem Erfolg eine gleichermaßen niedrige Bedeutung zu.

Abb. 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen nach Altersgruppen in Westdeutschland



Datenbasis: SOEP 1999.

Abb. 2: Wichtigkeit von Lebensbereichen nach Altersgruppen in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1999.

14.3 Soziale Integration

Die Debatte um die gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen wird vornehmlich unter dem Aspekt des ehrenamtlichen Engagements geführt. Dabei wird auf die Ressourcen und Kompetenzen verwiesen, die ältere Menschen der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Im gleichen Maße stellt die Teilnahme in Vereinen und Organisationen aber auch einen Indikator für die soziale Integration älterer Menschen in die Gesellschaft dar.

Im Allgemeinen sind mit dem Alter sowohl Prozesse des stärkeren Engagements als auch eines Disengagements denkbar. Mit der Entbindung von beruflichen Pflichten und dem Eintritt in den Ruhestand ergeben sich einerseits Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer aktiven und sinnvollen Freizeitgestaltung. Andererseits ist im Alter auch ein Rückzug aus Vereinen und Organisationen aus verschiedenen Gründen denkbar: Gesundheitliche Beeinträchtigungen können den Aktivitätsspielraum einschränken und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschweren. Ein solcher Rückzug kann noch verstärkt werden, wenn kein altersgerechtes Angebot von Seiten der Vereine und Organisationen vorhanden ist. Ak-

tivitätseinbußen können aber auch kompensiert werden, indem Aktivitäten, die nicht mehr ausgeübt werden können, durch andere ersetzt werden.

Das im Folgenden betrachtete Spektrum sozialer Aktivitäten reicht von kollektiv geteilten Aktivitäten, wie dem Besuch von kulturellen Veranstaltungen und aktivem Sport, bis hin zu eher produktiven Tätigkeiten, wie dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten sowie dem Kirchgang bzw. dem Besuch von religiösen Veranstaltungen. Knapp ein Viertel der westdeutschen und mehr als ein Drittel der ostdeutschen über 70-Jährigen üben keine dieser Tätigkeiten in ihrer Freizeit aus. Damit liegt die Quote der Nichtbeteiligung an sozialen Aktivitäten bei den Älteren deutlich über dem gesamtgesellschaftlichen

Tab. 2: Niveau sozialer Beteiligung 1999

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Gesamt- popu- lation ¹	Ältere Population			Ge- samt- popu- lation ¹	Ältere Population		
		Insge- samt ²	70–74 Jahre	75 Jahre u. älter		Insge- samt ²	70–74 Jahre	75 Jahre u. älter
Keine soziale Beteiligung	12	23	15	29	22	38	37	39
Soziale Beteiligung, davon ³ :								
1	25	38	31	44	37	48	47	49
2	32	34	34	34	37	37	37	37
3	27	19	22	17	21	12	11	13
4	16	9	14	6	6	3	5	1
	Mittelwert							
Durchschnittliches Aktivitätsniveau ⁴	1,4	1,5	1,5	1,5	1,3	1,3	1,3	1,4

1 Alle Personen ab 16 Jahren.

2 Alle Personen über 70 Jahre.

3 Anzahl der Tätigkeiten, die »jede Woche«, »jeden Monat« oder »selten« ausgeübt werden. Hierzu zählen: Besuch kultureller Veranstaltungen, aktiver Sport, ehrenamtliche Tätigkeit und Kirchgang bzw. Besuch von religiösen Veranstaltungen.

4 Durchschnittliche Aktivität über alle vier ausgeübten Tätigkeiten auf einer Skala von 1 = selten bis 2 = jede Woche/jeden Monat.

Datenbasis: SOEP 1999.

Durchschnitt (vgl. Tab. 2). Zwischen den beiden höchsten Altersgruppen zeigen sich allerdings Unterschiede innerhalb der beiden Landesteile. Während in Ostdeutschland die beiden ältesten Gruppen zu gleichen Teilen – mit 37 bzw. 39 % – nicht partizipieren, stellt sich in Westdeutschland ein Rückgang der Beteiligung erst in der höchsten Altersgruppe ein. Hier nimmt der Anteil bei den über 75-Jährigen von 15 auf 29 % zu.

Das gesellschaftliche und soziale Engagement älterer Menschen konzentriert sich auf eine geringe Anzahl von Tätigkeiten (vgl. Tab. 2). Am häufigsten wird von den über 70-Jährigen eine von vier Aktivitäten (West: 38 %, Ost: 48 %) ausgeübt. Insgesamt ist ein geringer Anteil älterer Menschen in mehreren Formen beteiligt. Nur

9 % der westdeutschen und 3 % der ostdeutschen über 70-Jährigen, die sich sozial engagieren, üben gleichzeitig alle vier Tätigkeiten aus. Dabei erweist sich jedoch zumindest in Westdeutschland die Altersgruppe der 70- bis 74-Jährigen als deutlich engagierter als die älteren Gruppen. Gegenüber 6 % der über 75-Jährigen betätigen sich 14 % der 70- bis 74-Jährigen, die mindestens eine der vier Tätigkeiten ausüben.

Während die Anzahl ausgeübter Tätigkeiten mit dem Alter abnimmt, bleibt das durchschnittliche Aktivitätsniveau stabil (vgl. Tab. 2). Betrachtet man nur diejenigen, die mindestens einer der Formen sozialer Beteiligung selten bis jede Woche bzw. jeden Monat in ihrer Freizeit nachgehen, dann zeigen sich zwischen den Altersgruppen keine Unterschiede. In Westdeutschland liegt das durchschnittliche

Tab. 3: Regelmäßige Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten¹ 1999

	Kulturelle Veranstaltungen		Aktiver Sport		Ehren- amtliche Tätigkeit		Kirchgang, religiöse Veranstaltung	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Gesamtpopulation	15	14	34	23	15	11	21	8
Ältere Population, insgesamt	14	13	13	8	11	10	35	11
Altersgruppe								
70–74 Jahre	16	14	18	12	16	8	38	8
75 Jahre und älter	13	13	10	5	8	11	33	14
Geschlecht								
Männer	13	14	16	8	18	13	33	9
Frauen	14	13	12	8	7	9	36	13
Gesundheitszustand								
Sehr gut/gut	16	23	20	17	11	13	36	7
Zufrieden stellend	17	14	13	8	13	12	42	12
Weniger gut/schlecht	10	9	10	4	10	7	28	12

1 Die Antwortkategorien »jede Woche« und »jeden Monat« wurden zusammengefasst.

Datenbasis: SOEP 1999.

Aktivitätsniveau der über 70-Jährigen bei 1,5, in Ostdeutschland bei 1,3 auf der zweistufigen Skala von selten bis regelmäßig. Da das Niveau nicht im gleichen Maße abnimmt wie die Anzahl der Aktivitäten, ist davon auszugehen, dass soziale Aktivitäten, die im Alter aufgegeben werden, mit der Intensivierung anderer Tätigkeiten kompensiert werden.

Die Beteiligung in Vereinen und Organisationen kann über die Altersgruppen variieren, da die einzelnen Formen sozialer Beteiligung mehr oder weniger voraussetzungsreich für ältere Menschen sind. In Tabelle 3 sind die Aktivitäten dargestellt, die regelmäßig in der Freizeit ausgeübt werden. Im Allgemeinen nimmt die aktive Teilnahme bei allen betrachteten Beteiligungsformen mit dem Alter ab. Besonders eng ist dieser Zusammenhang beim aktiven Sport, der von 13 % (West) bzw. 8 % (Ost) der über 70-Jährigen gegenüber 50 % der unter 24-jährigen ost-

und westdeutschen Jugendlichen regelmäßig ausgeübt wird. Ausgenommen von diesem Muster des Rückgangs aktiver sozialer Beteiligung mit dem Alter ist der Kirchgang bzw. der Besuch von religiösen Veranstaltungen. Hier nimmt über die Altersgruppen der Anteil derjenigen zu, die einmal in der Woche oder im Monat in die Kirche gehen bzw. religiöse Veranstaltungen besuchen. 35 % der über 70-jährigen Westdeutschen gehen regelmäßig in die Kirche oder besuchen religiöse Veranstaltungen. Das insgesamt geringe aktive kirchliche Engagement in Ostdeutschland von 8 % wird zu einem Teil auf den gesellschaftspolitischen Kontext in der DDR zurückzuführen sein, der die Kirchen aus dem Alltag weitgehend verdrängt hatte. Andererseits sind es auch hier mit 14 % die über 75-Jährigen, die sich aktiver in der Kirche betätigen.

Ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede im Ausmaß gesellschaftlichen Engagements finden sich nur im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten in Westdeutschland: 18 % der westdeutschen über 70-jährigen Männer engagieren sich regelmäßig ehrenamtlich gegenüber 7 % der weiblichen Vergleichsgruppe. Dass der Gesundheitszustand eine wesentliche Ressource für eine aktive soziale Teilnahme ist, verdeutlichen die höheren Anteile einer regelmäßigeren Teilnahme beim Besuch von kulturellen Veranstaltungen und beim aktiven Sport bei älteren Personen, die ihren Gesundheitszustand als sehr gut bzw. gut bezeichnen. Im Allgemeinen gilt: Je schlechter der Gesundheitszustand im Alter subjektiv eingeschätzt wird, desto niedriger ist die aktive soziale Beteiligung. Dies trifft jedoch nicht für alle Formen sozialer Beteiligung in gleichem Maße zu. Ausgenommen sind die ehrenamtlichen Tätigkeiten und das kirchliche Engagement, die auch dann regelmäßig ausgeübt werden, wenn der Gesundheitszustand als zufrieden stellend bis weniger gut oder schlecht bezeichnet wird.

Weitere Informationen zum Thema Soziale Integration siehe Teil I, Kap. 7.2 und 7.4.

14.4 Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen

Eine hohe Zufriedenheit mit dem Leben und ein positives subjektives Wohlbefinden können ein Maßstab für ein »erfolgreiches Altern« sein, das heißt für eine geglückte Anpassung an situative und persönliche Veränderungen im Alter. Im Gegensatz zu der Wichtigkeit von Lebensbereichen (vgl. 14.2) spiegeln die allgemeine Lebenszufriedenheit sowie die Bereichszufriedenheiten die subjektiv erlebte Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und der erwünschten Lebenssituation wider. In Tabelle 4 sind die Zufriedenheitswerte und -anteile für drei ausgewählte Lebensbereiche dargestellt. In allen drei betrachteten Bereichen liegen die Zufriedenheitswerte in Ostdeutschland unter denen in Westdeutschland. Für den Lebensbereich Freizeit zeigt sich bei den älteren Befragten eine insgesamt über-

durchschnittliche Zufriedenheit. So weisen die über 75-Jährigen in Westdeutschland einen Wert von 8,5, in Ostdeutschland einen Wert von 7,7 auf der elfstufigen Zufriedenheitsskala auf, der deutlich über dem jeweiligen Landesdurchschnitt von 7,1 (West) bzw. 6,8 (Ost) liegt. Als etwas zufriedener gegenüber der Gesamtbevölkerung zeigen sich die Älteren ebenfalls mit ihrem Lebensstandard. Insbesondere in Ostdeutschland ist eine deutliche Mehrheit von 82 % der 70- bis 74-Jährigen mit ihrem Lebensstandard eher zufrieden. Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Gesundheit finden sich bei den älteren Befragten durchschnittliche Zufriedenheitswerte zwischen 4,8 und 5,6 auf der elfstufigen Skala. 38 % in Westdeutschland und 41 % der höchsten Altersgruppe in Ostdeutschland sind dabei eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein globales Maß subjektiven Wohlbefindens. Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, variiert das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau, das im Durchschnitt Werte von 7,1 (West) bzw. 6,5 (Ost) erreicht, nur geringfügig zwischen den Altersgruppen. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich nur insofern, als die ostdeutschen über 70-jährigen Frauen einen auffällig niedrigen Zufriedenheitswert von 6,4 auf der elfstufigen Skala aufweisen. Am deutlichsten beeinflusst die subjektive Bewertung des Gesundheitszustandes die gegenwärtige Lebenszufriedenheit älterer Menschen: Je schlechter der Gesundheitszustand beurteilt wird, desto niedriger ist die allgemeine Lebenszufriedenheit. Die beiden betrachteten Altersgruppen der 70- bis 74-Jährigen und über 75-Jährigen unterscheiden sich weniger hinsichtlich ihres subjektiven Wohlbefindens in den Bereichen Gesundheit, Freizeit und Lebensstandard als in ihrer objektiven

Tab. 4: Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen 1999

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt- popu- lation ¹	Ältere Population		Gesamt- popu- lation ¹	Ältere Population	
		70–74 Jahre	75 Jahre und älter		70–74 Jahre	75 Jahre und älter
Gesundheit						
Durchschnittliche Zufriedenheit ²	6,6	5,6	5,1	6,2	5,1	4,8
Eher unzufrieden (in %) ³	18	27	38	20	40	41
Eher zufrieden (in %) ³	70	49	48	62	41	39
Freizeit						
Durchschnittliche Zufriedenheit	7,1	8,2	8,5	6,8	7,6	7,7
Eher unzufrieden (in %)	15	4	5	14	11	7
Eher zufrieden (in %)	75	91	91	72	83	85
Lebensstandard						
Durchschnittliche Zufriedenheit	7,2	7,6	7,6	6,6	7,1	7,1
Eher unzufrieden (in %)	9	3	9	13	7	8
Eher zufrieden (in %)	81	86	82	72	82	79

1 Alle Personen ab 16 Jahren.

2 Durchschnittlicher Wert auf einer Skala von 0 = »ganz und gar unzufrieden« bis 10 = »ganz und gar zufrieden«.

3 Anteil der Befragten, die »eher unzufrieden« (0-4) bzw. »eher zufrieden« (6-10) sind.

Datenbasis: SOEP 1999.

Tab. 5: Allgemeine Lebenszufriedenheit, 1999

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Mittelwert ¹	
Gesamtpopulation	7,1	6,5
Ältere Population, insgesamt	7,0	6,5
Altersgruppe		
70–74 Jahre	7,0	6,5
75 Jahre und älter	6,9	6,5
Geschlecht		
Männer	7,0	6,8
Frauen	6,9	6,4
Gesundheitszustand		
Sehr gut/gut	8,4	8,1
Zufrieden stellend	7,6	7,0
Weniger gut/schlecht	5,7	5,4
Partnerschaft		
Partnerschaft vorliegend ²	7,0	6,6
Keine Partnerschaft	6,8	6,5

1 Durchschnittlicher Wert auf einer Skala von 0 = »ganz und gar unzufrieden« bis 10 = »ganz und gar zufrieden«.

2 Einschließlich außerhalb des Haushaltes bestehender Partnerschaft.

Datenbasis: SOEP 1999.

Lebenssituation, bei der insbesondere die älteste Gruppe einen hohen Anteil allein lebender Frauen aufweist. Die subjektive Lebenssituation älterer Menschen, gemessen an den hier betrachteten Lebensbereichen Lebensstandard und Freizeit sowie der allgemeinen Lebenszufriedenheit, lässt sich insgesamt als positiv bezeichnen. Die subjektive Beurteilung des Gesundheitszustandes stellt dabei eine wesentliche Größe für die Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit bei älteren Menschen dar.

Im Bereich der sozialen Integration zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen beiden Altersgruppen nur in Westdeutschland. Hier ist die jüngere Altersgruppe der 70- bis 74-Jährigen engagierter als ihre ältere Vergleichsgruppe. Für die aktive Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen, an Sport und innerhalb sozialer und kirchlicher Organisationen erweist sich der Gesundheitszustand als weniger einheitlich und variiert mit der jeweiligen Form sozialer Aktivität. Dies widerspricht dem Bild eines allgemeinen Rückzugs älterer Menschen aus sozialen Aktivitäten auf Grund gesundheitlicher Beeinträchtigungen. Bei dem hier betrachteten Spektrum von Beteiligungsformen ergeben sich durchaus Hinweise darauf, dass Aktivitäten, die im Alter aufgegeben werden, wie z. B. aktiver Sport, durch andere Tätigkeiten kompensiert werden, wie z. B. Kirchenbesuch. Die Frage, ob das eine von den Beteiligten auch als angemessener Ersatz für das andere wahrgenommen wird, muss allerdings offen bleiben.

(Anke Schöb)

15 Einstellungen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern

In der politischen Diskussion zur Frage des Verhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern stellen die Themen »Zuwanderungspolitik« und »Integrationspolitik« die Eckpunkte dar. Auch in Hinblick auf die öffentliche Meinung gegenüber Ausländern kann zwischen Einstellungen zum Zuzug von Arbeitsmigranten, Flüchtlingen oder anderen Zuwanderergruppen nach Deutschland einerseits und Einstellungen zu den bereits hier lebenden Zugezogenen und ihren Nachkommen andererseits unterschieden werden. Im Folgenden werden wir das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu beiden Themenkomplexen erläutern.

Weitere Informationen zum Thema Einstellungen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern siehe Teil I, Kap. 1.8.

15.1 Einstellungen zum Zuzug verschiedener Zuwanderergruppen nach Deutschland

Beim Themenkomplex »Zuwanderung« hat in den letzten Jahren eine Akzentverschiebung stattgefunden – weg von Grundsatzdebatten zum Asylrecht und zur Frage, ob Deutschland denn nun ein Einwanderungsland ist oder nicht, hin zur differenzierteren und pragmatischeren Auseinandersetzung mit konkreten Entwürfen für Zuwanderungsregelungen, »Green Cards« etc.

Tatsächlich spricht sich im Jahr 2000 jeweils eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung in West und Ost für eine – im Fragetext nicht näher spezifizierte – Begrenzung des Zuzugs der einzelnen in Tabelle 1 unterschiedenen Zuwanderergruppen (Arbeitnehmer aus EU-Staaten, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten, Asylsuchende und deutschstämmige Aussiedler) aus. Extrempositionen – uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten einerseits, völlige Unterbindung des Zuzugs andererseits – werden demgegenüber nur von einer mehr oder weniger großen Minderheit der Befragten vertreten.

Über die Zeit sind beim Meinungsbild zum Zuzug von Immigranten keine grundlegenden Veränderungen zu konstatieren. Im Westen ist eine gewisse Tendenz weg von den Extrempositionen zu beobachten, im Osten sind die Einstellungen zum Zuzug von Asylsuchenden und Aussiedlern seit Beginn der 90er-Jahre ein wenig restriktiver geworden. Damit dauern im Großen und Ganzen die Differenzen im Meinungsbild von West- und Ostdeutschen auch noch im zehnten Jahr nach der Wiedervereinigung an. Nach wie vor ist eine restriktivere Haltung der Ostdeutschen zu Arbeitsimmigranten festzustellen. 21 % plädieren für eine völlige

Tab. 1: Einstellungen zum Zuzug verschiedener Zuwanderergruppen nach Deutschland

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1992	1996	2000	1991	1992	1996	2000
	in %							
Arbeitnehmer aus EU-Staaten								
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	34	35	33	32	13	13	11	13
Zuzug soll begrenzt werden	56	56	55	62	62	63	51	66
Zuzug soll völlig unterbunden werden	10	9	12	7	25	24	38	21
Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten								
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	11	10	8	8	6	4	4	4
Zuzug soll begrenzt werden	61	62	59	72	56	59	46	57
Zuzug soll völlig unterbunden werden	28	28	33	20	39	36	49	40
Asylsuchende								
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	13	12	13	10	16	14	12	9
Zuzug soll begrenzt werden	65	65	66	74	69	67	67	71
Zuzug soll völlig unterbunden werden	22	23	22	16	15	19	21	21
Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa								
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	22	19	15	14	15	16	13	11
Zuzug soll begrenzt werden	68	71	74	76	73	73	69	74
Zuzug soll völlig unterbunden werden	10	10	12	11	12	11	18	15

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1996 und 2000.

Unterbindung des Zuzugs von EU-Arbeitnehmern, 40 % sind es sogar bei den Nicht-EU-Arbeitnehmern. Im Westen dagegen fordern lediglich 7 % bzw. 20 % eine solche vollständige Abschottung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern. In den Einstellungen zum Zuzug von Asylsuchenden und Aussiedlern bestehen wie schon 1991 nur geringe Unterschiede. Die etwas positivere Einstellung der Ostdeutschen zum Zuzug von Asylsuchenden, die direkt nach der Wiedervereinigung zu beobachten war, ist allerdings mittlerweile verschwunden.

Eine vollständige Abschottung gegenüber den verschiedenen Zuwanderergruppen befürworten in Ost und West vor allem Personen mit niedrigerer formaler Bildung (vgl. Tab. 2). Im Westen erweisen sich zudem ältere Befragte als restriktiver, vor allem in Hinblick auf den Zuzug von Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten. Ein solcher Zusammenhang zwischen Alter und Abschottungstendenzen gegenüber Zuwanderung ist im Osten nicht zu erkennen. Ein ausgeprägter Nationalstolz geht demgegenüber wiederum in West und Ost mit einer stärkeren Befürwortung der völligen Unterbindung des Zuzugs der verschiedenen Zuwanderergruppen einher. Dabei gilt es zu beachten, dass – vor allem im Westen – der Nationalstolz in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Der Anteil derjenigen, die sehr stolz darauf sind, Deutscher zu sein, ist unter den Personen mit hoher formaler Bildung (W: 11 %; O: 12 %) und bei

Tab. 2: Befürwortung der völligen Unterbindung des Zuzugs verschiedener Zuwanderergruppen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asylsuchende	Deutschstämmige Aus-siedler aus Ost-europa	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asylsuchende	Deutschstämmige Aus-siedler aus Ost-europa
	in %							
Insgesamt	7	20	16	11	21	40	21	15
Altersgruppen								
18–39 Jahre	6	11	10	7	18	37	17	17
40–59 Jahre	6	21	17	12	24	38	23	15
60 Jahre und älter	8	31	22	13	21	44	22	15
Schulabschluss								
Hauptschule	9	28	24	15	24	48	28	20
Mittlere Reife	6	15	10	8	25	41	21	15
Fachhochschul-/Hochschulreife	1	9	5	4	6	23	9	7
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	4	14	10	7	15	37	15	11
Ziemlich	7	18	15	11	18	36	19	16
Sehr	11	35	27	14	37	52	35	22

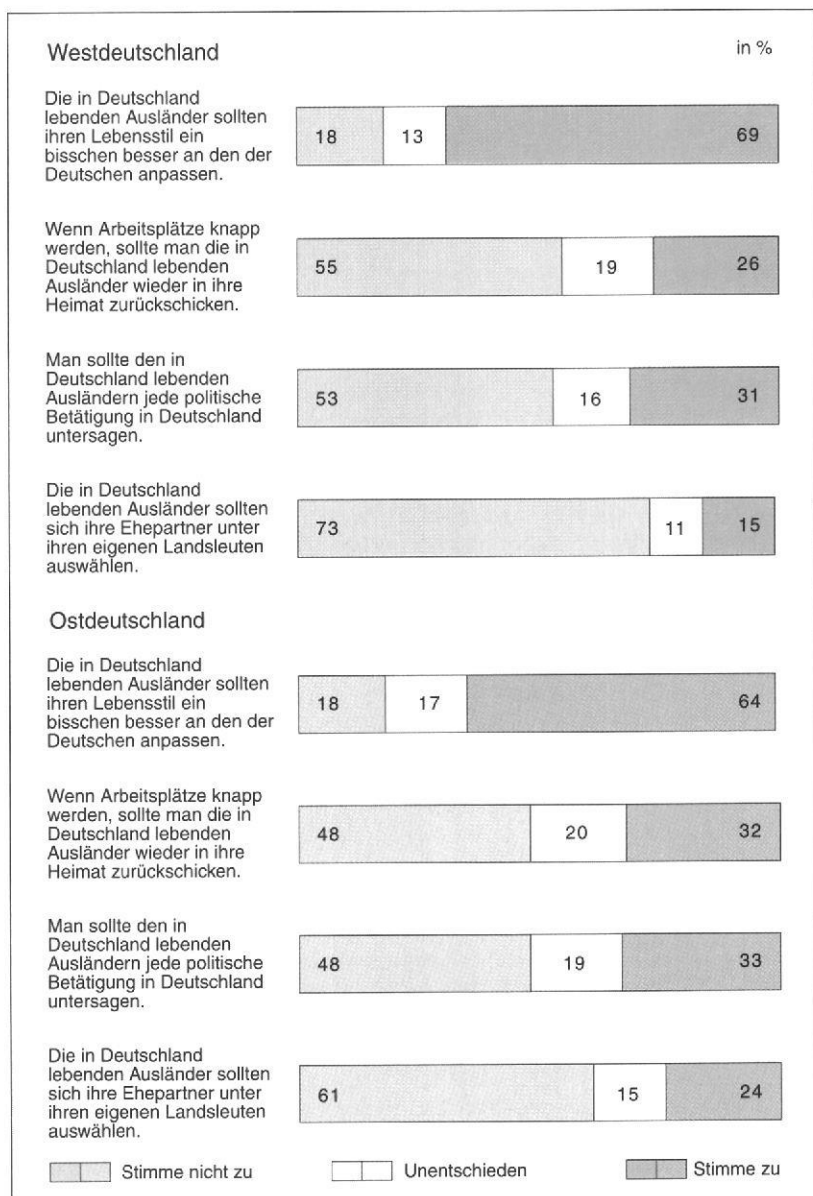
Datenbasis: ALLBUS 2000.

den unter 40-Jährigen (W: 11 %; O: 18 %) deutlich niedriger als bei den Personen mit höchstens Hauptschulabschluss (W: 31 %; O: 26 %) bzw. den Älteren ab 60 (W: 36 %; O: 25 %). Hier nicht näher dargestellte Analysen zeigen jedoch, dass der Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Einstellungen gegenüber Ausländern nur zum Teil auf diese sozialstrukturelle Verortung des Merkmals »Nationalstolz« zurückzuführen ist. Auch innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen geht ein höheres Maß an Nationalstolz häufig mit restriktiveren Einstellungen zur Zuwanderung einher. Besonders deutlich wird dies zum Beispiel im Fall der Asylsuchenden, deren Zuzug 20 % (West) bzw. 15 % (Ost) der Personen mit höchstens Hauptschulabschluss und keinem oder geringem Nationalstolz völlig unterbunden sehen wollen – gegenüber 35 % (West) bzw. 47 % (Ost) derjenigen Niedriggebildeten, die sehr stolz darauf sind, Deutsche zu sein.

15.2 Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern

In der aktuellen Diskussion zur »Integration« der bereits hier lebenden Ausländer wird weniger dieses Ziel generell in Frage gestellt – insbesondere für die schon lange hier ansässigen ehemaligen »Gastarbeiter« und ihre Nachkommen ist die-

Abb. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern



Datenbasis: ALLBUS 2000.

ses Ziel weitgehend Konsens –, als vielmehr darüber gestritten, wie dieser allgemeine Begriff mit konkretem Inhalt zu füllen ist, was alles zu einer erfolgreichen Integration dazugehört und welches der beste Weg ist, dieses generelle Ziel zu erreichen. Es geht also z. B. darum, welche institutionellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration geschaffen werden müssen, welche Bevölkerungsgruppe – Einheimische oder Zuwanderer – wie viel dazu beitragen muss, wie weit die eine Seite auf die andere zugehen soll etc.

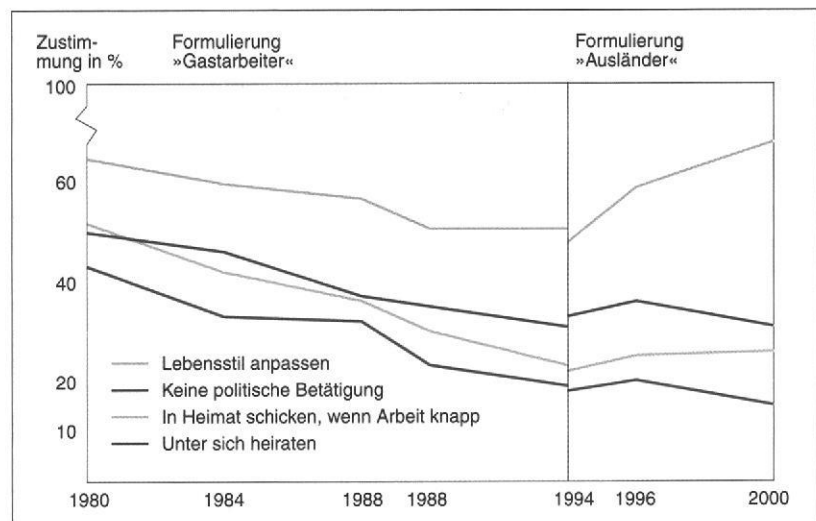
Von den vier Items im ALLBUS 2000, die verschiedene Aspekte einer ausländischer- bzw. integrationsfeindlichen Einstellung messen, findet nur eines mehrheitlich Zustimmung in der deutschen Bevölkerung (vgl. Abb. 1). Der Aussage »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen«, stimmen zwei Drittel zu. Diese Forderung nach »ein bisschen« mehr Anpassung der hier lebenden Ausländer deutet auf eine Vorstellung von Integration hin, die weniger das Leitbild einer »multikulturellen Gesellschaft« betont, sondern in erster Linie die Assimilation der Zugewanderten an die bestehende Kultur der Aufnahmegesellschaft in den Vordergrund stellt.

Alle anderen Aussagen in Abbildung 1 werden von den Befragten eher abgelehnt. Breitere Zustimmung mit jeweils etwa 30 % in West und Ost finden noch die beiden Forderungen nach einem Heimschicken der Ausländer bei knappem Arbeitsplatzangebot und nach einem Verbot jeglicher politischer Betätigung für Ausländer. Bei Letzterem ist allerdings nicht ganz klar, inwieweit dies auf eine Verweigerung der politischen Integration hindeutet – etwa im Sinne von »kein Wahlrecht für Ausländer« – bzw. inwieweit die Befragten hier eher an politische Betätigungen wie die Kurdenproteste denken, die nichts mit der politischen Kultur der Aufnahmegesellschaft zu tun haben, sondern vielmehr politische Konflikte aus den Herkunftsländern nach Deutschland hineinbringen. Die Forderung nach Rotation, die eher das alte Konzept des »Gastarbeiters« mit nur temporärem Aufenthalt in Deutschland widerspiegelt und damit das Gegenmodell zum Immigranten auf Dauer darstellt, findet (analog zur größeren Abschottungstendenz gegenüber Arbeitsmigranten) im Osten etwas mehr Anklang als im Westen. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Ausländer(zuzugs)problematik in den neuen Ländern vor dem Hintergrund der dortigen Arbeitsmarktsituation stärker von Konkurrenzängsten geprägt ist.

Die geringste Zustimmung findet die Aussage »Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen«. Die deutlich stärkere Präferenzierung der Endogamie bei den ostdeutschen Befragten (24 % Zustimmung gegenüber 15 % im Westen) lässt vermuten, dass im Osten der Republik, wo nach wie vor noch sehr wenige Ausländer leben, die soziale Distanz zwischen Deutschen und Ausländern größer ist als im Westen.

Betrachtet man, wie sich die Einstellungen über die Zeit verändert haben (vgl. Abb. 2), so ist bis 1994 ein relativ eindeutiger Trend auszumachen. Bei allen vier Items ist im Westen der Republik seit 1980 ein kontinuierlicher Rückgang – um insgesamt zwischen 15 (Lebensstilanpassung) und 30 Prozentpunkten (Heimschicken bei knapper Arbeit) – der Zustimmung zu den vier diskriminierenden

Abb. 2: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in Westdeutschland



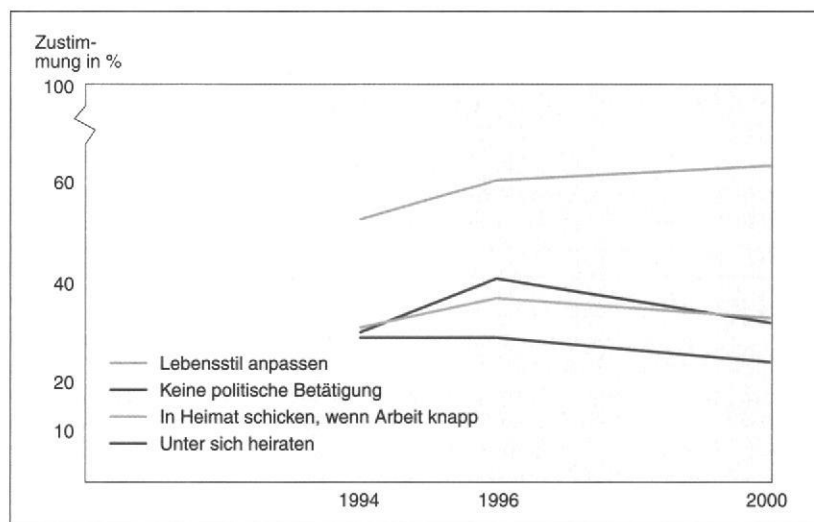
Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000.

Aussagen zu beobachten. Dieser Trend setzt sich in der jüngeren Vergangenheit nur noch in Hinblick auf das besonders hart formulierte Item zur Endogamie fort. Bei den anderen Items ist entweder eine Stagnation oder sogar eine Umkehrung dieses liberalen Trends erkennbar. Beim Item »Lebensstilanpassung« ist der im Jahr 2000 erreichte Prozentsatz zustimmender Antworten sogar höher als der Ausgangswert im Jahr 1980, ein Ergebnis, das mit der »Leitkulturdebatte« zusammenhängen könnte.

Bei der Betrachtung der Zeitreihen für die vier Items ist allerdings zu beachten, dass 1994 der bis dahin verwendete Begriff »Gastarbeiter« durch »in Deutschland lebende Ausländer« ersetzt wurde, um den veränderten Gegebenheiten und dem damit verbundenen geänderten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen. Wie man an den Zahlen für 1994, als beide Formulierungsvarianten bei jeweils der Hälfte der Befragten verwendet wurden, sehen kann, hatte dies allerdings kaum Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten. Die beschriebene teilweise Trendumkehr kann also nicht eine Folge dieser Formulierungsänderung sein.

Für Ostdeutschland (vgl. Abb. 3) liegen nur drei Messzeitpunkte, beginnend 1994, vor. Für den Zeitraum 1994 bis 2000 ist kein genereller Trend zu beobachten: für die politische Diskriminierung und die Rotationsforderung ist überhaupt keine eindeutige Tendenz erkennbar, bei den anderen beiden Items ist die Entwicklung der letzten Jahre vergleichbar mit der im Westen. Die Zahl derer, die fordern, dass Ausländer unter sich heiraten sollten, geht eher zurück, so dass die Ost-West-

Abb. 3: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1994, 1996, 2000.

Tab. 3: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	»Stimme zu«, in %							
Insgesamt	69	26	31	15	64	32	33	24
Altersgruppen								
18–39 Jahre	61	19	22	8	55	31	31	21
40–59 Jahre	68	27	30	14	66	30	30	24
60 Jahre und älter	80	32	42	26	73	35	39	28
Schulabschluss								
Hauptschule	75	33	39	22	73	42	39	37
Mittlere Reife	66	20	27	11	63	29	32	20
Fachhochschul-/Hochschulreife	57	15	15	6	51	21	23	10
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	50	16	18	9	55	21	22	15
Ziemlich	72	25	30	14	63	35	33	24
Sehr	81	35	45	26	80	42	48	36

Datenbasis: ALLBUS 2000.

Unterschiede hier auf einem niedrigeren Niveau der Diskriminierung bestehen bleiben. Die Zahl derer, die ein wenig mehr Lebensstilanpassung von den Ausländern einfordern, steigt – allerdings nicht in dem Maße wie im Westen, so dass diese Forderung mittlerweile von den Westdeutschen häufiger als von den Ostdeutschen vertreten wird.

Diskriminierende Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern sind bei Befragten mit niedriger formaler Bildung weiter verbreitet als bei Höhergebildeten (vgl. Tab. 3). Die Zustimmung zu den vier Items liegt bei Hauptschulabsolventen um etwa 20 Prozentpunkte höher als bei Abiturienten. Ebenso deutliche Einstellungsunterschiede sind auch zwischen Personen mit unterschiedlich starkem Nationalstolz zu erkennen, wobei die Personen, die »sehr stolz« sind, Deutscher zu sein, ausländerfeindlicher antworten. Während ausgeprägter Nationalstolz und niedrige Bildung in Ost und West gleichermaßen mit höherer Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Aussagen einhergehen, gibt es beim Alter einige Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern. Während im Westen ältere Befragte generell eher den diskriminierenden Aussagen zustimmen, gilt dies im Osten lediglich für die Forderung nach einer stärkeren Anpassung an den deutschen Lebensstil. Ansonsten sind die Ansichten von jüngeren und älteren Ostdeutschen recht ähnlich. Damit bestätigen sich hier insgesamt die bei den Abschottungstendenzen gefundenen Ergebnisse: Ausländerfeindliche Einstellungen sind in West und Ost eher bei Personen mit niedriger Bildung und ausgeprägtem Nationalstolz zu finden, im Westen zudem eher bei Älteren.

15.3 Kontakte zu Ausländern

Nur 15 % der westdeutschen und 24 % der ostdeutschen Befragten sind der Meinung, dass Ausländer ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten suchen sollten (vgl. Abb. 1). Das sieht auf den ersten Blick so aus, als wären Berührungsängste gegenüber Ausländern im privaten Bereich nicht allzu weit verbreitet. Aber die Zustimmung oder Ablehnung zu einer solchen allgemein formulierten, normativen Forderung ist eine Sache, das tatsächliche individuelle Verhalten eine andere.

Egal, ob nach Kontakten am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundeskreis gefragt wird, ist der Anteil derjenigen, die angeben, solche Kontakte zu haben, im Westen jeweils deutlich höher als im Osten (vgl. Tab. 4). Dies hängt natürlich in erster Linie damit zusammen, dass die Gelegenheiten zu solchen Kontakten sehr unterschiedlich sind. Während im Westen etwa sieben Millionen Ausländer leben, die 10,4 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, leben in den neuen Bundesländern lediglich 360 000 (2,4 %) (vgl. Teil I, Kap. 1.8). Dementsprechend stellen im Osten mit 63 % diejenigen die Mehrheit, die in keinem der vier Bereiche Kontakt mit Ausländern haben, während im Westen 69 % der Befragten mindestens in einem der Lebensbereiche Kontakt mit Ausländern haben. Relativ selten sind Kontakte innerhalb der eigenen Familie oder Verwandtschaft (23 %

Tab. 4: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis
	in %							
Insgesamt	23	43	37	49	9	18	13	18
Altersgruppen								
18–39 Jahre	30	59	40	65	9	22	16	28
40–59 Jahre	25	49	40	50	9	24	13	18
60 Jahre und älter	13	13	31	28	8	3	9	7
Schulabschluss								
Hauptschule	18	32	32	35	5	8	8	7
Mittlere Reife	27	45	43	59	9	19	12	19
Fachhochschul-/Hochschulreife	30	61	42	67	16	30	26	36
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	33	58	45	66	11	22	16	21
Ziemlich	19	39	36	47	8	16	12	16
Sehr	20	31	32	33	5	15	10	17

Datenbasis: ALLBUS 2000.

West, 9 % Ost), häufiger in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz und im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis. Jeder zweite Westdeutsche gibt an, Kontakte zu Ausländern im Freundes- und Bekanntenkreis zu haben. Fragt man allerdings danach, mit welcher Person – außerhalb des eigenen Haushalts – man am häufigsten privat zusammen ist (nicht in Tabelle ausgewiesen), nennen nur 5 % der Befragten eine nichtdeutsche Person.

Die Kontakte mit Ausländern in den verschiedenen Bereichen, insbesondere die freiwilligen Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis, sind in West und Ost unter Jüngeren und Gebildeteren häufiger. Letzteres mag eventuell auch damit zusammenhängen, dass die Jüngeren bereits mit der zweiten, hier geborenen Generation der ehemaligen »Gastarbeiter« aufgewachsen sind – zumindest im Westen, wo die Unterschiede zwischen den Altersgruppen auch ausgeprägter sind. Eine Ausnahme stellen allerdings die innerfamiliären Kontakte zu Ausländern im Osten dar. Diese sind bei jüngeren Befragten genauso selten wie bei älteren. Im Westen spielt auch der Nationalstolz eine Rolle. Die Personen, die gar keinen oder nur schwachen Stolz, Deutscher zu sein, äußern, haben in allen Bereichen – zum Teil deutlich – häufiger Kontakte zu Ausländern. Dies lässt sich möglicherweise so erklären, dass die »stolzen« Westdeutschen den Kontakt mit Ausländern vermeiden, weil sich ihr ausgeprägter Stolz aufs »Deutschsein« gerade über die Geringschätzung der Ausländer oder bestimmter Ausländergruppen definiert.

Geht man davon aus, dass Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern ein Indikator für eine gelungene Integration sind – insbesondere insoweit es sich um

Tab. 5: Befürwortung der völligen Unterbindung des Zuzugs von Angehörigen verschiedener Zuwanderergruppen in Abhängigkeit von Kontakten zu in Deutschland lebenden Ausländern

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asyl-suchen-de	Deutsch-stämmi-ge Aus-siedler aus Ost-europa	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asyl-suchen-de	Deutsch-stämmi-ge Aus-siedler aus Ost-europa
	in %							
Kontakt zu Ausländern								
Ja	5	16	12	9	19	32	14	13
Nein	10	30	25	14	22	44	25	17

Datenbasis: ALLBUS 2000.

Tab. 6: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in Abhängigkeit von Kontakten zu in Deutschland lebenden Ausländern

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebens-stil an-passen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politi-sche Betäti-gung	Unter-sich heira-ten	Lebens-stil an-passen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politi-sche Betäti-gung	Unter-sich heira-ten
	in %							
Kontakte zu Ausländern								
Ja	65	20	26	11	58	23	22	16
Nein	76	38	42	25	68	38	39	29

Datenbasis: ALLBUS 2000.

freiwillige, selbstgewählte Kontakte im Privatbereich handelt –, so könnten einige der dargestellten Ergebnisse eher optimistisch stimmen. Fast jeder zweite Westdeutsche hat im Freundes- oder Bekanntenkreis persönlichen Kontakt zu Ausländern, im Osten nimmt die Zahl derjenigen, die solche Kontakte berichten, langsam, aber stetig zu, und es sind gerade die Jüngeren, die häufiger über solche Kontakte verfügen. Aber gehen solche Kontakte eigentlich auch einher mit einer liberaleren Einstellung zur Immigration und zu den hier lebenden Ausländern? Dies scheint in begrenztem Umfang durchaus der Fall zu sein. Betrachtet man die Anteile derjenigen, die jeweils die eher ausländerfeindlichen Antwortkategorien bei den acht Einstellungsfragen gewählt haben – also die entweder den Zuzug bestimmter Zuwanderergruppen völlig unterbinden wollen oder die diskriminierenden Aussagen zustimmen –, so ist der Anteil dieser Personen unter denjenigen mit Kontakten zu Ausländern jeweils niedriger als bei denjenigen ohne Kontakte (vgl. Tab. 5 und 6).

(Achim Koch/Martina Wasmer)

D Sozialstruktur

16 Soziale Schichtung und soziale Lagen

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden gerade auch im Zusammenhang mit den Folgen der deutschen Wiedervereinigung wieder erhöhte Aufmerksamkeit. Im Vordergrund stehen dabei das Wohlstandsgefälle und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wie es in den vorangegangenen Kapiteln dokumentiert wurde. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation in Ostdeutschland verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer war zu erwarten, dass mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit der früher noch vergleichsweise homogenen Lebensbedingungen zunehmen und sich eine differenzierte Struktur der sozialen Schichtung entwickeln wird.

Soziale Schichtung und soziale Lagen sind Begriffe, die sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und auf die Position von Personen in einer Statushierarchie beziehen. Soziale Schichtung bezeichnet eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Begriffe wie »soziale Lagen« beziehen sich daneben auch auf so genannte neue soziale Ungleichheiten, die alte, durch soziale Schichtung determinierte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen. In Dimensionen »neuer« sozialer Ungleichheiten treten neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung auch subjektive Merkmale in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Weitere Informationen zum Thema Soziale Schichtung und soziale Lagen siehe Teil I, Kap. 3.

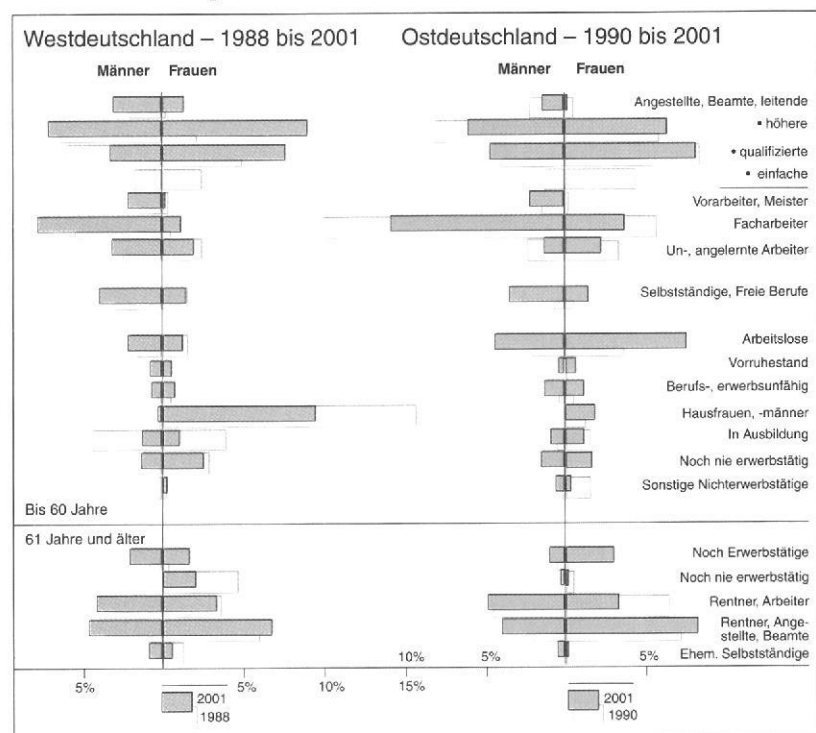
16.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das einzelne Elemente der sozialen Schichtung aufnimmt (vgl. Abb. 1). Die erwachsene Bevölkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60-Jährigen und nach insgesamt 20 Lagen der Erwerbs-

tätigen und der Nichterwerbstätigen aufgegliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahre 2001. Durch die Vergleichswerte zum Jahr 1990 in Ostdeutschland bzw. 1988 in Westdeutschland werden darüber hinaus die Richtung des sozialen Wandels und insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland illustriert. In Tabelle 1 werden ergänzend die Basisdaten der betrachteten Jahre 1988/1990 und 2001 dokumentiert. In Tabelle 2 wird dann aufgezeigt, dass und inwieweit mit den einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einhergehen, sowie in Tabelle 3 darüber hinaus dokumentiert, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch Unterschiede im Bereich des subjektiven Wohlbefindens verbunden sind.

Die massivsten Veränderungen der Sozialstruktur hat es nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gegeben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft hat sich eine zunächst zerklüftete Beschäftigungsstruktur entwickelt, die sich dann im Zeitverlauf zunehmend an die westdeutschen Strukturen angepasst hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen

Abb. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. In der westdeutschen Sozialstruktur fällt in vergleichbaren Größenordnungen lediglich die Abnahme des Anteils der bisher Nichterwerbstätigen auf, d. h. vorwiegend der Anteil von Hausfrauen und damit einhergehend die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei ist ein bemerkenswerter Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen.

Die Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt haben nahezu alle Gruppen umfasst. Aber dennoch sind auch heute noch in der gesamtdeutschen Sozialstruktur Nachwirkungen der hohen Erwerbsbeteiligung und Zentralität der Erwerbsarbeit der früheren DDR-Gesellschaft zu erkennen. Auch im Jahre 2001 finden sich zum Beispiel noch immer überdurchschnittlich große Anteile von männlichen, wenngleich nicht mehr wie noch früher von weiblichen Facharbei-

Tab. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1988/90 und 2001

	Soziale Lagen 1988/1990				Soziale Lagen 2001			
	Ost		West		Ost		West	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1988		2001			
	in %							
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./Höhere Beamte	2,1	0,4	2,1	0,2	1,3	0,1	3,0	1,3
Hochqual. Ang./Geh. Beamte	8,1	5,7	6,5	2,1	6,0	6,4	7,1	9,1
Qual. Ang./Mittl. Beamte ¹	4,1	8,4	6,1	4,9	4,6	8,2	3,2	7,7
Einf. Ang./Beamte ¹	1,4	4,4	1,0	2,4				
Meister/Vorarbeiter	1,5	0,3	1,6	0,1	2,1	0,0	2,1	0,1
Facharbeiter	15,1	5,8	5,4	0,5	10,9	3,7	7,8	1,1
Un-, angelernte Arbeiter	2,4	3,0	2,6	2,3	1,2	2,2	3,1	1,9
Selbstständige, freie Berufe	0,8	0,5	3,1	1,4	3,4	1,4	3,9	1,4
Arbeitslose	2,1	3,6	1,9	1,5	4,3	7,6	2,1	1,2
Berufs-, Erwerbsunfähige	0,5	1,1	0,6	0,5	1,2	1,1	0,6	0,7
Hausfrauen/-männer	0	1,6	0	1,6	0,3	1,8	0,2	9,6
Studium, Lehre	0,5	1,4	4,8	3,8	0,8	1,1	1,2	1,0
Vorruhestand	/	/	/	/	0,3	0,6	0,7	0,5
Noch nie erwerbstätig	0,1	0	0,2	2,7	1,4	1,6	1,3	2,5
Sonstige Nichterwerbstätige	0,1	2,5	0,4	0,1	0,5	0,3	0	0,2
61 Jahre und älter								
Noch erwerbstätig	0,6	0	0,9	0,4	0,9	3,0	2,0	1,6
Noch nie erwerbstätig	0	0,6	0	4,5	0,2	0,1	0	2,0
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,6	6,5	3,7	3,7	4,8	3,3	4,1	3,3
Rentner (ehem. Angestellte)	2,6	7,2	3,8	6,0	3,9	8,3	4,6	6,8
Rentner (ehem. Selbstständige)	0	0,4	0,7	1,3	0,4	0,9	0,8	0,5
	100		100		100		100	

1 2001: einfache und mittlere Angestellte, Beamte zusammengefasst.

/ nicht ausweisbar.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

tern. Der entsprechende Anteil bei den Männern hat zwar von 1990 bis 2001 um etwa ein Drittel abgenommen, er ist aber 2001 immer noch höher als in Westdeutschland.

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR dagegen mittlerweile weitgehend aufgelöst, trotz eines allerdings nach wie vor wesentlich höheren Anteils an Arbeiterpositionen bei den Männern. Die große, aber abnehmende Gruppe der Hausfrauen ist ein westdeutsches Phänomen, ebenso wie die Gruppe derjenigen Frauen, die noch nie erwerbstätig waren.

Beim Zeitvergleich West 1988–2001 und Ost 1990–2001 erkennt man den deutlichen Unterschied zwischen den Umbrüchen während der Transformation im Osten und der relativ undramatischen Entwicklung im Westen. Erwähnenswerte Trends im Westen sind die Abnahme des Anteils der Hausfrauen und die entsprechende Zunahme erwerbstätiger Frauen, vor allem von qualifizierten Angestellten. Im Osten hingegen finden sich markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen. Auch mit dem breiten Übergang in die Lagen des Vorruhe- und Ruhestands in den letzten Jahren hat sich die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt noch nicht stabilisiert. Nach wie vor manifestieren sich die Probleme des Arbeitsplatzabbaus in einem hohen Bestand an Arbeitslosen, insbesondere bei den Frauen, sowie in den vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner. Positiv entwickelt haben sich dagegen die Anteile der selbstständigen Männer und Frauen, die im Jahre 2001 praktisch das westdeutsche Niveau erreicht haben.

Die Erwerbsquoten in Ostdeutschland entsprechen in etwa den Erwerbsquoten in Westdeutschland, beschreiben aber insofern eine andere Realität, als in der DDR die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen die Norm war. Die auch heute noch beobachtbare deutliche Arbeitsorientierung (vgl. Teil II, Kap. 4) ist dafür ein wichtiges Indiz. Deshalb kommt dem erzwungenen Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit auch eine andere Bedeutung zu. In einer Gesamtbetrachtung der sozialen Lagen in West und Ost dominiert erwartungsgemäß die westdeutsche Struktur, zumal nahezu alle ostdeutschen Veränderungen der letzten Jahre als Angleichung an westdeutsche Strukturen interpretiert werden können.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich beispielsweise in Einkommensunterschieden, im realisierten Lebensstandard sowie in der wahrgenommenen finanziellen Entwicklung (vgl. Tab. 2). Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft auch eine vorteilhaftere finanzielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hoch qualifizierte Angestellte und Beamte befinden sich vorwiegend im obersten Segment der Einkommensverteilung, während Arbeiterpositionen eher

Tab. 2: Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen
in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2001

Soziale Lagen	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Unterver- sorgung – Lebens- standard ²		Finanzielle Situation des Haushaltes hat sich im letzten Jahr ³ ...			
	West			Ost			West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Unters- tes	Mitt- leres	Obers- tes	Unters- tes	Mitt- leres	Obers- tes			+	-	+	-
	in %											
Bis 60 Jahre												
Leit. Ang./Höh. Beamte	2	19	35	-	-	-	0	-	49	7	-	-
Qual. Ang./Geh. Beamte	5	20	30	7	35	19	2	5	38	12	32	15
Einf., Mittl. Ang./ Beamte	12	21	22	31	24	5	7	8	33	15	20	16
Meister/Vorarbeiter	24	21	10	-	-	-	17	-	14	7	-	-
Facharbeiter	22	20	13	35	16	5	5	11	30	11	13	38
Un-, angelernte Arbeiter	39	21	3	-	-	-	25	-	29	18	-	-
Selbstständige, freie Berufe	6	16	50	13	18	16	0	0	39	6	35	29
Arbeitslose	62	7	0	52	8	0	21	23	7	47	16	41
Hausfrauen/-männer	28	21	8	-	-	-	15	-	19	15	-	-
Studium/Lehre							4	-	49	4	-	-
Noch nie erwerbstätig	38	4	4	-	-	-	6	-	22	13	-	-
61 Jahre und älter												
Noch erwerbstätig	17	13	31	-	-	-	12	-	18	25	44	19
Noch nie erwerbstätig	18	19	0	-	-	-	-	-	4	18	-	-
Rentner (ehem. Arb.)	12	31	10	12	30	0	10	1	9	13	9	15
Rentner (ehem. Ange- stellte, Beamte)	6	24	31	2	46	7	4	2	10	11	13	12

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen pro Kopf.

2 Anteil der Personen, die angeben, dass sie sich mindestens acht von vorgegebenen 19 Lebensstandard-Aspekten »nicht leisten können«.

3 +: »deutlich verbessert oder verbessert«; -: »deutlich verschlechtert oder verschlechtert«; fehlende Anteile auf 100 Prozent: »gleich geblieben«.

- Fallzahl zu gering.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden sind. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann liegt dabei die Gruppe der (Fach-)Arbeiter und der einfachen Angestellten näher am westdeutschen Niveau, als das für höher qualifizierte Gruppen der Fall ist.

Eine über die Einkommenssituation hinausgehende Betrachtung des erreichten bzw. nicht erreichten Lebensstandards (vgl. Teil II, Kap. 5) macht deutlich, dass mit den einzelnen sozialen Lagen auch erhebliche Unterschiede in der materiellen Versorgung einhergehen können. In Ost- und Westdeutschland finden sich vor allem bei den nicht (mehr) in das Erwerbssystem eingegliederten Gruppen und

bei unteren Berufsgruppen bemerkenswerte Anteile, die angeben, dass sie sich bestimmte Elemente des Lebensstandards »nicht leisten können«. Während insgesamt gesehen von der hier betrachteten Unterversorgung 10 % der Bevölkerung betroffen sind, steigt dieser Anteil bis auf 25 % bei un- und angelernten Arbeitern in Westdeutschland bzw. auf etwas über 20 % bei ost- und westdeutschen Arbeitslosen.

Während die hier betrachteten Daten zur Einkommenssituation über das Niveau der auf dem Arbeitsmarkt oder durch das Transfersystem erzielten materiellen Ressourcen und deren Verteilung informieren, verweisen die ausgewiesenen Daten zur Unterversorgung auf Möglichkeiten und Defizite der Ressourcenverwendung. Demgegenüber geben die Antworten auf die Frage, ob und wie sich die finanzielle Situation des Haushaltes im letzten Jahr verändert hat, Hinweise darauf, welche positiven und negativen Veränderungen der Lebensbedingungen mit den verschiedenen sozialen Lagen einhergehen. Deutliche finanzielle Verschlechterungen

Tab. 3: Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2001

Soziale Lagen	Zufriedenheit ¹ mit ...						Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ²		»Gesellschaft lebt im Wohlstand« Anteil ja	
	Einkommen		Lebensstandard		Leben					
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø								in %	
Bis 60 Jahre										
Leit. Ang./Höhere Beamte	8,0	–	8,4	–	8,2	–	7,3	–	89	–
Qual. Ang./Geh. Beamte	7,3	6,3	7,6	6,7	7,9	7,4	6,3	5,7	78	77
Einf., Mittl. Ang./Beamte	6,7	5,6	7,0	6,2	7,5	7,0	6,1	6,0	66	59
Meister/Vorarbeiter	6,3	–	7,0	–	8,2	–	5,5	–	74	–
Facharbeiter	6,5	5,6	6,9	6,6	7,4	6,9	5,5	5,5	59	37
Un-, angelernte Arbeiter	5,7	4,7	6,3	5,5	7,0	6,2	5,4	5,2	56	59
Selbstständige, freie Berufe	7,5	6,3	8,2	6,8	8,1	6,9	6,7	5,9	83	57
Arbeitslose	4,9	4,7	6,1	6,1	6,2	5,9	5,4	5,0	66	29
Berufs-/Erwerbsunfähige	5,8	–	6,1	–	6,5	–	5,4	–	60	–
Hausfrauen/-männer	7,0	–	7,4	–	7,7	–	6,0	–	68	–
Studium, Lehre	7,3	–	7,7	–	7,3	–	5,6	–	69	–
Vorruhestand	7,7	–	7,9	–	7,9	–	6,2	–	75	–
Noch nie erwerbstätig	5,6	–	6,6	–	7,5	–	6,5	–	71	–
61 Jahre und älter										
Noch erwerbstätig	6,5	–	7,6	–	7,8	–	6,2	–	71	–
Noch nie erwerbstätig	7,1	–	7,4	–	7,6	–	5,2	–	67	–
Rentner (ehem. Arbeiter)	6,8	6,7	7,1	7,1	7,3	7,3	5,2	5,4	67	43
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	7,7	6,9	7,9	7,4	7,8	7,2	6,2	5,7	76	56

1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

2 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

– Fallzahl zu gering.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

rungen finden sich in Westdeutschland vorwiegend bei solchen sozialen Lagen, die nicht unmittelbar mit dem Arbeitsmarkt verbunden sind. In Ostdeutschland werden derartige finanzielle Einbußen allerdings auch von Selbstständigen berichtet, was auf die zum Teil unsichere Perspektive dieser Berufsgruppe hinweist.

Mit den verschiedenen sozialen Lagen gehen jedoch nicht nur unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einher; auch das subjektive Wohlbefinden streut erheblich zwischen den einzelnen sozialen Lagen in Ost und West. Betrachtet man die Zufriedenheitsdimensionen Einkommen, Lebensstandard und die allgemeine Lebenszufriedenheit, ist das immer noch bestehende Wohlfahrtsgefälle zwischen West und Ost zu erkennen, und zwar für praktisch alle betrachteten sozialen Lagen. Abgesehen von den Rentnern, deren subjektives Wohlbefinden sich in allen drei betrachteten Dimensionen nicht oder nur wenig voneinander unterscheidet, weisen in Westdeutschland praktisch alle soziale Lagen ein höheres Wohlbefinden auf als die jeweils entsprechende Lage in Ostdeutschland.

Dass die einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche soziale Positionen in der vertikalen Gliederung der Gesellschaft repräsentieren, kann daran abgelesen werden, wie sich die jeweiligen Gruppen auf der vertikalen Unten-Oben-Skala (1 bis 10) verankern. An der Spitze ordnen sich erwartungsgemäß statushöhere Berufsgruppen ein, am unteren Ende beispielsweise die Gruppe der Arbeitslosen. Erwähnenswert im Ost-West-Vergleich ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen nicht mehr durchgängig über alle sozialen Lagen hinweg niedriger einstufen und sich nicht mehr so deutlich wie zu früheren Erhebungszeitpunkten von den Westdeutschen unterscheiden. Zumindest was die Verankerung in der Gliederung der Gesellschaft angeht, scheint sich der ehemals erhebliche Abstand in Ost und West verringert zu haben.

Dennoch variieren in Ost und West die Auffassungen darüber, ob man in der bundesdeutschen Gesellschaft im Wohlstand leben würde. Während die Zustimmung dazu zwar auch in Westdeutschland nach der sozialer Lage variiert, sich aber auf einem sehr hohem Niveau bewegt, findet diese Auffassung in Ostdeutschland insgesamt nur wenig Zustimmung.

Weitere Informationen zum Thema Soziale Lagen in Deutschland siehe Teil I, Kap. 3.5 und 3.6.

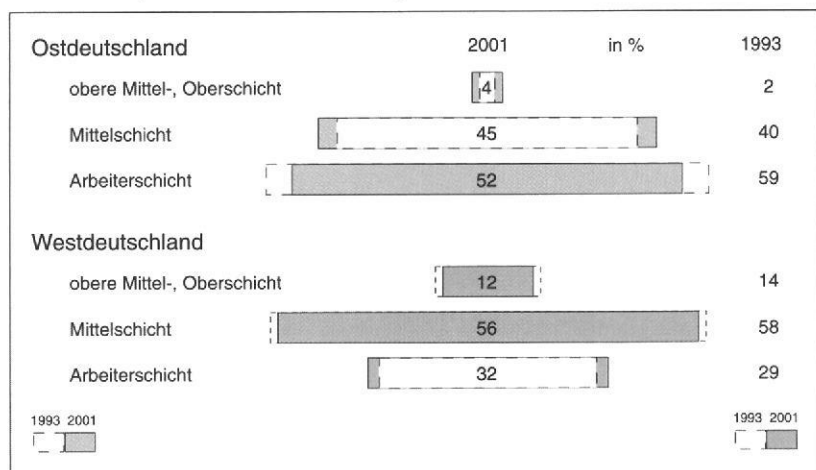
16.2 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine wesentliche Ergänzung des objektiven Bildes der Sozialstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und be-

werten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren – Fragen, die auch im Jahre 2001 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von Interesse sind.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, waren bis in die späten neunziger Jahre eklatant: Während sich für die neuen Bundesländer bis dahin eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergab, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, wies die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft auf (vgl. Abb. 2). Im Zeitvergleich von 1998 und 1990 wird

Abb. 2: Subjektive Schichteinstufung 1993 und 2001



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 2001.

darüber hinaus deutlich, dass sich diese Unterschiede im Zeitverlauf nur wenig verringert haben. Aber auch in Westdeutschland hat sich die subjektive Schichteinstufung über lange Zeiträume als erstaunlich stabil erwiesen.

Die Ergebnisse für 2001 deuten nun vor allem in Ostdeutschland erstmals auf einen Wandel hin: Der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, verringert sich deutlich, ohne allerdings bereits dem westdeutschen Niveau zu entsprechen. Mit 52 % identifiziert sich zwar immer noch eine Mehrheit der Ostdeutschen mit der Arbeiterschicht, aber der Anteil hat sich im Vergleich zu 1998 (61 %) offenbar deutlich verringert. Der Anteil derjenigen, die sich der Mittelschicht zurechnen, liegt mittlerweile bei 45 %.

In Westdeutschland betrachten sich dagegen etwa 30 % aller Bürger als der Arbeiterschicht zugehörig, und deutlich mehr als jeder Zweite identifiziert sich mit

der Mittelschicht. Auch der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zugehörig betrachten, ist im Westen mit 12 % erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 4 % der gesellschaftlichen »Elite« zurechnen. Die Anteile der Bürger, die sich keiner dieser Schichten zuzuordnen vermögen oder eine Einstufung ablehnen, sind verschwindend gering und unterscheiden sich in West- und Ostdeutschland nur unwesentlich. Tendenzen zur Angleichung der unterschiedlichen Strukturen, wie sie in Teilen bereits in den sozialen Lagen zum Ausdruck kommen, deuten sich nun offenbar auch bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit an.

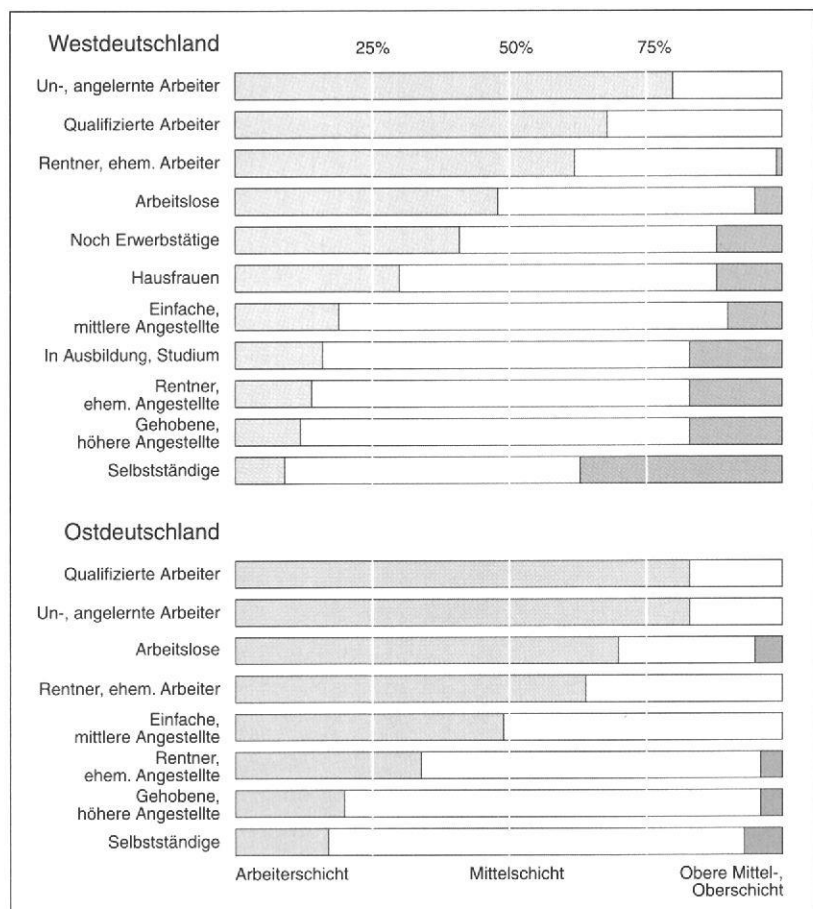
Tab. 4: Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1978 bis 2001

	Arbeiter- schicht	Mittel- schicht	Obere Mittel-, Oberschicht
	in %		
Westdeutschland			
1978	32	58	10
1980	33	57	10
1984	33	56	11
1988	27	59	14
1993	29	57	13
1998	29	59	12
1999	28	60	12
2001	32	56	12
Ostdeutschland			
1990	60	38	2
1993	58	40	2
1998	61	36	3
1999	57	41	2
2001	52	45	4

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978–2001.

Obwohl die subjektive Schichteinstufung nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt wird, sondern auch von dem zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben abhängt, ist in Ostdeutschland wie in Westdeutschland ein enger und in seinem Muster weitgehend identischer Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status festzustellen. Wer z. B. eine Arbeiterposition einnimmt oder eingenommen hat, identifiziert sich auch subjektiv überwiegend mit der Arbeiterschicht, wer einen Angestellten- oder Beamtenstatus hat, ordnet sich mit höherer Wahrscheinlichkeit der Mittelschicht zu (vgl. Abb. 3). Die Tatsache, dass sich Ostdeutsche über alle Statuskategorien hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der mit der Oberschicht identifizieren, macht zugleich deutlich, dass diese Differenzen nur in sehr begrenztem Umfang mit Unterschieden in der Verteilung auf die verschiedenen Statuskategorien erklärt werden können. Man kann daher davon ausgehen, dass die ostdeutsche Bevölkerung sich deshalb

Abb. 3: Subjektive Schichteinstufung nach sozialen Lagen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt niedriger einstuft, weil sie sich aus einer Perspektive der Unterprivilegierung und relativen Deprivation mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht.

(Roland Habich/Heinz-Herbert Noll)

17 Einkommensverteilung und Armut

Mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) lässt sich die Einkommensentwicklung seit Mitte der 80er-Jahre im Jahresverlauf zeitnah abbilden. Dabei zeigt sich, dass vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre eine erhöhte Zunahme der Ungleichheit erfolgte, die sich aber in der zweiten Hälfte nicht in gleicher Weise weiter fortgesetzt hat. Neben der Einkommensentwicklung wird im Folgenden auch die Einkommensverteilung im zeitlichen Verlauf betrachtet sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen alten und neuen Ländern dokumentiert. Ein besonderes Augenmerk gilt dem unteren Rand der Einkommensverteilung – der Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut, die im Detail auch für soziale Gruppen ausgewiesen wird. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt.

Weitere Informationen zum Thema Einkommensverteilung und Armut siehe Teil I, Kap. 4.3, 4.6, 3.2 und 16.

17.1 Daten und Methoden

Im Rahmen der jährlichen Befragungen des SOEP werden die Einkommen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuellen Haushaltsmitglieder summiert, aus denen dann unter Verwendung eines Steuer- und Sozialabgabenmoduls die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres abgeleitet werden. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuer-rückzahlungen implizit berücksichtigt. Zudem können auch Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum eingerechnet werden. Solche Komponenten sind bei den Monatseinkommen nicht berücksichtigt, die demgegenüber den laufenden Einkommensstrom im jeweils aktuellen Monat abbilden. Die beiden Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich der zeitlichen Erfassung, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil fehlender Werte beträgt ca. 9 %) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden eingerechnet [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen in so genannte bedarfsgewichtete »Äquivalenzeinkommen« umgerechnet (ältere OECD-Skala; vgl. Teil II, Kap. 3). Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland; die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt bei dieser Darstellung unberücksichtigt.

17.2 Einkommensentwicklung

Die verfügbaren Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP in Deutschland monatlich nominal von 815 Euro im Jahr 1991 auf 1109 Euro im Jahr 2000 gestiegen (vgl. Tab. 1). Die Jahreseinkommen haben sich in der Zeit von 1992 bis 1999 – die Einkommensangaben beziehen sich hierbei immer auf das jeweilige Vorjahr – von durchschnittlich 11 061 Euro auf 13 431 Euro erhöht. Bei diesen gesamtdeutschen Betrachtungen sind allerdings die insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung noch bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Da von Seiten des Statistischen Bundesamtes diesbezüglich keine Angaben im Zeitverlauf vorliegen, werden die nachfolgenden Berechnungen auf der Basis von Realeinkommen durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden. Mit Bezug auf das Basisjahr 2000 wird dabei rückblickend unterstellt, dass die Kaufkraftunterschiede sich in dem Maße abgebaut haben, wie die Preise in den neuen Ländern schneller gestiegen sind als in den alten (vgl. Tab. 1).

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten weisen ein in der Mitte der 90er-Jahre nachlassendes Einkommenswachstum auf, das sich aber mit Ausgang des Dezenniums wieder steigert. Ein differenzierter Blick auf die Realeinkommensentwicklung verdeutlicht, dass die zu Beginn der 90er-Jahre zu beobachtenden Einkommenszuwächse hauptsächlich in den neuen Ländern stattfanden – ausgehend von einem weit geringeren Wohlstandsniveau. In den alten Ländern ist der Realeinkommenszuwachs jedoch bereits seit Beginn der 90er-Jahre nur mehr gering ausgeprägt, erhöht sich aber an deren Ende wieder. In den neuen Ländern hat sich der zunächst sehr hohe Einkommensanstieg im weiteren Verlauf der 90er-Jahre sukzessiv verlangsamt. Der damit einhergehende Abbau der Einkommensunterschiede zu den alten Ländern setzt sich damit gegen Ende der 90er-Jahre nicht mehr weiter fort.

Die auf den Vorjahren basierenden Einkommensangaben zeigen einen ähnlichen Phasenverlauf; der Umfang der Wachstumsraten fällt in Zeiten hoher Zuwächse jedoch tendenziell niedriger, in Zeiten geringer Zuwächse jedoch eher höher aus, als der Verlauf der enger gefassten Monatsangaben.

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland
Mittelwert in EUR

Deutschland insgesamt	1985	1988	1991	1994	1997	2000
Äquivalenzeinkommen im Monat						
Nominal			815	954	1 020	1 109
Real			963	1 031	1 055	1 109
Steigerungsrate real (in %)				7,1	2,4	5,1
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr						
			1992	1994	1997	1999
Nominal			11 061	12 356	13 007	13 431
Real			12 645	13 352	13 447	13 687
Steigerungsrate real (in %)				5,6	0,7	1,8
Alte Bundesländer	1985	1988	1991	1994	1997	2000
Äquivalenzeinkommen im Monat						
Nominal	684	768	893	1 001	1 057	1 149
Real	855	952	1 043	1 080	1 092	1 149
Steigerungsrate real (in %)	11,4	9,6	3,6	1,2	3,6	5,2
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr						
	1985	1988	1991	1994	1997	1999
Nominal	9 025	9 937	11 389	12 908	13 389	13 827
Real	11 272	12 312	13 291	13 928	13 845	14 090
Steigerungsrate real (in %)		9,2	8,0	4,8	-0,6	1,8
Neue Bundesländer	1985	1988	1991	1994	1997	2000
Äquivalenzeinkommen im Monat						
Nominal			478	759	870	936
Real			621	827	899	936
Steigerungsrate real (in %)				33,1	8,7	4,2
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr						
			1992	1994	1997	1999
Nominal			7 295	10 040	11 364	11 716
Real			8 790	10 933	11 739	11 938
Steigerungsrate real (in %)				24,4	7,4	1,7
Preisindizes	1985	1988	1991	1994	1997	2000
Alte Bundesländer	80,1	80,7	85,7	92,7	98,1	100,0
Neue Bundesländer			77,0	91,8	96,8	100,0

Datenbasis: SOEP 1985–2000.

17.3 Ungleichheit und Angleichung

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung gibt die Einkommensanteile an, die ein bestimmter Teil der nach der Einkommenshöhe geordneten Bevölkerung innehat (Tab. 2). Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung im Jahr 2000 über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen, die reichsten 20 % haben demgegenüber etwa 36 % des monatlichen Gesamtein-

kommens zur Verfügung. Die Ungleichheit hat sich, basierend auf den Realeinkommen, nach einem Rückgang im Verlauf der 90er-Jahre gegen deren Ende wieder etwas erhöht. Dies geht auch aus dem summarischen Ungleichheitsmaß (Gini-Koeffizient) hervor. Die aus dem gesamtdeutschen Verlauf zunächst nach der Vereinigung zu beobachtende leichte Verringerung der Ungleichheit ist auf die unterschiedliche Einkommensentwicklung in den alten und neuen Ländern zurückzuführen.

In den alten Ländern hat sich die Einkommensungleichheit in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre zunächst etwas verringert, ist dann insbesondere in der ersten Hälfte der 90er-Jahre stark angestiegen, in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre erfolgt abermals ein eher stagnierender Verlauf, gefolgt von einem neuerlichen Anstieg der Ungleichheit am Ende der 90er-Jahre. Legt man die Vorjahreseinkommen zugrunde, so fällt der Anstieg der Ungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizient, in den alten Ländern stärker aus als bei den enger auf den stetigen Einkommensfluss fixierten Monatseinkommen.

In den neuen Ländern sind die Einkommen im Vergleich zu den alten Ländern von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zwar erfolgt zu Beginn der 90er-Jahre ein

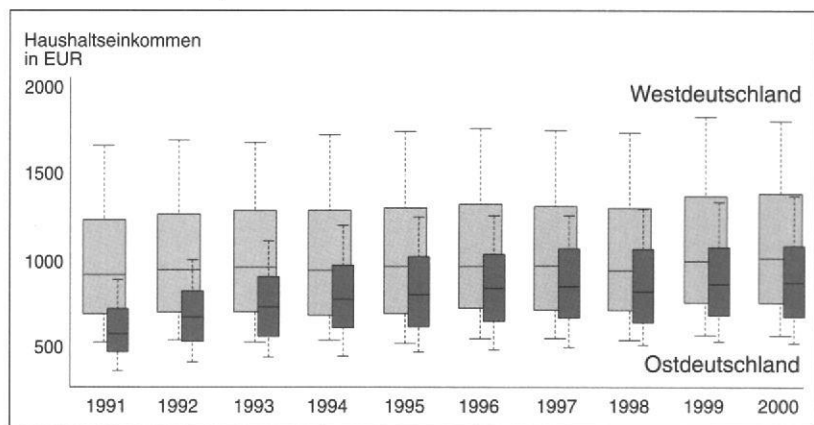
Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

Deutschland insgesamt		1991	1994	1997	2000		
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %		9,5	9,7	10,0	9,8		
Reichste 20 %		36,1	36,1	35,1	35,8		
Gini		0,266	0,263	0,250	0,259		
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Gini		0,286	0,288	0,283	0,283		
Alte Bundesländer		1985	1988	1991	1994	1997	2000
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %		9,4	9,6	9,8	9,5	9,8	9,6
Reichste 20 %		35,9	35,9	35,2	36,2	35,5	35,9
Gini		0,264	0,262	0,254	0,267	0,255	0,263
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Gini		0,280	0,269	0,277	0,293	0,292	0,292
Neue Bundesländer		1991	1994	1997	2000		
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %		11,5	10,7	11,0	10,9		
Reichste 20 %		30,8	31,5	31,5	32,5		
Gini		0,192	0,207	0,205	0,214		
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr							
Gini		0,215	0,227	0,224	0,222		

Datenbasis: SOEP 1985–2000.

Anstieg der Ungleichheit, der sich aber immer mehr verlangsamt. Erst am Ende der 90er-Jahre ist wiederum eine Zunahme der Ungleichheit in den neuen Ländern zu beobachten. Die jahresbezogenen Ungleichheitsziffern liegen im Unterschied zu den alten Ländern hier nur wenig höher als die der Monatsangaben. Die Ungleichheit ist so in den neuen Ländern auch am Ende der 90er-Jahre weit weniger stark ausgeprägt als in den alten.

Abb. 1: Die Entwicklung des Haushaltseinkommens (Nettoäquivalenzeinkommen) in West- und Ostdeutschland 1991–2000



Datenbasis: SOEP 1991–2000.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der Einkommensschwellen dokumentieren: die Breite der so genannten Boxplots (vgl. Abb. 1) dokumentiert den jeweiligen Bevölkerungsumfang; die mittlere Linie der Blöcke indiziert den jeweiligen Median – also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der mittleren Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittleren Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die Dezilsschwellen, die die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen – sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst. Die Abbildung zeigt anschaulich, wie sich im unteren Einkommensbereich die Realeinkommen in den neuen Ländern vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre schrittweise an die der alten Länder angeglichen haben, während die Realeinkommen in den alten Ländern über weite Strecken stagnieren. Dieser Angleichungsprozess verlangsamte sich aber in der zweiten Hälfte des Dezenniums. Die Abbildung macht aber zugleich auch deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern

weit weniger ausgeprägt ist und dies betrifft allem voran die Differenzierung im oberen Einkommensbereich. Lediglich 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern erreichen Einkommensverhältnisse, die über den mittleren Einkommensbereich in den alten Ländern hinausreichen.

17.4 Einkommensschichtung und relative Armut

Bei der Schichtung der Bevölkerung nach der Höhe der Einkommen muss zur Festlegung der relativen Position auf der Einkommensverteilung ein Referenzpunkt bestimmt werden, hinsichtlich dessen die individuelle Einkommensposition gemessen wird. Üblicherweise wird dazu entweder das arithmetische Mittel oder der Median verwendet. Im besonderen Fall der deutschen Vereinigung von zwei Regionen mit großen Unterschieden hinsichtlich des Wohlstandsniveaus wie auch der Wohlstandsverteilung ist zudem entscheidend, welche regionsspezifische Verteilung zur Ableitung der jeweiligen Einkommensschichtung herangezogen wird.

Die relative Einkommensschichtung gemessen an jeweils regionsspezifischen arithmetischen Mittelwerten (vgl. Tab. 3) folgt weitgehend den beschriebenen Trends im Bereich der Einkommensungleichheit. Der Bevölkerungsanteil unterhalb

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen
Bevölkerungsanteile in %

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet					
	1985	1988	1991	1994	1997	2000
Deutschland insgesamt (Mittelwert gesamt = 100 %)						
Relativer Wohlstand (150 %)			12,8	12,1	12,0	12,0
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)			11,0	10,6	10,2	10,2
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)			39,5	42,3	43,6	43,6
Prekärer Wohlstand (50–75 %)			26,7	26,0	26,2	25,1
Relative Armut (0–50 %)			10,0	9,1	8,1	9,1
Alte Bundesländer (Mittelwert ABL = 100 %)						
Relativer Wohlstand (150 %)	11,9	12,1	12,4	13,0	12,5	12,7
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	10,3	9,4	10,3	9,6	10,3	10,5
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)	42,0	44,7	42,5	42,2	41,9	41,4
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	24,6	23,8	26,1	25,8	26,5	25,8
Relative Armut (0–50 %)	11,2	10,1	8,8	9,4	8,9	9,7
Neue Bundesländer (Mittelwert NBL = 100 %)						
Relativer Wohlstand (150 %)			7,6	9,4	7,5	9,1
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)			12,6	10,8	11,9	11,9
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)			57,7	54,8	55,7	51,6
Prekärer Wohlstand (50–75 %)			18,0	17,5	18,7	21,6
Relative Armut (0–50 %)			4,1	7,5	6,2	5,8

Datenbasis: SOEP 1985–2000.

der 50-%-Schwelle hat sich in Deutschland im Verlauf der 90er-Jahre etwas vermindert, steigt am Ende der 90er-Jahre aber wieder an. Der Bevölkerungsanteil im relativen Wohlstand hat sich nach 1991 ebenfalls etwas verringert – infolgedessen ist die Ungleichheit zunächst gesunken. Bei alternativen Berechnungen auf Grundlage der Vorjahresangaben erhöht sich der jeweils in relativer Armut und Wohlbefinden befindliche Anteil der Bevölkerung; im Trend zeigt sich bei den Jahreseinkommen zudem am Ende der 90er-Jahre ein stärkerer Bevölkerungszuwachs im oberen Einkommenssegment.

Wie bereits anhand der Ungleichheitsentwicklung erläutert, verlaufen vor allem zu Beginn der 90er-Jahre die Einkommensentwicklungen in den alten und neuen Ländern noch unterschiedlich. In den alten Ländern hat sich der Bevölkerungsanteil im unteren Einkommenssegment bis gegen Ende der 80er-Jahre zunächst verringert, steigt bis Mitte der 90er-Jahre an, stagniert und nimmt am Ende der 90er-Jahre nochmals zu. Im obersten Einkommenssegment steigt der Bevölkerungsanteil bis Mitte der 90er-Jahre an, geht zurück und nimmt am Ende der 90er-Jahre abermals zu. Auch hier treten bei Berechnungen mit den Vorjahreseinkommen die aufgezeigten Entwicklungen noch schärfer zutage; insbesondere der Bevölkerungsanteil im obersten Einkommenssegment hat sich demzufolge seit Mitte der 80er-Jahre in den alten Ländern deutlich erhöht.

In den neuen Ländern sind bei Zugrundelegen der regionsspezifischen Verteilung infolge der geringeren Einkommensspreizung die Bevölkerungsanteile im untersten und obersten Einkommenssegment weitaus geringer und der Einkommensanteil im mittleren Einkommensbereich ist entsprechend höher besetzt. Im Trend hat bis Mitte der 90er-Jahre der Bevölkerungsumfang im unteren Einkommensbereich zunächst zugenommen, dieser Anteil sinkt aber wieder bis zum Ende der 90er-Jahre. Dieser Rückgang fällt bei den Monatseinkommen höher aus als bei den Jahreseinkommen. Gegenläufige Trends ergeben sich hinsichtlich der Entwicklung im oberen Einkommenssegment: die Monatseinkommen verweisen hier auf einen wechselhaften Verlauf mit einer neuerlichen Zunahme am Ende der 90er-Jahre, die Vorjahreseinkommen deuten demgegenüber am Ende der 90er-Jahre einen Rückgang bei der Besetzung der höheren Einkommen für die neuen Länder an.

Wenn man zur Erfassung von Armut auf die Sozialhilfestatistik zurückgreift, operiert man mit einem Armutsbegriff, bei dem der Eckregelsatz der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt das gesellschaftlich definierte Existenzminimum darstellt. Diese Armutsgrenze ist jedoch politisch sanktioniert und nicht notwendigerweise über die Zeit hinweg stabil. Deshalb bedarf es zur Überprüfung der Armutsentwicklung einer von der Sozialhilfe unabhängigen Armutsmessung.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf einem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Als arm gilt demnach, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 50 % des arithmetischen Mittels der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Zusätzlich werden Schwellenwerte zur Abgrenzung des so genann-

ten »prekären Wohlstandes« (75-%-Schwelle, Niedrigeinkommen) dargestellt. Bei neueren Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) findet inzwischen häufig auch die 60-%-Schwelle bezogen auf den Median Anwendung; diese Armutsschwelle ist weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefert damit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Armutsquoten.

Die Ableitung der Armutsschwellenwerte erfolgt ausschließlich auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2000; dies gilt auch für die Bestimmung der Armut innerhalb der alten und

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen
Bevölkerungsanteile in %

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet			
	1991	1994	1997	2000
Deutschland insgesamt (D gesamt = 100 %)				
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	36,7	35,0	34,3	34,3
50-%-Mittelwert (Armutsquote)	10,0	9,1	8,1	9,1
60-%-Median				
FGT(0) (Armutsquote)	12,0	11,0	11,1	11,5
FGT(1)	2,5	2,5	2,2	2,4
FGT(2)	0,9	0,9	0,7	0,8
Alte Bundesländer (D gesamt = 100 %)				
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	28,1	32,1	32,3	31,9
50-%-Mittelwert (Armutsquote)	6,5	8,0	7,4	8,5
60-%-Median				
FGT(0) (Armutsquote)	7,7	9,5	10,3	10,7
FGT(1)	1,6	2,2	2,1	2,3
FGT(2)	0,6	0,8	0,7	0,8
Neue Bundesländer (D gesamt = 100 %)				
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	73,8	47,1	42,3	44,6
50-%-Mittelwert (Armutsquote)	24,7	13,8	10,8	11,7
60-%-Median				
FGT(0) (Armutsquote)	30,2	17,1	14,1	14,8
FGT(1)	6,4	4,0	3,0	2,8
FGT(2)	2,2	1,4	1,0	0,8

Datenbasis: SOEP 1991 – 2000.

neuen Länder. Ältere Betrachtungen, in denen die beiden Landesteile als unabhängige Einheiten getrennt behandelt werden, lassen sich noch aus den regionspezifischen Verläufen der Einkommensschichtung (vgl. Tab. 4) nachvollziehen.

Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutspopulation anzeigt, gibt die zusätzliche Berücksichtigung der Armutslücke (poverty-gap, [FGT(1)]) darüber hinaus Auskunft über das Ausmaß der Armut, gemessen als Einkommensabstand, der zur Überwindung der Armutsschwelle fehlt. Das weitere Einbeziehen der Ungleichheit innerhalb der Ar-

mutspopulation [FGT(2)] gewichtet schließlich diejenigen innerhalb der Armutspopulation am stärksten, die am intensivsten von Armut betroffen sind.

Im Jahr 2000 haben demnach 9 % der Bevölkerung weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten Durchschnittseinkommens zur Verfügung (Tab. 4), insgesamt 34 % leben im Niedrigeinkommensbereich (75-%-Schwelle). Gemessen an der medianbasierten 60-%-Schwelle liegt die Armutsquote im Jahr 2000 etwas höher, bei 11,5 %. Bei alternativen Berechnungen auf Grundlage der Vorjahreseinkommen erhöhen sich die jeweiligen Armutsquoten um ca. zwei Prozentpunkte, der Bevölkerungsanteil im Niedrigeinkommensbereich bleibt jedoch gleich.

Die Darstellung der relativen Armut im zeitlichen Verlauf ist beim Zugrundelegen der gesamtdeutschen Verteilung vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre durch die unterschiedliche Einkommenslage der alten und neuen Länder beeinträchtigt. Übereinstimmend zeigt sich am Ende der 90er-Jahre ein gleich bleibender Bevölkerungsanteil im Niedrigeinkommensbereich, aber innerhalb dessen eine Zunahme der Armutsbetroffenheit und auch der Armutsintensität. Diese Entwicklung tritt in den alten Ländern bei alternativen Berechnungen anhand der Vorjahreseinkommen noch deutlicher zutage. In den neuen Ländern zeigt sich durch das Zugrundelegen der gesamtdeutschen Armutsschwelle in der ersten Hälfte der 90er-Jahre ein dramatischer Abbau der Armutsbetroffenheit infolge des starken Einkommenszuwachses. (Bei einer rein regionspezifischen Betrachtung würde sich hier infolge der geringen Ungleichheit ein langsamer Anstieg der relativen Armut, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau ergeben; vgl. Tab. 3). Am Ende der 90er-Jahre ist auch hier wiederum eine Zunahme der Armutsquote zu beobachten, die jedoch nicht mit einer Erhöhung der Armutsintensität einhergeht – dem Anstieg der Armutsbetroffenheit stehen offenkundig auch Verbesserungen gegenüber, die vor allem den ärmsten innerhalb der Armutspopulation zugute kommen. Für die neuen Länder ergibt sich eine deutlich höhere Betroffenheit von Armut als bei den alten Ländern – dieser Befund wird allerdings durch alternative Berechnungen anhand der Vorjahreseinkommen nicht unterstützt.

17.5 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, bei welchen individuellen Charakteristika, Familien- und Haushaltsformen unzureichende Haushaltseinkommen auftreten und welche Bevölkerungsgruppen demzufolge über- oder unterdurchschnittlich von Niedrigeinkommen und Armut betroffen sind. In den Tabellen 5a und 5b werden Armuts- und Niedrigeinkommensquoten für eine Reihe von sozialen Bevölkerungsgruppen ausgewiesen; diese Quoten beziehen sich auf die Einkommensverteilung der gesamten Bevölkerung des Jahres 2000. In der rechten Tabellenhälfte wird ergänzend dazu die Situation in den neuen Ländern dokumentiert. Daraus werden nachfolgend einige ausgewählte Ergebnisse präsentiert.

Tab. 5a: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Deutschland
nach Bevölkerungsgruppen im Jahre 2000

	Bevölkerung in Armut und Niedrigeinkommen (in %)					
	In Deutschland			Darunter: in den neuen Bundesländern		
	Bev.- Anteil	50 %	75 %	Bev.- Anteil	50 %	75 %
Bevölkerung insgesamt:		9,1	34,3		11,7	44,6
Geschlecht	100,0			100,0		
Männlich	47,8	9,1	33,3	48,0	10,8	45,5
Weiblich	52,2	9,2	35,3	52,0	12,6	45,7
Alter	100,0			100,0		
Bis 10 Jahre	11,0	15,6	51,9	7,7	24,3	71,5
11–20 Jahre	11,2	16,4	49,6	13,2	21,8	60,3
21–30 Jahre	11,4	10,7	37,0	11,3	12,7	48,5
31–40 Jahre	17,2	8,3	33,0	15,7	13,2	49,6
41–50 Jahre	13,8	7,3	30,8	15,1	9,8	45,4
51–60 Jahre	12,9	5,6	23,3	13,0	8,9	35,1
61–70 Jahre	11,8	5,7	26,9	13,3	4,2	29,9
71 Jahre und älter	10,8	4,8	25,1	10,5	3,2	24,5
Befragungspersonen		Bevölkerung ab 17 Jahre				
Insgesamt:		7,7	30,6		9,5	40,4
Nationalität	100,0			100,0		
Deutsch	92,4	6,6	28,4	99,3	9,2	40,1
Nicht deutsch	7,6	21,6	57,9	(0,7)	(45,2)	(72,6)
Familienstand	100,0			100,0		
Verh./zusammenlebend	56,5	6,8	30,5	54,8	7,1	37,2
Verh./getrennt lebend	1,7	15,4	40,7	1,8	25,9	67,4
Ledig	25,2	9,6	31,8	25,2	13,1	47,1
Geschieden	7,0	10,4	34,2	9,0	17,2	56,5
Verwitwet	9,7	4,8	23,9	9,2	3,5	19,9
Bildungsabschluss	100,0			100,0		
Hauptschule, ohne Abschluss	13,2	13,5	42,0	8,1	16,8	47,8
RS, FHS, Gymn. ohne Abschluss	4,5	8,4	32,4	3,1	10,6	53,9
Hauptschule, mit Abschluss	28,1	5,9	30,3	24,6	8,9	43,3
Realschule, mit Abschluss	23,8	5,5	27,4	37,5	9,6	45,5
FHS, Gymn., mit Abschluss	9,0	6,7	24,8	5,2	10,7	39,1
Sonstiges	5,3	18,7	55,0	2,7	25,7	45,6
FH, Uni	14,1	2,4	12,0	16,7	3,3	19,1
In Lehre, Schule, Studium	1,9	14,8	43,7	2,1	13,7	45,4
Erwerbsstatus	100,0			100,0		
Erwerbstätig, Vollzeit	40,3	3,4	20,4	39,8	4,5	31,1
Erwerbstätig, Teilzeit	14,1	8,5	34,9	10,5	14,2	50,2
Arbeitslos	5,6	27,3	68,2	12,5	27,5	73,2
In Ausbildung	4,5	16,6	47,8	4,4	16,0	54,9
Nicht erwerbstätig	35,5	8,0	32,4	32,7	6,3	33,8
Berufliche Stellung	100,0			100,0		
Un-/angelernter Arbeiter	15,6	11,3	44,5	11,5	15,1	56,8
Facharbeiter, Meister	15,1	4,2	30,2	23,2	4,3	38,5
Selbstständige	10,2	7,4	26,1	10,3	13,0	40,2
Auszubildende, Volontäre	4,7	15,0	49,6	6,9	17,6	60,1
Einfache Angestellte	11,7	5,0	27,5	12,1	7,2	38,5
Qualifizierte Angestellte	22,6	1,1	15,4	20,9	2,4	26,5
Leitende Angestellte	13,3	1,0	7,2	12,2	0,8	14,8
Einf./mittl. Beamte	2,2	1,1	9,2	1,4	2,7	8,7
Gehob./höhere Beamte	4,7	0,4	1,6	1,4	1,0	7,0

Datenbasis: SOEP 2000.

Tab. 5b: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen im Jahre 2000

	Bevölkerung in Armut und Niedrigeinkommen (in %)					
	In Deutschland			Darunter: in den neuen Bundesländern		
	Bev.- Anteil	50 %	75 %	Bev.- Anteil	50 %	75 %
Insgesamt:		9,1	34,3		11,7	44,6
Haushaltsgröße	100,0			100,0		
1-Pers.-Haushalt	18,1	6,2	25,6	16,9	9,1	39,1
2-Pers.-Haushalt	29,9	5,4	21,3	32,0	7,5	30,4
3-Pers.-Haushalt	19,9	8,1	33,3	23,6	9,7	46,8
4-Pers.-Haushalt	21,2	9,4	46,4	20,8	14,3	59,8
5-u. m. Pers.-Haushalt	11,0	25,6	62,3	6,7	39,0	73,4
Alter des HV	100,0			100,0		
Bis 45 Jahre	48,0	11,8	41,0	48,7	17,4	55,9
46–65 Jahre	35,0	7,3	28,8	34,2	7,5	37,6
66 Jahre und älter	17,0	5,2	26,5	17,1	4,4	27,2
Personengruppen	100,0			100,0		
Haushaltsvorstand	48,4	7,4	29,2	48,2	10,0	40,6
(Ehe-)Partner	24,6	6,6	29,8	26,2	7,7	38,2
Kind(er) bis 17 Jahre	18,7	15,6	50,7	17,1	23,0	66,0
Kind(er) ab 18 Jahre	7,1	11,1	39,7	7,6	10,9	47,2
Weitere HH-Mitglieder	1,1	19,7	45,6	0,9	22,9	32,2
Haushaltstypen	100,0			100,0		
Singlehaushalt	18,7	6,6	25,7	17,6	9,4	38,3
Paarhaushalt ohne Kind.	26,6	3,7	18,5	28,1	4,5	25,8
Paarhaush. mit mindj. K.	38,9	11,9	46,6	36,0	15,2	58,6
Einelternhausalt	4,2	30,6	67,0	5,9	42,6	81,3
Elternhausalt m. erw. K.	11,6	8,9	31,4	12,5	7,5	40,1
HH-/Lebenszyklus	100,0			100,0		
HV bis 45 Jahre						
Singlehaushalt	6,9	9,8	24,6	5,9	15,4	42,1
Paarhaushalt ohne Kind.	6,3	2,9	12,0	4,5	6,7	24,5
HV 46–65 Jahre						
Singlehaushalt	4,9	4,7	23,1	4,7	8,3	46,1
Paarhaushalt ohne Kind.	11,8	3,5	18,7	14,4	5,2	27,7
Paarhaush. mit mindj. K.						
Mit 1 Kind	15,8	6,6	36,4	18,6	8,4	50,1
Mit 2 Kindern	15,9	9,8	49,1	13,6	17,4	64,8
Mit 3 u. m. Kindern	7,2	27,9	63,4	3,8	45,1	82,3
Einelternhausalt	4,2	30,6	67,0	5,9	42,6	81,3
Elternhausalt m. erw. K.	11,6	8,9	31,4	12,5	7,5	40,1
HV 66 Jahre u. ä.						
Paarhaushalt ohne Kind.	8,5	4,5	23,2	9,2	2,3	23,4
Singlehaushalt	7,0	4,8	28,7	6,9	5,2	30,3
Gemeindegrößenklasse	100,0			100,0		
Unter 2 000 Einw.	8,9	11,8	42,5	23,2	13,1	47,8
2 000 bis 20 000 Einw.	32,2	9,7	36,4	31,4	11,8	46,8
20 000 bis 100 000 Einw.	26,5	7,8	32,1	17,7	12,4	46,6
100 000 bis 500 000 Einw.	18,5	8,3	33,2	19,4	10,0	38,5
über 500 000 Einw.	13,9	10,1	30,0	8,4	10,9	39,0
Mieter-Status	100,0			100,0		
Eigentümerhaushalt	48,6	5,3	26,7	39,9	7,9	41,1
Mieterhaushalt	51,4	12,7	41,4	60,1	14,3	46,9

Datenbasis: SOEP.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen. Die Armutsquote von Kindern bis zum Alter von 10 Jahren ist dreimal so hoch wie die der Älteren von mehr als 70 Jahren; mehr als die Hälfte der Kinder lebt im Jahr 2000 in prekären Einkommensverhältnissen, im Vergleich zu einem Viertel unter den Älteren über 70 Jahre, die mit Niedrigeinkommen leben. Diese Relation verschärft sich nochmals mit Blick auf die neuen Länder: Mehr als ein Fünftel der Kinder ist in den neuen Ländern von relativer Armut betroffen, nahezu zwei Drittel leben im Bereich niedriger Einkommen. Demgegenüber ist die Armutsquote der Älteren sogar niedriger als in den alten Ländern. Die Armutsquote der Kinder ist in den neuen Ländern damit mehr als fünfmal so hoch wie die der Älteren.

Sehr hohe Armutsquoten sind auch bei Ausländern anzutreffen; dies betrifft insbesondere die alten Länder, in den neuen Ländern ist der ausländische Bevölkerungsanteil sehr gering. Arbeitslose haben ein weit überproportionales Armutsrisiko, dies gilt in gleicher Weise auch in den neuen Ländern. Allerdings ist in den neuen Ländern die Arbeitslosenquote höher, so dass hier ein entsprechend höherer Anteil an Menschen von dem damit einhergehenden Armutsrisiko erfasst wird. Teilzeit- und geringfügig Erwerbstätige sind in den neuen Ländern im Allgemeinen stärker von Armut betroffen als in den alten. Sieht man von den Auszubildenden und Volontären ab, so finden sich innerhalb der Berufsgruppen die höchsten Armutsquoten erwartungsgemäß unter den un- und angelernten Arbeitern, gefolgt von den Selbstständigen. Facharbeiter und auch einfache Angestellte sind eher unterdurchschnittlich von Armut betroffen; die niedrigsten Armutsquoten haben qualifizierte und leitende Angestellte sowie Beamte. In den neuen Ländern sind auch die Selbstständigen (und Mithelfenden) überdurchschnittlich mit Armut und Niedrigeinkommen konfrontiert.

Differenziert nach Haushaltstypen sind die niedrigsten Armutsquoten bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familien- sowie Ein-Eltern-Haushalten zu finden. Betrachtet man die unterschiedlichen Haushaltstypen im Ablauf des Lebenszyklus, so fällt zunächst die eher überdurchschnittliche Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Hohe Armutsquoten haben vor allem Eineltern-Haushalte sowie Familien mit drei und mehr Kindern; bei einem Kind ist die Armutsquote eher unterdurchschnittlich (dies gilt aber nicht für die Niedrigeinkommen). Paarhaushalte ohne Kinder und Singlehaushalte haben im hohen Alter unterdurchschnittliche Armutsquoten, die Werte der neuen Länder liegen hier sogar noch niedriger als in den alten.

Hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen findet sich die höchste Armutsbetroffenheit bei den Landgemeinden sowie den Metropolen, die niedrigsten Armutsquoten bei den kleineren Großstädten. Die Betroffenheit von Niedrigeinkommen nimmt demgegenüber jedoch nahezu linear mit zunehmender Gemeindegröße ab. In den neuen Ländern ist auch hinsichtlich der Armutsquote eine nahezu lineare Abnahme mit zunehmender Gemeindegröße zu beobachten; höhere Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen im Vergleich zu den entsprechenden gesamtdeutschen Werten findet sich hier insbesondere bei den Kleinstädten und klei-

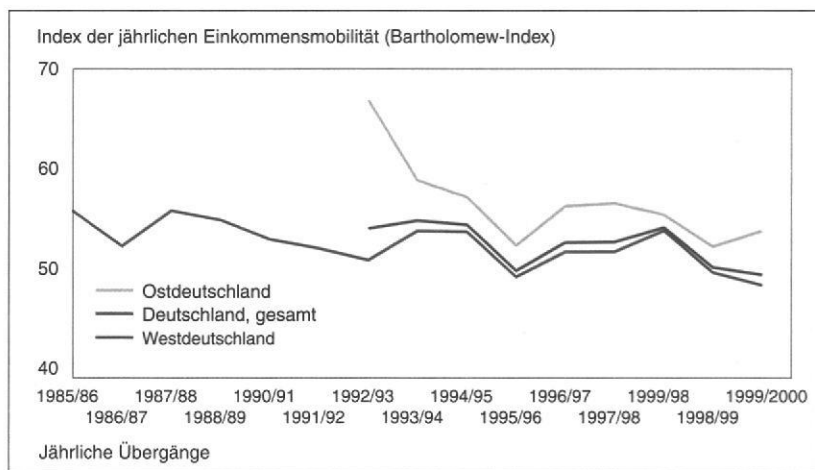
neren Großstädten. Mieter sind weitaus häufiger von Armut und Niedrigeinkommen betroffen als Eigentümer. Dies gilt auch in den neuen Ländern, wobei hier aber auch bei Eigentümern die Niedrigeinkommensquote deutlich höher liegt als im gesamten Bundesgebiet.

17.6 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Frage nach der Stabilität bzw. Dynamik von Einkommenspositionen im Zeitverlauf zielt beispielsweise darauf ab, ob es Personen und Haushalten gelingt, unvorteilhafte Positionen zu verlassen. Die hier angesprochene Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann auf mehrere Arten berechnet und dargestellt werden. Der so genannte Bartholomew-Index bezeichnet ein entsprechendes Mobilitätsmaß, mit dem der Umfang der Einkommensdynamik zwischen zwei Zeitpunkten abgebildet werden kann. Dazu werden fünf gleich große, nach der Höhe ihrer Einkommen geschichtete Gruppen (Quintile) betrachtet. Der Index gibt dann an, wie hoch oder wie niedrig die jährlichen Übergänge zwischen den einzelnen Gruppen sind.

Betrachtet man den Mobilitätsverlauf anhand dieses Mobilitätsmaßes (vgl. Abb. 2), so zeigen sich in Deutschland unmittelbar nach der Vereinigung zu Beginn der 90er-Jahre zunächst erhöhte Mobilitätswerte, die sich bis Mitte der 90er-Jahre jedoch verringern. In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre steigt die Mobilität zwischen den Einkommenspositionen wieder an, und geht am Ende wiederum zurück.

Abb. 2: Einkommensmobilität im Zeitverlauf-Index



Datenbasis: SOEP 1985–2000.

In den alten Ländern setzt sich damit ein Mobilitätsverlauf fort, der zunächst Mitte der 80er-Jahre erhöhte Mobilitätswerte anzeigt, die sich bis zum Einsetzen des Vereinigungsbooms zu Beginn der 90er-Jahre verringert haben. In den neuen Ländern ist erwartungsgemäß zu Beginn des Transformationsprozesses das Ausmaß der Dynamik besonders hoch, die Mobilitätswerte passen sich aber im weiteren Verlauf der 90er-Jahre an die gesamtdeutsche Entwicklung an. Im Unterschied zum gesamtdeutschen Trend sind jedoch an deren Ende in den neuen Ländern wiederum erhöhte Mobilitätswerte zu beobachten.

Bei der Betrachtung dieser einjährigen Mobilitätsverläufe werden auch kurzfristige Auf- und Abstiege ausgewiesen, die längerfristig nicht von Bedeutung sein müssen. Deshalb erfolgt nun eine differenzierte Untersuchung dieser Stabilität und Mobilität, bei der ausgehend von Quintilsmatrizen Verläufe im vierjährigen Abstand betrachtet werden. Die Quintile wurden auf der Basis der jeweiligen regionsspezifischen Verteilungen erstellt (Tab. 6). Hierbei zeigt sich, dass im untersten Einkommensquintil die im Vierjahreszeitraum gemessene Stabilität sich im Verlauf der 90er-Jahre deutlich erhöht hat: Der Bevölkerungsanteil, der innerhalb von vier Jahren im untersten Quintil verbleibt, steigt von 49 % zu Beginn der 90er-Jahre auf 56 % an deren Ende. Die Chance, aus dem unteren Einkommensquintil in den mittleren oder höheren Einkommensbereich aufzusteigen, nimmt nach der vereinigungsbedingt erhöhten Dynamik zunächst ab, steigt dann am Ende der 90er-Jahre wieder auf über 20 % an. Im mittleren Einkommensbereich hat der Verbleib im mittleren Quintil oder den benachbarten Quintilen im Verlauf der 90er-Jahre zugenommen. Abstiege ins untere Quintil haben sich von 12 % zu Beginn der 90er-Jahre auf unter 10 % am Ende der 90er-Jahre verringert. Aufstiege von der mittleren in die oberste Einkommensschicht sind im selben Zeitraum von 9 % auf 7 % zurückgegangen. Im obersten Einkommensbereich ist ebenso im Verlauf der 90er-Jahre eine zunehmende Stabilität zu beobachten: die Verbleibsquoten steigen von 67 % auf 72 % an und liegen damit deutlich höher als im unteren Einkommensbereich. Einkommenswechsel in den mittleren oder unteren Einkommensbereich sind von daher seltener und am Ende der 90er-Jahre ebenfalls wiederum rückläufig.

In den alten Ländern spiegelt sich der anhand des Bartholomew-Index beschriebene langfristig pulsierende Verlauf auch in den hier betrachteten Quintilsübergängen wider. Als langfristiger Trend kann darüber hinaus festgehalten werden, dass die Stabilität im mittleren und obersten Quintil insbesondere gegen Ende der 90er-Jahre gegenüber den 80er-Jahren zugenommen hat. In den neuen Ländern ist die Dynamik zu Beginn der Transformationsphase insbesondere im untersten Quintil besonders hoch. Am Ende der 90er-Jahre ist jedoch der Verbleib im untersten Quintil sogar höher als in den alten Ländern. Der Bevölkerungsanteil, der aus dem untersten Quintil in den mittleren oder höheren Einkommensbereich wechselt, ist zwar vom Umfang her gleich hoch wie bei den gesamtdeutschen Vergleichswerten. Die Verringerung des Anteils der benachbarten Quintilsübergänge (vom 1. ins 2. Quintil) zeugt jedoch von sich verfestigenden Lebenslagen im

Tab. 6: Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen im Zeitverlauf
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt in %

Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil im Jahr... waren im Jahr... xx,x % der Bev. im Quintil...					
	1985-1988	1988-1991	1991-1994	1994-1997	1997-2000
Gesamtdeutschland: (Sum(Q): D = 100)					
Q ₁ Q ₁			48,6	53,5	55,6
Q ₁ Q ₂			27,8	28,2	23,9
Q ₁ Q ₃₋₅			23,6	18,3	20,5
Q ₃ Q ₁			12,1	9,9	8,6
Q ₃ Q ₂₋₄			79,0	81,9	84,7
Q ₃ Q ₅			9,0	8,3	6,7
Q ₅ Q ₁₋₃			11,3	12,7	9,7
Q ₅ Q ₄			22,1	16,1	18,5
Q ₅ Q ₅			66,6	71,2	71,8
Alte Bundesländer (Sum(Q): ABL = 100)					
Q ₁ Q ₁	53,0	50,7	55,2	54,6	52,1
Q ₁ Q ₂	25,3	25,2	23,3	26,1	27,1
Q ₁ Q ₃₋₅	21,7	24,1	21,5	18,3	20,8
Q ₃ Q ₁	7,82	8,37	9,3	8,4	5,3
Q ₃ Q ₂₋₄	83,3	85,0	83,0	86,6	87,3
Q ₃ Q ₅	8,9	6,6	7,6	5,0	7,4
Q ₅ Q ₁₋₃	11,6	10,8	13,7	10,7	8,1
Q ₅ Q ₄	19,6	22,0	17,8	15,2	17,9
Q ₅ Q ₅	68,9	67,2	68,5	74,1	74,0
Neue Bundesländer (Sum(Q): NBL = 100)					
Q ₁ Q ₁			41,2	44,1	65,3
Q ₁ Q ₂			25,9	31,4	13,7
Q ₁ Q ₃₋₅			32,8	24,5	21,0
Q ₃ Q ₁			11,3	11,3	18,3
Q ₃ Q ₂₋₄			76,6	70,5	76,5
Q ₃ Q ₅			12,1	18,2	5,2
Q ₅ Q ₁₋₃			16,0	22,1	17,5
Q ₅ Q ₄			27,1	20,7	20,1
Q ₅ Q ₅			56,9	57,3	62,4

Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung.

Q₁ = unterstes (ärmstes) Quintil; Q₅ = oberstes (reichstes) Quintil.

Sum(Q) = 100; gibt an, nach welcher Verteilung (D, ABL, NBL) die Quintilgruppen gebildet wurden.

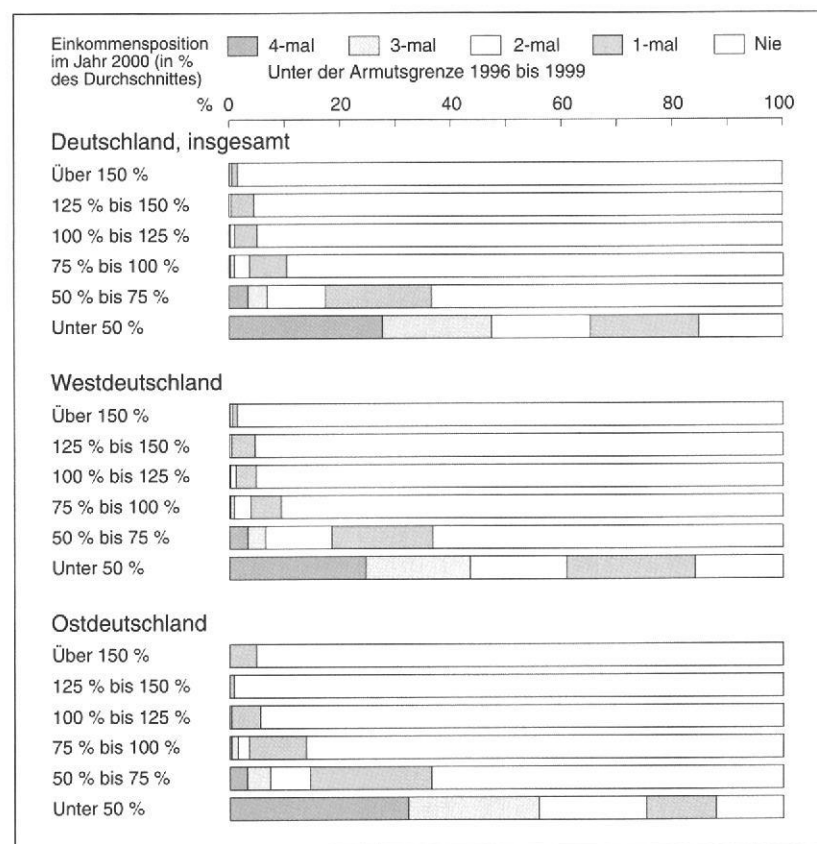
Datenbasis: SOEP 1985-2000.

unteren Einkommensbereich. Ebenso bedenklich erscheint der Befund, dass der Anteil der Abstiege vom mittleren in das untere Einkommensquintil sich am Ende der 90er-Jahre erhöht, der Anteil der Aufstiege ins oberste Einkommensquintil aber zugleich zurückgegangen ist. Im obersten Einkommensbereich hat sich die Stabilität am Ende der 90er-Jahre in den neuen Ländern etwas erhöht, ohne jedoch die weit höheren Verbleibsquoten der alten Länder zu erreichen (die sich allerdings auch absolut betrachtet aus einer höheren Einkommenslage rekrutieren).

Abschließend stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Bevölkerung im Jahre 2000 in den jeweiligen Einkommensschichten in den zurückliegenden vier Jahren

seit 1996 Armut persönlich erfahren hat (vgl. Abb. 3). Für jede dieser Schichten (vgl. Tab. 3) wird anhand der kumulierten, jährlich ermittelten Armutsquoten (diese sind jeweils gemessen am gesamtdeutschen Median, 60-%-Schwelle) der Umfang der individuell in den zurückliegenden Jahren erfolgten Armutserfahrungen dargestellt. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese Armutserfahrungen im selben oder einem anderen Haushalt erfolgt sind. Die Ergebnisse zeigen, dass 85 % der Personen, die im Jahr 2000 in der untersten Einkommensschicht lebten, bereits in den Vorjahren zumindest einmal von Armut betroffen waren, etwa die Hälfte der Personen ist dauerhaft (3–4-mal) arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2000 demnach in folgender Weise zusammen: Knapp die Hälfte der Per-

Abb. 3: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf 1996–1999
nach der Einkommensposition 2000



Datenbasis: SOEP 1996–2000.

sonen sind mehr oder weniger permanent arm, 37 % haben einen transitorischen Verlauf in und aus der Armut und weitere 15 % der Armen sind Neuzugänge. Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt erwartungsgemäß der Personenkreis mit Armutserfahrungen ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75-%-Schwelle) haben noch mehr als ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsschwelle gelebt, darunter immerhin 7 % der Personen dauerhaft. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich höherer Einkommen finden sich noch 4 % der Personen, die zumindest über kurzfristige Armutserfahrungen verfügen.

In den alten Ländern zeigt sich weitgehend dasselbe Muster. Der Anteil der dauerhaft Armen ist in den jeweiligen Schichten geringfügig niedriger als bei der gesamtdeutschen Darstellung. In den neuen Ländern ist insbesondere im unteren Einkommensbereich der Anteil der dauerhaft Armen größer als in den alten Ländern.

(Jan Goebel/Roland Habich/Peter Krause)

E Gesellschaftspolitik

18 Politische Integration und politisches Engagement

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Es ist eine offene Frage, wie viel politische Beteiligung der Bürger einer Demokratie braucht. Sie ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter das bereits einmal erreichte Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob die Bürger sich heute weniger politisch beteiligen, als sie es früher getan haben. Diese Frage ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen von Interesse. Mehr als zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich zudem die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Bürger in den neuen Bundesländern in das politische System hineingewachsen sind und ob der Zugang zum politischen Willensbildungsprozess auf vergleichbarem Niveau gewährleistet ist.

Weitere Informationen zum Thema Politische Integration und politisches Engagement siehe Teil I, Kap. 7.

18.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Die Frage, wie stark sich Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Politisches Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« in vergleichbarer Form bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

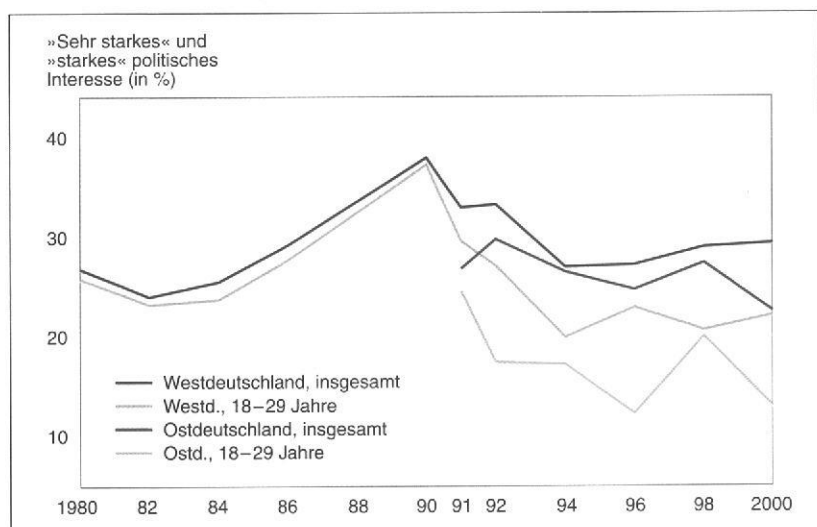
In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands lag er am höchsten. Im Durchschnitt lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, zwischen 1980 und 2000 bei 30 Prozent, 1969 lag er noch bei 18 Prozent. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor knapp drei Jahrzehnten.

Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen. Es ist wieder auf das Niveau der frühen 80er-Jahre abgesunken. Besonders hervorzuheben ist, dass sich seit 1991 der Anteil der jüngeren Bevölkerungsgruppen (18–29 Jahre) nicht mehr mit dem Durchschnitt entwickelt hat. Das Interesse der jungen Leute an der Politik hat schneller abgenommen als im Bevölkerungsdurchschnitt. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr schnell zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa sieben Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren. Hier ist der Unterschied mit etwa 10 Prozentpunkten sogar noch größer (vgl. Abb. 1).

Diese Entwicklung könnte problematisch sein, weil aus der politischen Verhaltensforschung bekannt ist, dass Erfahrung mit der Politik zur Einbindung und Integration ins politische Geschehen führt. Dieser Zusammenhang ist anhand der Wahlbeteiligung empirisch belegt worden. Je häufiger Bürger sich bereits an Wahlen beteiligt haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch an zukünftigen Wahlen beteiligen. Wahlerfahrung führt also zu fortgesetzter Beteiligung. Beteiligt sich eine jüngere Alterskohorte weniger als ältere, so bleibt auch die Wahlbeteiligung in dieser Alterskohorte, also einer Gruppe von Geburtsjahrgängen, dauerhaft geringer. Da diese Beobachtung vermutlich auch für andere Beteiligungsformen gilt, verliert ein politisches System, dem es nicht gelingt, die Jüngeren mit einzubeziehen, in der Abfolge von jüngeren Alterskohorten beständig an politisch interessierten und integrierten Bürgern.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist für den Zeitraum der vergangenen vierzig Jahre anhand der repräsentativen Wahlstatistik, die leider für die Bundestags-

Abb. 1: Die Entwicklung des politischen Interesses 1980–2000



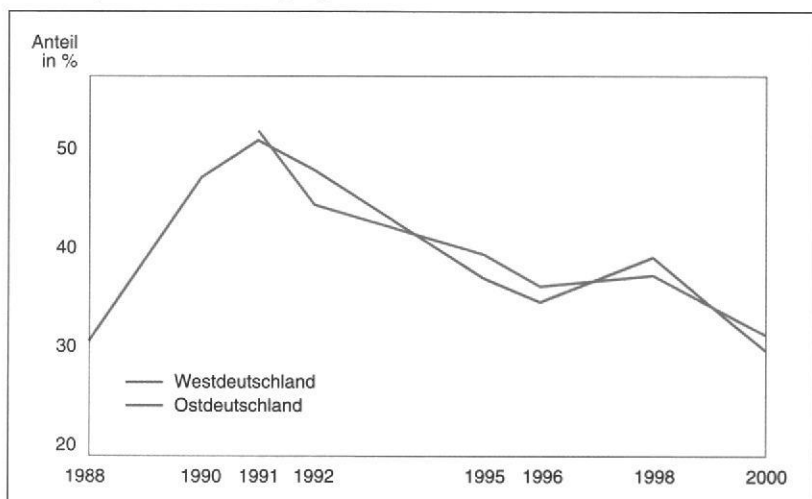
Datenbasis: ALLBUS 1980–2000.

wahlen 1994 und 1998 ausgesetzt wurde, bis 1990 eine solche Entwicklung festzustellen. Zum einen lag die Wahlbeteiligung insgesamt bei den Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998 niedriger als bei irgendeiner Bundestagswahl seit 1953. Bis 1983 lag sie immer – zum Teil erheblich – über 85 Prozent, bei den letzten drei Bundestagswahlen lag sie zweimal unter 80 Prozent, 1998 bei 82,2 Prozent. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18–20) und Jungwählern (21–25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gilt. Die Gruppe der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen, im Durchschnitt zwischen 1961 und 1983 etwa 8,6 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. 1987 betrug die Differenz 11,2, bei der Bundestagswahl 1990 dann 16,8 Prozentpunkte. Ob sich diese Entwicklung 1994 und 1998 fortgesetzt hat, lässt sich aufgrund der ausgesetzten repräsentativen Wahlstatistik nicht bestimmen. Feststellbar ist aber, dass sich bei der Wahlbeteiligung eine Kluft zwischen den Jüngeren und Älteren geöffnet hat, die sogar größer ist als beim politischen Interesse. Daneben existiert auch ein West-Ost-Gefälle in der Wahlbeteiligung, das allerdings nicht so groß ist wie das Gefälle zwischen jüngeren und älteren Bürgern. Die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland lag 1990 etwa vier, 1994 etwa acht und 1998 etwa drei Prozentpunkte unter der in Westdeutschland.

Politisches Interesse und Wahlbeteiligung als zwei der Gradmesser politischer Integration sind im vergangenen Jahrzehnt deutlich zurückgegangen. Eine ver-

gleichbare Entwicklung hat auch die politische Beteiligung, die über das Wählen hinausgeht, erfahren. Sie ist in Deutschland seit Ende der 50er-Jahre kontinuierlich angestiegen. Dabei sind insbesondere die nicht-institutionalisierten Formen politischer Beteiligung (Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste, Boykotts) bedeutsam geworden. In diesem Zusammenhang ist von der »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, die nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Beteiligungsformen, insbesondere in der Form der Proteste, sichtbar machte. Seit 1991 geht der Anteil derjenigen, die angeben, sich dieser Formen der Beteiligung bereits selber bedient zu haben, jedoch kontinuierlich zurück. Bis 1991 ist der Anteil bis auf über 50 Prozent der erwachsenen Bevölkerung angestiegen, im Jahre 2000 liegt er nur noch bei 30 Prozent und erreicht damit wieder das Niveau von 1988 (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Die Entwicklung nicht-institutionalisierter Formen politischer Beteiligung 1988–2000



Datenbasis: ALLBUS 1988, 1990, 1991, 1992, 1998, 2000; KSPW-Bus 1995; Sowi-Bus 1996/2.

Damit beteiligen sich heute zwar immer noch deutlich mehr Bürger politisch als Ende der 50er-Jahre. Aber der beträchtliche Rückgang verdeutlicht, dass Politik die Bürger nicht mehr in dem Maße mobilisiert und zur eigenen Aktivität veranlasst wie noch vor zehn Jahren. Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nicht-institutionalisierten Formen der Beteiligung jedoch ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht am generellen Rückgang, sondern daran, dass

auch Bürger älterer Altersgruppen diese Mittel für sich entdeckt haben. Diese Form politischer Aktivitäten hat inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und ist zu einem normalen Mittel der Artikulation für alle geworden.

Die Entwicklung bei den drei betrachteten Indikatoren zur politischen Integration – politisches Interesse, Wahlbeteiligung und nicht-institutionalisierte politische Beteiligung – zeigt, dass seit Ende der 80er-Jahre die Einbeziehung der Bürger in den politischen Prozess abnimmt. Dabei könnte die deutsche Vereinigung, die das politische System insgesamt unter »Stress« gesetzt und die Bürger verunsichert haben mag, eine gewisse Rolle spielen. Alleiniger Grund ist sie allerdings nicht, wie die bereits früher einsetzende negative Entwicklung der Wahlbeteiligung in der alten Bundesrepublik und das Gefälle zwischen älteren und jüngeren Bevölkerungsteilen zeigen. Bedeutsam ist die Vereinigung gleichwohl, denn die Integration der Bürger der neuen Bundesländer hat bislang nicht das Niveau der alten Bundesländer erreicht.

18.2. Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind meist durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen nehmen die Interessen ihrer Mitglieder auf verschiedenem Wege wahr, z. B. durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit allgemein. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies auch immer ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies in großem Umfang, ist dies darüber hinaus auch ein Warnsignal für das politische Gemeinwesen insgesamt.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von etwa 60 Prozent aus, wenn alle Organisationen, sowohl Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die in Interessengruppen im en-

Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen 1976–1998
in Prozent der Befragten

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
Arbeit und Wirtschaft:							
Gewerkschaften (total)	16,7	16,1	15,2	15,8	13,1	27,4	15,3
– DGB	12,8	13,3	13,6	14,0	8,9	24,6	13,7
– DAG	3,7	2,8	1,5	1,8	4,1	2,7	1,4
– CGB	0,2	–	0,1	0,0	0,1	0,1	0,2
Beamtenbund	2,7	1,8	2,2	1,6	1,6	0,5	0,2
Berufsverbände:							
– Selbstständige, freiberuflich	–	–	1,2	0,8	1,4	0,9	1,5
– Andere	3,6	2,8	4,5	4,5	4,6	5,0	3,0
ULA, leitende Angestellte	–	–	0,1	0,3	0,5	0,0	0,0
Bauernverband	1,6	1,2	1,4	0,6	1,4	0,1	0,4
Gewerbeverband	1,8	1,3	1,5	1,3	2,0	2,4	2,2
Wirtschafts- und Arbeitg.-Verb.	1,0	0,8	0,2	0,4	0,6	0,2	0,4
Politisch oder wertgebunden:							
Bürgerinitiativen	1,3	1,0	0,7	1,0	1,6	0,4	0,9
Politische Parteien	6,1	4,5	3,6	4,1	2,7	3,2	1,8
Andere politische Vereinigung	–	0,2	0,2	0,5	1,8	0,1	0,9
Religiöse Organisationen	5,4	5,7	6,4	6,3	3,3	1,5	0,6
Soziales:							
Vertriebenenverband	1,8	1,0	1,0	0,7	1,2	0,3	0,6
Sozial- oder Wohlfahrts-Verb.	2,3	3,4	3,6	3,4	3,6	1,2	0,9
Jugendorganisation	1,8	1,0	0,6	0,9	1,1	0,6	0,2
Freizeit:							
Gesangverein	6,1	6,6	6,0	6,4	6,2	1,9	1,6
Sportverein	22,1	22,8	29,4	30,2	28,2	10,3	11,7
Heimat-Verein	6,8	6,1	6,4	5,0	5,8	0,7	1,3
Sonst. gesellige Vereine (Kegelclub usw.)	–	11,0	7,7	5,1	6,9	0,9	2,8
Andere Freizeitvereine	–	5,4	5,4	7,8	10,7	3,0	3,9
Andere Organisationen	10,6	10,3	12,8	10,8	6,4	8,1	6,1
Mitglieder insgesamt	54,3	59,4	63,0	63,0	59,0	52,8	40,8
Mitglieder in Interessengruppen	32,1	29,2	30,8	30,8	30,5	39,8	25,1
Mitglieder in Freizeitvereinen	29,2	38,7	42,1	42,7	43,2	16,0	19,7
Mitglieder <i>nur</i> in Freizeitvereinen	15,5	23,8	25,7	26,5	25,8	8,9	11,7
n = 100 Prozent	2 036	2 955	3 070	2 308	2 070	1 141	1 012

– Nicht gefragt.

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »alternative politische Gruppe«, 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, – andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

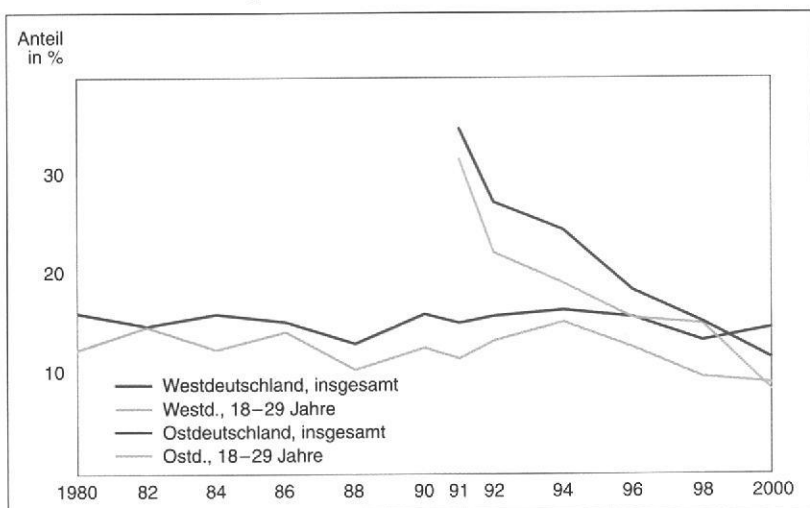
Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet); 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem Allbus (bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet); jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

geren Sinne organisiert waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen, organisiert ist, von 29 Prozent auf 43 Prozent gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 Prozent erhöht (s. Tab. 1). Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften insgesamt nicht partizipieren.

In den neuen Bundesländern lag der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, 1992 noch 9 Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 Prozent zurückgegangen. Nur im Freizeitbereich hat es in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte gegeben.

Für Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaften kann diese Entwicklung bis ins Jahr 2000 fortgeführt werden. Für andere Interessengruppen und Freizeitvereinigungen steht derzeit kein über 1998 hinausreichendes Umfragematerial zur Verfügung. Es zeigt sich, dass sich der Rückgang des Organisationsgrades bei den Gewerkschaften in Ostdeutschland weiter fortgesetzt hat. Er liegt im Jahr 2000

Abb. 3: Die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaften 1980–2000



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000.

knapp vier Prozentpunkte unter dem des Jahres 1998. Bezogen auf die Entwicklung der Mitglieder in den politischen Parteien lässt sich aus dem Umfragematerial kein eindeutiger Trend ableiten. Das hat auch damit zu tun, dass bei repräsentativen Umfragen die Zahl der befragten Parteimitglieder naturgemäß sehr klein und damit der Messfehler recht groß ist. Ablesen lässt sich jedoch für Gewerkschafts- wie für Parteimitgliedschaften in Ost- und Westdeutschland, dass es auch hier eine Lücke zwischen der jüngeren (18–29 Jahre) und der älteren Bevölkerung gibt. In der jüngeren Bevölkerung liegt der Anteil derjenigen, die Gewerkschaftsmitglied sind, in West wie Ost etwa drei Prozentpunkte unter dem Durchschnitt, bezogen auf Parteimitglieder etwa ein Prozent. Diese Lücken sind jedoch deutlich kleiner als die Lücke in den Organisationsgraden zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Abb. 3).

Bezogen auf Mitgliedschaften als Maß politischer Integration erweist sich damit weniger der Unterschied zwischen den jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen als problematisch, da er relativ konstant ist, als die größer werdende Differenz zwischen Ost und West. Rein quantitativ gesehen ergibt sich damit eine so genannte »Vertretungslücke« für die ostdeutschen Bürger.

18.3. Interessenvertretung durch wichtige Mitgliederorganisationen

Interessengruppen und politische Parteien sind als Mitgliederorganisationen vor allem Vertretungen ihrer Mitglieder. Aber was bei den politischen Parteien ganz selbstverständlich dazu kommt, ist, dass sich auch die Bürger von ihnen vertreten fühlen sollten, die nicht dort Mitglied sind, und sogar auch diejenigen, die sie nicht einmal gewählt haben. Anders würde eine repräsentative Demokratie mit Mehrheitsprinzip und damit mit Regierungsparteien, die naturgemäß nicht von allen gewählt worden sind, wohl sehr schnell die Grenzen der Akzeptanz überschreiten. Aber auch für die großen Mitgliederorganisationen gilt, dass sie nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sondern häufig für so genannte öffentliche Güter eintreten, Güter also, die nicht nur ihren Mitgliedern, sondern einem Kreis von Bürgern weit darüber hinaus zugute kommen. Die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften sind ebenso ein Beispiel dafür wie die durch Umweltgruppen durchgesetzten Ziele.

Die Frage, wie gut wichtige Mitgliederorganisationen für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten, ist auch ein Gradmesser, wie gut es ihnen gelingt, die vielfältigen Interessen aufzugreifen, sie zu artikulieren und damit weiterhin für die Mitglieder attraktiv zu bleiben und sie politisch zu integrieren. Aber ebenso wichtig für die Anerkennung und Legitimität ihres Handelns ist, dass ihre Anliegen auch über die begrenzte eigene Mitgliedschaft hinaus von Interesse sind und über sie nicht das Urteil gefällt wird, sie würden nur ihre Partikularinteressen verfolgen. Auch das ist ein Kennzeichen politischer Integration.

Die These von der Mitgliederkrise legt nahe, dass es den großen Organisationen kaum noch gelingt, den Interessen ihrer Mitglieder gerecht zu werden, geschweige denn für einen größeren Kreis von Bürgern wichtig zu sein. Werden die Mitglieder danach betrachtet, ob sie sich von ihren Organisationen auch vertreten fühlen, bestätigt sich diese Vermutung für die Gewerkschaften, politischen Parteien und Umweltgruppen nicht. Seit 1990 hat sich wenig an dem Bild geändert, dass sich etwa neun Zehntel der Mitglieder auch von ihren Organisationen vertreten fühlen. Die Kirchen, Interessenorganisationen eigener Art, da sie verfassungsrechtlich privilegiert religiöse Zielsetzungen verfolgen und das Mitgliedschaftskriterium der Freiwilligkeit im Sinne einer freien und bewussten Entscheidung zumeist nicht greift, trifft eine andere Entwicklung. Bei den Konfessionszugehörigen der katholischen und evangelischen Kirche ist der Anteil derjenigen, die durch die beiden Kirchen ihre Interessen vertreten sehen, zwischen 1990 und 1998 mit Ausnahme der Katholiken in Ostdeutschland beträchtlich gesunken. Das trifft allerdings nicht für diejenigen zu, die ihre Mitgliedschaft, wenn man so will, durch Kirchgang aktiv ausüben. Wird der Kirchgang im Gegensatz zur zumeist durch Geburt und Taufe festgelegten Konfessionszugehörigkeit als Kriterium für eine freiwillige Mitgliedschaft herangezogen, ergeben sich also auch bei den Kirchen kaum negative Entwicklungen. Unter freiwilligen Mitgliedern ist das Gefühl, durch die entsprechende Organisation auch mit den eigenen Interessen vertreten zu werden, in einem hohen Ausmaß vorhanden.

Unter Nicht-Mitgliedern ergibt sich durchgängig ein anderes Bild. Seit 1990 hat der Anteil derjenigen, die sich durch die Gewerkschaften, politischen Parteien, Kirchen und Umweltgruppen vertreten sehen, ohne Mitglied zu sein, deutlich abgenommen. Einzig positiv hervorzuheben ist, dass sich diese Entwicklung gleichermaßen in Ost- und Westdeutschland vollzieht und sich in diesem Aspekt daher keine spezifische ostdeutsche Vertretungslücke andeutet. Der so genannte intermediäre Bereich der Politik, der Bereich, der zwischen dem einzelnen Bürger und dem Entscheidungssystem der Politik vermittelt, hat demnach in der Bevölkerung Deutschlands insgesamt stark an Bedeutung verloren. Ob das darauf verweist, dass die Bürger nicht mehr so stark wie früher wahrnehmen, dass diese Organisationen auch für sie relevante politische Güter produzieren, den Interessenorganisationen und politischen Parteien mithin die Verfolgung eigener begrenzter Partikularinteressen unterstellt wird und sie damit in den Augen der Bürger ihren bisher mehr oder minder universellen Vertretungsanspruch verlieren, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Aber diese Entwicklung bedeutet mit einiger Sicherheit ein Schrumpfen des Reservoirs potenzieller Mitglieder. Dadurch könnte sich auch ein weiterer Rückgang in den Mitgliedschaften anbahnen (vgl. Tab. 2).

Zusammengenommen verweisen die Ergebnisse darauf, dass der Grad politischer Integration, also das Ausmaß, in dem die Bürger durch eigene Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen sind, in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch vor einem Jahrzehnt, die verschiedenen Formen politischer

Tab. 2: Vertretungsgefühl von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern
in Prozent

Vertreten durch:	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
Gewerkschaften						
Gewerkschaftsmitglieder	88,3	82,0	82,3	80,6	79,9	89,1
Nicht-Mitglieder	37,7	40,2	26,8	51,0	34,3	25,8
Kirchen						
Mitgl. religiöser Gruppen	–	–	59,4	–	–	83,3
Nicht-Mitglieder	–	–	25,4	–	–	11,1
Katholische Kirche						
Katholik/in, häufiger Kirchgang ¹	86,0	–	66,5	81,1	–	94,7
Katholik/in, alle	54,0	47,2	34,4	62,0	72,2	61,4
Nicht-Katholik/in	11,9	6,5	1,5	5,1	2,3	1,2
Evangelische Kirche						
Protestant/in, häufiger Kirchgang ¹	53,8	–	75,0	80,2	–	100,0
Protestant/in, alle	38,2	46,1	26,2	52,0	54,2	29,0
Nicht-Protestant/in	15,0	17,3	5,7	10,8	9,7	3,4
Umweltgruppen						
Mitgl. in Bürgerinitiativen	–	–	52,9	–	–	50,0
Nicht-Mitglieder	–	–	44,4	–	–	26,9
Politische Parteien						
Parteimitglieder	95,8	96,7	89,5	90,3	96,0	100,0
Nicht-Mitglieder	66,4	73,7	55,8	73,9	74,7	51,7

1 Häufiger Kirchgang: mindestens 1 × pro Woche.

– Nicht gefragt.

Datenbasis: 1990: WZB, Abteilung »Institutionen und sozialer Wandel«; 1994: WZB, Projekt »Interessenvermittlung in Westeuropa«; 1998: ALLBUS 1998.

Beteiligung gehen zurück, Interessengruppen verlieren zumindest relativ im Vergleich zu Freizeitorganisationen an Mitgliederattraktivität und heute glauben weniger Bürger als noch Anfang der 90er-Jahre, dass große Mitgliederorganisationen mehr als nur die spezifisch auf die Mitglieder ausgerichteten Interessen verfolgen. Angesichts dieser Entwicklungen von einer drohenden politischen Desintegration zu sprechen, ist überzogen, da trotz Abnahme der politischen Integration das Niveau heute nicht unter dem der 80er-Jahre liegt. Dass sich das Ausmaß politischer Integration gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abschwächt, sollte jedoch als Warnsignal beachtet werden.

(Bernhard Weißels/Hans-Dieter Klingemann)

19 Demokratie und Sozialstaat

»Vereint und doch getrennt?« – diese Frage bewegt die Wissenschaft und die Öffentlichkeit seit der Verwirklichung der deutschen Einheit im Jahre 1990. Die beiden Teile Deutschlands sind seitdem zwar in einer gemeinsamen Gesellschaftsordnung integriert, aber es gibt eine Vielzahl von Hinweisen, dass die Bürger der alten und der neuen Bundesländer von Anfang an und immer noch getrennte politische Gemeinschaften mit unterschiedlichen Wertpräferenzen bilden. Diese Frage soll im Folgenden anhand von Daten überprüft werden, die mehrheitlich das gesamte Jahrzehnt nach der Vereinigung umfassen.

19.1 Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland

Das wichtigste Merkmal jeder politischen Gemeinschaft bezieht sich auf die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform, die im eigenen Land existiert. Je größer diese Akzeptanz und je geringer die Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen, desto integrierter ist eine politische Gemeinschaft.

Im Westen betrachtet die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland als die beste Staatsform (vgl. Tab. 1). Die Akzeptanz liegt bei 80 %. Demgegenüber sieht im Osten nur knapp die Hälfte der Bürger die Demokratie der Bundesrepublik als die beste Staatsform an. Mehr als ein Viertel der ostdeutschen Bürger behauptet sogar, dass es eine andere Staatsform gibt, die besser ist. Bei den Bürger der neuen Bundesländer lässt sich also im Unterschied zu denen der alten Bundesländer eine gewisse Skepsis gegenüber der in Deutschland existierenden Demokratie feststellen.

Diese Skepsis bezieht sich aber nicht in gleicher Weise auf die demokratische Herrschaftsordnung als solche. Die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Bürger in beiden Teilen Deutschlands die Demokratie

Tab. 1: Demokratie in Deutschland und Demokratie als Staatsform, 2000

	West	Ost
	in %	
»Die <i>Demokratie in Deutschland</i> ist die beste Staatsform.«	80	49
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	27
»Die <i>Demokratie</i> ist die beste Staatsform.«	92	78
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	8

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000.

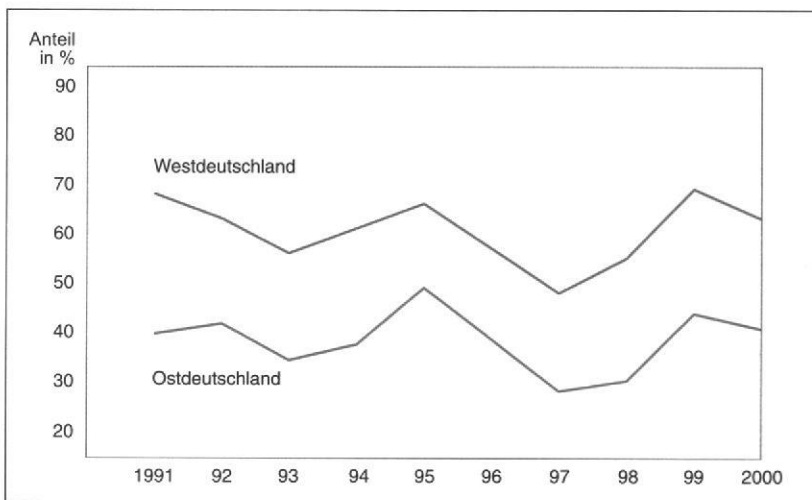
grundsätzlich als die beste Staatsform ansieht. Im Westen sehen 92 Prozent der Bürger die Demokratie als die beste Staatsform an. Im Osten ist das Ausmaß der Zustimmung zwar geringer, aber auch dort betrachten mehr als drei Viertel der Bürger (78 %) die Demokratie als die beste Staatsform.

19.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform bezieht sich vor allem auf das demokratische Regime, so wie es durch die Verfassung implementiert ist. Im Unterschied dazu richtet sich die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland auf die Wirklichkeit dieser Demokratie, so wie sie sich den Bürgern in der Wirkungsweise der demokratischen Institutionen und Verfahren einerseits und den Handlungen der politischen Akteure andererseits darstellt.

Auch bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland wird eine deutliche und in der Zeit stabile Differenz zwischen West und Ost ermittelt (vgl. Abb. 1). Die durchschnittliche Zufriedenheit beträgt im Westen 62 % und im Osten 39 %. Die Fluktuationen sind im Zeitverlauf nahezu identisch. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Er-

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie 1991–2000



Datenbasis: Eurobarometer 1991–2000.

eignisse reagierten – das aber auf unterschiedlichem Niveau. Bemerkenswert ist der relativ starke Anstieg der Zufriedenheit zwischen 1998 und 1999 in beiden Teilen Deutschlands. Hier hat sich sicherlich der Regierungswechsel von einer CDU/CSU-FDP- zu einer SPD-Grünen-Regierung positiv ausgewirkt.

19.3 Einstellung zum Sozialismus

Einer der Gründe für die kritische Haltung der Bürger der neuen Bundesländer gegenüber der Demokratie des vereinigten Deutschland ist, dass viele ein anderes Demokratiemodell befürworten als dasjenige, das in Deutschland realisiert ist. Das von ihnen präferierte Modell kann als eine sozialistische Demokratie bezeichnet werden. Es verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitive Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Gleichheit und Sicherheit sowie direkter Bürgerbeteiligung.

Um die Einstellung zu diesem Modell zu erfassen und um Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die aber nur schlecht ausgeführt worden ist (vgl. Tab. 2). Auch in diesem Falle zeigt sich eine Differenz zwischen West und Ost. Über das gesamte Jahrzehnt hinweg stimmen durchschnittlich 76 % der Bürger der neuen Bundesländer der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee sei. In den alten Bundesländern sind es im Durchschnitt 44 %.

Tab. 2: Sozialismus, 1991–2000

	»Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«				
	1991	1992	1994	1998	2000
	in %				
West	40	43	44	43	51
Ost	76	73	81	76	76

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000.

19.4 Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In Tabelle 3 sind die bislang dargestellten Einstellungen zur Demokratie für verschiedene Bevölkerungsgruppen getrennt aufgeführt. Berücksichtigt werden Geschlecht, Alter, berufliche Stellung, ideologische Orientierung und Parteipräferenz. Bis auf wenige Ausnahmen sind sich die Einstellungen der unterschiedenen Be-

völkerungsgruppen relativ ähnlich. Bemerkenswert ist dabei vor allem die Ähnlichkeit bei den verschiedenen Altersgruppen in den neuen Bundesländern. Viele hatten erwartet, dass die Jüngeren von dem neuen demokratischen System geprägt werden und eine positive Haltung zu diesem System herausbilden. Diese positiven Sozialisationseffekte haben sich bislang noch nicht eingestellt. Im Ge-

Tab. 3: Einstellungen zur Demokratie verschiedener Bevölkerungsgruppen 2000

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	92	78	80	49	52	76	60	38
Geschlecht								
Männer	91	77	78	51	48	74	60	38
Frauen	93	78	83	48	55	79	61	39
Altersgruppen								
18–34 Jahre	90	76	77	45	46	74	62	43
35–59 Jahre	92	76	81	49	55	72	58	35
über 60 Jahre	95	81	85	54	50	84	64	38
Berufliche Stellung								
Selbstständige	95	72	84	41	56	70	–	–
Beamte	95	86	82	65	40	50	–	–
Angestellte	91	80	74	49	44	69	–	–
Arbeiter	91	71	83	46	50	86	–	–
Arbeitslose	81	76	69	40	56	74	–	–
Rentner/Pensionäre	95	80	86	56	51	85	–	–
Ideologische Orientierung								
Links	94	80	81	45	59	82	63	40
Mitte	94	80	83	55	47	74	64	37
Rechts	92	83	81	65	47	59	64	49
Parteipräferenz								
PDS	–	75	–	37	–	96	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	91	88	79	67	63	73	–	–
SPD	95	84	90	58	55	72	–	–
FDP	94	78	84	41	41	40	–	–
CDU/CSU	96	86	86	63	41	68	–	–

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa, ALLBUS, Eurobarometer (alle 2000).

genteil, unter den drei Altersgruppen weisen die 18- bis 34-Jährigen die vergleichsweise geringste Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland auf. Allerdings ist in dieser Gruppe die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland relativ am höchsten. Längerfristig könnte sich deshalb ein positiver Transfer von der Bewertung der Realität der Demokratie auf die Staatsform einstellen.

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen existieren im Osten, und zwar bei der beruflichen Stellung, der ideologischen Orientierung und der Parteipräferenz. Die relativ größte Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland findet sich in erster Linie bei den Beamten und in zweiter Linie bei den Rentnern und Pensionären. Beide Bevölkerungsgruppen haben von der Vereinigung eindeutig profitiert. Die Beamten zeigen gleichzeitig die geringste Zustimmung zum Sozialismus als Idee, während Rentner und Pensionäre den Sozialismus ausgesprochen stark befürworten.

Erwartungsgemäß ist das Ausmaß der Befürwortung der Idee des Sozialismus unter den ideologisch links orientierten Personen im Osten am höchsten und unter den rechts orientierten am niedrigsten. Eine überdurchschnittlich kritische Haltung zur Staatsform der Bundesrepublik zeigen die Anhänger der PDS, die gleichzeitig die Idee des Sozialismus nahezu ausnahmslos (96 %) befürworten. Nach diesen Befunden greift die PDS diese systemkritische Haltung vieler Bürger im Osten auf und stabilisiert sie.

19.5 Rolle des Staates in der Sozialpolitik

Einer der positiven Aspekte, die viele Ostdeutschen mit der früheren DDR verbinden, sind die sozialpolitischen Leistungen des staatssozialistischen Regimes. Der Staat hatte eine umfassende Zuständigkeit für die soziale Absicherung der Bürger übernommen und hat diese – wenn man von der Frage des Leistungsniveaus einmal absieht – auch eingelöst. Die Frage ist demzufolge, inwieweit diese positive Einschätzung der Sozialpolitik der früheren DDR sich auch auf die Einstellung und Bewertung des Sozialstaats der Bundesrepublik Deutschland auswirkt und darüber vermittelt eine der Quellen der Skepsis gegenüber der Demokratie Deutschlands darstellt. Angesichts der seit den 90er-Jahren verstärkten Diskussion um die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats sowie die verabschiedeten Kürzungen von Sozialleistungen stellt sich außerdem die Frage, wie die Bürger auf diese Entwicklungen reagieren: Reduzieren sie ihre Ansprüche an den Sozialstaat oder halten sie weiterhin an ihnen fest?

Als Kern des bundesrepublikanischen Sozialstaats wird die Absicherung der Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen bezeichnet. Die Frage, ob die Bürger eine staatliche Zuständigkeit in diesen Bereichen befürworten, kann deshalb als grundsätzliche Zustimmung zu diesem Sozialstaat gewertet werden (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands ist diese Zustimmung sehr stark ausgeprägt; sie liegt im Westen bei durchschnittlich 87 % und wird vom Osten mit durchschnittlich 96 % sogar noch übertroffen. Es gibt zwar die erwarteten Unterschiede zwischen Ost und West, diese sind aber relativ gering. Das mag vor allem daran liegen, dass sich der Sozialstaat der Bundesrepublik und das sozialistische System der Sozialpolitik hinsichtlich der Rolle des Staates in diesen

Kernbereichen nur unwesentlich unterscheiden. Zwischen 1991 und 2000 nimmt im Westen die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit kontinuierlich von 90 % auf 85 % und im Osten von 99 % auf 93 % ab. Auf der Ebene der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat gibt es danach zwar erste, aber nur sehr schwache Anzeichen für eine Anspruchsreduktion.

Tab. 4: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.«					
	West			Ost		
	1991	1994	2000	1991	1994	2000
	in %					
Insgesamt	90	87	85	99	97	93
Geschlecht						
Männer	91	85	83	99	96	90
Frauen	90	89	86	99	97	95
Altersgruppen						
18–34 Jahre	94	92	91	100	97	93
35–59 Jahre	89	84	82	98	96	90
über 60 Jahre	88	87	85	98	99	96
Berufliche Stellung						
Selbstständige	83	74	75	98	83	83
Beamte	90	84	77	100	94	82
Angestellte	88	83	81	99	96	91
Arbeiter	96	92	89	98	100	90
Arbeitslose	96	93	91	99	99	96
Rentner/Pensionäre	87	89	86	98	98	96
Ideologische Orientierung						
Links	92	89	89	99	98	93
Mitte	90	88	84	99	96	92
Rechts	88	82	79	99	93	91
Parteipräferenz						
PDS	–	–	–	100	99	92
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	86	99	98	91
SPD	93	91	87	98	96	94
FDP	85	80	77	98	92	86
CDU/CSU	87	83	80	100	97	89

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000.

Auf dieser grundlegenden Ebene weisen die Selbstständigen, die Beamten und die FDP-Anhänger die skeptischste Haltung zum Sozialstaat auf. Im Osten verzeichnen alle drei Gruppen und im Westen die Beamten eine überdurchschnittliche Abkehr vom Staat. Trotz der relativ distanzierten Haltung dieser Gruppen überwiegt nach wie vor der sozialstaatliche Konsens. Auch im Jahr 2000 spricht sich die überwiegende Mehrheit der Selbstständigen, Beamten und FDP-Anhänger für eine staatliche Zuständigkeit bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter aus.

19.6 Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

Bei der Frage nach der Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen geht es nicht um eine grundsätzliche Zustimmung zum Sozialstaat, sondern in erster Linie um die Höhe der Sozialleistungen. Vor allem dieser Aspekt steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion zur Krise und Reform des Sozialstaats.

Tab. 5: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

	West				Ost			
	Ausweiten		Kürzen		Ausweiten		Kürzen	
	1994	2000	1994	2000	1994	2000	1994	2000
	in %							
Insgesamt	28	21	12	24	71	46	1	8
Geschlecht								
Männer	23	18	14	28	63	42	1	10
Frauen	34	24	10	20	79	50	0	6
Altersgruppen								
18–34 Jahre	35	29	10	21	74	49	0	9
35–59 Jahre	25	21	12	25	69	49	1	9
über 60 Jahre	24	15	15	25	75	41	1	5
Berufliche Stellung								
Selbstständige	8	16	29	41	49	28	6	32
Beamte	22	11	13	29	31	21	0	7
Angestellte	25	19	12	28	64	48	1	10
Arbeiter	29	25	9	17	72	45	0	8
Arbeitslose	56	39	3	4	85	62	0	1
Rentner/Pensionäre	23	15	15	25	78	42	0	4
Ideologische Orientierung								
Links	36	27	8	17	73	48	1	6
Mitte	27	21	11	23	72	43	1	9
Rechts	20	12	20	34	61	43	2	14
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	82	54	0	7
Bündnis 90/Die Grünen	38	26	5	14	68	39	1	13
SPD	30	23	8	18	74	42	1	5
FDP	25	16	15	46	68	43	0	19
CDU/CSU	18	13	18	30	55	35	2	14

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000.

Fragt man danach, ob die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden sollen, ob sie so bleiben sollen wie bisher oder ob sie ausgeweitet werden sollen, dann unterscheiden sich die Bürger der alten und der neuen Länder deutlich voneinander (vgl. Tab. 5). Im Jahr 2000 spricht sich in Ostdeutschland eine relative Mehrheit von 46 % für eine Ausweitung der Sozialleistungen aus, während sich in Westdeutschland eine Mehrheit von 48 % für die Beibehaltung des Status quo ausspricht. In beiden Teilen ist nur eine Minderheit für Kürzungen von Sozialleistungen. Im Westen sind es immerhin 24 % und im Osten lediglich 8 %.

Dieses Muster existierte bereits im Jahr 1994, doch zwischen 1994 und 2000 haben die Bundesbürger ihre Haltung zur Höhe der Sozialleistungen beträchtlich verändert. Im Westen hat sich der Anteil der Befragten, der einer Kürzung von Sozialleistungen zustimmt, von 12 % auf 24 % verdoppelt. Gleichzeitig hat sich im Osten der Anteil derer, die sich für eine Ausweitung von Sozialleistungen aussprechen, von 71 % auf 46 % deutlich reduziert. Ganz offenbar haben die Bundesbürger in den neunziger Jahren ihre Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen reduziert. Diese Anspruchsreduktion stellt sich aber in beiden Landesteilen unterschiedlich dar. Im Westen sprechen sich mehr Bürger für eine Reduktion von Sozialleistungen aus, während im Osten vor allem der Anteil der Bürger sinkt, die eine Ausweitung von Sozialleistungen fordern.

In der Frage der Leistungskürzungen sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen deutlich größer als bei der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat. Das Muster ist allerdings ähnlich: In beiden Landesteilen sind es vor allem die Selbstständigen und die Anhänger der FDP, die sich überdurchschnittlich stark für eine Kürzung von Sozialleistungen aussprechen. Umgekehrt sprechen sich vor allem die Arbeitslosen überdurchschnittlich stark für eine Ausweitung der Leistungen aus.

Weitere Informationen zum Thema Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen siehe Teil I, Kap. 9.

19.7 Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

Die Bewertung der persönlichen Alterssicherung oder Absicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall zeigt, in welchem Ausmaß die Bürger mit den Ergebnissen der Sozialpolitik zufrieden sind (vgl. Tab. 6). Auch in diesem Aspekt gibt es die erwarteten Unterschiede zwischen Ost und West. 1994 bewerteten 67 % im Westen, aber lediglich 47 % im Osten die sozialpolitischen Ergebnisse positiv. Allerdings haben sich diese Unterschiede im Jahr 2000 geringfügig verringert, weil die Ostdeutschen mit 55 % die sozialpolitischen Ergebnisse inzwischen etwas besser bewerten.

Die in den 90er-Jahren verabschiedeten Kürzungen der Sozialleistungen haben demnach bei den Bürgern insgesamt nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung der sozialpolitischen Ergebnisse geführt. Dies gilt allerdings nicht für alle Bevölkerungsgruppen. So hat die Rentenreform, die vor allem Leistungskürzungen für die jüngeren Generationen mit sich bringt, ganz offenbar zu einer Polarisierung zwischen den verschiedenen Altersgruppen geführt. Im Westen bewerten die 18- bis 34-Jährigen ihre Absicherung im Jahr 2000 deutlich negativer als 1994 und die über 60-Jährigen sowie die Rentner und Pensionäre kommen zu einer positiveren Einschätzung. Besonders stark haben im Westen auch die Beamten auf die Leistungskürzungen und die Diskussion um die Finanzierungsprobleme

Tab. 6: Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

	»Ausreichend gesichert im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall.«			
	West		Ost	
	1994	2000	1994	2000
	in %			
Insgesamt	67	69	47	55
Geschlecht				
Männer	70	71	50	55
Frauen	65	66	44	56
Altersgruppen				
18–34 Jahre	54	44	43	40
35–59 Jahre	71	71	44	49
über 60 Jahre	80	85	58	78
Berufliche Stellung				
Selbstständige	78	71	53	62
Beamte	93	80	69	71
Angestellte	68	67	47	51
Arbeiter	64	60	46	46
Arbeitslose	46	40	34	37
Rentner/Pensionäre	78	86	55	77
Ideologische Orientierung				
Links	62	62	44	53
Mitte	69	70	49	60
Rechts	74	78	51	50
Parteipräferenz				
PDS	–	–	37	42
Bündnis 90/Die Grünen	58	60	39	31
SPD	69	67	53	68
FDP	77	77	60	63
CDU/CSU	78	75	64	63

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000.

des Sozialstaats reagiert. Im Jahr 2000 sind nur noch 80 % und nicht mehr 93 % der Meinung, dass sie ausreichend abgesichert sind.

Im Osten hat die Kluft zwischen den Generationen in den 90er-Jahren ebenfalls zugenommen. In diesem Fall geht dies aber vor allem auf einen Anstieg der positiven Bewertung bei den Älteren zurück. In der Gruppe der über 60-Jährigen steigt die positive Bewertung von 58 % auf 78 % und bei den Rentnern und Pensionären von 55 % auf 77 %. Die Angehörigen der jüngeren Generationen hatten bereits im Jahr 1994 eine relativ skeptische Einschätzung ihrer individuellen Absicherung.

Nach den präsentierten empirischen Befunden zu Demokratie und Sozialstaat hat auch nach zehn Jahren deutsche Einheit die Diagnose der getrennten politischen Gemeinschaft in Deutschland nicht ihre Gültigkeit verloren. Es lassen sich aber einige Anzeichen für die Möglichkeit einer längerfristigen Annäherung beider Gemeinschaften feststellen.

(Dieter Fuchs/Edeltraud Roller)

F Deutschland und Europa

20 Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa

Historisch wie im internationalen Vergleich bieten die Länder Westeuropas ihren Bürgern ein hohes Maß an Freiheit und Wohlstand. Doch nicht überall haben die Westeuropäer gleich gute Lebensbedingungen. Das gilt auch für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu ermöglichen, hat sich Brüssel zum Ziel gesetzt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten anzunähern. Das soziale Gefälle in Europa wird noch augenfälliger, wenn man den Blick nach Osten auf die ehemals sozialistischen Gesellschaften richtet.

In diesem Kapitel werden exemplarisch Umfragedaten zu objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden im europäischen Vergleich präsentiert. Bei den objektiven Lebensbedingungen stehen Lebensstandard und Wohnbedingungen im Mittelpunkt und beim subjektiven Wohlbefinden die allgemeine Lebenszufriedenheit und mentale Belastungen. Zunächst wird ein Überblick über die EU-Staaten gegeben. Es folgen weitergehende Angaben für sechs Länder, die 1999/2000 an einer neuen sozialwissenschaftlichen Umfrage für den Wohlfahrtsvergleich in Europa, dem Euromodul, teilgenommen haben. Pro Land wurden zwischen 1000 und 2000 Personen über ihre Lebensverhältnisse befragt. Ein Vorteil des Euromoduls ist es, Verknüpfungen zwischen verschiedenen Wohlfahrtsbereichen zu ermöglichen, die in anderen Umfragen nur punktuell vorliegen. Bislang haben Deutschland, Schweden, die Schweiz und Spanien als westeuropäische Länder teilgenommen, Slowenien und Ungarn als osteuropäische Beitrittskandidaten zur EU. Diese Länder vermitteln einen guten Eindruck von der Spanne der Lebensbedingungen in Europa, von der reichen Schweiz bis zum weit weniger wohlhabenden Ungarn.

Weitere Informationen zum Thema Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa siehe Teil I, Kap. 20.

20.1 Materielle Lebensbedingungen

Einen ersten, groben Eindruck der europäischen Wohlstandsschichtung gibt die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner (vgl. Teil I, Kapitel 20). Unter

den EU-Mitgliedstaaten ragt das kleine Luxemburg als Bankenzentrum und Sitz vieler EU-Behörden heraus. Dänemark, die Niederlande, Irland, Belgien und Österreich sind ebenfalls überdurchschnittlich wohlhabend. Einen deutlichen, wenn auch seit dem EU-Beitritt zum Teil verringerten Rückstand haben derzeit noch die drei Südländer Spanien, Portugal und Griechenland. Deutschland liegt im oberen Mittelfeld der 15 EU-Staaten. Mit der für 2004 geplanten Osterweiterung wird das Gefälle innerhalb der EU größer. Mit Ausnahme Zyperns – gleichauf mit Spanien – und Sloweniens – gleichauf mit Portugal und Griechenland – sind die 13 Kandidaten deutlich ärmer als die derzeitigen Mitgliedstaaten. Zu den reichen europäischen Ländern zählen auch zwei westeuropäische Länder, die sich nicht der EU angeschlossen haben, die Schweiz und Norwegen.

Im Folgenden werden die Lebensbedingungen für eine Auswahl von sechs Ländern, die an der Euromodul-Umfrage teilgenommen haben, genauer untersucht: Deutschland, Schweden, Schweiz und Spanien als westeuropäische Länder, Slowenien und Ungarn als osteuropäische Länder. Für diese Länder wurde der Lebensstandard detailliert über eine Reihe von Ausstattungsmerkmalen bzw. Ausgaben erfasst (vgl. Tab. 1). In allen Ländern sind Gebrauchsgüter wie Telefon, Fernseher und Waschmaschine Standard. In den westeuropäischen Ländern und

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale des Lebensstandards

	Schweiz	Schwe- den	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
	»Habe ich/tue ich«, in % der Befragten ¹							
Telefon	100	98	97	98	97	91	95	78
Fernseher	96	98	98	98	98	98	98	94
Waschmaschine	92	75	97	97	97	97	98	72
Auto	82	84	76	76	74	69	84	45
Videorekorder	66	83	66	67	64	69	51	49
Geschirrpülmaschine	63	55	56	60	40	30	35	4
Computer (PC)	62	58	38	40	31	34	39	17
Zeitungsabonnement	79	78	71	72	72	11	70	55
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	78	62	66	68	57	55	64	24
Regelm. neue Kleidung kaufen	58	k. A.	64	67	53	71	42	22
Freunde zum Essen einladen	62	k. A.	50	53	40	42	42	23
Abgenutzte Möbel ersetzen	45	k. A.	48	50	40	38	36	9
Restaurantbesuch einmal im Monat	47	k. A.	44	46	32	43	40	11
Mind. 50 €/Monat sparen können ²	82	k. A.	67	69	62	59	55	27
Private Altersvorsorge	63	k. A.	51	54	41	19	51	27

1 Zu 100 fehlende %: »Kann ich mir nicht leisten« oder »habe ich/tue ich aus anderen Gründen nicht«.

2 Abweichende Beträge: Schweiz 64 EUR, Deutschland 50 EUR, Spanien 48 EUR, Slowenien 40 EUR, Ungarn 20 EUR.

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

in Slowenien geben zudem rund drei Viertel der Befragten an, über ein Auto zu verfügen. Nur Ungarn liegt im Lebensstandard noch erkennbar zurück. Hier müssen deutlich mehr Menschen aus finanziellen Gründen auf Telefon, Waschmaschine oder Auto verzichten. Andere Konsumgüter wie Geschirrspüler und Computer gehören auch in reichen Ländern nicht zum selbstverständlichen Standard. So verfügen sechs von zehn Schweden und Schweizern über einen eigenen PC, vier von zehn Deutschen und Slowenen, drei von zehn Spaniern und schließlich zwei von zehn Ungarn. Die unterschiedliche Verbreitung von Computern ist auch Ausdruck eines Modernitätsgefälles zwischen den europäischen Gesellschaften.

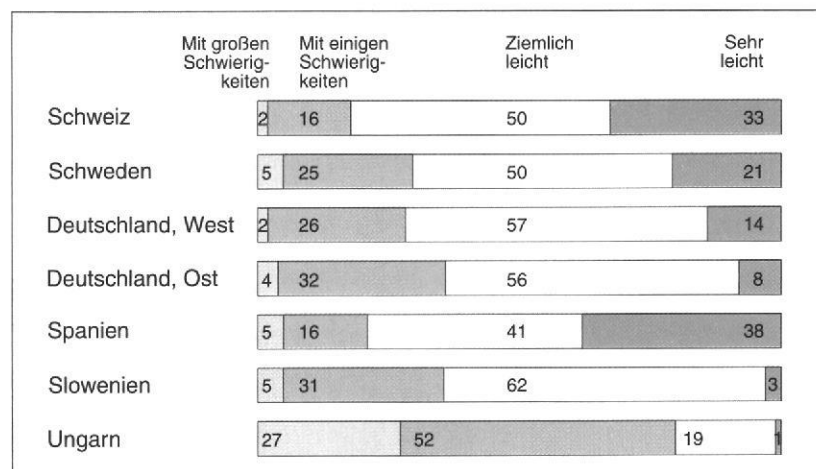
Größere Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich bei regelmäßigen Ausgaben wie bei der jährlichen Urlaubsreise, Restaurantbesuchen, dem Ersatz alter Möbel durch neue oder dem regelmäßigen Kauf neuer Kleidung. So verreisen acht von zehn Schweizern und sieben von zehn Deutschen mindestens einmal im Jahr für eine Woche oder länger, aber nur jeder zweite Spanier und nur jeder vierte Ungar. Aus finanziellen Gründen auf eine Urlaubsreise verzichten muss nur jeder zehnte Westdeutsche und Schweizer, aber jeder vierte Spanier und jeder zweite Ungar. Auch finanzielle Vorsorgeaktivitäten wie monatliches Sparen und eine private Altersvorsorge können sich die Bürger der reichen Länder häufiger leisten. Insgesamt verfügen die Schweizer über den höchsten Lebensstandard, gefolgt von den Schweden und Deutschen. Bei den osteuropäischen Ländern zeigt sich ein deutlicher Wohlstandsunterschied zwischen Slowenien und Ungarn.

Entsprechend unterschiedlich ist die Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Lebensstandard. Auf einer Skala von 0 (»ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (»ganz und gar zufrieden«) ordnen sich die Schweizer im Durchschnitt am höchsten ein, die Ungarn am niedrigsten (vgl. Tab. 4). Jeder dritte Schweizer und jeder dritte Schwede ist sogar »ganz und gar zufrieden« mit seinem Lebensstandard, in Ungarn nur jeder 25. Innerhalb Deutschlands zeigt sich in der Zufriedenheit ein deutlicher Ost-West-Unterschied.

Die Antworten auf die Frage, wie gut die Menschen mit dem Haushaltseinkommen zurechtkommen, zeugen von guten materiellen Lebensbedingungen in den meisten der hier betrachteten Länder. Mit Ausnahme der Ungarn gelingt es einer großen Mehrheit, »ziemlich leicht« oder »sehr leicht« mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen (vgl. Abb. 1). Allerdings berichten in Slowenien, Deutschland und Schweden immerhin rund ein Drittel der Befragten von Problemen, finanziell über die Runden zu kommen. In Ungarn gehören finanzielle Schwierigkeiten zum Alltag breiter Schichten. Acht von zehn Ungarn geben an, mit dem Einkommen nur mit »großen« oder »einigen« Problemen auszukommen. Die Auskünfte der Befragten spiegeln in erster Linie das Wohlstandsniveau wider, sicherlich aber auch unterschiedliche Ansprüche: So geben vier von fünf Spanier an, »ziemlich leicht« oder »sehr leicht« mit dem Geld zurechtkommen – ebenso viele wie in der reichen Schweiz und mehr als in Schweden oder Deutschland.

Zumeist konzentrieren sich finanzielle Schwierigkeiten auf die beiden untersten Einkommensgruppen, auf die Unterschicht/Arbeiterschicht und die Arbeitslosen

Abb. 1: Das Auskommen mit dem Einkommen
in Prozent



Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

(vgl. Tab. 2). In der Regel berichten Arbeitslose und Einkommensschwache doppelt so häufig von Geldproblemen als die Bevölkerung insgesamt. Eine starke Problemkonzentration auf die unterste Einkommensgruppe ist z. B. in Spanien zu

Tab. 2: Finanzielle Schwierigkeiten nach sozioökonomischer Stellung

	Schweiz	Schweden	Deutschland			Spanien	Slowenien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
Einkommen reicht nur mit »großen« oder »einigen« Schwierigkeiten, in % der Bevölkerung								
Insgesamt	18	30	31	28	36	21	36	81
Einkommen								
Oberstes Fünftel	5	8	8	7	10	4	7	48
2. Fünftel	8	20	18	21	4	8	19	80
3. Fünftel	12	35	26	29	17	15	36	88
4. Fünftel	30	45	44	42	52	32	48	92
Unterstes Fünftel	34	46	59	54	61	60	69	94
Subjektive Schicht								
Ober-/Obere Mittelschicht	9	10	13	12	36	4	9	26
Mittelschicht	16	24	21	21	19	9	25	64
Arbeiter-/Unterschicht	37	43	47	47	48	29	57	90
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	16	26	29	27	38	15	29	74
Arbeitslos	=	=	57	59	52	36	65	96

= zu geringe Fallzahl (N < 30).

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

beobachten. In Ungarn reichen die Probleme, den Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten, bis in die oberen Einkommensgruppen. Selbst im obersten Einkommensfünftel berichtet jeder Zweite von finanziellen Schwierigkeiten.

Die Wohnbedingungen sind ein weiterer Indikator für die Lebensbedingungen. Von den hier betrachteten Ländern wohnen die Schweizer und Schweden am großzügigsten (vgl. Tab. 3). Im Schnitt stehen dort pro Haushaltsmitglied 1,9 Zimmer zur Verfügung (Zimmer ist hier als echter Wohnraum definiert). In Deutschland sind es 1,7. In Slowenien und Ungarn liegt das Verhältnis von Wohnräumen zu Haushaltsmitgliedern bei 1:1. In den westeuropäischen Ländern und in Slowenien gehören Bad oder Dusche, Innentoilette, fließend Warmwasser und Zentralheizung zum selbstverständlichen Wohnstandard. In Ungarn gilt dies nicht für immerhin 10 % der Bürger, bei der Zentralheizung sogar für 20 %. Auch dies belegt einen Modernisierungsrückstand. Doch auch wenn die Wohnungen in den beiden Beitrittsländern kleiner und teilweise schlechter ausgestattet sind: Neun von zehn Ungarn und Slowenen wohnen im Eigentum. Diese hohe Eigentumsquote ist auf die nach dem Systemumbruch im großen Stil betriebene Wohnungsprivatisierung zurückzuführen. Auch in Spanien ist Wohneigentum die Regel (acht von zehn). In Deutschland und der Schweiz übersteigt dagegen die Zahl der Mieter die der Eigentümer knapp.

Tab. 3: Wohnbedingungen und Eigentumsverhältnisse

	Schweiz	Schwe- den	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
Wohnungsausstattung (vorhanden in %)								
Fließend Warmwasser	100	k. A.	99	99	98	99	97	87
Zentralheizung	96	98	96	96	92	88	90	81
Balkon/Terrasse/Garten	96	93	88	90	79	73	91	81
Anzahl Zimmer Ø (pro HH-Mitglied)	1,9	1,9	1,7	1,8	1,6	1,3	1,1	1,0
Eigentümerverhältnis (in %)¹								
Mieter Wohnung	46	31²	47	44	60	10	6	7³
Mieter Haus	4		4	4	2	3	1	
Eigene Wohnung	11	14	5	5	32	52	25	86³
Eigenes Haus	39	54	41	44	5	34	67	

1 Zu 100 fehlende %: Sonstiges.

2 In Schweden Kategorie Mieter nicht weiter unterschieden.

3 In Ungarn Kategorien Mieter und Eigentümer nicht weiter unterschieden.

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

20.2 Wohlbefinden

Neben den objektiven Lebensbedingungen geben subjektive Bewertungen der Bevölkerung Auskunft über die Lebensqualität. Die Frage nach der generellen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben zielt auf das summarische Urteil der Be-

völkerung über die Lebensqualität. Die Antworten lassen auf insgesamt gute Lebensbedingungen in Westeuropa und auch in Slowenien schließen, wobei das Urteil der Schweizer am positivsten ausfällt. Mit einem durchschnittlichen Zufriedenheitswert von 8,2 liegen die Schweizer einen halben Skalenpunkt über dem der Schweden und Deutschen und einen ganzen Skalenpunkt über dem der Spanier und Slowenen (gemessen auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«). Beträchtlich ist der Abstand zu den Ungarn (zwei Skalenpunkte). Ein Viertel der Schweizer sind »ganz und gar zufrieden« mit ihrem Leben, in den übrigen Ländern sind dies zwischen 20 % in Schweden und 7 % in Ungarn. Unzufrieden mit dem Leben (Skalenwerte 0–4) ist jeweils nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung. Nur in Ungarn zeigen sich rund ein Fünftel der Bürger unzufrieden.

Neben der allgemeinen Zufriedenheit wurde auch die Bewertung einzelner Lebensbereiche – private wie öffentliche – erfragt.

Sortiert man die Länder nach diesen Zufriedenheiten, so ist die Position der einzelnen Länder konstant. Ob man nach der Zufriedenheit mit der Wohnung, der Nachbarschaft, der beruflichen Tätigkeit, der Gesundheit, der Bildung, dem Lebensstandard, dem Haushaltseinkommen, der öffentlichen Sicherheit, der Umweltsituation oder den demokratischen Einrichtungen fragt – stets äußern die Schweizer die größte Zufriedenheit, gefolgt von den Schweden und Deutschen (vgl. Tab. 4). Und die Ungarn bilden, mit Ausnahme der Bildung, immer das Schlusslicht. Besonders gravierend sind die Abstände zwischen den Ländern bei den materiellen Lebensbereichen. Beim Haushaltseinkommen rangiert die mittlere Zufriedenheit zwischen 7,4 in der Schweiz und 3,9 in Ungarn, beim Lebensstandard zwischen 8,3 in der Schweiz und 5,0 in Ungarn. Geringe Unterschiede bestehen dagegen bei der Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit.

Tab. 4: Zufriedenheiten nach Lebensbereichen

Lebensbereich	Schweiz	Schweden	Deutschland			Spanien	Slowenien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
Leben allgemein	8,3	7,8	7,7	7,8	7,2	7,2	7,3	6,2
Private Lebensbereiche								
Wohnung	8,4	8,3	8,1	8,1	7,7	7,5	7,6	6,8
Nachbarschaft	8,4	8,4	7,9	8,0	7,8	7,6	7,5	7,1
Lebensstandard	8,3	8,0	7,4	7,6	7,0	6,8	6,8	4,9
Gesundheit	8,1	8,1	7,3	7,4	7,1	7,2	6,7	6,3
Job	7,9	7,6	7,6	7,5	7,7	6,8	6,9	7,0
Bildung	7,7	7,7	7,2	7,2	7,4	5,5	6,6	6,1
Haushaltseinkommen	7,5	7,5	6,7	6,9	6,0	6,1	5,9	3,9
Öffentliche Lebensbereiche								
Öffentliche Sicherheit	7,7	k. A.	6,2	6,4	5,3	6,4	6,3	5,0
Umweltsituation	6,8	6,2	6,1	6,2	5,7	5,2	6,2	4,8
Demokratische Einrichtungen	k. A.	k. A.	5,9	6,2	4,9	k. A.	5,0	4,6

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

Außer in Ungarn sind die Bürger mit den privaten, sie unmittelbar betreffenden Lebensbereichen zufriedener als mit den öffentlichen Bereichen. Besonders positiv werden generell die Wohnbedingungen und die Nachbarschaft bewertet. Die Bereiche öffentliche Sicherheit, Umweltsituation und demokratische Einrichtungen schneiden im Urteil der Bürger am schlechtesten ab. Die geringe Demokratiezufriedenheit in den Beitrittsstaaten liegt zu einem großen Teil an wirtschaftlichen und sozialen Problemen, und tatsächlich funktioniert die neue politische Ordnung noch nicht so reibungslos. Im Übrigen war auch in Westdeutschland nach der Gründung der Bundesrepublik lange Jahre eine geringe Demokratiezufriedenheit zu beobachten. Weitergehende Untersuchungen zeigen, welche Lebensbereiche für die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt ausschlaggebend sind. In den betrachteten Ländern bestimmen ganz überwiegend die privaten Lebensbereiche die allgemeine Lebenszufriedenheit, weniger die öffentlichen. Den größten Einfluss haben in der Regel die Zufriedenheiten mit dem Lebensstandard und der Gesundheit.

Mentale Belastungen (Besorgnissymptome) sind negative Komponenten des subjektiven Wohlbefindens: das Gefühl der Erschöpfung, Depressivität, Nervosität, ständige Sorgen oder häufiges Zittern (vgl. Kapitel 1). Ein hohes positives Wohlbefinden hat, wer frei ist von diesen Besorgnissen. Zwischen der Hälfte (Spanien und Ungarn) und drei Viertel (Schweden) der Bevölkerung ist frei von den genannten Belastungen. Gleichwohl berichten je nach Land immerhin zwischen einem Fünftel und der Hälfte der Bevölkerung, öfter erschöpft zu sein (vgl. Tab. 5). Die anderen Besorgnissymptome sind seltener. Generell gilt: In Ländern mit hoher Lebenszufriedenheit gibt es auch weniger mentale Belastungen. Besonders gut ist das Wohlbefinden der Schweden. In Tabelle 6 ist das Wohlbefinden nach sozialen Gruppen aufgeschlüsselt. In der Regel haben Männer ein höheres Wohlbefinden als Frauen, Junge ein höheres als Alte, Einkommensstarke ein höheres als Einkommensschwache, Erwerbstätige ein höheres als Arbeitslose, und Menschen in Mehrpersonenhaushalten ein höheres als solche, die allein leben. In Schweden ist nicht nur das allgemeine Wohlbefinden sehr hoch, auch die einzelnen Bevölke-

Tab. 5: Belastungen des Wohlbefindens: Besorgnissymptome

	Öfter erschöpft oder erschlagen	Immer wieder Ängste oder Sorgen	Ständig aufgeregt oder nervös	Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	Öfter Zittern oder Schütteln	Keines dieser Symptome
in % der Bevölkerung						
Schweiz	22	20	13	9	4	63
Schweden	19	5	5	6	k. A.	76
Deutschland	36	17	9	10	4	56
West	33	15	9	9	3	60
Ost	39	23	10	10	4	50
Slowenien	37	8	12	11	6	56
Spanien	43	13	39	17	27	47
Ungarn	50	11	24	22	14	46

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

Tab. 6: Belastungen des Wohlbefindens in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Schweiz	Schwe- den	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
	Frei von Belastungen, in % der Bevölkerung							
Insgesamt	63	76	56	60	50	47	56	46
Geschlecht								
Männer	66	80	63	67	59	56	63	52
Frauen	59	72	50	53	42	40	51	41
Alter								
18–34 Jahre	56	72	63	68	61	59	65	62
35–59 Jahre	67	74	58	61	49	48	58	43
Über 60 Jahre	63	84	47	49	42	33	39	31
Haushaltsgröße								
Einpersonenhaushalt	62	76	47	49	48	40	56	34
Mehrpersonenhaushalt	63	76	58	62	50	48	56	48
Einkommen								
Oberstes Fünftel	68	82	67	69	66	56	69	60
Unterstes Fünftel	59	71	40	43	40	30	40	30
Subjektive Schicht								
Ober-/Obere Mittelschicht	69	78	67	68	83	53	74	64
Mittelschicht	64	78	59	61	53	55	61	59
Arbeiter-/Unterschicht	49	71	48	53	41	43	46	37
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	64	75	62	65	56	57	64	57
Arbeitslos	=	=	50	51	53	45	54	33

= zu geringe Fallzahl (N < 30).

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

ungsgruppen unterscheiden sich im Wohlbefinden sehr viel weniger voneinander als in den anderen hier betrachteten Ländern.

20.3 Zusammenfassung

Die objektiven Lebensbedingungen unterscheiden sich in Europa von Land zu Land, und diese Unterschiede werden auch in unterschiedlichen subjektiven Zufriedenheitsniveaus der Bürger sichtbar. Dabei gibt es – vereinfacht – zwei Wohlstandsgefälle: eines verläuft zwischen Nord- und Südeuropa, ein zweites, ausgeprägteres zwischen West- und Osteuropa. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen zu verringern bleibt eine schwierige Aufgabe für die EU, erst recht in einer nach Osten erweiterten Gemeinschaft. Verglichen mit den anderen EU-Nationen liegt Deutschland bei den objektiven Lebensbedingungen im oberen Mittelfeld, beim subjektiven Wohlbefinden im Mittelfeld. Ostdeutschland rangiert bei den objektiven Lebensbedingungen im unteren Mittelfeld, beim subjektiven Wohlbefinden in der Schlussgruppe.

(Jan Delhey)

21 Sozialer Zusammenhalt in europäischen Gesellschaften

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, wird oft mit der Frage nach dem sozialen Zusammenhalt verknüpft. Auch die Europäische Union sieht in der Stärkung des Zusammenhalts (auch Kohäsion oder Integration genannt) eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinschaft wie der Mitgliedsstaaten. Dahinter stehen Befürchtungen, die europäischen Gesellschaften seien mehr und mehr gespalten, es gebe schärfere Konflikte und die Teilhabe aller Bürger am gesellschaftlichen Leben sei nicht mehr gewährleistet. Als Ursachen gelten Zuwanderung, hohe Arbeitslosigkeit und Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaats. Auskunft darüber, wie es um den sozialen Zusammenhalt in verschiedenen europäischen Ländern bestellt ist, geben im Folgenden mehrere Indikatoren: Das Ausmaß von Interessengegensätzen und sozialer Ungleichheit wird durch Konfliktwahrnehmungen und Unterschiede in der Lebenszufriedenheit sozialer Gruppen untersucht. Über die Qualität der Sozialbeziehungen geben Vertrauen, Anomiesymptome, Mitgliedschaften und öffentliche Sicherheit Auskunft.

Datengrundlage ist das Euromodul von 1999 bzw. 2000, eine neue sozialwissenschaftliche Umfrage für den Wohlfahrtsvergleich in Europa. Pro Land wurden zwischen 1000 und 2000 Personen über ihre Lebensverhältnisse befragt. Vorteil des Euromoduls ist es, Verknüpfungen zwischen verschiedenen Wohlfahrtsbereichen zu ermöglichen, die in anderen Umfragen nur punktuell vorliegen. Bislang haben Deutschland, Schweden, die Schweiz und Spanien als westeuropäische Länder teilgenommen, Slowenien und Ungarn als osteuropäische Beitrittskandidaten zur EU. Damit ist zwar kein Überblick über alle EU-Staaten und EU-Bewerberstaaten gegeben; gleichwohl bietet die Umfrage einen guten Eindruck von der Spanne der Lebensbedingungen in Europa, von der reichen Schweiz bis zum weit weniger wohlhabenden Ungarn.

21.1 Soziale Konflikte

Konflikte zwischen sozialen Gruppierungen treten in allen Gesellschaften auf. Gerade Demokratien sind ohne die geregelte Austragung von Interessengegensätzen nicht denkbar. Dennoch kann die Wahrnehmung starker Konflikte durch die Bevölkerung als negatives Merkmal einer Gesellschaft gelten – zeigt diese doch auch an, dass die sozialen Kräfte mehr gegeneinander als miteinander arbeiten. Im Folgenden geht es um die Einschätzung der Intensität von Konflikten zwischen ausgewählten Gruppen, die auf gesellschaftlich relevante Interessengegensätze verweisen. Diese subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung geben Aufschluss

über das aktuelle gesellschaftliche Klima und zeigen an, welche Spannungen als gravierend wahrgenommen werden und welche nicht. Für diese Wahrnehmungen spielen sowohl eigene Erfahrungen als auch die selektive Berichterstattung der Medien eine Rolle.

Keine der hier untersuchten Gesellschaften ist frei von Konflikten. Überall wird mindestens einer der sechs vorgegebenen Konflikte von der Hälfte der Bevölkerung als »stark« oder »sehr stark« wahrgenommen (vgl. Tab. 1). Als stark gelten in der Regel die wirtschaftlichen Konflikte wie Arm gegen Reich und Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer. Ersterer verweist auf Probleme der angemessenen Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands, Letzterer auf Auseinandersetzungen bei der Wohlstandsproduktion, seien es Löhne, Arbeitszeiten oder -bedingungen. Der dritte wirtschaftliche Konflikt, der zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, ist dagegen nur in Deutschland und Ungarn ein drängendes Problem. Ein gemeinsames Merkmal aller hier betrachteten Gesellschaften ist der hohe Stellenwert des Konflikts zwischen In- und Ausländern. Offensichtlich gelingt die Integration von Ausländern und Gastarbeitern im heutigen Europa nur unzureichend, und die Akzeptanz von Zuwanderung ist gering. In Schweden, der Schweiz und Spanien sieht die Bevölkerung die Einwanderung sogar als stärksten Konflikt überhaupt. In Ungarn dominiert der Verteilungskonflikt, in Slowenien der Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Spannungen zwischen den Generationen oder den Geschlechtern belasten die Gesellschaften generell weit weniger als die vorgenannten Konflikte.

Insgesamt ist das Konfliktniveau aber von Land zu Land unterschiedlich. In Ungarn werden vier der sieben Konflikte von einer absoluten Mehrheit der Bevölkerung als stark oder sehr stark bezeichnet, in Deutschland drei (bei einer deutlich stärkeren Konfliktwahrnehmung in Ostdeutschland). In Spanien, Schweden, Slowenien und der Schweiz ist das nur bei einem Konflikt der Fall. Mit anderen Worten: Fünf der sechs Konflikte werden von der Mehrheit der Bürger dieser Nationen als »schwach« oder »gar kein Konflikt« eingestuft. Diese Länder können also als relativ konfliktarm gelten. So bewerten acht von zehn Ungarn die Auseinandersetzung zwischen Arm und Reich als stark, aber nur vier von zehn Spaniern und

Tab. 1: Wahrnehmung sozialer Konflikte

Konflikt	Schweiz	Schwe- den	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
Starke oder sehr starke Konflikte in %								
Reich – Arm	47	49	63	61	73	42	44	84
Staatsbürger – Ausländer	66	70	62	59	74	53	45	61
Arbeitslose – Arbeitende	36	38	57	55	66	36	39	53
Management – Arbeiter	39	35	40	38	49	33	67	57
Junge – Alte	29	16	26	26	27	20	28	29
Männer – Frauen	28	22	15	15	14	23	15	17
Schnitt	35	33	44	38	51	30	34	50

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

Slowenen. Auch bei den übrigen Konflikten gibt es beträchtliche Länderunterschiede. Nicht immer spiegeln dabei die Wahrnehmungen einfach das Ausmaß sozialer Probleme wider. Obwohl die Arbeitslosigkeit etwa gleich hoch ist, sehen doppelt so viele Ostdeutsche als Spanier starke Spannungen zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten. Eine Erklärung ist, dass Ostdeutschland bis zur Wende eine Arbeitsgesellschaft mit sehr hoher Erwerbsbeteiligung war, während Spanien traditionell die niedrigste Erwerbsbeteiligung aller EU-Länder hat.

21.2 Ungleichheit der Lebenszufriedenheit

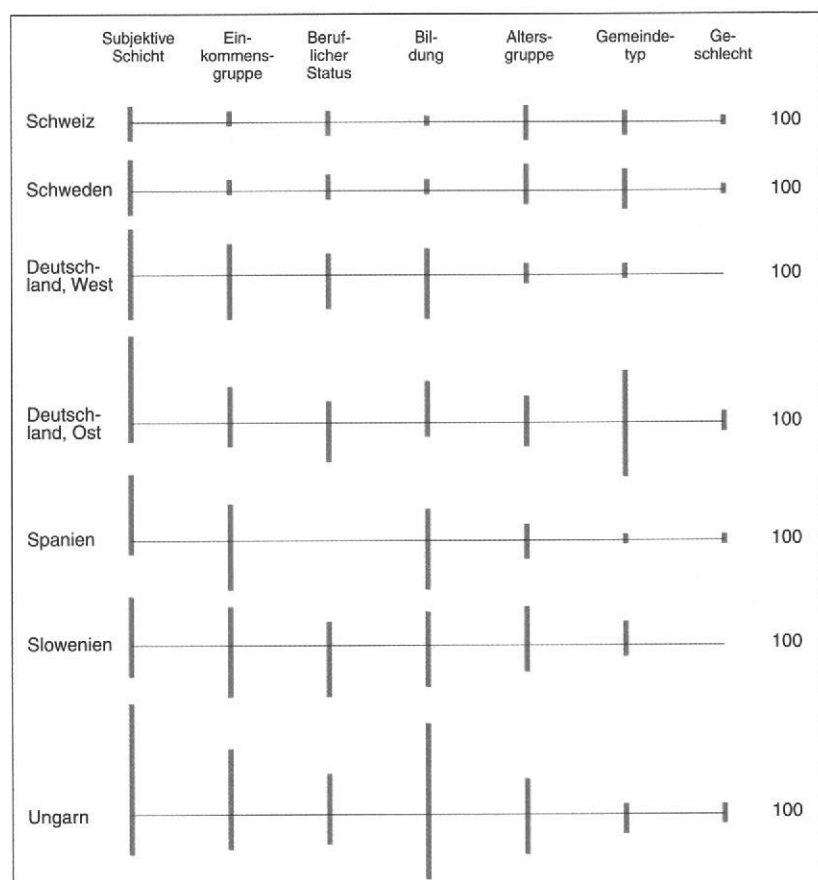
Als ein weiteres Merkmal von Zusammenhalt gilt, dass soziale Ungleichheiten nicht zu stark ausgeprägt sind. Üblicherweise wird Ungleichheit im Bereich der Einkommensverteilung untersucht. Ein anderer Zugang, der hier bevorzugt wird, ist der Vergleich der Lebenszufriedenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen. Die Lebenszufriedenheit ist eine summarische Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen – der Vergleich von Zufriedenheiten ist deshalb gut geeignet, auf kompakte Weise ungleiche Lebensbedingungen zu erfassen. In allen hier betrachteten Ländern differiert die Lebenszufriedenheit stärker nach »vertikalen« als nach »horizontalen« Merkmalen (vgl. Abb. 1). Je höher die soziale Stellung nach Schicht, Einkommen, Bildung oder Beruf, desto höher ist in aller Regel auch das Wohlbefinden. Kaum Unterschiede bestehen dagegen zwischen den Geschlechtern und zwischen Stadt und Land und nur geringe zwischen den Altersgruppen.

Die Daten zeigen auch: Je reicher eine Gesellschaft ist, desto geringer sind die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen privilegierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen. So haben in der reichen Schweiz und in Schweden alle ausgewiesenen Gruppen eine Lebenszufriedenheit nahe dem nationalen Durchschnitt. Beträchtliche Unterschiede im Wohlbefinden über mehrere Merkmale hinweg findet man in Ungarn, dem ärmsten der hier betrachteten Länder. Insbesondere die Zufriedenheitsunterschiede nach Schicht, Bildung und Einkommen verweisen auf ein deutliches Gefälle der Lebensqualität zwischen »oben« und »unten«. In Deutschland, Slowenien und Spanien findet man insgesamt mittelstarke Abstufungen der Lebenszufriedenheit.

21.3 Vertrauen und Partizipation

Gesellschaftlicher Zusammenhalt bemisst sich auch daran, wie reibungslos das alltägliche Miteinander abläuft. Dies ist nicht zuletzt eine Frage des Vertrauens – nicht zu Menschen, die man gut kennt, sondern gerade zu Menschen, die man nicht gut kennt. Es wird vermutet, dass Gesellschaften politisch und wirtschaftlich umso besser funktionieren, je größer das generelle Vertrauen in die Mitmenschen ist. »Würden Sie sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder

Abb. 1: Unterschiede in der Lebenszufriedenheit nach sozialen Kategorien



Höchste und niedrigste Lebenszufriedenheit, relativ jeweils zum Bevölkerungsdurchschnitt (= 100).
Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?« So lautet eine darauf bezogene Frage. Nur in der Schweiz, der ältesten Demokratie der Welt, vertrauen annähernd die Hälfte der Bürger (43 %) den meisten Menschen. In den anderen betrachteten Ländern ist weniger Vertrauen vorhanden. Die Werte schwanken zwischen einem Drittel der Bevölkerung in Deutschland und 14 % in Slowenien (vgl. Tab. 2). Mit Slowenien und Ungarn erweisen sich zwei ehemals sozialistische Gesellschaften als »low-trust-societies«.

Dieses Ergebnis wird dadurch untermauert, dass die postsozialistischen Gesellschaften von der eigenen Bevölkerung als Gesellschaften mit schwacher Norm-

bindung wahrgenommen werden. Acht von zehn Ungarn und immerhin jeder zweite Slowene (und Ostdeutsche) sind der Meinung, man müsse heutzutage nicht-korrekte Dinge tun, um im Leben voranzukommen (vgl. Tab. 2). Soziologisch wird ein solches Meinungsbild als Hinweis auf einen Zustand der Normlosigkeit (Anomie) gewertet. In den westeuropäischen Vergleichsländern ist dagegen nur eine Minderheit der Ansicht, man müsse nicht-korrekte Dinge tun, um voranzukommen. Damit bestätigt sich die Annahme, Normlosigkeit sei vor allem eine Begleiterscheinung eines raschen und tief greifenden sozialen Wandels. Ein solcher Wandel hat in Osteuropa im letzten Jahrzehnt mit dem Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft stattgefunden, und noch sind nicht alle damit verbundenen Probleme gelöst. Bei den weiteren abgefragten Symptomen von Anomie wie Machtlosigkeit, Einsamkeit, Orientierungslosigkeit und fehlendem Zukunftsoptimismus ist allerdings kein bzw. nur ein geringer Ost-West-Unterschied zu erkennen. Besonders gering ist Anomie in Schweden ausgeprägt.

Tab. 2: Vertrauen und Anomiesymptome

	Den meisten Menschen kann man vertrauen	Man muss nicht-korrekte Dinge tun, um voranzukommen	Kann an Schwierigkeiten nicht viel ändern	Fühle mich oft einsam	Leben ist kompliziert geworden	Kein Zukunftsoptimismus
	in % der Bevölkerung					
Schweiz	43	22	50	11	11	26
Schweden	k. A.	14	45	4	4	48
Deutschland	33	30	72	14	17	36
Ost	36	46	80	13	23	43
West	32	26	69	13	16	33
Spanien	28	27	73	27	24	30
Slowenien	14	48	82	16	23	35
Ungarn	18	83	k. A.	23	32	24

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

Die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen kann eine wesentliche integrative Funktion haben. Mitgliedschaften sind ein Mechanismus, in die Gesellschaft eingebunden zu sein. Im Idealfall fördern sie kooperatives Verhalten und Gemeinschaftssinn. Im europäischen Vergleich weist die Mitgliedschaftsrate in Organisationen und Vereinen große Unterschiede auf (vgl. Tab. 3). In Schweden sind neun von zehn Bürgern in mindestens einer Organisation oder einem Verein Mitglied. In der Schweiz und Slowenien sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung über Vereine organisiert, in Deutschland etwa die Hälfte, in Spanien ein Drittel. Die niedrigste Mitgliedschaftsrate hat Ungarn mit zwei von zehn Bürgern. Die außergewöhnlich hohe Beteiligung in Schweden kommt vor allem durch die Gewerkschaften zustande, der sieben von zehn Schweden angehören. Damit ist Schweden, wie Skandinavien überhaupt, europa- und weltweit die Hochburg der Arbeitnehmerbewegung. Doch auch Sport- und Freizeitvereine, Nachbarschaftsvereine und kirchliche Vereine haben in Schweden, dem Land des »Volksheims«, Tradition

und regen Zulauf. Einen hohen Organisationsgrad haben auch die Schweizer; hier sind mehr Bürger Mitglied in Sport- und Freizeitclubs, in kulturellen Vereinen, Umweltschutzgruppen und Wohltätigkeitsvereinen als in den anderen betrachteten Ländern. In den Beitrittsländern Slowenien und Ungarn ist die Gewerkschaft die Kernorganisation, allerdings auf weitaus niedrigerem Niveau als in Schweden. In Spanien, Deutschland und der Schweiz werden Sport- bzw. Freizeitvereine an erster Stelle genannt.

Tab. 3: Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen

Mitgliedschaft in ...	Schweiz	Schwe- den	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
			Gesamt	West	Ost			
			in % der Bevölkerung					
Gewerkschaft	14	71	12	12	13	6	28	9
Partei	11	8	3	4	1	3	5	2
Umweltschutzgruppe	12	5	2	2	0	1	2	0
Verein, darunter								
Sportverein/Freizeitverein	40	32	25	28	14	11	14	4
Nachbarschafts- vereinigung	10	29	1	1	0	7	k. A.	1
kirchlicher Verein	13	25	6	7	2	5	4	1
Wohlfahrtsverband/ Wohltätigkeitsverein	17	14	3	3	2	4	8	1
kultureller Verein	16	k. A.	5	6	2	4	8	1
anderem Verein, anderer								
Organisation	15	67	13	13	11	7	21	6
Gar keine Mitgliedschaft	28	6	51	48	62	67	41	80

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

21.4 Öffentliche Sicherheit und Kriminalität

Sicherheit ist ein universelles Bedürfnis, das von allen Bevölkerungsgruppen als wichtig angesehen wird. Kriminalität bedroht diese Sicherheit. Für die individuelle Wohlfahrt wie die Qualität der Gesellschaft insgesamt ist es deshalb unerlässlich, dass der Schutz von Leib und Leben wie von Besitz und Eigentum so weit wie möglich gewährleistet ist. In den hier betrachteten Ländern ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung im zurückliegenden Jahr selbst Opfer von Kriminalität geworden (vgl. Tab. 4). Gefragt wurde, ob die Befragten im vergangenen Jahr bestohlen, bedroht oder tätlich angegriffen wurden. Um die 6 % der Bevölkerung geben an, bestohlen worden zu sein. Nur in Ungarn (14 %) sind Diebstähle häufiger. Ähnlich viele berichten, bedroht worden zu sein. Tätlich angegriffen wurde nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung.

Neben der Kriminalitätsbelastung ist auch das subjektive Sicherheitsempfinden ein wichtiger Bewertungsmaßstab. Dieses schwankt im internationalen Vergleich stärker als die durch Umfragen ermittelte tatsächliche Kriminalitätsbelastung. Auf

Tab. 4: Kriminalitätsbelastung und subjektive Bewertung der Sicherheit

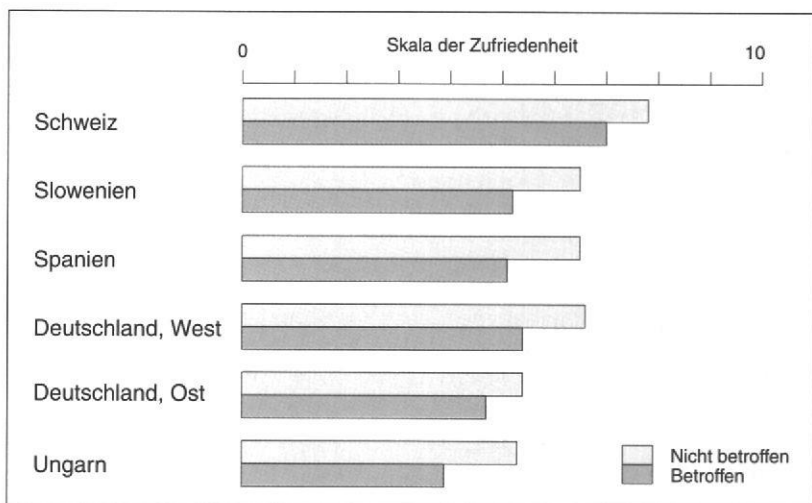
	Schweiz	Deutschland			Spanien	Slowe- nien	Ungarn
		Gesamt	West	Ost			
In den vergangenen 12 Monaten wurden (in %)							
bestohlen	9	6	6	6	6	7	14
bedroht	10	9	8	11	2	5	5
geschlagen	2	1	1	1	1	1	2
Wie sicher fühlen sie sich nachts in Ihrer Wohngegend? (in %)							
Sehr unsicher	2	6	5	9	4	2	11
Ziemlich unsicher	10	21	19	30	13	10	28
Ziemlich sicher	34	49	49	48	50	46	34
Sehr sicher	55	21	27	14	34	43	27
Zufriedenheit mit öffentlicher Sicherheit							
(0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden; in %)							
Unzufrieden (0-4)	4	20	16	33	18	16	38
Zufrieden (5-9)	77	76	79	66	74	76	58
Hochzufrieden (10)	20	4	5	1	8	8	5
Ø	7,7	6,2	6,4	5,3	6,4	6,3	5,0

Keine Angaben für Schweden.

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

die Frage, wie sicher sie sich nachts auf den Straßen ihrer Wohngegend fühlen, antworten vier von zehn Ungarn, dass sie sich »sehr« oder »ziemlich« unsicher

Abb. 2: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Kriminalitätsbetroffenheit



Kriminalitätsbetroffenheit: Im zurückliegenden Jahr »bestohlen« oder »bedroht« oder »geschlagen«.

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000.

fühlen. Weitaus sicherer fühlen sich die Schweizer und Slowenen (nur jeweils 12 % fühlen sich unsicher). Die Deutschen rangieren zwischen diesen Extremen, allerdings mit einem deutlichen Ost-West-Unterschied: Die Ostdeutschen fühlen sich ebenso unsicher wie die Ungarn. Dieses unterschiedliche Sicherheitsgefühl überträgt sich auch auf die Bewertung der öffentlichen Sicherheit, mit der die Ungarn und Ostdeutschen ebenfalls deutlich weniger zufrieden sind als die Bevölkerung der anderen Länder. Eine Erklärung ist, dass nach dem gesellschaftlichen Umbruch die Anzahl der Straftaten in Ungarn und Ostdeutschland drastisch zugenommen hat, während dies in den anderen Ländern nicht der Fall war. Ein besonders gutes Zeugnis stellen die Schweizer der öffentlichen Sicherheit in ihrem Land aus. Auf einer Skala von 0 (»ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (»ganz und gar zufrieden«) vergeben sie im Schnitt eine 7,7. Das Betroffensein von Kriminalität senkt überall das Sicherheitsempfinden. Wer innerhalb des vergangenen Jahres bestohlen, bedroht oder körperlich angegriffen wurde, fühlt sich weniger sicher in seinem eigenen Umfeld und ist weniger zufrieden mit der öffentlichen Sicherheit als derjenige, dem diese Erfahrung erspart geblieben ist (vgl. Abb. 2). Gleichwohl sind selbst die von Kriminalität betroffenen Schweizer immer noch zufriedener mit der öffentlichen Sicherheit als z. B. die Deutschen insgesamt.

21.5 Zusammenfassung

Die Beispiele zeigen, dass der soziale Zusammenhalt in europäischen Gesellschaften unterschiedlich stark ist. Für die Schweiz und Schweden ergibt sich das konsistente Bild eines hohen Zusammenhalts, für Deutschland das eines mittleren, für Ungarn das eines schwachen. Spanien und Slowenien rangieren je nach untersuchtem Bereich mal oben, mal in der Mitte, mal unten. Für Deutschland ergeben sich starke Unterschiede zwischen Ost und West, mit einem erkennbar schwächeren Zusammenhalt in den neuen Bundesländern. Die ungarische Gesellschaft ist in hohem Maße problembelastet, was in weiten Teilen Folge des schwierigen Umgestaltungsprozesses ist. Slowenien dürfte in diesem Zusammenhang eher untypisch für die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sein, da es in sozialer Hinsicht als relativ wohlhabendes (»Schweiz des Ostens«) und konsensorientiertes Land eine Sonderstellung einnimmt. Der Unterschied im Integrationsniveau zwischen Schweden und Deutschland sowie die ähnliche Einstufung von Deutschland, Slowenien und Spanien sind Beleg dafür, dass sich der soziale Zusammenhalt nicht einfach aus dem Wohlstand einer Gesellschaft ableiten lässt. Er ist eine eigenständige, soziale Qualität einer Gesellschaft.

(Jan Delhey)

Stichwortverzeichnis

Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf Teil II

- Abendschulen 60
- Abfallaufkommen, -beseitigung 387, 397
- Abgeordnete 158 ff.
- Abitur *s. Hochschulreife*
- Abtreibungen 186 f.
- Abwässer, -beseitigung 388 f.
- AIDS 178 f.
- Akademiker 68 ff.
- Alkohol, -konsum 119 ff., 187 f.
- Allbus 427, 429
- Alleinerziehende 41 f.
- Alleinlebende 39 f., 525
- Altersaufbau, -struktur 34 ff., 551 f.
- Alters- und Hinterbliebenenversorgung 196 f.
- Angestellte 93 ff., 114 ff., 236 ff., 336 ff.
- Angestelltengehälter 114 ff., 337 f.
- Ängste und Sorgen *s. Sorgen*
- Anomiesymptome 439 ff.
- Ansprüche an Lebensbedingungen 453 ff., 457 ff.
- Äquivalenzeinkommen 449, 581
- Arbeiter 93 ff., 114 ff., 244 ff., 336 ff.
- Arbeitgeberleistungen 193 ff., 195, 250
- Arbeitgeberverbände 166, 168
- Arbeitnehmervereinigungen 166 f.
- Arbeitsbeschaffung 202
- Arbeitsförderung 194, 201 ff.
- Arbeitskämpfe 170
- Arbeitskosten 321 f., 347 f.
- Arbeitslose 85 ff., 96 – 110, 116, 201 ff., 413
 - Qualifikationsstruktur 107 ff.
- Arbeitslosengeld, -hilfe 87 f., 110, 201 f.
- Arbeitslosenquote 96 ff., 101 ff., 413
- Arbeitslosigkeit 85 ff., 96 – 110, 116, 201 ff., 413, 497
 - Dauer 109 f.
 - finanzielle Absicherung 462 f.
- Arbeitsmarkt 85 ff., 483 ff., 494 ff.
 - Politik 100 f.
 - Problemgruppen 103 ff.
- Arbeitsmarktchancen 499 ff.
- Arbeitsorientierungen 456, 497, 573
- Arbeitsplatzverlust 100 ff.
- Arbeitsproduktivität 244
- Arbeitsteilung
 - gesellschaftsspezifische 536 f.
 - im Haushalt 536 f.
- Arbeitsunfähigkeit 175 ff.
- Arbeitsunfälle 175 ff., 179 f.
- Arbeitszeit 150 f.
- Armut 580 ff., 582 ff., 588 ff., 592 ff.
- Ärzte, Arztbesuch 183 ff., 326, 477 f.
- Asylbewerberleistungsgesetz 206, 210
- Asylsuchende, -berechtigte 49 f., 206 ff., 560
- Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) 82 f.
- Ausbaugewerbe 295 f.
- Ausbildung 55 ff.
 - s. a. Schul- und Berufsausbildung*
- Ausbildungsförderung (BAföG) 80 ff., 194
- Ausfuhr 252 ff., 275
- Ausfuhrpreise 257 f.
- Ausgaben
 - Bundesanstalt für Arbeit 201 f.
 - Erziehungsgeld 194, 204 f.
 - für Freizeit, -güter 126 f., 151 ff.
 - für Gesundheit 189 ff., 198
 - für Kultur 126 f., 151
 - für Sport und Erholung 151
 - Kindergeld 194, 203 f.
 - Krankenversicherung 198, 480 ff.
 - öffentlicher Haushalte 151, 224 ff.
 - privater Haushalte 111 ff., 116 ff., 151 f.
 - Rentenversicherung 196 ff.
 - Sozialhilfe 194, 206 ff.
 - Umweltschutz 380 ff., 391 ff.
- Ausländer 45 ff., 560 ff.
 - Arbeitslose 103 ff.
 - Aufenthaltsdauer 47
 - Bildungsniveau 78 f.
 - Ehepartner 42 f.
 - Integration 560 ff.
 - Kinder 47, 58, 61, 78, 205
 - Kontakte zu 560 ff., 567 ff.
 - regionale Verteilung 48 f.
 - Sozialhilfeempfänger 206 f.
 - Zu- und Fortzüge 28, 45 ff., 52 ff.

Außenhandel 252 ff., 257 f.
 Außenhandelsbilanz 267 f.
 Außenwirtschaft 252 ff.
 Aussiedler 29, 31, 560
 Aussperrung 170
 Ausstattung der privaten Haushalte 127 ff., 467 f.
 Auszubildende 63 ff.
 Autos *s. Personenkraftwagen*

 BAföG *s. Bundesausbildungsförderungsgesetz*
 Bahnverkehr *s. Eisenbahnverkehr*
 Banken 320 ff.
 Baufertigstellungen 144 ff.
 Baugenehmigungen 144 ff.
 Baugewerbe 245 ff., 251, 295 ff.
 Baukosten 147 f.
 Bauland 334 f.
 Baupreisentwicklung 334 f.
 Bautätigkeit 144 ff.
 Beamte 93 ff., 113 ff., 236 ff.
 Beförderungen (Verkehr) 359 ff.
 Beherbergungsgewerbe 309 ff.
 Behinderte 187 ff.
 Bekleidung 118 ff.
 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 288 ff.
 Berufe 92 ff., 107
 Berufsausbildung 56 ff., 61 ff., 107, 483
 Berufskrankheiten 179 f.
 Berufsschulen 56 ff., 59, 63 ff.
 Berufsverbände 166 ff.
 Beschäftigte *s. a. Erwerbstätige*
 – Baugewerbe 297
 – Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 288 ff.
 – Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 – Freie Berufe 326 ff.
 – Handel 304 f.
 – Handwerk 300 ff.
 – Kreditgewerbe 321
 – Landwirtschaft 324 ff.
 – öffentlicher Dienst 235 ff.
 – ökologischer Landbau 285 f.
 – Verarbeitendes Gewerbe 288 ff.
 – Versicherungen 324 ff.
 Besorgnissymptome 438 f., 622 f.
 Bestattungen, kirchliche 172 f.
 Beteiligung
 – politische 158 ff., 600 f.
 – soziale 158 ff., 556 f.

Betriebe *s. a. Unternehmen*
 – forstwirtschaftliche 275
 – landwirtschaftliche 263 ff.
 Bevölkerung 27 ff.
 Bevölkerungsbewegung 50 ff.
 Bevölkerungsdichte 32 ff.
 Bevölkerungsentwicklung 28 ff.
 Bevölkerungsverteilung, räumliche 32 ff.
 Bibliotheken 155
 Bildung 55 ff., 77 ff., 483 ff., 541 ff.
 Bildungsabschluss 61, 78 f.
 Bildungsausgaben, öffentliche 80
 Bildungsbereiche 484
 Bildungschancen 77 ff.
 Bildungsniveau 77 ff.
 Bildungssystem 56
 Binnenschifffahrt 352, 357 f., 364
 Bodennutzung 262 f.
 Bruttoinlandsprodukt 224, 242 ff., 247 ff., 368
 Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 242 f., 256
 Bruttoverdienste 344, 346
 Bruttowertschöpfung 242 f., 245 f.
 Bücher 126 f., 155
 Bundesanstalt für Arbeit 201 f.
 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 80 ff.
 Bundesländer 32 f., 48, 103, 159, 161 f., 223 ff., 231 ff., 393
 Bundestag, Deutscher 159 ff.
 Bundestagswahlen 159 ff.

 Chemische Industrie 291
 Chöre 157
 Computer (PC) 130 f.

 Demokratie
 – Einstellung 607 ff.
 – Zufriedenheit 607 ff.
 Dienstleistungsbereich 91, 245 ff., 251, 303 ff., 337 ff.
 Dienstleistungsunternehmen 245 ff., 251, 303 ff.
 Düngemittel 389 f.

 Ehe/Partnerschaft 525 ff.
 Ehedauer 44, 527 ff.
 Ehelösungen/Ehescheidungen 44 ff.
 Ehepaare, binationale 42 f.
 Eheschließungen 44 ff.
 Eiererzeugung 272
 Eigentumswohnungen 139 ff., 503 f.

- Einfuhr 252 ff., 275
- Einfuhrpreise 257 f.
- Einkommen 87 ff., 112 ff., 580 ff., 592 ff.
 - aus unselbstständiger Arbeit 85 ff., 113 ff.
 - aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 113 ff., 249 ff.
 - der privaten Haushalte 112 ff.
 - verfügbares 112 ff.
 - von Arbeitslosen 88, 110
- Einkommenspositionen 449, 557 ff.
- Einkommensteuer 227 ff.
- Einkommens- und Verbrauchsstichproben 116 ff., 151
- Einkommensungleichheit 582 ff.
- Einkommensverteilung 112 ff., 580 ff.
 - Ausländer 591
- Einnahmen
 - der öffentlichen Haushalte 227 ff.
 - der privaten Haushalte 112 ff.
- Einschulung 57 f.
- Einstellungen
 - Ausländer 560 ff.
 - Demokratie 609 ff.
 - Familie 530 ff.
 - Kinder 530 ff.
 - Rolle der Frau 533 ff.
 - Umwelt 519 ff.
 - Zuwanderung 560 ff.
- Einwohner 32 ff.
- Einzelhandel 304 ff., 348
- Eisenbahnverkehr 350 ff., 360 ff., 364 ff.
- Elternzeit 204 f.
- Emissionen 368, 385 f.
- Endenergieverbrauch 369 f., 376
- Energieausgaben 118 ff., 124
- Energieeinfuhr 373 f.
- Energiepreise 377 ff.
- Energieträger 373 ff.
- Energie- und Wasserversorgung 298 f.
- Energieverbrauch 368 ff., 377
- Erdöl 368, 372, 378
- Ernteerträge, -mengen 270 f.
- Ersparnis 112, 117
- Erwartungen 453
- Erwerbsbeteiligung 88 ff.
- Erwerbslose 85 ff.
- Erwerbsquote 88 f., 494, 496
- Erwerbstätige 85 ff., 247, 413, 484 f., 570 ff.
- Erwerbstätigkeit 85 ff., 494 ff., 541 ff.
- Erzeugerpreise 328
- Erziehungsgeld 194, 204 f.
- Euromodul 427, 429
- Europa
 - Lebensbedingungen 616 ff.
 - soziale Konflikte 624 ff.
 - Wohlbefinden 616 ff.
- Europäische Union 102, 223, 231, 254, 320, 354, 375, 404 ff., 624 ff.
 - Arbeitsmarkt 404 ff., 410 ff.
 - außenwirtschaftliche Beziehungen 404, 417 ff.
 - Bevölkerung 404, 410 ff.
 - Bruttoinlandsprodukt 414 ff.
 - Finanzierung 404, 408 ff.
 - Haushalt 408 ff.
 - Konvergenzkriterien 406 f.
 - Lebensverhältnisse 404, 420, 429 f.
 - Osterweiterung 407, 411, 413 – 416, 418 f., 421
 - Wirtschaftsentwicklung 404, 414 ff.
 - Wirtschafts- und Währungsunion 404, 406
- Europäisches Parlament 158, 162 ff.
- Evangelische Kirche 172 ff.
- Export 252 ff., 275
- Exportgüter 256
- Exportquote 290 f.
- Fachhochschulen 56, 62, 78 f.
- Fachschulen 56
- Fahrzeugbestände 354 ff.
- Familien 38 ff., 524 ff.
- Familienarbeitskräfte 93 ff., 265 f.
- Familienlastenausgleich 194, 209 f.
- Familienstand 44
- Familiientypen/Familienformen 524 f.
- Fernseheräte 129, 154
- Fernsehprogramm 155
- Fernwärme 376
- Finanzausgleich s. *Länderfinanzausgleich*
- Finanzen, öffentliche 223 ff.
- Fischerei 91, 245 ff., 258, 261 f., 278 f.
- Flächennutzung, landwirtschaftliche 268 ff., 280 ff.
- Fleischerzeugung 272 f.
- Flugzeuge 358
- Fonds »Deutsche Einheit« 223 ff.
- Forstwirtschaft 275 ff.
 - s. a. *Land- und Forstwirtschaft*
- Frauen
 - Abgeordnete 160 f.
 - akademische Laufbahn 74
 - Arbeitslose 99, 105
 - Bevölkerung 27

- Bildungsniveau 77 ff.
- Einstellungen zur Rolle 533 ff.
- Erwerbsquote 89 ff.
- Erwerbstätigkeit 89 ff., 94 f., 213, 494, 501, 533 ff.
- Freie Berufe 326 f.
- Gewerkschaftsmitglieder 167
- im öffentlichen Dienst 237
- Krankheit 175 f.
- Parteimitglieder 164 f.
- Rente 197
- Schwangerschaftsabbrüche 186 f.
- Sozialhilfeempfänger 208 f.
- Stellung im Beruf 93 f.
- Straffälligkeit 220
- Studienabsichten 72, 74
- Überschuss 35 ff.
- Verdienste 337 ff.
- Freie Berufe 326 f.
- Freie Waldorfschulen 59 ff.
- Freiheitsstrafen 221 f.
- Freizeit 126 f., 149 ff., 545 f.
- Freizeitgesellschaft 149 f.
- Freizeitgüter 126 f.
- Gas, Erdgas 368, 372 f.
- Gastgewerbe 245 ff., 251, 309 ff., 318 ff., 348
- Gaststudium 76
- Gebrauchsgüter 118 ff., 127 ff.
- produzierendes Gewerbe 288 ff.
- Geburten 30 ff., 37 ff.
- Geburtenüberschuss, -defizit 30 ff., 38 ff., 55
- Geflügelproduktion 272 f.
- Gehälter 336 ff.
- Geldstrafen 221
- Gemeinden 223 ff.
- Gerichte 214 ff.
- Gesamtschulen 55, 59 ff.
- Geschlechtskrankheiten 178 f.
- Gesellschaftliche Mitwirkung 158 ff., 556 f., 598 ff.
- Gesundheit 175 ff., 474 ff.
- Ausgaben 189 ff., 198
- Beeinträchtigung 395 f.
- Berufe 183 ff.
- Krankenhausaufenthalt 177 f., 478 ff.
- Zufriedenheit mit 474 f.
- Gesundheitsbericht für Deutschland 395
- Getränke 118 ff.
- Gewässerschutz 392 f., 397
- Gewerbsteuer 228

- Gewerkschaften 166 f., 603
- Gewinne s. *Kostenstruktur*
- Glücksempfinden 435 ff.
- Gottesdienstbesucher 172 ff., 557
- Gripeschutzimpfung 177
- Großhandel 304 ff., 348
- Großstädte 34, 39 f.
- Grundschulen 56 ff.
- Güterverkehr 353, 361 ff.
- Gymnasium 56, 59 ff.
- Handel 245 ff., 251, 303 ff., 348
- Handwerk 300 ff.
- Handy 131
- Hauptschulen 56, 59 ff., 78
- Hausfrauen 571 f.
- Haushalte, öffentliche 223 ff., 245
- Ausgaben 195, 224 ff.
- Einnahmen 227 ff.
- Personal 235 ff.
- Schulden 233 ff.
- Haushalte, private 38 ff., 111 ff., 195, 245, 329 ff.
- Arbeitsteilung 536 f.
- Ausgaben 111 ff., 116 ff., 151 f., 247 ff., 329 ff., 415
- Ausstattung 127 ff., 467 f.
- Einkommen 111 f., 581 f.
- Einnahmen und Ausgaben 111 ff.
- Energiekosten, -verbrauch 123 ff., 377
- Umweltbelastung durch 384 ff.
- Zusammensetzung 38 ff.
- Haushaltseinkommen 580 ff.
- Haushaltsgeräte s. *Gebrauchsgüter*
- Haushaltsgröße 39 ff.
- Haushaltstypen 116 ff.
- Heiratsalter 43, 527 ff.
- Heranwachsende 220
- Hi-Fi-Anlagen 129
- Hochschulabsolventen 62
- Hochschulen 68 ff.
- Personal 73 f.
- Hochschulreife 62, 77 ff.
- Hörfunk/Rundfunk 154
- Import 252 ff., 275
- Individualverkehr 359 ff.
- Industrie 288 ff.
- Energieverbrauch 377
- Infektionskrankheiten, meldepflichtige 178
- Ingenieure 326
- Insolvenzen 296 f.

- Integration *s.a.* *Ausländer*
 - politische 597 ff.
 - soziale 471, 554 ff.
- Internetanschluss 131
- Investitionen 227, 247, 259 ff., 293 f., 353, 415
 - für Umweltschutz 397 ff.
- Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 288 ff.
- Islam 171
- Juden 171
- Jugendarbeitslosigkeit 104, 106
- Jugendhilfe 194, 210 ff.
- Jugendkriminalität/Jugendstrafen 220 f.
- Junge Erwachsene
 - Freizeit 543 ff.
 - Lebensbedingungen 541 ff.
 - Lebensformen 543 ff.
- Kabelanschluss 129
- Kapitalbilanz 259 ff.
- Katholische Kirche 171 ff.
- Kernenergie 372, 375 f.
- Kinder
 - Altersaufbau 35 ff.
 - Ausbildung 61
 - Ausländer 58, 61 f., 78
 - Einstellungen zu 530 ff.
 - Geburten 37 ff.
 - Haushaltsgröße 38 ff.
 - in unvollständigen Familien 41 f.
 - Unfälle im Straßenverkehr 367
- Kindergärten 56 f., 61, 213
- Kindergeld 194, 203 f.
- Kino 127, 153
- Kirche
 - evangelische 172 ff.
 - katholische 171 ff.
- Kirchenaustritte 174
- Kohle 368 ff., 372
- Kollegs 60
- Kommunalwahlen 158
- Konfessionen 171 ff.
- Konkurse 296 f.
- Körpermaße 177
- Körperschaftsteuer 227 ff.
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 189 ff., 198
- Kostenstruktur *s.a.* *Arbeitskosten*
 - Baugewerbe 297 f.
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 294 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 - Gastgewerbe 318 f.
 - Handel 305 f.
 - Verarbeitendes Gewerbe 294 f.
- Kraftfahrzeuge
 - Bestand 132, 355 f.
 - schadstoffreduzierte 399 f.
- Kraftfahrzeugsteuer 125, 228
- Kraftfahrzeugversicherung 125
- Kranke 175 ff.
- Krankenhausaufenthalte 177 f.
- Krankenhäuser 184 ff.
- Krankenpflegepersonal 184 f.
- Krankenversicherung 325, 327, 475 f., 480 ff.
 - gesetzliche 190, 192, 194, 198
 - private 190, 192, 194
- Krankheit 175 ff.
 - meldepflichtige 178 f.
- Kreditaufnahme
 - öffentliche Haushalte 233 ff.
- Kreditinstitute 321 ff., 348
- Kriminalität, -bedrohung 217 ff.
- Kultur/ Kultureinrichtungen 149 ff.
- Kurzarbeit 100 ff., 202
- Länderfinanzausgleich 231 ff.
- Landschaftsschutz 400 ff.
- Landtagswahlen 158, 162
- Land- und Forstwirtschaft 91, 245 ff., 251, 261 ff., 390
 - Beschäftigte 265 ff.
 - ökologischer Anbau 277 ff.
- Lärm/Lärmbekämpfung 396 f., 514
- Lastenausgleich 194 f.
- Lastkraftwagen 355
- Lebendgeborene *s.* *Geburten*
- Lebensbedingungen 425 f., 457, 464 ff., 573 ff.
 - Ältere 551 ff.
 - junge Erwachsene 541 ff.
- Lebensbereiche(n)
 - Wichtigkeit von 543 ff.
 - Zufriedenheit mit 442 ff.
- Lebenserwartung 37
- Lebensformen 524 f., 543 ff.
- Lebenshaltungsindex 329 ff., 335 f.
- Lebensstandard 617 ff.
 - Ansprüche 457 ff., 464 ff.
 - Anteil am 457 ff.
 - Einschränkung 521 ff.
 - Realisierung 457 ff., 467 f., 573 f.
 - Zukunftserwartung 457 ff.

- Lebensunterhalt 88
- Lebensversicherung 325
- Lebenszufriedenheit 431, 626
 - s. a. *Zufriedenheit*
- Lehrkräfte 64 f.
- Lehrstellen 64 ff.
- Leistungsbilanz 258 ff.
- Löhne 249 ff., 328 ff., 336 ff., 345 f.
- Lohnsteuer 227 ff., 250
- Luftbelastung, -verschmutzung 384 ff., 395, 514
- Luftreinhaltung 397
- Luftschadstoffe 384 f., 395 f.
- Luftverkehr 352 f., 358 ff., 362, 364

- Medizinische Versorgung 183 ff.
- Mieten 118 ff., 124, 138 f., 506 ff.
- Mietwohnungen 134 ff., 138 f.
- Mikrozensus 28, 113 f.
- Milcherzeugung 272 f.
- Mineralölsteuer 228
- Mitbestimmung 168 ff.
- Mitgliedschaften 628 f.
 - Gewerkschaften 166 f., 601 ff.
 - Interessengruppen 601 ff.
 - Parteien 164 f., 601 ff.
 - Vereine 157, 601 ff.
- Mithelfende Familienangehörige 93 ff.
- Museen 127, 153
- Musizieren 156 f.

- Nahrungs- und Genussmittel 118 ff.
- Nationalparke 402
- Naturschutz/Naturschutzgebiete 400 ff.
- Nettoverdienste 346
- Nichteheliche Lebensgemeinschaften 41
- Nichterwerbstätige 114 ff., 571 ff.
- Nominallohne 345
- Notare/Notarinnen 217

- Ökologie s. *Umwelt*
- Offene Stellen 96 ff.
- öffentlicher Dienst 235 ff.

- Parteien 160 – 165
- Parteimitgliedschaft 164 f., 601 ff.
- Partnerschaft s. *Ehe/Partnerschaft*
- Pensionäre/Pensionen 87 f., 194, 196
- Personal
 - Gesundheitswesen 184 f.
 - Hochschulen 73 f.
 - öffentlicher Dienst 235 ff.
- Personalausgaben (öffentl. Haushalte) 234
- Personalnebenkosten 347 f.
- Personenkraftwagen 132, 293, 355 f.
 - schadstoffreduzierte 399 f.
- Personenverkehr 359 ff.
- Pflanzen, gefährdete 394 ff.
- Pflanzenschutzmittel 389 f.
- Pflanzliche Produktion 268 ff.
- Pflegeversicherung 194, 198 ff., 209 ff.
- Politik
 - Integration 598 ff.
 - interesse 158 ff., 598 ff.
- Polytechnische Oberschule 78
- Preise/Preissteigerungen 328
- Preisentwicklung 328 ff.
- Preisindizes 328 ff.
- Primärenergie/Primärenergiever-
brauch 368 ff., 375
- Privater Verbrauch/private Konsum-
ausgabe 111 ff., 118 ff., 384
- Problemgruppen 470 ff.
 - des Arbeitsmarktes 103 ff.
- Produktivität 244, 375
- Produzierendes Gewerbe 91 f., 245 ff.,
251, 288 ff., 337 f., 342 ff., 348, 398 f., 416
- Prüfungen
 - Berufsausbildung 68
 - Hochschulen 70, 72

- Raucher/Rauchgewohnheiten 118 ff., 176
- Reallöhne 345
- Realschulen 56, 59 ff., 78
- Rechtsanwälte/innen 217
- Rechtspflege/Rechtsprechung 214 ff.
- Rehabilitation (med.) 185 f.
- Renten/Rentner 87 f., 196 ff.
- Rentenversicherung, gesetzlich 194, 196 ff.
- Richter/innen 217
- Rohrfernleitungen 350
- Rohstoffe 368 ff., 371

- Saisonarbeitskräfte 268
- Saisonverläufe (Handel) 309
- Salmonellose 178
- Satellitenempfangsanlage 129
- Schadstoffemissionen 368
- Scheidungen 43 ff.
- Schichtestufung (subjektive) 576 ff.
- Schichtung, soziale 570 ff.
- Schienenfahrzeuge 357 f.
- Schiennetz/Schiienenverkehr 350 ff.
- Schiffahrt 357 f.
- Schlachtungen 272 f.
- Schulabgänger 61, 78

- Schulabschluss 61, 78 f.
- Schulden öffentlicher Haushalte 233 ff.
- Schulen 55 ff.
 - des Gesundheitswesens 77
- Schüler 56 ff., 77 ff.
- Schulpflicht 57
- Schul- und Berufsausbildung 55 ff., 64 ff.
- Schutzgebietskategorien 401 ff.
- Schwangerschaftsabbrüche 186 f.
- Schwerbehinderte 187 ff.
 - Arbeitslose 103 ff.
- Seeschiffahrt 357 f., 362, 364
- Selbstmordfälle 181
- Selbstständige 93 ff., 113 ff.
- Selbstversorgungsgrad 273 ff.
- Sicherheit, öffentliche 629 ff.
- Siedlungs- und Verkehrsfläche 381
- Singles s. *Alleinlebende*
- Sonderschulen 56, 60 f.
- Sorgen 547 ff.
- Sozialbeiträge 197, 250, 252
- Sozialberichterstattung 425 ff.
- Sozialbudget 193 ff.
- Soziale Lagen 570 ff.
- Soziale Sicherung 193 ff., 225 ff.
- Sozialer Wohnungsbau 146
- Sozialhilfe 88, 194, 206 ff.
- Sozialhilfeempfänger 115
- Sozialleistungen 613 ff.
- Sozialpolitik 611 ff.
- Sozialstaat 607 ff.
- Sozialstruktur 570 ff.
- Sozialversicherung 193 ff., 196 ff., 226
- Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) 427 f.
- Sport, -veranstaltungen 127, 156 f.
- Staatsanwälte/innen 217
- Staatsausgabenquote 224 f.
- Staatsschulden 233 ff.
- Staatsverbrauch 247 ff.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 404
- Statistisches Bundesamt 19 ff.
- Stellung im Beruf 93 ff., 114 f.
- Sterbefälle, Sterblichkeit 31, 37 ff.
- Steuereinnahmen 227 ff.
- Steuerpflichtige 229 f.
- Steuerquote 228
- Straftaten 217 ff.
- Strafverfolgung 218 ff.
- Strafvollzug 221 f.
- Straßennetz 350 f.
- Straßenverkehr 359 ff.
- Straßenverkehrsunfälle 365 ff.
- Streiks 170
- Streusalz 389
- Stromerzeugung 374 ff.
- Studienabsichten 71 f.
- Studienfächer 71 f.
- Studierende 68 ff.
- Subventionen 227
- Tabaksteuer 228
- Tabakwaren (Konsum) 118 ff.
- Tarifpartner 166 ff.
- Taufen 172 f.
- Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte 498 f.
 - Gesundheitswesen 184
 - Handel 305
 - öffentlicher Dienst 235
- Telefon, stationär und mobil 131
- Theater 152 ff.
- Tiere, gefährdete 394 ff.
- Tierische Produktion 270 ff.
- Todesursachen 180 ff.
- Tourismus/Tourismusgewerbe 309 ff.
- Transferleistungen des Staates 111 ff.
- Transporte 362 ff.
- Trauungen, kirchliche 172 ff.
- Tuberkulose 178 f.
- Übernachtungen (Gastgewerbe) 312 ff.
- Umsätze
 - Baugewerbe 297
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 290 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 - Gastgewerbe 318 f.
 - Handel 305 f.
 - Handwerk 300 ff.
 - Verarbeitendes Gewerbe 290 f.
- Umsatzsteuer 227 ff.
- Umwelt 349 ff., 380 ff., 513 ff.
 - Ökonomie 380 ff.
 - Sorgen 516 ff.
 - Verhaltensweise 519 ff.
- Umweltbeeinträchtigung 514 f.
- Umweltbelastungen 384 ff.
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen 380 ff., 391 ff.
- Umweltrecht, internationales 396
- Umweltressourcen 381 ff.
- Umweltschutz 396 ff.
- Unfälle 175 ff., 365 ff.
- Unfallursachen (Straßenverkehr) 367
- Unfallverletzte Personen 365 ff.

- Unfallversicherung 194
- Universitäten 56, 68 ff.
- Unterhaltungselektronik 129
- Unterhaltungsgüter 126 f., 151
- Unternehmen
 - Baugewerbe 297
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 290 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 - Gastgewerbe 314 f.
 - Handel 304 f.
 - Handwerk 300 ff.
 - Kreditinstitute 320 f.
 - Verarbeitendes Gewerbe 290 f.
 - Versicherungen 324
- Unterversorgung
 - Lebensstandard 468 ff., 575 f.
- Urlaub 150 f.

- Verarbeitendes Gewerbe 288 ff.
- Verbrauch, privater 111 ff., 118 ff.
- Verbraucherpreise 329 ff.
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 288 ff.
- Verdienste 328, 336 ff.
- Vereinsmitgliedschaft 156 f.
- Verfahren bei Gerichten 216
- Verkehr 245 ff., 251, 349 ff., 359 ff.
 - Ausgaben 125 f., 351 f.
 - Infrastruktur 349 ff.
 - Unfälle 365 ff.
 - Wertschöpfung 245 f.
- Vermögensbildung (Förderung) 194
- Verpackungen 387 f.
- Verschuldung s. *Schulden*
- Versicherungen 324 ff., 348
- Vertrauen 626 ff.
- Vertriebene 28
- Verurteilte 219 ff.
- Videorecorder/Videokamera 129
- Viehbestand 271 ff., 284 f.
- Vogelschutzgebiete 401
- Volkseinkommen 242 f., 249 ff.
- Volkshochschulen 76
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 114, 241 f.
- Volkszählung 28
- Vorleistungsgüter produzierendes Gewerbe 288 f.
- Vorsorge, -untersuchungen (med.) 185 f.

- Wachstumsraten 243 ff.
- Wahlberechtigte 159 f.
- Wahlbeteiligung 159 ff., 598 ff.
- Wahlen 158 ff.
- Waldfläche 275 f.
- Waldschäden 392 ff.
- Wanderungen (Migration) 50 ff.
 - Außenwanderung 52
 - Binnenwanderung 50 ff.
- Warenkorb 330
- Wassergefährdende Stoffe 391
- Wassergewinnung 388 f.
- Wasserkraft 371 f.
- Wasserstraßen 350, 352
- Weiterbildung 75 f., 101, 483 ff.
- Wertorientierungen 453 ff.
- Wichtigkeit von Lebensbereichen
 - Ehe 531
 - Familie 453 ff.
 - Gesundheit 453 ff.
 - Glaube 453 ff.
 - Liebe und Zuneigung 453 ff.
 - Umweltschutz 453 ff., 521 ff.
- Wiedergutmachung 194 f.
- Wirtschaftsbereiche 91 f., 246 f., 251
- Wirtschaftsordnung 240 ff.
- Wohlbefinden, subjektives 425 f., 431 ff., 547 ff., 576, 620 ff.
- Wohlfahrtssurvey 427 f.
- Wohnbedingungen 503 ff.
- Wohnen 133 ff., 503 ff.
- Wohngeld 194, 506, 508 ff.
- Wohnraumversorgung 133 ff., 139 ff.
- Wohnungen
 - Ausstattung 136 ff., 504 f., 620
 - Belegung 139 ff.
 - Bestand 133 ff.
 - Eigentum 134 f., 504 f.
 - fertiggestellte 144 ff.
 - Größe 141, 504
 - Heizungsart 137 f.
 - Instandhaltung 122 ff.
 - Mieten 118 ff., 129 ff., 504 ff.
- Wohnungsbautätigkeit 144 ff.
- Wohnzufriedenheit 511 f.
 - s. a. *Zufriedenheit*
- Zahlungsbilanz 258 ff.
- Zeitungen, Zeitschriften 126 f.
- Zigaretten, -konsum 118 ff.
- Zölle 228, 231
- Zufriedenheit
 - Arbeit 442 ff., 451
 - Demokratie 621
 - Einkommen 621

- Freizeit 442 ff., 451, 547
- gesellschaftliche Integration 471
- Gesundheit 442 ff., 451, 474 ff., 621
- Haushaltseinkommen 444, 446, 451
- in Lebensbereichen 442 ff., 557 ff.
- Kinderbetreuung 445 f.
- Lebensstandard 442 ff., 451, 472, 547 f., 621
- mit dem Leben 431, 620 ff.
- öffentliche Sicherheit 621
- Schul- und Berufsausbildung 442 ff.
- Umwelt 442 ff., 516 ff., 621
- Wohngegend 511
- Wohnung 442 ff., 451, 511, 621
- Zufriedenheitsmessung 431
- Zukunftserwartungen 459 ff.



Datenreport 2002



Bundeszentrale für politische Bildung